

Bericht

der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags

„Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“

Drs. 15/3259, 3307, 3386

Inhaltsverzeichnis

Seite

1	Auftrag, Zusammensetzung, Beratungsverlauf	1	3.3.1	Daten und Informationen zu gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen . . .	54
1.1	Auftrag	1	3.3.2	Die subjektive Bedeutung von Freizeit, Engagement und Partizipation	65
1.2	Zusammensetzung	5	3.3.3	Antworten und Reaktionen der Institutionen	68
1.3	Beratungsverlauf	6	3.4	D. Junge Menschen in Schule und Bildung . .	72
2	Grundsätzliche Haltung zur Jugendpolitik	9	3.4.1	Jugendpolitik und Bildung – Eine Vorbemerkung	72
2.1	CSU-Fraktion	9	3.4.2	Statistische Eckwerte	74
2.2	SPD-Fraktion	15	3.4.2.1	Schülerzahlen, aufgeteilt auf die verschiedenen Schularten und nach Bezirken und Regionen	74
2.3	Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	21	3.4.2.1.1	Allgemein bildende Schulen	74
3	Beantwortung der Fragen	30	3.4.2.1.2	Angebote der schulischen Ganztagesbetreuung und ihre regionale Verteilung in Bayern	76
3.1	A. Allgemeine statistische Daten – zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Lebenslagen junger Menschen	30	3.4.2.1.3	Praxisklassen und M-Zug	78
3.1.1	Demografische Daten	30	3.4.2.1.4	Berufliche Schulen	78
3.1.2	Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund	31	3.4.2.1.5	Wie wird die Möglichkeit des „Zweiten Bildungsweges“ angenommen?	78
3.1.3	Demografische Entwicklung	33	3.4.2.2	Abschlüsse an Schulen in Bayern	79
3.1.4	Familiäre Verhältnisse	36	3.4.2.3	Übertrittsverhalten	80
3.1.5	Wirtschaftliche Situation der Jugendlichen . .	38	3.4.2.3.1	Übertrittsverhalten und Art der Schulabschlüsse im regionalen Vergleich in Bayern .	80
3.1.6	Einflussfaktoren	40	3.4.2.3.2	Welche Zusammenhänge gibt es zwischen Übertrittsverhalten und der Entwicklung der regionalen Berufsstruktur?	80
3.2	B. Werte, Orientierungen und Selbstwahrnehmung	41	3.4.2.3.3	Gibt es Zusammenhänge zwischen der sozialen und/oder der regionalen Herkunft der Kinder und dem Verlauf/der Prägung der schulischen Laufbahn? Wenn ja, welche? . . .	81
3.2.1	Versuche einer Begriffserklärung und der Strukturierung in der Arbeit der Enquete-Kommission zum Thema Jugend und Werte .	41	3.4.2.4	Studierende in Bayern: Herkunft, wirtschaftliche Situation (BAföG, Berufstätigkeit)	82
3.2.2	Rolle von Religion und Werten	42	3.4.3	Subjektive Sicht der Jugendlichen	83
3.2.3	Werte und Lebensentwürfe junger Menschen	44	3.4.3.1	Welche Bedeutung und Wichtigkeit messen männliche und weibliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus den Bereichen Schule, außerschulische Bildung, Bildungsabschlüsse und Qualifikationen zu? . . .	84
3.2.4	Die demografische Entwicklung und die Generationenfrage	45	3.4.3.2	Wie bewerten Jugendliche das „Lebenslange Lernen“, welche Konsequenzen ziehen sie daraus?	84
3.2.5	Einschätzungen zu Demokratie und Politik . .	46	3.4.3.3	Schulerfahrungen	85
3.2.6	Heimat, Deutschland und Europa	47	3.4.4	Angebote und Maßnahmen	86
3.2.7	Einstellungen zu Familienthemen	50	3.4.4.1	Angebot an außerschulischer Bildung	86
3.3	C. Freizeit, bürgerschaftliches Engagement und Partizipation	54	3.4.4.2	Wer richtet die schulische Ganztagsbetreuung ein und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Jugendverbände?	88

3.4.4.3	Wie kann es gelingen, männlichen und weiblichen Jugendlichen mit ungünstigen familiären und sozialen Voraussetzungen adäquate Bildungschancen zu bieten?	89	3.5.3	Antworten der Jugendberufshilfe, der berufsbildenden Schulen, der Ausbildung und des Arbeitsmarkts bzw. der Arbeitsverwaltung . .	106
3.4.4.4	Wie können das Interesse und das Kompetenzgefühl von weiblichen Jugendlichen in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften gestärkt werden?	91	3.5.3.1	Maßnahmenbereiche der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit nach SGB VIII . . .	106
3.4.4.5	Welche zeitliche, finanzielle und inhaltliche Rolle spielt das Thema Nachhilfe für die Jugendlichen?	92	3.5.3.2	Maßnahmen der Arbeitsförderung und der Grundsicherung	107
3.4.4.6	Welche Auswirkungen hat das „Lebenslange Lernen“ auf die Entwicklung von Jugendlichen und ihre beruflichen Perspektiven? . . .	93	3.5.3.3	Verhältnis zwischen SGB II, III und VIII . . .	107
3.4.4.7	Wie stellt sich in Bayern das Problem der Schulschwänzer im Bundes- und Regionalvergleich dar?	93	3.5.3.4	Der „Drehtüreneffekt“: Benachteiligte junge Menschen im Maßnahmenkarussell	108
3.4.4.8	Gibt es dazu regionale und schulartspezifische Schwerpunkte?	94	3.6	F. Jugendinformation, Kultur und Medien . .	108
3.4.4.9	Warum kommt es zum Schwänzen der Schule welche Auswirkungen für den weiteren Lebensweg lassen sich feststellen?	95	3.6.1	Rahmenbedingungen, statistische Daten . . .	108
3.4.4.10	Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung im europäischen Ausland gibt es, wie werden sie genutzt, wie kann man Auslandsaufenthalte weiter unterstützen?	95	3.6.1.1	Wie hat sich das Mediennutzungsverhalten verändert?	109
3.4.4.11	Wie nutzen Jugendliche die Angebote an außerschulischer Bildung, und wie kann man deren Ausbau unterstützen?	95	3.6.1.2	Nutzung von kulturellen Angeboten und Einrichtungen und kulturelle Aktivitäten Jugendlicher	110
3.4.4.12	Jugendsozialarbeit an Schulen – JaS	96	3.6.2	Einflüsse auf den Umgang und die Nutzung von Kultur und Medien und ihre Wirkungen	111
3.5	E. Junge Menschen in Ausbildung und Beruf	98	3.6.2.1	Wie bestimmen Eltern und Peer Groups den Umgang und die Nutzung der Medien? Gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede? . . .	111
3.5.1	Rahmenbedingungen	98	3.6.2.2	Wie wirken mediale Einflüsse auf junge Menschen? Gibt es geschlechtliche Unterschiede?	111
3.5.1.1	Erwerbstätigkeit junger Menschen in Bayern	98	3.6.2.3	Wie beurteilen Jugendliche das Angebot kultureller Einrichtungen und Medien?	112
3.5.1.2	Jugendarbeitslosigkeit	99	3.6.3	Institutionelle Antworten	112
3.5.1.3	Berufsausbildung	100	3.6.3.1	Welche Maßnahmen bestehen oder sind notwendig, um Jugendliche vor extremistischen, pornografischen und Gewalt verherrlichenden Internetseiten zu schützen?	114
3.5.1.4	Alternative, arbeitsähnliche Tätigkeiten	102	3.6.3.2	Welchen Stellenwert nimmt die Medienerziehung an Schulen ein? Wie werden die Lehrenden dafür aus- und fortgebildet?	116
3.5.1.5	Von Arbeitslosigkeit der Eltern betroffene Kinder und Jugendliche	103	3.6.3.3	Wie kann man die selbst- und teilverantwortliche Gestaltung von Medien bei Jugendlichen fördern? Art der von Jugendlichen selbst gestalteten Medien	117
3.5.1.6	Schulabschluss als <i>die</i> Schlüsselfrage	103	3.7	G. Gesundheit und Jugendschutz	119
3.5.2	Erfahrungen mit und Einstellungen zu Ausbildung und Beruf	103	3.7.1	Von der Vermeidung gesundheitlicher Risiken zur Gesundheitsförderung	119
3.5.2.1	Generelle Einstellungen	103	3.7.2	Gesundheitliche Risiken im Jugendalter . . .	120
3.5.2.2	Besondere Förderungsaufgaben für die junge Generation	104	3.7.2.1	Suchtverhalten junger Menschen in Bezug auf legale und illegale Drogen	120
3.5.2.3	Indirekte Auswirkungen der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation	105	3.7.2.2	Nikotinkonsum junger Menschen	122
3.5.2.4	Spannungsverhältnis zwischen Anforderungen an langfristige Organisation der Zukunftssicherung (insbesondere Altersvorsorge) und kurzzeitige Organisation der Berufstätigkeit („gebrochene Biografien“).	105	3.7.2.3	Medikamentengebrauch von jungen Menschen	123
3.5.2.5	Der „abgehängte“ Teil der jungen Generation	106	3.7.2.4	Art und Zahl von psychischen Krankheiten bei jungen Menschen	123
3.5.2.5.1	Langzeitarbeitslose Jugendliche	106	3.7.2.5	Stressbelastung (Schule, Freizeit, Erwerbstätigkeit) von Jugendlichen	124
3.5.2.5.2	Junge (minderjährige) Mütter	106	3.7.2.6	Art und Zahl von übertragbaren Krankheiten mit Schwerpunkt Geschlechtskrankheiten . .	126
3.5.2.5.3	Spezielle Gruppen von Migrantinnen	106	3.7.2.7	Suizide und Suizidversuche	127

3.7.2.8	Essgewohnheiten von jungen Menschen	127	3.9.6	Wie bewerten weibliche Jugendliche „Gender Mainstreaming“ und andere Versuche, dem Problem der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegenzutreten? Wie sehen männliche Jugendliche die Problematik? In welcher Form hat sich die Gender-Politik in der Sozialisation der männlichen Bevölkerung niedergeschlagen und welche Auswirkungen kann man beobachten? Wie reagieren Politik und Gesellschaft auf den aktuellen Stand der Gender-Diskussion und ihre Ergebnisse?	158
3.7.3	Die Sicht der Jugendlichen	128	3.10	J. Geschlechterbeziehungen, Rollenverständnis und Sexualität.	160
3.7.4	Soziale Hintergründe	128	3.10.1	In welchem Alter werden Kinder und Jugendliche konkret aufgeklärt, durch wen und welche Institution bzw. in welchen Klassen (im Vergleich zu anderen Bundesländern)?	160
3.7.5	Institutionelle Angebote	129	3.10.2	Wie haben sich das Rollenverständnis und der Umgang mit Sexualität in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt? Geschlechtsspezifische Aufklärung	162
3.7.5.1	Repression	129	3.10.3	Welche Empfängnisverhütungsmittel und Möglichkeiten zum Schutz vor Geschlechtskrankheiten kennen und verwenden Jugendliche?	165
3.7.5.2	Jugendschutz	130	3.10.4	Sexualität und Aufklärung bei jungen Migrantinnen und Migranten	166
3.7.5.3	Gesundheitsbezogene Prävention	132	3.11	K. Jugend mit Behinderung	168
3.7.5.4	Gesundheitsförderung als Zukunftsaufgabe.	133	3.11.1	Zur Situation von Jugendlichen mit Behinderung	168
3.8	H. Jugend und Gewalt – Extremismus.	135	3.11.2	Wohn- und Lebenssituation von jungen Menschen mit Behinderungen	169
3.8.1	Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus im Alltag von Jugendlichen	135	3.11.3	Außerschulische Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen	170
3.8.1.1	Jugendliche Delinquenz und Gewalt in Bayern	136	3.11.4	Schulische Förderangebote	171
3.8.1.2	Mehrfach- und Intensivtäter.	141	3.11.5	Berufsausbildung und Berufseinstieg	173
3.8.1.3	Kinder und Jugendliche als Opfer von Gewalttaten	142	3.12	L. Jugendliche mit Migrationshintergrund	174
3.8.1.4	Delinquenz, Kriminalität und Gewalt im Kindes- und Jugendalter – eine Zwischenbilanz	143	3.12.1	Zur Situation junger Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern.	174
3.8.2	Extremismus.	144	3.12.2	Anteil und regionale Verteilung der Migrantengruppen	174
3.8.2.1	Rechtsextremismus und Linksextremismus.	144	3.12.3	Unbegleitete jugendliche Flüchtlinge	183
3.8.2.2	Islamistischer Extremismus	145	3.12.4	Studien zur Situation von jungen Migrantinnen und Migranten	184
3.8.2.3	Gibt es in bestimmten Gruppen jugendlicher Migrantinnen und Migranten Tendenzen zu politischem Extremismus und Gewaltanwendung? Wenn ja, wie stellt sich das dar? Welche Konsequenzen leiten sich daraus ab?	146	3.12.5	Sicht der jungen Menschen mit Migrationshintergrund	187
3.8.3	Die Sicht der Jugendlichen	147	3.12.6	Angebote, Hilfestellungen und integrationsbedingte jugendpolitische Notwendigkeiten	188
3.8.4	Antworten der Fachpraxis	147	3.13	M. Jugend und Ökologie	195
3.8.4.1	Jugend im Strafvollzug und in Erziehungsmaßnahmen	148	3.13.1	Umweltbildung.	195
3.8.4.2	Wie lösen sich junge Menschen wieder aus gewalttätigen und politisch extremen Gruppen und wie kann Jugendarbeit dabei helfen?	149	3.13.2	Welche Bedeutung räumen Jugendliche den Themen Umwelt und nachhaltige Entwicklung ein?	197
3.8.4.3	Angebote für jugendliche Opfer	150	3.13.3	Was sind sie bereit, zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen?	200
3.8.4.4	Welche Maßnahmen haben sich als besonders erfolgreich erwiesen, um jugendliche Kriminalitätskarrieren zu verhindern?	151			
3.9	I. Geschlechtsspezifische Situation der Jugendlichen.	152			
3.9.1	Daten und Informationen zu gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen	152			
3.9.2	Geschlechtsspezifische Zusammenstellung statistischer Daten aus den Kapiteln 3.1 A bis 3.8 H im Hinblick auf die spezifische Situation weiblicher Jugendlicher	153			
3.9.3	Wie kann die Chancengleichheit für weibliche Jugendliche hergestellt werden?	156			
3.9.4	Wie kann die Chancengleichheit für männliche Jugendliche hergestellt werden?	157			
3.9.5	Wie sehen sie selbst ihre Chancen bzw. die geschlechtsspezifische Beeinträchtigung ihrer Chancen?	157			

4	Handlungsempfehlungen an die Politik . . .	203	4.3.9	Zu Kapitel K (Behinderung)	222
4.1	Aufwachsen im Wandel	203	4.3.10	Zu Kapitel L (Migration)	223
4.2	Jugendpolitische Eckwerte	204	4.3.11	Zu Kapitel M (Ökologie)	225
4.3	Die Empfehlungen im Einzelnen	205	4.3.12	Kapitelübergreifende ergänzende fachliche Empfehlungen	225
4.3.1	Zu Kapitel B (Werte)	205			
4.3.2	Zu Kapitel C (Freizeit Engagement Beteiligung)	206	5	Anhang	227
4.3.3	Zu Kapitel D (Schule und Bildung)	209	5.1	Abbildungen	227
4.3.4	Zu Kapitel E (Ausbildung und Beruf)	211	5.1.1	Abbildungsverzeichnis	227
4.3.5	Zu Kapitel F (Jugendinformation Kultur Medien)	215	5.2	Tabellen	228
4.3.6	Zu Kapitel G (Gesundheit Jugendschutz) . . .	217	5.2.1	Anhang-Tabellen	228
4.3.7	Zu Kapitel H (Gewalt und Extremismus) . . .	218	5.2.2	Tabellenverzeichnis	260
4.3.8	Zu Kapitel I und J (Geschlechterverhältnisse/ Rollenverständnis und Sexualität)	220	5.3	Abkürzungsverzeichnis	262

1 Auftrag, Zusammensetzung, Beratungsverlauf

1.1 Auftrag

1) Der Bayerische Landtag hat in seiner öffentlichen Sitzung am 10.05.2005 (Drs. 15/3386) den Auftrag und die Festlegung von Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ beraten und beschlossen (Plenarprotokoll 15/42 der 42. Sitzung des Bayerischen Landtags vom Dienstag, dem 10. Mai 2005 und Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses, Drs. 15/3307). Der Beschluss des Bayerischen Landtags hat folgenden Wortlaut:

2) Antrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Bernd Sibler, Melanie Beck, Martin Sailer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Thomas Obermeier, Gerhard Wägemann, Prof. Dr. Gerhard Waschler und Fraktion CSU,

Franz Maget, Dr. Linus Förster, Marianne Schieder, Susann Biedefeld, Bärbel Narnhammer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Karin Radermacher, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer und Fraktion SPD,

Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Thomas Mütze, Simone Tolle und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/3259, 15/3307

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag

„Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“

Zur Weiterentwicklung der Jugendpolitik in Bayern richtet der Bayerische Landtag eine Enquete-Kommission ein, die sich mit folgenden Fragen beschäftigt und dem Landtag entsprechend berichten wird.

Die einzusetzende Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ soll ausgehend von den Lebenslagen junger Menschen – unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede – darlegen, welche Schwerpunkte zukünftig für die Jugendpolitik in Bayern zu setzen sind.

Wo möglich sollen die Fragen immer unter regionalen, kulturellen, sozialen, geschlechtlichen, religiösen und schulischen Gesichtspunkten differenziert beantwortet werden. Statistische Daten sollen auch die zeitliche Entwicklung berücksichtigen. Dabei soll von Seiten der Staatsregierung mit vertretbarem Aufwand nur auf bereits vorhandenes Datenmaterial zurückgegriffen werden. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich zu berücksichtigen.

Die Enquete-Kommission soll dem Landtag über die Untersuchungsergebnisse nach Ablauf eines Jahres erstmals berichten, diese nach weiteren 6 Monaten bewerten und etwaige Konsequenzen ziehen.

Dabei soll auch dargelegt werden, welche Anforderungen sich aus der Querschnittsaufgabe Jugendpolitik für die einzelnen Politikbereiche im Land ergeben, und wie sich die Jugendpolitik von Bund, Land und Kommunen sowie die Angebote der Jugendhilfe, der außerschulischen Jugendbildung, der verbandlichen Jugendarbeit und den differenzierten Formen der Offenen Jugendarbeit in Bayern verändern muss, um veränderten Anforderungen gerecht zu werden.

Inhalt:

- A. *Allgemeine Statistische Daten – zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Lebenslagen junger Menschen*
- B. *Werte, Orientierungen und Selbstwahrnehmung*
- C. *Freizeit, bürgerschaftliches Engagement und Partizipation*
- D. *Junge Menschen in Schule und Bildung*
- E. *Junge Menschen in Ausbildung und Beruf*
- F. *Jugendinformation, Kultur und Medien*
- G. *Gesundheit und Jugendschutz*
- H. *Jugend und Gewalt – Extremismus*
- I. *Geschlechtsspezifische Situation der Jugendlichen*
- J. *Geschlechterbeziehungen, Rollenverständnis und Sexualität*
- K. *Jugend mit Behinderung*
- L. *Jugendliche mit Migrationshintergrund*
- M. *Jugend und Ökologie*
- A. ***Allgemeine Statistische Daten – zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Lebenslagen junger Menschen***

Statistische Daten:

- *Demographische Daten der Bevölkerungsgruppe von sechs bis 27 Jahre, Entwicklungsprognosen bis 2025, aufgeschlüsselt auch nach Regionen und dem Faktor Stadt-Land*
- *Familiäre Verhältnisse*
- *Wirtschaftliche Situation der Jugendlichen*
- *Einflüsse von regionalen, sozialen, religiösen, kulturellen, geschlechtsspezifischen, migrations- und milieubedingten Faktoren auf die Lebenslagen junger Menschen*
- B. ***Werte, Orientierungen und Selbstwahrnehmung***
- *Welche Wertvorstellungen, Hoffnungen, Erwartungen, Ängste und Befürchtungen haben junge Menschen heute?*
- *Von welchen Akteuren (Eltern, Freunde, Institutionen, Milieus, Medien etc.) werden diese Wertvorstellungen beeinflusst, geprägt und vermittelt?*
- *Wie haben sich diese Wertvorstellungen in den letzten 20 Jahren entwickelt?*

- Welche Erwartungen und Lebensentwürfe haben junge Menschen in Bezug auf Ausbildung, Arbeitsleben, Familie und andere soziale Beziehungen sowie der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit mit Familie?
- Wie beurteilen junge Menschen die Folgen der demographischen Entwicklung, welche Konsequenzen ziehen sie daraus und vor welche neuen Herausforderungen werden sie dadurch gestellt? Wie stellt sich ein möglicher Generationenkonflikt dar?
- Wie wirkt sich die demographische Entwicklung innerhalb Bayerns aus? Wie in Bezug auf das Stadt-Land-Gefälle?
- Welche Identitätsebenen sind für die Jugendlichen relevant: regional, national, europäisch, global? Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für ihr Handeln?
- Welche Probleme, Krisen und Konfliktfelder ergeben sich in der Selbstwahrnehmung junger Menschen in Bayern?
- Welche Bedeutung haben Heimat, Dialekt und Volkskultur für junge Menschen in Bayern, wie hoch ist der Anteil an jungen Menschen die Dialekt sprechen und wie hat er sich in den letzten Jahren verändert? Gibt es regionale Unterschiede (Stadt-Land-Gefälle)?

C. Freizeit, bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

1. Statistische Daten:

- Art und Umfang der Freizeitgestaltung
- Art des bürgerschaftlichen Engagements
- Zahl der Jugendlichen, die sich bürgerschaftlich engagieren
- Organisationen, in denen sich junge Menschen engagieren
- Mitgliedsentwicklung bei Jugendverbänden und Jugendorganisationen politischer Parteien

- #### **2. Fragen:**
- Welche Jugendliche engagieren sich in welchen Bereichen?
 - Nach welchen Kriterien richten junge Menschen ihr persönliches Engagement aus?
 - Welche Veränderungen gibt es hinsichtlich dieses Engagements?
 - Wie prägen „Peer Groups“ und Eltern das politische Verhalten und Engagement junger Menschen, nach welchen Kriterien richten Jugendliche ihr Engagement aus?
 - Was erwarten junge Menschen von der Mitgestaltung und Beteiligung am gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und politischen Leben in Bayern?
 - Was erwarten Jugendliche als Mitglieder von ihren Jugendverbänden?

- In welchem Umfang können insbesondere Organisationen (Kommunen, Verbände, SMV etc.) diesen Erwartungen Rechnung tragen?
- Wie kann man das bürgerschaftliche Engagement sinnvoll stärken?
- Wie beurteilen Jugendliche die politischen Gestaltungsmöglichkeiten (Jugendparlamente, FÖJ, FSJ ...)?
- Welche Rahmenbedingungen müssten sich ändern, damit mehr bürgerschaftliches Engagement entsteht?
- Wie engagieren sich Jugendliche im Ausland?

D. Junge Menschen in Schule und Bildung

1. Statistische Daten:

- Schülerzahlen, aufgeteilt auf die verschiedenen Schularten und nach Bezirken und Regionen
- Übertrittsverhalten und Art der Schulabschlüsse im regionalen Vergleich in Bayern
- Angebote der schulischen Ganztagesbetreuung und ihre regionale Verteilung in Bayern
- Angebot an außerschulischer Bildung
- Studierende in Bayern: Herkunft, Wirtschaftliche Situation (BAföG, Berufstätigkeit)

2. Fragen:

- Welche Zusammenhänge gibt es zwischen Übertrittsverhalten und der Entwicklung der regionalen Berufsstruktur?
- Gibt es Zusammenhänge zwischen der sozialen und/oder der regionalen Herkunft der Kinder und dem Verlauf/der Prägung der schulischen Laufbahn? Wenn ja, welche?
- Welche Bedeutung und Wichtigkeit messen männliche und weibliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus den Bereichen Schule, außerschulische Bildung, Bildungsabschlüsse und Qualifikationen zu?
- Wie kann es gelingen, männlichen und weiblichen Jugendlichen mit ungünstigen familiären und sozialen Voraussetzungen adäquate Bildungschancen zu bieten?
- Wie kann das Interesse und das Kompetenzgefühl von weiblichen Jugendlichen in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften gestärkt werden?
- Welche zeitliche, finanzielle und inhaltliche Rolle spielt das Thema Nachhilfe für die Jugendlichen?
- Wie bewerten Jugendliche das „Lebenslange Lernen“, welche Konsequenzen ziehen sie daraus?
- Welche Auswirkungen hat das „Lebenslange Lernen“ auf die Entwicklung von Jugendlichen und ihre beruflichen Perspektiven?
- Wer richtet die schulische Ganztagesbetreuung ein und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Jugendverbände?

- *Wie stellt sich in Bayern das Problem der Schulschwänzer im Bundes- und Regionalvergleich dar?*
- *Gibt es dazu regionale und schulartspezifische Schwerpunkte?*
- *Warum kommt es zum Schwänzen der Schule, welche Auswirkungen für den weiteren Lebensweg lassen sich feststellen?*
- *Wie wird die Möglichkeit des „Zweiten Bildungsweges“ angenommen?*
- *Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung im europäischen Ausland gibt es, wie werden sie genutzt, wie kann man Auslandsaufenthalte weiter unterstützen?*
- *Wie nutzen Jugendliche die Angebote an außerschulischer Bildung, und wie kann man deren Ausbau unterstützen?*

E. Junge Menschen in Ausbildung und Beruf

1. Statistische Daten:

- *Arbeitsmarktsituation für junge Menschen in Bayern*
- *Jugendarbeitslosigkeit und regionale Verteilung*
- *Ausbildungsplätze und regionale Verteilung*
- *Ausbildungsabbrüche*

2. Fragen:

- *Welchen Einfluss haben wirtschaftliche und soziale Veränderungen auf die Zukunftschancen junger Menschen in Ausbildung und Beruf?*
- *Wie wirken hier Veränderungen von Berufsbildern und Tätigkeitsstrukturen?*
- *Was ist zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen im Hinblick auf Berufsorientierung und Berufswahl sowie Ausbildung und Beruf nötig?*
- *Inwieweit sind dabei Entwicklungen in den Bereichen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Gleichstellung von Mann und Frau, Förderung und Integration benachteiligter Jugendlicher und Eliteförderung zu berücksichtigen?*
- *Was können und müssen junge Menschen selbst dazu beitragen, um ihre Chancen in Ausbildung und Beruf zu erweitern, zu erhalten und zu sichern?*
- *Wie können berufsbezogene Jugendarbeit und berufsbezogene Jugendsozialarbeit die Jugendlichen dabei unterstützen?*
- *Wie gehen Jugendliche mit den Herausforderungen der neuen teil-privaten Rentensysteme um, wie kann man Jugendliche in diesem Bereich unterstützen?*
- *Welche Auswirkungen hat Hartz IV auf die Jugendhilfe?*

F. Jugendinformation, Kultur und Medien

1. Statistische Daten:

- *Zeit, die Jugendliche für die Beschäftigung mit Medien verwenden, Verteilung dieser Zeit auf die einzelnen Medien*

- *Computerzugang von Jugendlichen und geschlechtsspezifische Nutzung von Computern*
- *Leseverhalten und geschlechtsspezifische Unterschiede*
- *Art der von Jugendlichen selbst gestalteten Medien*
- *Nutzung von kulturellen Angeboten und Einrichtungen*

2. Fragen:

- *Wie hat die gewandelte Mediennutzung das Freizeitverhalten junger Menschen verändert? Existieren dabei geschlechtsspezifische Unterschiede?*
- *Welche Maßnahmen bestehen oder sind notwendig, um Jugendliche vor extremistischen, pornographischen und Gewalt verherrlichenden Internetseiten zu schützen?*
- *Welchen Stellenwert nimmt die Medienerziehung an Schulen ein? Wie werden die Lehrenden dafür aus- und fortgebildet?*
- *Wie kann man die selbst- oder teilverantwortliche Gestaltung von Medien bei Jugendlichen fördern?*
- *Wie bestimmen Eltern und Peer Groups den Umgang und die Nutzung der Medien? Gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede?*
- *Wie wirken mediale Einflüsse auf junge Menschen? Gibt es geschlechtliche Unterschiede?*
- *Wie beurteilen Jugendliche das Angebot kultureller Einrichtungen und Medien?*

G. Gesundheit und Jugendschutz

1. Statistische Daten:

- *Suchtverhalten junger Menschen in Bezug auf legale und illegale Drogen*
- *Essgewohnheiten von jungen Menschen*
- *Nikotinkonsum junger Menschen*
- *Medikamentengebrauch von jungen Menschen*
- *Führerscheinentzug aufgrund von Cannabis- und Alkoholfahrten; Wirkung dieses Strafmittels*
- *Art und Zahl von psychischen Krankheiten bei jungen Menschen*
- *Art und Zahl von übertragbaren Krankheiten, mit Schwerpunkt Geschlechtskrankheiten*
- *Suizide und Suizidversuche*

2. Fragen:

- *Wie wichtig ist den Jugendlichen das Thema Gesundheit?*
- *Wie groß ist die Eigeninitiative Jugendlicher in Bezug auf ihr Gesundheitsbewusstsein, wie kann man diese unterstützen?*
- *Welche präventiven Methoden gibt es, um Rauch- und Suchtverhalten, Essstörungen, psychischen und übertragbaren Krankheiten jugendgerecht vorzubeugen?*

- Welche Erkenntnisse gibt es zur Stressbelastung (Schule, Freizeit, Erwerbstätigkeit) von Jugendlichen? Welche Symptome können dazu beobachtet werden?
- Welchen Beitrag kann die Jugendarbeit zu einem positiven Gesundheitsbewusstsein leisten?

H. Jugend und Gewalt – Extremismus

1. Statistische Daten:

- Jugendliche Kriminalität, insbesondere Gewaltkriminalität
- Geschlechts-, sozial-, migrations- und regionalspezifische Unterschiede
- Formen des politischen Extremismus und regionale Verteilung; Bundesvergleich
- Jugendliche als Opfer von Gewalttaten
- Jugend im Strafvollzug und in Erziehungsmaßnahmen

2. Fragen:

- Welche präventiven Möglichkeiten gibt es gegen jugendliche Gewalttätigkeit und politischen Extremismus?
- Wie lösen sich junge Menschen wieder aus gewalttätigen und politisch extremen Gruppen, wie kann Jugendarbeit dabei helfen?
- Welche therapeutischen Maßnahmen gibt es speziell für Jugendliche?
- Wie prägen Eltern, Peer Groups und Medien die politische Sozialisation junger Menschen?
- Wie wird Jugendlichen, die Opfer von Gewalt geworden sind, geholfen?
- Welche jugendgerechten Maßnahmen gibt es diesbezüglich?
- Welche Maßnahmen haben sich als besonders erfolgreich erwiesen, um jugendliche Kriminalitätskarrieren zu verhindern?

I. Geschlechtsspezifische Situation der Jugendlichen in Bayern

1. Statistische Daten:

- Geschlechtsspezifische Zusammenstellung aller statistischen Daten aus den Bereichen A.- H. im Hinblick auf die spezifische Situation weiblicher Jugendlicher

2. Fragen:

- Wie kann die Chancengleichheit für weibliche Jugendliche hergestellt werden?
- Wie kann die Chancengleichheit für männliche Jugendliche hergestellt werden?
- Wie sehen sie selbst ihre Chancen bzw. die geschlechtsspezifische Beeinträchtigung ihrer Chancen?
- Wie bewerten weibliche Jugendliche „Gender Mainstreaming“ und andere Versuche, dem Problem der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegenzutreten? Wie sehen männliche Jugendliche die Problematik?

- In welcher Form hat sich die Gender-Politik in der Sozialisation der männlichen Bevölkerung niedergeschlagen und welche Auswirkungen kann man beobachten?

- Wie reagiert Politik und Gesellschaft auf den aktuellen Stand der Gender-Diskussion und ihre Ergebnisse?

J. Geschlechterbeziehungen, Rollenverständnis und Sexualität

1. Statistische Daten:

- Teenagerschwangerschaften
- Aufklärung in Schule, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen

2. Fragen:

- In welchem Alter werden Kinder und Jugendliche konkret aufgeklärt, durch wen und welche Institution bzw. in welchen Klassen, im Vergleich zu anderen Bundesländern?
- Wie haben sich das Rollenverständnis und der Umgang mit Sexualität in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt?
- Welche Empfängnisverhütungsmittel und Möglichkeiten zum Schutz vor Geschlechtskrankheiten kennen und verwenden Jugendliche?

K. Jugend mit Behinderung

1. Statistische Daten:

- Jugendliche mit körperlichen Behinderungen in Bayern
- Jugendliche mit geistigen Behinderungen in Bayern
- Jugendliche mit psychischen Erkrankungen
- Jugendverbände und Gruppen für Jugendliche mit Behinderung
- Information über Integrationsmaßnahmen und gezielte Begegnungsmöglichkeiten in der Region und die Teilnehmer

- Außerschulische Förderangebote

- Berufsausbildung und Berufseinstieg

- Elternunabhängiges Wohnen für Jugendliche mit Behinderung

2. Fragen:

- Welches Bild verbinden behinderte Jugendliche mit ihrer Lebenssituation in Bayern?
- Welche Verbesserungen wünschen sie sich?
- Welche schulischen und außerschulischen Förderangebote sind besonders effektiv?
- Welche unterschiedlichen Bedürfnisse entstehen durch die unterschiedlichen Arten von Behinderung?
- Wie sehen die Wechsel von und zu den Förderschulen aus? Wie haben sich die Wechsel in den letzten 20 Jahren entwickelt? Aufgeschlüsselt nach Alter und Region.

- Welche Integrationsmaßnahmen haben sich als besonders erfolgreich erwiesen?
- Welche Verbesserung im Bereich der Integration könnte es geben?
- Welche Unterstützungsmaßnahmen bei der Berufsausbildungsplatzsuche bzw. beim Berufseinstieg sind besonders effektiv? Welche Defizite müssen behoben werden?
- Wie ist die elternunabhängige Wohnsituation für Jugendliche mit Behinderung in Bayern?

L. Jugendliche mit Migrationshintergrund

1. Statistische Daten:

- Anzahl von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und jugendlichen Flüchtlingen
- Anzahl von unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen und jungen Erwachsenen mit Aufenthaltsstatus und Aufenthaltsperspektive

2. Fragen:

- Welche Hilfsangebote bestehen für Jugendliche mit Migrationshintergrund und unbegleitete jugendliche Flüchtlinge?
- Wie ist der Gesundheitszustand jugendlicher Flüchtlinge und Asylsuchender?

M. Jugend und Ökologie

Fragen:

- Welche Bedeutung räumen Jugendliche den Themen Umwelt und nachhaltige Entwicklung ein?
- Was sind sie bereit, zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen?

1.2 Zusammensetzung

3) Nach § 32 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag legt der Landtag die Zahl der Mitglieder der Enquete-Kommission fest. Dabei muss die Zahl der Abgeordneten die Zahl der übrigen Kommissionsmitglieder übersteigen. Die Enquete-Kommission besteht aus sechs Abgeordneten, für die jeweils ein Vertreter zu benennen war, und fünf weiteren Mitgliedern, insgesamt also aus 11 Mitgliedern.

4) Danach hatte die CSU-Fraktion das Benennungsrecht für vier Abgeordnete und drei Experten, die SPD-Fraktion sowie die Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN für jeweils einen Abgeordneten und einen Experten.

Zum **Vorsitzenden** wurde der Abgeordnete **Bernd Sibler**, am 07.11.2007 der Abgeordnete **Josef Zellmeier**; zum **stellvertretenden Vorsitzenden** der Abgeordnete **Dr. Linus Förster** bestellt.

Als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder** wurden bestellt:

Abgeordnete:

CSU

Mitglieder:

Melanie Huml (bis 11/2007)
 Thomas Obermeier (ab 11/2007)
 Martin Sailer (bis 11/2007)
 Ulrike Scharf-Gerlspeck (ab 11/2007)
 Bernd Sibler (bis 11/2007)
 Gerhard Wägemann (ab 11/2007)
 Josef Zellmeier

Stellvertreterin bzw. Stellvertreter:

Gertraud Goderbauer
 Petra Guttenberger
 Thomas Obermeier (bis 11/2007)
 Edeltraud Plattner
 Ulrike Scharf-Gerlspeck (10/2007 – 11/2007)
 Sylvia Stierstorfer
 Gerhard Wägemann (bis 11/2007)
 Prof. Dr. Gerhard Waschler (bis 10/2007)

SPD

Mitglied:

Dr. Linus Förster

Stellvertreterin:

Marianne Schieder (bis Oktober 2005)
 Karin Pranghofer (ab April 2006)

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Mitglied:

Thomas Mütze

Stellvertreterin:

Simone Tolle

Weitere Mitglieder (Experten):

Martina Kobriger	Präsidentin des Bayerischen Jugendrings (BJR)
Dr. Christian Lüders	Stellvertretender Direktor des Deutschen Jugendinstituts (DJI)
Dr. Robert Sauter	Leiter des Bayerischen Landesjugendamtes (BLJA) im Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS)
Annerose Raith	Leiterin des Amtes für kommunale Jugendarbeit, Regensburg
Dr. Stefan Rappenglück	Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Mitarbeiter und Beauftragte:

5) Betreuung der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ durch das Sekretariat der Enquete-Kommission:

Oberamtsrat Julius Heigl, Leiter
Sylvia Bremicker-Hofmann, Mitarbeiterin

6) Vertreter der Bayerischen Staatsregierung:

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen:

Ministerialrätin Karin Reiser (bis Oktober 2006),
Regierungsdirektorin Isabella Gold (ab Februar 2007)
Gabriela Lerch-Wolfrum

Staatsministerium für Unterricht und Kultus:

Ministerialrat Horst-Werner Hartwig (bis Januar 2008)
Oberstudienrat Christoph Müller (ab Februar 2008)

Staatsministerium des Innern:

Kriminaldirektor Lothar Köhler

Staatsministerium der Justiz:

Regierungsdirektorin Dr. Beatrix Schobel (bis Januar 2008)
Ministerialrat Heinz-Peter Mair (ab Februar 2008)

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Medizinaldirektorin Dr. Sibylle Mutert (ab April 2007)

7) Mitarbeiter der Fraktionen:

CSU:

Helmut Haran (bis März 2006)
Roland Spiller (April bis Juni 2006)
Dr. Guido Klinger (ab Juli 2006)

SPD: Gerhard Engel

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN:

Vera Lohel

8) Mitarbeiter der Experten:

Eva Feldmann, M.A., CAP
Martina Liebe, BJR

1.3 Beratungsverlauf

9) In den Sitzungen wurden folgende Beratungsschwerpunkte behandelt:

10) **1. Sitzung** am 05.07.2005: Beratung zur Abwicklung des Auftrags der Enquete-Kommission (Vorgehensweise, Terminplanung)

11) **2. Sitzung** am 25.10.2005: Beratung zu Punkt A des Auftrags

12) **3. Sitzung** am 08.11.2005 und **4. Sitzung** am 06.12.2005: Beratung zu Punkt B des Auftrags

13) **5. Sitzung** am 24.01.2006: Beratung zu den Punkten B und C des Auftrags

Referentin: Sybille Picot, M.A., Sozialwissenschaftliche Projekte, Gauting

14) **6. Sitzung** am 23.02.2006: Beratung zu den Punkten B und C des Auftrags

Referenten:

Stanislav Skibinski, Leiter, Jugendzentrum München der Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern

Johannes Mathes-Bienert, ehemaliger Landesvorsitzender und Magdalena Heck-Nick, Grundsatzreferentin, BDKJ Bayern, München

Judith Wüllerich, Vorsitzende und Christof Bär, Grundsatzreferent, Evangelische Jugend in Bayern, Nürnberg

Dr. Holger Krems, Vorsitzender, BJRK, München

15) **7. Sitzung** am 16.03.2006: Beratung zu Punkt C des Auftrags

Referent: Christian Hügel, Geschäftsführer RPJ, Landesgeschäftsführer Junge Union Bayern, München

16) **8. Sitzung** am 04.04.2006: Beratung zu Punkt D des Auftrags

Referenten: Oberstudienrat Bernhard Puell und Ministerialrätin Elfriede Ohrnberger, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

17) **9. Sitzung** am 16.05.2006: Beratung zu Punkt D des Auftrags

Referenten: Ministerialrat Dr. Wolfgang Ellegast und Ministerialrätin Elfriede Ohrnberger, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

18) **10. Sitzung** am 22.06.2006: Beratung zu Punkt D des Auftrags

Referent: Konrektor Thomas Häns, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

19) **11. Sitzung** am 18.07.2006: Beratung zu Punkt D des Auftrags

Referenten:

Axel Götz, stellv. Vorsitzender, LEV der Gymnasien in Bayern e.V., München

Ingrid Ritt, 1. Vorsitzende, LEV-RS, Kissing

Elena Stingl und Fabian Raith, LSV Bayern, München

20) **73. Sitzung des Bayerischen Landtags** am 19.07.2006:

Zwischenbericht der Enquete-Kommission

21) **12. Sitzung** am 26.09.2006: Beratung zu Punkt H des Auftrags

Referent: Oberamtsrat Robert Bihler, Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, München

22) **13. Sitzung** am 10.10.2006: Beratung zu Punkt H des Auftrags

Referenten:

Frank Schallenberg, BJR, München

Oberregierungsrat Peter Sutterer, Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei, München

23) **14. Sitzung** am 26.10.2006: Beratung zu Punkt H des Auftrags

Referenten:

Ministerialrat Dr. Ulrich Seiser, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Regierungsdirektor Ragnar Schneider, Staatsministerium der Justiz

Oberregierungsrat Peter Sutterer, Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei, München

Elisabeth Seifert, Geschäftsführerin, Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., München

Regierungsrätin Antje Pres und Gabriela Lerch-Wolfrum, Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

24) **15. Sitzung** am 28.11.2006: Beratung zu Punkt E des Auftrags

Referenten:

Oberstudienrat Thomas Schlüsmeier, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Gabriela Lerch-Wolfrum, Leitender Ministerialrat Walter Schmid und Regierungsdirektorin Angela Vetter, Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

25) **16. Sitzung** am 07.12.2006: Beratung zu den Punkten D und E des Auftrags

Referenten:

Studiendirektor Ulrich Ebert und Konrektorin Silke Riegg, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Klaus Schenk, Geschäftsführung, LAG JSA Bayern, EJSA Bayern, München

Roland Wehrer, Jugendsekretär, DGB Jugend München

Jula Müller, azuro, München

26) **17. Sitzung** am 25.01.2007: Beratung zu Punkt I des Auftrags

Referenten:

Dr. Frauke Mingerzahn, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)

Oberregierungsrat Richard Paul, Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Dr. Reinhild Schäfer, Abteilung Jugend und Jugendhilfe, DJI, München

Gabriele Nuß und Hartmut Kick, Stadtjugendamt München

27) **18. Sitzung** am 08.02.2007: Beratung zu Punkt J des Auftrags

Referenten:

Dr. Eveline von Arx, Bravo, Leitung der Redaktion „Dr. Sommer“-Team, München

Regierungsrätin Antje Pres und Regierungsdirektor Dr. Hans Eirich, Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Oberstudienrat Dr. Peter Ludwig, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Magdalena Heck-Nick, Grundsatzreferentin und Matthias Fack, Landesvorsitzender, BDKJ Bayern, München

28) **19. Sitzung** am 27.02.2007: **Öffentliche Anhörung** von Experten zu Punkt F des Auftrags: Jugendschutz, Kultur und Medien

Experten:

Thomas Günter, Justitiar der Jugendschutzstelle „jugendschutz.net“ der Kommission für Jugendmedienschutz, Mainz

Dr. Vera Haldenwang, Leitung Referat Medien, Grundsatzabteilung, Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB), Referat GA-3 Medien, München

Manfred Kastlmeier, Staatsanwalt als Gruppenleiter, Zentralstelle des Landes Bayern zur Bekämpfung gewaltverherrlichender, pornographischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften bei der Generalstaatsanwaltschaft München

Prof. Dr. Helmut Lukesch, Universität Regensburg, Institut für Experimentelle Psychologie/ Medienpsychologie, Regensburg

Klaus Lutz, Medienzentrum Parabol, Nürnberg

Prof. Dr. Gudrun Marci-Boehncke, Leiterin der Forschungsstelle Jugend-Medien-Bildung, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Ludwigsburg

Kriminalhauptkommissar Rainer Richard, Kommissariat 343, München

Jürgen Schließer, MIB für die Grund- und Hauptschulen in Neuburg-Schrobenhausen, Michael-Sommer-Volksschule Schrobenhausen (Hauptschule), Schrobenhausen

Udo Schmidt, Bayerisches Landesjugendamt, München

Elisabeth Seifert, Geschäftsführerin, Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., München

Dr. Sabine Siebert, Jugendschutzbeauftragte des Bayerischen Rundfunks, Bayerischer Rundfunk, Juristische Direktion, München

Sandra Singer, Head of Jugendschutz, Jugendschutzbeauftragte, Premiere AG, Unterföhring

Prof. em. Dr. Dieter Spanhel, Lehrstuhl für Pädagogik II, Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg

Prof. Dr. Helga Theunert, JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, München

Walter Thomas, Landesmediendienste Bayern e.V., München

Verena Weigand, Leiterin der KJM Stabsstelle München, Bayerische Landeszentrale für neue Medien, München

29) **20. Sitzung** am 20.03.2007: Beratung zu Punkt F des Auftrags

Referenten:

Michael Gurt, M.A., wiss. Mitarbeiter und Kathrin Demmler, medienpädagogische Referentin, JFF, München

Bernd Schweinar, Rock.Büro SÜD/ABMI e.V., Alteglofsheim

Regierungsrat z.A. Dr. Alexander Kettinger, Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

30) **21. Sitzung** am 17.04.2007: Beratung zu Punkt G des Auftrags

Referenten:

Elisabeth Seifert, Geschäftsführerin, Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., München

Julia Kolbinger, KJR Passau

Ministerialrat Dr. Wolfgang Ellegast, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

31) **22. Sitzung** am 26.04.2007: Beratung zu Punkt G des Auftrags; Verfahrensfragen

Referent: Ministerialrat Dr. Georg Walzel, Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

32) **23. Sitzung** am 22.05.2007: Beratung zu Punkt K des Auftrags

Referenten:

Silvia Schlund, KJR München-Stadt

Ministerialrat Erich Weigl, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Dr. Monika Deuerlein, Geschäftsführerin, LVkE

33) **24. Sitzung** am 24.05.2007: Beratung zu Punkt M des Auftrags

Referenten:

Doris Knoll, Naturerlebniszentrum, KJR München-Land

Johannes Merkl, Landesjugendseelsorger, BDKJ

Bernd Orendt, Geschäftsführer, JBN – Landesstelle München

Joachim Schneider, Jugend-Umweltstation, KJG-Haus Würzburg

Ministerialrat Franz Hinterstoißer, Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

34) **25. Sitzung** am 12.06.2007: Beratung zu den Punkten „Jugendkultur in Bayern“ und „Politische Bildung“

Referenten:

Tom Muhr, BezJR Oberbayern

Leitender Regierungsdirektor Werner Karg, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

35) **26. Sitzung** am 26.06.2007: **Öffentliche Anhörung** von Experten zu Punkt L des Auftrags: Jugendliche mit Migrationshintergrund

Experten:

Annette Dahms, Internationale und Interkulturelle Jugendarbeit, Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, Nürnberg

Petra Hölscher, Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB), München

Albert Riedelsheimer, Bundesverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V., Donauwörth

Erwin Schindler, Gruppenleiter Gruppe „Integrationskurse, Finanzangelegenheiten“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg

Anke Settlemeyer, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Arbeitsbereich 2.4, Bonn

Dr. Ahmet Toprak, Referent, Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., München

Stefan Wagner, Referent Migration und Integration, Deutscher Caritasverband – Landesverband Bayern e.V., München

Dr. Wolfgang Weber, Präsident, Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, München

Walter Weiterschan, Innere Mission München, Jugendmigrationsdienst, München

36) **27. Sitzung** am 02.07.2007: Beratung zu Punkt L des Auftrags

Referenten:

Aleksander Afonin, Aleksander Kurothckin, Sergej Ruppert und Stas Schpilman, djo / JDR

Rohat Doğan, Ruken Doğan, djo / Komciwan – kurdischer Jugendverband

Yasemin Günes, Jugendverband Elvan

Oberstudienrat Boris Hackl, Staatsministerium für Unterricht und Kultus

37) **28. Sitzung** am 17.07.2007: Beratung zu Punkt L des Auftrags; Verfahrensfragen

Referentin: Seyran Ates, Juristin, Berlin

38) **29. – 52. Sitzung** am 10.09., 25.09., 01.10., 15.10., 12.11., 22.11., 04.12., 10.12.2007, 08.01., 09.01., 28.01., 11.02., 19.02., 06.03., 20.03., 07.04., 15.04., 18.04., 08.05., 29.05., 02.06., 10.06., 12.06. und 23.06.2008: Beratung des Berichts

Ferner fanden folgende – informatorische – **Außentermine** statt:

27.01.2006 Deggendorf und Straubing: Projekte zur Jugendsozialarbeit

22.03.2006 Aschaffenburg: Diskussionsveranstaltung, Veranstalter: KJR Aschaffenburg, SJR Aschaffenburg, BezJR Unterfranken

05.05.2006 Regensburg: Projekte zur Jugendsozialarbeit

25.07.2006 Bamberg: Situation am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für junge Menschen

04.04.2007 Augsburg: Migration

2 Grundsätzliche Haltung zur Jugendpolitik

2.1 CSU-Fraktion

2.1.1 Einführung

39) Weltweit feststellbare tief greifende Veränderungen stellen die Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor neue Herausforderungen. Die Globalisierung, der Klimawandel, die aus den Entwicklungs- und Schwellenländern zunehmende Einwanderung insbesondere von jungen Menschen aus fremden Kulturkreisen sowie der demographische Wandel in den Industrieländern fordern dringend Antworten auf internationaler, nationaler, aber auch auf Länderebene. Im Lichte dieser grundlegenden Veränderungen sieht die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag den für ihr künftiges politisches Wirken zentralen Handlungsauftrag in der Schaffung lebenswerter Rahmenbedingungen für die kommenden Generationen in ganz Bayern, sowohl in den Ballungszentren als auch in den ländlichen Regionen des Freistaats. Der demographische Wandel bedeutet zwar für unsere jungen Generationen, dass sie zahlenmäßig zunehmend zu einer Minderheit in einer im Übrigen alternden Gesellschaft werden. Dennoch müssen wir gerade den jungen Menschen unsere größte Aufmerksamkeit widmen: Vor allem sie können die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens dauerhaft sichern. Aus diesem Grund, aber auch aus unserer christlichen Verantwortung für den Nächsten heraus muss es unser Ziel sein, alle jungen Menschen in unsere Gemeinschaft zu integrieren. Die zentrale Botschaft an unsere junge Generation lautet: Auf jeden und jede kommt es bei der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft an! Vor diesem Hintergrund rückt die Jugendpolitik im Sinne des Gebots nachhaltigen Haushaltens und zukunftsgerichteten Handelns zugunsten der uns nachfolgenden Generationen noch mehr als in der Vergangenheit als eines der zentralen Politikfelder in den Fokus unseres politischen Wirkens.

2.1.2 Jugendpolitik als eigenständiger Politikbereich

40) Die CSU-Fraktion verfolgt mit ihrer Jugendpolitik das Ziel, dass alle Jugendlichen die für die Zukunft erforderlichen Schlüsselqualifikationen erwerben und entsprechend ihrer Begabungen bestmöglich gefördert werden. Sie sollen für ihr Leben gute Startchancen erhalten und für den Umgang mit Gefahren für ihre Entwicklung und ihr Wohl vorbereitet werden. Hierzu ist es auch erforderlich, Eltern bei der Erziehung aktiv zu unterstützen und eine kinder- und familienge-rechte Umwelt zu erhalten.

41) Die CSU-Fraktion steht zu den mit der Staatsregierung im Kinder- und Jugendprogramm entwickelten jugendpolitischen Zielsetzungen **mit folgenden Schwerpunkten in der Jugendarbeit und Jugendhilfe:**

42) Die verbandliche **Jugendarbeit** in von jungen Menschen selbst organisierten Gruppen und Gemeinschaften ist zahlenmäßig die bedeutendste Form der Jugendarbeit und ein wichtiger Träger der außerschulischen Bildung. Die Mehrzahl der Einrichtungen und der weitaus überwiegende Teil der Aktivitäten der Jugendarbeit in Bayern werden von Jugendverbänden, Jugendgemeinschaften und durch den von

ihnen gebildeten Bayerischen Jugendring getragen. Hier gilt es, die verbandliche Jugendarbeit in ihrer Vielfalt und Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken. In der offenen Jugendarbeit werden neben allgemeinen fördernden Bildungs- und Freizeitangeboten auch konkrete sozialpädagogische Hilfen zur Lebens- und Problembewältigung geleistet durch individuelle Beratung, insbesondere schul- und arbeitsweltbezogene Fördermaßnahmen oder durch andere Aktivitäten, die darauf abzielen, Benachteiligungen, Gefährdungen und Ausgrenzungen entgegenzuwirken. Häufig, aber nicht ausschließlich, sind es sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche sowie Kinder und Jugendliche mit niedrigerem Bildungsstand, für die sie Hilfe leistet bei den vielfältigen sozialen und individuellen Problemen, wie etwa Arbeitslosigkeit, Schul- und Ausbildungsproblemen, schwierigen Wohnverhältnissen und familiären Krisen. Auch durch die Förderung zielgruppenspezifischer Fachprogramme insbesondere für Mädchen und junge Frauen sowie jugendliche Ausländer, Aussiedler und Zuwanderer wird Benachteiligungen entgegengewirkt sowie die Teilhabe und Integration gefördert.

43) Im Bereich der **Jugendhilfe** müssen wir auch in Zukunft ein dichtes Netzwerk an Hilfsangeboten für die Jugendlichen, aber auch für das soziale Umfeld unter Achtung der Prinzipien der Eigeninitiative, der Selbsthilfe und der Mitverantwortung anbieten können. Leider weist eine steigende Zahl von Jugendlichen Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsverzögerungen als Reaktion auf ungünstige Rahmenbedingungen ihres Aufwachsens auf, insbesondere eine erhöhte Gewaltbereitschaft, fehlende Empathiefähigkeit, eine verkümmerte Sprach- und Ausdrucksfähigkeit sowie Hyperaktivität und Konzentrationsschwächen. Neben dem Misslingen der sozialen Integration besteht bei ihnen die akute Gefahr, auch in Schule und Ausbildung zu scheitern. Oft kommt ein extrem überhöhter und von evasorischen Tendenzen geprägter Medienkonsum hinzu. Ohne schulische oder berufliche Ausbildung sinken jedoch angesichts zunehmender Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt die Chancen auf ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen dramatisch. Die Jugendarbeitslosigkeit kann daher nur im Wege eines konsequenten Bildungsansatzes weiter vermindert werden, bei dem die Kinder und Jugendlichen von den Eltern, den pädagogischen Kräften in den Kindertageseinrichtungen und den Lehrkräften in der Schule stark gemacht, ihre Stärken, nicht ihre Schwächen, betont werden und ihre Lernfreude geweckt wird. Eine frühe Erziehung zur Medienkompetenz muss alle Schritte begleiten. Wenn sich aber gleichwohl bei den Jugendlichen gravierende Fehlentwicklungen zeigen, so muss möglichst frühzeitig interveniert werden. Treten diese Probleme während der Schullaufbahn auf, so hat sich der Einsatz von **Jugendsozialarbeit an Schulen** bestens bewährt. Sie wendet sich an junge Menschen mit gravierenden sozialen und erzieherischen Problemen, wie z. B. interkulturellen Konflikten, Schulverweigerung, Gewaltbereitschaft und Suchtgefährdungen und bietet ihnen konkrete Hilfestellungen. Auf der Schwelle zum Berufseinstieg kommt das Angebot der **arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit für sozial benachteiligte Menschen** zum Tragen. Für deren persönliche Stabilisierung und die berufliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt sind passgenaue und nachhaltige Maßnahmen von großer Bedeu-

tung. Zumindest für die nächsten Jahre wird die Ausbildungsstellensituation für gering qualifizierte Absolventinnen und Absolventen angespannt bleiben; hier können Programme wie „Fit for Work“ gute Erfolge erzielen.

44) Die Jugendhilfe ist zudem mit anderen Institutionen und Diensten zu vernetzen, die die Familien unterstützen. Dies sind namentlich die Kindertageseinrichtungen, die Familienberatungen und auch die Angebote der Familienbildung, die alle drei auf ihre eigene Weise durch Hilfe zur Selbsthilfe die Fähigkeit der Eltern und Familien stärken, Kinder zu erziehen, sie vor gefährdenden Einflüssen zu schützen sowie auf ein Leben in der Gemeinschaft vorzubereiten.

45) Die Weiterentwicklung der Instrumente der Jugendpolitik muss unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenbündelung vor allem zwei Ansätze im Auge haben, den der **Prävention** und den der **Förderung umfassender Teilhabe**.

46) Die Jugendpolitik muss sich künftig noch stärker präventiven Ansätzen widmen, die auf stabile Verhältnisse und Hilfeangebote für junge Menschen und Familie setzen, um Fehlentwicklungen frühest möglich vorzubeugen. Von besonderer Wichtigkeit sind dabei die Förderung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und der Schule, die sich immer mehr auch ihrem Erziehungsauftrag widmen muss, die Förderung der Erziehung in der Familie, der Familienbildung und Beratung, der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sowie niedrigschwellige Beratungsangebote, die die Eigenverantwortung der jungen Menschen und die Erziehungsfähigkeit der Familie stärken. Präventive Jugendpolitik beugt Entwicklungsstörungen und Erziehungsdefiziten vor und führt so langfristig zu einem Rückgang kostenintensiver Einzelfallhilfe.

47) Für den Erfolg der Jugendpolitik aber ist von erheblicher Bedeutung, inwieweit es mit den verschiedenen Instrumenten gelingt, den unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnissen der verschiedenen Gruppen von Kindern und Jugendlichen Rechnung zu tragen, um möglichst viele zu aktiven Mitgliedern der Gesellschaft zu befähigen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei

- den ausländischen Kindern und Jugendlichen, deren gesellschaftliche Integration sich auch in der zweiten und dritten Generation oftmals noch schwierig gestaltet, und die von Anfang an insbesondere eine intensive Sprachförderung und kulturelle Bildung und Erziehung benötigen;
- den Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien, denen aufgrund der eingeschränkten familiären Möglichkeiten oft nicht die Bildungschancen offen stehen und denen insbesondere durch gut ausgestattete Kindertageseinrichtungen und Schulen der Zugang zu Büchern, elektronischen Medien und vor allem auch dem Computer eröffnet werden muss;
- den Buben und jungen Männern, die teilweise größere Probleme haben, ein Selbstkonzept von sich in einer Welt zu entwickeln, in der Kraft und Stärke an Bedeutung verlieren, Sozialkompetenz und Kommunikationsfähigkeit hingegen an Relevanz gewinnen. Sie brauchen vor allem auch geeignete männliche Rollenvorbilder in Kindertageseinrichtungen und Schulen.

2.1.3 Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe; Politisches Leitprinzip der Nachhaltigkeit

48) Ohne die Bedeutung der Jugendpolitik im beschriebenen Sinne eines eigenständigen Politikbereichs mindern zu wollen, begreift die CSU-Fraktion angesichts der eingangs beschriebenen tief greifenden Umwälzungen die Jugendpolitik heute als eine **sämtliche Politikbereiche erfassende Aufgabe, die sich am Leitprinzip der Nachhaltigkeit orientiert**.

49) Wie die *Expertenkommission „Zukunft Bayern 2020“* in ihrem Gutachten herausgearbeitet hat, bedeutet Nachhaltigkeit zunächst, „dass sämtliche Maßnahmen darauf zielen, sich Megatrends, wie z. B. den Kräften der Globalisierung, nicht abwehrend entgegenzustemmen, sondern sie aufzugreifen und aktiv gestaltend zu nutzen. Es bedeutet zweitens, dass oberste Priorität diejenigen Maßnahmen haben, die langfristig entscheidend für Bayerns Zukunft sind, also Kinder, Bildung sowie Forschung, Innovationen und Investitionen als Quelle von Wohlstand und Arbeit. Es bedeutet drittens, die Belange künftiger Generationen zu wahren, also für einen ausgeglichenen und auf Zukunftsinvestitionen fokussierten Staatshaushalt zu sorgen und die natürlichen Ressourcen von den Rohstoffen bis zum Klima zu bewahren.“¹

50) Dieser Ansatz, dem die CSU-Fraktion voll zustimmt, rückt die Jugendpolitik im Lichte des Gebots nachhaltigen Handelns mit dem Ziel, die Belange der kommenden Generationen zu wahren, in den Fokus unserer Aufmerksamkeit und **setzt für nahezu alle Politikfelder wichtige Rahmenbedingungen**:

51) Eine **nachhaltige Finanzpolitik**, die die kommenden Generationen nicht mit einem Schuldenberg überhäuft und sie ihrer Freiheiten beraubt, ist ein entscheidender Baustein für eine erfolgreiche Jugendpolitik auf Landes-, aber auch auf Bundesebene: Bayern verfügt seit dem Jahr 2006 als erstes Land in Deutschland über einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Für die CSU-Fraktion ist ein Staatshaushalt ohne Neuverschuldung kein Selbstzweck. Vielmehr geht es darum, Zukunftsfähigkeit zu bewahren und den jungen Menschen Chancen zu vermitteln. Der Verzicht auf neue Schulden steht dabei in erster Linie im Zeichen der Generationengerechtigkeit. Jeder Euro mehr an Verschuldung erhöht die Zinslast für die nachfolgenden Generationen. Mit steigender Zinslast aber werden die Spielräume im Haushalt für zukunfts-trächtige Investitionen immer geringer. Um die Zukunft der jungen Generationen auf Dauer zu sichern, ist der ausgeglichene Staatshaushalt auch weiterhin von zentraler Bedeutung. In den kommenden Jahren wird es darüber hinaus unsere Aufgabe sein, neben den erforderlichen Investitionen in Zukunftsbereiche die in der Vergangenheit aus durchaus sachlich nachvollziehbaren Gründen eingegangenen Schulden Schritt für Schritt abzutragen.

52) **Jugendpolitik ist nachhaltige Bildungs- und Hochschulpolitik**: Um der Jugend die notwendigen Zukunftsperspektiven zu eröffnen, kommt der Bildung eine Schlüssel-

1 „Zukunft Bayern 2020“ Nachhaltige Politik für Kinder, Bildung und Arbeit – Megatrends und ihre bessere Nutzung durch Wirtschaft und Wissenschaft, München, April 2007, S. 1.

2 Vgl. dazu auch nachfolgend unter Abschnitt 2.1.4

funktion für die Vermittlung von Chancengerechtigkeit zu. Ziel muss es sein, jedem Einzelnen die seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung anbieten zu können, wie es in Art. 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung niedergelegt ist. Bereits heute verfügt Bayern über ein leistungsfähiges und – wie die neuesten Pisa-Studien und zahlreiche Hochschulrankings belegen – anerkannt gutes Schul- und Hochschulsystem. Das gesamte Bildungssystem bedarf aber einer ständigen externen und internen Überprüfung, um auch in Zukunft jedem jungen Menschen die bestmögliche, seinen Neigungen entsprechende Ausbildung zu garantieren.

Unser mehrgliedriges Schulsystem hat sich sowohl im nationalen, als auch im internationalen Vergleich bestens bewährt; im Rahmen der künftigen **Bildungspolitik** wird ein Schwerpunkt der bedarfsgerechte Ausbau des Angebots an Ganztagschulen sein (offene und gebundene Form) – und zwar in allen Schularten. Hinzukommen muss eine weitere Erhöhung der Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems („*Kein Abschluss ohne Anschluss*“) sowie eine Anpassung der Organisation an die neuen Herausforderungen: Schulen, Direktoren und Lehrer brauchen mehr Eigenverantwortung, um den Bildungsauftrag auch in Zukunft erfüllen zu können. Dieser erschöpft sich nicht nur in der Vermittlung von Wissen und Können, sondern soll auch den Charakter bilden, wie es treffend die Bayerische Verfassung in Art. 131 Abs. 1 zum Ausdruck bringt. Eine besondere Rolle kommt dabei dem Religionsunterricht sowie insbesondere der Vermittlung von Werten wie Toleranz, Selbstbeherrschung, Verantwortungsbewusstsein und demokratische Grundüberzeugungen im vorschulischen und schulischen Bereich zu.

Im **Hochschulbereich** wurden mit der Optimierung des Fächerspektrums und der großen Rechtsreform bereits wichtige Maßnahmen umgesetzt, um unsere Universitäten, Kunst- und Fachhochschulen im globalen Wettbewerb noch besser zu positionieren. Nicht jede Hochschule in Bayern muss das gesamte Spektrum in Forschung und Lehre anbieten. Diejenigen Fächer und Forschungsbereiche, die angeboten und unterhalten werden, müssen aber nach nationalen und internationalen Maßstäben wettbewerbsfähig sein. Im Bereich der Hochschulpolitik sehen wir für die nächsten Jahre die größte Herausforderung darin, der demographiebedingt bis 2020 steigenden Zahl von leistungsfähigen und studierwilligen jungen Menschen ein hochwertiges Angebot an Studienplätzen zur Verfügung zu stellen.

Bildungs- und Hochschulpolitik sind für uns auch in Zukunft zentrale Politikfelder, um unseren jungen Menschen Perspektiven vermitteln und die Zukunftsfähigkeit Bayerns langfristig sichern zu können.

53) Jugendpolitik ist nachhaltige Medienpolitik: Ein besonders bedeutsamer Bereich innerhalb der Erziehung und Bildung ist die Schulung unserer Kinder und Jugendlichen im Umgang mit den modernen Medien. Unsere jungen Menschen müssen möglichst frühzeitig auf eine immer komplizierter werdende Medienwelt vorbereitet werden. Die neuen Medien, insbesondere in Gestalt von Personal Computer, Internet und Mobiltelefon, sind einerseits ein wichtiger Bestandteil der Jugendkultur, sie bergen aber andererseits auch zahlreiche Gefahren für deren Entwicklung. Die Vermittlung

eines verantwortlichen Umgangs mit allen Medien muss auch in Zukunft ein zentraler Schwerpunkt im Lehrplan aller Schularten, aber auch bereits in den Kindergärten sein.

54) Jugendpolitik ist nachhaltige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik: Wirtschaftspolitik „nachhaltig“ zu gestalten bedeutet, wirksam für den langfristig angelegten Erhalt und Ausbau der Wirtschaftsgrundlagen zu sorgen, also jener Faktoren, die auch in den vor uns liegenden Jahrzehnten Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und sozialen Fortschritt sicherstellen. Mit diesem Erfordernis rücken die jungen Menschen unseres Landes stärker denn je in den Mittelpunkt des Interesses.

Wir werden unseren Lebensstandard nur dann halten können, wenn wir langfristig mit qualifizierten, innovativen Produkten und Dienstleistungen auf den Markt treten können. Dazu brauchen wir gut ausgebildetes und hoch motiviertes Personal, das möglichst an den Beschäftigungsstandort Bayern gebunden ist. Unsere primäre Wirtschaftsgrundlage lautet: „Innovationsfähigkeit“ oder anders formuliert: „Rohstoff Geist“. Die Nachhaltigkeit unserer Wirtschaftsgrundlagen ist aber im Bereich des Beschäftigungssystems dadurch gefährdet, dass durch den demographischen Wandel die jungen Menschen – und die Erwerbspersonen insgesamt – immer weniger werden. Da sich die Zuwanderung aus dem Ausland in Grenzen halten muss, kann dieser Prozess nur dadurch kompensiert werden, dass wir „um soviel besser werden, wie wir weniger werden“. Gleichzeitig stellt aber auch der wachsende Wettbewerb auf den globalisierten Märkten zunehmend die Anforderung, „immer besser“ zu werden. Auch im Politikbereich „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ sind daher bildungs- und hochschulpolitische Maßnahmen die entscheidenden Schlüsselgrößen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Jugendpolitik. Bildungspolitik ist gewissermaßen die Sozial- und Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts. Wir wollen möglichst optimale Voraussetzungen dafür schaffen, dass die jungen Generationen diese Herausforderung erfolgreich annehmen können. Zudem brauchen wir auch eine leistungsfähige Berufsberatung – schon in der Schule –, damit Jugendliche die Chance haben, ihre Stärken zu erkennen und auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen. Die aktuellen Arbeitsmarktdaten³, die für junge Menschen unter 25 Jahren eine Arbeitslosenquote von 2,9 % (Bundesgebiet: 6,4 %) aufweisen, zeigen, dass wir die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft richtig gesetzt haben und unseren jungen Menschen immer mehr berufliche Chancen vermitteln können.

55) Jugendpolitik ist nachhaltige Umweltpolitik: Die Umweltpolitik mit ihrem Ziel, unsere Lebensgrundlagen auch für nachfolgende Generationen zu erhalten, ist Kernbestand nachhaltiger Politik und sichert damit auch die Zukunft unserer Jugend. Unter unserer Verantwortung hat sich Bayern vom Agrarland zum High-Tech-Standort entwickelt, ohne dabei seinen einzigartigen Charakter einer weitgehend intakten Umwelt und einer reichhaltigen Natur zu verlieren. Die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und auszubauen ist für die CSU-Fraktion politischer Auftrag, aber auch eine aus unserem christlichen Verständnis folgende Verpflichtung für den Erhalt der uns überantworteten Schöp-

³ Stand: Juni 2008

fung. Umgekehrt ist gerade die Umweltbildung für Kinder und Jugendliche ein wichtiger Beitrag für den Naturschutz. Sie ist ein unverzichtbarer Baustein moderner und vorsorgender Umweltpolitik. Durch die Umweltbildung werden unsere Kinder und Jugendlichen sensibilisiert für einen achtsamen Umgang mit der Natur und wachsen schrittweise in die Verantwortung hinein. Bayern unterstützt die Umweltbildung seit über 10 Jahren insbesondere durch Förderung von Umweltbildungsprojekten und des so genannten Freiwilligen Ökologischen Jahres; diesen Weg wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.

56) Jugendpolitik ist nachhaltige Integrationspolitik: Angesichts der demographischen Entwicklung und verstärkter Zuwanderung gerade auch aus dem außereuropäischen Ausland wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – und damit auch ihr Anteil an kommenden Generationen in Deutschland – stark zunehmen. Umso wichtiger ist es, schon frühzeitig die Grundlagen für eine erfolgreiche Integration zu legen: Das erfordert vor allem die Vermittlung von Sprachkompetenz – dem wichtigsten Schlüssel zur Integration –, aber auch ein offensives Eintreten für die uneingeschränkte Akzeptanz unserer Werte- und Rechtsordnung. Schließlich sind gerade Kinder und Jugendliche aus muslimischen Herkunftsländern oft den Einflüssen eines konkurrierenden, mit unserer Verfassungsordnung nicht immer deckungsgleichen Systems von Werten und Traditionen ausgesetzt. Bildung und Erziehung zur Toleranz – unverzichtbare Bestandteile der gemeinsamen Grundüberzeugungen in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung – kommen entscheidende Bedeutung für eine erfolgreiche Integration zu. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten neben den Schulen und Ausbildungsstätten auch Vereine und ehrenamtlich in der Integrationsarbeit tätige Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten unserer Integrationspolitik in Gestalt von Sprachförderung, Verbesserung von Bildungschancen in Schule und Ausbildung sowie Maßnahmen zur Integration in die Arbeitswelt und zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe kommt eines ganz entscheidend hinzu: Gelingende Integration in ein freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen setzt ein hohes Maß an Offenheit und Toleranz in der gesamten Gesellschaft voraus – also auch bei unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

2.1.4 Haltung der CSU-Fraktion zu verschiedenen bildungspolitischen Fragestellungen

57) Die Enquete-Kommission hat ihren Fokus auf die Verknüpfung der Jugendpolitik zu den einzelnen Politikfeldern gelegt und deshalb darauf verzichtet, konkrete Empfehlungen zu spezifisch schulpolitischen Fragestellungen abzugeben (vgl. Unterabschnitt 4.3.3.2). Zudem haben die Diskussionen zu Kapitel 3.4 D „Junge Menschen in Schule und Bildung“ gezeigt, dass die Positionen der in der Enquete-Kommission vertretenen Fraktionen und Experten keinen breiten Konsens ermögliicht hätten. Aufgrund der zentralen Rolle bildungspolitischer Entscheidungen sieht sich die CSU-Fraktion jedoch veranlasst, ihre Überzeugungen zu den im Laufe der Enquete-Kommission geführten Diskussionen und zu den durch Voten der SPD- und Grünen-Fraktion angesprochenen Themen wie folgt zu formulieren:

2.1.4.1 Fundament und Ausgangspunkt der bayerischen Bildungspolitik

58) Prägend für die Bildungspolitik der CSU-Fraktion sind das christliche Menschenbild und unser Leitbild einer *Solidarischen Leistungsgesellschaft*. Das christliche Menschenbild als Basis unseres Politikverständnisses betont die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, deren Achtung und Schutz Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist (Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes). Gleichsam spiegelbildlich zur Solidaritätsverpflichtung der Gesellschaft steht der Einzelne aber auch in der Verantwortung für sich und sein Handeln; dazu gehört insbesondere das Bemühen, die eigenen Anlagen und Talente im Rahmen der Möglichkeiten voll zu entwickeln. Das bayerische Bildungssystem zielt auf die Verwirklichung von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit für alle ab: Alle Schülerinnen und Schüler sollen diejenige Unterstützung erhalten, die notwendig ist, um ihre Talente und Begabungen bestmöglich zu entwickeln. Die Bildungsarbeit muss aber – gewissermaßen als Kehrseite der Medaille – auf die Eigenverantwortung und den aktiven Einsatz sowohl der Kinder und Jugendlichen als auch ihrer Erziehungsberechtigten vertrauen können. Kurz gesagt, Schule muss „*fördern und fördern*“.

59) Jeder Bewohner Bayerns hat einen in Art. 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung verbürgten Anspruch darauf, „eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten“. Die Verwirklichung der darin zum Ausdruck kommenden Bildungs- bzw. Chancengerechtigkeit hat für uns klare Priorität bei allen konkreten bildungspolitischen Entscheidungen. Neuere Studien⁴ belegen, dass die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit nicht vom Schulsystem abhängt: Gesamtschulen fördern die Bildungsgerechtigkeit nicht besser als unser gegliedertes Schulwesen. Entscheidender Vorteil eines gegliederten Schulsystems aber ist, dass eine möglichst differenzierte Förderung unserer Schülerinnen und Schüler mit ihren höchst unterschiedlichen Begabungen und Neigungen weitaus besser möglich ist. Das ausdifferenzierte bayerische Schulwesen zielt darauf ab, den unterschiedlichen Begabungstypen der Schülerinnen und Schüler bestmöglich gerecht zu werden. Es gründet sich auf die wissenschaftlich bestätigte pädagogische Erfahrung, dass die Schülerinnen und Schüler in Gruppen mit ähnlicher Begabung effektiver lernen und gefördert werden können. Dies schließt – und das ist uns als CSU-Fraktion sehr wichtig – keinerlei Wertung der verschiedenen Begabungen ein.

60) Nach den letzten nationalen wie internationalen Studien hat sich das bayerische gegliederte Schulsystem außerordentlich bewährt: Im Rahmen der aktuellen Länderauswer-

4 Studie von Prof. Helmut Fend, vorgestellt in: Die Zeit vom 3. Januar 2008.

Dazu auch: Prof. Dr. Fritz-Dietrich Neumann, Das gegliederte Schulsystem aus anthropologischer Sicht, in: Paula Bodensteiner/Anton Huber/Albert Obert (Hrsg.), Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?, vorgestellt auf einer Veranstaltung der Hanns Seidel Stiftung am 25. Januar 2007 und im Fachgespräch der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag am 18. Juni 2008 zum Thema „Jedes Talent fördern – Perspektiven des gegliederten Schulwesens“.

tung (PISA-E 2003⁵) hat Bayern in allen untersuchten Kompetenzbereichen bundesweit den 1. Platz belegt, den OECD-Durchschnitt deutlich übertroffen und als einziges deutsches Land den Anschluss an die internationale Spitzengruppe erzielt. Bayerns Hauptschulen schneiden im Vergleich zu den Hauptschulen der anderen Bundesländer am besten ab. Während in Deutschland insgesamt der Kompetenzerwerb – unabhängig von der besuchten Schulart – deutlich an die soziale Herkunft gekoppelt ist, besteht bei Schülerinnen und Schülern in Bayern „eine relativ schwache Kopplung von sozialer Herkunft und erreichter Kompetenz bei hohem Kompetenzniveau.“⁶ In allen vier untersuchten Kompetenzbereichen (Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften und Problemlösen) weist Bayern die kleinste „Risikogruppe“ auf, hat also den geringsten Anteil von Schülerinnen und Schülern auf oder unter der niedrigsten Kompetenzstufe. Migrantenkinder erzielten in Bayern bessere Leistungen als Migrantenkinder in allen anderen deutschen Ländern.

2.1.4.2 Konsequente Verwirklichung der Bildungs- bzw. Chancengerechtigkeit durch hohe Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems

61) Nachdem sich unser gegliedertes Schulsystem sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich bestens bewährt hat, wird die CSU-Fraktion an ihm festhalten. Ungeachtet dessen bedarf auch unser Schulsystem einer fortlaufenden Überprüfung und Nachjustierung, um die kommenden Herausforderungen bestehen und Chancengerechtigkeit künftig noch besser verwirklichen zu können. Dabei kommen insbesondere folgende Ansätze und Initiativen zum Tragen: Neben einer weiteren Stärkung der frühkindlichen Bildung werden wir in den kommenden Jahren schrittweise ein bedarfsgerechtes und zukunftsfähiges Angebot an Ganztagschulen für alle Schularten und Altersstufen aufbauen. Hinzu kommt eine Verstärkung der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler mit einem Schwerpunkt der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

62) In diesem Zusammenhang hat die Erhöhung der Durchlässigkeit im gesamten Bildungssystem zentrale Bedeutung. Die hohe Durchlässigkeit ist gewissermaßen ausgleichendes Pendant zur Ausdifferenzierung des Schulsystems. Die Entwicklung der Neigungen und Fähigkeiten sowie insbesondere deren Geschwindigkeit eines jeden einzelnen Menschen verlaufen höchst individuell. Dieser Vielfalt wird ein mehrgliedriges Schulsystem mit hoher Durchlässigkeit wesentlich besser gerecht als ein Gesamtschulsystem. Bereits heute ist für das bayerische Schulwesen eine im Bundesdurchschnitt weit überdurchschnittliche Durchlässigkeit prägend: So werden zum Beispiel etwa 43 % der Hochschulzugangsberechtigungen im Freistaat außerhalb des Gymnasiums erworben. Dies zeigt den außerordentlich hohen Stellenwert der beruflichen Bildung in Bayern. Spätere Übertrittsmöglichkeiten, also in der 5. oder höheren Jahrgangsstufe, werden

durch konkrete Übergangshilfen (z. B. durch spezielle Einführungsklassen an den weiterführenden Schulen) weiter verbessert. Durch die Einführung der Beruflichen Oberschule, an der Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Schulabschluss in einem ein-, zwei- oder dreijährigen Bildungsgang die Fachhochschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife erwerben können, eröffnen wir unseren jungen Menschen einen zweiten – im Verhältnis zur Ausbildung an den Gymnasien und Fachoberschulen – gleichwertigen Weg an unsere Universitäten und Fachhochschulen. Mit einer Reihe weiterer Maßnahmen zum neuen Schuljahr (Brückenangebote zum Übertritt an die Berufliche Oberschule, Einsatz von Grundschullehrern an Realschulen und Gymnasien, zusätzliche Förderstunde in der 5. Klasse der Hauptschule) werden wir die Durchlässigkeit in den Schularten weiter erhöhen. Ab dem kommenden Semester erhalten erstmals alle Meisterinnen und Meister und ihnen Gleichgestellte einen direkten fachgebundenen Fachhochschulzugang. Damit wird die Attraktivität der dualen Berufsausbildung in Bayern weiter gesteigert. Auch in Zukunft wird die CSU-Fraktion den bildungspolitischen Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ weiter konsequent umsetzen und deutliche Signale für die Durchlässigkeit des bayerischen Bildungssystems und die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung setzen. Im Schulbereich spiegelt sich Letzteres wider im verstärkten Ausbau doppelqualifizierender Bildungsgänge (z. B. Erwerb einer dualen Berufsausbildung sowie der Fachhochschulreife), im Hochschulbereich durch den deutlichen Ausbau des dualen Studienangebots an den Fachhochschulen (Möglichkeit des Erwerbs einer dualen Berufsausbildung sowie eines akademischen Hochschulabschlusses). Im Rahmen eines Modellversuchs („Berufsschule Plus“) wird vom kommenden Schuljahr an für besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler, die parallel zu ihrer dualen Berufsausbildung die Fachhochschulreife erwerben wollen, ein Zusatzunterricht eingerichtet, damit sie neben einem Berufsabschluss auch die Fachhochschulreife erlangen können.

2.1.4.3 Bewahrung des gegliederten Schulwesens

63) Das mehrgliedrige Schulsystem hat sich bestens bewährt und wird auch in Zukunft den Anforderungen an ein modernes Bildungssystem gerecht werden. Der unterschiedlichen Natur der Menschen, ihren höchst unterschiedlichen Neigungen und Stärken entspricht ein ausdifferenziertes Bildungsangebot mit verschiedenen Schularten und –zweigen verbunden mit hoher Durchlässigkeit wesentlich besser als ein Gesamtschulsystem. Die Vorschläge einer Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit bzw. Einführung einer Regionalschule halten wir demgegenüber für nicht Erfolg versprechend.

2.1.4.3.1 Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit = Einstieg in die Gesamtschule

64) Eine 9-jährige gemeinsame Schulzeit, wie sie z. T. gefordert wird, käme im Ergebnis der Einführung einer Gesamtschule gleich. Die CSU-Fraktion sieht für eine derart weit reichende Änderung der Schulstruktur keinen Anlass und lehnt sie daher aus den o. g. Gründen ab. Als Folge einer

5 Die Daten zum Abschneiden der bayerischen Schülerinnen und Schüler stammen aus der zweiten PISA-Länderauswertung PISA 2003 (zu PISA 2006 wurden bislang lediglich die internationalen Vergleiche veröffentlicht, die Länderauswertung ist für Herbst 2008 angekündigt).

6 Vgl. PISA 2003, PISA Konsortium Deutschland, 2005, S. 257 f.

9-jährigen gemeinsamen Schulzeit müssten das Gymnasium und vor allem auch die Realschule aufgelöst werden, da für diese nur noch drei bzw. ein Jahr Ausbildungszeit verbleiben würden. Die erwähnten PISA-Länderauswertungen haben gezeigt, dass Länder mit einem ausgeprägten gegliederten Schulwesen bessere Leistungen erzielen als Länder mit einem hohen Gesamtschulanteil. An Gesamtschulen verlangsamten sich das Lern- und Unterrichtstempo: Leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler bleiben zurück, dem individuellen Förderbedarf der übrigen Schülerinnen und Schüler wird nicht ausreichend entsprochen. Außerdem wird – wie verschiedene Studien zeigen – der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb an Gesamtschulen entgegen einem allgemeinen Vorurteil nicht reduziert. Während in vielen Bundesländern, wie beispielsweise Berlin, Bremen und Hamburg, eine bedenkliche Kombination von niedrigem Kompetenzniveau bei gleichzeitig hoher Abhängigkeit der schulischen Leistungen von der sozialen Herkunft festgestellt wurde, hat Bayern hier ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Der Freistaat erreicht gleich nach Finnland, Japan und Kanada ein sehr hohes Kompetenzniveau bei sehr geringer Koppelung der schulischen Leistungen mit der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler. Gerade Kinder aus bildungsferneren Schichten werden in Bayern sehr viel besser gefördert als in anderen Bundesländern. Dies zeigt sich auch darin, dass die so genannte PISA-Risikogruppe (Anteil der nicht ausbildungsreifen 15-Jährigen) in Bayern bundesweit am kleinsten ist.

65) Die CSU-Fraktion lehnt aber auch eine geringere Verlängerung der gemeinsamen 4-jährigen Grundschulzeit ab: Eine Verlängerung um lediglich ein oder zwei Jahre, wie sie z. T. gefordert wird, bringt keine Vorteile und benachteiligt insbesondere die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler⁷. Das Übertrittsverfahren würde nicht entfallen oder entzerrt, wie oft behauptet wird, sondern lediglich in eine spätere Jahrgangsstufe verlagert. Nach dem Erwerb der elementaren Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) entwickeln sich schnell Schülerinnen und Schüler mit überdurchschnittlicher Leistungsfähigkeit heraus. Die zunehmende Streuung der Interessen und Begabungen führt nachweislich bei längerer gemeinsamer Schulzeit zu einer Verlangsamung des Unterrichtstempos. Dies nützt Schülerinnen und Schülern mit ungünstigen Eingangsvoraussetzungen jedoch nur wenig, während die Lernfortschritte der Schülerinnen und Schüler des oberen Leistungsdrittels merklich beeinträchtigt würden. Die Differenzierung nach vier gemeinsamen Grundschuljahren fördert nachweislich die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler, sie bietet aber auch bessere Voraussetzungen für die Förderung der übrigen Schülerinnen und Schüler durch kleinere Klassen (durchschnittliche Klassenstärke an Hauptschulen im Schuljahr 2007/2008: 21,25 Schüler), spezielle Unterrichtsformen (praxisbezogener Unterricht, Förderunterricht, Modularisierung) und die Möglichkeit der Herausbildung neuer Leistungsspitzen in Klassenverband und M-Zug. Mit der Übertrittsentscheidung nach der vierten Jahrgangsstufe wird lediglich eine erste Entscheidung getroffen. Das gegliederte

und durchlässige Schulsystem in Bayern bietet, wie oben unter Unterabschnitt 2.1.4.2 gezeigt wurde, gute Bildungschancen für jede Begabung; ein Übertritt ist auch in späteren Jahren möglich. Der berufliche Bildungsweg bietet neben guten Berufschancen auch die Möglichkeit zur Weiterbildung bis zum Hochschulabschluss.

2.1.4.3.2 Regionalschule = erster Einstieg in die Gesamtschule

66) Das Modell der Regionalschule in seiner gegenwärtig diskutierten Form zielt darauf ab, einen Haupt- und Realschulzweig „unter einem Dach“ zu vereinen. Die regionale Modellschule soll den Haupt- und Realschulabschluss anbieten, damit möglichst viele Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Jahrgangsstufe vor Ort beschult werden können. Die CSU-Fraktion lehnt dieses regionale Schulmodell ab: Eine Schule, die Haupt- und Realschulzug unter einem Dach vereinen soll, müsste wegen der erforderlichen Binnendifferenzierung und zur Sicherstellung der notwendigen Qualitätsanforderungen an das Unterrichts- und Lehrangebot über eine große Schülerzahl und einen weiten Einzugsbereich verfügen. Die Vertreter dieses Konzepts räumen ein, dass für eine regionale Modellschule mindestens 50 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang erforderlich sind. Um dies zu erreichen, müssten die kleinen und mittleren wohnortnahen Hauptschulen aufgelöst werden. Neben dem Verlust zahlreicher Hauptschulen würden auch die Realschulen letztlich überflüssig, da sie durch die Regionalschulen ersetzt würden. Soll aber diese Regionalschule das volle Bildungsangebot der Realschule vorhalten, könnten Regionalschulstandorte zumeist nur dort gebildet werden, wo es bereits heute eine Realschule gibt. Große Schulzentren und dementsprechend insbesondere durch die Schließung wohnortnaher kleinerer Hauptschulen verursachte weite Schulwege wären die Folge.

67) Die CSU-Fraktion lehnt aus den genannten Gründen die Einführung von Regionalschulen ab. Das Regionalschulkonzept ist ein erster Einstieg in die Gesamtschule und löst insbesondere das Problem des Erhalts eines wohnortnahen Schulangebots insbesondere in den ländlichen Regionen des Flächenstaats Bayern vor dem Hintergrund demographiebedingt in den kommenden Jahren zurückgehender Schülerzahlen nicht. Ziel der CSU-Bildungspolitik ist es, auch in der Zukunft dem Auftrag des Art. 128 der Bayerischen Verfassung in bestmöglicher Weise zu entsprechen und ein leistungsfähiges staatliches Schulangebot in ganz Bayern bereit zu stellen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Grund- und Hauptschulen: Die Grundschule soll eine Gemeindeschule bleiben mit dem Ziel, dass unsere Grundschülerinnen und Grundschüler einen möglichst kurzen und überschaubaren Schulweg haben. Daneben soll ein möglichst dichtes Netz wohnortnaher Hauptschulen erhalten bleiben.

2.1.4.4 Das Ganztagschulkonzept

Die Position der SPD, wonach „in Bayern die gebundene Ganztagschule an allen Hauptschulen und flächendeckend in allen Schularten eingeführt werden soll“⁸, lehnt die CSU-Fraktion entschieden ab. Wir wollen die Eltern nicht bevor-

⁷ Dazu die ELEMENT-Studie von Prof. Dr. Dr. Rainer Lehmann und Jenny Lenkeit (Humboldt Universität zu Berlin), vorgestellt in: Zeit Online 17/2008, S. 67.

⁸ Siehe Votum unter Unterabschnitt 4.3.3.2

munden. Wo ein entsprechender Bedarf besteht, soll in allen Schularten schrittweise ein zukunftsfähiges Ganztagsangebot geschaffen werden. Die Schulfamilie vor Ort mit der Schulleitung und den Eltern soll selbst entscheiden können, ob und in welcher Form Ganztagsangebote eingerichtet werden. Ziel ist dabei, dass die Eltern die Wahl haben, ob sie für ihr Kind ein Ganztagsangebot in Anspruch nehmen oder nicht.

2.2 SPD-Fraktion

68) Die Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Jungsein in Bayern“ hat sich drei Jahre lang mit der Situation der jungen Generationen befasst. Es ging ihr dabei um die Lebenslagen und Entwicklungschancen junger Menschen in Bayern in ihrer ganzen Vielfalt. Eine banale Anmerkung vorweg, denn diese Vielfältigkeit wird gerne zu Gunsten komprimierter Darstellungen und Aussagemöglichkeiten unterschlagen. Aber es gibt eben nicht „die Jugend“ oder „die junge Generation“. Angelehnt an das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 7, KJHG bzw. SGB VIII⁹), findet die Altersbegrenzung Anwendung, die beinahe drei Jahrzehnte umfasst – und schon daraus ergibt sich, dass wir es mit mehreren Generationen zu tun haben. (Allerdings hat die Enquete-Kommission die Altersgruppe der unter 6-Jährigen in ihren Arbeiten nicht direkt berücksichtigt.)

69) Wenn es die Shell Jugendstudie¹⁰ nun schon in zweiter Auflage trotzdem wagt, von „der pragmatischen Generation“ zu sprechen, so nimmt sie dabei einen kleinen Altersschnitt in den Fokus und verdeutlicht selbst, dass es um vorherrschende Tendenzbeschreibungen geht, nicht um Generalisierungen. Auf diese wissenschaftlich fundierten und anerkannten Erkenntnisse darf denn auch hier aufgebaut werden. Pragmatisch ist die junge Generation letztlich nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil junge Menschen das als Notwendigkeit erkennen, um in einer Welt einen Platz zu erobern, deren Möglichkeiten unbegrenzt erscheinen, aber für viele sich als äußerst eingeschränkt erweisen, sei es der Zugang zu guten Bildungsabschlüssen oder zum Arbeitsmarkt, seien es finanzielle oder politische Teilhabechancen. Die SPD-Fraktion legt deshalb sehr großen Wert darauf deutlich zu machen, dass die sozio-ökonomischen Benachteiligungen, von denen das Leben vieler junger Menschen gekennzeichnet ist, auch in Bayern endlich durch eine auf Teilhabe und soziale Gerechtigkeit ausgerichtete Politik ausgeglichen werden müssen.

70) Die SPD-Fraktion hat in der Enquete-Kommission intensiv fachpolitisch und konstruktiv mitgearbeitet und sich offen und dialogbereit eingebracht. Die Arbeiten der Enquete hätten sich aber stärker auf ausdrücklich jugendpolitische Sichtweisen beschränken sollen. Insbesondere im Bereich Jugend und Bildung hat die SPD frühzeitig darauf hingewiesen, dass hier die parteipolitischen Unterschiede so gravierend sind, dass Darstellungen im Konsens nicht möglich sind. Deshalb distanziert sich die SPD von den bildungspolitischen Darstellungen, soweit sie – etwa durch Texte aus dem

Kultusministerium – die Situation an Schulen in Bayern einseitig aus Sicht der Staatsregierung darstellen. Die Einflussnahme der Ministerien auf die Arbeit der Enquete insbesondere in der Schlussphase der Abfassung des Abschlussberichts war eindeutig zu stark, zumal sie oft zum Ziel hatte, Dinge zu beschönigen, wo klare, auch bisweilen unangenehme Analysen angesagt waren. Eine saubere Trennung von Legislative und Exekutive war hier nicht gegeben.

71) Insgesamt in rückblickender Bewertung der Sinnhaftigkeit der Enquete halten wir das Instrument grundsätzlich für wenig geeignet, um effektiv Politik zu gestalten. Das Programm war sehr ambitioniert, gerade damit aber hat es viele Kapazitäten gebunden, die der eigentlich politischen Arbeit des Parlaments verloren gegangen sind. Die Enquete hat im Grunde Aufgaben einer Jugendberichtskommission (vgl. § 84 SGB VIII) übernommen – allerdings in anderer Zusammensetzung. Deshalb hat die SPD-Fraktion bereits zu einem frühen Stadium in die Diskussion der Enquete den Vorschlag eingebracht, zukünftig in Bayern eine solche „Kommission für einen Kinder- und Jugendbericht“ gesetzlich zu verankern. Der Vorschlag wurde in der Enquete zwar diskutiert, aber fand schließlich in den Schlussabstimmungen keine Mehrheit. Die SPD hält an diesem Vorschlag fest und erläutert ihn im folgenden kurz.

72) Eine Kommission für einen wissenschaftlich fundierten, fachpolitischen „Kinder- und Jugendbericht in Bayern“ – analog zu dem für die Bundespolitik im KJHG vorgeschriebenen¹¹ – muss sich vollständig aus parlamentsexternen Experten/innen zusammensetzen und unabhängig von Staatsregierung und Ministerien, von Parteien und Fraktionen im Auftrag des Parlaments arbeiten. Ihre Erkenntnisse und Vorschläge sollen dann in einem öffentlichen Diskurs von den Fraktionen und im Parlament bewertet und von der Exekutive in politisches Handeln umgesetzt werden. Ein solches Verfahren respektiert deutlicher die Aufgabenverteilung und akzentuiert klarer die Aufgabe der Politik. Die SPD-Fraktion schlägt vor, dass die zu schaffende Kommission zu Beginn einer jeden Legislaturperiode berufen wird und zur Mitte der Legislaturperiode ihren Abschlussbericht vorlegt. Ein weiteres Jahr später sollte in jeder Legislaturperiode eine Neufassung des Jugendprogramms durch das Parlament beschlossen und entsprechend des Bedarfs finanziell ausgestattet werden.

73) Das Konstrukt der Enquete-Kommission des Landtags ist noch aus einem weiteren Grund ein problematisches Werkzeug für politische Arbeit: Die Enquete muss nach der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags (in der Regel) nicht-öffentlich tagen. Das hat während der Tätigkeit der Enquete in den letzten drei Jahren praktisch dazu geführt, dass der öffentliche politische Diskurs über Jugendpolitik in Bayern nahezu zum Stillstand kam. Angesichts der verheerenden finanziellen Situation, in die Bayerns Jugendarbeit durch die dramatischen Finanzkürzungen durch die Regierung Stoiber in den Jahren 2003/04 geraten ist, war dies ein besonders schwer wiegendes Problem. Eine Beteiligung von jungen Menschen und gesellschaftlichen Organisationen wurde zwar durch Anhörungen ermöglicht, jedoch war eine laufende Information der am Thema Interessierten bei Ein-

⁹ § 7 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) bzw. Sozialgesetzbuch (SGB) VIII

¹⁰ 15. Shell Jugendstudie 2006

¹¹ § 84 KJHG

haltung der parlamentarischen Gepflogenheiten nicht angemessen möglich.

74) Jugendpolitik in Bayern wird auf Landesebene wesentlich durch das Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung geprägt. Es besteht aus einem konzeptionellen und einem finanziellen Teil. Der konzeptionelle Teil bedarf alle fünf bis acht Jahre einer Runderneuerung, um ihn aktuellen Entwicklungen anzupassen, die in unserer Gegenwarts-gesellschaft und ganz besonders in den Lebenslagen und im Selbstverständnis von jungen Menschen extrem schnell ablaufen. In der Anlage der Enquete war dies allerdings nicht direkt vorgesehen, so dass die politische Weiterentwicklung während dieser Zeit stagnierte. Die SPD-Fraktion fordert deshalb, dass jetzt innerhalb eines Jahres ein neues Jugendprogramm, aufbauend auf den Darstellungen in diesem Abschlussbericht, vorgelegt wird.

75) Entsprechend ihres Programms (Fragenkatalog im Antrag zur Errichtung der Enquete vom 22.4.2005) hat sich die Kommission mit allen wesentlichen Fragen auseinander gesetzt, die das Leben von jungen Menschen in Bayern heute prägen. Sie folgt damit ausdrücklich einem Verständnis von Jugendpolitik als Querschnittspolitik, das auch aus Sicht der SPD das einzig sinnvolle ist. Das bedeutet, dass alle Politikfelder, von denen junge Menschen betroffen sind, unter der Perspektive der jungen Menschen betrachtet und die jeweils zuständigen Fachpolitiker/innen mit den daraus abgeleiteten politischen Forderungen konfrontiert werden. In diesem Sinne beleuchtet diese Stellungnahme der SPD-Fraktion die angesprochenen Politikbereiche, die im Arbeitsprozess der Enquete behandelt wurden. Die SPD-Fraktion macht sich diese Sicht zu eigen und wird zukünftig in ihrer eigenen Arbeit verstärkt darauf achten, dass in allen Politikfeldern die Bedürfnisse und Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen beachtet und bei politischen Beschlüssen berücksichtigt werden. Die Fraktion benennt daher in allen ihren Arbeitskreisen eine/n Abgeordnete/n zur Ombudsperson für diese Zielgruppe. Diese Abgeordneten gehören zukünftig dem „Arbeitskreis Junge Menschen der SPD-Fraktion“ an. Eine Struktur, die gerne Empfehlungscharakter für andere Fraktionen haben kann, damit das theoretische Verständnis von Jugendpolitik endlich allgemeine Praxis wird.

76) Junge Menschen in Schule und Bildung: In diesem Themenbereich waren Einflussnahme des zuständigen Ministeriums und Gegensätze der Positionen zwischen Staatsregierung und SPD-Fraktion besonders stark ausgeprägt. So kann sich die SPD weite Teile der Beschreibung der Situation an den Schulen Bayerns und die beschriebenen oder für die Zukunft geplanten Maßnahmen der Staatsregierung nicht zu eigen machen. Vielmehr tritt die SPD für eine grundsätzlich andere Bildungspolitik ein, die im Folgenden in aller Kürze in ihren Grundzügen benannt werden muss, da dies im Rahmen des Berichtsteils nicht möglich war.

77) Auch in der Arbeit der Enquete wurde wie schon wiederholt andernorts (vgl. Bildungspolitische Positionen der SPD-Fraktion, PISA- und Iglu-Studien) die Abhängigkeit des Schulerfolgs und der Bildungschancen von der sozialen und ökonomischen Situation der Familien, vom elterlichen Bildungshintergrund sowie vom Wohnort und von der ethnischen Herkunft der Kinder deutlich. Die SPD ist der Ansicht,

dass die sog. Reformen in der bayerischen Bildungspolitik der letzten Jahre diese Probleme nicht gebessert, sondern verschärft haben: allen voran die Einführung der R 6, der beschleunigte Rückzug der Schulen aus ländlichen Regionen, das G 8 sowie das unflexible Festhalten an einem dreigliedrigen Schulsystem.

78) Demgegenüber fordert die SPD die Einführung einer Regionalschule mit längerer, neunjähriger gemeinsamer Schulzeit, eine spätere Leistungsdifferenzierung und das Angebot eines Mittleren Bildungsabschlusses an allen Schularten, die Abschaffung des Übertrittszeugnisses nach der Grundschule und die Freigabe des Elternwillens bei der Entscheidung über die Schullaufbahn ihrer Kinder. Außerdem muss kurzfristig eine bessere Verzahnung von Kindertagesstätten und Grundschulen sowie zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen hergestellt werden. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen an allen Schularten durch eine deutliche Erhöhung der Bildungsinvestitionen für kleinere Klassen / Lerngruppen, mehr Lehrer/innen und eine Verbesserung der individuellen Förderung der Schüler/innen ist unabdingbar für mehr Chancengerechtigkeit.

79) Dafür spielt auch schulische Jugendsozialarbeit eine wichtige Rolle. Hier gibt es erste Schritte, die aber zu spät und zu zaghaft sind. Auch die neuesten Beschlüsse reichen bei weitem nicht aus – bei Realschulen und Gymnasien herrscht immer noch Fehlanzeige. Jugendsozialarbeit ist aber an jeder Schule notwendig. Sie ergänzt die pädagogische Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer und hilft Schülern beim Bewältigen persönlicher Schwierigkeiten und der Schule zu einem besseren Lernklima. Schulsozialarbeit hilft auch rechtzeitig, Kinderarmut und die damit verbundene Bildungsarmut zu erkennen und zu überwinden helfen. Der zögerliche, nicht bedarfsgerechte Ausbau der Jugendsozialarbeit an Bayern Schulen benachteiligt besonders arme Kinder und deren Eltern.

80) Die SPD fordert den Umbau aller Hauptschulen bzw. Regionalschulen zu gebundenen Ganztagschulen und für alle Schularten ein flächendeckendes Angebot an gebundenen Ganztagschulen, das heißt konkret einen Ausbau in den nächsten fünf Jahren auf mindestens 30 Prozent aller Schularten und in zehn Jahren auf 60 Prozent der Schulen. Für die rhythmisierte Gestaltung der Ganztagschulen sind u.a. die Kompetenzen aus Jugendarbeit, Kultur und Sport wichtig, um eine ganzheitliche Bildung zu erreichen. Deshalb soll die gebundene Ganztagschule für die Organisationen und Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit und andere gesellschaftliche Organisationen und Professionen offen sein und von ihnen selbst gestaltete und inhaltlich verantwortete Angebote ermöglichen. Dabei muss sicher gestellt werden, dass alle öffentlich anerkannten Jugendorganisationen gleichberechtigt Zugang erhalten und dass für ihre Mitwirkung unterstützende Rahmenbedingungen (finanzielle, rechtliche, organisatorische, Eigenverantwortlichkeit) eindeutig geklärt sind.

81) Die Mitbestimmung für Schüler/innen an allen Schulen muss erheblich verbessert werden; es geht darum, junge Menschen ernst zu nehmen und die für eine Demokratie und plurale Gesellschaft selbstverständlichen Mitwirkungsmöglichkeiten auch an Schulen zu gewährleisten. Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Schüler/innen an der Gestaltung des

Schullebens und an Lernprozessen stärken die Kinder und Jugendlichen vielseitig in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und führen zu mehr Freude am Lernen – ein wesentlicher Faktor, den die bayerische Bildungspolitik bislang völlig vernachlässigt. Halbherzige Versuche dagegen, wie die aktuelle Institutionalisierung der LSV in Bayern, die den Schüler/innen nicht wirklich Kompetenzen und Befugnisse zugesteht, sind kontraproduktiv. Sie hinterlassen bei den jungen Leuten eher das Gefühl, sich für etwas engagieren zu sollen, was keine Wirkung hat.

82) Die außerschulische Jugendbildung ist als Bildungsfeld eigener Prägung in Verantwortung der Jugendorganisationen mit ihren besonderen Chancen für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen endlich ernst zu nehmen, als Landesaufgabe der Bildung zu akzeptieren und bedarfsgerecht personell und finanziell auszustatten. Dabei findet Jugendbildung in Eigenverantwortung der öffentlich anerkannten freien Träger nach deren Zielen und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen als persönliche, politische, gesellschaftliche, soziale, kulturelle, religiöse, sportliche, ökologische, gesundheitliche und technische Bildung statt. In ihrer Vielseitigkeit und mit ihren ganzheitlichen Ansätzen leistet sie einen wesentlichen Beitrag zum Bildungsangebot für junge Menschen und führt sie zu einem selbst verantworteten lebenslangen Lernen.

83) Nur mit einem in dieser Gesamtheit erfolgenden ehrgeizigen Reformdurchbruch und mit einem finanziellen Kraftakt kann im Bildungssystem das zentrale Leitprinzip realisiert werden: Kein Kind darf verloren gehen, jedes Kind ist nach besten Möglichkeiten und individuell zu unterstützen.

84) Junge Menschen in Ausbildung und Beruf: Trotz derzeit guter konjunktureller Entwicklung bleibt die Situation auf dem Ausbildungsmarkt auch in Bayern weiter angespannt. Zum Ende des Ausbildungsjahres 2006/2007 hatten 3.005 Jugendliche in Bayern keine Lehrstelle. Etwa 50 Prozent unter den Bewerbern im neuen Ausbildungsjahr sind Altbewerber, das heißt sie haben bereits im vorvergangenen Jahr keinen Ausbildungsplatz bekommen. Vor allem unter regionalen Gesichtspunkten sind die Chancen junger Menschen in Bayern sehr unterschiedlich verteilt, z.B. waren im Mai 2008 in Oberbayern 114 Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber/innen verzeichnet, in Oberfranken lediglich 43! Ca. 1/3 eines jeden Jahrgangs kommt nicht im dualen System unter. Die Verantwortung des Staates für die berufliche Bildung muss aber einschließen, dass ein berufsschulisches Angebot für alle jungen Menschen bedarfsgerecht vorgehalten wird, z.B. mit Berufsfachschulen, deren Ausbau unbedingt erforderlich ist. Die Wirtschaft wird damit nicht aus der Pflicht entlassen, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, ggf. ist dafür zu sorgen, dass eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben erfolgt. Eine Lösung sehen wir beispielsweise in einem Umlageverfahren innerhalb der zuständigen Kammern.

85) Die regional teilweise sehr schwierige Situation ist in Bayern nicht neu, sie beschäftigt vielmehr schon Generationen von jungen Menschen und erschwert ihnen den Start in ein eigenständiges Leben mit all den Folgen, die das mit sich bringt: schwindendes Selbstvertrauen, Hinausschieben von

Familiengründung, Zweifel am Funktionieren des staatlichen und wirtschaftlichen Systems bis hin zu sozialer Desintegration. Eine Politik, die Zukunft für nachfolgende Generationen gestalten will, kann dies nicht als naturgegeben hinnehmen und zur Tagesordnung übergehen. Es ist überfällig, Konsequenzen für eine zukunftsfähige berufliche Integration nachfolgender Generationen in Bayern zu ziehen.

86) Eine grundlegende Forderung dafür ist, dass kein/e Schüler/in mehr die Schule ohne einen beruflich qualifizierenden Abschluss verlassen darf. Auch muss schon heute jedem die Möglichkeit offen stehen, einen Abschluss nachzuholen oder einen höheren, etwa mittleren Abschluss zu erwerben. Dazu ist die finanzielle Unterstützung für die außerschulischen Ausbildungsträger, die dies anbieten – etwa Volkshochschulen – und für die Betroffenen selbst zu verbessern. Viele junge Menschen ohne Bildungsabschluss kommen wegen der damit verbundenen Vermittlungshemmnisse auf dem Arbeitsmarkt in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Da diese aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung finanziert werden, damit aber Defizite der schulischen Bildungspolitik ausgeglichen werden müssen, handelt es sich hier um systemfremde Leistungen. Diese müssten im Grunde genommen vom Land als für Bildung zuständige Instanz übernommen werden (was sich auf etwa 5.000,00 € pro Teilnehmer/in belaufen würde).

87) Die oft gerade von der Wirtschaft beklagte „mangelnde Ausbildungsreife“ von jugendlichen Schulabgängern ist eine eindeutige Misstrauenserklärung an das bayerische Schulsystem und kann nur durch eine Verbesserung der Situation an unseren Schulen, hier besonders der derzeitigen Förder- und Hauptschulen, erreicht werden. Die seitens der SPD-Fraktion vorliegenden Reformvorschläge sind in den vorangehenden Absätzen zur Bildungspolitik kurz dargestellt. Wirkungsvollste Maßnahmen zur Verbesserung der „Ausbildungsreife“ wären die Einführung der Regionalschule, die Möglichkeit zum mittleren Abschluss an jeder weiterführenden Schule, eine gemeinsame neunjährige Schulzeit für alle und flächendeckende gebundene Ganztagschulen, um vor allem die individuelle Förderung endlich zu verbessern. Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Arbeitsagenturen noch früher beginnen. Jugendliche müssen mit den Anforderungen der Arbeitswelt vertraut werden, um Interesse und Lernmotivation zu stärken und in den Schulen den Lehrstoff praxisnah zu gestalten.

88) Eine besondere bildungs- und jugendpolitische Herausforderung stellen Schulabgänger/innen von Förder- und z.T. Hauptschulen, vor allem junge Menschen ohne Abschluss – seit 10 Jahren verlassen rund 8 – 10 Prozent eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss – und vielfach Jugendliche mit Migrationshintergrund dar. Eine Gesellschaft, die auf längere Sicht für diese jungen Menschen keine befriedigenden Perspektiven eröffnen kann, nimmt den Betroffenen ihre Lebensperspektiven und schafft sich langfristig enorme soziale Probleme und gesellschaftlichen Sprengstoff. Die Bayerische Bildungs-, Ausbildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hat in den vergangenen Jahren diese Probleme nicht in den Griff bekommen.

89) Für junge Menschen mit schlechteren Startchancen muss es ein gezieltes Übergangsmanagement von den Schu-

len zur Berufsausbildung geben. Benachteiligte Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten der gesellschaftlichen und sozialen Integration brauchen besondere Angebote, etwa ein Werkstattjahr – als Modul anwendbar für spätere Berufsausbildung – und begleitende Jugendsozialarbeit an der Schnittstelle Ausbildung und persönliche Lebensführung. Die Träger, Angebote und Maßnahmen der Jugendsozialarbeit (§ 13 KJHG) sind entsprechend zu fördern und zu unterstützen. Die SPD verweist mit Nachdruck auf die Zielgruppe der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit, § 13 SGB VIII. Die damit verbundenen Herausforderungen sind in den Nrn. 1062 ff. des Kapitels 4 „Handlungsempfehlungen an die Politik“ ausführlich beschrieben. Die weitere sorgsame Förderung des Arbeitsfeldes in seinen Strukturen und Maßnahmen und ein Ausbau der Landesmittelförderung wird in vollem Umfang unterstützt.

90) Alle jungen Menschen müssen eine Ausbildungsgarantie haben und – soweit erforderlich – Hilfen zur Integration in den 1. Arbeitsmarkt bekommen. Auch junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss müssen durch ein Programm „Zweite Chance“ durch berufsbegleitende Qualifizierung einen Berufsabschluss nachholen können. Dafür müssen die entsprechenden Strukturen aufgebaut und finanziert werden.

91) Die einstige Stärke der dualen Ausbildung, auch bildungsschwächere Jugendliche zu integrieren, funktioniert offensichtlich nicht mehr. Hauptschüler finden viel zu wenig Zugang in die „Neuen Berufe“ mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, der Hauptschüleranteil an den IT-Berufen beträgt beispielsweise nur 9 Prozent. Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag suchen Ersatzlösungen, das zeigen der erhebliche Anstieg der „freiwilligen Wiederholer“ und die hohen Abbrecherquoten an Berufsschulen, wo bis 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler keinen Ausbildungsvertrag haben.

92) Die Staatsregierung muss außerdem dafür Sorge tragen, dass alternative Zusatzangebote bedarfsgerecht bereit gestellt werden. So muss etwa für die Förderung der „Schulprojekte vertiefte Berufsorientierung“ (nach § 33 SGB III stellt der Bund 50 Prozent der Finanzierung) die Kofinanzierung sicher gestellt und die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden. Der Freistaat muss statt JoA-Klassen, die der ORH bereits vor Jahren angeprangert hatte, endlich ein Werkstattjahr für benachteiligte Jugendliche einrichten, in dem sie von den Freien Trägern der Jugendsozialarbeit sozialpädagogisch betreut sowie beruflich und schulisch gefördert werden. Auch müssen attraktive Berufsfachschulen eingerichtet werden, die dem Grundsatz des Berufsbildungsgesetzes nach gleichwertiger schulischer und betrieblicher Berufsausbildung entsprechen.

93) Neben diesen Herausforderungen an die bayerische Politik stellt sich für den Freistaat die Möglichkeit, im eigenen Wirkungsbereich zu handeln. Die Ausbildungsplätze des Freistaates Bayern als Arbeitgeber haben stark abgenommen. Im einfachen Dienst z. B. von 60 Ausbildungsplätzen im Jahr 2002 auf 26 im Jahr 2006 oder im mittleren Dienst von 2.038 auf nur mehr 648. Die SPD fordert deshalb, zusätzlich 1000 Ausbildungsplätze in Verwaltungseinrichtungen und Behörden des Freistaates bereit zu stellen.

94) Ehrenamtliches Engagement und Partizipation: Wie seit langem bekannt und immer wieder öffentlich betont, so wurden auch in der Arbeit der Enquete-Kommission der Umfang und die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements junger Menschen als sehr bedeutend nachgewiesen und gewürdigt. Dieses Engagement stellt sowohl für die persönliche Entwicklung der jungen Ehrenamtlichen selbst wie für Staat und Gesellschaft eine unschätzbare Bereicherung dar und es ist eine bedeutende Möglichkeit der Partizipation am gesellschaftlichen Leben und – insbesondere im Rahmen des Engagements in Jugendpolitik und Jugendarbeit – ein wesentliches Element einer lebendigen Demokratie. Darüber herrscht weithin Konsens. Die weiterführende Frage ist, welche politischen Folgerungen sich daraus ergeben. Es hat in der Vergangenheit nicht an Vorschlägen und symbolischen Aktionen wie etwa Tagen des Ehrenamts gemangelt, sondern an konkreten Verbesserungen der Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen, die etwa von den jüngsten Verbesserungen, welche durch die Bundesregierung geschaffen wurden, aus strukturellen Gründen praktisch nicht profitieren. Hier wird beispielhaft erkennbar die Notwendigkeit, diese Perspektive des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit als eigenständiges Feld immer wieder mit eigenen Positionen in die politischen Diskussionen einzubringen und als Aufgabe der Landespolitik zu verstehen.

95) Für die bayerische Landespolitik ist vor allem zu fordern, dass die Aus- und Fortbildung der Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit endlich bedarfsgerecht und so umfassend finanziert wird, dass alle daran interessierten jungen Menschen kostenfrei teilnehmen können. Dies umso mehr, als diese Angebote der Bildung einen eigenständigen Beitrag zum lebenslangen Lernen mit erheblicher Relevanz für die berufliche Entwicklung darstellen. Außerdem sind die seit langem auf dem Tisch liegenden Verbesserungsvorschläge für eine Novellierung des „Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit“ endlich politisch umzusetzen, begleitet von einer ebenfalls bedarfsdeckenden Ausstattung des Fördertitels „Verdienstausschädigung“. Die Vorschläge des Bayerischen Jugendrings und der Jugendorganisationen zur administrativen Verbesserung der Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit wird die SPD-Fraktion in der nächsten Legislaturperiode des Landtags mit den Initiatoren nochmals diskutieren und anschließend als Anträge im Bayerischen Landtag einbringen.

96) Freizeit, Medien und Kultur: Jungen Menschen bietet sich heute eine unüberschaubare Vielfalt an Möglichkeiten, ihre Freizeit zu gestalten. Im Vordergrund steht für sie wie eh und je das Zusammensein mit Freunden/innen. Dabei spielen private Treffpunkte ebenso wie öffentliche Orte der Kommunikation (Straßen, Plätze, Kneipen, Kinos, Discos, Events u.a.) eine herausragende Rolle. Auch der Jugendarbeit kommt in Bayern nach wie vor eine unersetzbar wichtige Bedeutung zu. Kulturelle Aktivitäten – allen voran Musik – und Medien in ihren modernen Erscheinungs- und Nutzungsformen sind wichtiger Bestandteil jugendlicher Freizeitgestaltung, die mit zunehmendem Alter weitgehend unabhängig von Erwachsenen erfolgt. Diese Realitäten hat Politik zu respektieren und dafür Sorge zu tragen, dass allen Kindern, Jugendli-

chen und jungen Erwachsenen eine gesellschaftliche Teilhabe in kommerziellen wie in gemeinnützigen Bereichen der Freizeitgestaltung ermöglicht wird. Deshalb engagieren sich Sozialdemokraten gegen Kinderarmut, für ein lebenswertes Wohnumfeld und für den Ausbau aller Formen von Jugendarbeit und kulturellen Angeboten.

97) Der Rahmen, in dem eine selbstverantwortete Freizeitgestaltung junger Menschen stattfindet, ist in unserer Gesellschaft durch eine Vielzahl von sinnvollen Gesetzen abgesteckt, die dem Schutz von Kindern und Jugendlichen und ihrer positiven Persönlichkeitsentwicklung dienen. Reglementierendes Eingreifen, Gesetzesverschärfungen und zusätzliche Verbote können nur die absolute Ausnahme darstellen. Eine ständig erneute Diskussion in dieser Richtung – Spielverbote, Lärmverbote, Rauchverbote, Alkoholverbote, Aufenthaltsverbote, Nutzungsverbote etc. – halten wir nicht für hilfreich. Vorrangig müssen alle pädagogischen Maßnahmen zur Persönlichkeitsstärkung der jungen Menschen und eine Verbesserung der nicht-kommerziellen Angebotsseite sein; Angebote der Jugendarbeit, Prävention und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz stehen vor Verboten, und bevor über Verschärfungen nachgedacht wird, ist eine Gewährleistung der Überwachung bestehender Gesetze auf Seiten der Erwachsenen (z.B. Abgabe von Alkohol oder indizierten Medien) vorrangig, was in der Regel eine bessere Personalausstattung der zuständigen Stellen erforderlich macht.

98) Im Alltag von jungen Menschen spielen kulturelle Aktivitäten und Mediennutzung – was eng miteinander zu tun hat – eine herausragende Rolle. Bis heute aber ist das in der personellen und finanziellen Ausgestaltung der Strukturen der Jugendarbeit, Jugendkulturarbeit und der Medienarbeit nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Enquete hat sich in ihrer Arbeit sehr umfassend mit dem Thema Jugend und Medien, Medienpädagogik und Medienarbeit befasst, allerdings letztlich die vielfältigen Aktivitäten junger Menschen in den Kultursparten Musik, Literatur, Spiel und Theater, bildende Kunst etc. nicht ausreichend gewürdigt. Die SPD-Fraktion hält es für erforderlich, für beide Bereiche konzeptionell und finanziell in den nächsten Jahren je eigene jugendpolitische Schwerpunkte zu setzen. Auf Landesebene müssen die Strukturen gestärkt werden, um die erforderlichen Angebote zur umfassenden Unterstützung ehrenamtlichen Engagements in diesen Feldern und einen breiten Ausbau nicht-kommerzieller Möglichkeiten der kulturellen Betätigung und Mediennutzung zu gewährleisten. Dabei müssen die Angebote und Aktivitäten aller Ebenen aufeinander abgestimmt und miteinander sinnvoll vernetzt werden.

99) Die Einrichtung des sog. bayerischen Rockmusikintendanten ist bayernweit enger mit der Jugendarbeit zu verzahnen, konzeptionell und auf andere Musikstile zu erweitern und personell aufzustocken. In vergleichbarer Weise sollen andere künstlerische Sparten, die für junge Menschen relevant sind, ausgebaut werden. Auf Landesebene sind dabei vor allem Informationsarbeit, Beratung, Vernetzung, Partizipationsformen, Aus- und Fortbildung Ehrenamtlicher und der in der Jugendkulturszene Aktiven sowie die Schaffung von überregional bedeutsamen Veranstaltungs- und Auftrittformen zu gewährleisten. Ergänzt und unterstützt werden diese Aufgaben auf Landesebene durch die Bezirke und

Kommunen, die in ihrem jeweiligen Gebietsbereich Jugendkulturarbeit fördern.

100) Medienarbeit ist ein untrennbarer Bestandteil von Jugendarbeit wie der Freizeitbeschäftigung junger Menschen. Es gehört heute zu den vorrangigen Aufgaben pädagogischer Tätigkeit, Medienkompetenz zu stärken. Die Strukturen dafür sind ansatzweise vorhanden, sie müssen aber endlich bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dafür müssen insbesondere praxisnahe Medien- und Medienbegleitforschung, Beratungs- und Unterstützungsformen für pädagogisches Personal und jugendliche Medienschaffende sowie der nicht-kommerzielle Medienverleih für Medien- und Bildungsarbeit in Jugendarbeit und Schule wieder gestärkt werden. Auch das seit 20 Jahren durchgeführte Landesjugendfilmfest – die JuFinale – soll finanziell durch den Freistaat abgesichert werden. Die regional und örtlich erforderlichen Unterstützungsfunktionen und Angebotsformen werden durch die Medienfachberatungen der Bezirke bzw. durch kommunales Engagement realisiert.

101) Eine zeitgemäße pädagogische Arbeit achtet heute darauf, dass die geschlechtsspezifische Situation von Kindern und Jugendlichen beachtet wird. Das erfordert in bestimmten Phasen und bei bestimmten Themen und Zielsetzungen ein unterschiedliches Eingehen auf die geschlechtlich bedingte Situation von Kindern und Jugendlichen. Dazu kann es erforderlich sein, besondere Angebote zu entwickeln; diesen Gesichtspunkten wird bislang in der bayerischen Jugendpolitik noch kaum Rechnung getragen. Es ist Aufgabe der Landesregierung, in ihren Programmen der Jugendhilfe dies zukünftig bei Mittel- und Personaleinsatz zu berücksichtigen. Dazu gehört auch die Förderung von Pilotprojekten der Gender orientierten Jugendarbeit, die Berücksichtigung von Projekten der Jungen- wie der Mädchenarbeit und die grundlegende konzeptionelle Entwicklung dieser Arbeitsfelder.

102) Die Pluralisierung der Lebenslagen und die wirtschaftliche wie gesamtgesellschaftliche Entwicklung der letzten zwanzig Jahre hat dazu geführt, dass es in unserem Land wieder eine gewachsene Anzahl von jungen Menschen gibt, deren soziale und gesellschaftliche Integration unter erschwerten Bedingungen stattfindet und gefährdet ist. Jugendarbeitslosigkeit und damit verbundene Perspektivlosigkeit, Migrationshintergrund und Unklarheit über eigene kulturelle Zugehörigkeit können ebenso wie materieller Wohlstand ohne soziale Bindung Kinder und Jugendliche in eine Lebenssituation führen, in der sie selbst sich als außerhalb der sog. Erwachsenenwelt empfinden und von dieser dann auch oft zunehmend an den Rand gedrängt werden. Damit einher geht oft die Ausprägung von Verhaltensweisen, die von der Gesellschaft nicht toleriert werden und ab einem gewissen Stadium auch nicht toleriert werden können, wie Drogenmissbrauch oder Gewalttätigkeit. Es gehört zu den ganz zentralen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben einer verantwortlichen Jugendpolitik, genau diese jungen Menschen bei ihrer sozialen und gesellschaftlichen Integration zu unterstützen. Dies beginnt bei der Beseitigung von finanziellen Notlagen, von Jugendarbeitslosigkeit und von Gewalt fördernden Lebensbedingungen. Es erfordert einen bedarfsgerechten Ausbau an Hilfeangeboten der Jugendsozialarbeit, von Beratungsangeboten und der Instrumente der Jugendhilfe. Der Ruf nach Gesetzesverschärfungen und höheren Ge-

fängnisstrafen, wie er aus den Reihen der CSU immer wieder betont wird, ist der falsche Weg und lenkt nur von den eigenen Defiziten in der Jugendpolitik ab.

103) Weil sie zahlenmäßig mittlerweile einen bedeutenden Anteil an der jungen Bevölkerung in Bayern einnehmen und ein großer Anteil von ihnen in besonderem Maße von Benachteiligungen betroffen ist, muss eine verantwortungsvolle Jugendpolitik noch auf längere Zeit und stärker als bisher in Bayern ihren Blick auf junge Menschen mit Migrationshintergrund richten. Damit sind grundsätzlich alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bezeichnet, die selbst oder deren mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren sind. Die Erwartung der Mehrheitsgesellschaft nach Integration der Zugewanderten kann sich nur erfüllen, wenn zum einen respektiert wird, dass dies nicht Assimilation bedeutet, und wenn zum anderen eine Öffnung stattfindet und Unterstützung angeboten wird, wo erforderlich. Das eine ist eine Herausforderung an die gesellschaftlichen Organisationen, die auch durch die politischen Parteien ernst genommen werden muss und im Blick auf junge Menschen vor allem den Jugendorganisationen und Bildungseinrichtungen gilt. Das andere ist vorrangig eine Aufgabe des Staates, der vor allem für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt sorgen und die Angebote der Jugendhilfe in ausreichendem Maße bereit stellen und zugänglich machen muss. Diese Aufgaben werden in Bayern bislang vernachlässigt, die bayerische Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik muss endlich die Realitäten zur Kenntnis nehmen und ihre Anstrengungen vervielfachen. Es reicht nicht, Integration einzufordern und diejenigen, die mit dieser Lebenssituation nicht zurecht kommen und etwa straffällig werden, mit Abschiebung zu bestrafen. Unsere Gesellschaft trägt Verantwortung für alle hier aufwachsenden jungen Menschen. Grundlage dieser Verantwortung ist es, alle erforderlichen Hilfen zu geben, damit junge Zuwanderer erfolgreich die deutsche Sprache lernen können und gleichzeitig ihre muttersprachliche Kompetenz nicht verlieren.

104) Ähnliches gilt für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in sozio-ökonomischen Problemlagen aufwachsen müssen. Die Zahlen von Kindern in Armut, von Familien in prekären Lebenssituationen oder von Verwahrlosung bedrohten Kindern wachsen auch in Bayern. Ihnen allen werden nicht die erforderlichen Entwicklungs-, Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten geboten wie vielen Gleichartigen. Dieser Zustand ist unhaltbar im Blick auf die Betroffenen und er ist unerträglich für eine Gesellschaft, die damit zunehmend von Spaltung bedroht ist. Eine Jugendpolitik, die den jungen Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, muss als Querschnittspolitik die Ursachen ökonomischer Problemlagen und sozialer Umfeldprobleme beseitigen und die Instrumente der Jugendhilfe so ausbauen, dass alle dennoch benachteiligten jungen Menschen von ihnen erreicht werden, insbesondere in den Bereichen Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherische Hilfen. Gerade aber in der Jugendarbeit und bei ihren präventiven Angeboten hat es in Bayern in den letzten Jahren keinen Ausbau, sondern 2004 einen Kahlschlag gegeben. Dies ist vollkommen unverantwortlich und erfordert die von der SPD seit Jahren geforderte völlige Umkehr der Haushaltspolitik zu Gunsten der Jugendhilfe und der Bildungspolitik.

105) Oft wird in Bayern so getan, als gebe es im Freistaat kein Problem des politischen Extremismus. Richtig ist dagegen, dass sehr wohl ein nicht unerhebliches Potential an vor allem rechtsextremem Gedankengut vorhanden ist, das auch immer wieder durch optische oder verbale Äußerung verfassungsfeindlicher Symbole und Parolen und auch durch Aggressionen und Gewalttaten zum Ausbruch kommt. Die Staatsregierung muss daher viel deutlicher diesen Problemen entgegen treten. Wichtig ist dabei zum einen eine stärkere Sensibilisierung an den Schulen, an denen offen und pädagogisch sinnvoll extremistischen Äußerungen und Tendenzen entgegen gewirkt werden muss. Zum anderen gilt es, die gesellschaftlichen Kräfte zu ermutigen und zu unterstützen, die sich gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit engagieren. Der offenkundigen Gefahr der Zunahme von islamistischem Extremismus ist gleichfalls nur dadurch zu begegnen, dass die integrativen gesellschaftlichen Kräfte – seien es islamische Gruppen oder Initiativen im Bereich der interkulturellen Arbeit, Jugendorganisationen, Bürgergruppen, Gewerkschaften oder Kirchen und jüdische Gemeinden – die nötige Beachtung, Unterstützung und Anerkennung in ihrem Engagement finden.

106) Wenig hilfreich ist es in diesem Zusammenhang auch, dass der internationale Jugend- und Schüleraustausch und interkulturelle Jugendarbeit in den zurückliegenden Jahren immer weniger Beachtung und Förderung erfahren haben. Genau das Gegenteil ist erforderlich. Diese Felder wachsen immer enger zusammen und sind in Zeiten der Globalisierung als entscheidende soziale Lernfelder für alle jungen Menschen bedeutsam. Der Erwerb von interkulturellen Kompetenzen zu Hause und internationale Austauschprogramme bilden Synergieeffekte und müssen integraler Bestandteil von Jugendarbeit und Jugendpolitik werden. Hier gibt es Nachholbedarf sowohl in konzeptioneller wie finanzieller Hinsicht, bei der Verstärkung von Austauschprogrammen – auch im Kontext europäischer Jugendpolitik – wie bei der Fortbildung von pädagogischen Fachkräften.

107) Kinder- und Jugendarbeit und Förderung und Unterstützung von jungen Menschen ist eine politische Aufgabe aller Ebenen. Dafür gibt es gesetzliche und politische Grundsätze, welche Ebene für welche Aufgaben zuständig ist. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz weist wesentliche Aufgaben den kommunalen Ebenen zu. Zusätzlich ist eine starke Tendenz der jeweils oberen Ebenen zu beobachten, mittels negativen Kompetenzstreits Verantwortungen nach unten abzuschieben. Das hat zur Folge, dass viele hier benannten Aufgaben, die für die Entwicklung junger Menschen gesetzlich vorgesehen und schön beschrieben und unabdingbar sind, oft von Kommunen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden können. Eine erfolgreiche Jugendpolitik setzt in einem so gestalteten System aber voraus, dass die Kommunen tatsächlich finanziell in die Lage versetzt werden, die notwendigen Leistungen zu erbringen. Kompetenzstreits und Haushaltsnotstände dürfen nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden. Deshalb sieht die SPD ihren Einsatz für finanzstarke Kommunen – z.B. für die Gewerbesteuer und in Bayern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs – als wesentliches Fundament für eine erfolgreiche Jugendpolitik. Die Vernachlässigung der Kommunen in der Finanzpolitik des Freistaats Bayern dagegen gefährdet sie.

108) Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag wird in der neuen Legislaturperiode auf der Grundlage der hier beschriebenen Grundsätze und der Erkenntnisse der Arbeiten der Enquete-Kommission eine neue Initiative zur Stärkung der Jugendpolitik in Bayern starten. Und sie wird sich dafür einsetzen, dass es eine regelmäßige Berichterstattung über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen gibt.

2.3 Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

2.3.1 Grüne Jugendpolitik: Standpunkte – Herausforderungen – Forderungen – Handeln

2.3.1.1 Anmerkungen zur Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“

109) In den vergangenen drei Jahren, in denen die Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ getagt hat, haben wir viele neue Aspekte, Hintergründe und Sichtweisen über das Aufwachsen und die Lebenslagen von jungen Menschen erfahren bzw. mussten erfahren, dass nicht alle Fragen aufgrund mangelnder Daten beantwortet werden können. Wir haben auch gelernt, dass es oft nicht einfach ist, den jugendpolitischen Blick einzunehmen und beizubehalten. Jugendpolitik ist ein Querschnittsthema, das aber gerne auf wenige Bereiche konzentriert wird. Mit der Einrichtung der Enquete-Kommission und dem nun vorliegenden Bericht können wir zeigen, dass Jugendpolitik ein breites Feld ist, welches noch viele Herausforderungen und viel Klärungsbedarf beinhaltet. Als einen zentralen Punkt nehmen wir mit, dass fachpolitische Themen nicht über jugendpolitische Herausforderungen gestellt werden dürfen. Die Diskussionen um die Erstellung des deskriptiven Kapitels 3.4 D (Bildung) haben verdeutlicht, wie schnell wir Gefahr laufen die Perspektive zu wechseln und über bildungspolitische Grundsatzfragen diskutieren. Wir Landtagsgrüne haben versucht, uns aus dieser Diskussion so weit wie möglich herauszuhalten. Unsere bildungspolitischen Leitlinien sind bekannt. Wir müssen sie nicht unter dem Deckmantel Jugendpolitik „verkaufen“. Uns ist daran gelegen hier die jungen Menschen, ihre unterschiedlichen Rahmenbedingungen des Aufwachsens, ihre Einstellungen, Sichtweisen, Bedürfnisse und auch ihre Anforderungen an eine sinnvolle sowie zielführende Jugendpolitik in den Fokus zu stellen und nichts weiteres! Mit Bedauern haben wir gerade zum Ende der drei Jahre feststellen müssen, dass nicht alle in der Jugend-Enquete vertretenen Fraktionen klar zwischen jugend- und fachpolitischer Argumentation unterscheiden konnten und wollten.

110) Den Landtagsgrünen ist stets daran gelegen gewesen, eine möglichst konsensfähige und nicht politisch eingefärbte Darstellung der Lebenslagen von Jugendlichen zu erreichen. Wir sehen das Kapitel 2 dieses Berichts, in dem ausschließlich die Fraktionen zu Wort kommen als Möglichkeit, parteipolitische Differenzierungen kenntlich zu machen.

111) Wir Landtagsgrüne äußern in diesem Kapitel kurz unsere jugendpolitische Haltung und unsere Schwerpunkte. Im Folgenden gehen wir auf die Fragen ein, wie wir das Aufwachsen der jungen Menschen in Bayern sehen und erleben, welche Schlüsse wir daraus für unsere politische Arbeit ziehen und was wir weiter in Fachthemen wie z. B. der Bildungspolitik tragen.

2.3.1.2 Jungsein aus Landtagsgrüner Sicht

112) Die Jugend ist ein eigenständiger Lebensabschnitt, den junge Menschen auch in eigener Verantwortung gestalten wollen und müssen. Jugendliche haben ihre Wert- und Lebensvorstellungen und sie sehen sich heute im Vergleich mit früheren Jugendgenerationen mit vielfältigeren gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Ihre Lebenslagen sind viel-schichtiger geworden. Es gibt nicht die eine Jugend, sondern sich stetig wandelnde Jugendkulturen. Die Jugendphase hat sich verlängert, pluralisiert und individualisiert. Mädchen, Jungen und jungen Erwachsenen stehen heute viele Möglichkeiten offen ihr Leben zu gestalten, jedoch besitzen nicht alle die gleichen Zugänge diese Möglichkeiten zu erkennen und zu nutzen. Jugendliche müssen auf der einen Seite über notwendige Handlungsfähigkeiten für eine gelingende Lebensführung verfügen, andererseits aber auch entsprechende Verwirklichungsmöglichkeiten vorfinden.

113) Wir wissen, dass sich die Lebensrealitäten und -chancen junger Menschen zum Teil erheblich unterscheiden. Sie variieren nach Geschlecht, Herkunft, Zugang zu Bildung und materiellen Ressourcen. Eine jugend- und geschlechtergerechte Politik muss diese Unterschiedlichkeiten beachten, Individualität und Chancengleichheit fördern.

114) Die Jugend von heute ist unsere Zukunft! Es sind unterschiedliche politische Konzepte erforderlich, um den Ungleichheiten zwischen Jugendlichen zu begegnen und ihnen allen – gleich welchen Geschlechts, Herkunft, sozialen Milieus, Bildungsstatus und Religion – Chancengerechtigkeit, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit für die Zukunft zu bieten. Jugendpolitik ist in der Pflicht, für ein funktionierendes Zusammenspiel von Befähigungschancen und Verwirklichungsmöglichkeiten Sorge zu tragen. Unsere Gesellschaft darf es nicht hinnehmen, dass eine wachsende Gruppe Jugendlicher ausgeschlossen wird.

115) Der gesellschaftliche Wandel verlangt nach neuen Antworten in der Jugendpolitik. Wir Landtagsgrüne stellen uns der Verantwortung und wollen Teilhabe, Mitbestimmung und Chancengerechtigkeit statt Exklusion schaffen.

116) Grüne Jugendpolitik heißt Gestaltung und nicht Verwaltung jugendpolitischer Herausforderungen! Grüne Jugendpolitik hat es sich zur Aufgabe gemacht, zu einem Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit beizutragen. Als Querschnittsaufgabe leistet grüne Jugendpolitik in diesem Kontext vor allem zwei Dinge: zum einen in den verschiedenen Politikfeldern in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachleuten und KooperationspartnerInnen auf generationengerechte Lösungen dringen. Zum anderen bestärken wir junge Menschen darin, ihre Interessen selbst in gesellschaftliche und politische Prozesse einzubringen. Grüne Jugendpolitik will Jugendliche stark machen. Dafür brauchen wir ein repräsentatives Bild von den Lebenssituationen und den Wünschen, Bedürfnissen und Interessen der vielfältigen jungen Generation in Bayern, Deutschland und Europa.

117) Die Arbeit der Jugend-Enquete hat in den letzten Monaten einen wertvollen Beitrag geleistet, unseren Blick für erfolgreiches Gelingen von jugendpolitischen Aufgaben, aber auch für jugendpolitische Schwachstellen, prekäre Situationen und blinde Flecken in der (empirischen) Jugendforschung zu schärfen.

118) Wir sehen eine unserer zentralen Aufgaben darin, jungen Menschen in unserer Gesellschaft, die zunehmend von älteren Bevölkerungsgruppen dominiert wird, eine starke Stimme zu geben. Wir geben den jungen Menschen nur dann eine selbstbestimmte und zufriedene Zukunft, wenn wir ihre Entwicklungschancen in den Blick nehmen und diese allen zugänglich und verfügbar machen. Dies gelingt jedoch nur, wenn die Belange, Bedürfnisse und Perspektiven Jugendlicher in den Mittelpunkt einer solidarischen Modernisierung der Gesellschaft rücken und jungen Menschen frühzeitige und direkte Teilhabe an der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen zwischen Generationen gewährt wird. In Anbetracht des demografischen Wandels wird diese Aufgabe immer schwieriger. Die Aufgabe kann nur gelingen, wenn Jugend- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsthemen anerkannt sind. D.h., es gilt bei allem Handeln und bei allen Entscheidungen sowie Maßnahmen die Vielfaltigkeit der Jugendlichen und ihre unterschiedlichen Lebensrealitäten zu berücksichtigen. Alle Jugendlichen gilt es in den Blick zu nehmen, sei es bei den Zugängen zu Bildung, Ausbildung und in Arbeit oder in sozial- und gesundheitspolitischen Fragen. Wir wollen den gesellschaftlichen Rahmen schaffen, der sicherstellt, dass alle Jugendliche ihre Potenziale ausschöpfen, um ihre Persönlichkeit und Fähigkeiten voll entfalten zu können.

119) Die Anforderungen an Jugendliche steigen, dies darf aber nicht zur Ausgrenzung führen. Gerade benachteiligte Jugendliche brauchen individualisierte und passgenaue Angebote in schulischer wie außerschulischer Bildung, Ausbildung und Jugendarbeit sowie -hilfe. Es gilt Rahmenbedingungen im Bildungsbereich, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie wirksame politische Mitspracherechte für Jugendliche zu schaffen.

2.3.2 Jugend braucht Zukunft

120) Es ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, alle Jugendlichen optimal zu fördern und ihnen damit Teilhabechancen zu eröffnen. Kein Jugendlicher und keine Jugendliche darf zurückgelassen werden – dies muss Maßstab einer gerechten und starken Jugendpolitik sein, die auf Integration, Teilhabe und Mitgestaltung der jungen Generationen setzt. Den größten Handlungsbedarf sehen wir Landtagsgrüne bei der Schaffung von sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Teilhabechancen, insbesondere durch Bildung und Beteiligung von jungen Menschen. Wir wollen allen Jugendlichen gleichermaßen bestmögliche Teilhabechancen eröffnen. Wir lassen nicht zu, dass Jugendliche aus armen und sozial schwierigen Lebensverhältnissen vermehrt im Abseits landen und für ihre Zukunft keine Perspektiven sehen. Um Jugendliche, die von sozialer Exklusion bedroht oder betroffen sind, muss sich moderne Jugendpolitik im besonderen Maße kümmern. Hier sind Investitionen in Präventionen, d.h. in Förderung und Stärkung des Selbstwertgefühls, Selbstbewusstseins und Selbstbestimmung junger Menschen, notwendig. Zuwendung, Förderung und Anerkennung haben junge Menschen unabhängig von Geschlecht, Elternhaus, Herkunft und Wohnort zu erfahren. Es ist eine Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass ihnen ausreichend Infrastruktur und ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen. Wir tragen die Verantwortung dafür, jungen Menschen

Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sie optimale Bedingungen zum Aufwachsen erhalten. Zu diesen Räumen zählen neben der Schule auch Einrichtungen der Jugendarbeit und -hilfe. Offene Jugendarbeit, Freizeitstätten und im besonderen Maße die Einrichtungen und Angebote von Sportvereinen sind an dieser Stelle zu nennen. Die Arbeit der Jugend-Enquete hat es an mehreren Stellen deutlich hervorgebracht, welche integrative, verbindende und stärkende Bedeutung der Sport für junge Menschen in Bayern hat – relativ unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht und Migrationshintergrund.

121) Wir sehen insbesondere im Freizeitbereich Sport und in der offenen Jugendarbeit, in der flächendeckenden Einrichtung von niedrigschwelligen Angeboten und offenen Einrichtungen, einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung: ein solidarisches Miteinander wird gefördert, um die Entwicklung junger Menschen zu eigenständigen und sozialen Persönlichkeiten zu unterstützen. Mit diesem Ansatz kommen wir unserem grundsätzlichen jugendpolitischen Ziel, der Stärkung der individuellen Lösungskompetenz und Eigenverantwortung, ein entscheidendes Stück näher.

2.3.2.1 Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit und Inklusion

122) Teilhabe ist auch in Bayern eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Leider wird diese Realität allzu oft in den Hintergrund geschoben. Auch in der Arbeit der Jugend-Enquete wurde aufgrund einer teilweise dürftigen Datenlage und fehlender Genderkompetenz nicht konsequent mit Daten und Informationen, die beide Geschlechter darstellen, gearbeitet. Daher möchten wir Landtagsgrüne explizit darauf hinweisen, dass hier dringend nachgebessert werden muss. Wir brauchen flächendeckend quantitative und qualitative Daten, die uns Informationen über die Lebensrealitäten und Teilhabechancen von Mädchen und Jungen, von jungen Frauen und jungen Männern differenziert nach Migrationshintergrund, Alter, Bildungsstatus und Region liefern. Wir brauchen, um junge Menschen für ihre zukünftigen Aufgaben und (beruflichen) Möglichkeiten bestmöglich vorzubereiten, ein breites Wissen über Ungleichheitsstrukturen, über Diskriminierungs- und Ausschlussmechanismen sowie auf diesem Wissen aufbauende Angebote von Bildungseinrichtungen und Jugendhilfe, die sich gezielt an weibliche und männliche Jugendliche richten. Darüber hinaus brauchen wir genderkompetente und -sensible Fachkräfte in sämtlichen Einrichtungen und Institutionen im Freistaat Bayern.

123) Als Beispiel für die anhaltende Geschlechterungleichheit und Ungleichverteilung von Zukunftschancen lässt sich die geschlechterdifferenzierende Berufs- und Studienwahl anführen, aber auch das Thema Geschlecht und Schule. Seit der Veröffentlichung des Berichts „Bildungs(Miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen / männlichen Jugendlichen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, aus dem hervorgeht, dass Jungen in der Schule schlechter sind als Mädchen, steigt die Aufmerksamkeit für die Geschlechterungleichheit in der schulischen Bildung. Laut dem Bericht wiederholen Jungen häufiger die Klasse und sind umso öfter vertreten, je geringer die Schulform ist. Besonders Jungen mit Migrationshintergrund haben Probleme in der Schule. In Sachen Berufsplänen orientieren

sich Jungen an traditionellen Geschlechterbildern und ergreifen handwerkliche Berufe oder wollen im industriellen Sektor einen Beruf ausüben. Auch Mädchen orientieren sich an Geschlechterstereotypen – jedoch mit anderen Folgen! Männer sind beruflich meist erfolgreicher. Das liegt daran, dass junge Männer meist karriereorientierte Berufe wählen. Andererseits haben einige männliche Jugendliche sehr starke Probleme auf dem Arbeitsmarkt, wie nicht nur die Studie feststellt, sondern auch im Rahmen der Arbeit der Jugend-Enquete an mehreren Stellen deutlich wurde. Diese Problemfälle und die stärkere Betroffenheit von Jugendarbeitslosigkeit unter männlichen Jugendlichen könnten sich noch aufgrund des Wandels zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft verstärken, wenn sich Berufe im Handwerk und im industriellen, produzierenden Sektor als wenig zukunftsfähig erweisen sollten und Arbeitsmöglichkeiten für Un- und Angelernte zunehmend schrumpfen.

124) Wir plädieren dafür, den Zusammenhang zwischen der sozialen Dimension von Männlichkeit und dem Bildungs(miss)erfolg stärker in den öffentlichen Blick zu nehmen. Gleiches gilt für Jungen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem. Hierzu gibt es kaum Studien.

125) Ziel muss es sein, den Unterricht an den Schulen (insbesondere den technischen und naturwissenschaftlichen Unterricht, der bislang Schülerinnen und Schüler ungleich anspricht, Geschlechterstereotypen festigt, statt aufbricht sowie sich kaum an den unterschiedlichen Lebenswelten der SchülerInnen orientiert) geschlechtergerecht zu gestalten. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch eine gendersensible Jungen- und Mädchenarbeit. Diese kann aber nur dann erfolgreich praktiziert werden, wenn hierzu entsprechende Aus- und Fortbildungen der Lehrkräfte, MitarbeiterInnen von Jugendverbänden sowie SozialarbeiterInnen entwickelt und konsequent und flächendeckend durchgeführt werden.

126) Wir Landtagsgrüne werden uns aber nicht nur mit der schleichenden Bildungsmisere der Jungen beschäftigen, sondern weiterhin im besonderen Maße an den Themen Berufs- und Studienwahl sowie „Mädchen und junge Frauen gestalten Technik mit Erfolg!“ arbeiten und auf parlamentarischer Ebene aktiv werden.

127) Aktiv werden heißt auch, dass wir uns stärker als bisher für eine Implementierung von Gender Mainstreaming einsetzen werden. Gender Mainstreaming bedeutet in allem politischen Handeln, allen Entscheidungen und Maßnahmen die Lebensrealitäten der Geschlechter zu berücksichtigen und unterschiedliche Auswirkungen zu erheben und zu beheben. Dieses Vorgehen brauchen wir in der Jugendpolitik. Wir wissen, dass Schiefagen, d.h. Geschlechterdifferenzierungen, bereits in der Kindheit und Jugend verfestigt werden (Berufswünsche, Berufs- und Studienwahlverhalten etc.), daher kommt es in der Jugendpolitik umso mehr darauf an, Schiefagen zu vermeiden und geschlechtersensibel zu handeln. Wir wollen Geschlechterstereotypisierungen verhindern und chancengerechte Teilhabe und Entfaltung fördern.

2.3.2.2 Armut verhindert Teilhabe und Partizipation

128) Wir wissen, dass ein nicht unerheblicher Teil der jungen Menschen in Bayern in sozial schwachen Verhältnissen

aufwachsen muss. Wir wissen auch, dass Armut zu Ausgrenzungen führen kann. Dies wollen wir verhindern.

129) Kinder und Jugendliche, die in sozial schwachen Verhältnissen aufwachsen, erleben im Alltag massive Einschränkungen. Jugendliche sind davon besonders in der Schule betroffen, wo sie dem Gruppendruck – z. B. zu Markenkleidung und Mobiltelefonen – direkt ausgesetzt sind. In Schulen und Jugendeinrichtungen sollten deshalb die Themen Exklusion und Ausgrenzung durch Armut sowie ungleiche Besitzverhältnisse stärker thematisiert werden. Bildungs- und materielle Armut fallen oft zusammen und vererben sich häufig von Generation zu Generation. Soziale Benachteiligungen gehen im Jugendalter zudem oftmals einher mit gesundheitlichen Ungleichheiten, gesundheitsriskantem Verhalten und nachteiligen Ernährungsgewohnheiten. Durch eine armutsfeste Grundsicherung und eine entsprechende Ausgestaltung der Leistungen für Familien muss Kindern und Jugendlichen sowie durch kostenfreie Bildung bzw. Bildungsangebote soll ihnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht werden. Jugendarmut lässt sich jedoch nicht ausschließlich durch Transferleistungen wirkungsvoll bekämpfen. Ein besonders wichtiger Baustein unserer Politik gegen Armut ist daher der Ausbau der Bildungsinfrastruktur. Ganztagschulen und vielfältige Formen individueller Förderung können helfen, soziale Barrieren abzusenken. Gerade in Ganztagsangeboten lassen sich Angebote schaffen, die Armut abmildern: z. B. ein (kostengünstiges oder kostenloses) gesundes Mittagessen, eine intensive Schulsozialarbeit, Gesundheitsprävention sowie Sport und Bewegung. Internationale Studien zeigen, dass so brachliegende Bildungspotenziale zum Nutzen des Einzelnen und der Gesellschaft erschlossen werden können.

2.3.3 Partizipation frühzeitig fördern und ermöglichen

130) Grüne Jugendpolitik ist nicht einseitig. Es ist keine Politik, die von Erwachsenen für Jugendliche gemacht wird. Wir wollen Jugendliche mit einer starken Stimme ausstatten und ihnen frühzeitig die Möglichkeit geben, selber über ihren Lebensraum zu bestimmen und ihn auf ihre Bedürfnisse und Interessen abgestimmt zu gestalten. Sie sollen sich direkt in die politische Gestaltung ihrer Lebenswelt mit einmischen.

131) Wir Grüne setzen uns für eine frühzeitige, nach Alter differenzierte Beteiligung in den konkreten Lebenswelten (Familie, Nachbarschaft, Gleichaltrigengruppen, Schulen, Vereine, Verbände, Freizeiteinrichtungen und in der Kommune) von Kindern und Jugendlichen ein.

132) Wir wollen Jugendliche frühzeitig in die demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung einbeziehen. Daher muss die Arbeit von Kinder- und Jugendforen bzw. Kinder- und Jugendparlamenten und deren Berücksichtigung bei kommunalen Entscheidungsprozessen gefördert werden. Um sicherzustellen, dass Parlamente in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegeln, setzen wir uns für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre ein.

133) Zudem wollen wir die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Landesschülervertretung verbessern und ihnen mehr Verantwortung übertragen.

2.3.3.1 Mitbestimmung an Schulen

134) Wir Landtagsgrüne setzen uns für Mitspracherechte und Mitgestaltung von Schülerinnen und Schülern ein. Mitbestimmung für SchülerInnen bedeutet für uns Grüne nicht nur, dass die Jugendlichen die Möglichkeit bekommen sollen, über die Gestaltung ihrer Lernumgebung (z. B. Schulhofgestaltung) mitsprechen zu dürfen. Unsere Forderung geht darüber weit hinaus. Wir wollen für die Schülerinnen und Schüler die Macht- und Kontrollbefugnisse der Lehrkräfte und der Schulleitungen verändern. Schülerinnen und Schüler sollen das Recht und auch die Pflicht erhalten, über schulische Belange selber mitbestimmen zu dürfen. Wir möchten nicht, dass diese bedeutende institutionelle Lern- und Lebenswelt von Jugendlichen ohne ihre Beteiligung nur von Erwachsenen gestaltet wird.

135) Leider ist es noch immer nicht selbstverständlich, Schülerinnen und Schüler an ihren Bildungsprozessen verantwortlich zu beteiligen. Die Jugend-Enquete hat gezeigt, dass SchülerInnen ernst genommen werden wollen. Sie wollen sich an der Gestaltung der Schule, des Unterrichts und des Klassenlebens beteiligen und vieles verändern. Wir brauchen eine formelle Mitbestimmung, damit eine feste Basis für die Einflussmöglichkeiten von jungen Menschen besteht. So können Schülerinnen und Schüler erleben, dass sie wichtig sind und Lernprozesse aktiv gestalten können.

136) In einer vom Wandel und steigenden Anforderungen sowie neuen Herausforderungen geprägten Gesellschaft sind das frühzeitige Erfahren und Reflektieren von Werten und die Entwicklung eigener Werthaltungen entscheidend für die Fähigkeit, sich zu orientieren. Dabei geht es um ökologische, ökonomische und soziale Verantwortung. Dazu soll nicht nur der Unterricht beitragen, sondern das gesamte Lernumfeld: Die Schulkultur, Formen der Mit- und Selbstverwaltung und die Chance, Verantwortung zu übernehmen. In einem solchen Lernumfeld entwickeln SchülerInnen wichtige soziale Kompetenzen, wodurch das gesellschaftliche und politische Bewusstsein ausgeprägt, sowie die Motivation zum Engagement in eben diesen Bereichen gestärkt wird. Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und soziales Handeln haben zudem einen positiven Einfluss auf die spätere berufliche Laufbahn. Schule wird zum Haus des aktiven Lernens und Erlebens. Eine Bildungseinrichtung, die die Lebensrealität ihrer Nachbarschaft mit einbezieht.

137) Mitbestimmungsrechte an Schulen ermöglichen jungen Menschen, frühzeitig in demokratische Prozesse eingebunden zu werden und partizipieren zu können. Ihre Vorstellungen, Ideen und Meinungen sind gefragt. Sie erfahren Wertschätzung, werden aber auch in die Pflicht zum bewussten Handeln und Nachdenken genommen.

138) Über die gelebte schulische Mitbestimmung, die in Bayern bisweilen nur aus einer Übereinkunft des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und der Landesschülervertretung (LSV) besteht, können wir an dieser Stelle noch keine Bewertung abgeben, da diese Übereinkunft erst seit kurzer Zeit besteht und sicherlich noch einige Nachbesserung im Sinne der LSV erfolgen werden.

139) Nicht unter den Tisch fallen lassen wollen wir die außerschulischen Institutionen, in denen junge Menschen eben-

falls Mitbestimmung und Mitsprache erfahren (sollen), um Einfluss auf ihre unmittelbare Lebenswelt nehmen zu können (z. B. Stadtteilarbeit). Auf kommunaler Ebene bieten sich vielfältige Möglichkeiten, junge Menschen in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Wir stellen uns ein Armutzeugnis aus, wenn wir das Potenzial, die frischen Ideen, die Sichtweisen und Bedürfnisse von Jugendlichen ignorieren oder „überhören“.

2.3.4 Erfahrungs- und Lernwelten für junge Menschen schaffen

140) Bildung ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie ist dann erfolgreich, wenn jeder und jede einzelne in seinen / ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten unterstützt wird, sich mit den alltäglichen Lebensanforderungen auseinandersetzen kann, Selbstständigkeit erlernt hat, leistungs- und verantwortungsfähig ist.

141) Unsere Jugend- und Bildungspolitik setzt sich dafür ein, dass sich jeder junge Mensch in verschiedenen Erfahrungs- und Lernwelten Wissen und vielfältige soziale, kommunikative und fachliche Kompetenzen aneignen kann. Wir wehren uns dagegen, dass Merkmale wie Geschlecht, soziale Herkunft und das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds zu einem Ungleichgewicht und zu Exklusionsprozessen im Zugang zu Erfahrungs- und Lernwelten führen.

142) Für uns Landtagsgrüne gilt: Keiner darf verloren gehen! D.h., dass wir es nicht dulden, dass die soziale Herkunft, das Geschlecht und der Migrationshintergrund über Bildungsverlauf und -erfolg bestimmen. Dies wollen wir ändern! Wir können es uns nicht erlauben, auf junge Menschen zu verzichten und ihnen praktisch von Beginn an den Zugang zu Bildung und Förderung zu verbauen.

143) Es gibt eine Vielzahl wissenschaftlicher Befunde, die den Zusammenhang von Besuch der Schulformen und Herkunftsmilieu beschreiben. Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen und bildungsfernen Milieus bzw. Familien besuchen wesentlich häufiger als Kinder und Jugendliche aus der Oberschicht und Elternhäusern mit hoher Bildungsaspiration eine Förder- oder Hauptschule. Ein Besuch des Gymnasiums wird zur Ausnahme für diese Kinder und Jugendlichen.

144) Wir sehen es als unsere Aufgabe, allen jungen Menschen – gleich welcher Herkunft und welchen Geschlechts – den Zugang zu gleicher Bildung zu ermöglichen.

145) Lassen es die materiellen Rahmenbedingungen und der familiäre Hintergrund nicht zu, dass junge Menschen zu selbstbewussten, selbstständigen, interessierten und gebildeten Individuen heranwachsen, dann müssen institutionelle Angebote und Einrichtungen vorhanden sein, um defizitäre Bildungskarrieren aufzufangen.

2.3.4.1 Verbesserung der Schullandschaft

146) Wir Grüne setzen uns daher für eine Verbesserung der Schullandschaft ein. Wir wollen junge Menschen bestens auf die Herausforderungen, die künftig auf sie warten werden, vorbereiten. Wir haben den Mut, auch unter die Oberfläche zu schauen und kritisch unseren Blick auf das Gesamtsystem Schule auszurichten. Die Institution Schule hat sich nicht nur

aus bildungs- sondern auch aus jugendpolitischer Sicht zu verändern. Schule muss sich so ändern, dass sie zu einer positiven Lern- und Lebenswelt für alle jungen Menschen wird und sie auf ihren weiteren Lebensweg vorbereitet. SchülerInnen profitieren von einer längeren gemeinsamen Schulzeit, einer flächendeckenden Versorgung mit Ganztags-schulen und Ganztagsangeboten sowie einer verbesserten, modernen Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Wir wollen frühzeitig Defiziten und Exklusionsprozessen entgegensteuern und hinreichend Zeit und Ressourcen für eine frühzeitig ansetzende individuelle Förderung verfügbar machen.

147) Wir müssen endlich wegkommen von der überholten Vorstellung: vormittags ist Schule, mittags werden SchülerInnen von ihren Müttern versorgt und nachmittags erledigen sie die Hausaufgaben und lernen gemeinsam. Dies entspricht auch in Bayern nicht der Realität. Es soll den Familien freigestellt sein, wie sie sich organisieren. Aus den Köpfen muss aber die schon lange nicht mehr zeitgemäße und ungerechte Vorstellung heraus, dass sich Mütter (alleine) um Kinder und Haushalt zu kümmern haben.

148) Wir müssen uns klar darüber sein, dass die Anforderungen und Herausforderungen, die an uns gestellt werden, zunehmend komplexer werden. Auch die Aufgaben und Lernanstrengungen, die junge Menschen in der Schule zu leisten haben, sind anspruchsvoll. Daher ist pädagogische Professionalität, die junge Menschen auf ihrem Weg in das Erwachsenenleben begleitet, erforderlich.

149) Was Jugendliche brauchen, ist eine frühe, individuelle Förderung unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihrem Bildungs- und Wissensstand. Wir wollen dies gewährleisten. Chancengleichheit ist durch Bildung erreichbar, daher muss allen Kindern und Jugendlichen eine hervorragende Bildung zukommen und zwar in der Schule und in weiteren vielfältigen Erfahrungs- und Lernwelten.

2.3.4.1.1 Längere gemeinsame Schulzeit und Ganztagsangebote

150) Ziel unserer grünen Politik ist es, die sozialen Selektionen der Bildungsprozesse deutlich zu reduzieren. Das Bildungssystem in Deutschland ist nach wie vor ein „sozialer Trichter“ (Deutsches Studentenwerk). Von 100 Kindern, die in die breite Öffnung (Grundschule) hinein gegeben werden, kommen lediglich 21 am Ende (dem Hochschulabschluss) an. Vorher wird mehrfach gesiebt. Gesiebt wird aber nicht nur nach Leistung, wie das Deutsche Studentenwerk in seiner 18. Sozialerhebung von 2007 jüngst wieder feststellen musste. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg: 83 Kinder aus AkademikerInnenfamilien schaffen den Sprung an die Hochschule, aber nur 23 von 100 Kindern aus Familien ohne Hochschulabschluss. Auch die PISA-AutorInnen bestätigen dieses Ergebnis. Der 2005 veröffentlichte PISA-Bundesländervergleich zeigte ebenfalls, dass Kinder aus der Oberschicht eine 6,2-mal so hohe Aussicht haben, es auf ein Gymnasium zu schaffen, als Kinder aus sozial schwächeren Schichten und Kinder aus Nichtakademikermilieus. In Bayern ist das Gefälle mit 6,7 zu 1 am stärksten ausgeprägt (Bundesdurchschnitt liegt bei 4 zu 1). Diese mehrfache Selektion – insbesondere an den Übergängen in und nach der

Schule – kann nicht in unserem Sinne sein, wenn wir den jungen Menschen ihre Zukunftschancen nicht bereits im Kindes- bzw. frühen Jugendalter verbauen wollen. Wir können es uns nicht erlauben, junge Menschen nach Herkunft zu „sieben“ und in getrennte Bildungseinrichtungen zu stecken.

151) Wir brauchen eine gemeinsame Schule für alle. Das Dienstleistungsangebot der Schule muss aus unserer Sicht eine zeitliche und inhaltliche Erweiterung erfahren. Die Organisationsform der Vormittagsschule sehen wir als überholt an. Schulische Bildungsarbeit, die nur auf den Vormittag fixiert ist, stellt ein viel zu knappes Zeitkontingent für die Förderung der Entwicklung von jungen Menschen zur Verfügung. Die Organisation eines Vor- und Nachmittagsangebots in der Schule ermöglicht es, einen in sich abgestimmten Tagesrhythmus für Lern-, Entwicklungs- und Entfaltungsimpulse für die jungen Menschen zu entwickeln. Der Erfahrungsraum für Schülerinnen und Schüler wird deutlich erweitert. Hinzukommt eine Pluralität von Bezugspersonen und Berufsrollen (Lehrkräfte, SozialpädagogInnen, SchulpsychologInnen, MitarbeiterInnen der Jugendhilfe, MitarbeiterInnen von Vereinen, Unternehmen etc.).

152) Bislang hat sich die Bayerische Staatsregierung sehr zurückgehalten und setzt tendenziell negative Signale, beispielsweise durch ein Hin und Her, wenn es um eine dringend erforderliche einheitliche und konsequente Verlängerung der Mittagsbetreuung an Grundschulen oder um eine flächendeckende Ferienbetreuung an Ganztags(grund)schulen geht.

2.3.4.2 Außerschulische Erfahrungs- und Lernwelten

153) Neben dem institutionellen Lernen, d.h. neben der schulischen Bildung, ist die außerschulische Lern- und Erfahrungswelt von Jugendlichen nicht zu unterschätzen. Was in der Freizeit passiert hat sehr viel mit Lernen und mit Integration zu tun.

154) Das Freizeitverhalten der Jugendlichen hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für ihre Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung. Freizeitbeschäftigungen können eine Vielfältigkeit und Reichhaltigkeit der Lern- und Sinneseindrücke bieten. Jedoch sind diese Eindrücke und Erfahrungen in ihrer Vielfalt nicht für alle jungen Menschen gleichermaßen zugänglich. Auch im Bereich Freizeit ist feststellbar, dass die Freizeitaktivitäten und die Teilhabe an Aktivitäten in Vereinen im Zusammenhang mit der Milieu- bzw. Schichtzugehörigkeit stehen. Regelmäßiges Mitmachen in Vereinen und die Nutzung von Freizeitangeboten hängt von der sozialen Herkunft und dem Geschlecht ab. Jungen und junge Männer sowie junge Menschen aus den höheren sozialen Schichten sind hier die weitaus aktivste Gruppe. Signifikante Unterschiede sind in den Bereichen Sport und kulturelle Aktivitäten zu erkennen. Jungen sind deutlich häufiger als Mädchen und junge Frauen in Sportvereinen aktiv. Bei Mädchen und jungen Frauen überwiegt dagegen das Interesse an musischen und kulturellen Aktivitäten (z. B. Lesen). Auf diese Unterschiede müssen wir eingehen. Zum einen brauchen wir Maßnahmen und Programme, die es Mädchen und gerade Mädchen mit Migrationshintergrund ermöglichen, sich in Sportvereinen aktiv zu betätigen und zu engagieren.

Dazu müssen wir wissen, was wollen Mädchen und junge Frauen für Angebote und welche Interessen haben sie im Bereich Sport. Wir wollen uns bemühen, dass die Förderung von Vereinen und von Freizeitangeboten keine Schieflagen, keine Bevorteilung und keine Benachteiligung eines Geschlechts schafft. Gerade die Förderung des Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche mit öffentlichen Geldern muss unter Gender Budgeting Kriterien laufen. Wir werden uns gezielt stark machen und von der Staatsregierung Gender Mainstreaming-Maßnahmen in diesem Bereich fordern.

155) Da wir Jugendlichen eine Freizeitgestaltung ohne Konsumzwang ermöglichen wollen, setzen wir uns unter anderem für die Förderung und Erweiterung von selbstorganisierten Jugendgruppen, von Jugendzentren, aber auch von ehrenamtlichem Engagement entsprechend den Bedürfnissen von Jungen und Mädchen in Jugendverbänden ein. Besonders fördern werden wir die interkulturelle Jugendarbeit, die zum Ziel hat, dass Jugendliche deutscher und ausländischer Herkunft sich besser kennen lernen und respektieren. Einen hohen Stellenwert räumen wir der außerschulischen Jugendbildungsarbeit ein, die wir mit den Schulen verzahnen wollen. Wir wollen weiter eine flächendeckende Förderung der kommunalen Jugendringe.

156) Darüber hinaus ist es uns ein wichtiges Anliegen, den jungen Menschen auch „pädagogisch unbestellte“ Räume zur Verfügung zu stellen. Wir müssen aufpassen, dass wir junge Menschen nicht von ihren „Lieblingsplätzen“ und „angestammten“ Orten vertreiben, weil sie sich dort von Erwachsenen beobachtet und bevormundet fühlen. Jugendliche sollen ihre Räume – auch mitten in der Stadt – haben, an denen sie ihre „Kultur“ und ihr „jung sein“ leben dürfen. Von Platzverboten und ähnlichem halten wir Abstand.

2.3.4.3 Erfahrungs- und Lernwelt Medien

157) Eine Erfahrungs- und Lernwelt, die immer bedeutsamer für das Aufwachsen und das „Mitmachen“ und Mitdazugehören“ von Jugendlichen in unserer Gesellschaft wird, ist die Welt der Medien. Wer hat Zugang zur „Medienwelt“, wer konsumiert welche Medien und geht wie damit um? Diese Fragen sind nicht nur entscheidende Fragen aus Sicht der Wirtschaft und der Medienpädagogik, sondern auch der Jugendpolitik.

158) Die Nutzung von Medien ist für Jugendliche zu einem selbstverständlichen Teil ihres Alltags geworden. Jedoch unterscheiden sich Jugendliche nach Geschlecht und Schichtzugehörigkeit im Gebrauch unterschiedlicher Medien und in ihrem Nutzungsverhalten. Zwar verfügt die Mehrzahl der Jugendlichen über einen PC oder zumindest einen PC-Zugang in der Familie, aber über einen Internetzugang verfügen deutlich weniger Jugendliche aus den unteren sozialen Schichten als Jugendliche aus der Oberschicht. Auch das Fernsehverhalten weist Schichteffekte auf. Jugendliche aus den unteren Schichten konsumieren deutlich mehr und zeigen wenig Interesse an Wissenssendungen. Für Jugendliche aus der Oberschicht bedeutet die Nutzung des Mediums Fernsehens auch Aneignung von Wissen.

159) Was wir brauchen bzw. was junge Menschen für ihre Zukunft benötigen, ist Medienkompetenz. Medienkompetenz hat man nicht automatisch, weil ein Fernseher, ein PC

und ein Handy zur „persönlichen“ Ausstattung gehört. Der Umgang mit Medien muss erlernt werden. Der Umgang mit verschiedensten Medien erfordert eine umfassende Kompetenz sowohl in technischer Hinsicht als auch in der Verarbeitung von dargestellten Bildern, Werten und Handlungsweisen. Um diese Kompetenz zu erwerben ist eine umfassende (pädagogische) Unterstützung notwendig. Darüber hinaus ist sicherzustellen – und dies ist Aufgabe von Jugendpolitik –, dass jeder Jugendlichen und jedem Jugendlichen Erfahrungsbereiche mit Medien eröffnet werden.

2.3.5 Ausbildung – Potenziale erkennen, fördern, nutzen

160) Den wichtigen Bereich der Ausbildung möchten wir nicht vernachlässigen und Punkte aufgreifen, die teilweise nur am Rande der Jugend-Enquete behandelt wurden, uns Landtagsgrünen jedoch als sehr wichtig erscheinen. Wir möchten zum Thema Ausbildung die Genderperspektive in den Vordergrund rücken.

161) Der erste oberflächliche Eindruck der Daten zur Ausbildung von jungen Menschen in Bayern stimmt nicht unbedingt negativ. Wir müssen genauer hinsehen! Wir wissen, dass junge Frauen die Schule besser und erfolgreicher abschließen als junge Männer. Doch dieser Bildungsvorsprung verpufft mit dem Übergang in die Berufsausbildung. Trotz ihrer weiterführenden Bildungsabschlüsse sind nach Berechnungen des Bundesinstitutes für Berufliche Bildung (BIBB) nur rund 40 Prozent der Auszubildenden im dualen System weiblichen Geschlechts (dagegen sind knapp 80 Prozent der SchülerInnen an beruflichen Schulen weiblich). Nach Angaben des Berufsbildungsberichts für Bayern 2008 verfügen die erfolgreichen AbsolventInnen von schulischen Berufsausbildungen über einen Realschulabschluss (55 %) oder eine Fachschul- oder Hochschulreife (23 %), während unter denen, die eine betriebliche Ausbildung absolviert haben, die meisten einen Hauptschul- (47 %) oder Realschulabschluss (41 %) aufweisen. Der Berufsbildungsbericht kommt zu dem Schluss, dass, statistisch betrachtet, die Zusammenhänge zwischen dem allgemein bildenden Abschluss und dem Geschlecht und der Art der beruflichen Ausbildung signifikant sind (Berufsbildungsbericht Bayern 2008, S. 171).

162) Besonders ungünstig sieht die Situation für junge Frauen mit Migrationshintergrund aus. Ungeachtet der verbesserten Bildungsabschlüsse von jungen Frauen mit Migrationshintergrund hat sich ihr Anteil an einer Ausbildung im dualen System seit Mitte der 1990er Jahre nicht erhöht, sondern ist seither sogar zurückgegangen. Eine Folge davon ist, dass ein erheblicher Teil der jungen Frauen mit Migrationshintergrund ohne anerkannten Berufsabschluss bleiben.

163) Wir wollen den Blick auf die Frage richten, wie sich junge Frauen nach Abschluss der Schule orientieren und inwieweit sie ihre Ausbildungsziele realisieren können. Im Rahmen der Jugend-Enquete konnte sie nicht beantwortet werden. Es fehlt an Daten für Bayern.

164) Trotz dieses Defizits gehen wir in unserer politischen Arbeit der Frage nach, welche Chancen junge Frauen auf dem heutigen Ausbildungsmarkt, sprich im dualen System, überhaupt noch haben. Trotz einer hohen Berufsorientierung und der viel beachteten Bildungserfolge von Schülerinnen

besteht für junge Frauen auf dem Ausbildungsmarkt – im Verhältnis zu jungen Männern – keine Chancengleichheit. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist die Voraussetzung für eine spätere Erwerbstätigkeit. Bei der Berufsfindung geht es jedoch nicht nur darum, einen Weg in Ausbildung und Beruf zu finden, sondern auch einen Lebensentwurf zu realisieren, der auch eine private Lebensführung, wie z. B. eine künftige Familiengründung, umfasst.

165) Schulabgängerinnen setzen sich mit unterschiedlichen Strategien für die Realisierung ihrer beruflichen Ziele ein. Aufgrund ihrer geringeren Chancen auf dem Ausbildungsmarkt sind sie – gezwungenermaßen – meist aktiver und flexibler als junge Männer. Allerdings kann es bei jungen Frauen angesichts der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt auch zu einer Zurücknahme ihrer bisherigen Ziele kommen. Ursprüngliche Berufswünsche geraten dann angesichts der Schwierigkeiten und Misserfolge auf dem Ausbildungsmarkt zunehmend in den Hintergrund. Das Interesse an einer anerkannten dualen Ausbildung ist groß, aber nicht jede Bewerberin erhält einen Ausbildungsplatz. Sie weichen daher z. B. auf vollzeitschulische Angebote aus. Doch nicht immer gelingt eine sinnvolle Überbrückung. Bei den Alternativen handelt es sich nicht selten um chancenminderte Ausbildungsgänge – meist ohne weiterführende berufliche Zukunftsaussichten. Außerdem münden junge Frauen ohne Ausbildungsplatz zum Teil in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder in Bildungsgängen der Berufsschulen, die nicht zu einem anerkannten Berufsabschluss führen, sondern eine Warteschleife darstellen, oder sie sind phasenweise arbeitslos.

166) Wir wollen uns auch künftig im jugend-, bildungs- und frauenpolitischen Bereich der Herausforderung stellen, die geschlechterdifferenzierende und segregierende Ausbildungs- und Berufswahl zu durchbrechen. Es ist unser Ziel, für einen chancengleichen Zugang für junge Frauen und Männer zu allen Berufen zu sorgen. Wir wollen gemeinsam mit ExpertInnen Ansätze finden und neue Wege gehen, um das traditionelle Berufswahlverhalten aufzuspalten. Als einen wichtigen Ansatzpunkt sehen wir die Berufsberatung, die unabhängig von der Bundesagentur für Arbeit ihrer Bestimmung bzw. Aufgabe nachkommen muss. Eine moderne Berufsberatung muss die jungen Menschen, ihre Fähigkeiten und Interessen, unabhängig vom Geschlecht in den Mittelpunkt stellen und eine serviceorientierte Ausbildungs-, Berufs- und Karriereberatung bieten. Dies gelingt jedoch nur mit ausreichendem und genderkompetentem Fachpersonal.

167) Es gilt, jungen Menschen aufzuzeigen, in welchen Berufen sie erfolgreich (karriere- und zukunftsorientiert) arbeiten und ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Im Bereich der technischen und techniknahen Berufe fehlt zunehmend der qualifizierte Nachwuchs. Hier sind alle gefragt: Wirtschaft, Verbände und Kammern haben sich nachhaltig für die Ausbildung und Einstellung im besonderen Maße von talentierten und engagierten Mädchen und jungen Frauen einzusetzen, ansonsten wird ein breites Spektrum an Ideen und Innovationen verloren gehen, wenn gerade gut ausgebildete junge Frauen mit technischem Interesse nicht in technische Ausbildungen und Berufe „geworben“ werden.

168) Ausbildungsprozesse müssen so gestaltet werden, dass beide Geschlechter Spaß an ihrer Ausbildung haben. Dafür müssen die unterschiedlichen Erfahrungswelten von Jungen und Mädchen ausreichend berücksichtigt werden. Mit anderen Worten: Gender Mainstreaming muss im Bereich (betriebliche) Ausbildung implementiert werden. Bisher berücksichtigen die wenigsten AusbilderInnen Genderaspekte. Dabei erzeugt die Beschäftigung mit Genderproblematiken im Rahmen einer Ausbildung einen Doppelleffekt: Zum einen sensibilisieren und qualifizieren sich AusbilderInnen selbst (Entwicklung von Genderkompetenz), zum anderen werden Azubis gendergerecht ausgebildet und ihr Bewusstsein für geschlechtsspezifisch geprägte Strukturen und Verfahren wird geschärft.

169) Darüber hinaus brauchen wir neue positive Vorbilder für unsere jungen Menschen: Frauen, die erfolgreich in technischen Berufen ihren Karriereweg gehen und interessante neue Berufsbilder vermitteln. Männer, sich nicht für eine Männerdomäne entschieden haben, sondern ihren Weg in einem vermeintlich untypischen Beruf gehen.

170) Kurz und knapp: Jugendliche brauchen Vorbilder, um „neue“ Berufe für sich zu entdecken!

2.3.5.1 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

171) Im Zusammenhang mit dem Thema Ausbildung und Beruf steht das wenig erfreuliche Thema Jugendarbeitslosigkeit.

172) Jugendarbeitslosigkeit ist in unseren Augen ein gesellschaftlicher Skandal, weil sie Jugendlichen einen Einstieg in die Berufswelt verbaut, sie somit demotiviert und ihnen Chancen verwehrt. Daher brauchen wir umfassende Initiativen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dabei muss die Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen in Ausbildung und Qualifizierung oberste Priorität haben. Wir brauchen Wege aus der Warteschleife, ein höheres Qualifizierungsniveau sowie individuelle Unterstützungsangebote für Jugendliche mit besonderen Vermittlungshemmnissen. Vor allem für die berufliche und soziale Integration besonders benachteiligter Jugendlicher in sozialen und strukturschwachen ländlichen Regionen sind zielgenaue Hilfesysteme, feste AnsprechpartnerInnen sowie individuelle Entwicklungsziele erforderlich. Forderungen nach der Aufweichung des Jugendarbeitsschutzes schaffen keine neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sondern verschlechtern lediglich die Situation der Jugendlichen im Arbeitsleben.

173) Die Jugendberufshilfe stellt betreute und geförderte Ausbildungsplätze sowie Qualifikations- und Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene, die auf dem freien Ausbildungsmarkt nicht bestehen können, zur Verfügung. Wir fordern für die verschiedenen Regionen in Bayern Projekte, die auf befristete Zeit geförderte Arbeitsplätze in normalen Betrieben schaffen.

2.3.6 Jugendarbeit und Jugendhilfe

174) Globalisierung, Europäisierung, Migration, demografischer und technologischer Wandel sind Schlagworte, die tief greifende Veränderungen mit sich bringen. Jugendliche haben sich mit den Veränderungen auseinander zu setzen und

sich drauf einzustellen. Nicht alle jungen Menschen können die Veränderungen und Herausforderungen positiv für ihre eigene Entwicklung nutzen. Neben Elternhaus und Schule sind Jugendarbeit und Jugendhilfe gefordert. Die Jugendhilfe betreut Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in einer persönlichen Problemlage befinden. Gerade in Zeiten von Arbeitslosigkeit verschärfen sich die Spannungen. Zugespißt lassen sich die Probleme bei Familien mit Migrationshintergrund finden. Dem muss die Jugendhilfe verstärkt Rechnung tragen. Wir wollen außerschulischer Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendschutz und der Förderung der Jugendverbände gemäß den Bestimmungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG; SGB VIII) in Bayern wieder Geltung verschaffen. Das bewährte Jugendhilfesystem gilt es kontinuierlich weiter zu entwickeln, um es für steigende Herausforderungen leistungsstark auszuweiten. Zunehmende Aufgaben und Erwartungen sind nicht mit sinkenden oder gleich bleibenden Mitteln zu bewältigen. Wir wollen die „klassische Jugendarbeit“, die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe, die jungen Menschen in schwierigen Lebenslagen zur Seite steht (z. B. beim Übergang von Schule und Beruf, bei Familien- und Partnerschaftsproblemen oder auch Fragen des Kinder- und Jugendschutzes), stärken. Die Jugendhilfe bietet hier spezielle Angebote zur Hilfe und Beratung an (Hilfen zur Erziehung). Wir müssen dafür sorgen, dass finanzielle, personelle Mittel und auch Räume (materielle Ausstattung) ausreichend verfügbar sind, so dass Jugendarbeit jugendliche Risikogruppen durch zielgruppenspezifische und sozialräumlich orientierte Angebote besser erreichen kann. Dazu brauchen wir ebenfalls eine lebensweltorientierte Öffnung der Angebotsstrukturen in Jugendhilfe und Schule und eine intensiviertere Kooperation der beiden Bereiche.

175) Jugendarbeit ist ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Ort für außerschulische und informelle Lernmöglichkeiten, der die Mitwirkung Jugendlicher an der Entwicklung der Zivilgesellschaft erhöht. Die Ausweitung nicht-schulischer multiprofessioneller Bildung im Bereich der Jugendarbeit verbreitert soziale, kulturelle, musischästhetische, politische, sportliche und technisch-handwerkliche Lern- und Erfahrungsperspektiven. Jugendhilfe kann und muss dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Einbindung benachteiligter Jugendlicher legen.

2.3.7 Zusammenfassung

176) Jugend braucht Chancen. Dies kann nur möglich sein, wenn die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen der nachfolgenden Generationen verbessert werden und mehr Chancengerechtigkeit gelingt – vor allem durch Reformen in den Bereichen Betreuung, Erziehung und Bildung sowie Maßnahmen, die die Lebens- und Alltagsbedingungen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig verbessern.

177) Was heißt es im 21. Jahrhundert jung zu sein:

- die gesellschaftlichen Verhältnisse (demografischer Wandel) pragmatisch hinnehmen
- Jungsein ist nicht mehr selbstverständlich, sondern etwas Besonderes

- Jungsein heißt sich stets beobachtet fühlen, permanent erreichbar sein und unter sozialer Kontrolle stehen
- Jungsein bedeutet, einem enormen Leistungsdruck zu unterstehen
- sich mehr Freiräume und Freiheit erkämpfen zu müssen (Erprobungsräume)
- durch non-konformes Verhalten auffallen (Gewaltdebatte, Medienkonsum etc.) und stigmatisiert werden

178) Konsequenzen und Prognosen, die sich aus dieser Realität ergeben:

- Keine Sehnsucht, sondern Angst vor der Zukunft
- Resignation und innere Emigration
- Lange Zuhause bleiben wollen und nicht in dieser Welt alleine bestehen wollen
- Statusunsicherheit und Bildungsverweigerung als eine Reaktion auf den Zwang, sein Leben selber gestalten zu müssen

179) Dieser Ausschnitt aus der Lebensrealität eines Großteils Jugendlicher von heute zeigt: Wir müssen handeln!

180) Wir sind auf alle jungen Menschen angewiesen! Alle sollen partizipieren können und ihre Stärken und produktiven Kräfte in die Gesellschaft einbringen. Um dies Realität werden zu lassen, sind insbesondere Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Bildung gefordert. Angebote an Kinder und Jugendliche müssen sich an den (bevorstehenden) gesellschaftlichen Herausforderungen und an den existierenden Realitäten orientieren. Es müssen empirische Studien in Auftrag gegeben werden, die Aufschluss über das Aufwachsen in Bayern, den Zugang von jungen Menschen zu Bildung und Wissen sowie der „Effektivität“ von Lernorten geben. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen und Studien sind ernst zu nehmen. Also nicht nur reden über die Situation der Kinder und Jugendlichen, sondern auch handeln. Die Politik muss die Verantwortung für den Erfolg einer pluralisierten Jugend tragen.

2.3.7.1 Zentrale Forderungen kurz gefasst

181) Aus der Jugend-Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ ziehen wir Konsequenzen für eine den Bedürfnissen und Interessen von Jugendlichen angemessene Jugendpolitik. Wir haben das Ziel, die Nachteile, die für einzelne Jugendliche und für bestimmte Gruppen von Jugendlichen bestehen, durch verlässliche infrastrukturelle Angebote und Hilfen zu kompensieren – überall und für jeden zugänglich! Wir wollen allen Jugendlichen individuelle Selbstbestimmung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sowie der direkten Partizipation ermöglichen. Grüne Jugendpolitik heißt „Politik für Jugendliche“ und „Politik von Jugendlichen“. Sinnvoll und nachhaltig kann Jugendpolitik nur dann sein, wenn zuallererst die Perspektive von Jugendlichen eingenommen wird und wir dazu fähig sind, uns auf die Jugendwelt einzulassen. Dann erkennen wir, dass gerade für folgende Punkte ein dringender Handlungsbedarf besteht:

- Teilhabe an Erfahrungs- und Lernwelten fördern und alle Jugendlichen in demokratische Prozesse integrieren.

- Bildungsbeteiligung verbessern! Keiner darf verloren gehen! Integration statt Segregation!
- Individuelle Förderung: mehr Ganztagschulen auf den Weg bringen und längere gemeinsame Schulzeit – weg vom differenzierenden dreigliedrigen Schulsystem! Individuelle Förderung der jungen Menschen bedeutet: Finden und Fördern von Begabungen wie auch rechtzeitiger Abbau von Benachteiligungen.
- Schulqualität verbessern und Unterricht problemorientiert, alltagsnah und komplex, selbstgesteuert und sozial interaktiv (Service Learning) gestalten.
- Jugendprobleme nicht aus Schule ausklammern: mit Kindern und Jugendlichen über Arbeitslosigkeit, Drogen, Geld, Gewalt, Lehrstellen(-mangel), Rechtsextremismus, Zukunft, etc. sprechen und ihre Persönlichkeit stärken, damit sie für Problemsituationen gerüstet sind.
- Lernen ein Leben lang: Weiterbildung stärken! Neue Konzepte der Weiterbildung, eine Modularisierung von Bildungsphasen und -inhalten, neue Formen der Anerkennung (Zertifizierung – bis hin zum Qualifizierungspass als persönliches Dokument).
- Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip! Das Interesse junger Frauen an mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern sowie Berufen und junger Männer für die Berufe des Erziehers und Grundschullehrers gilt es zu stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den Technikwissenschaften, der zunehmend zu einer Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft und Wirtschaft wird, sollte die Deckung des zusätzlichen Bedarfs an HochschulabsolventInnen in den naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und muss auch der Stellenwert von Mathematik, Naturwissenschaften und Technik an den Schulen erhöht werden. Die Fächer müssen wesentlich problem- und praxisorientierter als bisher unterrichtet werden.
- Vermittlung des Umgangs mit neuen Medien als neue Kulturtechnik in allen Bildungsbereichen (Weiterbildungsoffensive „Neue Medien“).
- Ausgrenzung vermeiden und abbauen – auch nach dem Schul- oder Lehrabbruch eine neue Chance erhalten. Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss und ohne anerkannte Berufsausbildung muss gesenkt werden. Beschäftigungsmöglichkeiten für Un- und Angelernte gehen weiter drastisch zurück.
- Neue Konzepte zur Vermeidung von Schulverweigerung und zum Ausbau der Schulsozialarbeit sind erforderlich. Jugendliche, die besonderer Unterstützung bedürfen, sollen begleitende Hilfen beim Übergang in die Beschäftigung erhalten. Lebenslanges Lernen muss auch für Personen möglich werden, die bisher zu wenig an Weiterbildung teilnehmen.
- Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten und Erschließung ihres Bildungspotenzials. Das Bildungswesen erfüllt den Auftrag der Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten noch immer nicht hinreichend.

3 Beantwortung der Fragen

3.1 A. Allgemeine Statistische Daten – zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Lebenslagen junger Menschen

182) Junge Menschen in Bayern wachsen unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf. Die fortschreitende Pluralisierung der Lebensformen einerseits und nach wie vor bestehende soziale Ungleichheiten andererseits haben auch im Jugendalter dazu geführt, dass die Lebenslagen von Jugendlichen sich bei genauer Hinsicht als sehr heterogen erweisen. Der vorliegende Bericht wird themenbezogen in den jeweiligen Kapiteln darauf immer wieder zurückkommen. Um aber ein erstes Gefühl für die Größenordnungen und Rahmenbedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche in Bayern heute aufwachsen, zu vermitteln, sollen in diesem Kapitel ausgewählte allgemeine Daten zu Demografie und demografischen Entwicklungen und zur wirtschaftlichen Situation von Jugendlichen in Bayern vorgestellt werden.

183) Entsprechend ihres Auftrages konzentriert sich die Berichterstattung der Enquete-Kommission auf die Gruppe der jungen Menschen im Alter von 6 bis 27, statistisch formuliert bis unter 28 Jahre. Nur in Fällen, in denen den vorgestellten Daten andere Altersunterteilungen zugrunde liegen, wird von diesem Fokus abgewichen.

3.1.1 Demografische Daten

184) In Bayern lebten Ende 2006¹² 3.085.771 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis unter 28 Jahren. Das sind rd. 24,7 % der bayerischen Bevölkerung.

185) Betrachtet man die jeweiligen Altersgruppen, die Thema des vorliegenden Enquete-Berichtes sind, etwas genauer, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1: Zahl der Kinder (6 bis unter 13), Jugendlichen (13 bis unter 17) und jungen Erwachsenen (17 bis unter 28) nach deutsch/nicht-deutsch und Geschlecht am 31.12.2006 in Bayern

Altersgruppe	deutsch		nicht-deutsch	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
6 - unter 13	422903	400440	39305	37078
13 - unter 17	265380	251805	25844	24540
17 - unter 28	713987	695034	100731	108724

Zuarbeit Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

186) Ein wichtiger Faktor für Jugendpolitik auf Landes- ebenso wie regionaler Ebene ist der Anteil von Kindern und

¹² Die folgenden Zahlen stammen aus einer Zuarbeit für die Enquete-Kommission vonseiten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung; Stichtag: 31.12.2006; Stand 10.01.2008; © 2008 Bayerisches Landesamt.

Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung.¹³ Der Vergleich der bayerischen Planungsregionen unter dieser Perspektive zum Jahresende 2006 offenbart, dass Kinder und Jugendliche, hier definiert als die Gruppe der unter 18-Jährigen, einen Anteil zwischen 16,9 % und 19,9 % an der Gesamtbevölkerung aufweisen:

Tabelle 2: Gesamtbevölkerung, Bevölkerung bis unter 18 Jahre und Anteil der unter 18-Jährigen am 31.12.2006 auf Regionen bezogen

Region bzw. Kreis-schlüssel	Name	Gesamtbevölkerung	bis unter 18 Jahre	Anteil der bis unter 18-Jährigen
1	Bayerischer Untermain	373.899	71.557	19,1%
2	Region Würzburg	515.191	89.434	17,4%
3	Region Main-Rhön	448.786	84.923	18,9%
4	Region Oberfranken-West	602.816	110.718	18,4%
5	Region Oberfranken-Ost	496.281	84.117	16,9%
6	Region Oberpfalz-Nord	510.997	96.916	19,0%
7	Industrieregion Mittelfranken	1.295.505	220.124	17,0%
8	Region Westmittelfranken	417.117	83.089	19,9%
9	Region Augsburg	856.521	163.650	19,1%
10	Region Ingolstadt	452.871	89.967	19,9%
11	Region Regensburg	664.743	124.789	18,8%
12	Region Donau-Wald	660.392	121.461	18,4%
13	Region Landshut	441.055	85.856	19,5%
14	Region München	2.593.707	440.641	17,0%
15	Region Donau-Ilser	462.138	92.066	19,9%
16	Region Allgäu	468.105	90.317	19,3%
17	Region Oberland	433.053	81.361	18,8%
18	Region Südostbayern	799.481	150.976	18,9%

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung¹⁴

187) Allerdings verbergen sich hinter diesen auf die Regionen bezogenen Durchschnittswerten erhebliche Unterschiede zwischen Stadt und Land. An vier Beispielen, den Städten München, Bamberg, Würzburg und Passau, lässt sich dies beispielhaft verdeutlichen:

¹³ Eine gut aufbereitete und eindrückliche Informationsquelle für regionale Vergleiche bietet die netzbasierte, interaktive Karte „interMaptiv“, die über die Homepage des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung zugänglich ist und auf unterschiedlichen Ebenen (Land, Regierungsbezirk, Region, Kreis, Gemeinde) Vergleiche erlaubt. Vgl.: <http://www.statistik.bayern.de/daten/intermaptiv/archiv/home.asp>

¹⁴ Zugänglich über: <http://www.statistik.bayern.de/daten/intermaptiv/archiv/home.asp?RS=&TH=&UT=bevoelkerung.csv&SP=3> sowie Zuarbeit für Enquete-Kommission

Tabelle 3: Gesamtbevölkerung, Bevölkerung bis unter 18 Jahre und Anteil der unter 18-Jährigen am 31.12.2006 bezogen auf ausgewählte Kreise

Region bzw. Kreis-schlüssel	Name	Gesamtbevölkerung	bis unter 18 Jahre	Anteil der bis unter 18-Jährigen
09162	München (Krfr.St)	1.294.608	191.003	14,8%
09175	Ebersberg (Lkr)	125.052	25.053	20,0%
09178	Freising (Lkr)	162.452	32.335	19,9%
09184	München (Lkr)	311.493	55.830	17,9%
09262	Passau (Krfr.St)	50.644	6.945	13,7%
09275	Passau (Lkr)	188.474	35.754	19,0%
09276	Regen (Lkr)	80.748	14.601	18,1%
09461	Bamberg (Krfr.St)	69.574	10.576	15,2%
09471	Bamberg (Lkr)	144.993	29.243	20,2%
09476	Kronach (Lkr)	72.909	12.424	17,0%
09478	Lichtenfels (Lkr)	69.519	12.558	18,1%
09663	Würzburg (Krfr.St)	134.913	16.731	12,4%
09677	Main-Spessart (Lkr)	130.678	24.747	18,9%
09679	Würzburg (Lkr)	160.222	30.423	19,0%

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung¹⁵

188) Die ausgewählten Beispiele belegen, dass in den Städten der Anteil der jüngeren Altersgruppen deutlich geringer ist als in den eher ländlichen Regionen. Selbst der Landkreis mit dem niedrigsten Anteil an unter 18-Jährigen (Wunsiedel im Fichtelgebirge: 16,2 %) liegt deutlich über dem Durchschnitt der bayerischen Städte.

3.1.2 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

189) Von den oben erwähnten Ende 2006 in Bayern lebenden 3.085.771 Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis unter 28 Jahren hatten 10,9 % eine ausländische Staatsbürgerschaft (in absoluten Zahlen 336.222). Um diesen Wert besser einschätzen zu können, lohnt sich ein Blick auf die anderen und dabei vor allem auf die westlichen Bundesländer:

Tabelle 4: Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen an allen 6- bis unter 28-Jährigen nach Bundesland

Bundesland	Anteil der ausländischen Kinder u. Jugendlichen an allen 6- bis unter 28-Jährigen
<i>Westliche Bundesländer</i>	
Baden-Württemberg	13,8 %
Bayern	10,9 %
Berlin	17,7 %
Bremen	17,3 %
Hamburg	17,6 %
Hessen	14,5 %
Niedersachsen	8,7 %
Nordrhein-Westfalen	13,9 %
Rheinland-Pfalz	9,8 %
Saarland	11,3 %
Schleswig-Holstein	6,8 %
<i>Östliche Bundesländer</i>	
Brandenburg	3,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	3,1 %
Sachsen	4,0 %
Sachsen-Anhalt	3,1 %
Thüringen	2,8 %

Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung Stand 31.12.2006; eigene Berechnungen

190) Diese Daten belegen zunächst den bekannten deutlich niedrigeren Anteil ausländischer Kinder und Jugendlicher an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in den östlichen Bundesländern. Innerhalb der westlichen Bundesländer erweisen sich die 10,9 % in Bayern nach Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz als der viertniedrigste Wert.

191) Der bayerische Durchschnittswert darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es innerhalb Bayerns große regionale Unterschiede gibt. So betrug z. B. im Landkreis Freyung-Grafenau am 31.12.2006 der Ausländeranteil 2,4 %, während die Stadt München zum gleichen Zeitpunkt 23,6 % auswies. Dabei wurden über alle Altersgruppen jene gezählt, die mit einem ausländischen Pass bei den Meldebehörden erfasst wurden; doch man kann davon ausgehen, dass diese Anteile weitgehend auch den realen Verhältnissen von deutschen Kindern und Jugendlichen zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund entsprechen.

192) Bei alledem ist allerdings zu berücksichtigen, dass die bis hier vorgestellten Daten zu den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur die Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis der Melderegister (Geburten, Todesfälle, Zu- und Abzüge) bzw. die dabei erfassten Kinder und Jugendlichen mit nicht-deutschem Pass widerspiegeln. Realistisch betrachtet ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich höher anzusetzen.

¹⁵ Zugänglich über: <http://www.statistik.bayern.de/daten/internaptiv/archiv/home.asp?RS=&TH=&UT=bevoelkerung.csv&SP=3>; sowie Zusammenarbeit für Enquete-Kommission

193) In der Fachwelt hat sich vor diesem Hintergrund eine breite Diskussion darüber entwickelt, anhand welcher Kriterien man am besten Migrationshintergründe beschreiben und erfassen kann. Dabei ist ein breites Spektrum von Konstellationen zu berücksichtigen. Allein, wenn man die beiden Kriterien Geburtsland und Staatsangehörigkeit zur Hand nimmt, ergibt sich folgende komplexe Systematik:

Tabelle 5: Zuordnung der Bevölkerung nach Geburtsland und Staatsangehörigkeit

		Geburtsland	
		Ausland Personen mit eigener Migrationserfahrung	Inland Personen ohne eigene Migrationserfahrung
Staatsangehörigkeit	Nicht-deutsch	I. Zugewanderte Ausländer a) Ausländer der ersten Generation	II. Nicht zugewanderte Ausländer a) Ausländer der 2. Generation (Eltern gehören zu I.) b) Ausländer der 3. Generation (Eltern gehören zu II.)
	Deutsch	III. Zugewanderte Deutsche a) Spätaussiedler, Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit mit deutscher Staatsbürgerschaft ohne Einbürgerung; b) Zugewanderte Eingebürgerte einschl. eingebürgerter Spätaussiedler c) während eines Auslandsaufenthaltes geborene Kinder von Deutschen ohne Migrationshintergrund	IV. Nicht zugewanderte Deutsche a) Deutsche ohne Migrationshintergrund b) Nicht zugewanderte Eingebürgerte c) Kinder von Spätaussiedlern, Flüchtlingen und Vertriebenen deutscher Volkszugehörigkeit mit deutscher Staatsbürgerschaft ohne Einbürgerung d) Kinder von Eingebürgerten e) Ius soli-Kinder von Ausländern ¹⁶ f) Personen mit einseitigem Migrationshintergrund

Statistisches Bundesamt 2007, S. 324

16 „Bei der Gruppe der Ius-soli-Kinder von Ausländern handelt es sich um Kinder von zwei Ausländern, die die Mindestaufenthaltszeiten für das Optionsmodell erfüllen, sodass das Neugeborene neben der elterlichen Staatsbürgerschaft die deutsche erhält.“ (Statistisches Bundesamt 2007, S. 324 f.)

194) Statistisch betrachtet hat dies zur Folge, dass mithilfe des Kriteriums Staatsbürgerschaft z. B. alle jene Kinder und Jugendlichen nicht erfasst werden können, die über einen deutschen Pass verfügen, deren Eltern z. B. aber zugewandert sind und deren Verkehrssprache zu Hause vorrangig durch ihre Herkunft bestimmt ist, also nicht deutsch ist (z. B. Spätaussiedler). Für den Mikrozensus 2005, einer repräsentativen Stichprobe für die Gesamtbevölkerung, wurden erstmals neue Kriterien definiert: Neben der Staatsangehörigkeit wurden der Geburtsort in Deutschland oder außerhalb, das Zuzugsjahr, die Einbürgerung und die Staatsangehörigkeit, Einbürgerung und Geburtsort beider Eltern sowie für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die mit ihren Eltern in einem gemeinsamen Haushalt leben, analoge Angaben zu den Großeltern erhoben. Legt man die Daten des Mikrozensus zugrunde, leben derzeit in Bayern rd. 633.800 Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis unter 25 Jahren mit Migrationshintergründen.¹⁷ Dies entspricht etwa 23 % der altersgleichen Bevölkerung in Bayern. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die diesen Daten zugrunde liegende Definition des Migrationshintergrundes vonseiten des Statistischen Bundesamtes im Verbund mit den Statistischen Landesämtern noch nicht abschließend geklärt ist. Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weist deshalb darauf hin, dass diese Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes vonseiten des Bayerischen Landesamtes noch nicht abschließend beurteilt werden kann.¹⁸

195) Ein jugendpolitisch wichtiger Aspekt dabei ist, dass zugleich in den Städten der Anteil von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund deutlich höher ausfällt. Dies lässt sich am besten anhand einer Definition des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zeigen. Das BBR unterscheidet drei Typen von Räumen: So genannte Agglomerationsräume, also Räume mit sehr hoher Siedlungsdichte oder einer zentralen Stadt mit über 300.000 Einwohnern, verstädterte Räume und ländliche Räume. Überträgt man diese drei Typen auf Bayern, ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beträgt im Durchschnitt in Bayern in den Agglomerationsräumen 24,8 %, in den verstädterten Räumen 17,3 % und in den ländlichen Räumen 13,9 %.¹⁹

196) Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich dabei um Durchschnittszahlen handelt. Hinter diesen Durchschnittszahlen können sich erhebliche Varianzen verbergen, und zwar sowohl zwischen den Regionen, also z. B. zwischen einzelnen Landkreisen, als auch innerhalb der Regionen, also z. B. innerhalb eines Landkreises bzw. einer Stadt. So schwankt der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund innerhalb eines Landkreises bzw. von

17 Zuarbeit des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung für die Enquete-Kommission; hierbei handelt es sich um eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes. Vgl. zu den damit verbundenen Definitionsproblemen ausführlich auch das Kapitel 3.12 L.

18 Vor diesem Hintergrund kann das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Typisierung des Migrationshintergrundes nicht übernehmen.

19 Zuarbeit des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung für die Enquete-Kommission.

Stadtteil zu Stadtteil unter Umständen erheblich. Als ein Beispiel möge hier die Stadt Augsburg dienen. Nimmt man den Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Stadtteilen am 01.01.2007 als Kriterium, ergeben sich Spannen zwischen 2,6 % und 34,4 % bei einem Durchschnitt für die Gesamtstadt von 16,3 %.²⁰ Dies ist vor allem für die kommunale Jugendhilfeplanung von großer Bedeutung.

3.1.3 Demografische Entwicklung

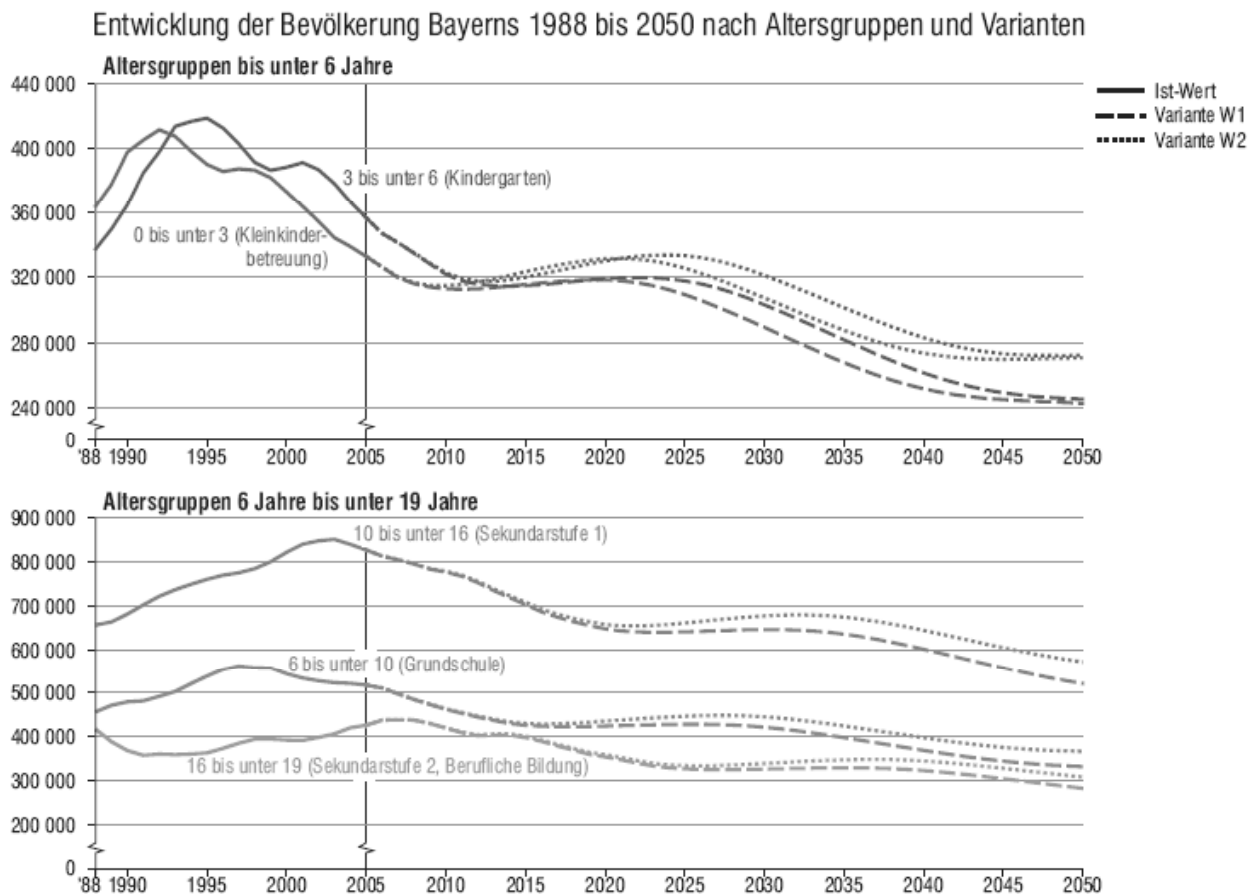
197) Das Thema demografischer Wandel hat in den letzten Jahren erheblich an öffentlicher und politischer Aufmerksamkeit gewonnen. Obwohl die Entwicklungen schon seit Längerem erkennbar waren, wurden der Rückgang der Geburtenzahlen und der wachsende Anteil der älteren Kohorten erst im neuen Jahrtausend, nachdem vor allem die Konsequenzen für die Sozialversicherungssysteme sich deutlicher am Horizont abzeichneten, Thema nahezu aller nationalen Politikfelder.

198) Dabei erscheint der demografische Wandel bis heute immer wieder als eine gleichsam schicksalhafte Entwick-

lung, die über die Bundesrepublik Deutschland hereinbricht und auf die sich alle so oder so einzustellen haben. Was dabei aus dem Blick gerät, ist die einfache Einsicht, dass der demografische Wandel Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen ist. Zwar sind diese Zusammenhänge höchst komplex, sodass sich einfache Zurechnungen verbieten. Nichtsdestoweniger ist es gerade auch aus jugendpolitischer Sicht notwendig, neben der Frage, was der demografische Wandel jugendpolitisch jeweils bedeutet, sich auch der Frage zu stellen, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um die allerorten diskutierten statistischen Trends nicht nur hinzunehmen, sondern mittelfristig politisch zu beeinflussen.

199) Für die bayerische Jugendpolitik in den nächsten Jahren ist dabei von zentraler Bedeutung, dass die Altersgruppe der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erkennbar abnehmen wird. So zeigt die 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf dem Stand der Bevölkerung am 31.12.2005 für Bayern eine eindeutige Entwicklung:²¹

Abbildungen 1 und 2: Entwicklung der Bevölkerung Bayerns 1988 bis 2050 nach Altersgruppen und Varianten



Birmann 2007, S. 137

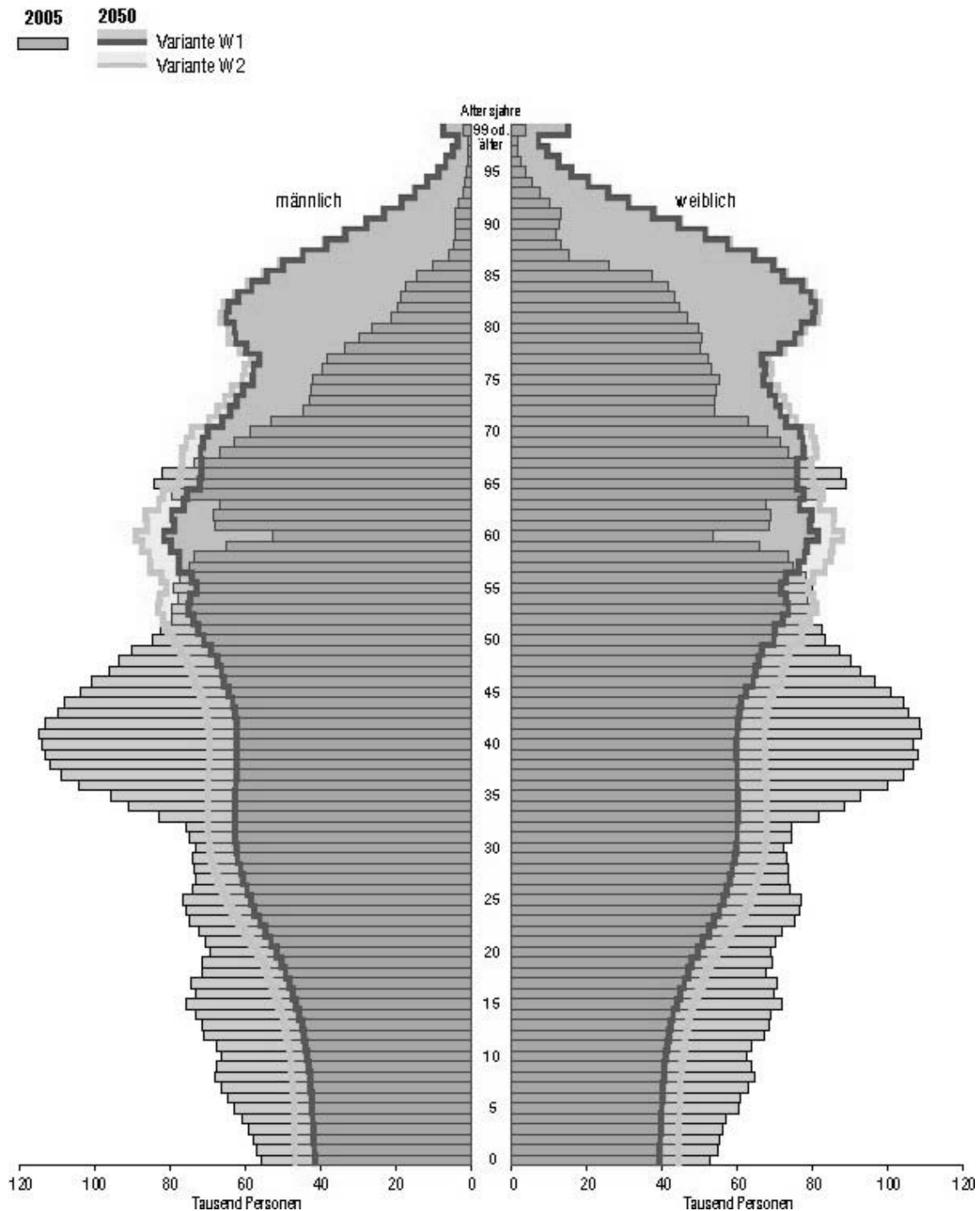
²⁰ Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Augsburg 2007, Tabelle: Ausländer in regionaler Gliederung nach ausgewählten Nationalitäten.

²¹ Die Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen werden vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den 16 Statistischen Landesämtern durchgeführt. Es handelt sich dabei um Modellberechnungen, die unter Berücksichtigung verschiedener Entwicklungsverläufe mögliche Varianten berechnen. Grundlage ist der jeweils aktuelle Altersaufbau in Deutschland. Die Bevölkerungsvorausberechnungen werden regelmäßig aktualisiert.

200) Die Abbildungen machen deutlich, dass in den kommenden Jahren in allen jüngeren Altersgruppen mit deutlichen Rückgängen in den absoluten Zahlen zu rechnen ist. Noch deutlicher werden die absehbaren Veränderungen, wenn man sich den gesamten Altersaufbau und die Verschiebungen zwischen den Altersgruppen der bayerischen Bevölkerung ansieht:

Abbildung 3: Altersaufbau der Bevölkerung Bayerns 2005 und 2050 nach Geschlecht

Altersaufbau der Bevölkerung Bayerns 2005 und 2050 nach Geschlecht
Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2050 in zwei Varianten



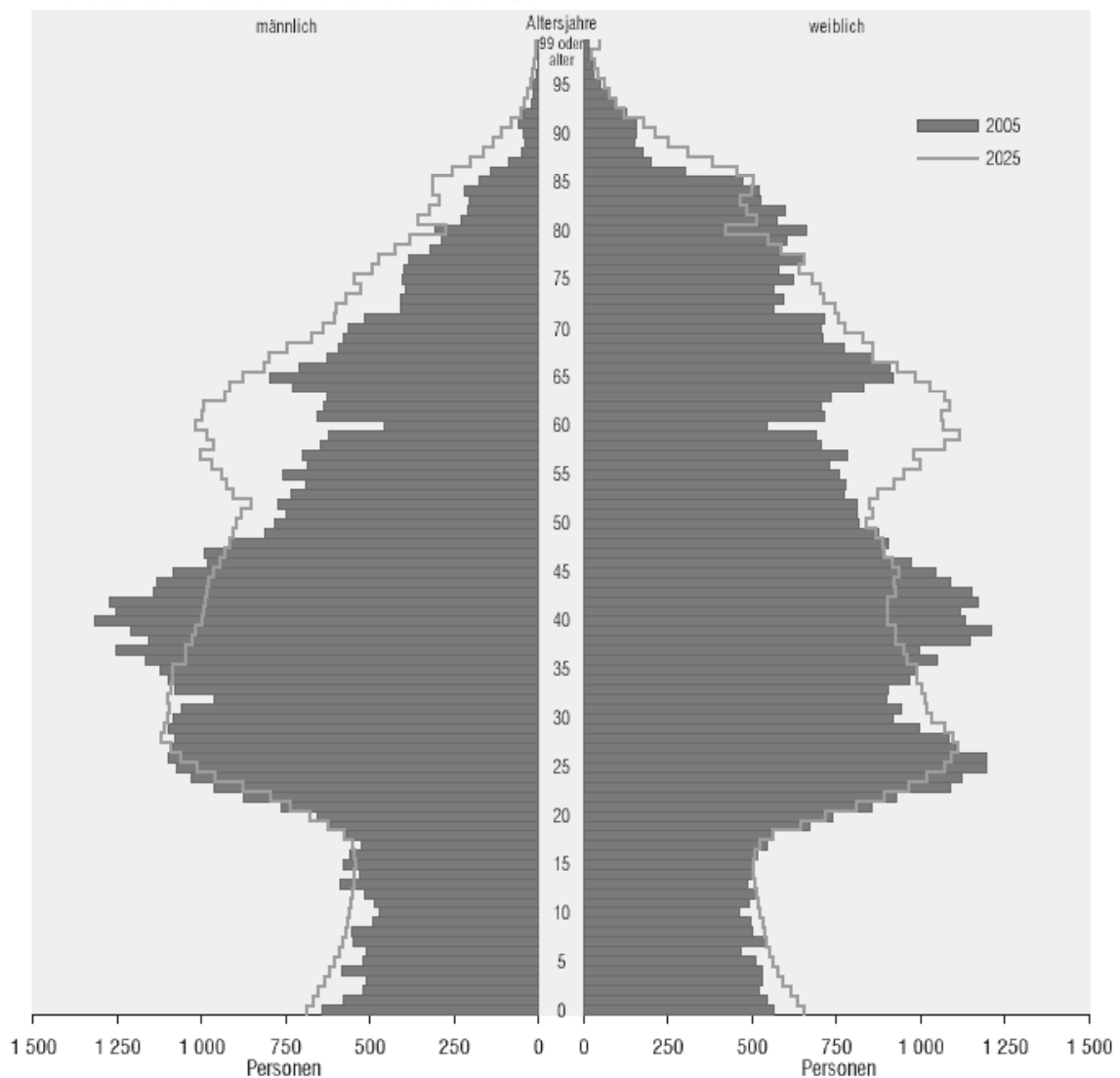
201) Der Anteil der jüngeren Altersgruppen wird immer geringer (schmalere Sockel des Baumes), während die Älteren anteilmäßig deutlich zunehmen.²² Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass diese Vorausberechnung sich auf Gesamt-Bayern bezieht; bei einer detaillierteren Betrachtung der Landkreise und Städte würde sichtbar werden, dass es dabei große Diskrepanzen gibt. Während einige Regionen vor allem durch Zuzug den Geburtenrückgang ausgleichen

können, führen Wanderungsbewegungen zusammen mit dem Geburtenrückgang in den anderen Regionen zu erheblichen Problemen.

202) An zwei Regionen soll dies exemplarisch verdeutlicht werden. Gezeigt wird der Altersaufbau für die Stadt Regensburg und den Landkreis Erding im Jahr 2005 einschließlich der Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2025.

Abbildung 4: Stadt Regensburg: Altersaufbau 2005 und 2025 nach Geschlecht

Abb. 2 Altersaufbau 2005 und 2025 nach Geschlecht - Variante W1a

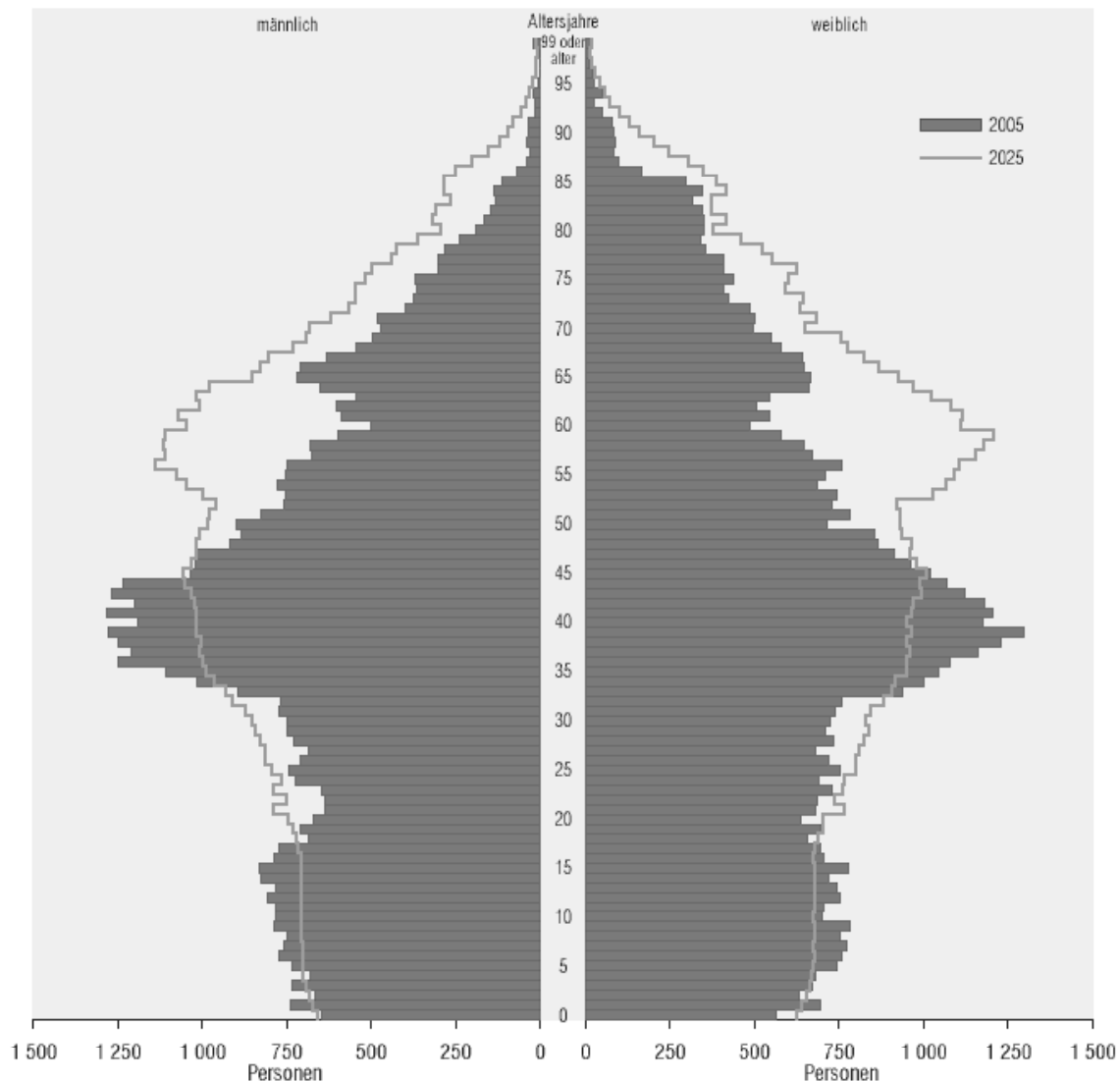


Zuarbeit Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

²² Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass die Vorausberechnung auf dem aktuell verfügbaren Ist-Stand der Gesamtbevölkerung basiert. Eine Unterscheidung zwischen der zukünftigen Entwicklung aufseiten der deutschen Kinder und Jugendlichen im Vergleich zu den nicht-deutschen Kindern und Jugendlichen ist nicht möglich.

Abbildung 5: Landkreis Erding: Altersaufbau 2005 und 2025 nach Geschlecht

Abb. 2 Altersaufbau 2005 und 2025 nach Geschlecht - Variante W1a



Zuarbeit Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

203) Schon ein kurzer Blick auf den unteren Teil der beiden „Baumstämme“ macht wichtige, für die Jugendpolitik vor Ort folgenreiche, Unterschiede sichtbar: Auch wenn die Zahl der Geburten in der Stadt Regensburg in den letzten zwei Jahren leicht zugenommen hat (erkennbar in der Grafik an der etwas breiteren Ausdehnung der unteren beiden Schichten), erweist sich der Stamm im Vergleich zum Landkreis Erding bis zur Altersgruppe der im Jahr 2005 etwa 20-Jährigen deutlich schmäler. Jugendpolitisch bedeutet dies, dass die Stadt Regensburg angesichts des Einbruchs der Geburtenzahlen in den Jahrgängen der im Jahr 2005 15- bis 25-Jährigen auf der einen Seite Angebote für diese Altersgruppe vorhalten und zugleich insofern einen Strukturwandel planen muss, als die nachfolgenden Jahrgänge zahlenmäßig deutlich geringer ausfallen – was wiederum Folgen für Infrastrukturen und die Form der Angebote mit sich bringt. Demgegenüber sieht sich der Landkreis Erding bislang mit vergleichs-

weise konstant gebliebenen Geburtenraten konfrontiert, die offenbar erst in den letzten fünf Jahren erkennbar zurückgegangen sind.

3.1.4 Familiäre Verhältnisse

204) Über den Wandel der familiären Verhältnisse, in denen Kinder und Jugendliche vermeintlich aufwachsen, wird viel geschrieben. Vor allem die regelmäßige Berichterstattung über hohe Scheidungszahlen verführt zu der Annahme, dass Kinder und Jugendliche unter zunehmend instabilen familiären Bedingungen aufwachsen. Ein realistisches Bild der Situation erhält man, wenn man den vorherrschenden statistischen Blick, der die Erwachsenen zum Ausgangspunkt nimmt, wendet und die Perspektive von Kindern und Jugendlichen einnimmt. Unter dieser Perspektive z. B. interessiert weniger, wie viele Ehen geschieden werden, sondern viel-

mehr, wie viele Kinder mit nur einem Elternteil aufwachsen. Die Enquete-Kommission hat sich bewusst dafür entschieden, diesen Blickwinkel, soweit dies auf der Basis der vorhandenen Daten möglich ist, zu betonen.²³

205) Nimmt man die Daten des Mikrozensus aus dem Jahr 2006 zur Hand, leben derzeit rd. 2.443.000 Kinder und Jugendliche unter 27 Jahren in Familien mit verheirateten Eltern. Rd. 18.000 Kinder und Jugendliche davon sind in die Ehe „mitgebrachte“ Kinder vonseiten der Ehefrau; bei dem großen Rest handelt es sich um gemeinsame Kinder der Ehepartner.²⁴ Rd. 125.000 Kinder und Jugendliche unter 27 Jahren leben in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Rd. 452.000 Kinder und Jugendliche unter 27 Jahren werden von einem Vater oder einer Mutter allein erzogen; davon rd. 60.000 vom Vater, 392.000 von der Mutter.²⁵

206) Ein Vergleich der Zahl der verheirateten Eltern zwischen 1970 und 2004, die mit zwei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren zusammenleben, zeigt, dass diese fast konstant geblieben ist. Zurückgegangen ist die Zahl der verheirateten Eltern, die mit einem Kind zusammenleben, aber keineswegs so dramatisch wie wiederholt vermutet wird. Deutlich zurückgegangen (um mehr als 50 %) ist im gleichen Zeitraum die Zahl der verheirateten Eltern, die mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren zusammenleben.

Tabelle 6: Ehepaar-Familien in Bayern nach Zahl der minderjährigen Kinder im Haushalt (1970 – 2004)

Jahr	Ehepaare mit		
	1 Kind	2 Kindern	3 und mehr Kindern
	in Tausend		
1970	576	459	315
1980	637	476	223
1990	538	456	150
2000	518	480	160
2004	490	479	149

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Mikrozensus; Mühling/Rost/Werdnig 2005, S. 26

207) Erweitert man den Blick auf die unterschiedlichen Familienformen Ehepaar-Familien, Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften, ergibt sich für Bayern auf der Basis des Mikrozensus im Jahr 2005 folgende Verteilung:²⁶

Tabelle 7: Familienhaushalte in Bayern nach der Zahl der minderjährigen Kinder (2005)

Tab. 22: Familienhaushalte in Bayern nach der Zahl der minderjährigen Kinder (2005)

Zahl der Kinder unter 18 Jahren	Ehepaar-Familien	Alleinerziehende	Nichteheliche Lebensgemeinschaften
	in Tausend		
1 Kind	490	136	51
2 Kinder	466	58	18
3 oder mehr Kinder	137	14	(5)
	in Prozent		
1 Kind	44,8	65,4	68,0
2 Kinder	42,6	27,9	24,0
3 oder mehr Kinder	12,5	6,7	(8,0)

(): Zahlen sind nicht sicher genug

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Daten des Mikrozensus, eigene Berechnungen

Mühling/Rost/Werdnig 2005, S. 25

23 Ausführliche Information zur Situation von Familien in Bayern enthält darüber hinaus der Familienreport des Staatsinstitutes für Familienforschung in Bayern einschließlich der jeweiligen aktualisierten Tabellenbände. Verfügbar über: <http://www.ifb.bayern.de/publikationen/materialien.html>

24 Der Anteil der Kinder vonseiten des Ehemannes ist offenbar so gering, dass der Mikrozensus an dieser Stelle keine Größenordnungen ausweist.

25 Zuarbeit des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung für die Enquete-Kommission. Die differenzierte Tabelle A1 mit

den Daten (FP6-2006) befindet sich im Anhang. Bei den Daten des Mikrozensus handelt es sich um gerundete Hochrechnungen auf der Basis einer 1 %-Bevölkerungsstichprobe. Deshalb kann es bei den Gesamtsummen und der Aufaddierung der Einzelwerte zu Abweichungen kommen.

26 Eine Unterscheidung der Familienhaushalte unter dem Aspekt mit und ohne Migrationshintergrund ist nicht möglich, da im offiziellen Tabellenprogramm des Mikrozensus diese Information nicht enthalten ist.

208) Diese Daten widerlegen zunächst das weit verbreitete Vorurteil, dass Kinder und Jugendliche in Bayern nicht mehr bei ihren Eltern aufwachsen würden. Deutlich über zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren leben bei ihren leiblichen verheirateten Eltern; weitere 84.000 in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Auf der anderen Seite steht die hohe Zahl Alleinerziehender. Zugleich deuten die Zahlen an, dass der Geburtenrückgang vor allem durch den deutlichen Rückgang der Familien mit 3 und mehr Kindern sowie durch den Verzicht auf eigene Kinder verursacht wird.

209) Etwas anders sieht die Situation aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen aus: Das Aufwachsen mit mehr als zwei Geschwistern wird immer mehr zur Ausnahme. Während in Ehepaar-Familien fast gleich viele Kinder einen Bruder bzw. eine Schwester haben oder allein aufwachsen, wobei die letztere Gruppe geringfügig größer ist, verschieben sich die Relationen deutlich vor allem bei den Alleinerziehenden. Knapp zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen, die von einem Vater oder einer Mutter allein erzogen werden, wächst ohne Geschwister auf. Noch etwas höher ist der entsprechende Anteil für die nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

3.1.5 Wirtschaftliche Situation der Jugendlichen

210) Die wirtschaftliche Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen lässt sich statistisch nur indirekt und zum Teil nur näherungsweise abbilden. Je nachdem, welches Kriterium man zugrundelegt, erhält man sehr unterschiedliche Werte. Den zum Teil heftig ausgetragenen Kontroversen über den Umfang von Kinderarmut liegen nicht selten unterschiedliche Kriterien und Modelle der Berechnung zugrunde.

211) Im Folgenden soll diese Diskussion nicht im Detail nachgezeichnet werden.²⁷ Stattdessen sollen an Hand ausgewählter Daten Annäherungen an die Problematik ermöglicht werden. Nimmt man zunächst die amtlichen Daten zur Hand, zeigt sich auf der Basis des Mikrozensus folgende Einkommensverteilung:

Tabelle 8: Privathaushalte in Bayern 2006 nach monatlichem Haushaltseinkommen sowie den Altersgruppen unter 25 und 25 bis 35 des Haupteinkommensbeziehers in Tausend – Ergebnisse des Mikrozensus.²⁸

Monatliches Nettoeinkommen	Alter		
	Insgesamt	u. 25	25-35
Mit Angabe zur Höhe des monatlichen Nettoeinkommens zusammen	5 788	288	877
unter 300	40	10	(7)
300 - 700	381	88	58
700 - 900	311	29	41
900 - 1 300	889	85	135
1 300 - 1 500	483	24	77
1 500 - 1 700	413	13	76
1 700 - 2 000	544	14	98
2 000 - 2 300	478	11	86
2 300 - 2 600	459	(10)	78
2 600 - 3 200	646	11	101
3 200 - 4 500	708	(8)	83
4 500 oder mehr	453	/	37
Sonstige Haushalte 1)	142	/	13
Insgesamt	5 927	291	890

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2007, S. 28

212) Grundlage der Tabelle sind Haushalteinkommen. Sie erfasst also nur Personen, die über einen eigenen Haushalt verfügen und zugleich Haupteinkommensbezieher sind. Jugendliche beispielsweise mit eigenem Einkommen, die noch bei ihren Eltern leben, werden dementsprechend nicht erfasst. Die Tabelle beschreibt die Spreizung des monatlichen Nettoeinkommens für die Altersgruppe der unter 25-Jährigen und der 25- bis 35-Jährigen in Bayern. Sie macht deutlich, dass die größte Gruppe der unter 25-Jährigen monatlich 300 bis 700 € zur Verfügung hat. Eine zweite Gruppe bilden jene rd. 65.000 unter 25-Jährigen, die monatlich zwischen 900 und 1.300 € Nettoeinkommen haben. Die Tabelle zeigt auch, dass diese Anteile sich bei der Gruppe der 25- bis 35-Jährigen deutlich verschieben. Zum einen entsteht die große Gruppe der rd. 101.000 jungen Menschen mit monatlich 2.600–3.200 € Nettoeinkommen. Auf der anderen Seite stehen je 135.000 junge Menschen dieser Altersgruppe mit 900–1.300 € Nettoeinkommen. Um dies angemessen zu würdigen, muss man bedenken, dass zwischen 25 und 35 üblicherweise die Familiengründung stattfindet.

213) Lenkt man den Blick auf die Art des Einkommens, wird deutlich, dass gerade bei Kindern bzw. Jugendlichen unter 18 Jahren neben der Erwerbstätigkeit in den unteren Segmenten Arbeitslosengeld I und II eine gewichtige Rolle spielen. Die folgende Tabelle betrachtet Privathaushalte unter der Perspektive des überwiegenden Lebensunterhalts des Haupteinkommensbeziehers, jeweils unterschieden nach der Einkommensart. Der obere Teil bezieht sich auf Privathaushalte, in denen das jüngste Kind unter 18 Jahre alt ist; der untere Teil auf Privathaushalte, in denen das jüngste Kind zwischen 18 und unter 27 Jahre alt ist.

²⁷ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2005.

²⁸ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2007, S. 28

Tabelle 9: Haushaltseinkommen Privathaushalte 2006

Bayern														Jahr 2006 (Durchschnitt)	
														Seite: 1	
PRIVATHAUSHALTE															
HH 27 Privathaushalte nach Alter des jüngsten Kindes, überwiegendem Lebensunterhalt des Haupteinkommensbeziehers sowie monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts															
1 000															
Überwiegender Lebensunterhalt des Haupteinkommensbeziehers															
Monatliches Nettoeinkommen des Haushalts (von ... bis unter ... EUR)															
Ins- gesamt	unter	500	900	1 300	1 500	1 700	2 000	2 600	3 200	4 500	5 500	6 000	Sonstige Haushalte		
														und mehr	
I n s g e s a m t															
INSGESAMT															
Alter des jüngsten Kindes: Unter 18 Jahren															
Erwerbstätigkeit	1 234	/	12	49	42	55	109	294	225	254	75	23	57	36	
Arbeitslosengeld I/II	81	/	12	29	11	(8)	(8)	(6)	/	/	/	-	/	/	
Rente/Pension	26	-	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	
Unterhalt durch Angehörige	20	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	
Eigenes Vermögen	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	-	-	/	/	
Sozialhilfe/-geld															
Grundsicherung															
Asylbewerberleistungen	11	/	/	/	/	/	/	/	-	-	-	-	-	/	
Leistungen aus der Pflegevers.	/	/	-	-	-	/	-	-	-	-	-	-	-	-	
Sonstige Unterst. (z.B. BAföG)	(7)	/	/	/	/	/	/	/	-	/	-	/	/	/	
Insgesamt	1 383	(8)	33	91	60	67	123	309	233	260	76	23	59	40	
Alter des jüngsten Kindes: 18 bis unter 27 Jahren															
Erwerbstätigkeit	337	/	/	(6)	(6)	(9)	18	49	50	101	38	13	27	20	
Arbeitslosengeld I/II	10	-	/	/	/	/	/	/	/	/	/	-	-	/	
Rente/Pension	33	-	-	/	/	/	/	(7)	/	(5)	/	/	/	/	
Unterhalt durch Angehörige	/	/	-	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	
Eigenes Vermögen	/	/	/	/	/	-	-	-	/	/	/	-	/	/	
Sozialhilfe/-geld															
Grundsicherung															
Asylbewerberleistungen	/	-	/	/	/	-	-	-	-	/	/	-	-	/	
Leistungen aus der Pflegevers.	/	-	-	/	-	-	-	/	-	-	-	-	-	-	
Sonstige Unterst. (z.B. BAföG)	/	-	/	/	/	-	-	/	/	/	/	-	-	/	
Insgesamt	388	/	/	13	(9)	12	22	58	57	108	41	14	29	23	

Mikrozensus 2006

214) Die Daten zeigen, dass im Jahr 2006 über 81.000 Haushalte, in denen das jüngste Kind unter 18 Jahre war, Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und III waren. Rund 12.000 Haushalte dieser Art mussten mit 900 € monatlich und weniger auskommen.

215) Folgt man dem Deutschen Kinderhilfswerk, ergibt sich aus diesen Zahlen, wenn man den Blick auf das Bundesgebiet erweitert, ein massives soziales Problem: „Ende 2004 lebten rund 1,12 Mio. Minderjährige von Sozialhilfe (7,5 % aller 18-Jährigen). Dabei waren Nicht-Deutsche mehr als doppelt so häufig betroffen (6,5% deutsch vs. 16,1% nicht-deutsch). Mitte 2006 bezogen rund 1,7 Mio. der unter 15-Jährigen Sozialgeld (rd. 13,1 % dieser Altersgruppe).“²⁹

216) Ein weiterer Hinweis zur wirtschaftlichen Lage junger Menschen ergibt sich, wenn man sich dem Taschengeld zu-

wendet. Auskunft dazu geben Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Befragt wurden 305 Jugendliche im Jahr 2006, die in diesem Jahr 17 Jahre alt geworden sind.³⁰ In der folgenden Tabelle werden die Häufigkeiten und Anteile bezogen auf die jeweiligen Summen ausgewiesen. Dabei zeigt sich, dass die größte Gruppe mit knapp 40 % zwischen 0 und 25 € Taschengeld erhält.

217) In den beiden darauffolgenden Tabellen wird auf die Möglichkeit des Sparens eingegangen. Der größere Teil der Jugendlichen gibt an, gelegentlich zu sparen; immerhin rd. ein Drittel spart nie. Betrachtet man sich in der folgenden Tabelle die Summen, die monatlich gespart werden, sieht man, dass diese relativ gering sind.

29 Giering 2007, S. 74.

30 Sozio-oekonomisches Panel 2006; eigene Berechnungen

Tabelle 10: Taschengeld im Monat

Item	Häufigkeit	%	% kumuliert
<i>Taschengeld im Monat (in EUR)</i>			
0	54	17,7	17,7
>0-25	121	39,7	57,4
>25-50	87	28,5	85,9
>50-75	18	5,9	91,8
>75-100	17	5,6	97,4
>100-125	1	0,3	97,7
>125-150	2	0,7	98,4
>150-175	3	1,0	99,3
>175-200	2	0,7	100,0
Gesamt	305	100,0	

SOEP; eigene Berechnungen

Tabelle 11: Geld sparen

<i>Geld sparen</i>			
Gelegentlich	138	45,1	45,1
Regelmäßig	65	21,2	66,3
Nein	103	33,7	100,0
Gesamt	306	100,0	

SOEP; eigene Berechnungen

Tabelle 12: Sparen im Monat

<i>Sparen im Monat (in EUR)</i>			
Nicht	103	33,8	33,8
Unregelmäßig	117	38,4	72,1
>0-50	67	22,0	94,1
>50-100	12	3,9	98,0
>100-150	2	0,7	98,7
>150-200	1	0,3	99,0
>200	3	1,0	100,0
Gesamt	305	100,0	

SOEP; eigene Berechnungen

218) Das Gegenteil von Sparen ist Schuldenmachen. Verschuldungsquoten geben die Belastung an verschuldeten Personen in Bezug auf die jeweilige gleichaltrige Gesamtbevölkerung an. Auch wenn die folgenden Daten nur für das Bundesgebiet insgesamt vorliegen, ist davon auszugehen, dass die Entwicklungen in Bayern ähnlich verlaufen:

Tabelle 13: Schuldnerquoten nach Altersgruppen 2004 bis 2007

Tab. 17: Schuldnerquoten nach Altersgruppen 2004 bis 2007							
Altersgruppen	unter 20	20 – 29	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	70 und älter
2004	0,41%	7,55%	13,21%	15,18%	9,36%	3,61%	0,59%
2005	0,62%	8,02%	13,32%	14,90%	9,14%	3,48%	0,56%
2006	0,92%	8,48%	13,23%	14,73%	9,02%	3,30%	0,52%
2007	1,03%	8,64%	13,07%	14,68%	8,93%	3,35%	0,53%
Abw. 2004 / 2007 (in Prozentpunkten)	+ 0,62	+ 1,09	- 0,14	- 0,50	- 0,43	- 0,26	- 0,06

SchuldnerAtlas Deutschland 2007, S. 26

219) Die Daten indizieren deutliche Anstiege zwischen 2004 und 2007 vor allem bei den 20- bis 29-Jährigen sowie – nicht ganz so drastisch – bei den unter 20-Jährigen. Zwar vollzieht sich die Zunahme bei den unter 20-Jährigen auf vergleichsweise niedrigem Niveau; dennoch weisen die Zahlen auf eine problematische Entwicklung hin.

220) Mit den damit indizierten materiellen Notlagen junger Menschen gehen vielfältige Problemkonstellationen einher. Im Folgenden wird darauf immer wieder zurückzukommen sein. Damit soll deutlich werden, dass es sich dabei nicht allein um eine materielle Notlage handelt, sondern dass damit vielfältige Formen von Benachteiligung, Einschränkung, Ausgrenzung, Gefährdungen und Risiken verbunden sind.

3.1.6 Einflussfaktoren

221) Bei der Beschreibung der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien spielen regionale, soziale, religiöse, kulturelle, geschlechtsspezifische, migrations- und milieubedingte sowie andere Faktoren eine erhebliche Rolle. In ungezählten Studien hat die soziologische Forschung dargelegt, dass es statistisch signifikante Zusammenhänge z. B. zwischen der sozialen Herkunft und dem Schulerfolg oder z. B. zwischen den Stadtteilen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, und ihren Teilhabechancen gibt. Im folgenden Bericht werden diese Aspekte themenbezogen immer wieder aufgegriffen. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich dabei *erstens* um statistische Zusammenhänge handelt. Beschrieben werden damit Wahrscheinlichkeitsräume – mehr nicht. Aussagen in Bezug z. B. auf einzelne Jugendliche oder kleine Gruppen von ihnen sind damit nicht möglich. Zum *Zweiten* existieren diese Faktoren nicht als solche. Es sind immer gesellschaftliche Akteure und Institutionen, die bestimmte Verhältnisse aufrechterhalten und reproduzieren. Die letzten 20 Jahre zeigen z. B., dass die entsprechenden Anstrengungen aller Beteiligten die schulischen Chancen von Mädchen erheblich verbessert haben, und zwar so gut, dass sie mittlerweile an vielen Stellen die Leistungen der gleichaltrigen Jungen deutlich übertreffen. Dass Mädchen und junge Frauen, wenn es aber zum Berufseinstieg kommt, im Ergebnis noch immer schlechtere Chancen haben als die vergleichbar qualifizierte Gruppe männlicher Jugendlicher, hat nichts mit naturgegebenen Chancen oder dem Geschlecht als solchem zu tun, sondern mit gesellschaftlich erzeugten Verhältnissen, die im Prinzip aber gestaltbar sind.

222) *Drittens* schließlich zeigen zahlreiche Studien, dass die Faktoren meist nicht unabhängig voneinander existieren. Gerade in Fällen von benachteiligten Jugendlichen zeigen sich die kumulierenden Effekte derartiger Faktoren. Jugendpolitik ist gut beraten, sich vorrangig auf solche kumulierenden Effekte zu konzentrieren. Denn durch sie werden eine ganze Reihe jener Problemlagen erzeugt, die später alle beteiligten Institutionen überfordern.

223) Die Enquete-Kommission hat sich bemüht, vor allem bei den amtlichen Daten nicht nur aus der Perspektive der Erwachsenen bzw. der Institutionen der Erwachsenen zu beschreiben, sondern auch den Blickwinkel der Kinder und Jugendlichen einzunehmen. Ein Beispiel mag dies erläutern: Es macht einen großen Unterschied aus, ob man die Inanspruchnahme bzw. Nicht-Inanspruchnahme von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe aus der Sicht der Institutionen oder der Kinder und Jugendlichen darstellt. Im ersten Fall erfährt man, wie viele Kinder und Jugendliche (günstigerweise unterschieden z. B. nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund) ein bestimmtes Angebot wahrgenommen haben. Da aber (nur) die Institutionen abgefragt werden, erfährt man nichts über jene Kinder und Jugendlichen, die die Angebote *nicht* nutzen. Wechselt man die Perspektive, kommen darüber hinaus auch jene Kinder und Jugendlichen in den Blick, die die Angebote – aus welchen Gründen auch immer – nicht nutzen, und zwar wiederum unterschieden nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund, was z. B. wichtige Rückschlüsse über die Erreichbarkeit von Angeboten erlaubt. Es könnte ein starker Impuls für die Jugendpolitik und die öffentliche Diskussion um Jugend sein, wenn zukünftig einschlägige Daten häufiger auch unter dem zweiten Blickwinkel verfügbar wären.

Literatur:

Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Augsburg: Strukturatlas der Augsburger Stadtteile (Statistik informiert 2007/1). Zugänglich über: http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/01au/statistik/Strukturatlas_Einwohner/pdf/Strukturatlas_Bev_lkerung_2007.pdf [01.03.2008]

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Haushalte und Familien in Bayern 2006. Teil IV der Ergebnisse der 1 %-Mikrozensusserhebung 2006. Statistische Berichte Kennziffer A VI 2-4j 2006. München, November 2007.

Birmann, Volker: Bevölkerungsentwicklung in Bayern bis 2050 – Ergebnisse der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Aus: Beiträge zur Statistik. Bayern in Zahlen 4/2007, S. 137. Verfügbar über: http://www.statistik.bayern.de/imperia/md/content/lfstad/bevoelkerungsprognose_aufsatz.pdf

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin, April 2005. Verfügbar über: http://www.bmas.de/coremedia/generator/10070/lebenslagen_in_deutschland_der_2_armuts_und_reichtumsbericht_der_bundesregierung.html

Giering, Dietrich: Arme Kinder. Ergebnisse einer Quer- und Längsschnittuntersuchung. In: Deutsches Kinderhilfswerk

(Hrsg.): Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe. Freiburg/Br., Felber 2007, S. 73-88.

Mühling, Tanja/Rost, Harald/Werdnig, Lisa: ifp Familienreport Bayern. Tabellenband 2005, S. 26. Verfügbar über: http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2006_3.pdf

Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden.

3.2 B. Werte, Orientierungen und Selbstwahrnehmung

3.2.1 Versuche einer Begriffsklärung und der Strukturierung in der Arbeit der Enquete-Kommission zum Thema Jugend und Werte

224) Der Begriff Werte entzieht sich einer einfachen Definition. Gleichwohl wird er vielfach verwendet und hat eine Funktion für die meisten Lebensbereiche. Im Blick auf junge Menschen ist häufig die Rede von fehlenden Werten, von Werteverfall oder -verlust. Mit dieser weit verbreiteten kulturpessimistischen Sichtweise bewegt man sich allerdings im Bereich der Vermutungen und eines gefühlten Zustands der Gesellschaft. Jugendstudien lassen dagegen einen solchen Befund nicht zu. In diesem Berichtsteil wird der Begriff der Wertorientierung bevorzugt, weil er, besser als der statische Begriff der Werte, den für das Jugendalter charakteristischen Aneignungs- und Entwicklungsprozess bzw. die für dieses Alter typische Offenheit beschreibt.

225) Werte sind historisch in Abhängigkeit von Religionen und Kulturen entstanden, wie diese unterliegen sie somit einerseits einem Wandel, im Sinne eines unwandelbaren Wahrheitsanspruches von Religionen ist ihnen gleichzeitig immanent, dass sie in ihrem Kern unveränderbar sein und erhalten werden sollen. Genau in diesem dialektischen Zwiespalt befinden sich alle Menschen, die mit der Frage nach ihren Werten konfrontiert werden. Das betrifft junge Menschen besonders, da sie einem erhöhten Rechtfertigungsdruck unterliegen, ob sie denn bereit und in der Lage seien, das Tradierte und von Älteren als richtig und – im Sinne einer allgemeinen Moral – wahr Definierte zu übernehmen und zu erhalten. Dabei können sich Werte sowohl auf Einzelne, auf Gruppen, Institutionen, Gesellschaften sowie Kulturen beziehen, gemeint ist aber meist die nicht näher definierte Gesellschaft, die jedoch in homogener Form nicht existiert. Der Enquete-Kommission geht es deshalb vor allem darum, die von Jugendlichen auf der Basis ihrer Wertorientierungen formulierten Lebensentwürfe, Einstellungen und Orientierungen herauszuarbeiten. Diese beziehen sich dann auf bestimmte Gegenstände bzw. Lebensbereiche, etwa Familie, Heimat, Politik etc. Nicht sinnvoll erscheint es – und so hält es überwiegend die Jugendforschung – tradierte Werte- oder Tugendlisten herzunehmen, um Jugendliche damit zu konfrontieren.

226) Ein Problem der Wertediskussion ist, dass ein umfassender gesellschaftlicher Konsens verschwunden scheint. Schon aus der oben dargestellten Genesis des Wertebegriffs und angesichts der heute in Bayern vorhandenen Vielfalt ergibt sich, dass ein einheitlicher Wertehorizont kaum mehr zu erwarten ist. Dies kann jedermann im alltäglichen Leben beobachten, es ist empirisch nachgewiesen und es hat sich auch in den Arbeiten der Enquete-Kommission gezeigt. Einerseits. Es bleibt nämlich gleichwohl die Frage, ob bei einer sehr grundsätzlichen, abstrakten Anwendung des Begriffes nicht doch in sehr weiten Teilen der Bevölkerung ein gesamtgesellschaftlicher Wertekonsens festgestellt werden kann, und zwar in zweierlei Hinsicht: im Bereich ethischer Grundnormen zum (menschlichen) Leben und im Bereich der Grundwerte der Bayerischen Verfassung respektive des Grundgesetzes.

227) Dafür ist etwa auf die Unantastbarkeit zumindest des post-natalen menschlichen Lebens hinzuweisen, aber auch – über das rein Physische hinausgehend – auf ein gewisses Maß an Nächstenliebe und sozialer Solidarität sowie auf Gleichheitsgrundsatz, Menschenrechte und Persönlichkeitsrechte, vgl. Art. 1 ff. des Grundgesetzes. Auch in den Befragungen in der Enquete-Kommission kamen einige Botschaften zu Tage, die durchaus für etliche Fragen oder Gebiete interessante Konsensgebilde formulierten. Hebt man nicht darauf ab, auch noch kleinste Gruppierungen eigens zu untersuchen und zu bewerten, so wird man bei aller gleichzeitigen Pluralität – völlig unabhängig vom Alter der betrachteten Personen – eine gewisse Grundlage eines gesamtgesellschaftlichen Wertekonsenses im „Kernbereich menschliches Leben“ ebenso wie seine Stabilität über die Generationen hinweg feststellen können. Dabei ist unverkennbar, dass die wissenschaftlichen Entwicklungen sogar diese Basis an bestimmten Stellen immer wieder zur Disposition stellen, was in wichtigen Detailfragen immer wieder zu neuen Herausforderungen führt und gesellschaftlich zu diskutierende Feinjustierungen erfordert.

228) Solche gesellschaftliche Differenzen öffnen sich etwa in Fragen der medialen Darstellung von Gewalt oder im medizinischen Bereich des pränatalen Lebensschutzes oder zunehmend unter dem Begriff der Sterbehilfe, ganz zu schweigen von Themen der Gentechnik, etwa in der embryonalen Stammzellenforschung. Alle diese ethisch hoch spannenden Themen sind in der Regel leider nicht Gegenstand der Jugendforschung. Junge Menschen beteiligen sich gleichwohl mit hohem Interesse an solchen ethischen Diskussionen, allen voran beim Thema Gewaltdarstellung in Medien, wenn sie in einer für sie angemessenen Form stattfinden.

229) Für Untersuchungen zu Werteorientierungen besonders notwendig ist es, Definitionen transparent zu machen. Im Jugendsurvey 3 des Deutschen Jugendinstituts etwa *„werden Werte als Konzeptionen des individuell Wünschenswerten verstanden, zum einen als eine wünschenswerte Eigenschaft einer Person, wie z.B. ehrgeizig sein, zum anderen als eine wünschenswerte Verhaltensweise, wie z.B. ein hohes Einkommen anstreben.“*³¹ Schließlich werden hier Orientierungen in Wertebereiche gebündelt, was die Übersicht ebenso wie die Pointierung der Aussagen erleichtert, s.u. Nr. 241.

Interessant ist dann die Frage, wie weit die Bedeutungsübereinstimmungen reichen zwischen den jugendlichen Ausdruckskonzeptionen und tradierten Begriffen. So stoßen wir beispielsweise auf hedonistische oder prosoziale, auf private oder individuelle Werte, womit man jeweils nach genauerem Hinsehen durchaus Vorstellungen über die Weltsicht junger Menschen erhalten kann.

230) In Anbetracht dieser hier nur angedeuteten komplexen Zusammenhänge hat die Enquete-Kommission beschlossen, als grundlegende Struktur bei ihren Untersuchungen zur Frage von Werten in der jungen Generation zu unterscheiden zwischen Werten, die junge Menschen für wichtig halten, ihre Selbstwahrnehmung zu diesen Werten, die strukturellen Bedingungen, unter welchen Werte sich realisieren lassen oder eben nicht, sowie das tatsächliche wertorientierte Handeln junger Menschen unter den gegebenen Bedingungen. Schließlich soll der Blick auch darauf gelenkt werden, wie Erwachsene Jugendliche und ihre Wertvorstellungen sowie deren Umgang damit sehen und beurteilen. Dabei hat die Kommission inhaltliche Schwerpunkte gesetzt bei grundlegenden Werten und Religion, bei Familie und damit verbundenen Lebensentwürfen sowie in der Frage der Identifikation mit Heimat und Region, dazu gehörender Kultur und Dialekt sowie Europa.

Welche Wertvorstellungen, Hoffnungen, Erwartungen, Ängste und Befürchtungen haben junge Menschen heute?

Wie haben sich diese Wertvorstellungen in den letzten 20 Jahren entwickelt?

Welche Probleme, Krisen und Konfliktfelder ergeben sich in der Selbstwahrnehmung junger Menschen in Bayern?

Wie beurteilen junge Menschen die Folgen der demografischen Entwicklung, welche Konsequenzen ziehen sie daraus und vor welche neuen Herausforderungen werden sie dadurch gestellt? Wie stellt sich ein möglicher Generationenkonflikt dar?

3.2.2 Rolle von Religion und Werten

231) Der Frage nach der Rolle der Religion kommt auf Grund der Begründungszusammenhänge von ethisch definierten Werten ein interessanter Stellenwert zu. Die Enquete-Kommission hat dem u.a. dadurch entsprochen, dass sie Vertreterinnen und Vertreter der religiösen Jugendorganisationen zu Wort hat kommen lassen, so dass das Thema hier zunächst im Kontext von Jugendarbeit gesehen wird. Dabei zeigt sich zunächst allgemein, dass die Bindungskraft der katholischen und evangelischen Jugendorganisationen nicht nachgelassen hat, sondern dass sie auf einem guten Niveau noch leichte Zuwächse verzeichnen. Während sich die Situation im islamischen Bereich auf Grund der Heterogenität der Strukturen komplex und unübersichtlich darstellt, kann für die Jugendarbeit der kleinen, aber stark wachsenden jüdischen Gemeinde festgestellt werden, dass sie für ihre jungen Mitglieder eine starke Bindungskraft aufweist.

232) Die jüdischen Gemeinden und ihre Jugendarbeit sind heute erkennbar geprägt von Zuwanderern, die wegen der

³¹ Jugendsurvey 3 des Deutschen Jugendinstituts, 2006, S. 137

Unterdrückung der jüdischen Religion und Kultur in ihren Herkunftsländern (ehemalige Sowjetunion) allerdings größtenteils mit wenig Wissen über ihre Religion ausgestattet sind. Religiöses Leben und religiöse Inhalte spielen in der jüdischen Jugendarbeit gerade auch deshalb eine wichtige Rolle, aber nicht die einzige, denn allgemeine Aufgaben der Jugendarbeit sind ebenso Bestandteil.

233) Aussagen über Jugendarbeit im Umfeld der islamischen Religion zu machen, ist auf gesicherter Datenbasis nicht möglich; im Spektrum der Jugendorganisationen gibt es keine dezidiert islamischen Gruppen; es handelt sich vielmehr um Jugendgruppen, die mit ethnischen Minderheiten und deren Organisationen zusammenhängen. Bei solchen Mitgliedsgruppen von Stadt- und Kreisjugendringen unterscheidet sich die Jugendarbeit nicht merklich von der anderer Gruppen, abgesehen davon, dass sie kulturelle Schwerpunkte bilden und mit der spezifischen Situation der Minderheit und damit verbundenen Herausforderungen zu tun haben. Ausgesprochen religiöse islamische Gruppierungen bilden bislang keine eigenständigen Jugendorganisationen, in der Form, dass sie Mitgliedsrechte im Jugendring erwerben könnten oder im deutschen System der Jugendarbeit tätig würden (s. a. Kap. 3.12 L).

234) Für die christlichen Jugendorganisationen – BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), nach der Sportjugend zweitgrößte Jugendorganisation in Bayern, und Evangelische Jugend, ebenfalls eine der fünf Großen – gilt, dass religiöse Themen und Fragestellungen im Rahmen eines breit angelegten Verständnisses von Jugendarbeit eine bedeutende Rolle spielen. Religiöse Ansätze in der Jugendarbeit stoßen junge Menschen keineswegs ab, scheinen eher auf nicht wenige eine anziehende Wirkung auszuüben. Dabei kommt es offensichtlich sehr darauf an, dass sie ihre eigenen, jugendgemäßen Formen des Glaubens entwickeln können. Die neuerdings zu findenden „Jugendkirchen“ oder die „Weidenkirche“ der Evangelischen Jugend in Pappenheim (Mfr.) sind greifbare Zeichen dafür. „Es gibt deutlicher die Frage nach jugendgemäßen Spiritualitätsangeboten, Gottesdienstformen, auf der anderen Seite aber auch einen Zugang aus diesen ethischen Fragestellungen heraus in die Globalisierungsdiskussion.“³²

235) Interesse an Glaube, Ethik und Werten ist nicht gleichbedeutend mit Kirchenbindung und Lehrbuchreligion. Wenn Kirche auf wichtige Jugendfragen keine nachvollziehbaren Antworten geben kann, dann muss, wie in der Enquete-Kommission für den katholischen Bereich dargestellt, „diese religiöse Sozialisation auch ein Stück weit selber gebastelt werden“.³³ Für die evangelische Jugendarbeit konnte in einer Untersuchung entlang der verschiedenen „Sinus-Milieus“ die recht individuelle Ausdifferenzierung des jugendlichen Gottesbildes aufgezeigt werden – von der „Bürgerlichen Mitte“ bis zu den „Hedonisten“ und „modernen Performern“. Unbestritten ist jedenfalls das starke Interesse an diesen grundlegenden Fragen, soweit ein offener Zugang dazu und eine kreative, selbst bestimmte Auseinandersetzung damit möglich sind. Den kirchlichen Jugendorganisationen scheint

es zu gelingen, dem in jugendgemäßer Form Raum zu geben und junge Menschen dabei angemessen unaufdringlich zu begleiten und zu unterstützen.

236) Interessant in diesem Zusammenhang ist die Interpretation des Ergebnisses der Generationenstudie 2005 der Hanns-Seidel-Stiftung, bei der in 2.508 Interviews ein repräsentativer Querschnitt der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren befragt wurde. Hier kommt „Religiosität“ im Katalog der Wertehierarchien lediglich auf den letzten Platz, mit 3,9 bei den 16- bis 34-Jährigen der überhaupt schlechteste Wert.³⁴ Dass – in Verbindung mit den soeben festgestellten Bedürfnissen Jugendlicher im Zugang zu Religion – dieser Wert im Blick auf die konkrete Fragestellung gar nicht anders ausfallen kann, liegt auf der Hand: Religiosität im Sinne einer so umfassenden und eindeutig formulierten Vereinnahmung kann Jugendliche in ihrer Mehrheit nicht ansprechen – „Im Glauben an Gott in einem religiösen Leben Erfüllung und Sinn zu finden.“³⁵

237) Untermauert wurden die am 23.02.2006 in der Enquete-Kommission referierten Darstellungen gut ein halbes Jahr später durch die 15. Shell Jugendstudie von 2006, die wieder ein aktuelles Porträt der jungen Generation in Deutschland mit diesmal rd. 2.530 befragten jungen Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren zeichnete. Themen waren eben unter anderem die Einstellung der Jugendlichen zu Werten und erstmals auch zu Glauben und Religiosität. Zusammenfassend kommt sie zu dem Ergebnis, dass „über die letzten Shell Jugendstudien hinweg (kann) die jugendliche Konfessionsbindung insgesamt als stabil eingestuft werden“ kann.³⁶

238) Die dafür zentrale Frage nach einem Gottesglauben beantwortet nicht einmal ein Drittel mit Nein, etwa die Hälfte mit Ja, während die Zuordnung „Ich weiß nicht richtig, was ich glauben soll“ weder so noch anders interpretierbar ist – immerhin hat diese Aussage gerade unter den der evangelischen Konfession Zugehörigen einen überdurchschnittlichen Zuspruch (28 %).

Abbildung 6: Einstellungen zur Religiosität bei Jugendlichen



Shell Jugendstudie 2006 – TNS Infratest Sozialforschung

15. Shell Jugendstudie 2006, S. 208

32 Vortrag C. Bär, Evangelische Jugend in Bayern, 6. Sitzung, 23.02.2006, Begriffe und Daten aus: Die Sinus-Milieus® in Deutschland 2004

33 Vortrag J. Mathes-Bienert, BDKJ Bayern, 6. Sitzung, 23.02.2006

34 Generationenstudie 2005, S. 23

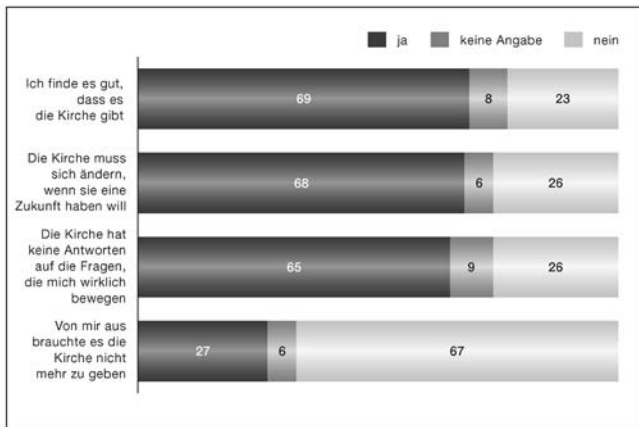
35 ebd., S. 56

36 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 204

239) Klar erscheint der Befund zum Thema Kirche, wobei die Fragestellung wenig differenziert ist, da es bekanntlich mehrere davon gibt: es ist in Ordnung und wohl irgendwie gut, dass es sie gibt, aber für mich eher nicht, sie hat mir nicht wirklich etwas zu sagen. Religiosität findet – zumindest gefühlt – ohne Erfordernis der Institution für die eigene Person statt.

Abbildung 7: Einstellungen zur Kirche bei Jugendlichen

Abb. 6.6 Einstellungen zur Kirche bei Jugendlichen
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (in %)



Shell Jugendstudie 2006 – TNS Infratest Sozialforschung

15. Shell Jugendstudie 2006, S. 216

240) Verschiedene Untersuchungsbefunde – etwa die Auffassung, Kirche könne ihnen nicht wirklich Antworten geben, die niedrige Zustimmung zu traditionell formulierten religiösen Aussagen, der hohe Anteil sehr offener oder ungewisser Aussagen zum Gottesbild – ergänzen sich so, dass die Erkenntnis aus der Praxis kirchlicher Jugendarbeit bestätigt wird: (junge) Menschen heute, die durch ihre Sozialisation zumindest ansatzweise in einem gesellschaftlichen Umfeld der Tradition der Aufklärung verankert sind, zimmern sich ihre religiösen Vorstellungen aus vielen vorhandenen Bestandteilen zu einem eigenen Bild.

3.2.3 Werte und Lebensentwürfe junger Menschen

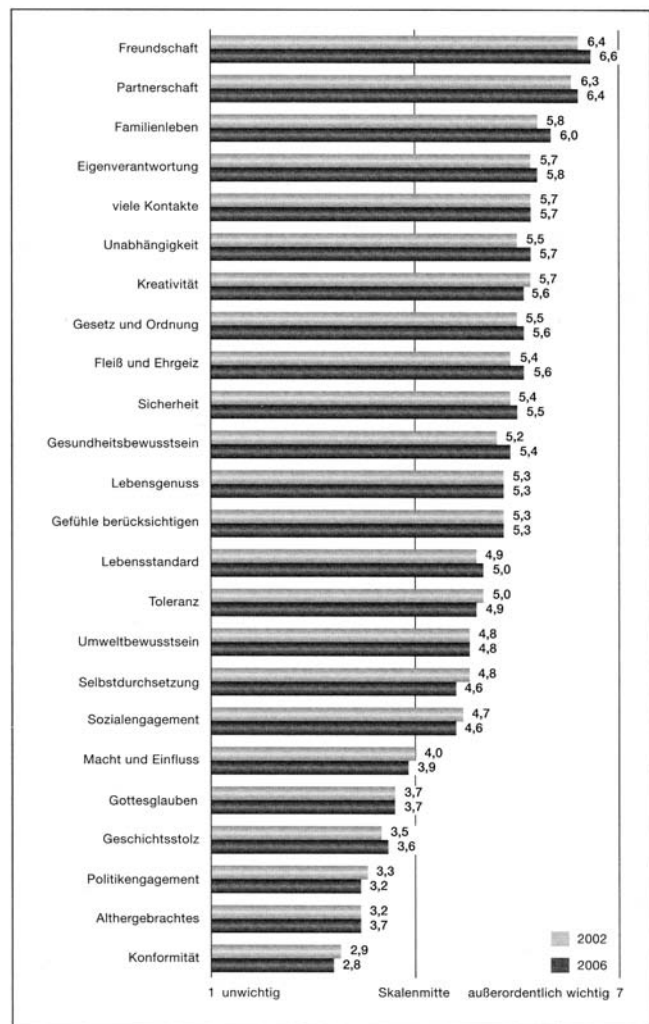
241) Was für Gottesbild, Glaube und Religion gilt, zeichnet die Vorstellungen über Ethik, Werte und Moral, über Lebensentwürfe und Einstellungen umso mehr aus: heterogene Vielfalt, Patchwork, Wechsel in verschiedenen Lebenssituationen und sogar – scheinbare oder anscheinende – Widersprüchlichkeiten im Sinne der Gleichzeitigkeit von Ungleichem.

242) Auch hierzu stellen die während der Arbeit der Enquete-Kommission aktuell erschienene 15. Shell Jugendstudie und der Jugendsurvey 3 des DJI wichtige Datengrundlagen dar, zumal sie auch Entwicklungen spiegeln. Insgesamt zeigen sich in der Werteorientierung junger Menschen Stabilität, aber auch einige Veränderungstrends, nämlich durchgängig Anstiege in der Bedeutung der Wertegruppen „private soziale Kontakte“, „persönliche Unabhängigkeit“ und für so genannte Sekundärtugenden, namentlich Fleiß und Ehrgeiz. Gerade im letztgenannten Bereich sind langfristige Verstärkungen erkennbar, die sich durch viele Untersuchungen zie-

hen. Die vor zwei, drei Jahrzehnten schon beinahe Generationen bezeichnende Null-Bock-Haltung ist praktisch verschwunden und gleichzeitig gegenläufig ersetzt worden durch eine – über längere Zeiträume gesehen – Zunahme von Leistungsmotivation und anderen eher traditionellen Werten oder Tugenden. Konstant über lange Zeiträume ist die hohe Zustimmung zu den privat-sozialen Orientierungen und zu den Ansprüchen auf persönliche Autonomie.

Abbildung 8: Wertorientierungen – Wichtigkeit für die Lebensgestaltung

Abb. 5.5 Wertorientierungen – Wichtigkeit für die Lebensgestaltung
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Mittelwerte 1 bis 7)



Shell Jugendstudie 2006 – TNS Infratest Sozialforschung

15. Shell Jugendstudie 2006, S. 177

243) In eine ganz ähnliche Richtung gehen die Autoren des DJI Jugendsurvey 3. „Die konventionellen Werte gewinnen nach einem leichten Rückgang 1997 wieder an Bedeutung und übersteigen nun das Niveau von 1992 um zehn Prozentpunkte. Die prosozialen³⁷ Werte erfahren vor allem innerhalb der letzten sechs Jahre einen starken Bedeutungsgewinn.“

37 Fragestellungen dazu: „anderen Menschen helfen, Rücksicht auf andere nehmen, Verantwortung für andere übernehmen“

Selbstentfaltung wird noch wichtiger... der einzige Wertebereich, der einen schwachen Bedeutungsverlust erfährt, ist der Hedonismus... Insgesamt überwiegen Wertzuwächse gegenüber Werteverlusten.“³⁸ Im Jugendsurvey werden zudem Hinweise gegeben auf die empirische Wertewandelforschung insgesamt, die „seit Beginn der 70er Jahre in allen hoch entwickelten Industrieländern einen Trend beschreibt, der sich kurzerhand beschreiben lässt als eine Bedeutungszunahme von Werten der Selbstentfaltung, Autonomie und Gleichberechtigung und einer Bedeutungsabnahme von Zwang, materiellem Gewinn und Autorität.“³⁹ Im Jugendsurvey 3 von 2006 kann mit den DJI – Untersuchungen verdeutlicht werden, dass Selbstverwirklichung, soziale wie Pflichtwerte und ein Schuss Hedonismus⁴⁰ oben an stehen, wobei Leistungs- und Pflichtwerte in der älteren Befragungsgruppe (16 bis 29 Jahre) deutlich zunehmen. Wenig gefragt sind dagegen Konformismus und Egoismus.

244) Die Autoren der Shell Jugendstudie bezeichnen die derzeitige junge Generation als die „Pragmatische Generation“, von „griechisch pragma, was soviel wie Handlung bedeutet. ... Das war die Charakteristik, die wir der Jugend der 2000er Jahre zuschrieben und die aktuelle Studie hat diesen Befund erneut bestätigt.“⁴¹ Dabei wird diese Generation deutlich abgegrenzt gegenüber den früheren, „besonders deutlich von der 68er-Generation“, aber sie ist „auch keine Laissez-Faire- bzw. Genießergeneration wie die Hedonistische Jugendgeneration der 1980er- und frühen 1990er-Jahre. Besonders auffällig ist, wie fern die heutige Jugend der großen Politik steht und wie sehr sie mit ökonomischen Fragen konfrontiert ist.“⁴²

245) Ziemlich deutlich fallen in den Zustimmungen zum allgemeinen Wertekanon im übrigen die Geschlechterdifferenzen auf. „Die Mädchen und jungen Frauen sind deutlich prosozialer...“⁴³ „Mädchen und junge Frauen geben allen drei Items der prosozialen Wertedimension mehr Gewicht; dies gilt für das gesamte Altersspektrum.“⁴⁴ Ihnen sind „Pflichtbewusstsein und eine Sicherheitsorientierung wichtiger Die dargestellten geschlechtsspezifischen Werteprofile passen in das Bild kultureller Geschlechtercodes, wonach Frauen einen stärkeren Personenbezug haben und vorwiegend ihnen die Sorgearbeit im sozialen Nahbereich obliegt.“⁴⁵ Auch die Autoren der Shell Jugendstudie attestieren dem weiblichen Geschlecht eindeutig „mehr Wertebewusstsein“.

38 DJI-Jugendsurvey 3, S. 163 f.

39 ebd., S. 135

40 Fragestellungen dazu: „viel Spaß haben bzw. das Leben genießen, ein aufregendes, spannendes Leben führen, tun und lassen, was man will“

41 T.Gensicke, Die Jugend: Zeitgeist und Wertorientierungen, Vortrag

42 ebd.

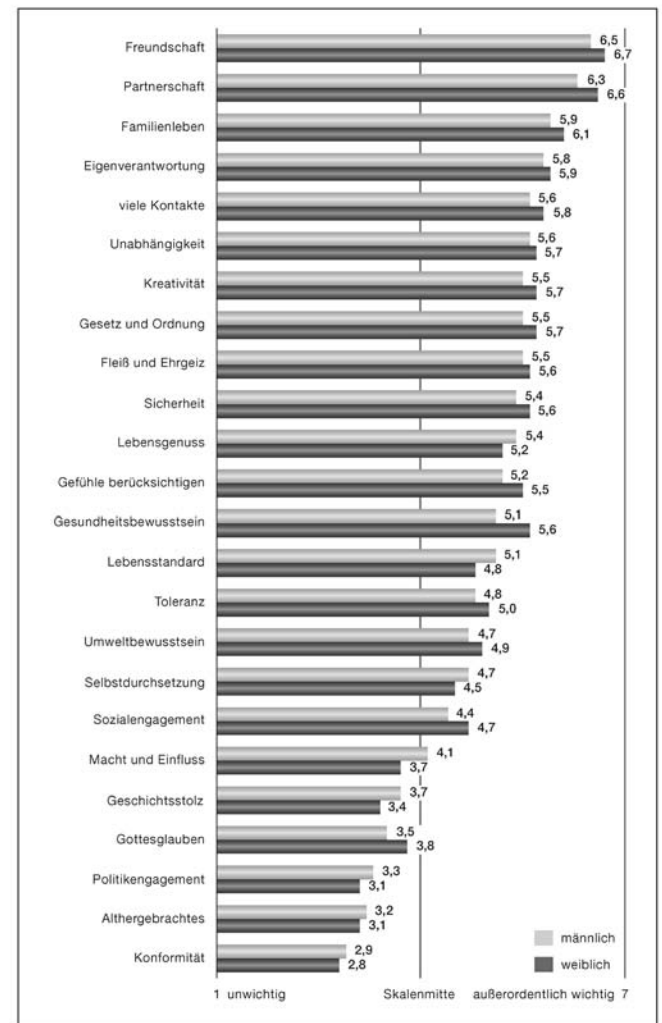
43 DJI-Jugendsurvey 3, S. 147

44 ebd., S. 150

45 ebd.

Abbildung 9: Wertorientierungen nach Geschlecht

Abb. 5.7 Wertorientierungen nach Geschlecht
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Mittelwerte 1 bis 7)



Shell Jugendstudie 2006 – TNS Infratest Sozialforschung

15. Shell Jugendstudie 2006, S. 182

3.2.4 Die demografische Entwicklung und die Generationenfrage

246) Gezielt die generationenspezifischen Ausprägungen untersucht wurden in der Generationenstudie 2005, in der summarisch festgestellt wird, „dass die Jüngeren im Vergleich mit der Gesamtheit aller Befragten eher zu unter-, die Älteren jedoch zu überdurchschnittlichen Wichtigkeitseinstufungen für die einzelnen Werte tendieren.“⁴⁶ Gleiche Einschätzung besteht bei den Werten Selbstverwirklichung, Daseinsgenuss, Kooperation und Leistung. Bei den Jüngeren werden stärker bewertet Erwerb / Ökonomik, Macht, Aktivität und Abenteuer. Die Autoren sehen daraus in ihrem Fazit keine Diskrepanzen, „die als Ursache für verschärfte Konflikte zwischen den Generationen angesehen werden könnten.“⁴⁷

46 Generationenstudie 2005, S. 21 ff.

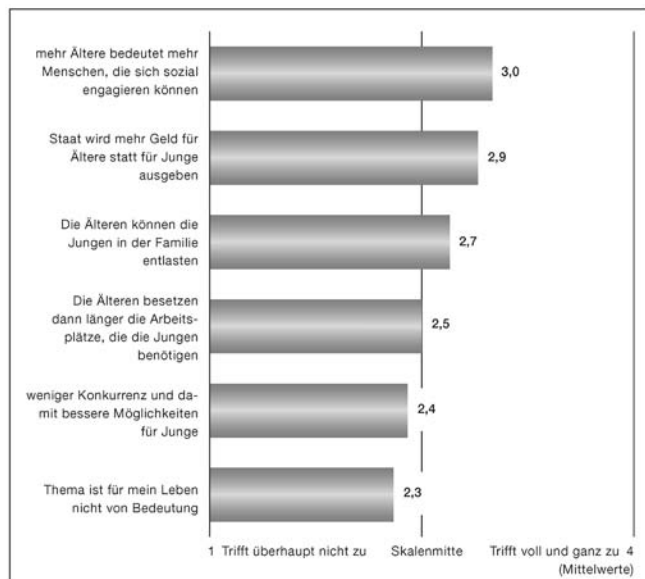
47 ebd., S. 50

Die Unterschiede in den Gewichtungen werden vielmehr als generationen- und entwicklungspezifisch normal beurteilt.

247) Das sehen die Autoren der Shell Jugendstudie von 2006 („Von einem Krieg der Generationen kann ... keine Rede sein.“⁴⁸) ähnlich. Sie haben eingehend das Verhältnis zwischen den Generationen untersucht. Dabei liegen gleich hoch die Ansichten, das Verhältnis sei „eher harmonisch“ bzw. „eher angespannt“. Für die Zukunft rechnen viele junge Leute allerdings eher mit einer Verschlechterung (27 %), nicht einmal halb so viele mit einer Verbesserung (12 %), 58 % meinen, es werde gleich bleiben. Allerdings weist diese Studie auch nach, dass sehr wohl Schwierigkeiten in Anbetracht der demografischen Entwicklungen (Daten dazu s. Kapitel 3.1 A) von den Jungen gesehen werden, genauer gesagt von 90 %! 20 % halten die Tatsache, dass es „in Deutschland auf absehbare Zeit immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen geben wird“ für „ein kleines Problem“, 44 % für „ein großes Problem“ und 26 % sogar für „ein sehr großes Problem“. Zwar werden die Folgen nicht nur negativ eingeschätzt (s. Abbildung 10), aber die Konsequenzen für die eigene Rente sind den meisten doch sehr klar.

Abbildung 10: Einstellungen zu den allgemeinen Konsequenzen des demografischen Wandels

Abb. 4.7 Einstellungen zu den allgemeinen Konsequenzen des demografischen Wandels
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren

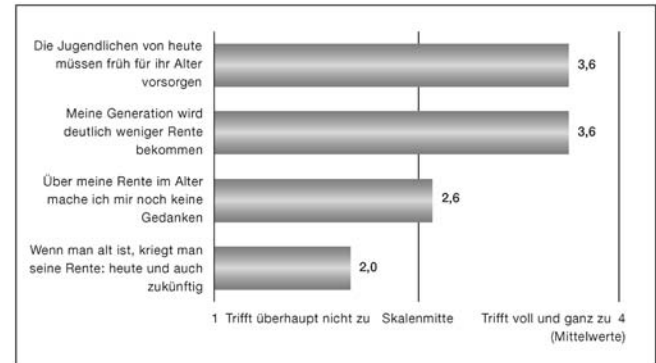


15. Shell Jugendstudie 2006, S. 155

48 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 151 ff., ebenso die folgenden Zitate in dieser Nr.

Abbildung 11: Einstellungen zur Altersvorsorge und -sicherung

Abb. 4.8 Einstellungen zur Altersvorsorge und -sicherung
Jugendliche im Alter von 13 bis 25 Jahren



15. Shell Jugendstudie 2006, S. 156

248) Ein Wort noch zum wichtigen Thema Bildungschancen. Es kann nicht überraschen, dass es auch Zusammenhänge gibt zwischen Werteorientierungen und Bildungsniveau bzw. angestrebtem Bildungsabschluss. Nicht im Sinne eines mehr oder weniger, sondern es variieren die Werteorientierungen. „Hohe Bildungsaspirationen führen dazu, dass Wünsche nach einem aufregenden Leben und einem von äußeren Regeln unabhängigen „Tun und Lassen“ eher zurückgenommen werden; oder auch umgekehrt: Disziplin ermöglicht die Realisierung höherer Bildungsaspirationen. Höhere Bildung erlaubt außerdem eher die Entwicklung kritischer Haltungen.... Der Wunsch nach einem hohen Einkommen oder einem sicheren Arbeitsplatz wird von ihnen weniger geäußert als von Befragten mit niedrigerem Schulbildungsniveau.“⁴⁹

3.2.5 Einschätzungen zu Demokratie und Politik

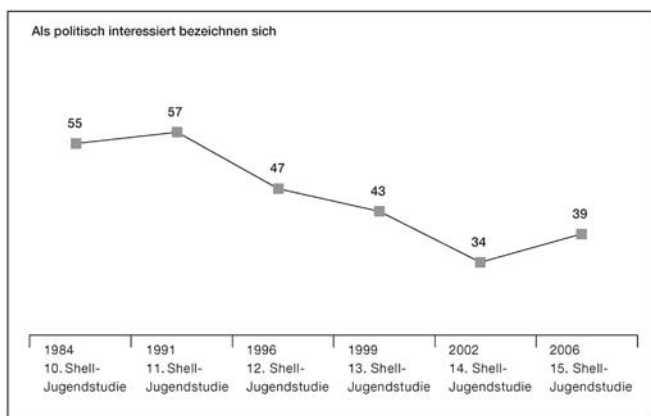
249) Ein abschließender Exkurs auf die Einstellungen gegenüber Demokratie und Politik soll dieses kleine Bild zu Werten in der jungen Generation abrunden. Nach der Shell Jugendstudie könnte der Tiefpunkt des politischen Interesses von 2002 durchschritten sein. Aber nach wie vor ist „politisch-öffentliches Interesse nur mäßig vorhanden, markant ausgeprägt eigentlich nur in den höheren Sozial- und Bildungsmilieus.“⁵⁰

49 DJI-Jugendsurvey, S.151 f.

50 T.Gensicke, Die Jugend: Zeitgeist und Werteorientierungen, Vortrag

Abbildung 12: Zeitreihe: Politisches Interesse

Abb. 3.1 Zeitreihe: Politisches Interesse
Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren (in %)



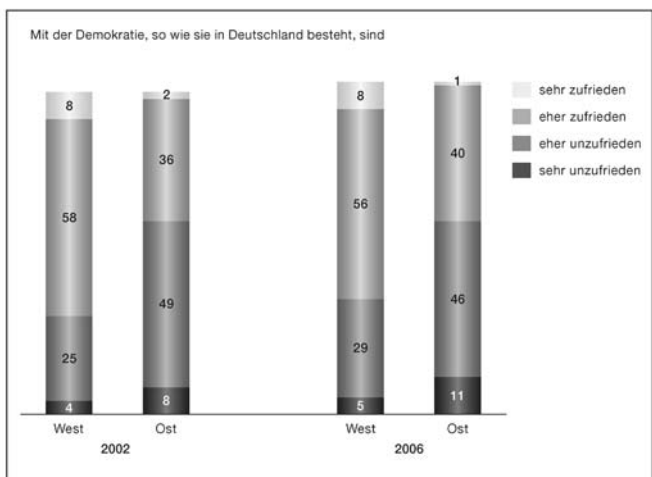
Shell Jugendstudie 2006 – TNS Infratest Sozialforschung

15. Shell Jugendstudie 2006, S. 105

250) Dagegen haben sich die kritisch-negativen Einstellungen gegenüber der Demokratie in Deutschland im Westen nochmals verstärkt und im Osten stagnierten sie auf sehr hohem Niveau. „Die Jugendlichen vertrauen der großen Politik nicht und sie erwarten wenig von ihr.“⁵¹

Abbildung 13: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Abb. 3.5 Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland
Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren (in %)



15. Shell Jugendstudie 2006, S. 111

251) Wenngleich die Bewertungen in den höheren Altersklassen kaum besser aussehen dürften – für die Zukunftsgestaltung des Gemeinwesens liegt im Blick auf junge Menschen eine besondere Herausforderung für die (Jugend- und Bildungs-) Politik. Das ist grundsätzlich angekommen und Konsens. Auch „die Bundesregierung sieht die kritische Ein-

51 T.Gensicke, Die Jugend: Zeitgeist und Wertorientierungen, Vortrag

stellung Jugendlicher gegenüber der demokratischen Praxis in Deutschland mit großer Besorgnis,⁵² zumal auch „die Ergebnisse anderer Jugendstudien wie die des Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts und der ipos-Studie ... diese kritische Haltung“ bestätigen.

3.2.6 Heimat, Deutschland und Europa

Welche Identitätsebenen sind für die Jugendlichen relevant: regional, national, europäisch, global? Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für ihr Handeln?

Welche Bedeutung haben Heimat, Dialekt und Volkskultur für junge Menschen in Bayern, wie hoch ist der Anteil an jungen Menschen, die Dialekt sprechen, und wie hat er sich in den letzten Jahren verändert? Gibt es regionale Unterschiede (Stadt-Land-Gefälle)?

252) Die Enquete-Kommission hat sich auch mit der Fragestellung befasst, welche Bedeutung Heimat, Dialekt und Volkskultur für junge Menschen in Bayern haben. Dazu wurde auch versucht, Daten zu erhalten über den Anteil Dialekt sprechender junger Menschen und dazu gehörende Entwicklungen der letzten Jahre sowie über regionale Unterschiede, insbesondere unterschiedliche Verteilung nach Stadt und Land. Als zentrales Merkmal für diese Themen ist festzuhalten, dass die in Bayern lebenden Menschen eine sehr unterschiedliche Herkunftskultur mit sich tragen, trotzdem durchaus auch bayerische Mundart, aber ebenso verschiedene nicht-bayerische Dialekte bzw. nicht Deutsch als Muttersprache sprechen. Aufgabe dieses Teils des Berichts soll es aber sein, die auf die bayerischen Regionen – schon diese sind als sehr unterschiedlich anzusehen, nicht nur in ihren Hauptgruppen altbayerisch, fränkisch und schwäbisch – bezogenen Erscheinungen zu betrachten. Darüber hinaus muss die Klärung des Heimatbegriffs in einer Gesellschaft mit mittlerweile einem beachtlich hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund als eine sehr umfassende Aufgabe kulturwissenschaftlicher, philosophischer und soziologischer Natur gesehen werden, an der sich bislang noch niemand versucht hat.

253) Die Datengrundlage zu diesen Themen ist dürftig, es gibt auch nach Erkenntnissen der bayerischen Ministerien kaum gesichertes statistisches Material, wie sich etwa die Situation des Dialekts in Bayern und die Beziehung seiner jungen Bürgerinnen und Bürger zur Heimat darstellen. Vermutet wird, dass der Dialekt in Bayern noch große Bedeutung habe – eine größere als in den meisten anderen Bundesländern –, mit sehr starken regionalen Unterschieden und großem Stadt-Landgefälle.⁵³ Durch eine Untersuchung⁵⁴ belegt erscheint die Feststellung, dass im Raum München bei den unter 20-Jährigen praktisch gar kein Dialekt mehr gesprochen wird. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus weist darauf hin, dass es im schulischen Alltag in Bayern vielfältige Bestrebungen gebe, Mundart zu

52 Antwort der Bundesregierung vom 09.03.2005 auf die große Anfrage der Fraktion der CDU / CSU

53 Bericht des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, 3. Sitzung, 08.11.2005

54 Prof. Stöhr, München

pflügen und als Bereicherung darzustellen. Gleichzeitig gibt es immer wieder Hinweise darauf, dass Dialekt sprechende Schülerinnen und Schüler im Unterricht in Situationen kommen, in denen sie einer Benachteiligung ausgesetzt sind. Dem steht wiederum gegenüber die Position, dass die Beherrschung sowohl der Standard- bzw. Hochsprache wie des Dialekts eine Art Zweisprachigkeit darstelle, die anerkanntermaßen weitere sprachliche Aneignungsprozesse erleichtere. Offen bleibt darüber hinaus, ob eine Förderung des Dialektsprechens auch einen Beitrag zu Sicherheit, Geborgenheit und integrierendem Heimatbezug leisten könne. Denn fest steht jedenfalls, dass mit dem Erwerb von Sprache auch die Aneignung von Kultur und Werten verbunden ist. Dies könnte dann auch für den mundartlichen Spracherwerb gelten.⁵⁵

254) Insgesamt tobt ein heftiger Streit der Dialektforscher darüber, ob die Dialekte in Bayern nun am Aussterben seien oder nicht oder ob gar eine Renaissance stattfinde (Stör, München / Wolf, Würzburg / Rowley, München). Maßgebend für die Einschätzung könnte sein, was man unter Dialekt versteht, im strengen Sinne eine Sprachausbildung mit eigenem Wortschatz und Spezifika in Grammatik, Lautmalerei und Aussprache, wobei Regeln für bestimmte Gebiete beobachtet und beschrieben sind und entsprechend erwartet wird, dass sie angewandt werden. Dann dürfte es tatsächlich düster aussehen, wie Bernhard Stör gut belegt. Denkt man eher an eine mundartliche Einfärbung, wie sie etwa im süddeutschen Raum über weite Strecken mit gewissen Ähnlichkeiten verbreitet ist, dann sieht es sicher anders aus.

255) Während es in den 80er Jahren konkreten Anlass zur Hoffnung auf eine Wiederbelebung von Dialekt in der jungen Generation gab, getragen von den Protagonisten einer damaligen regionalen Jugendkultur, Biermösl-Blosn, Bayerischer Diatonischer Jodelwahnsinn, Wolfgang Ambros, Hubert von Goisern, Haindling u.v.a., sind solche Einschätzungen heute nicht mehr realistisch. „*Wie sich 2000 / 2001 bei Stichproben mit 16 / 17jährigen Schüler/innen an Münchner Schulen herausstellte, verwenden die wenigen, noch dialektkompetenten Jugendlichen die Mundart nur noch in Ausnahmefällen.*“⁵⁶ Mit Hinweis auf den Sprachatlas von Oberbayern (1990) und die Folgeprojekte Sprachregion München (2000) und Nürnberg (2004) wird festgestellt, dass „*die Abbauprozesse im Raum Nürnberg zwar nicht so gravierend wie in München*“ sind, aber „*auch in größeren Städten in Altbayern ist ein Dialektabbau zu erwarten, da sich von München aus Neuerungsformen in Südbayern verbreiten.*“⁵⁷

256) Mindestens genauso komplex und wenig erforscht ist die Fragestellung nach der aktuellen Bedeutung von Heimat bei jungen Menschen. Übereinstimmung herrscht in der Enquete-Kommission darüber, dass Beheimatung einem elementaren menschlichen Bedürfnis nach sozialer Einbindung und nach einer gewissen Sicherheit entspreche, Gruppenidentität ermöglichen und Solidarität fördern könne. Dies spielt in Zeiten der Globalisierung eine vermutlich noch stär-

kere Rolle. Dabei ist die Bezugsgröße Region von ausschlaggebender Bedeutung. Eine Generationenstudie der Hanns-Seidel-Stiftung,⁵⁸ die sich speziell mit dem Thema Heimatgefühl befasst hat, kommt zu dem Ergebnis, dass es eine hohe Identifikation mit der jeweiligen Lebensregion in Bayern gebe – unabhängig vom Lebensalter. Unterschiede in den Generationen gibt es in den Konnotationen, bei jungen Menschen stünden vorneweg Esskultur, Vereinswesen, Feste und Wirtschaftskraft, während die Älteren eher an Landschaft und Natur, Ruhe und Gemütlichkeit interessiert sind. Dabei gilt auch hier – ähnlich wie beim Thema Dialekt – eine Ausnahme für den Großraum München, wo Brauchtum und Tradition deutlich weniger Bedeutung haben.

257) Schließlich stellt sich die Frage nach der jugendpolitischen Relevanz eines – in welcher Stärke auch immer vorhandenen – Heimatgefühls. Wenn Konsens darüber besteht, dass es zur Einbindung, zum Abbau von Unsicherheiten, zu Geborgenheit und Stabilisierung beitrage, ja sogar für junge Menschen mit Migrationshintergrund ein Zugang zu regionaler Identität im Umfeld für ihre Integration in die Lebensgemeinschaft unterstützend wirke, dann führt die Bedeutung von Beheimatung durchaus eben zu einem zentralen jugendpolitischen Zielbegriff, nämlich einer gelingenden Integration in gesellschaftliche und soziale Strukturen, und müsste damit als ein Beitrag zu einer erfolgreichen Jugendpolitik verstanden werden.

258) Bezogen auf die Frage nach Werten in der jungen Generation fällt auf, dass eine hohe Bewertung von Heimat und damit verbundener regionaler Kultur einher geht mit einer noch stärkeren Bedeutung internationaler Rock-, Pop-, Disco- oder Hip-Hop-Kultur. Dies ist als sehr eindrücklicher Hinweis darauf zu verstehen, dass für junge Menschen vielfach scheinbar widersprüchliche oder sich ausschließende Einstellungen im Sinne eines Werte-Mix durchaus in ein und derselben Person integrierbar sind. Das zeigt auch alljährlich im Zeitraum des Oktoberfestes der sehr hohe Anteil – im weitesten Sinne – Trachten tragender junger Leute im Stadtbild der angeblich traditionskulturfreien Landeshauptstadt München. Hier drückt sich aus, dass es oftmals nicht um Distanz junger Menschen zu gewissen Werten oder Traditionen geht, sondern darum, sich das Vorgegebene in einer dermaßen transformierten eigenen Weise anzueignen, dass für die Wächter der Tradition oftmals der Zusammenhang gar nicht mehr erkennbar ist.

259) Damit sind wir beim Zugang junger Menschen zum Thema Volkskultur. Hier handelt es sich um einen schwierigen Begriff, da er überlagert ist von Verständnissen von volkstümelnder Kultur und von landwirtschaftlichen und vergangenheitsbezogenen Engführungen. Regionale bayerische Volkskultur führt insgesamt eher ein Nischendasein, wird gepflegt von speziell darauf ausgerichteten Organisationen. Die Tatsache, dass die Bayerische Trachtenjugend zu den fünf großen Jugendverbänden in Bayern gehört, ist zumindest ein Hinweis darauf, dass diese Art von Kultur durchaus Zuspruch in der jungen Generation findet. „*In Volkstanz- und Schuhplattlergruppen, Theater- und Musikgruppen verbringen hier 105.000 junge Menschen ab dem 8. Lebensjahr*

55 Beiträge zitiert nach Diskussion in der 3. Sitzung, 08.11.2005

56 B. Stör, Performanz und Dialektkompetenz bayerischer Schüler und Jugendlicher in städtischen Sprachräumen, Projektantrag 2006

57 ebd.

58 Generationenstudie 2003, Hanns-Seidel-Stiftung im Auftrag der I. und W. Tausend-Stiftung, München

Woche für Woche mindestens für ein paar Stunden ihre Freizeit.“⁵⁹ Die Bayerische Trachtenjugend verfolgt dabei als Ziele „die Pflege bayerischen Brauchtums und der bayerischen Kultur in seiner Vielfalt von den Alpengipfeln im Süden bis zu den fränkischen Weinbergen, von der Allgäuschwäbischen Iller bis zum Bayerischen Wald.“ Der Trachtenjugend ist wichtig, dass dies nicht als rückwärts gewandt verstanden werden darf. So wird betont, dass man sich „... den Prinzipien der Demokratie, Humanität, Gemeinnützigkeit, Toleranz, Solidarität, Pluralität und Ganzheitlichkeit verpflichtet“⁶⁰ sehe.

260) Dass es daneben eine ganze Reihe von „volkskulturell“ ausgerichteten Vereinigungen gibt, die junge Menschen mit Migrationshintergrund organisieren und für traditionelle Kultur interessieren und begeistern können, sei hier nur angemerkt: Es handelt sich dabei um die Organisationen aus dem Spektrum der deutschen Vertriebenenverbände und von neueren Zuwanderergruppen, etwa mit kurdischem, alevitischem oder russischem Hintergrund. Die djo – Deutsche Jugend in Europa -, Landesverband Bayern, setzt dabei auf „Kultur als Brücke zwischen jungen Menschen aus Ost- und Westeuropa.“⁶¹ Die „Verknüpfung des Vergangenen mit dem Gegenwärtigen zur Weitergabe in die Zukunft“ ist dabei eine Zielsetzung, mit der auch „deutsches Kulturgut aus Mittel-, Ost- und Südeuropa für junge Menschen erlebbar“ und weiter entwickelt werden soll.⁶² Vergleichbares gilt für die nicht deutschstämmigen Mitgliedsverbände der Dachorganisation djo in Bezug auf deren nach Bayern mitgebrachte Volkskultur.

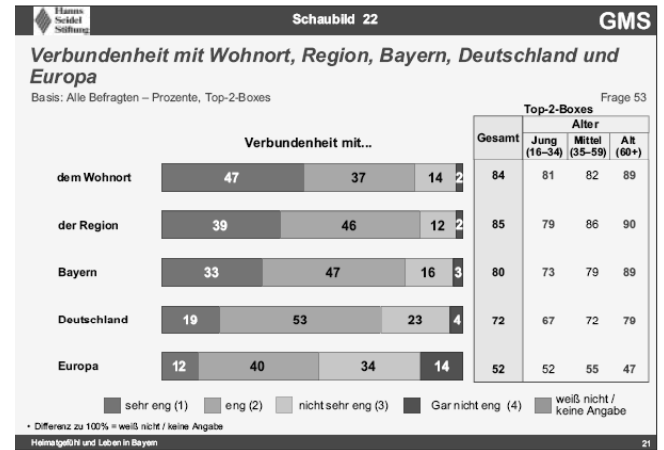
261) Dabei darf man sich aber nichts vormachen: So wie es eine Anpassung in den Wertorientierungen der von Zuwanderern abstammenden Kinder und Jugendlichen gibt, – „Die Wertorientierungen der zweiten Generation [heben sich] kaum von den Einheimischen ab“⁶³ – so findet sich auch eine Angleichung in den kulturellen Interessen und Ausdrucksformen. Die internationale Jugendkultur, Pop- und Hip-Hop-Kultur (vgl. Kapitel 3.6 F) überlagert locker jeden Versuch, Volkskultur in der Breite der jungen Generation zu verankern oder gar zum Hit zu machen.

262) „Dass zum Glücklichein jeder Mensch eine Heimat braucht, ist bei 80 % der Bayern völlig unumstritten.“⁶⁴ Zu den Ansichten über Heimat und Identität und Verankerung am Wohnort, in der Region, mit Bayern, Deutschland und Europa konnte sich die Enquete-Kommission im Wesentlichen auf zwei aktuelle Untersuchungen stützen.⁶⁵ Dabei wird erkennbar, dass der soziale Nahraum bei allen Altersstufen vorne liegt, je weiter der Lebenskreis gezogen wird, desto niedriger ist die Verbundenheit. Insgesamt ist der Abstand für Bayern, Deutschland und Europa zum näheren Lebensumfeld in dieser Reihenfolge am größten. Das Bedürfnis nach

59 Selbstdarstellung www.Trachtenverband-bayern.de/jugend
 60 ebd.
 61 Selbstdarstellung www.djo-bayern.de
 62 ebd.
 63 M.Gille u.a.: Jugendsurvey 3, Kurzfassung der Ergebnisse
 64 Hanns-Seidel-Stiftung: Generationenstudie 2003, Heimat und Heimatgefühl in Bayern, S. 42
 65 ebd.

erlebbarer Heimat haben vier Fünftel bis neun Zehntel der Menschen aller Altersstufen, weiter entfernte Lebenskreise scheinen zunehmend abstrakte Größen zu sein – vor allem bei den Jungen. Ob dies mit den derzeit lebenden Generationen zu tun hat oder sich generell mit zunehmendem Alter – aufgrund z. B. von zusätzlichen Lebenserfahrungen – verschiebt, lassen die Daten nicht erkennen.

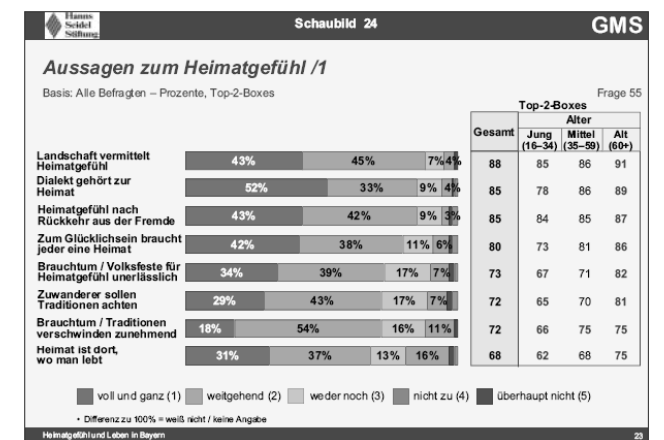
Abbildung 14: Verbundenheit mit Wohnort, Region, Bayern, Deutschland und Europa



Hanns-Seidel-Stiftung: Generationenstudie 2003, Heimat und Heimatgefühl in Bayern

263) Den Begriff Heimat hat die Befragung mit Spontansoziationen weiter vertieft. Die Jungen – das sind hier allerdings die 16- bis 34-Jährigen – stellen dabei „überdurchschnittlich oft soziale Kontakte sowie Natur und Landschaft in den Vordergrund.“⁶⁶ Dass die hergestellten Verbindungen zum Heimatgefühl nicht unbedingt etwas mit der eigenen Lebensgestaltung zu tun haben müssen, ist an den Items Dialekt und Brauchtum erkennbar. Man hätte sie gerne irgendwie um sich, ihr Fehlen wäre bedauerlich, man selbst hält aber eher etwas Abstand dazu.

Abbildung 15: Aussagen zum Heimatgefühl



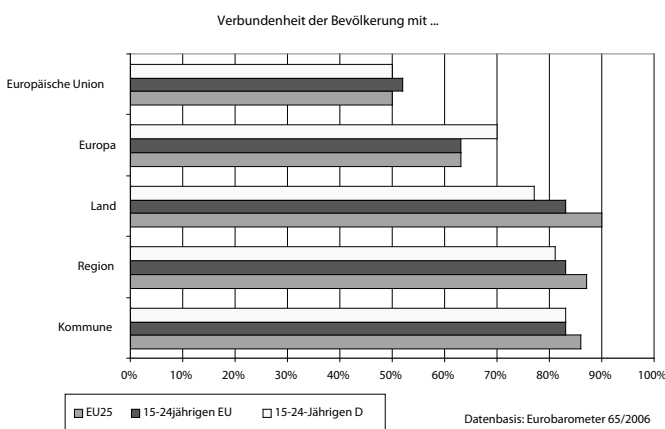
Hanns-Seidel-Stiftung: Generationenstudie 2003, Heimat und Heimatgefühl in Bayern

66 ebd.

264) Im Vergleich der Altersgruppen fällt auf, dass die Jüngeren alle Fragestellungen niedriger bewerten als die Älteren, mit einer Ausnahme: es gibt eine „überdurchschnittliche Zustimmung der Jungen zur Aussage, dass Heimat dort ist, wo man sich gerne aufhält.“⁶⁷ Das ist eine völlig ideologiefreie Sicht der Dinge, die Offenheit ausdrückt und geradezu treffend in das Gesamtbild einer „pragmatischen Generation“ passt.

265) Die Zustimmung zur Europäischen Union wird oft mit der Frage gemessen, ob die Bürgerinnen und Bürger eine Verbundenheit mit Europa spüren.⁶⁸ Erstmals wurde im Eurobarometer 65 im Jahr 2006 bei dieser Frage zwischen Europa und der Europäischen Union differenziert. Nicht überraschend fühlen sich die Menschen in erster Linie mit ihrem Land verbunden und dann in ähnlichem Ausmaß mit ihrer Region und der Kommune, in der sie leben. Erst dann und mit deutlichem Abstand wird Europa genannt. An letzter Stelle folgt schließlich die Verbundenheit mit der Europäischen Union. Die Menschen scheinen bei dieser Frage zwischen Europa, das wohl eher für geografische und kulturelle Bezüge steht, und der EU, die eher mit wirtschaftlichen und politischen Strukturen verbunden wird, zu unterscheiden.⁶⁹

Abbildung 16: Verbundenheit der Bevölkerung mit ...



Eurobarometer 65/2006

266) Die Zugehörigkeit zur EU wird immerhin von der Hälfte der Bevölkerung als ein Bezugspunkt der eigenen Identität genannt. Allerdings geben auch deutlich über 40 % der Menschen an, sich nicht mit der EU verbunden zu fühlen. 47 % der Gesamtpopulation, 44 % der EU-Jugendlichen und 46 % der deutschen Jugendlichen fällt es offensichtlich schwer, einen Bezug zwischen dem eigenen Leben und der EU herzustellen, beziehungsweise die EU im Alltag wahrzunehmen. In einer anders orientierten Befragung (der EU zur europäischen Kommunikationspolitik) gab nur ein Drittel

67 ebd., S. 44

68 Frage: „Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Region, seinem Land oder mit Europa. Sagen Sie bitte, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit...?“

69 Eurobarometer 65/2006

der jungen Menschen an, dass die EU erhebliche Auswirkungen auf ihren Alltag habe.⁷⁰

267) Inwieweit die Frage der Zustimmung zur oder Verbundenheit mit der EU eine Werteorientierung darstellt, muss jedoch offen bleiben. Es würde sicherlich eine Überhöhung darstellen, aus Zustimmung zur EU auf Werte von Internationalismus oder gar Solidarität zu schließen. Vielmehr scheint es sich oftmals um Reaktionen und Befindlichkeiten zu handeln in der Folge von politischen Entscheidungen, etwa zur Erweiterung der EU mit ihren erwarteten bzw. vermuteten Folgen oder zu neuen Richtlinienerlassen.⁷¹ Es dürfte aber keine Überinterpretation sein zu sagen, dass hohe Zustimmungen immerhin eine weltoffene Haltung der heutigen jungen Generation widerspiegeln. Die Europaerhebung hat als wesentliche Beweggründe für eine positive Einschätzung der EU durch junge Menschen nachgewiesen, dass es die von ihnen unmittelbar erfahrbaren Vorteile sind: Freiheit zu reisen, überall studieren und arbeiten zu können, also ein Grundziel der EU: Freizügigkeit. Dementsprechend liegt der Grad der Identifikation bei jungen Leuten mit höherem Bildungsstand, die eher von diesen Mobilitätsmöglichkeiten Gebrauch machen, höher.⁷²

3.2.7 Einstellungen zu Familienthemen

Welche Erwartungen und Lebensentwürfe haben junge Menschen in Bezug auf Familie und andere soziale Beziehungen (s.o., Werte) sowie die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit mit Familie?

268) Wertorientierungen junger Menschen in Bezug auf ihre späteren privaten Lebensformen bewegen sich einerseits um die Fragestellung, wie wichtig ihnen aus heutiger Sicht Familie und Kinder sind und welche Vorstellungen sie davon haben, etwa von den eigenen Bedürfnissen nach gelingender Partnerschaft oder Ehe, nach einem angenehmen Zuhause und der Form von Familie. Hinter diesen Themen verbergen sich zentrale Wertefragen, wie Treue, Bindung, Sicherheit, Geborgenheit etc., die ganz offensichtlich einen unvermindert hohen bzw. über längere Zeiträume betrachtet wieder erhöhten Stellenwert innehaben. Gleichzeitig sind diese Themen untrennbar verbunden mit beruflichen Fragestellungen und der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, mithin auch mit der entscheidenden Thematik der Rollenverteilung zwischen Mann und Frau im Bayern des 21. Jahrhunderts.

269) Die momentane Lebenssituation der jungen Menschen ist in Anbetracht ihrer Zukunftsvorstellungen in aller Regel eine Übergangsphase, d.h. dass während der Ausbildungs- oder Studienzeit z. B. nur eine Minderheit als Paare (ohne weitere Mitbewohner) in einer Wohnung zusammen leben. Auch „familiale Lebensformen mit Kindern sind während der Zeit der Berufsausbildung äußerst selten. Insgesamt ist es bis zum Ende des dritten Lebensjahrzehnts nur einer Minderheit junger Menschen möglich, ihre berufsbezogene Ent-

70 Flash EB 189a, Q20b

71 vgl. Diskussion in der 3. Sitzung, 08.11.2005

72 vgl. Diskussion in der 5. Sitzung, 24.01.2006

wicklung mit der Realisierung familialer Lebenspläne zu verbinden.“⁷³

270) In der 13. Shell Jugendstudie 2000 konnten Jugendliche auf einer Skala zwischen 1 („ist mir überhaupt nicht wichtig“) und 5 („ist mir ausgesprochen wichtig“) zu Familienfragen antworten. Das brachte folgende Ergebnisse:⁷⁴

Mittelwert

Sich später ein angenehmes Zuhause schaffen	4,21
In einer glücklichen Partnerschaft leben	4,20
Seinen Kindern einmal ein sicheres Zuhause bieten	4,11
Treu sein	4,02
Eine eigene Familie aufbauen, in der man sich wohl fühlt	4,00
Kinder haben	3,64

In ähnlicher Weise gaben auch in der 14. Shell Jugendstudie 2002 70 % der Jugendlichen an, dass man eine Familie zum Glückselbstsein braucht, wobei der Wert bei den Mädchen (75 %) deutlich höher war als bei den Jungen (66 %).⁷⁵ Bei beiden Geschlechtern gab es 2006 einen Anstieg von + 1 bzw. + 3 Prozentpunkten.⁷⁶

271) An dieser Stelle ist auch wichtig, einen Blick darauf zu werfen, wie weit sich formulierte Werte und tatsächliche Realisation unterscheiden. Dem hohen Stellenwert von Familie unter Jugendlichen steht bekanntlich eine etwas andere Realität gegenüber. So belegen z. B. die statistischen Angaben für Bayern, dass die Anzahl der Geburten weiter rückläufig ist (von 130.517 in 1997 auf 104.822 in 2006), die Größe der Familie abnimmt (1995 gab es in Bayern noch 166.000 Ehepaarfamilien mit 3 oder mehr minderjährigen Kindern, 2006 waren es nur mehr 134.000), die Familiengründung immer später erfolgt (z. B. ist das Erstheiratsalter zwischen 1990 und 2005 gestiegen: bei Männern von 27,7 auf 31,5, bei Frauen von 25,3 auf 28,5 Jahre) und die Scheidungszahlen (seit 1995 zwischen 22.000 und 25.000 pro Jahr) sich auf hohem Niveau derzeit eingependelt haben.⁷⁷ Freilich kann damit keine Aussage gemacht werden über die zukünftige Realisierung der von den jetzt jungen Menschen geäußerten Zukunftsvorstellungen und es muss nicht in Widerspruch stehen zur aktuellen Selbsteinschätzung der jungen Menschen. Mit dem Alterwerden verändern sich Einstellungen auf Grund einer dann anderen Lebenssituation mit dann neuen Herausforderungen. Und der Traum mit 18 von der heilen Familie sagt nichts aus über die möglichen Herausforderun-

gen einer konkreten Ehe zehn Jahre später. Das war schon immer so, nur die Konsequenz zu ziehen, ist heute gesellschaftlich besser akzeptiert. Auch das gehört zur Statistikbetrachtung.

272) Der weit überwiegende Teil der jungen Menschen in Bayern ist, so könnte man sagen, in seinen familienpolitischen Ansichten betrachtet gesellschaftlich bestens integriert. „Die Jugendlichen bewerten Familie (Herkunftsfamilie wie Gründung einer eigenen) als sehr bedeutend für ihr eigenes Glück.“ (72 % der Befragten; 17 %: „kann alleine genauso glücklich leben“; 10 % unentschieden)⁷⁸ Die zustimmenden Werte sind dabei zuletzt sogar noch angestiegen, wobei der männliche Teil der Befragten, traditionell etwas zurückhaltender bei diesem Thema, ein wenig aufgeholt hat. Im Rahmen dieses Berichtes ist es nicht möglich, die Vorstellungen kleinerer Gruppen mit anderen Lebensvorstellungen eingehender zu untersuchen. Die Thematik Wohngemeinschaft (WG) oder Kommune beispielsweise hat sich über die Jahrzehnte als längerfristiges Modell erledigt, die WG spielt praktisch nur als vorübergehende Wohnform während der Ausbildungs- bzw. vor allem Studiumsphase eine beachtenswerte Rolle. Gleichzeitig haben verschiedene Entwicklungen neue Formen hervor gebracht, worunter am auffälligsten die steigende Zahl der Partnerschaften, Ehen und Familien ist, die tage-, wochen- und monatsweise aus beruflichen Gründen getrennt leben müssen. Vergleichbares gilt für Kinder und Jugendliche, die auf Grund von Scheidung praktisch in zwei Haushalten mit unterschiedlichsten personalen Zusammensetzungen leben.

273) Die auf Familie bezogenen Aussagen setzen allerdings einen sehr offenen Begriff von Familie voraus, im Sinne von „Familie ist dort, wo Kinder leben“. Fakt ist nämlich, dass eine starke Zunahme von Ein-Eltern-Familien zu verzeichnen ist (was aber offenbar nicht das Ziel der jungen Leute ist, sondern Ergebnis einer Lebensphase) und dass es mittlerweile über 300.000 nichteheliche Lebensgemeinschaften gibt – mit weiter steigender Tendenz, auch solcher mit Kindern. Konstant bleibt die Zahl der Haushalte mit Kindern bei knapp 2 Mio.

274) Die Enquete-Kommission hat sich außerdem mit der Frage auseinandergesetzt, ob die vielfältigen und sehr komplexen Untersuchungen des (zum Zeitpunkt ihrer Arbeit an diesem Thema) gerade aktuell vorgestellten 7. Familienberichts Eingang in ihre Arbeiten finden sollten. Immerhin geht es dabei um so zentrale gesellschaftliche Themen wie schichtspezifische Verteilung der Anzahl von Kindern und die langfristigen Wirkungen, die sich daraus ergeben können, um die Voraussetzungen für Analysen und Handlungsoptionen im Feld der Familienpolitik, um die familiären Strukturen und um die Verfassung von Familien als Orte des Aufwachsens der jungen Generation und vieles mehr. Die Enquete-Kommission sieht jedoch die Grenzen ihres Auftrages sehr klar und an dieser Stelle erreicht, so dass man sich auf wenige Fragestellungen konzentriert, die zentral für die Werterhaltung und -entwicklung junger Menschen im Kontext des Themas Familie sind. Dem entspricht, dass nach allgemeiner Einschätzung Familie als Thema bei Kindern und Jugendli-

73 M.Gille u.a.: Jugendsurvey 3, Kurzfassung der Ergebnisse

74 13. Shell Jugendstudie 2000, S. 401

75 14. Shell Jugendstudie 2002, S. 58

76 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 50

77 Daten zusammengestellt vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, 2008

78 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 50

chen aus Gründen ihres Alters und der damit verbundenen Lebensphase, Interessen und Bedürfnisse eher ein Randthema darstellt.

275) Wenn einerseits die zentralen Fragen nach eigenen Kindern, Partnerschaft, Ehe und Familie von den allermeisten jungen Menschen positiv beantwortet werden, die Realisierung aber immer weiter hinaus geschoben wird – durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt des ersten ehelichen Kindes 29,9 Jahre in 2006 – ,⁷⁹ dann stellt sich schon die Frage nach den Gründen und möglichen politischen Folgerungen. Deutlich sind die Auskünfte, dass junge Menschen Wert darauf legen wollen – und das wird offenkundig nicht als striktes Ausstiegskriterium gemeint –, wenn sie Kinder in die Welt setzen, eine gute Partnerschaft zu haben, ein Mindestmaß an ökonomischer Sicherheit und Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dass die heutigen Erfordernisse nach Flexibilität und Mobilität dem ersten Wunsch zunehmend zuwider laufen, darf als Hinweis an politische Gestaltung dienen.

276) Diese Erkenntnisse spiegeln sich im Wesentlichen wider in einer exemplarischen Momentaufnahme, die als Diskussionsbeitrag für die Kommission „an der Basis“ unter jungen Ehrenamtlichen der Jugendarbeit einer bayerischen Großstadt erstellt und aufgenommen wurde. Nahezu alle der Befragten wollen eigene Kinder, nicht heute und jetzt, aber in einer überschaubaren Zeit, die – vor allem bei den jungen Frauen – auf die zweite Hälfte des 3. Lebensjahrzehnts taxiert werden kann. Eindeutig wird dafür aber darauf hingewiesen, dass dies eine gewisse Stabilität und Sicherheit in Bezug auf finanzielles Auskommen, auf Wohnraum und – als Basis – auf eine gesicherte Erwerbsarbeit erfordere. Das schließt ein, dass junge Frauen heute wie selbstverständlich davon ausgehen, dass eine Aufgabe ihrer beruflichen Tätigkeit allenfalls kurzfristig und vorübergehender Natur sein solle. Die jugend- und familienpolitischen Konsequenzen daraus liegen damit praktisch auf der Hand.

277) Für junge Menschen heute scheint das Thema Kinder grundsätzlich Bestandteil ihres Lebensentwurfes oder ihres Menschseins, auch wenn die Shell Jugendstudie zuletzt ein Sinken des Kinderwunsches konstatiert, 62 % der Befragten äußern sich positiv dazu. Da aber 32 % sich noch unsicher sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass es wirklich zu deutlicher Abnahme kommt. „Mädchen und junge Frauen (69 %) wünschen sich viel häufiger als Jungen und junge Männer (56%) eigene Kinder. Junge Männer entwickeln vermutlich erst in einer späteren Lebensphase den Wunsch nach eigenen Kindern.“⁸⁰ Dass junge Menschen es für wichtig halten, dazu den geeigneten Partner finden zu wollen, bestätigt dies und widerspricht dem nicht. Es geht weder um Ideologie noch um hehre Werte, auch nicht, wie von Erwachsenengesellschaft und Politik mitunter gedacht, um die Erhaltung des deutschen Volkes, die Sicherung des Bevölkerungsnachwuchses oder wenigstens um Rentensicherung und Generationenvertrag. Es geht den jungen Leuten offensichtlich schlicht um die Verwirklichung eigener Lebensvorstellungen, zu denen Kinder wie eh und je dazu gehören.

79 Daten aus: ifb-Familienreport Bayern 2003, S. 49

80 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 52

Nicht auszuschließen, dass sich in späteren Jahren andere Lebensvorstellungen dazwischen schieben – aber zwischen 14 und 24 stellt man sich das Leben weitgehend so vor, wobei das Kinderkriegen zu dieser Zeit noch nicht das beherrschende Thema ist. Man will sich da auch nicht hinein reden oder gar Vorhaltungen wegen einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zur Umdrehung der demografischen Entwicklung machen lassen.

278) In der 14. Shell Jugendstudie 2002 wurden Jugendliche im Alter von 16 bis 25, die keine eigenen Kinder hatten, auch zu ihren Kinderwünschen befragt. Im Durchschnitt wünschten sich 67 % eigene Kinder. Allerdings gab es markante Unterschiede sowohl in Bezug auf die Altersgruppen wie die Geschlechter und zwischen Ost und West:

16 – 17 Jahre	59 %
18 – 21 Jahre	67 %
22 – 25 Jahre	70 %

Männlich	61 %
Weiblich	73 %

Der Kinderwunsch nimmt also mit zunehmendem Alter der Jugendlichen zu und die Mädchen äußern deutlich häufiger den Wunsch nach eigenen Kindern.

279) Somit haben sich die grundlegenden Lebensvorstellungen, die Kinder mit einschließen, nicht verändert. Erkennbar könnte sein ein derzeit erhöhtes Sicherheits- und Stabilitätsbedürfnis – nicht nur für sich selbst, sondern gerade der Kinder wegen –, ein deutlicher Anspruch, dass neben Kindern noch anderes, Selbstständigkeit eröffnendes, Leben möglich bleibt und das Bewusstsein, tatsächlich Entscheidungsalternativen zu haben, ein Wissen um die Möglichkeiten verschiedener Lebensentwürfe in einer pluralen Gesellschaft. In diesen Punkten mögen Unterschiede der Generationen liegen. Sie haben freilich nichts mit einem Werteverfall zu tun, sondern bezeichnen eher einen Realismus in der Wahrnehmung von Möglichkeiten und Herausforderungen der aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation: Möglichkeiten der Familienplanung und der freien Partnerwahl, Anforderungen an Flexibilität und Mobilität, drohende prekäre ökonomische Situationen etc.

280) Strittig ist die Datenlage zu der Frage, ob zukünftig und langfristig davon auszugehen ist, dass die Zahl der Kinder in bildungsfernen Familien und in Familien mit Migrationshintergrund im Verhältnis zu anderen ansteigen wird. Dies müsste insofern jugend- und familienpolitische Konsequenzen haben, als dann von einem größeren öffentlichen Unterstützungsbedarf auszugehen wäre, um auftretenden Benachteiligungen von Kindern entgegen zu wirken. Anders als in oft zu lesenden Darstellungen, dass eine solche Zunahme stattfindet, stellt die Shell Jugendstudie fest, „Jugendliche aus unteren sozialen Schichten (51 – 59 %) verspüren seltener als Jugendliche aus mittleren und oberen Sozialschichten (61 – 70 %) den Wunsch nach eigenen Kindern. ... So wollen Hauptschüler/innen signifikant seltener als Realschüler/innen und Gymnasiast/innen später eigene Kinder haben.“

281) Die entscheidende Fragestellung und Auseinandersetzung der nächsten Zeit innerhalb der nachwachsenden Generationen wird aber sein, wie die Aufgabenverteilung innerhalb von Ehen bzw. Partnerschaften mit Kindern praktisch und tatsächlich organisiert wird. Die Zukunftsvorstellungen der jungen Leute lassen zumindest nicht unmöglich erscheinen, dass hier noch Konflikte ins Haus stehen, denn nach Geschlechtern ist man sich da nicht so ganz einig. „Die große Mehrheit der jungen Menschen lehnt ... eine einseitige Lebensplanung ab, die entweder die Familie oder den Beruf zum Lebensschwerpunkt macht.“⁸¹ Die Zustimmung junger Frauen freilich zur Aussage „Hausarbeit mit Partner teilen“ ist immer noch deutlich höher und die Zustimmung zu „Beruf wird für mich das Wichtigste im Leben sein“ erheblich niedriger als bei den jungen Männern.⁸²

Von welchen Akteuren (Eltern, Freunde, Institutionen, Milieus, Medien etc.) werden diese Wertvorstellungen beeinflusst, geprägt und vermittelt?

282) Um im Sinne der Gesellschaft und für eine Persönlichkeitsentwicklung positive Wertorientierungen zu vermitteln und zu prägen, ist die Frage, wie und durch wen dies im Wesentlichen stattfindet, von Bedeutung. Nur in diesem Wissen kann ggf. unterstützend eingegriffen werden. Dabei ist davon auszugehen, dass verschiedene Wertebereiche von unterschiedlichen Akteuren unterschiedlich stark beeinflusst werden. Relativ unbestritten und durch Untersuchungen belegt ist, dass Familie und Freundeskreis die wesentlichen Beeinflusser darstellen.

283) Als für jugendpolitisches Agieren maßgeblich wurde in der Enquete-Kommission zudem die Frage eingeschätzt, welche Faktoren wiederum in den Herkunftsfamilien für Kinder und Jugendliche mehr oder weniger ein störungsfreies Aufwachsen ermöglichen und gute oder etwa gar gefährdende Grundlagen darstellen. Damit wäre natürlich auch das Thema Wertorientierungen tangiert, d.h. wie stark sie begünstigt oder behindert und in welche Richtung sie geprägt werden. Eine Darstellung zu solchen komplexen Fragestellungen der Entwicklungs- und Familienpsychologie ist hier nicht möglich. Ansatzpunkte ergaben sich in den Diskussionen der Enquete-Kommission: halbwegs stabile familiäre Beziehungen, Erfahrungen von gelingendem sozialen Zusammenleben und ein Mindestmaß an ökonomischem Auskommen, und die Abwesenheit oder zumindest kurzfristige positive Lösung von Familienkrisen.

284) Die Shell Jugendstudie weist darauf hin, auch unter Heranziehen anderer Forschungsergebnisse wie dem Freiwilligensurvey und Untersuchungen von H. Meulemann, dass es einen Zusammenhang gebe zwischen Religiosität und Wertorientierungen, „dass religiöse Menschen vermehrt pro-soziale und karitative Werte vertreten. ... Kirchnahe Religiosität überhöht sozusagen das heutige „normale“ Werteprofil der Jugend in einer besonderen jugendlichen Teilgruppe durch eine stärkere Familien-, Norm-, Gesund-

heits- und Sozialorientierung.“⁸³ Damit kann angenommen werden, dass zumindest in dieser Teilgruppe kirchliche Institutionen einen gewissen Einfluss auf Wertorientierung haben. Entscheidender Faktor für alle Jugendlichen ist aber mit Abstand die Familie natürlich auch in Fragen religiöser Orientierung.

285) „Die Familie ist heute die wichtigste Sozialisationsinstanz für Kinder und Jugendliche und damit auch entscheidend für die Wertevermittlung.“⁸⁴ Gefolgt wird dieser Einflussfaktor bei Jugendlichen von der Peergruppe. Vor allem bei der glaubensfernen Gruppe zeigt sich hier – laut Shell Jugendstudie – eine „viel höhere Verknüpfung des Wertesystems“.⁸⁵ „Die in einigen wichtigen Punkten besonders intensiven Wertsetzungen kirchennah gläubiger Jugendlicher kann man daraus erklären, dass sie neben den Wertquellen der anderen Jugendlichen (Familie und Peergroup) in ihrer kirchennahen Religiosität eine zusätzliche, den jugendlichen Mainstream „überhöhende“ Werteresource besitzen Diese (spezifisch religiöse) Wertequelle steht den meisten Jugendlichen heute jedoch nur noch bedingt zur Verfügung, ohne dass man sagen kann, damit wäre deren Wertesystem ernsthaft gefährdet oder breche gar zusammen.“⁸⁶

286) Worin diese spezifische religiöse Wertequelle institutionell besteht, wird nicht weiter untersucht. Zur weiteren Überlegung seien einige Faktoren genannt: Begegnung mit Kirche und Religion bei verschiedenen Anlässen, Gottesdienst, Jugendarbeit, Kirchen- und Katholikentage, Weltjugendtag, Religionsunterricht, nicht zuletzt kirchennahe Familie. Ebenso wenig untersucht sind diese Einflusskräfte auf religions- und kirchenferne Jugendliche, die zum Teil von einigen dieser Veranstaltungen ebenfalls erreicht werden, möglicherweise Religionsunterricht besuchen; die Bedeutung von Ethikunterricht und einer allgemeinen, wenn auch diffusen, gesellschaftlichen Wertorientierung ist ebenso nicht konkret darstellbar.

287) Lt. Shell Jugendstudie weisen die kirchen- bzw. glaubensnahen Jugendlichen in ihrem Wertesystem deutliche Unterschiede zu den so genannten Glaubensfernen auf, andererseits teilen sie die meisten Werte mit dem Durchschnitt aller Jugendlichen. Dies gilt insbesondere für die hedonistischen, materiellen Wertebereiche. Diese sind nämlich in unserem Gesellschaftssystem in erster Linie jugendtypisch, d.h. lebensaltersabhängig. Je älter die Jugendlichen werden, desto weniger äußern sie hedonistische Orientierungen und desto höher werden die Angaben zu Pflichtbewusstsein u. ä. Lebensalterstypisch, und in diesem Zusammenhang sicher bedeutsam, ist freilich auch, dass Jugendliche u.a. Medien dazu nutzen, Orientierung zu finden. Sie suchen dort – durchaus gemeinsam mit der Peergruppe – Antworten auf ihre Lebensthemen. Vor allem dort, wo hilfreiche Orientierungen

81 DJI-Jugendsurvey 3, S. 189 f.

82 ebd.

83 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 226 ff.

84 ebd., S. 231 ff.

85 ebd.

86 ebd.

aus dem familiären Kontext eher schwächer ausfallen, üben Medieninhalte eine stärkere Funktion aus.

288) Zurückhaltend wird in den Jugendstudien mit der Frage der Relevanz der Bildungsinstitutionen auf die Werteorientierungen umgegangen. Klar ist ihr Auftrag im Bayerischen Schulsystem, denn „die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“⁸⁷ „Ausgehend von den jüngsten Vorkommnissen an deutschen Schulen, die im Jahre 2006 den Ruf nach einer neuen Wertedebatte zur Folge hatten, hat das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus eine Initiative zur wertorientierten Persönlichkeitserziehung ins Leben gerufen. Sie steht unter dem Motto: „Werte machen stark.“⁸⁸ Dass Werte nicht nur etwas für den Sonntag sind und es der konzentrierten Anstrengung aller bedarf, darauf verweist ein Beratergremium der Staatsregierung. „Zentrale Bildungsaufgabe und Grundlage für den erfolgreichen Erwerb fachlicher Qualifikationen ist die Vermittlung eines verbindlichen Wertekanons, an dem der Einzelne sein Handeln und Verhalten ausrichten kann. In einer äußerst komplexen und differenzierten Welt müssen ethische Werte und Normen das Gelände bilden, an dem alle Teile der Bevölkerung im privaten und beruflichen Leben Halt finden. Zu diesem Zweck ist ein gemeinsames Zusammenwirken von Erziehungsberechtigten und sämtlichen Bildungsinstitutionen erforderlich.“⁸⁹ Die Vorstellung, dass Bildungsinstitutionen einen gewichtigen Einfluss auf die Bildung und Prägung von Werten haben sollen, ist also eindeutig und an höchster Stelle vorhanden. Wie sich das auswirkt, bedarf noch der schulischen Evaluation und der wissenschaftlichen Begleitforschung.

289) Interessant ist außerdem, die Frage nach den Wertepprägenden Institutionen aus einem Blickwinkel der Hauptverantwortlichen zu betrachten. Eine Befragung von 2.064 Eltern unter 44 Jahren bringt als Ergebnis, dass „89 % der jungen Eltern eine Steuerung des Fernsehkonsums für notwendig halten, 45 % eine Kontrolle dessen, was die Kinder lesen“⁹⁰ um negative Einflüsse von ihnen fern zu halten.

290) Neben den Akteuren bzw. Institutionen, die auf die Wertebildung und -prägung der nachwachsenden Generationen Einfluss haben, kann zusätzlich die Frage formuliert werden, welche Einflussfaktoren erkennbar sind. Damit haben sich die Autoninnen und Autoren des Jugendsurvey auseinander gesetzt. Sie verweisen auf die schon wiederholt berücksichtigten Faktoren Geschlecht, Lebensalter und Bildung, aber auch auf Erwerbsstatus, Wohn- und Lebensform, Ost - West - Unterschiede in Deutschland sowie Migrationshintergrund.

87 Art. 131 Abs. 1 Bayerische Verfassung

88 Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Konzept zur Initiative „Werte machen stark“, 29.03. 2007

89 Gutachten Zukunft Bayern 2020, S. 169 f.

90 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Allensbach: Einstellungen zur Erziehung, 2006

3.3 C. Freizeit, bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

3.3.1 Daten und Informationen zu gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen

Art und Umfang der Freizeitgestaltung

291) Der Freizeitsektor, die dort bereitgehaltenen vielfältigen und umfassenden Betätigungsmöglichkeiten, stellt für Jugendliche ein Übungsfeld zum Umgang mit Wahl- und Verhaltensmöglichkeiten dar. Was sie in diesem Rahmen tun, ist nicht bereits durch familiäre, schulische oder berufliche Verpflichtungen und Regeln vorab festgelegt, sondern unterliegt im Wesentlichen ihren eigenen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Art des Freizeitverhaltens gilt deshalb als ein Ausdruck dafür, wie Jugendliche mit den zunehmenden Freiräumen und Freiheitsgraden ihrer Lebensphase umgehen. Aus ihren Freizeitaktivitäten wird häufig geschlossen, ob sie die auf dem Weg zum Erwachsenen sich vielfältig anbietenden Gelegenheiten der Beschäftigung und Teilhabe insgesamt im Sinne einer förderlichen Gesamtentwicklung wahrnehmen oder ob sie Gefährdungen und Überforderungen unterliegen.

292) Bei der Bewertung der Freizeitaktivitäten Jugendlicher heute ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass die gesellschaftliche Freizeitosphäre insgesamt, aber auch die der Jugendlichen ohne die Aktivitäten und Funktionsweisen des deutlich ausgeprägten Freizeitmarktes, nicht zu verstehen ist. Jugendliche – aber auch Kinder – werden als Akteure dieses Marktes angesprochen und verhalten sich entsprechend. Untersuchungen der Marktforschung dokumentieren, dass die Altersgruppe der 6- bis 19-Jährigen durchschnittlich gesehen erhebliche Finanzmittel zur Verfügung hat.⁹¹ In dieser Konsumentenrolle können Kinder und Jugendliche erfahren – vorausgesetzt die finanziellen Mittel stehen zur Verfügung –, was es heißt, wie Erwachsene handeln zu können. Man könnte fast sagen, in keinem anderen gesellschaftlichen Feld werden junge Menschen so früh und unmittelbar als eigenverantwortlich handelnde Subjekte angesprochen. Die Taschengeldzahlung der Eltern ist bei den Schülerinnen und Schülern ab 12 Jahren fast die einzige Einkommensquelle. Bei ihnen liegt der monatlich zur Verfügung stehende Betrag zwischen 25 und 50 €, bei den jüngeren ist dieser Betrag geringer, bei den älteren höher. Dieses Einkommen wird häufig durch Schülerjobs ergänzt.⁹² Über die Hälfte der über 16-jährigen haben im Monat mehr als 100 € zur Verfügung. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass Minderjährige im Vergleich zur Gesamtbevölkerung besonders häufig Empfänger von Sozialhilfe bzw. vergleichbaren Sozialleistungen in Folge von Erwerbslosigkeit der Eltern sind.⁹³ So bezeichnen sich 44 % der Kinder von arbeitslosen Eltern als arm gegenüber 13 % aller 8- bis 11-Jährigen.⁹⁴

91 So verfügten die 6- bis 19-Jährigen 2006 über fast 21,1 Mrd. €, allein die 6- bis 12-Jährigen über knapp 2 Mrd. Fast die Hälfte dieses Geldes wird für Mode, Handys und Weggehen ausgegeben. (Vgl. Trend Tracking Kids 2006, www.iconkids.com)

92 Gille u.a. 2006, S. 72

93 Vgl. hierzu auch Kapitel 3.1 A

94 Vgl. World Vision 2007, S. 79

293) Aus der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes⁹⁵ geht hervor, dass Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren durchschnittlich pro Tag zwischen 6 und 7 Stunden⁹⁶ zur Verfügung haben, die nicht durch Tätigkeiten in den Aufgabenbereichen Bildung, Qualifikation, Erwerbs- / Familienarbeit, soziales Engagement oder Regeneration belegt sind.⁹⁷ Die Jüngeren haben etwas weniger Zeit als die Älteren, und Buben haben durchschnittlich mehr freie Zeit als Mädchen zur Verfügung, weil diese mehr Zeit für Familientätigkeiten aufwenden.⁹⁸ Die freie Zeit verbringen Jugendliche in erster Linie mit Gleichaltrigen, vor dem Fernseher oder sie hören Musik. „Freunde treffen, Musik hören, Fernsehen“ sind sowohl die ersten Vorlieben wie die häufigsten Tätigkeiten. Hinzu kommen noch Disco- und Kneipenbesuche sowie Sport treiben. Die Rangfolge dieser Freizeitbeschäftigungen ist als allgemeiner Trend seit Jahren konstant. Jugendliche mit Migrationshintergrund⁹⁹ bewerten Freizeitaktivitäten graduell anders als deutsche Jugendliche in Westdeutschland. Häusliche Aktivitäten nehmen zwar auch bei ihnen die ersten Plätze ein, werden aber noch etwas positiver bewertet als von deutschen Jugendlichen, alle anderen Aktivitäten hingegen etwas negativer, insbesondere Kneipenbesuche oder „Rumhängen“.¹⁰⁰

294) Als relativ neue Entwicklung ist zu verzeichnen, dass der Umgang mit den so genannten neuen Medien deutlich auf dem Vormarsch ist.¹⁰¹ Zwar betrifft diese Entwicklung das Freizeitverhalten von allen Jugendlichen. Es zeigt sich aber deutlich, dass Jugendliche sehr unterschiedliche Freizeitstile pflegen, die sich gerade durch den Umfang und die

Art der Beschäftigung mit den neuen Medien voneinander abheben. Der Typus „Technikfreak“, dem die 15. Shell Jugendstudie beispielsweise aktuell knapp ein Drittel der Jugendlichen zurechnet, gibt viermal häufiger Freizeitbeschäftigungen mit neuen Medien als häufigste Beschäftigung an als die Gruppe der „kauflostigen Familienmenschen“, zu der etwa ein Viertel aller Jugendlichen gehören. Der Typus „Technikfreak“ setzt sich zu zwei Dritteln aus männlichen, der Typus „kauflostiger Familienmensch“ zu zwei Dritteln aus weiblichen Jugendlichen zusammen.¹⁰² Auch wenn sich der Prozentsatz der Haushalte mit PC und damit die Zugangsmöglichkeiten zum Internet zunehmend zwischen den sozialen Schichten und Bildungsmilieus angleichen, besteht weiterhin ein deutlicher Unterschied bei der Verwendung der neuen Medien in der Freizeit. So sind die „Technikfreaks“ der Shell Jugendstudie deutlich häufiger Realschüler bzw. Gymnasiasten aus der Mittelschicht. Die Gruppe der Jugendlichen, deren Freizeitgestaltung eher durch konsumierende Verhaltensweisen wie Fernsehen, Video, Computerspiele gekennzeichnet sind, kommt überwiegend aus der Unterschicht.¹⁰³

295) Die ersten Plätze der Beliebtheitsskala von Freizeitaktivitäten nehmen individuelle Tätigkeiten in mehr oder weniger informellen privaten Kontexten ein (Familie, Freunde). An erster Stelle der außerfamiliären Aktivitäten steht der Vereinssport, nach weiteren wieder individuell ausgerichteten Aktivitäten wie Shoppen oder Computerspielen wird auch der Besuch eines Jugendzentrums in der Liste der häufigsten Freizeitaktivitäten genannt.¹⁰⁴

95 Statistisches Bundesamt, Bundesstatistik, Bd. 43 / 2004

96 Die Stundenzahl ergibt sich aus der Addition der in 10-Minuten-Abschnitten erfassten Tätigkeiten.

97 Erfasst wurde die Zeitverwendung aller Haushaltsmitglieder (repräsentative Stichprobe auf der Basis des Mikrozensus) ab dem 10. Lebensjahr anhand eines individuell geführten Tagebuchs, das die Tätigkeiten in 10-Minuten-Abschnitten an drei Tagen (2 Wochentagen, einem Wochenendtag) protokollierte.

98 Cornelißen/Blanke 2004, S. 160 ff.

99 Diese sind in der ipos-Studie definiert als deutsch sprechende Jugendliche oder junge Erwachsene, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen oder sie nicht von Geburt an besessen haben.

100 ipos 2003

101 Zu Nutzungsumfang, -motiven und -formen von Medien vgl. Kapitel 3.6 F

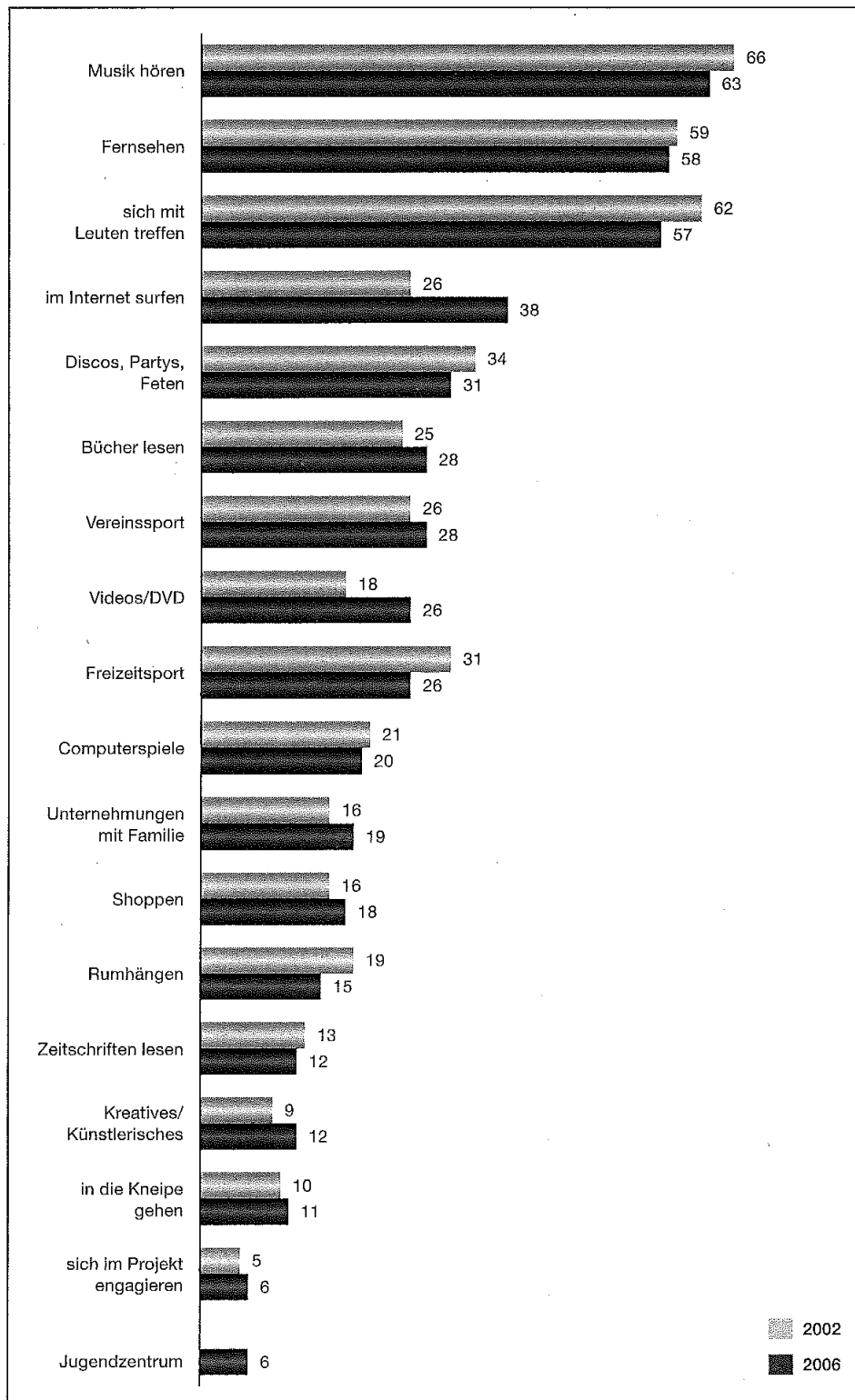
102 Shell Deutschland Holding 2006, S. 77 ff.

103 Vgl. ebd., S. 81

104 Zum Stellenwert der Freizeit in Verbänden (Vereinszugehörigkeit) siehe Nrn. 311 ff.

Abbildung 17: Häufigste Freizeitbeschäftigungen im Laufe einer Woche

Abb. 2.25 Häufigste Freizeitbeschäftigungen im Laufe einer Woche – bis zu 5 Nennungen möglich Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (in %)



Shell Jugendstudie 2006 – TNS Infratest Sozialforschung

296) Beliebtheit und Nutzung von Freizeitaktivitäten sind allerdings gerade im Hinblick auf öffentlich organisierte und konzipierte Freizeitangebote abhängig von dem Vorhandensein und der Attraktivität der Angebote und Einrichtungen. So zeigen Antworten zur Zufriedenheit,¹⁰⁵ dass 34 % der befragten Jugendlichen im Westen unzufrieden sind mit dem vorhandenen Angebot, die Frauen (37 %) häufiger als die Männer (30 %). Insgesamt spielen für die jüngeren Befragten die Jugendzentren eine etwas wichtigere Rolle.¹⁰⁶ Dem gegenüber steht ein gutes Drittel der 14- bis 27-Jährigen, das Jugendzentren und Jugendclubs nicht so wichtig findet. Bekannt ist auch, dass Beurteilungen des Angebotes erheblich dem Gruppen-, Cliquen- und Freundesgeschmack unterliegen, wobei diese häufiger auf der Basis des „Hörensagens“ als auf der Grundlage unmittelbarer Erfahrungen erfolgen.¹⁰⁷

Art des bürgerschaftlichen Engagements

297) *Engagement* ist ein bestimmtes Segment von Freizeitaktivitäten, das mit einer sozialen oder politischen Orientierung oder für andere Menschen ausgeübt wird. In dieser im Wesentlichen gemeinschafts- und gemeinwesenbezogenen (pro-sozialen)¹⁰⁸ Orientierung unterscheidet sich Engagement zunächst von Freizeitaktivitäten, die sich um die eigene Unterhaltung oder Beschäftigung drehen. Allerdings deutet vieles darauf hin, dass gerade bei Jugendlichen weder die Motivlage noch die Engagementformen durch eine alternative Gegenüberstellung von entweder hedonistischen (auf sich selbst bezogenen) oder altruistischen (auf andere ausgerichteten) Orientierungen zutreffend beschrieben wären. *Jugendliches Engagement zeichnet sich vielmehr gerade dadurch aus, dass die Engagierten diese Unterscheidung nicht vornehmen.* So ist etwa die Hälfte der pro-sozialen Aktivitäten der 12- bis 29-Jährigen auf die Interessen Jugendlicher und ihre Freizeitgestaltung bezogen.¹⁰⁹ Und soziale Wertorientierungen mit entsprechendem Engagement sind mit einem hohen Aktivitätsniveau verbunden, das sich über alle Arten von Freizeitaktivitäten erstreckt, in Gleichaltrigencliquen, in Vereinen und Freizeiteinrichtungen. Die Aktivitäten sind nicht lediglich auf soziales Engagement im engeren Sinne beschränkt.¹¹⁰

298) Engagementformen, die sich primär oder unmittelbar auf politische Ziele und Inhalte ausrichten, werden üblicherweise als politische Partizipation verstanden.¹¹¹ Hierzu zählen Mitgliedschaften und das Mitmachen in politischen Organisationen, aber auch Aktivitäten in informellen Kontexten, die sich auf politische Themen konzentrieren, sowie punktuelle Teilhabeformen. Politische Partizipation ist lediglich eine Teilmenge jugendlichen Engagements. Allerdings handelt es sich auch bei diesen Aktivitäten um soziale Tätigkeiten, die individuelle Handlungsfähigkeiten erweitern kön-

nen. D.h., gesellschaftlich-politische Beteiligung wird so gesehen nicht über die primär gesellschaftlich nützlichen Ziele bestimmt, sondern über die „*Form des Tuns als Aufeinander-Bezogensein*“.¹¹² Dieser Befund des Jugendsurvey bestätigt die Alltagserfahrung, dass aus der Perspektive der jungen Menschen zwischen Teilhabe an Freizeitangeboten, allgemeinem sozialen Engagement und politischer Partizipation ein sehr enger Zusammenhang bzw. ein fließender Übergang besteht.

299) *Zusätzlich* beinhaltet der Begriff Partizipation auch die *rechtliche Stellung von Kindern und Jugendlichen als Rechts-subjekte*. Kinder und Jugendliche haben als Grundrechtsträger eigene Rechte auf Selbstbestimmung, auf Beteiligung an allen sie betreffenden Entscheidungen und Schutz des Staates. Als rechtliche Grundlagen gelten insbesondere die UN-Kinderrechtskonvention, das Kinder- und Jugendhilfegesetz¹¹³ sowie die entsprechenden Regelungen des Landes und der Kommunen. Auf dieser Grundlage kann Beteiligung in folgenden unterschiedlichen Formen stattfinden:

- In Jugendgruppen und Verbänden, politischen Jugendorganisationen oder Jugendringen, in Kinder- und Jugendparlamenten, Schülerinnen- und Schülervertretungen als repräsentative Formen;
- in offenen Formen wie Kinder-Stadtteilversammlungen, -Sprechstunden und -Gemeinderatssitzungen, Jugendforen;
- projektbezogen in Zukunftswerkstätten, Workshops, oder durch aktivierende Befragungen in konkreten Planungs- und Entscheidungsprozessen;
- über Beauftragten-Modelle, bei denen haupt- oder ehrenamtlich tätige Erwachsene bei Verwaltungen oder in politischen Entscheidungsgremien für die Interessen von Kindern und Jugendlichen eintreten.¹¹⁴

300) *Jeder dritte junge Mensch* engagiert sich gemäß Freiwilligensurvey in der Freizeit mehr als nur in Form gemeinschaftlicher Aktivität, d.h. übernimmt *Aufgaben und Ämter*, die *freiwillig* und / oder *ehrenamtlich* ausgeübt werden. Dies geschieht in einer Vielzahl von Bereichen, dabei verfolgen sie eine Vielzahl von Zielen und Anliegen in folgenden Bereichen:

105 ipos 2003

106 ebd., S. 54

107 Institut für Praxisforschung und Projektberatung 2005

108 Vgl. Gille u.a. 2006, S. 214

109 ebd., S. 215

110 Shell Deutschland Holding 2006, S. 125

111 Vgl. Gille u.a. 2006

112 Gaiser 2006, S. 222

113 § 8 SGB VIII: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

114 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006, Nationaler Aktionsplan, S. 51, 52

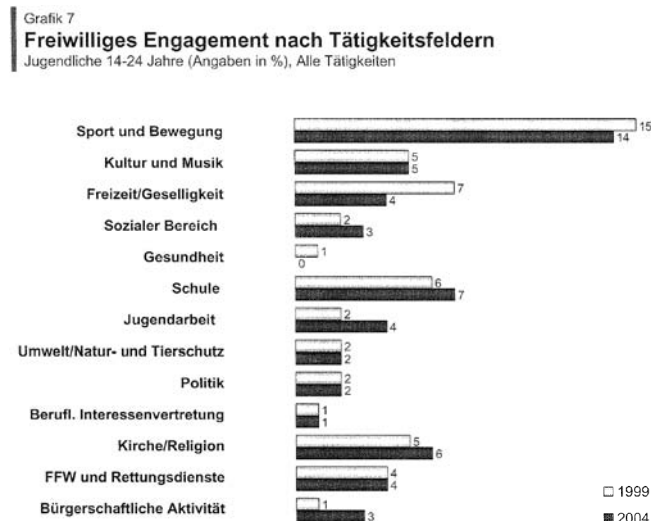
Tabelle 14: Aktivitäten nach Bereichen / Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (in %)

% -Angaben (Erhebungsjahr/Zeile)	2002			2006		
	oft	gelegentlich	nie	oft	gelegentlich	nie
Ich bin aktiv für						
für eine sinnvolle Freizeitgestaltung von Jugendlichen	13	35	51	13	31	55
die Interessen von Jugendlichen	12	38	49	10	36	53
hilfsbedürftige Menschen	8	35	56	8	34	58
den Umwelt- oder Tierschutz	8	29	62	7	24	69
ein besseres Zusammenleben mit Migranten	8	25	65	6	22	72
Sicherheit und Ordnung am Wohnort	6	20	73	6	16	78
sozial schwache Menschen	5	29	64	5	29	65
behinderte Menschen	6	16	76	5	13	81
Menschen in den armen Ländern	4	24	69	4	24	72
die Pflege der deutschen Kultur und Tradition	4	17	76	3	15	81
soziale und politische Veränderungen	2	15	80	2	14	82
Sonstiges	5	25	65	7	24	67

Shell Deutschland Holding 2006, S. 123

301) Tätigkeitsfelder, die für das Engagement junger Menschen eine besonders große Rolle spielen, bieten laut Freiwilligensurvey Sport, Kirche, Jugendarbeit, Kultur und Musik, Rettungsdienste, aber auch die Schule. Demgegenüber weniger bedeutsam sind der soziale und der Politik-Bereich. Im Vergleich zu 1999 zeigt sich, dass freiwilliges Engagement dort vorhanden ist bzw. zunimmt, wo traditionellerweise Möglichkeiten geschaffen werden, sich zu engagieren, z. B. im Bereich der Kirche und der Jugendarbeit.

Abbildung 18: Freiwilliges Engagement nach Tätigkeitsfeldern



Vortrag Sybille Picot, 5. Sitzung, 24.01.2006

302) Die Beobachtung des Freiwilligensurvey, dass das Engagement junger Menschen im schulischen Bereich von 1999 bis 2004 zugenommen habe, kann mit den Ergebnissen des DJI-Jugendsurvey noch präzisiert werden. Insgesamt engagieren sich demgemäß etwas mehr als die Hälfte der Befragten freiwillig in schulischen Zusammenhängen, als Klassen- oder Schulsprecherin bzw. -sprecher, bei der Schülerzeitung oder Sonstigem.¹¹⁵

Zahl der Jugendlichen, die sich bürgerschaftlich engagieren

303) Formen des Engagements, zeitlicher Umfang oder der institutionell-organisatorische Rahmen des Engagements von Jugendlichen sind sehr unterschiedlich. Es reicht von punktuell projekthaften Aufgaben bis zu langjähriger Ausübung von Ämtern und Funktionen. Folglich fallen die Daten darüber, wie viele Jugendliche sich engagieren, sehr unterschiedlich aus. Bei aller Divergenz der Einzelergebnisse ist allerdings gut belegt und wird immer wieder bestätigt, dass *Jugendliche im Vergleich zu anderen Altersgruppen nicht weniger engagiert sind*. Lediglich ein Viertel der 12- bis 25-Jährigen gibt an, in keiner Weise für andere Menschen bzw. soziale oder gesellschaftliche Zwecke aktiv zu sein, 33 % dagegen sind oft in dieser Weise aktiv, weitere 42 % gelegentlich.¹¹⁶

304) Lt. Freiwilligensurvey liegt der Anteil der engagierten 14- bis 24-Jährigen konstant auf hohem Niveau bei 42 %, wobei die Intensität, d.h. die Häufigkeit der Tätigkeiten pro

115 Gaiser 2006, S. 218 ff.

116 TNS Infratest Sozialforschung 2006

Woche, gestiegen ist. Der Anteil der engagierten 25- bis 34-Jährigen ist zwischen 1999 und 2004 von 36 % auf 32 % zurück gegangen, bei den 35- bis 44-Jährigen stieg er von 42 % auf 44 %, ebenfalls steigend ist der Anteil der Engagierten bei den 55- bis 64-Jährigen, 42 % waren 2004 gegenüber 37 % im Jahr 1999 engagiert.¹¹⁷

Organisationen, in denen sich junge Menschen engagieren

305) Der weitaus *überwiegende Anteil der 14- bis 24-Jährigen* ist lt. Freiwilligensurvey in einem *organisatorischen Kontext engagiert*. Diesem sind überwiegend auch die Jugendorganisationen zuzuordnen.

306) Laut ipos 2003 zählen 36 % der 14- bis 27-Jährigen als Mitglieder einer Jugendorganisation, eines Jugendverbandes, der Jugendabteilung eines Vereins oder einer sonstigen Organisation. Die Mitgliedschaften verteilen sich über folgende Organisationen:

Tabelle 15: Verteilung der Mitgliedschaften

Verband	Anzahl der Befragten gesamt 884	Anzahl Männlich 529	Anzahl Weiblich 355
Sportverein	64 %	67 %	59 %
Kirche	12 %	7 %	20 %
Feuerwehr, THW	8 %	11 %	4 %
Freizeit, Geselligkeit	8 %	8 %	7 %
Musikverein	7 %	6 %	9 %
Partei	4 %	4 %	3 %
Jugendarbeit	3 %	3 %	3 %
Rettungsdienst	2 %	2 %	3 %
Pfadfinder	2 %	2 %	3 %
Heimatverein	2 %	1 %	2 %
Berufsverband	1 %	1 %	1 %
Umweltschutz	1 %	1 %	1 %
Gewerkschaft	1 %	1 %	0 %
Bürgerinitiative	1 %	1 %	0 %
Tierschutz	1 %	0 %	1 %

ipos 2003

Die landesweit oder regional tätigen Mitgliedsorganisationen des Bayerischen Jugendrings finden sich in fast allen Kategorien wieder. Sie sind Mitglied, wenn sie Jugendarbeit in ihrem jeweiligen Vereins- oder Verbandskontext betreiben. Der ipos-Kategorie „Jugendarbeit“ sind diejenigen Organisationen oder Initiativen zuzuordnen, die als alleinigen Vereinszweck Jugendarbeit haben, z. B. als Träger eines Jugendtreffs o.ä.

307) Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Angaben über *Mitgliedschaften* in Organisationen *nur bedingt aussagekräftig* sind im Hinblick auf den tatsächlichen *Umfang* und die Art des Engagements der Jugendlichen in diesen Kontexten. Insbesondere unter der Perspektive, welchen Stellenwert die Angebote der Jugendarbeit für Jugendliche haben und wie sie diese nutzen, unterscheidet deshalb der 12. Kinder- und Jugendbericht¹¹⁸ folgendermaßen:

- Aktivitäten, aktives Mitmachen in außerschulischen Angeboten, je nachdem, ob es sich dabei um organisierte Freizeitangebote ganz allgemein handelt oder aber um Jugendarbeit im Sinne des KJHG;
- die Nutzung von Angeboten der Jugendarbeit, je nachdem, ob sie in bloßer, durchaus regelmäßiger Teilnahme erfolgt oder aber im Status der Mitgliedschaft, die ihrerseits nicht unbedingt etwas über den Intensitätsgrad einer Teilnahme aussagt (und oft auch an ein Mindestalter gekoppelt ist);
- die Inanspruchnahme und Nutzung durch Jugendliche, je nachdem, ob es sich dabei vorzugsweise um ein konsumierendes Mitmachen, also um Teilnahme, oder aber um ein aktives, Verantwortung übernehmendes Engagement, also etwa um ein Ehrenamt handelt.¹¹⁹

308) D.h., die Bedeutung und die Reichweite der Jugendarbeit sollten zusätzlich zum Organisationsgrad daran gemessen werden, ob und wie *viele Jugendliche* im Rahmen der Jugendarbeit *aktiv* sind. Hierzu liegen bayernspezifische Daten aus einer Sonderauswertung der PISA-Studie vor. Die Schülerinnen und Schüler dieser Stichprobe wurden nach ihren Aktivitäten gefragt, denen sie wöchentlich nachgehen. Ergebnis ist, dass *mehr als zwei Drittel der 15-Jährigen in Bayern in einem Verein* oder einer Jugendgruppe aktiv mitmachen. Nur etwa 30 % gehen keiner dieser Aktivitäten nach. Bayern gehört im Bundesländervergleich hierbei zu den Spitzenreitern. So findet sich hier mit 23 % die höchste Quote bei den Schülerinnen und Schülern, die mindestens in zwei Vereinen aktiv sind. Bayern weist zudem nach Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einen überdurchschnittlichen Prozentsatz im Falle von drei und mehr Vereinszugehörigkeiten auf.

¹¹⁷ Grafik B6: Aktivitäten und freiwilliges Engagement nach Alter in Bayern, Vortrag Sybille Picot, 5. Sitzung, 24.01.2006

¹¹⁸ Deutscher Bundestag, 2005, Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, 12. Kinder- und Jugendbericht, Berlin, BT-Drs. 15/6014

¹¹⁹ Deutscher Bundestag 2005, S. 243

Tabelle 16: Anzahl der Zugehörigkeiten zu Vereinen und Jugendgruppen von SchülerInnen der 9. Klasse (n=29.815, gewichtet; in Prozent)

	Insgesamt	Keine Vereins- zugehörigkeit in %	1 Vereins- zugehörigkeit in %	2 Vereins- zugehörigkeiten in %	3 Vereins- zugehörigkeiten in %
	1	2	3	4	5
Baden-Württemberg	3.642	25,3	39,8	21,7	13,2
Hamburg	250	25,6	47,6	19,6	7,2
Bayern	4.298	27,1	38,1	23,1	11,7
Niedersachsen	2.834	27,9	41,1	22,5	8,5
Rheinland-Pfalz	1.489	28,1	38,1	20,9	12,8
Saarland	348	28,2	39,7	21,6	10,6
Hessen	2.093	29,0	38,6	21,1	11,4
Schleswig-Holstein	912	30,6	43,2	18,1	8,1
Nordrhein-Westfalen	6.326	32,6	41,0	18,0	8,4
Bremen	180	37,2	38,9	16,7	7,2
Thüringen	1.137	37,7	38,3	16,4	7,5
Sachsen	2.112	39,1	40,6	14,0	6,3
Sachsen-Anhalt	1.254	39,6	40,2	15,6	4,6
Berlin	660	40,9	41,4	12,7	5,0
Brandenburg	1.346	43,2	37,1	13,7	6,0
Mecklenburg-Vorpommern	934	45,2	38,8	11,7	4,4
Insgesamt	29.815	31,9	39,8	19,1	9,2

Daten der deutschen PISA-Erhebung 2000, eigene Berechnungen¹²⁰

309) Zu diesen eher in Organisationen aktiven jungen Menschen kommen noch diejenigen hinzu, die „nicht-organisiert“ aktiv sind. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang z. B. die Besucherinnen und Besucher von Jugendtreffs, Freizeitstätten und ähnlichen Jugendeinrichtungen. Für diesen Bereich der Jugendarbeit gibt es noch weniger repräsentative Jugendbefragungen als für die Aktivitäten in Jugendorganisationen. Zusammengefasst sollte man sich unter Berücksichtigung der vorhandenen Daten Folgendes vergegenwärtigen:

- Gelegentliche Besucherinnen und Besucher ca. 46 % der 12- bis 25-Jährigen, häufige Besucherinnen und Besucher ca. 16 %.¹²¹
- 16 % der Hauptschülerinnen und -schüler in München zählen sich zu den regelmäßigen Besucherinnen und Besuchern, 5 % der Realschülerinnen und -schüler, 14 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.¹²²
- 13 % der 12- bis 25-Jährigen setzen sich – besonders häufig im Rahmen eines Jugendzentrums – für eine sinnvolle Freizeitgestaltung von Jugendlichen ein.¹²³

310) Diese Querschnittsdaten können durch folgende bayernspezifische Situationsbeschreibung auf der Grundlage von Praxisbeobachtungen ergänzend illustriert werden:

- In Bayern gibt es 647 kleinere Einrichtungen, die im Sinne eines Jugendtreffpunktes fungieren. 404 davon werden ohne eigenes hauptberufliches Personal betrieben, d.h. hier engagieren sich Jugendliche bzw. junge Erwachsene für ihren Treff und übernehmen Verantwortung. Weitere 150 dieser Einrichtungen werden nur stundenweise von hauptberuflichen Fachkräften betreut. Man kann davon ausgehen, dass pro Einrichtung dieser Art mindestens 5 junge Menschen aktiv sind.
- Außerdem findet sich in den 300 Freizeitstätten und 100 Jugendtreffs mit Personal regelmäßig eine bestimmte Anzahl von Jugendlichen zusammen, um im Betrieb Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu übernehmen, 5 bis 10 engagierte Jugendliche pro Einrichtung ist hier eher eine niedrige Quote.

Mitgliedsentwicklung bei Jugendverbänden und Jugendorganisationen politischer Parteien

311) Die aktuellsten Daten zur Mitgliedschaft Jugendlicher in Vereinen, Verbänden und Organisationen, mit denen auch die Jugendverbände erfasst sind, finden sich im DJI-Jugendsurvey: „Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Mitglieder in den unterschiedlichen Vereinen, Verbänden oder Organisationen sind, liegt bei den

¹²⁰ Rauschenbach 2004

¹²¹ Deutscher Bundestag 2005, S. 245

¹²² Institut für Praxisforschung und Projektberatung 2005

¹²³ Shell Deutschland Holding 2006, S. 124

*Sportvereinen mit gut einem Drittel am höchsten, es sind weniger als ein Zehntel bei den Heimat- und Bürgervereinen, bei den Gewerkschaften, bei den geselligen, kulturellen und den kirchlichen Vereinen sowie bei den Jugend- und Studentenverbänden. Auch wenn die einzelnen Vereine zumeist nur kleine Anteile der jungen Bevölkerung ansprechen, erreichen sie doch insgesamt gesehen gut die Hälfte der jungen Menschen als Mitglieder, von denen sich auch fast alle im verbandlichen Rahmen aktiv betätigen.*¹²⁴

312) Anhand der dem Bayerischen Jugendring gemeldeten Mitgliederzahlen seiner Mitgliedsorganisationen zeigt sich, dass von einer gleichbleibenden bis leicht steigenden Zahl organisierter junger Menschen auszugehen ist. 1998 zählten bereinigt durch den Prozentsatz der Mehrfachmitgliedschaften¹²⁵ 1,7 Mio., 2004 1,8 Mio. junge Menschen zu den Mitgliedern der Jugendorganisationen. Bezogen auf die Gesamtzahl der 6- bis 27- Jährigen in Bayern (2.935.458) bedeutet diese Mitgliederzahl, dass 2004 statistisch gesehen rund 65 % der jungen Menschen in Bayern als Mitglieder in Jugendorganisationen des Bayerischen Jugendrings gemeldet waren. Berücksichtigt man, dass die Mitgliedsquote in Bayern allem Anschein nach über dem Bundesdurchschnitt liegt,¹²⁶ kann die auf der Grundlage von Mitgliedermeldungen errechnete Größenordnung (1,8 Mio. Mitglieder) als plausibel gelten.

313) Die gesellschaftliche Realität in Bayern, die durch einen wachsenden Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gekennzeichnet ist, macht es allerdings erforderlich, dass sich Jugendverbände aktiv damit auseinandersetzen, wie es gelingen kann, diese als Mitglieder und zur Mitarbeit zu gewinnen.

314) Der Anteil unter diesen Mitgliedern, die sich über die normalen Aktivitäten hinaus in Ämtern und Funktionen des Verbandes engagieren, kann je nach Verband zwischen 10 % und 40 % liegen. Nimmt man die Zahl der 1.3 Mio. gemeldeten (65 % von 2 Mio.) 14- bis 27-jährigen Mitglieder in Bayern als Berechnungsgrundlage, bedeutet dies, dass mindestens 130.000 als Ehrenamtliche im Rahmen der Jugendarbeit in Bayern engagiert sind.

315) Ergänzend zu den Zahlen der individuellen Mitgliedschaft sind folgende Entwicklungen hinsichtlich der Zahl der Mitgliedsorganisationen im Bayerischen Jugendring zu verzeichnen: Zwischen 2000 und 2006 stieg die Zahl der auf örtlicher Ebene aktiven Jugendinitiativen, die als Mitglieder aufgenommen wurden, von 300 auf 450, ca. 10 % davon schießen im gleichen Zeitraum aus. In diese Kategorie gehören auch 50 örtliche Initiativen, die als Selbstorganisationen von Migrantenjugendlichen zu verstehen sind. Außerdem erreichte im gleichen Zeitraum eine Mitgliedsorganisation den Status eines Landesverbandes, so dass deren Zahl von 28 auf 29 stieg. Insgesamt nimmt die Zahl der Mitgliedsorganisationen im Bayerischen Jugendring regelmäßig zu, insbesondere die Gruppe der örtlichen Jugendinitiativen wächst seit langem. Diese Mitgliedsentwicklung kann insgesamt als Ausdruck der Pluralisierung von Interessenslagen und Organisationsformen jugendlicher Aktivitäts- und Engagementformen betrachtet werden.

¹²⁴ Gille u.a.2006, S. 285 f.

¹²⁵ Rauschenbach 2004

¹²⁶ ebd.

316) Eine wichtige Funktion für Zuwanderer, insbesondere für Neuzugewanderte, können Migrantenorganisationen erfüllen, sie sind häufig die erste und somit wichtigste sprachliche und kulturelle Brücke in die Gesellschaft.¹²⁷ Seit ca. 10 Jahren ist eine Zunahme dieser Organisationen zu verzeichnen, die als örtliche Jugendgemeinschaften von jungen Migrantinnen und Migranten Mitgliedsorganisation im Bayerischen Jugendring sind. Sie lassen sich differenzieren nach religiös orientierten Vereinigungen, freizeitorientierten Vereinen, Vereinen mit einer musisch-kulturell ausgerichteten Jugendarbeit sowie Vereinen mit Bildungsschwerpunkt für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.¹²⁸

317) Zusätzlich zu den im Bayerischen Jugendring zusammengeschlossenen Jugendverbänden sind die im Ring Politischer Jugend (RPJ) zusammen gefassten *Jugendorganisationen politischer Parteien* zu nennen. Hierzu gehören die Junge Union Bayern (JU), Jungsozialisten in der SPD (Jusos), Grüne Jugend, Junge Liberale Bayern (JuLis), Jungbayernbund. Weitere politische Jugendorganisationen sind die Jungen Freien Wähler, die Schüler Union (Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union Bayern) sowie die Studentenverbände Ring Christlich-Demokratischer Studenten Bayern (RCDS), Juso-Hochschulgruppe, Grüne Studenten (GrünS). Der RPJ geht von 44.500 Mitgliedern aus. Die Entwicklungen der Mitgliederzahlen sind je nach Organisation unterschiedlich: Während die Jugendorganisationen von CSU und SPD zum Beispiel im Zeitraum von 2000 bis 2005 abnehmende Mitgliederzahlen zu verzeichnen haben (JU von 36.000 auf 34.000, Jusos von 9.500 auf 8.000), vermeldet die Grüne Jugend im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von 777 auf 1.167 Mitglieder, die JuLis allerdings eher stagnierende Mitgliederzahlen (900 - 950). Der Jungbayernbund hatte im Jahr 2005 851 Mitglieder gegenüber 783 im Jahr 2000. Zur Bewertung der Mitgliederentwicklungen sollte berücksichtigt werden, dass die Mitgliedschaft in parteipolitischen Nachwuchsorganisationen im Zusammenhang steht mit dem Ansehen, das Parteien, Politiker bzw. aktuelle Tagespolitik bei jungen Menschen genießen. Alle Untersuchungen beschreiben eine zunehmende Distanz bzw. sinkende Akzeptanz, was allerdings zu unterscheiden ist von politischem Interesse bzw. der Bereitschaft zu politischer Partizipation oder tatsächlicher Aktivität. Hier zeigt sich, dass sowohl politisches Interesse vorhanden ist, als auch ein breites Verhaltensrepertoire punktueller politischer Partizipation angestrebt wird, die aktive Mitarbeit in einer Partei oder die Übernahme eines politischen Amtes aber nur für wenige vorstellbar ist.¹²⁹ Vielmehr sind solche Engagementformen bei Jugendlichen beliebter, die sich in lockeren Organisationsformen abspielen. *„Insbesondere die politischen Parteien müssen hier offensichtlich umdenken. Sie stehen wegen ihres vorrangigen Interesses an langfristiger Bindung von Wählern und Mitgliedern vor der schwierigen Aufgabe, neben den festen Struktu-*

¹²⁷ Vgl. 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Dezember 2007, S. 169.

¹²⁸ Vgl. ausführlicher zu Migrantenselbstorganisationen: Nick, Peter: Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und/oder familiärem Migrationshintergrund in der Jugendverbandsarbeit in Deutschland- Überblick über den Forschungs- und Diskussionsstand, München 2005.

¹²⁹ Gille u.a. 2006, S. 245

ren ihrer Organisation neue und flexible Partizipationsformen für Jugendliche bereitzustellen.“¹³⁰

Welche Jugendlichen engagieren sich in welchen Bereichen?

In welchen Organisationen engagieren sich junge Migrantinnen und Migranten (Mitgliedschaft in Jugendverbänden)?¹³¹

318) Der *Bildungsstatus* der Jugendlichen ist das ausschlaggebende Kriterium für ihr Engagement. es folgen die Kirchenbindung sowie der Einfluss des sozialen Umfeldes. Jugendliche mit hohem Bildungsabschluss sind mit einem Anteil von 43 % fast doppelt so häufig engagiert wie Jugendliche mit einem niedrigen Bildungsabschluss (22 %).¹³²

319) Auch wenn man die Fragestellung nicht nur auf die Engagierten begrenzt, sondern erweitert auf Mitgliedschaften bzw. Aktivitäten in der Jugendarbeit, ist der Bildungsstatus die entscheidende Einflussvariable. Angebote der Jugendarbeit scheinen in vielen Bereichen überproportional häufig von Schülerinnen und Schülern wahrgenommen zu werden, die das Gymnasium besuchen. Das gilt in dieser Allgemeinheit sicher nicht für die Besucherinnen und Besucher von Jugendzentren, auch nicht für alle Jugendverbände, sofern sie, wie beispielsweise Sportvereine, milieuspezifisch ausgerichtet sind. Durchschnittszahlen zeigen aber auch für diesen außerschulischen Bildungsbereich den Zusammenhang von Herkunftsmilieu und Teilhabe am organisierten Vereinssport.¹³³ Aus der Perspektive der Bildungsgerechtigkeit zeigt sich an dieser Stelle auch für den außerschulischen Bereich, insbesondere für die Jugendverbände, ein besonderer Handlungsbedarf.

320) Als ein weiterer wesentlicher sozial-struktureller Einflussfaktor auf soziale und politische Partizipation gilt, ob Kinder und Jugendliche entweder selbst nach Deutschland zugewandert sind oder in einer Familie aufwachsen, in der mindestens ein Elternteil zugewandert ist.¹³⁴ Wenn Migrant*innen von Angeboten und Einrichtungen der Jugendarbeit erreicht werden, sie in diesen Kontexten aktiv oder Mitglied sind, kann dies als ein Ausdruck sozialer und politischer Partizipation angesehen werden: Während die Angebote der Jugendverbände unterdurchschnittlich von Kindern mit Migrationshintergrund genutzt werden, ist dies bei Jugendzentren und Jugendfreizeitstätten nicht der Fall. Ihnen gelingt es offenbar weitaus besser, diese Kinder und Jugendlichen zu integrieren. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Jugendzentren und -treffs sozialräumlich auf das jeweilige soziale Wohnumfeld ausgerichtet sind, während Jugendverbände mit ihren im Wesentlichen inhaltlich ausgerichteten Profilen und besonderen Organisationstraditionen, explizit oder implizit bestimmte Voraussetzungen für das Mitmachen haben.

¹³⁰ Shell Deutschland Holding 2006, S. 46

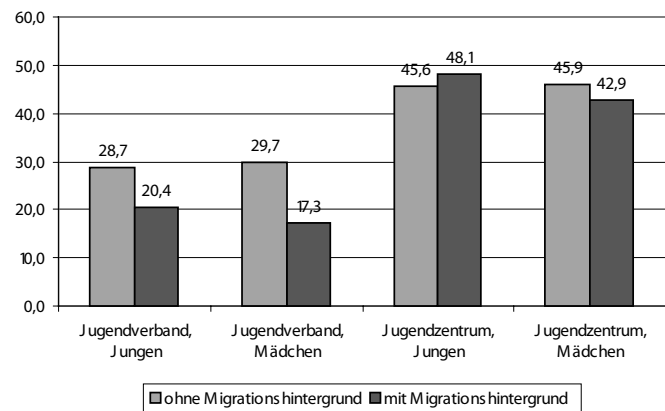
¹³¹ Frage aus Kapitel 3.12 L

¹³² TNS Infratest Sozialforschung 2006

¹³³ Deutscher Bundestag 2005

¹³⁴ Vgl. ausführlicher Kapitel 3.12 L

Abbildung 19: Anteil der 12- bis 15-Jährigen, die Angebote von Jugendzentren und Jugendverbänden wahrgenommen haben (in %)



DJI-Jugendsurvey 2003¹³⁵

321) Allerdings ist es keineswegs so, dass Migrant*innen überhaupt nicht in Verbänden und Vereinen aktiv wären. Es zeigt sich vielmehr, dass der Prozess der sozialen Integration in diesem gesellschaftlichen Bereich voranschreitet.

Tabelle 17: Anteil der 12- bis 15-Jährigen aktiven Migrant*innen bzw. westdeutschen Jugendlichen (in %)¹³⁶

Aktiv in Vereinen	1. Generation	2. Generation	Einheimische
Sportvereine	48	55	63
Politische Jugendorganisation	1	2	2
Kirchengemeinde, kirchl. Jugendgruppe ¹³⁶	16	17	28
Heimat- u. Bürgerverein	2	3	13
Sonstige Jugendgruppe, -organisation	4	4	9
Andere Vereine / Verbände	6	11	15
Aktiv in mindestens einem Verein	62	63	80

DJI-Jugendsurvey 2003¹³⁷

322) Insgesamt ist ein relativ hoher Anteil von Migrant*innen festzustellen, die mindestens in einem Verein

¹³⁵ Deutscher Bundestag 2005, S. 247

¹³⁶ In dieser Kategorie zeigt die Aufschlüsselung nach Religionszugehörigkeit einen Anteil von 5 % islamischer Jugendlichen, die Mitglied in einem Verein/Verband sind, wo islamische Praxis und Religiosität eine Rolle spielen. Allerdings handelt es sich hierbei um sehr geringe Fallzahlen (5 % von 376 befragten islamischen Jugendlichen im Alter von 16 bis 29), schriftliche Auskunft von M. Gille, Autorin des DJI-Jugendsurvey, Okt. 2007

¹³⁷ Gaiser 2006, S. 267

aktiv sind. Dieser Anteil ist zwar niedriger als bei den deutschen Jugendlichen, aber in der Tendenz zunehmend. Die Organisationsschwerpunkte von Migrantenjugendlichen und westdeutschen Jugendlichen unterscheiden sich kaum. Migrantenjugendliche der zweiten Generation sind fast zu zwei Drittel in vergleichbaren Strukturen aktiv. Am meisten werden sowohl die Migranten als auch die deutschen Jugendlichen durch Sportvereine erreicht. Im Sport ist ein besonders deutlicher Anstieg zwischen der ersten und zweiten Generation festzustellen, was auf die Attraktivität dieser Organisationen für Migrantenjugendliche hindeutet.

323) Sieht man von den Aktiven in Sportvereinen ab, die sowohl bei Migranten- als auch bei einheimischen Jugendlichen den weitaus größten Teil ausmachen, zeigt sich, dass nur 37 % der Migranten – gegenüber 57 % der einheimischen Jugendlichen in anderen Vereinen oder Organisationen aktiv sind.

324) Berücksichtigt man zusätzlich den Bildungsstatus der Migrantenjugendlichen, zeigt sich, dass dieser in gleicher Richtung strukturierend wirkt wie bei den deutschen Jugendlichen bzw. dass Bildungseffekte Migrationseffekte vermindern.

Tabelle 18: 16- bis 29-Jährige Mitglieder in einer Organisation, nach Schulabschluss und Migrationshintergrund (in %)

Schulabschluss	1. Generation	2. Generation	Einheimische
Mit bzw. ohne Hauptschulabschluss	28	40	53
Mittlere Reife	57	58	63
Abitur	43	61	70

DJI-Jugendsurvey, Gaiser 2006, S. 271

325) Weniger die biografischen Migrationserfahrungen als die persönlichen Bildungsverläufe sind offensichtlich wesentliche Einflussfaktoren der Integration in Vereine und Organisationen. Bei der Bewertung dieser Ergebnisse muss allerdings berücksichtigt werden, dass unter den Migrantenjugendlichen der Anteil derjenigen ohne / mit Hauptschulabschluss deutlich höher ist als unter den einheimischen Jugendlichen, so dass angesichts des starken Einflusses des Bildungsstatus die größere Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht an der Integrationsfunktion dieser Organisationen teil hat.

326) *Geschlecht* der Jugendlichen, im Wesentlichen verstärkt durch Lebensalter, Bildungs- und Migrationsstatus, ist der dritte strukturierende Faktor der Beteiligung. So zeigen Untersuchungen zum Aktivitätsgrad im Sport, dass Hauptschülerinnen mit 36 % den niedrigsten Anteil von sportlich Aktiven aufweisen, demgegenüber Schüler des Gymnasiums mit 69 % den höchsten Anteil. Je jünger die Jugendlichen sind, desto höher ist ihr Organisationsgrad, im wesentlichen in den sportlichen und kirchlichen Vereinen und Gruppierungen, in den ersten finden sich mehr männliche, in den zweiten mehr weibliche Jugendliche.

327) Mädchen sind generell weniger als Jungen in Sportvereinen Mitglied, dies gilt insbesondere für Mädchen mit Migrationshintergrund. 22 % von ihnen gegenüber 37 % der einheimischen Mädchen sind im Sport organisiert.¹³⁸ Die Möglichkeit der körperlichen, sportlichen Betätigung für Mädchen wird stark davon beeinflusst, welchen religiös-kulturellen Erziehungsnormen sie in der Familie unterliegen. Um eine stärkere Partizipation dieser Mädchen und jungen Frauen zu erreichen, wird es unerlässlich sein, eine interkulturelle Öffnung der Sportverbände gerade mit dieser Perspektive voranzubringen. Dies kann insbesondere durch Kontakte zu Migrantenorganisationen und Kooperationen mit Schulen und Kindergärten erleichtert werden.¹³⁹

328) Auch bei den Engagierten zeigt sich, dass männliche Jugendliche durchschnittlich überrepräsentiert sind. 33 % der Frauen gelten als engagiert gegenüber 38 % der Männer.¹⁴⁰ Erhebungen des Bayerischen Jugendrings zur Zusammensetzung der Gremien der Jugendverbände, der Jugendringe auf unterschiedlichen Ebenen,¹⁴¹ ermöglichen einen vertieften Einblick zu diesem spezifischen Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit in der Jugendarbeit:

- In den Mitgliederversammlungen der Verbände stieg der Anteil der Frauen seit 1991 von 37 % auf 43 % (2005).
- Bei den Vorstandspositionen der Jugendverbände betrug der Frauenanteil 1991 33 %, im Jahr 2005 36 %.
- Unter den Vorsitzenden waren 1991 Frauen zu 34 % vertreten, im Jahr 2005 zu 37 %.
- Die Vorstandspositionen der Stadt-/Kreisjugendringe wurden 1991 zu 27 % von Frauen wahrgenommen, 2005 zu 38 %.
- Die Stadt-/Kreisjugendringvorsitzenden waren 1991 zu 11 % weiblich, 2005 zu 26 %.
- Der Landesvorstand des Bayerischen Jugendrings ist seit 1995 quotiert, setzt sich folglich mindestens aus jeweils 4 Männern und 4 Frauen zusammen.

329) Der Anteil der Frauen in den Gremien der Jugendarbeit ist seit 1991 deutlich angestiegen. In keinem der Fälle, mit Ausnahme des per Satzung quotierten Landesvorstands, wird allerdings der durchschnittliche Anteil von gut einem Drittel Frauen überschritten.

Welche Erkenntnisse gibt es zur politischen Beteiligung junger Migrantinnen und Migranten?¹⁴²

330) Der Jugendsurvey arbeitet den aktuellen Erkenntnisstand zum Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlicher Integration und politischer Partizipation von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen und Migrationshintergrund heraus. Demnach zeigt sich, dass bei allen Partizipationsfor-

¹³⁸ Vgl. Gille u.a. Jugendsurvey 2003

¹³⁹ Vgl. 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Dezember 2007, S. 180.

¹⁴⁰ Freiwilligensurvey 2004

¹⁴¹ Bayerischer Jugendring 2005

¹⁴² Frage aus Kapitel 3.12 L

men¹⁴³ der Anteil der Migrantinnen und Migranten von der ersten zur zweiten Generation steigt. „*Junge Menschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation entsprechen meist im Umfang der Partizipation bei solchen Organisationen stärker den Einheimischen als denen der ersten Generation, die sich vergleichsweise weniger beteiligen.*“¹⁴⁴

331) Politische Beteiligung im engeren Sinne sieht bei Einheimischen und Migrant*innen Jugendlichen sehr ähnlich aus. So sind 1 % der 16- bis 29-Jährigen der zweiten Generation Mitglied einer politischen Partei gegenüber 2 % der Einheimischen, 88 % der Migranten der zweiten Generation sehen die Beteiligung an Wahlen als wichtig an, gegenüber 95 % der Einheimischen, 17 % gegenüber 19 % wären bereit, ein politisches Amt zu übernehmen. Die Bereitschaft zur Mitarbeit in Mitbestimmungsgremien in Betrieb oder Schule ist mit 58 % in beiden Gruppen gleich hoch.

332) Zu berücksichtigen ist allerdings, dass politische Partizipation für junge Erwachsene mit Migrationshintergrund strukturell eingeschränkt ist, insofern hierfür die deutsche Staatsbürgerschaft eine Voraussetzung ist. Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit – mit Ausnahme von EU-Angehörigen bei Gemeinde- und Landkreiswahlen – sind nicht wahlberechtigt und somit in der Regel von der zentralen demokratischen Mitbestimmungsform ausgeschlossen.

Welche Veränderungen gibt es hinsichtlich dieses Engagements?

333) Insgesamt gesehen geben die vorhandenen Daten und Analysen *keinerlei Anhaltspunkte* dafür, dass das *soziale Eingebundensein junger Menschen über Organisationen und Verbände*, Engagement im weiten Sinne, aber auch die politische Beteiligung *geringer würden*. „*Dem partiellen Rückgang bei konventionellen Formen stehen relativ konstante Aktivitätsniveaus bei freieren Formen des Engagements gegenüber, die als Erweiterung des partizipatorischen Handlungsrepertoires mittlerweile akzeptiert sind. Allerdings kann man kaum von einer Substitution konventioneller durch unkonventionelle Beteiligungsformen sprechen.*“¹⁴⁵

334) Im Hinblick auf Jugendliche und junge Menschen mit Migrationshintergrund kann festgehalten werden, dass das Ausmaß der Beteiligung von der ersten zur zweiten Generation zunimmt, und dass die individuellen Ausprägungen und Ressourcen für Engagement und Beteiligung sich ähnlich wie die der Einheimischen darstellen. Insgesamt sind die persönlichen Bildungsverläufe wie bei den Einheimischen die entscheidenden Einflussfaktoren für Partizipation in allen Dimensionen.

335) Folgt man den Daten des Freiwilligensurvey, sind die Stadt-/Landunterschiede weniger stark als vermutet. Im Bundesdurchschnitt sind in der Stadt 27 % der 14- bis 24-Jährigen nicht aktiv, auf dem Land 22 %, dagegen sind 33 % der

Jugendlichen in der Stadt engagiert und 40 % auf dem Land. Zu den Aktiven in der Stadt zählen 40 %, auf dem Land 44 %.¹⁴⁶

336) Folgende Trends sind allerdings durchgängig erkennbar:

- Mädchen und Frauen sind weniger vertreten als Jungen und Männer.
- Je höher das Bildungsniveau, desto größer ist die Zahl der Engagierten.
- Die Beteiligung am Erwerbsleben unterstützt das individuelle Engagement positiv.
- Gesellschaftlich integriert zu sein über das Erwerbsleben befördert ebenso eine stärkere Einbindung über Vereine und Verbände.¹⁴⁷

337) Die häufig geschilderte Beobachtung, junge Menschen würden zunehmend kurzfristige Engagementformen bevorzugen, kann auf der Basis vorhandener Untersuchungen nicht bestätigt werden.¹⁴⁸ Die relativ konstant bleibende Bedeutung von Vereinen und Verbänden als Aktivitäts- und Engagementfeld für Jugendliche sagt allerdings nicht unbedingt etwas darüber aus, inwieweit sie sich langfristig für die Übernahme von Aufgaben und Ämtern einbinden lassen (können). Steigende Anforderungen an berufliche Mobilität, auch während der Ausbildung bzw. während des Studiums, schränken die Möglichkeiten des längerfristigen Engagements, insbesondere in Form der Übernahme von verantwortlichen Ämtern und Positionen, ein. Neue Formen, wie die beobachtete Projektarbeit an Schulen, können aber auch als ein Ausdruck einer *Zunahme des Engagements und nicht nur als Hinweis für den Wandel des Engagements* gesehen werden. Ähnliches gilt für das Ergebnis der Shell Jugendstudie, die einen Anteil von einem Drittel der Befragten ermittelte, die sich nicht-organisiert engagieren.

338) *Jugendfreiwilligendienste sind eine spezifische Organisationsform, die junge Menschen zu Engagement anregen und unterstützen soll.* War dieses Angebot zunächst beschränkt auf pflegerische, erzieherische und ähnliche Tätigkeiten (FSJ) hat sich das Spektrum der Einsatzfelder inzwischen erheblich erweitert. Nicht nur das FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr) bietet weitere Betätigungsmöglichkeiten, sondern ebenso der Einsatz in den Bereichen Sport und Kultur sowie das FSJ im Ausland. In allen Jugendfreiwilligendiensten standen 2006/2007 18.100 aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderte Plätze zur Verfügung. Hinzuzurechnen sind 4.587 Plätze für junge Männer, die seit 2003 Zivildienst im FSJ ableisten können. Die Zahl der öffentlich geförderten Plätze hat sich in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt. Insgesamt nehmen allerdings nicht mehr als „*rund 2 % eines Gesamtjahrgangs bzw. etwa 4 bis 5 % eines*

143 Im Jugendsurvey werden unterschieden: Mitgliedschaft und Aktivität in traditionellen Vereinen, Aktivität in informellen Gruppierungen (z. B. Friedens- / Tierschutzinitiativen), Bereitschaft zur politischen Partizipation

144 Gaiser, W. u.a. in: Gille, u.a. 2006, S. 266

145 Gille u.a. 2006, S. 288

146 Vortrag Sybille Picot, 5. Sitzung, 24.01.2006

147 Gille u.a. 2006

148 Als wichtigster Sozialraum fungieren in Deutschland weiterhin Vereine, 40 % aller Jugendlichen sind hier aktiv, gefolgt von Schulen (23 %), Kirchengemeinden, -gruppen (15 %), selbstorganisierten Projekten (11 %), Jugendorganisationen (12 %), vgl. 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 126

weiblichen Altersjahrgangs“¹⁴⁹ daran teil. Die Mehrzahl der Personen in Freiwilligendiensten ist zwischen 19 und 21 Jahre alt. Obwohl 2002 das Mindestalter (Erfüllung der Vollzeitschulpflicht) herabgesetzt wurde, blieb der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluss konstant bei 16 % im FSJ und 12 % im FÖJ. Diese Untersuchungsergebnisse zur Alterszusammensetzung werden durch Beobachtungen aus der Praxis bestätigt, viele Einsatzstellen setzen nämlich ein Mindestalter von 18 Jahren voraus, weil z. B. der Führerscheinbesitz Voraussetzung ist. Für Absolventen der Hauptschule bedeutet dies, dass sie nicht unmittelbar im Anschluss an die Schule einen Dienst antreten können, die persönliche Orientierungsfunktion im Übergang in eine Berufsausbildung folglich aufgrund des Lebensalters so nicht genutzt werden kann.

339) Insgesamt gesehen übersteigen die Interessentenzahlen für dieses Angebot aber regelmäßig die Zahl der Plätze, die zur Verfügung stehen.

340) Aufgabe der Träger¹⁵⁰ ist es, die Dienste so zu organisieren, dass die Freiwilligen durch pädagogische Fachkräfte fachlich angeleitet und pädagogisch begleitet werden. Für die Teilnehmenden liegt die besondere Attraktivität dieser Engagementform in der Mischung von Bildungs- und Orientierungsphase einerseits und der Übernahme sozialer Verantwortung und gemeinwohlorientiertem Handeln andererseits. Die Bildungsseminare im Wechsel mit den praktischen Einsätzen sind deshalb unverzichtbarer konzeptioneller Bestandteil der Freiwilligendienste. Ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerten im Rückblick dieses Jahr häufig als weichenstellend für persönliche und berufliche Entwicklung. „Insgesamt zeigt sich, dass die Freiwilligendienste geeignet zu sein scheinen, die Erwartungen, die an sie in Sachen Lernorte gerichtet werden, auch tatsächlich zu erfüllen.“¹⁵¹

Wie engagieren sich Jugendliche im Ausland?

341) Grenzüberschreitendes ehrenamtliches und freiwilliges Engagement wird unterstützt durch die Angebote der Freiwilligendienste wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr, dem Freiwilligen Ökologischen Jahr¹⁵² und dem Europäischen Freiwilligendienst. Diese Dienste erstrecken sich jeweils auf mindestens 6 Monate. 2003 nahmen am Europäischen Freiwilligendienst 985 Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren teil, zwei Drittel hiervon (593) kamen aus Deutschland.¹⁵³ Hinzu zu rechnen sind außerdem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an internationalen workcamps, in denen Jugendliche aus mindestens zwei, meistens jedoch mehreren Ländern zusammen arbeiten.¹⁵⁴ Traditionell aktiv sind Jugendliche außerdem im Rahmen internationaler Jugendbegegnun-

gen. An entsprechenden Maßnahmen nahmen 2004 lt. Jugendhilfestatistik in Bayern insgesamt 17.864 Jugendliche teil.

3.3.2 Die subjektive Bedeutung von Freizeit, Engagement und Partizipation

342) Freizeit, Engagement, Partizipation und die in diesen Sphären aktiven Institutionen und Organisationen tragen maßgeblich zur sozialen Integration Jugendlicher bei. Zur Entwicklung von Anregungen zur Verbesserung entsprechender Angebote ist es allerdings notwendig, sich dem subjektiven Sinn dieser jugendlichen Interessen- und Betätigungsform zuzuwenden. Damit sind gemeint die *persönlichen Motive der Jugendlichen*, die Bedeutung, die sie ihrem Engagement zuschreiben, und (Aus)wirkungen, die Engagement tatsächlich haben kann.

343) Insbesondere für junge Migrantinnen und Migranten bedeutet Partizipation sozioökonomische Teilhabe, Einbeziehung in soziale Netzwerke und Mitwirkungsmöglichkeiten an der politischen Meinungsbildung. Den mit der Partizipation verbundenen Anreizen und Gelegenheiten zum Erwerb von Fähigkeiten, die der Integration in anderen Bereichen des Aufnahmelandes zugute kommen, fällt eine entscheidende Bedeutung zu.

344) Der Grad zivilgesellschaftlicher Partizipation und politischer Beteiligung ist insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund ein Ausdruck von Zugehörigkeit und Anerkennung. „Die Jugendlichen möchten gleichberechtigt anerkannt werden, sie möchten gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben. Und da fängt auch das Problem an: Dass man nicht teilhaben kann. Da fühlen sie sich benachteiligt – ob es tatsächlich Benachteiligung gibt, möchte ich dahingestellt sein lassen, aber ich versuche die subjektive Meinung, die Gefühlslage der Jugendlichen darzustellen. Sie fühlen sich nicht anerkannt – das ist immer eines der wichtigsten Stichworte. In Deutschland fühlen sich die meisten Jugendlichen, auch wenn sie beruflich erfolgreich sind, nicht anerkannt. In irgendeiner Art und Weise scheint immer eine latente oder auch nicht latente Diskriminierung vorhanden zu sein. Das ist die subjektive Wahrnehmung der Jugendlichen.“¹⁵⁵

345) Für die Teilgruppe der jungen Flüchtlinge wird diese Problematik noch dadurch verschärft, dass sie durch rechtliche Bestimmungen (wie z.B. die Residenzpflicht) sehr eingeschränkt werden, an Freizeitangeboten – aber auch Bildungsmaßnahmen – teilhaben zu können. So ist die kurzfristige Teilnahme z. B. an Fußballspielen außerhalb des Landkreises nicht möglich, wenn die hierfür erforderliche Reiseerlaubnis nicht vorliegt.

Nach welchen Kriterien richten junge Menschen ihr persönliches Engagement aus?

346) Alle einschlägigen Untersuchungen, aktuelle ebenso wie länger zurückliegende, bestätigen als zentrale Motivlage junger Menschen, sich zu engagieren, Folgendes:

149 Rauschenbach, Thomas. Jugendfreiwilligendienste. Lernorte zwischen Schule und Beruf. In: deutsche Jugend 9/2007, S. 387

150 Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gebietskörperschaften

151 Rauschenbach, 2007, S. 390

152 Vgl. Kapitel 3.13 M

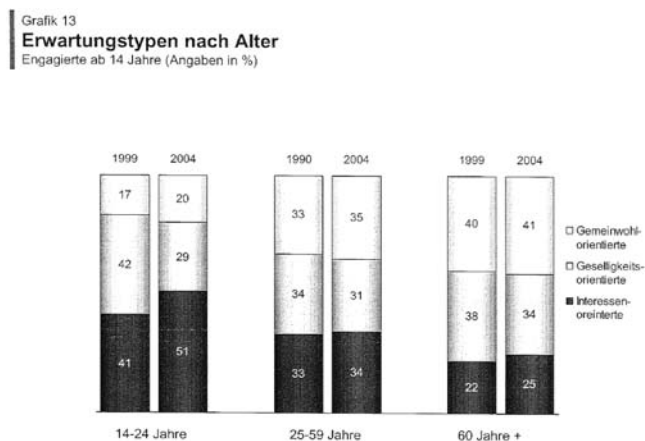
153 Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion: „Jugend in Deutschland“

154 Dieses Einsatzspektrum ist ab 01.01.2008 erweitert worden durch den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst.

155 Dr. Ahmet Toprak, Anhörung, 26. Sitzung, 26.06.2007

347) *Dreh- und Angelpunkt* für den Zugang, das Mitmachen, das Dabeibleiben und das Engagement ist die *Freundesgruppe, das Beziehungsumfeld*. Das Zusammensein mit gleichgesinnten sympathischen Menschen ist ein Hauptmotiv des Engagements. Folgt man den Ergebnissen des Freiwilligen-survey, so zeigt sich, dass auf das Gemeinwohl orientierte Motive in der Altersgruppe der bis 24-Jährigen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen am geringsten ausgeprägt sind. Die Geselligkeitsorientierung war dagegen 1999 bei Jugendlichen am stärksten ausgeprägt, ist 2004 allerdings zugunsten einer so genannten Interessenorientierung deutlich zurückgegangen. 51 % der Engagierten werden 2004 gegenüber 41 % im Jahr 1999 diesem Erwartungstyp zugeordnet.

Abbildung 20: Erwartungstypen nach Alter



Vortrag Sybille Picot, 5. Sitzung, 24.01.2006

348) Die starke Ausprägung dieses Typus ist nur bei Jugendlichen zu finden. Das weist darauf hin, dass sich die gesellschaftliche Diskussion um den Stellenwert von Kompetenzen, die nicht durch Schulleistungen zertifiziert werden, für das individuelle Fortkommen aber als hilfreich gelten, inzwischen in den Selbsteinschätzungen der Jugendlichen abbildet. Folglich erwarten sich Jugendliche von ihrem Engagement, dass sie Organisationsgeschick erwerben, dass sie lernen mit Belastungen umzugehen und dass sie befähigt werden, selbstständig etwas auf die Beine zu stellen. Dass insbesondere soziale und personale Kompetenzen durch Engagement besonders gefördert werden, wird inzwischen durch mehrere Untersuchungen bestätigt.

349) Bei dieser Typisierung und Gegenüberstellung von *Gemeinwohl-, Interessen- und Geselligkeitsorientierung* sollte allerdings berücksichtigt werden, dass Jugendliche die Motive, sowohl für sich selbst etwas zu tun als auch sich für andere einzusetzen, *nicht als Gegensatz* empfinden, sondern als aufeinanderbezogene Motive in einem Motivbündel.¹⁵⁶ Hierin liegt das besondere Merkmal jugendlichen Engagements, das eingebettet ist in den Prozess des Aufwachsens, der Entwicklung von Verantwortung für sich und für andere.

¹⁵⁶ Fauser u.a. 2006

Wie prägen „Peer Groups“ und Eltern das politische Verhalten und Engagement junger Menschen?

350) Familie, Freunde, Ausbildung (Schule, Universität, Lehre), Freizeitaktivitäten sind die wesentlichsten sozialen Beziehungsnetze für Jugendliche überhaupt. Freunde können manchmal wichtiger sein als die Familie, insbesondere bei denjenigen, die sich häufig engagieren.¹⁵⁷ An der subjektiv hohen Wertschätzung der Familie ändert dies wenig. Aus der empirisch nachzuzeichnenden Beobachtung, dass erwachsene Engagierte bereits im Kindes- bzw. Jugendalter ihr Engagement begonnen haben und aus der Tatsache, dass erhebliche Anteile des Engagements in so genannten traditionellen Organisationen stattfinden, kann geschlossen werden, dass der Einfluss des Elternhauses gerade bei jüngeren Jugendlichen groß ist. *Eltern erschließen den Zugang zu den Organisationen*, in denen sich Engagement entwickeln kann, und sie wirken gegebenenfalls auch als Vorbild. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass Jugendliche ohne diese familiäre Unterstützung es schwieriger haben, Zugang zum Engagement zu finden. Über die unmittelbare Wirkung, die das Elternhaus auf soziale und politische Beteiligung ausübt, wirkt auch das übrige soziale Umfeld. „*Hierfür ist auch eine Bindung und Aktivität religiöser Art wichtig.*“¹⁵⁸ Allerdings ist nicht von linearen Ursache- / Wirkungsbeziehungen auszugehen, sondern von komplexen Wechselwirkungen unterschiedlicher Faktoren. Wesentlich sind in allen Fällen allerdings die Bildungsressourcen des jeweiligen Milieus.

Was erwarten Jugendliche als Mitglieder von ihren Jugendverbänden?

351) Erwartungen jugendlicher Mitglieder sind zunächst nicht zu trennen von den Motiven des Mitmachens. Aussagen dazu, warum Jugendliche in Organisationen wie Jugendverbänden aktiv sind, können deshalb auch als Ausdruck von *subjektiven Erwartungen* an diese verstanden werden. Exemplarisch soll hier auf eine Studie¹⁵⁹ hingewiesen werden, die sich nicht nur mit den Motiven, sondern auch mit Erfahrungen von Verbandsmitgliedern empirisch auseinandersetzt, so dass die Realisierung der Erwartungen ermittelt werden konnte. Die Studie kommt nicht nur (wie andere auch) zu dem Ergebnis, dass die selbstbezogenen Motive (Spaß haben, Gemeinschaft mit anderen finden, Angebote mitbestimmen) und die pro-sozialen Motive (für andere Menschen etwas tun) beide einen sehr hohen Stellenwert haben, sondern dass die Mitglieder mit der Verwirklichung ihrer Erwartungen tatsächlich auch überwiegend zufrieden sind. Höhere Erwartungen als Verwirklichungsmöglichkeiten haben diese Mitglieder in Bezug auf „sachbezogene Aktivitäten“, in diesem Falle das Erlernen und Anwenden von Feuerwehrtechnik. Außerdem gibt es sehr *hohe Ansprüche* an das *gleichberechtigte Miteinander* und die emotionale Anerkennung in der Kleingruppe, die nicht immer als ausreichend umgesetzt erlebt werden. Gefragt nach den Erfahrungen bei der Verwirklichung demokratischer Prinzipien (Meinungsfreiheit, Mitgestaltung, Konsensentscheidungen u.ä.) zeigten sich die Mitglieder, insbesondere die ehrenamtlich tätigen Jugendlichen, insgesamt sehr zufrieden. Inter-

¹⁵⁷ Deutsche Shell Holding 2006

¹⁵⁸ Gille u.a. 2007, S. 287

¹⁵⁹ Richter u.a. 2006

santerweise waren allerdings die Jugendlichen weniger zufrieden als die Erwachsenen. Auch hier wird Folgendes deutlich: Jugendliche erwarten sich von den Organisationen, in denen sie aktiv sind, dass

- sie sich wiederfinden mit ihren Interessen nach sozialem Miteinander und nach von ihnen als sinnvoll erlebter Betätigung,
- sie Herausforderungen und Anerkennung in Ernst-Situationen erfahren können,
- Mitbestimmung erfahrbar und tatsächlich ausgeübt wird und nicht nur prinzipiell und strukturell vorgesehen ist.¹⁶⁰

Diese Einzelstudie illustriert anhand empirischer Daten, was den Kern und den Stellenwert der über Jugendarbeit vermittelten Erfahrungen und Lernprozesse ausmacht: Es geht um die Erfahrung, etwas bewirken zu können (Selbstwirksamkeit) und die Gelegenheit, aktiv tätig zu sein (Selbsttätigkeit), und zwar in realen so genannten „Ernst-Situationen“.

352) Speziell nach *Unterstützungsformen* gefragt, erwarten die Engagierten von Organisationen als erstes Finanzmittel für Projekte (59 % der 14- bis 24-Jährigen, 65 % der über 25-Jährigen). Die Bereitstellung von Räumen wird als zweites genannt (53 %, 42 %), gefolgt von dem Wunsch nach Weiterbildungsmöglichkeiten (34 %, 35 %), fachlicher Unterstützung (30 %, 35 %), Anerkennung durch Hauptamtliche (29 %, 28 %). Den letzten Platz in dieser Rangfolge der erwarteten Unterstützungsformen nimmt die Forderung nach individueller finanzieller Vergütung (24 %, 22 %) ein.¹⁶¹

353) Die hohe Bedeutung der Finanzmittel für Projekte liegt vermutlich darin begründet, dass auch ehrenamtlich erbrachte Aufgaben mit Aktivitätskosten verbunden sind, die dem Engagement häufig Grenzen setzen. Eine diesen Erwartungen entsprechende Unterstützung wäre, gerade auf der bzw. für die örtliche Ebene – der unmittelbar für die Aktivitäten relevanten Ebene –, relativ unbestimmte und möglichst unbürokratisch zu erhaltende Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese sollten nicht eng auf einen bestimmten Förderzweck ausgerichtet sein, sondern die Engagierten bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützen. So wird Anerkennung und Mitgestaltung aus der Sicht der Engagierten unmittelbar erfahrbar.

354) Räume zur eigenen Verfügung haben, nutzen und gestalten können, ist eine der zentralen Unterstützungsformen für Jugendarbeit insgesamt, trifft also nicht nur das Interesse der Engagierten. Räume sind Orte des Treffens, bieten Gelegenheiten der Geselligkeit unter Gleichaltrigen, sind aber häufig auch Ausdruck für Anerkennung und Verantwortungsübergabe, d.h. auch Rahmenbedingungen für Teilhabe und Mitverantwortung. Die aktuelle Versorgung mit so genannten örtlichen Jugendeinrichtungen (gemäß Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung: Jugendräume, Jugendtreffs, Freizeitstätten) ist regional sehr unterschiedlich. So kommen im Landesdurchschnitt auf einen Jugendtreff (2 bis 3 Räume) rechnerisch 4.616 junge Menschen im Alter von 6 bis 27, auf eine Freizeitstätte (6 Räume, mind. 400 qm) 9.349 junge

Menschen. In Niederbayern kommen allerdings fast doppelt so viele Jugendliche auf einen Jugendtreff (8.103) und fast dreimal so viele wie im Landesdurchschnitt auf eine Freizeitstätte (26.519). Berücksichtigt man, dass fast jeder zweite Jugendtreff und fast 80 % der Freizeitstätten in den Ballungsräumen München und Nürnberg zu finden sind, wird deutlich, dass es viele Landkreise und Regionen gibt, in denen von einer deutlichen Unterversorgung mit Räumen für Jugendliche und Jugendarbeit auszugehen ist.¹⁶² Allerdings gibt es in ländlichen Regionen und Flächenlandkreisen wesentlich mehr Jugendräume in verbandlicher Trägerschaft.¹⁶³

Nicht nur der Verweis auf die nicht ausreichende Versorgung in der Fläche zeigt, dass in diesem Bereich ein deutlicher Investitionsbedarf besteht, denn zusätzlich fallen zunehmend Renovierungs- und Sanierungskosten an, da eine größere Zahl der Einrichtungen inzwischen 20 Jahre und älter ist. Insbesondere auch die unbestritten notwendigen, teilweise gesetzlich vorgeschriebenen bauenergetischen Verbesserungen zeigen eine hohe Dringlichkeit des Investitionsbedarfs.¹⁶⁴

355) In der jüngeren Vergangenheit hat sich vor allem in größeren Städten gezeigt, dass im Gegensatz zu Kinderspielflächen in der städtebaulichen Planung derzeit zu wenig Flächen für Jugendspielplätze, z. B. Bolzplätze, Skateranlagen, Streetball-Plätze verbindlich geplant werden und zugleich viele Altanlagen insbesondere aufgrund von städtebaulicher Nachverdichtung heute nicht mehr genehmigungsfähig wären. Daher fehlt es für diese Einrichtungen häufig an einem Bestandsschutz, was zudem grundsätzlich die Chancen für erfolgreiche zivilrechtliche Klageprozesse durch die Anwohner erhöht.

356) Der Wunsch nach Weiterbildungsmöglichkeiten und fachlicher Unterstützung kann als Beleg dafür verstanden werden, dass engagierte junge Menschen im Rahmen ihres Engagements etwas lernen wollen, ihre Tätigkeit ihnen Kompetenzen abfordert, die sie sich erwerben wollen, und dass sie Unterstützung durch Fachkräfte als hilfreich ansehen. Eine Entsprechung finden diese Wünsche in dem Befund des Freiwilligensurvey, dass sich junge Menschen u.a. einen subjektiven Nutzen, eine zukünftige Verwertbarkeit von ihrem Engagement versprechen. Die Befunde bestätigen die Bedeutung und den Bedarf eines außerschulischen Bildungsangebotes aus der Sicht der Engagierten. Die Anerkennung dieses Bedarfs und die angemessene öffentliche Förderung von Bildungsmaßnahmen, die Jugendliche und junge Erwachsene darin unterstützen, sich Kompetenzen durch ihr und in ihrem Engagement anzueignen, sind deshalb wesentliche Elemente der Förderung und Unterstützung des Engagements von Jugendlichen.

¹⁶² Material des Bayerischen Jugenddrings

¹⁶³ Diese stehen auch nicht organisierten Jugendlichen zur Verfügung und werden im Sinne offener Jugendarbeit genutzt.

¹⁶⁴ 2005 führte der Bayerische Jugendring bei allen Trägern überörtlicher Einrichtungen (i.W. Jugendübernachtungshäuser) eine Befragung zum Gebäudebestand, zu Nutzung, Technik, Energieverbrauch usw. durch. Auf der Basis eines Rücklaufs von 65 % wurde der Sanierungsbedarf für alle 450 Einrichtungen hochgerechnet. Für eine baulich/energetische Sanierung und funktionale Modernisierung besteht dementsprechend ein Investitionsbedarf von 200 Mio. €. Vgl. Bayerischer Jugendring 2007

¹⁶⁰ Richter u.a. 2006, S. 10

¹⁶¹ Freiwilligensurvey 2004

357) Insgesamt lässt sich aus dem Gesagten folgern, dass Verbände und Organisationen, die Jugendliche in ihrer Bereitschaft sich zu engagieren ansprechen und unterstützen wollen, insbesondere auf folgende Erwartungen eingehen müssen:

- Die Vereinbarkeit von persönlichkeits- und sachbezogenen Motiven muss gewährleistet sein.
- Dieses Motivbündel muss als Besonderheit jugendlichen Engagements anerkannt und gefördert werden.
- Unmittelbare Mitwirkungserfahrungen müssen vermittelt werden.
- Finanzmittel und Räume für Aktivitäten sollten zur Verfügung stehen.
- Qualifizierung und Unterstützung sollten gegeben sein.

Wie beurteilen Jugendliche die politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten (Jugendparlamente, FÖJ, FSJ¹⁶⁵ ...)?

358) Politische Mitgestaltung ist ein Lernprozess, der mit Wirkungserfahrungen verbunden sein muss, um von Jugendlichen positiv eingeschätzt zu werden. Jugendparlamente können in ihren vielfältigen Formen auf der kommunalen Ebene eingesetzt werden. Sie sind eine Form der zwischenzeitlich vielfältig vorzufindenden Ansätze und Methoden, um Jugendbeteiligung insbesondere in den Kommunen zu verstärken. Sie gelten als ein Instrument der direkten Beteiligung, das die nach dem Prinzip der stellvertretenden Beteiligung fungierenden Vereins- und Verbandsstrukturen und die damit zusammenhängenden politischen Beteiligungsformen (Jugendringe, kommunale Jugendhilfeausschüsse) insbesondere auf der örtlichen Ebene durch direkte Beteiligung ergänzen und erweitern soll. Einschätzungen zu Partizipation und das tatsächliche Partizipationsverhalten auf kommunaler Ebene aus Sicht der Adressaten untersuchte die Studie „Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland“.¹⁶⁶ Die Auswertung der Antworten von insgesamt 12.084 Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 zeigt als erstes, dass sie Partizipationserfahrungen am intensivsten in der Familie machen. In der Schule erfahren sie diesbezüglich deutlich weniger, an ihrem Wohnort noch weniger. *„Im Allgemeinen können Kinder und Jugendliche dort mitgestalten und mitentscheiden, wo die Interessen der Erwachsenen (Eltern wie Lehrer) nicht unmittelbar betroffen sind.“*¹⁶⁷ Da die allgemeine Unzufriedenheit bzw. die negativen Einstellungen zur Politik in den Befragten Gruppen sehr hoch sind, der Wunsch nach eindeutigen Orientierungen in der Politik und Gesellschaft aber stark ausgeprägt ist, bestätigt sich der Bedarf, *„das Vertrauen der Kinder und Jugendlichen in die Politik und in den Staat dadurch zu festigen, dass mehr und attraktivere Möglichkeiten zu einer ernsthaften und in den Ergebnissen wie im Prozess zufrieden stellenden Partizipation geschaffen werden.“*¹⁶⁸

359) Die Einstellungen gegenüber den so genannten traditionellen politischen Partizipationsformen (Beteiligung an

¹⁶⁵ Zu Jugendfreiwilligendiensten vgl. die Nrn. 341 f.

¹⁶⁶ Bertelsmann Stiftung 2005

¹⁶⁷ ebd., S. 5

¹⁶⁸ ebd., S. 28

Wahlen, Mitarbeit und Mitgliedschaft in einer Partei, Übernahme eines politischen Amtes) zeigen Folgendes: Fast alle 16- bis 29-Jährigen sehen die Beteiligung an Wahlen als wichtigste Form demokratischer Beteiligung an. Die Übernahme eines politischen Amtes können sich 16 % vorstellen, aber nur 2 % üben tatsächlich eines aus. Ähnlich fällt die Bereitschaft zur Mitarbeit in einer politischen Partei (19 %) aus, gegenüber 2 % tatsächlich Aktiver in einer politischen Partei.¹⁶⁹

3.3.3 Antworten und Reaktionen der Institutionen

In welchem Umfang können insbesondere Organisationen (Kommunen, Verbände, SMV etc.) diesen Erwartungen Rechnung tragen?

360) Alle Organisationen, insbesondere Schulen und Kommunen, aber auch Jugendorganisationen, können das Engagement junger Menschen stärken und den Kreis der engagierten jungen Menschen dadurch ausweiten, dass sie deren hohen *Ansprüchen, ernst genommen zu werden* und etwas zu bewirken, tatsächlich *entsprechen*. Partizipationserfahrungen vermitteln und Beteiligungslernen ermöglichen ist in jedem Fall aber auch eine Aufgabe, der sich sozialpädagogische Einrichtungen selbst verpflichtet fühlen müssen.

361) Die inzwischen vielfältig vorhandenen Formen, Methoden und Vorgehensweisen zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung der Kommunen lassen sich danach unterscheiden, inwieweit sie eher anwaltschaftliche Interessenvertretung bzw. indirekte Vertretung über Beauftragte oder Verbands- bzw. Jugendringstrukturen ermöglichen oder direkte unmittelbare spontane Partizipation in Jugendforen oder -parlamenten. Hierbei kann die Beteiligung themen- oder anlassorientiert erfolgen, projekthaft, zeitlich begrenzt, aber auch kontinuierlich regelhaft sein. *„Oft sind anwaltschaftliche Formen mit unmittelbaren Beteiligungsmöglichkeiten verknüpft. Hinsichtlich der unmittelbaren Beteiligung besteht in der Fachdiskussion Konsens darüber, dass jede der Beteiligungsformen mit Vor- und Nachteilen behaftet ist. Die repräsentativen Formen erreichen nicht alle Kinder und Jugendlichen und begünstigen strukturell ältere, männliche und gut gebildete Jugendliche. Offenen und projektorientierten Formen mangelt es hingegen oft an Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit.“*¹⁷⁰ Aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen sind projektartige Engagementformen zu besonderen und aktuellen Anliegen besonders attraktiv. Soziale, menschliche Motive, Veränderungswille und das Interesse am Thema sind die wichtigsten Gründe für Beteiligung. Die repräsentativen Formen der Beteiligung spielen sowohl in der Schule wie in der Kommune aus ihrer Sicht eine geringere Rolle.

362) Positiv beeinflusst wird das tatsächlich ausgeübte Partizipationsverhalten nicht durch die eine oder andere Beteiligungsform, sondern durch folgende *Faktoren*:

- Besonders relevant für das Partizipationsverhalten ist, inwieweit gute Erfahrungen mit Mitwirkungsaktivitäten vorliegen. Diese führen nicht nur zu einer höheren Beteiligung, sondern auch zu einem stärkeren Selbstvertrauen

¹⁶⁹ Vgl. Gille u.a. 2006, und Kapitel 3.2 B

¹⁷⁰ Fatke u.a. 2006, S. 26/27

und Qualifikation empfinden im Hinblick auf Mitwirkung. „Schließlich geht von der Partizipationsintensität in der Schule ein überdurchschnittlich positiver Einfluss auf die Partizipationsintensität im Wohnort aus.“¹⁷¹

- Auf der Ebene der Einstellungen beeinflussen die *unmittelbare Motivation* und der Wille, etwas konkret vor Augen Stehendes z. B. im persönlichen Lebensumfeld zu verändern, das Partizipationsverhalten positiv.
- Diejenigen, die sich *gut informiert* fühlen, beteiligen sich auch stärker. Dieser Faktor erklärt mehr als die Attraktivität des Angebotes das Partizipationsverhalten.
- Überdurchschnittlich häufig wird Partizipationsverhalten beeinflusst durch ein „*partizipationsrelevantes Umfeld*.“¹⁷² D.h., Kinder und Jugendliche, die in örtliche Vereine und Verbände eingebunden sind und / oder einen partizipationsinteressierten Freundeskreis haben, wirken signifikant häufiger im Wohnort mit.

Wie kann man das bürgerschaftliche Engagement sinnvoll stärken?

363) Zur Verbesserung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen empfiehlt es sich, verschiedene Formen zu kombinieren, da sie von ihrer Organisationsform jeweils unterschiedliche Stärken und Schwächen aufweisen. Gefördert wird tatsächliche Partizipation in erster Linie dadurch, dass im alltäglichen Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen *Beteiligung aktiv vermittelt* und konkret erfahren wird. Ein wesentlicher außerfamiliärer Erfahrungsraum in diesem Sinne ist die Schule, aber auch die Jugendhilfe mit ihren Angeboten und Einrichtungen. Je mehr junge Menschen Partizipation in ihren eigenen Lebensbereichen lernen und umsetzen können, desto mehr Interesse und Selbstvertrauen entwickeln sie über ihr direktes Umfeld hinaus. Nicht zuletzt gibt es einen sich verstärkenden Zusammenhang zwischen der Mitarbeit in Vereinen und Organisationen, wie Sport- oder Jugendverbänden, und der tatsächlichen Partizipation in anderen kommunal organisierten Beteiligungsformen. Diese sozialen Strukturen des Zusammenlebens und der Teilhabe sind offensichtlich grundlegend auch für ein darüber hinausreichendes Engagement von Jugendlichen.

364) Kinder- und Jugendpartizipation muss in Vereinen und Verbänden, in der Schule und von den Kommunen ernst genommen werden. Erfahrungen mit von *Kommunen* vielfältig praktizierten unterschiedlichen Beteiligungsformen zeigen, dass zur Verbesserung von Partizipation u.a. auf folgende *Qualitätskriterien* zu achten ist:

- *Verbindlichkeit*: verlässliche Regularien zur Behandlung von Anträgen in den zuständigen Gremien, Kinder- und Jugendpartizipation muss ernst genommen werden und nicht auf Imagepflege und Symbolpolitik reduziert werden.
- *Einbeziehung* aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht, sozialer oder kultureller Herkunft durch differenzierte Methoden und Formen.
- *Wirkung*: Ergebnisse sollten in einem für junge Menschen überschaubaren Zeitraum umgesetzt werden können.

¹⁷¹ Bertelsmann Stiftung 2005, S. 38

¹⁷² ebd., S. 39

nen. Ablehnungsgründe müssen nachvollziehbar dargestellt werden.

- *Überschaubarkeit*: Je unmittelbarer auf den konkreten Sozialraum und die Alltagsrealität der Kinder und Jugendlichen bezogen, desto wirksamer ist das Partizipationsmodell.
- *Öffentlichkeit*: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss öffentlich sein. Dies wertet Beteiligung auf, sichert die Transparenz, Verbindlichkeit und Überprüfbarkeit.
- *Information*: Zugang zu Informationen ist wichtig, wenn Jugendliche befähigt werden sollen, einen sinnvollen Beitrag in den Bereichen zu leisten, die sich auf ihr Leben auswirken.
- *Beratung, Anleitung und Begleitung*: Eine neutrale Begleitung und Anleitung des Beteiligungsprozesses unterstützt die Unabhängigkeit, Vertrauenswürdigkeit und Kompetenz der Mitwirkung.
- *Finanzielle Ausstattung*: Beteiligungsformen erfordern Finanzmittel, die von den verantwortlichen Institutionen bereitgestellt werden müssen.¹⁷³

365) Strategien zur Stützung und Stärkung des Engagements bei jungen Menschen müssen, folgt man den Erkenntnissen zu Partizipationserfahrungen und -erwartungen, sowohl *individuell ansetzen*, als auch die vorhandenen *Partizipationsstrukturen und -organisationen weiterentwickeln*. Die nahezu unvermeidlichen Unzulänglichkeiten jedes einzelnen Beteiligungsmodells können durch eine Pluralität der Ansätze und Herangehensweisen ausgeglichen werden. Die sehr unterschiedliche Gruppe „Kinder und Jugendliche“ hat sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen, die durch ein Zusammenwirken der verschiedenen Mitwirkungsstrukturen und -formen gebündelt werden müssen. Hierzu ist allerdings ein übergreifendes *Beteiligungskonzept* erforderlich, das es ermöglicht, die verschiedenen Partizipationsformen abgestimmt anzuwenden und auszuwerten. Hier können die Jugendarbeit, ihre Träger, Organisationen und Strukturen ebenso wie die Fachkräfte und die kommunalen Jugendeinrichtungen ihre Erfahrungen und Kompetenzen erfolgreich einbringen.

Welche Rahmenbedingungen müssten sich ändern, damit mehr bürgerschaftliches Engagement entsteht?

366) Bürgerschaftliches Engagement von jungen Menschen ist insbesondere durch folgende Merkmale gekennzeichnet, die bei der Entwicklung von Strategien zur Förderung und Unterstützung von Engagement und Partizipation Jugendlicher berücksichtigt werden müssen:

- Junge Menschen sind stark engagiert, nicht weniger als Erwachsene.
- Sie sind stärker als andere Altersgruppen an Engagement interessiert.
- Das Engagement bezieht sich sehr stark auf Anliegen, Themen, Lebensbereiche aus dem Erfahrungs- und Interessenszusammenhang der Jugendlichen.

¹⁷³ Bayerischer Jugendring 1997

- Jugendliche wissen, dass sie mit Engagement wichtige Kompetenzen erwerben und streben dies an.
- Aktivsein in so genannten traditionellen Verbänden und Organisationen befördert das Engagement von Jugendlichen in besonderem Maße sowohl in diesen Zusammenhängen wie darüber hinaus, z. B. in kommunalpolitischen Kontexten.
- Das Engagement im Jugendalter wird häufig fortgesetzt im Erwachsenenalter.
- Nicht alle Jugendlichen haben gleichermaßen Gelegenheit oder finden Zugang zu Engagement. Dieser wird stark beeinflusst durch die Höhe des Bildungsstatus (Gymnasiasten sind am stärksten engagiert). Ein höherer Bildungsstatus reduziert auch den Einfluss des Migrati-onshintergrunds.
- Im Urteil der Jugendlichen vermittelt die Schule bisher kaum Gelegenheiten wirkungsvoller Partizipation als besonderer Form des Engagements. Es ist zu beobachten, wie sich die Einführung des Landesschülerrates auswirkt.

367) Um bürgerschaftliches Engagement im Hinblick auf Jugendliche zu stärken, müssen folglich *als erstes* die bereits *Engagierten unterstützt* werden, ihr Engagement auszuüben. Bestehende Hindernisse, wie etwa die Versagung von Freistellungen ehrenamtlicher Jugendleiterinnen und -leiter nach dem Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit, sollten abgebaut bzw. entsprechende Erleichterungen geschaffen werden. Denn die jungen Engagierten heute sind die erwachsenen Engagierten von morgen.

368) Zusätzlich gilt es, das *Potenzial der Interessierten stärker* auszuschöpfen, denn es sind mehr ansprechbar als jetzt bereits engagiert sind, und mehr Jugendliche müssen an den positiven Bildungswirkungen von Engagement teilhaben können.

369) Nicht zuletzt begünstigen Anerkennung und *Unterstützung der bestehenden* und von Jugendlichen in breitem Umfang genutzten *Gesellungs- und Aktivitätsformen* und der dazu gehörigen Organisationen und Einrichtungen, wie sie im Wesentlichen im Feld der Jugendarbeit zu finden sind, jugendliches Engagement.

Die engagierten jungen Menschen anerkennen und stärken

370) Bürgerschaftliches Engagement soll *junge Menschen nicht finanziell belasten*.

371) Die Ausübung des *Engagements* sollte so *wenig* wie möglich *durch berufliche bzw. Ausbildungs- oder Studienverpflichtungen erschwert* werden. Auch Unternehmen sind dazu aufgerufen, sowohl soziales Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuregen oder zu unterstützen als auch deren politisches Engagement als einen Beitrag zu würdigen, der individuellen Karriere- und Unternehmenszielen nicht widerspricht, sondern als Verpflichtung gegenüber einer Zivilgesellschaft zum Kompetenzprofil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern positiv dazu gerechnet wird.

372) Der Wert des Engagements kann außerdem durch *Anerkennung von* damit erworbenen *Kompetenzen* sowie durch die Gewährung bestimmter Vergünstigungen zum Ausdruck gebracht werden. Das Instrument der Card für Jugendleiterinnen und Jugendleiter (Juleica) hat sich in diesem Sinne bereits bewährt, und die vorgesehenen Verbesserungen und Erweiterungen sind zu begrüßen.

Das Potenzial der Interessierten erschließen

373) Junge Menschen können stärker für ein Engagement interessiert werden, der Informationsbedarf über Möglichkeiten, sich zu engagieren, ist sehr hoch.¹⁷⁴ Freiwilligenzentren / -agenturen, insbesondere auch deren Zusammenarbeit mit Stadt- und Kreisjugendringen, haben sich bewährt, um möglichst jugendnahe Partizipationserfahrungen zu vermitteln, vorhandene Strukturen der Jugendarbeit zu ergänzen und Jugendliche zu erreichen, die sich durch die Angebote der Jugendarbeit nicht einbinden lassen wollen.

374) Insbesondere für Jugendliche sind Informationen in Verbindung mit konkreten Erfahrungsmöglichkeiten besonders wirksam. Der Ort der Schule bietet sich unter mehreren Gesichtspunkten besonders an, um Engagement an Jugendliche zu vermitteln. Zunächst können über Schulen Jugendliche erreicht werden, die von sich aus nicht den Weg finden, sich in Verbänden, Jugendringen zu engagieren oder über Freiwilligenagenturen sich selbstständig um eine freiwillige Tätigkeit zu bemühen. Die Projekte, die von Freiwilligenagenturen / Freiwilligenzentren oder auch von Jugendverbänden, Jugendzentren oder Jugendringen an Schulen mit Schülerinnen und Schülern durchgeführt werden, zeigen, dass es jeweils sowohl um das Erlernen von Engagement wie um das Lernen durch Engagement geht. Engagementförderung bei Jugendlichen muss daher verstärkt in den Alltag von pädagogischen Institutionen, insbesondere in die Schule, einfließen. Dem Erlernen von Engagement und dem Erwerb von sozialen und personalen Kompetenzen durch diese Tätigkeitsform muss gegenüber kognitiven Lernprozessen noch erheblich mehr Raum zugestanden werden. Der Öffnung von Schule und Unterricht für Kooperationen, die im Wesentlichen soziales Engagement und Partizipation zum Inhalt haben sollten, kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.¹⁷⁵

Vorhandene Gelegenheitsstrukturen nutzen und weiterentwickeln

375) Förderliche Gelegenheitsstrukturen für Engagement von jungen Menschen sind solche, die ihre Motive und Erwartungen an Geselligkeit in Verbindung mit Verantwortung ermöglichen, die die soziale Einbindung in Freizeit- und Vereinstätigkeiten erhalten und ggf. ausweiten, die die vorhandenen freiwilligen Engagementformen auch gegenüber gegensätzlichen Anforderungen und Erwartungen aus der Arbeitswelt schützen. Die Möglichkeiten, Engagement und Partizipation zu erlernen und zu erfahren, sind in der zentralen Bildungseinrichtung für alle Kinder und Jugendlichen –

174 55 % der Engagierten in Bayern wünschen sich bessere Informationen über Möglichkeiten des Engagements (Freiwilligen-survey 2004, Auswertung Bayern)

175 Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen/Freiwilligenzentren 07.04.2006

in der Schule – in allen Altersstufen auszubauen und weiter zu entwickeln.

376) Jungen Menschen sind zur Förderung ihrer Entwicklung Angebote der Jugendarbeit in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen. Sie sollen zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement anregen und hinführen.¹⁷⁶ D. h., die Förderung von Engagement junger Menschen beruht ganz wesentlich auf dem Erhalt und dem Ausbau der vorhandenen Angebote und Strukturen der Jugendhilfe. Es ist „*Aufgabe staatlicher Zukunftsgestaltung, auch verlässliche außerfamiliäre Umwelt für die Kinder*“¹⁷⁷ zu schaffen, um die *Entwicklungschancen, die im familiären Kontext zu Grunde gelegt werden, auch tatsächlich weiter entwickeln zu können.*“¹⁷⁸ Zu den verlässlichen außerfamiliären Umwelten gehören ganz wesentlich Orte und Gelegenheiten für Kinder und Jugendliche, wo sie sich außerhalb der elterlichen Wohnung und außerhalb des Unterrichts als Teil der Gesellschaft interpretieren können.¹⁷⁹

377) Zur Weiterentwicklung von Gelegenheiten für Teilhabe und Engagement ist es unverzichtbar, sich gezielt der Aufgabe der Integration von jugendlichen Migranten und Migrantinnen zuzuwenden. Für den Bayerischen Jugendring ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht erst ein Anliegen, seitdem es in der Politik öffentlich verhandelt wird. Die ersten Beschlüsse und Programme gab es bereits in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Allerdings stellt sich die Aufgabe nunmehr unter anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und mit neuer Dringlichkeit. Deshalb verabschiedete der Hauptausschuss des Bayerischen Jugendringes 2005 eine Selbstverpflichtung, wonach einerseits der Erwerb von interkulturellen Kompetenzen und interkulturellen Schlüsselqualifikationen bei ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendverbände und Jugendringe zu einem Förderschwerpunkt werden soll. Andererseits soll die Unterstützung der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Zusätzlich wurden in dem Projekt „Multi action – aber wie“ (Laufzeit: 2005 – 2008) mit 16 Kooperationspartnern aus der bayerischen Jugendarbeit (Jugendringe, Jugendverbände und kommunale Jugendarbeit) Wege und Formen der interkulturellen Öffnung erprobt.

378) Ein weiteres Projekt „Individuelle Integrationsbegleitung durch Patenschaften der bayerischen Jugendarbeit“ in Kooperation mit dem Verband „DJO – Deutsche Jugend in Europa“, unterstützt junge Migrantinnen und Migranten individuell durch die persönliche Kontaktaufnahme und Begleitung von Personen (Paten) aus der Jugendarbeit.

379) Der interkulturellen Qualifizierung von Fachkräften widmet sich das Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings. Ebenso stellt die Nachqualifizierung für Zugewanderte mit pädagogischen Ausbildungen zur

Erlangung des Abschlusses für Erzieherinnen und Erzieher einen Beitrag zur Integration dar.

380) Für den Zeitraum 2008 bis 2013 setzt der Bayerische Jugendring Schwerpunkte bei der inhaltlichen Ausgestaltung und bedarfsgerechten Ausweitung des bisherigen Fachprogramms, dem weiteren Aufbau von Migrantenselbstorganisationen als Mitgliedsorganisationen der Jugendarbeit und ihrer Unterstützung, der Schaffung eines Integrationsbeauftragten sowie der Förderung der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Jugendverbände und Jugendringe.¹⁸⁰

Literatur

Bayerischer Jugendring (Hrsg.) (1997): *Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Gemeinden. Arbeitshilfe. Informationen, Praxisbeispiele, Handlungstipps.* Verfügbar über: <http://www.bjr.de>.

Bayerischer Jugendring (2005): *Geschlechtergerechtigkeit in der Jugendarbeit in Bayern. Zwischenbericht.* Verfügbar über: <http://www.bjr.de/Positionen>.

Bayerischer Jugendring (Hrsg.) (2007): *Wie zukunftstauglich sind unsere Häuser? Bestandsaufnahme und Auswertung der überörtlichen Einrichtungen der Jugendarbeit in Bayern.* München

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): *Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven.* Gütersloh.

Bertram, H. 2006: *Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung.* Unicef Innocenti Research Centre, IWP-2006-02. Verfügbar über: www.unicef.org/irc

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): *Nationaler Aktionsplan.*

Cornelißen, W./Blanke, K. (2004): *Zeitverwendung von Mädchen und Jungen.* In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) *Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung*, Bd. 43, S. 160 ff.

Deutsche Bundesregierung. *Antwort auf die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion: Jugend in Deutschland.*

Fatke, R. u.a. (2006). *Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft.* In: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 12/2006, S. 24 ff.

Fausser, K. u.a. (2006) : *Jugendliche als Akteure im Verband. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend.* Opladen.

Gaiser, W./de Rijke (2006): *Gesellschaftliche und politische Beteiligung.* In: Gille, M., S. 213 ff.

Gille, M. u.a. (2006): *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger.* Deutsches Jugendinstitut. *Jugendsurvey Band 3.* Wiesbaden

Institut für Praxisforschung und Projektberatung (2005): *Wie attraktiv und partizipativ sind Münchens Freizeitstätten? München (unveröff. Manuskript)*

176 § 11 Abs. 1 SGB VIII

177 für 18-Jährige im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention

178 Bertram 2006, S. 20

179 ebd.

180 Vgl. ausführlicher: Beschluss des 131. Hauptausschusses des BJR vom 19. - 21.10.2007: Aktionsprogramm Integration 2008 - 2013.

Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) (2003): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland 2002. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.

Jakob, G. (2005): Zur Zukunft des Freiwilligen Sozialen Jahres – Herausforderungen, Erwartungen und Perspektiven. In: Evangelische Jugendsozialarbeit (2005). Welche Zukunft hat das FSJ? Herausforderungen – Erwartungen – Perspektiven, München

Picot, S. 2006. Freiwilliges Engagement Jugendlicher. Freiwilligensurvey 1999 – 2004. (TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des BMFSFJ) Ausgewählte Ergebnisse für Bund und Bayern, Vortrag Bayerischer Landtag 24.01.2006 (unveröff. Manuskript)

Rauschenbach, T. (2004): Sicherung und Weiterentwicklung der Jugendarbeit in Bayern in stürmischen Zeiten. Vortrag zum Neujahrsempfang des Bayerischen Jugendrings am 30.01.2004 Gauting (unveröff. Manuskript).

Rauschenbach, T. (2007) Jugendfreiwilligendienste. Lernorte zwischen Schule und Beruf. In: Deutsche Jugend.9/2007. S. 385 ff.

Richter, H. u.a. (2006): Jugendverbandsarbeit in der Großstadt. Perspektiven für Mitgliedschaft und Ehrenamt am Beispiel der Jugendfeuerwehr Hamburg. In: Deutsche Jugendfeuerwehr 10/2006.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. 15. Shell Studie

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004). Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung, Bd. 43

TNS Infratest Sozialforschung (2006): Freiwilliges Engagement Jugendlicher. Freiwilligensurvey 1999 – 2004.

Trend Tracking Kids (2006). Verfügbar über: <http://www.iconkids.com>

World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.) (2007): Kinder in Deutschland 2007. 1. Word Vision Kinderstudie, Frankfurt/Main

3.4 D. Junge Menschen in Schule und Bildung

3.4.1 Jugendpolitik und Bildung – Eine Vorbemerkung

381) Eine der bemerkenswertesten jugendpolitischen Entwicklungen seit der Jahrtausendwende ist die deutliche Aufwertung des Themas Bildung in allen Jugendliche betreffenden Handlungsfeldern. Lange Zeit war Bildung ein Thema von Schule und Hochschule bzw. der Bildungspolitik und einiger weniger Bildungstheoretiker. Die Diskussionen konzentrierten sich vorrangig auf die zu vermittelnden Wissensbestände und Lehrpläne, die Strukturen des Schulsystems und der Ausbildung an Hochschulen sowie auf die Organisation des Unterrichts. Ziel war dabei immer, individuelle Bildung zu ermöglichen wie gleichzeitig die für eine moderne, globalisierte Gesellschaft notwendigen Kompetenzen und Qualifikationen bereitzustellen.

382) Gegenüber diesem vor allem auf das Schul- und Ausbildungssystem bezogenen Bildungsverständnis wurde vonseiten der Träger der Jugendhilfe allerdings schon seit Langem betont, dass Bildung mehr sei als Schule. Doch erst die in Reaktion auf die PISA-Studie 2000 erfolgte Diskussion um Bildung hat dieser Position breitere Anerkennung verschafft: Zum einen wird Bildung nun ausdrücklich als ein zentraler sozialpolitischer Faktor verstanden. Während dem Bildungssystem über die Vergabe von Abschlüssen schon immer eine Verteilungsfunktion von gesellschaftlichen Chancen (Allokationsfunktion) zukam, wurde ihm nun zusätzlich die Aufgabe zugewiesen, familiär bedingte soziale Ungleichheiten abzubauen bzw. auszugleichen. Zum anderen wurde das lange dominierende Verständnis, dass Bildung vorrangig eine Leistung der Schule bzw. der Hochschulen sei, aufgebrochen. Damit einher ging eine Erweiterung des Bildungsverständnisses in mehrfacher Hinsicht. Dazu gehörte ebenso die Einbeziehung aller vor- und außerschulischen Orte und Anlässe, an bzw. bei denen Bildungsprozesse im Kindes- und Jugendalter stattfinden, wie die Erweiterung des Blicks auf vor- und außerschulische Inhalte und Aneignungsformen. Neben den formellen Lernprozessen in der Schule rückten nun informelle und nonformelle Lernprozesse und die verschiedenen Lernorte außerhalb der Schule stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.¹⁸¹ Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung spricht vor diesem Hintergrund in seiner dritten Leitlinie von einem „erweiterten Bildungsverständnis mit einer Vielfalt von Orten, Gelegenheiten und Inhalten.“¹⁸²

383) So begrüßenswert und sachlich berechtigt diese Aufwertung der Bildungsthematik ist, weil damit die Zukunftschancen von Jugendlichen auf die Tagesordnung gesetzt werden, so führt sie jugendpolitisch zu neuen Unklarheiten und ggf. auch zur Vernachlässigung wichtiger Fragen und Anliegen. Denn Bildung wird zu einem ressort- und praxisfeldübergreifenden – vermeintlich alles bestimmenden – Thema; die notwendigen Unterschiede zwischen den jeweiligen Bildungsorten, den Vermittlungs- und Aneignungsformen, den Inhalten und den institutionellen Funktionen sowie den jeweiligen politischen und fachlichen Verantwortlichkeiten geraten aus dem Blick. Wenn Tageseinrichtungen für Kinder, außerschulische Angebote der Jugendarbeit, Unterstützungsangebote für benachteiligte Jugendliche und Hilfen zur Erziehung nur noch als Bildung gefragt und begründet und aufeinander sowie mit der Schule abgestimmt zu einem Element lokaler Bildungslandschaften¹⁸³ werden, wird es für Jugendpolitik schwierig, sich mit einem eigenen fachpoliti-

181 Zur Unterscheidung zwischen formellen, informellen und nonformellen Lernprozessen siehe erläuternd B. Overwien 2005.

182 Deutscher Bundestag 2005, S. 339 f.; Als ein Beispiel für viele: die Gautinger Erklärung des Bayerischen Jugendrings zur außerschulischen Jugendbildung aus dem Jahr 2003. Vgl. auch z. B. Münchmeier/Otto/Rabe-Kleberg 2002; Bundesjugendkuratorium 2002; Pröhl 2003; Otto/Rauschenbach 2004. Es sei allerdings angemerkt, dass diese Diskussion keineswegs neu ist. Schon im Zusammenhang mit dem Bildungsgesamtplan zu Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde wiederholt auf die Bedeutung nicht-formaler Bildungsprozesse hingewiesen.

183 Zum Konzept der lokalen bzw. kommunalen Bildungslandschaft, wie es im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung vorgestellt worden ist, siehe auch Deutscher Bundestag 2005, S. 333 ff.

schen Profil einzubringen. Unverzichtbar in einer solchen Entwicklungsdynamik ist allerdings, die Bedeutung von Bildung im Kindes- und Jugendalter anzuerkennen und als eigenes Thema aufzugreifen und gleichzeitig zu betonen, dass Jugendpolitik und Jugendhilfe dabei spezifische Herausforderungen erkennen bzw. eigene Themen, Fragestellungen und Sichtweisen verfolgen.

384) Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Es ist seit Langem unstrittig und empirisch belegt, dass die freiwillige ehrenamtliche Verantwortungsübernahme Kinder und Jugendlicher Bildungserfahrungen ermöglicht, die Schule in dieser Form bislang nur in Ausnahmefällen eröffnen kann.¹⁸⁴ Diese Einsicht hat aber nicht dazu geführt, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über den engen Kreis von Vertreterinnen und Vertretern der Fachpraxis und der in Jugendpolitik Engagierten hinaus Anerkennung als eine für Bildungsprozesse im Kindes- und Jugendalter zentrale Voraussetzung gefunden hat. Allzu gerne werden Forderungen nach Partizipation von Kindern und Jugendlichen als sozialpädagogische Träumereien abgetan. Dass aber Bildung immer auch etwas mit der Erfahrung der Selbstwirksamkeit zu tun hat und dass gesellschaftliche Beteiligung in ihren unterschiedlichen Formen genau diese Erfahrung ermöglicht, wird dabei häufig vergessen.

385) Man kann die damit einhergehenden Herausforderungen auch anders formulieren: Bildung ist immer das Ergebnis individueller Anstrengungen und Bildungsprozesse. Politik, pädagogische Praxis, schulische wie außerschulische, und andere Gelegenheitsstrukturen können dafür nur mehr oder weniger einladende und förderliche Bedingungen zur Verfügung stellen. Bildungspolitik im strikten Sinn des Wortes ist vor diesem Hintergrund jene Politik, die vorrangig darauf abzielt, Bildungsprozesse zu organisieren, anzuregen und zu unterstützen.

386) Dieses Verständnis von Bildungspolitik darf jedoch nicht gleichgesetzt werden mit den ressortförmig organisierten Zuständigkeiten. Denn Jugendpolitik und Bildungspolitik erweisen sich in mehrfacher Hinsicht als grundverschieden: Von den verantwortlichen Akteuren über die föderalen Zuständigkeiten und die Ausbildung, Rekrutierung und Beschäftigung des Personals bis hin zu den Orten und den Modi der Vermittlung und der Aneignung lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen, die es erlauben, von nach wie vor zwei unterschiedlichen Politikfeldern mit je eigenen Aufgaben und Strukturimperativen zu sprechen.¹⁸⁵

387) Vor diesem Hintergrund gilt es festzuhalten, dass Jugendpolitik eben nicht nur Bildungspolitik ist, wie auch umgekehrt Bildungspolitik nicht beanspruchen kann, das gesamte Feld der Jugendpolitik abzudecken. In diesem Sinne ist es Aufgabe der Bildungspolitik, die institutionellen Bedingungen für gelingende schulische und hochschulische Bildungsprozesse zu schaffen und zu sichern. Demgegen-

über zielt Jugendpolitik auf die Ermöglichung und Unterstützung bei der Bewältigung der alterstypischen Entwicklungsaufgaben, von denen die Bewältigung der schulischen Anforderungen und die Ermöglichung schulischer Bildung zentrale Momente darstellen. Erfolgreiche Jugendpolitik kommt deshalb nicht ohne Bezugnahme auf Bildungspolitik und Schule aus. Das gilt allem voran für jene Schnittstellen, an denen Angebote der Jugendhilfe mit Schule kooperieren. Jugendpolitik und außerschulische Partner kommen darüber hinaus überall dort ins Spiel, wo es um die Weiterentwicklung im Sinne der Schule als Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen bzw. um die Öffnung der Schule geht. Zugleich muss Jugendpolitik die Bedingungen des Aufwachsens Jugendlicher vor, neben und nach der Schule im Blick behalten und politisch vertreten. Damit können sie und die dafür jeweils zuständige Ressortpolitik aber ggf. in ein Spannungsverhältnis zur Schule geraten. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn in der Schule aufgrund ihrer eigenen Bedingungen und Strukturmerkmale¹⁸⁶ Probleme entstehen, die sie selbst nicht lösen kann, oder sie sich überfordert sieht, anderenorts entstandene Probleme mit den eigenen Mitteln zu lösen. Das Auseinanderklaffen der Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen einerseits und den schulischen Erwartungen bzw. Handlungsspielräumen andererseits waren schon immer und werden auch zukünftig Ausgangspunkte kontroverser Einschätzungen und Debatten zwischen Schulpolitik und Jugendpolitik bzw. den jeweiligen Professionen und Praxisfeldern sein.

388) Das Verhältnis von Jugendpolitik und Bildungs-, genauer gesagt: schulbezogener Bildungspolitik lässt sich vor diesem Hintergrund ebenso wenig auf eine einfache Formel bringen, wie das Verhältnis von Kinder- und Jugendhilfe und Schule. Während unter bestimmten Bedingungen Kinder- und Jugendhilfe einen Beitrag zur Vermittlung notwendiger Kompetenzen in der Schule leistet, also in gewisser Weise der Schule zuarbeitet, kommt sie an anderer Stelle – z. B. im Rahmen der Erziehungsberatung oder im Bereich der auf Schule bezogenen Formen der Jugendsozialarbeit – immer wieder in die Lage, in der Schule entstandene bzw. sichtbar gewordene Probleme gleichsam stellvertretend zu lösen. In wiederum anderen Bereichen nutzen die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe schulisch vermittelte Kompetenzen wie sie umgekehrt, z. B. in allen Feldern der Jugendarbeit, auch wichtige Ergänzungen und Weiterungen zum

¹⁸⁶ In der Fachdiskussion wurden der Schule drei zentrale Funktionen zugeschrieben: Qualifikation, Selektion und Legitimation bzw. Integration (vgl. z. B. Fend. 1981). In jüngerer Diskussion wurden diese Funktionen weiter ausdifferenziert und z. B. in Form von Merkmalen beschrieben. Folgt man z. B. A. Leschinsky, lassen sich Schulen an Hand von folgenden 11 dichotom angeordneten Strukturmerkmalen beschreiben: (1) universalistisch/ spezifisch versus ganzheitlich, das heißt partikularistisch/diffus, (2) distanzierte Versachlichung versus affektive getönte Unterstützung, (3) rationale Interessenartikulation und -auseinandersetzung versus Ausgrenzung von internen Konflikten, (4) freie Interaktion oder soziale Gesellung versus formative Erfassung, (5) individuelle (pluralistische) Selbstdarstellung versus kollektive Standardisierung, (6) reflexive Distanz versus präskriptive Belehrung und emotionale Vereinnahmung, (7) individuelle Leistung versus soziale Zurechnung und politische Bewertung, (8) Denken, Sprechen, Diskutieren versus Handeln und praktische Bewährung, (9) Ausprobieren versus Ernstcharakter, (10) Autonomie der Schule versus Einheit mit dem Leben, (11) Lose verbundene Gestaltungsräume versus bürokratisch umgesetzte Steuerung (Leschinsky 2003, S. 862).

¹⁸⁴ Vgl. Rauschenbach/ Düx/Sass 2006; Düx/Prein/Sass/Tully 2008

¹⁸⁵ Die Tatsache, dass in Bayern die Aufgaben der Jugendarbeit im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ressortiert sind, widerspricht dem nicht.

unterrichtlich vermittelten Lernstoff zugänglich machen können.¹⁸⁷

389) Gemeinsame Erkenntnis ist, dass die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule aufgrund der gesellschaftlichen Veränderung notwendig ist und zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Damit soll dem Anliegen Rechnung getragen werden, die Persönlichkeit junger Menschen zu stärken, sie zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Wahrnehmung von Aufgaben für die Gemeinschaft zu befähigen sowie auf die berufliche Qualifizierung und das Leben in der Erwachsenenwelt vorzubereiten. Unter dem Motto „Gemeinsam geht's besser“ hat die Bayerische Staatsregierung Ende der 90er Jahre einen Prozess in Gang gesetzt, der zu einer nachhaltigen Intensivierung der Kooperation der beiden Systeme führen soll und an deren Weiterentwicklung kontinuierlich gearbeitet wird.

390) Entsprechend des Auftrages der Enquete-Kommission wird im vorliegenden Bericht vorrangig eine jugendpolitische Perspektive verfolgt. Diese kann die bildungspolitischen bzw. schulpolitischen Debatten und Kontroversen z. B. um das gegliederte Schulsystem in Bayern, um den frühen Zeitpunkt der Schullaufbahnentscheidung nach der vierten Grundschulklasse, um die Einführung des G 8, den Stand des Ausbaus der Ganztagsbetreuung u.ä. einerseits nicht ignorieren;¹⁸⁸ andererseits sind dies nicht ihre vorrangigen Themen. Die Empfehlungen dieses Berichtes richten sich allerdings weniger an die schulbezogene Bildungspolitik, sondern vorrangig an die Jugendpolitik.

3.4.2 Statistische Eckwerte

391) Entsprechend den Fragen des Bayerischen Landtages werden im Folgenden zunächst aus Gründen des Überblicks einige zentrale statistische Daten zusammengestellt.¹⁸⁹

3.4.2.1 Schülerzahlen, aufgeteilt auf die verschiedenen Schularten und nach Bezirken und Regionen

3.4.2.1.1 Allgemein bildende Schulen

392) Im Jahr 2006 besuchten in Bayern 506.722 Schülerinnen und Schüler öffentliche und private Grundschulen.¹⁹⁰ 264.692 Schülerinnen und Schüler besuchten die

¹⁸⁷ Analoges gilt im Übrigen – trotz der zuvor erwähnten sozialpolitischen Aufwertung des Bildungsthemas – auch im Hinblick auf die Sozialpolitik. Jugendpolitik hat zahlreiche Schnittstellen zur Sozialpolitik. Die außerschulischen, öffentlich geförderten, Angebote für Kinder und Jugendliche sind eine Umsetzungsform des Sozialstaatsprinzips. Zugleich wäre es aber gänzlich unangemessen, außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche primär unter der Perspektive ihrer sozialpolitischen Leistungen zu betrachten.

¹⁸⁸ Zu diesen Themen siehe die Debatten im Bayerischen Landtag sowie die Veröffentlichungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, vor allem die jährliche Veröffentlichung „Schule und Bildung in Bayern“ Verfügbar über: <http://www.stmuk.bayern.de/km/index.shtml>; außerdem Bayerischer Landtag 2007.

¹⁸⁹ Den besten Überblick über die verschiedenen Schultypen und möglichen Bildungswege in Bayern liefert der im Internet zugängliche Bildungswegplaner: <http://www.bildungswegplaner.de/uebersicht.php>

¹⁹⁰ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2007, S. 49

Hauptschule,¹⁹¹ 230.518 die Realschule¹⁹² und 364.081 das Gymnasium (davon auf staatlichen Gymnasien 299.974).¹⁹³ Die Schulen des Zweiten Bildungsweges, Kolleg und Abendgymnasium, besuchten 2006 2.815 Schülerinnen und Schüler.¹⁹⁴ 59.496 Schülerinnen und Schüler besuchten Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung.¹⁹⁵ Andere Formen von Förderschulen (Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung) wurden 2006 von 16.101 Jugendlichen in Bayern besucht.¹⁹⁶

393) Hinter diesen Zahlen verbergen sich zum Teil erhebliche regionale Unterschiede. Einen Überblick hierzu bieten die Tabellen zum relativen Schulbesuch in Bayern nach Kreisen. Sie belegen, dass z. B. in Oberbayern im Schuljahr 2006/2007 37,9 % der Schülerinnen und Schüler das Gymnasium und 32,2 % die Hauptschule besuchten. In der Oberpfalz hingegen besuchten 30,5 % das Gymnasium und 39,8 % die Hauptschule.¹⁹⁷ Die dort sichtbar werdenden Unterschiede, z. B. hinsichtlich der Zahlen derjenigen Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium bzw. die Hauptschule besuchen, haben viele Ursachen. Neben den Stadt-Land-Unterschieden machen sich dabei besonders die sozialstrukturellen Disparitäten, die unterschiedlichen Bildungsmilieus und die damit verbundenen Bildungserwartungen, der lokale Bedarf an Schulabschlüssen und Qualifikationen und die jeweils mit vertretbarem Aufwand erreichbaren Schulformen bemerkbar. Eine noch genauere Differenzierung auf die Ebene der Kreise macht wenig Sinn, da die relative Verteilung in einem Kreis sehr stark von dem regionalen Schulangebot abhängt und u.U. von außen einpendelnden Schülerinnen und Schülern mitbestimmt wird.¹⁹⁸

394) Der Vergleich der Schülerinnen- und Schülerzahlen über die Jahre spiegelt den demografischen Wandel im Zusammenspiel mit den Auswirkungen der Migration wider. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Grundschulen ergibt sich dabei folgendes Bild:

¹⁹¹ ebd., S. 50

¹⁹² ebd., S. 62

¹⁹³ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, S. 70 f.; nicht berücksichtigt ist hierbei die Schülerinnen- und Schülerzahl, die über die Schulen des Zweiten Bildungsweges die Hochschulreife erwerben.

¹⁹⁴ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2007, S. 76 und 77

¹⁹⁵ ebd. 2007, S. 52; als Gesamtüberblick vgl. Tabelle im Anhang

¹⁹⁶ ebd. 2007, S. 57 und 58

¹⁹⁷ Vgl. Tabellen im Anhang

¹⁹⁸ Illustrieren kann man dieses Problem am Beispiel des Landkreises Bamberg: Weil es im Landkreis Bamberg kein Gymnasium gibt, weist die Statistik an dieser Stelle keine Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und eine Gymnasiastenquote von 0 % aus. Dass die Schülerinnen und Schüler in die benachbarten Kreise pendeln müssen, wird dabei zunächst nicht sichtbar.

Tabelle 19: Zahl der Schüler an bayerischen Grundschulen

Jahr	Grund- schüler	davon in ... Schulen	
		staatlichen	privaten
1970	723 483	720 153	3 330
1975	676 047	671 396	4 651
1980	486 340	482 156	4 184
1985	411 627	407 581	4 046
1990	466 672	461 750	4 922
1995	513 014	505 328	7 686
2000	534 934	524 587	10 347
2001	524 163	513 215	10 948
2002	515 430	503 948	11 482
2003	513 396	501 249	12 147
2004	510 633	497 804	12 829
2005	509 516	495 799	13 717
2006	506 722	492 336	14 386

Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

395) Nach einem Tiefpunkt Mitte der 80er Jahre stiegen die Zahlen der Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen wieder an, erreichten Ende der 90er Jahre einen relativen Höhepunkt und gehen seitdem langsam, aber stetig zurück.

396) Dieser aufgrund der demografischen Entwicklung¹⁹⁹ sich wohl auch absehbar in den nächsten Jahren fortsetzende Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler darf nicht kurzschlüssig als Argument verwendet werden, dass sich daraus spürbare Einsparpotenziale hinsichtlich des Lehrpersonals ergeben. Zwar stellt die demografische Entwicklung einen zentralen Eckwert bei der Prognose und Bedarfsplanung sowohl in personeller Hinsicht als auch in Bezug auf Neubau, Aufrechterhaltung, Zusammenlegung bzw. Schließung von Schulen dar; darüber hinaus muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass die Aufgaben und pädagogischen Erwartungen an Schule beständig zunehmen. Diese sind letztendlich nur zu bewältigen und qualitative Verbesserungen sind nur zu erreichen, wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse kleiner wird, die Schüler-Lehrer-Relation sich weiter verbessert sowie zusätzliche Förderangebote und die individuelle Förderung ausgebaut werden.²⁰⁰

397) Ein wichtiger Faktor, der zu neuen Herausforderungen für die Schulen führt, sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.²⁰¹ Für das Schuljahr 2006/2007 ergaben

¹⁹⁹ Zur demografischen Entwicklung in Bayern siehe auch Kapitel 3.1 A; demografische Entwicklungen ergeben sich einerseits aus dem Verhältnis von Geburten und Todesfällen und andererseits durch Wanderungsbewegungen.

²⁰⁰ Zu den Werten im Schuljahr 2006/2007 siehe Tabelle im Anhang und darin die letzten drei Spalten „Relationen“.

²⁰¹ Im Rahmen der 16. Sitzung der Kommission für Statistik im Oktober 2006 konnten sich die Länder für den Bereich der Amtlichen Schulstatistik auf eine einheitlich anzuwendende Begriffsabgrenzung verständigen. Demnach ist bei einem Schüler dann ein Migrationshintergrund gegeben, wenn (mindestens) eines der drei Merkmale „Staatsangehörigkeit“, „Verkehrssprache in der Familie“ und „Geburtsland“ in einer nichtdeutschen Ausprägung vorliegt. Im Schuljahr 2006/2007 ergibt sich an den bayerischen Grundschulen ein Ausländeranteil von 8,6 %,

sich in Bezug auf die Grundschulen folgende Werte:

Tabelle 20: Kinder mit Migrationshintergrund an bayerischen Schulen

Kinder mit Migrationshintergrund an bayerischen Schulen Schuljahr 2006/2007	
Merkmal	Anteil unter den Grundschulern
Kinder mit Migrationshintergrund	12,1 %
und zwar mit:	
- Nichtdeutscher Staatsangehörigkeit	8,6 %
- Nichtdeutscher Verkehrssprache	7,7 %
- Nichtdeutschem Geburtsland	2,7 %

Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

398) Allerdings gibt es dabei große regionale Schwankungen. Unterhalb des Durchschnittswertes von 8,6 % ausländischen Schülerinnen und Schülern an Grundschulen (= 22.064 Schülerinnen und Schüler) im Schuljahr 2006/2007 verbirgt sich ein Anteil von 3,7 % in der Oberpfalz, 10,8 % in Mittelfranken und 11,8 % in Oberbayern.²⁰²

399) Die Erweiterung des Blicks auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist gerade für die Schule von großer Bedeutung.²⁰³ Seit der Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts zum 01.01.2000 erwirbt ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hat (in der Regel neben einer bereits vorhandenen Staatsbürgerschaft) auch die deutsche Staatsangehörigkeit und muss sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für eine der beiden Staatsangehörigkeiten ent-

während der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei 12,1 % liegt. Zu beachten ist hierbei, dass sich die für die Amtliche Schulstatistik gefundene Abgrenzung des Migrationshintergrunds von bereits existierenden und verwendeten Definitionen unterscheidet. So unterscheidet der Mikrozensus zwischen Migranten der 1. Generation (selbst im Ausland geboren), der 2. Generation (Eltern im Ausland geboren) und der 3. Generation (Großeltern im Ausland geboren). Auch der in der PISA-Studie gefasste Begriff des Migrationshintergrunds geht durch die Einbeziehung von Elternmerkmalen über die hier gefundene Abgrenzung hinaus. Bei zusätzlicher Berücksichtigung von Merkmalen der Eltern liegt der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund (zum Teil deutlich) höher – so stammen in Bayern laut PISA 20,5 % der 15-jährigen Schüler aus „Familien mit Migrationshintergrund“. Aus Datenschutzgründen erfolgt in den „Amtlichen Schuldaten“ jedoch keine Erhebung elternbezogener Daten (allenfalls mittelbar über die in der Familie überwiegend gesprochene Verkehrssprache).

²⁰² Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: <http://www.statistik.bayern.de/daten/intermaktiv/archiv/home.asp?RS=&TH=&UT=schulen.csv&SP=2> Zu beachten ist auch an dieser Stelle, dass sich diese Anteile nur auf Schülerinnen und Schüler beziehen, die keinen deutschen Pass besitzen. Der tatsächliche Anteil von Schülerinnen und Schülern in der Grundschule mit Migrationshintergrund ist deutlich höher, wie die zuvor in der Tabelle enthaltenen Zahlen belegen. Es ist aber davon auszugehen, dass die regionalen Unterschiede auch für diese Gruppe weitgehend gelten.

²⁰³ Der Text dieses Unterabschnittes basiert auf einer Zuarbeit des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

scheiden (Optionsmodell). Der damit verbundene deutliche Rückgang des Ausländeranteils in der Gruppe der unter 6-Jährigen belegt, dass in der breit geführten Diskussion über die Sprachförderung von Kindern der allein auf die Staatsangehörigkeit zielende Begriff der „ausländischen Schüler“ weiter gefasst und auf den aus pädagogischer Sicht aussagekräftigeren Begriff der „Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ erweitert werden muss, der neben der Staatsangehörigkeit noch weitere relevante Merkmale einbezieht. Da sich die ab dem Jahr 2000 geborenen Kinder derzeit in den unteren Klassen der Grundschule befinden, wird in den nächsten Jahren ein deutlicher Rückgang des Ausländeranteils auch bei den Grundschulern erwartet. So werden sich die Quoten der Ausländer und der Schüler mit Migrationshintergrund in Zukunft noch weiter auseinander bewegen und die Notwendigkeit verstärken, zwischen den beiden Begriffen klar zu trennen.

3.4.2.1.2 Angebote der schulischen Ganztagesbetreuung und ihre regionale Verteilung in Bayern

400) Jugend- und bildungspolitisch von besonderem Interesse ist der seit einigen Jahren in Gang gekommene Ausbau von Angeboten schulischer Ganztagesbetreuung. Motiviert wurde dieser durch ganz unterschiedliche Entwicklungen: Der wachsende Bedarf an verlässlichen Nachmittagsangeboten, das nach den PISA-Studien in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückte sozialpolitische und pädagogische Interesse einer besseren Förderung vor allem von Kindern und Jugendlichen aus sozio-ökonomisch schwierigen Verhältnissen, der Zwang, auch am Nachmittag Unterricht durchführen zu müssen, sowie die Zunahme ergänzender Angebote in der Schule in Form von Arbeitsgruppen, Kursen, Trainings, Förderangeboten etc., führten zu einer schrittweisen Ausdehnung von höchst unterschiedlichen schulischen Angeboten am Nachmittag. Das Ende ist bislang nicht abzusehen, denn aktuell wächst mit jedem neuen Schuljahr die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mehr Stunden auch am Nachmittag in der Schule verbringen.

401) In Bezug auf die schulischen ganztägigen Angebote sind zwei Formen zu unterscheiden:

- Offene Ganztagschulen mit Angeboten der ganztägigen Förderung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 5 mit 10 in öffentlicher und freier Trägerschaft: Die ersten Plätze hierzu wurden im Schuljahr 2002/2003 eingerichtet. *„Im Schuljahr 2007/2008 stehen rund 35.500 Plätze für rund 45.500 Schülerinnen und Schüler an insgesamt 782 Standorten zur Verfügung. Auf die Schularten verteilt sind dies 60 Förderschulen, 430 Hauptschulen, 136 Realschulen und 156 Gymnasien.“*²⁰⁴

An Offenen Ganztagschulen findet der Unterricht soweit als möglich am Vormittag statt. Am Nachmittag werden ergänzend, für diejenigen Schülerinnen und Schüler, deren Eltern dies wünschen und zu finanzieren bereit und in der Lage sind, zusätzliche Angebote wie Hausaufgabenbetreuung, unterrichtliche Fördermaßnah-

men sowie sportliche, musische und gestalterische Aktivitäten offeriert. Da Offene Ganztagschulen eine verlässliche Förderung und Betreuung ermöglichen sollen, werden an mindestens vier der fünf Wochentage nach dem Unterricht Angebote gemacht, wobei die Option besteht, sich für das ganze Schuljahr (auch) nur für bestimmte Wochentage anzumelden.²⁰⁵

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat in diesem Zusammenhang Rahmenvereinbarungen mit dem Katholischen Schulkommissariat in Bayern, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, den Landfrauen im Bayerischen Bauernverband, dem Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e.V., der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi), dem Bayerischen Landessportverband und dem Bayerischen Musikrat/Landesverband Bayerischer Tonkünstler, dem Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft e.V., dem Bayerischen Jugendring, den Hilfsorganisationen in Bayern und dem Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege e. V. abgeschlossen. Weitere Rahmenvereinbarungen bzw. Absichtserklärungen sind in Vorbereitung. Ziel ist es, die Einrichtung von Ganztagsangeboten zu fördern und deren Umsetzung zu erleichtern und zu unterstützen.

Der Freistaat bezuschusst die Offenen Ganztagschulen mit 753,80 € pro Schülerplatz und Schuljahr bei einer wöchentlichen Betreuungszeit von mindestens 12 Stunden. Die Träger (meist Kommunen) finanzieren meist in gleicher Höhe wie der Freistaat. Freistaat und Kommunen finanzieren damit jeweils zu ca. 40 % , rd. 20 % sind von den Eltern zu übernehmen.²⁰⁶

Jugendpolitisch ist dieser Schultyp u.a. von besonderem Interesse, weil das Nachmittagsangebot auf der institutionalisierten Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Trägern der Jugend- und Bildungsarbeit basiert. Damit wird die Chance eröffnet, Inhalte und Formen außerschulischer Jugendbildung näher an die schulischen Angebote heranzuführen und zu einem abgestimmten, integrierten Angebot weiterzuentwickeln. Gelingen kann dies aber nur, wenn die Nachmittagsangebote auch im Unterricht sowohl inhaltlich als auch didaktisch ihren Widerhall finden. Anderenfalls droht ein wenig aussichtsreiches additives Nebeneinander zwischen schulischem Unterricht am Vormittag und nachmittäglichen Förder- und Betreuungsangeboten. Abgesehen von zeitlich begrenzten Modellinitiativen, wie z. B. das Programm j.a.m.b.u.s. des Bayerischen Jugendringes,²⁰⁷ ist es noch zu früh, eine systematische Zwischenbilanz zu ziehen. Aus der Sicht der Enquete-Kommission bedarf es aber in absehbarer Zeit einer Überprüfung der Frage, wie die Integration von Unterricht und Nachmittagsangeboten gelingt. Ebenso muss evaluiert werden, wie sich einerseits die Qualität der Angebote im Hinblick auf die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler darstellt und andererseits die freien Träger mit den ihnen gebotenen Rahmenbedingungen zurecht kommen.

²⁰⁴ <http://www.stmuk.bayern.de/km/schule/ganztagschule/offen/#1>; Aktualisierung der Zahlen für das Schuljahr 2007/2008 durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus

²⁰⁵ ebd.

²⁰⁶ ebd.

²⁰⁷ Vgl. <http://www.jambus.bjr.de/>

- Gebundene Ganztagschulen kennzeichnet ein verpflichtendes, durchgehend schulisch strukturiertes Angebot an mindestens 4 Wochentagen von täglich mindestens 7 Zeitstunden.²⁰⁸ Der Pflichtunterricht findet am Vor- und Nachmittag statt, wobei sich Unterrichtsstunden mit Übungs- und Studierzeiten und sportlichen, musischen und künstlerisch orientierten Fördermaßnahmen, ergänzt durch Freizeitaktivitäten unterschiedlicher Art, abwechseln. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einem rhythmisierten Angebot. Auch diesen Schultyp gibt es in Bayern seit dem Schuljahr 2002/2003. Erklärtes Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es, „die gebundene Ganztagschule bis zum Schuljahr 2012/2013 flächendeckend und bedarfsgerecht auszubauen und Ganztagszüge überall dort einzuführen, wo der Sachaufwandsträger einen entsprechenden Antrag stellt und vor

Ort von Eltern und Schule ein Bedarf gemeldet wird. Im Schuljahr 2007/2008 sind an 222 Schulen in Bayern Ganztagszüge eingerichtet und teilweise bereits in vollem Ausbau verwirklicht. Dabei bilden die Hauptschulen mit 161 Standorten den Schwerpunkt, dazu kommen 12 Gymnasien, die das G8 im Modellversuch „G8 in Ganztagsform“ umsetzen, und 9 Realschulen. Im Rahmen eines weiteren Schulversuchs „Gebundene Ganztagsgrundschule“ sind zum Schuljahr 2007/2008 zudem an 40 Standorten Grundschulen in gebundener Ganztagsform eingerichtet. Für das Schuljahr 2008/2009 wurden weitere 175 gebundene Ganztagszüge an Hauptschulen sowie erstmals auch 30 Ganztagszüge an Förderschulen genehmigt.“²⁰⁹

402) Ganztagsangebote in Bayern nach Bezirken und Schularten (Einrichtungen und Schülerzahlen):

Tabelle 21: Offene Ganztagschulen Schuljahr 2007/2008

Offene Ganztagschulen Schuljahr 2007/2008 alle Schularten (Zahl der Einrichtungen und Schüler)										
	Volksschule		Förderschule		Realschule		Gymnasium		gesamt	
	Einrichtungen	Schüler	Einrichtungen	Schüler	Einrichtungen	Schüler	Einrichtungen	Schüler	Einrichtungen	Schüler
OBB	142	5.385	26	502	57	5.445	68	11.999	293	23.331
NDB	59	1.901	1	13	12	1.266	12	909	84	4.089
OPF	38	1.481	6	173	12	560	10	999	66	3.213
OFR	46	1.354	3	64	6	683	8	419	63	2.520
MFR	49	1.438	9	114	17	1.663	20	1.365	95	4.580
UFR	49	1.678	5	76	20	1.257	18	1.266	92	4.277
SCHW	46	1.544	10	183	12	504	21	1.326	89	3.557
Summe	429	14.781	60	1.125	136	11.378	157	18.283	782	45.567

Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Tabelle 22: Gebundene Ganztagschulen Schuljahr 2007/2008

Gebundene Ganztagschulen Schuljahr 2007/2008 alle Schularten (Zahl der Einrichtungen)					
	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	gesamt
OBB	15	54	2	3	74
NDB	2	20	0	1	23
OPF	4	14	1	1	20
OFR	6	21	3	1	31
MFR	3	16	2	1	22
UFR	5	15	1	4	25
SCHW	5	21	0	1	27
Summe	40	161	9	12	222

Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

²⁰⁸ Zum Folgenden: <http://www.stmuk.bayern.de/km/schule/ganztagschule/gebunden/#1>

²⁰⁹ ebd.

403) Deutlich wird an diesen Daten zweierlei: Erkennbar über die Hälfte der schulischen Einrichtungen mit Ganztagsbetreuung wird in Bayern von Volksschulen erbracht. Der große Anteil der Volksschulen erklärt sich aber auch daraus, dass die Zahl der Volksschulen rund dreimal so hoch ist wie die Zahl der Realschulen und Gymnasien zusammen (Schuljahr 2006/07: 2.866 Volksschulen, 349 Realschulen, 406 Gymnasien).

404) Zweitens erweisen sich die Angebote der Ganztagsbetreuung in Bayern trotz der intensiven Bemühungen während der letzten Jahre noch immer nicht als überall verfügbares Regelangebot. Bei den drei wichtigsten weiterführenden allgemein bildenden Schulen sind es für das Gymnasium rd. 41 % (406 : 168), für die Realschulen rd. 42 % (349 : 145) und für die Hauptschulen rd. 46 % (1.288 : 591). Um das angestrebte Ziel des Programms zur Förderung der offenen Ganztagschule zu erreichen, besteht noch Ausbau- und Gestaltungsbedarf.

405) Betrachtet man die Zahlen unterschieden nach offenen und gebundenen Angeboten, wird deutlich, dass bislang in allen drei Schultypen die Offene Ganztagschule dominiert (im Schuljahr 2007/2008: Gymnasium: 156 offene zu 12 gebundenen Angeboten; Realschule: 136 offene zu 9 gebundenen Angeboten; Hauptschule: 430 offene zu 161 gebundenen Angeboten). Darin wird zum einen der mittlerweile hohe Stellenwert der nicht-schulischen Anbieter, vor allem der Träger der Kinder- und Jugendarbeit sichtbar; zum anderen deutet sich der zukünftige Investitionsbedarf an, wenn man am Ziel festhält, die gebundene Ganztagschule flächendeckend bis zum Schuljahr 2012/2013 auszubauen. Die feststellbare Dominanz der offenen Ganztagschule im Bereich der Hauptschule dürfte sich allerdings durch den anvisierten weiteren Ausbau der gebundenen Ganztagszüge zukünftig relativieren.

3.4.2.1.3 Praxisklassen und M-Zug

406) Im Schuljahr 2006/2007 gab es 108 Praxisklassen an den Hauptschulen mit 1.639 Schülerinnen und Schülern an 94 Standorten. Sie bieten den Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten und Leistungsrückständen zusätzliche Fördermöglichkeiten an, die den Übergang in das Berufsleben erleichtern sollen.

407) Darüber hinaus gibt es die so genannten M-Züge und M-Klassen. Diese führen zum mittleren Schulabschluss und wurden im gleichen Schuljahr von 42.558 Schülerinnen und Schülern an 420 Standorten besucht.

3.4.2.1.4 Berufliche Schulen

408) Eine in Bayern wichtige Säule der Bildung stellen die beruflichen Schulen dar. Zu diesem Schultyp gehören die Berufsschulen, die Berufsfachschulen, die Wirtschaftsschulen, die Fachschulen, die Fachakademien, die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen.²¹⁰ Ausgehend von der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung zielen diese Schularten auch darauf ab, allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben. Ermöglicht werden an ihnen der Hauptschulab-

schluss, der mittlere Schulabschluss, die Fachhochschulreife und das Abitur.²¹¹

409) *„Der weitaus überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen besucht die Berufsschule. Mit dem bundesweit größten Anteil von Jugendlichen, die das duale System der Berufsausbildung durchlaufen, sind die Berufsschulen gut ausgebaut und durch die Organisationsreform, die auf einem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 5. April 2001 (Drs. 14/6379) basiert, auf künftige Entwicklungen vorbereitet. Durch den genannten Landtagsbeschluss sollte mit der Bildung von Kompetenzzentren die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Unterrichts und ein effizienter Ressourceneinsatz bei der Bereitstellung einer modernen Schulausstattung gewährleistet werden, wobei ein besonderes Augenmerk auf der Sicherung der Berufsschulen im ländlichen Raum lag.*

410) *Die Berufsfachschulen ergänzen das duale System der Berufsausbildung vor allem inhaltlich mit Bildungsgängen, die nur schulisch möglich sind, aber auch regional mit Angeboten für Jugendliche, die in Zeiten des Ausbildungsplatzmangels eine Qualifizierungsmöglichkeit erhalten sollen. Letztere dienen zeitlich befristet und regional begrenzt einer Entlastung des Ausbildungsstellenmarkts, sollen aber nicht zu verfestigten Strukturen führen. Der Ausbildung im bewährten dualen System wird auch künftig in Bayern eine klare Priorität zukommen.*

411) *Die Wirtschaftsschulen haben sich vor allem auch durch die Etablierung der zweistufigen Form zu einer wichtigen Alternative für Jugendliche entwickelt, die einen mittleren Schulabschluss und eine einschlägige Berufsausbildung anstreben.*

412) *Im Bereich der beruflichen Fort- und Weiterbildung leisten die Fachschulen und Fachakademien angesichts der großen Bandbreite von unterschiedlichen Anbietern einen wichtigen Beitrag zur Sicherung eines hochwertig ausgebildeten Fach- und Führungskräftenachwuchses und bieten inzwischen zahlreiche Möglichkeiten, auf dem Wege der beruflichen Fortbildung den Zugang zur Hochschule zu erhalten.*

413) *Die Weiterentwicklung der Fachoberschulen und Berufsoberschulen zur Beruflichen Oberschule gilt derzeit als eines der zentralen Vorhaben im Bereich der beruflichen Schulen und soll dazu beitragen, die Zahl der in Bayern verliehenen Hochschulreifen weiter zu erhöhen.“²¹²*

3.4.2.1.5 Wie wird die Möglichkeit des „Zweiten Bildungsweges“ angenommen?

414) Der Begriff „Zweiter Bildungsweg“ ist nicht eindeutig definiert. Üblicherweise werden damit alle Angebotsformen zusammengefasst, die es Menschen ermöglichen, einen Schulabschluss außerhalb der Regelschule zu erwerben. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus fasst unter diesem Begriff fünf Angebotsformen zusammen:

211 Ausführliche Informationen zu diesen Schulformen bieten die Seiten des StMUK: <http://www.stmuk.bayern.de/km/schule/schularten/berufliche/> Vgl. außerdem Bayerischer Landtag 2007, S. 29 ff.

212 Bayerischer Landtag 2007, S. 30 f.; vgl. dazu die in der Interpellation enthaltenen ausführlichen Darstellungen und Anhänge

210 Ab Schuljahr 2008/2009 werden die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen zur beruflichen Oberschule zusammengefasst.

Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg, Telekolleg und Begabtenprüfung.²¹³

415) Darüber hinaus bestehen auch im beruflichen Bereich weitverzweigte Möglichkeiten, einen allgemein bildenden Schulabschluss „nachzuholen“ bzw. dort zu erwerben. Die steigenden Anteile in den vergangenen Jahren belegen die wachsende Bedeutung dieses alternativen Weges zum mittleren Schulabschluss bzw. zur Hochschulzugangsberechtigung. Der Weg zu einem Schulabschluss über die beruflichen Schulen tritt immer stärker als gleichberechtigte Säule neben den Zugang über die allgemein bildenden Schulen – deshalb kann wohl hier nur eingeschränkt von einem „Nachholen“ des Schulabschlusses gesprochen werden.²¹⁴

416) Ein Lehrgang im Telekolleg umfasst einschließlich der Abschlussprüfungen 16 Monate, die in vier Trimester (von je drei Monaten) unterteilt sind. Fächerbelegungen und Prüfungen können auch auf zwei aufeinander folgende Lehrgänge verteilt werden. In sechs Monaten (Vorkurs) kann der mittlere Schulabschluss erreicht werden.²¹⁵

3.4.2.2 Abschlüsse an Schulen in Bayern

417) Einen Überblick über alle Abschlüsse an Schulen in Bayern und ihre Entwicklung in den Jahren 2003 bis 2006 gibt die folgende Tabelle:

Tabelle 23: Abschlüsse an Schulen 2003 bis 2006

Abschlüsse an Schulen nach Abschlussart und Schulart und deren Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung für Bayern insgesamt

Art des Schulabschlusses bzw. der Schulartklassung	2003		2004		2005		2006	
	Anzahl	Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in %	Anzahl	Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in %	Anzahl	Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in %	Anzahl	Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in %
erfüllte Vollzeitschulpflicht ohne Schulabschluss	11 853	8,51	11 800	8,36	10 878	7,51	10 463	7,25
davon aus								
Hauptschulen	5 609	4,03	5 585	3,95	4 955	3,42	4 539	3,15
Volksschulen zur sonderpädagogischen	5 111	3,67	5 088	3,59	5 000	3,45	4 910	3,40
Realschulen zur sonderpädagogischen	2	0,00	5	0,00	3	0,00	8	0,01
Realschulen	562	0,40	546	0,39	403	0,28	454	0,31
Wirtschaftsschulen	197	0,13	178	0,13	148	0,10	192	0,13
Gymnasien	383	0,26	299	0,21	244	0,17	215	0,15
Freie Waldorfschulen	13	0,01	111	0,08	103	0,07	136	0,09
Integrierte Gesamtschulen	6	0,00	8	0,01	22	0,02	9	0,01
Hauptschulabschluss	51 741	37,14	52 650	37,24	51 105	35,29	52 216	36,20
davon aus								
Hauptschulen	44 638	32,05	44 279	31,33	43 021	29,72	43 131	29,91
Volksschulen zur sonderpädagogischen	777	0,56	788	0,54	698	0,48	675	0,47
Realschulen zur sonderpädagogischen	7	0,01	15	0,01	19	0,01	14	0,01
Realschulen	874	0,63	764	0,54	649	0,45	672	0,47
Wirtschaftsschulen	979	0,70	1 008	0,71	1 074	0,74	1 088	0,75
Gymnasien	532	0,38	398	0,28	350	0,24	365	0,25
Freie Waldorfschulen	90	0,06	4	0,00	2	0,00	3	0,00
Integrierte Gesamtschulen	110	0,08	124	0,09	117	0,08	114	0,08
Berufsschulen	2 623	1,88	2 582	1,81	2 480	1,71	2 313	1,60
Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förde	1 083	0,76	2 696	1,91	2 649	1,83	3 769	2,61
Berufsfachschulen	48	0,03	32	0,02	46	0,03	72	0,05
Mittlerer Schulabschluss	59 310	42,58	63 141	44,66	62 974	43,48	66 113	45,83
davon aus								
Hauptschulen	7 035	5,05	10 383	7,33	10 923	7,54	11 610	8,05
Volksschulen zur sonderpädagogischen	34	0,02	56	0,04	50	0,03	78	0,05
Realschulen zur sonderpädagogischen	96	0,07	85	0,06	100	0,07	152	0,11
Realschulen	33 277	23,89	32 272	22,83	32 552	22,48	34 072	23,62
Wirtschaftsschulen	6 187	4,44	6 685	4,73	6 978	4,82	7 073	4,90
Abendrealschulen	56	0,04	85	0,06	65	0,04	81	0,06
Gymnasien	3 931	2,82	3 717	2,63	3 572	2,47	3 611	2,50
Freie Waldorfschulen	134	0,10	168	0,12	156	0,11	178	0,12
Integrierte Gesamtschulen	152	0,11	201	0,14	175	0,12	217	0,15
Berufsschulen	4 501	3,23	5 004	3,54	4 217	2,91	5 220	3,62
Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förde	17	0,01	15	0,01	20	0,01	18	0,01
Berufsfachschulen	1 463	1,05	1 773	1,25	1 649	1,14	1 714	1,19
Berufsfachschulen des Gesundheitswesens	309	0,22	157	0,11	86	0,06	221	0,15
Berufsoberschulen	57	0,04	32	0,02	63	0,04	96	0,07
Fachschulen	2 023	1,45	2 113	1,50	1 940	1,34	1 331	0,92
Fachschulen (StMLF)	38	0,03	415	0,29	428	0,30	441	0,31

213 Vgl. <http://www.stmuk.bayern.de/km/schule/schularten/zweitbild/>; zu den Zahlen siehe Tabelle 23

214 Siehe hierzu den vorangehenden Unterabschnitt

215 Vgl. www.telekolleg.de Zur Teilnahme am Telekolleg und der Begabtenprüfung liegen keine neueren Daten vor.

Fachhochschulreife	15 500	11,35	16 054	11,87	17 726	12,95	17 340	12,47
davon aus								
Gymnasien	9	0,01	12	0,01	19	0,01	16	0,01
Kollegs	24	0,02	27	0,02	29	0,02	23	0,02
Berufsoberschulen	3 762	2,75	3 879	2,87	3 957	2,89	3 474	2,50
Fachoberschulen	9 249	6,77	9 709	7,18	10 850	7,93	11 139	8,01
Fachschulen	1 441	1,05	1 547	1,14	1 968	1,44	1 770	1,27
Fachschulen (StMLF)	51	0,04	-	-	-	-	-	-
Fachakademien	964	0,71	880	0,65	903	0,66	918	0,68
Hochschulreife	27 338	20,01	27 978	20,69	28 964	21,17	30 785	22,14
davon aus								
Gymnasien	25 236	18,47	25 491	18,85	25 977	18,99	27 665	19,89
Freie Waldorfschulen	215	0,16	200	0,15	230	0,17	209	0,15
Abendgymnasien	125	0,09	95	0,07	118	0,09	121	0,09
Kollegs	239	0,17	260	0,19	293	0,21	328	0,24
Berufsoberschulen	1 476	1,08	1 881	1,39	2 024	1,48	2 049	1,47
Fachoberschulen	-	-	-	-	261	0,18	355	0,26
Fachakademien	47	0,03	51	0,04	71	0,05	58	0,04

Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

418) In den im Anhang angefügten Tabellen „Absolventen nach Regierungsbezirken“ werden diese Daten nach Regierungsbezirken regionalisiert.

3.4.2.3 Übertrittsverhalten

3.4.2.3.1 Übertrittsverhalten und Art der Schulabschlüsse im regionalen Vergleich in Bayern²¹⁶

419) Einen Überblick über die Übertrittsquoten in Bayern gibt die im Anhang abgedruckte Tabelle „Übertritte an Gymnasium, Realschule, Wirtschaftsschule; Übertrittsquoten.“²¹⁷ Die Zahlen geben an, wie viel Prozent der Schülerinnen und Schüler in den jeweiligen Schultyp überwechselten. Dabei zeigt sich, dass der Anteil derjenigen, die aufs Gymnasium wechseln, geringen Schwankungen unterworfen ist. Während es Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrtausends rund 36 % waren, ging die Quote in den Folgejahren zurück. Seit 1997 kann man eine langsame, aber beständige Zunahme beobachten, die mit den Jahren 2005/2006 neue Höchstwerte erreicht hat. Die Quoten für die Übertritte in die 4-stufige und 6-stufige Realschule sind wegen der unterschiedlichen Bezugsgrößen nicht vergleichbar, da sie sich auf unterschiedliche Grundgrößen beziehen.²¹⁸

420) Jugendpolitisch interessant ist die Verteilung über die Geschlechter: Die Übertrittsquoten der Mädchen liegen an allen drei Schularten (Gymnasium, 6-stufige Realschule, Wirtschaftsschule) um rund 2 Prozentpunkte über denen der Jungen.

421) Jugend- und bildungspolitisch betrachtet sind allerdings nicht allein die Übertrittsquoten von Interesse. Ebenso wichtig ist, wie viele Schülerinnen und Schüler letztendlich

auch den anvisierten Schulabschluss erreichen. So könnte die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten nicht nur durch die Erhöhung der Übertrittsquote, sondern auch durch die größere Anzahl derjenigen, die schließlich das Abitur schaffen, also durch individuelle Förderung und Verbesserung der schulischen Lernbedingungen, gesteigert werden. Es gibt Bemühungen, die Wiederholer- und Abgängerquote z. B. in Form von Intensivierungsstunden zu senken.

422) Eine Betrachtung der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten ergänzt das Bild. Zwischen 02.10.2005 und 01.10.2006 haben 7.777 Schülerinnen und Schüler bayerische Gymnasien Richtung Realschule verlassen – aber nur 555 sind den umgekehrten Weg gegangen. Allerdings erwarben in Bayern im Jahr 2006 20.444 Schülerinnen und Schüler aus Haupt- und Realschule die Hochschulzugangsberechtigung über Fachakademien, Fachoberschulen und Berufsoberschulen. In Bayern werden über 40 % der Hochschulzugangsberechtigungen nicht über das Gymnasium erworben.

3.4.2.3.2 Welche Zusammenhänge gibt es zwischen Übertrittsverhalten und der Entwicklung der regionalen Berufsstruktur?

423) Die Enquete-Kommission sah sich nicht in der Lage, diese Frage aufgrund der unzureichenden Datenlage zu beantworten. Die Diskussionen in der Enquete-Kommission und die Erfahrungen aus einzelnen Kreisen machten deutlich, dass es keine einfachen Kausalzusammenhänge gibt. Wichtige Variablen dürften das lokale Angebot an Ausbildungsplätzen und die vermuteten bzw. realen Beschäftigungsmöglichkeiten in den einzelnen Branchen, die allgemeine Wirtschaftssituation und die Bewerberlage, das Image der Schulen, die Bildungserwartungen der Eltern und der Jugendlichen und anderes mehr sein. So wurde u.a. die These vertreten, dass in eher nicht großstädtisch strukturierten Gebieten, also z. B. Niederbayern und Oberpfalz, der Ruf der Hauptschule besser ist, weil „dort die regionale Wirtschaftsstruktur handwerklicher geprägt sei und weil in diesen handwerklicher geprägten Wirtschaftsstrukturen die Hauptschule noch eher als Normalfall eines Zugangs in den Ausbildungsbereich gilt, während in Regionen mit einer Wirtschaftsstruktur

²¹⁶ Die Enquete-Kommission hat darauf verzichtet, die ohnehin nur schwer vergleichbaren Übertrittsquoten noch einmal unter einer regionalisierten Perspektive aufzubereiten. Die oben erwähnten und im Anhang ausführlich aufgelisteten regionalisierten Schülerinnen- und Schülerzahlen bieten ein ausreichend differenziertes Bild.

²¹⁷ Siehe Tabelle Übertrittsquoten im Anhang

²¹⁸ Beim Übertritt an die R6 ist die Quote an den Grundschulern aus Jahrgangsstufe 4 gemessen – beim Übertritt in die Jahrgangsstufe 7 der R4 hingegen an der Zahl der Hauptschüler in Jahrgangsstufe 6. Da die Bezugsgröße für die Übertritte an die R6 viel größer ist, fällt der entsprechende Prozentsatz niedriger aus.

tur, die eher industriell oder dienstleistungsmäßig organisiert ist, diese Zugangsmöglichkeiten eher schwieriger sind und von daher das Interesse der Schüler und auch der Eltern, die an der Berufswahl ja maßgeblich mitwirken, sich eher in andere Richtungen organisiert.“²¹⁹ Zugleich wurde aber auch festgestellt, dass es für diese und ähnliche Hypothesen keine belastbaren Daten gibt.

3.4.2.3.3 Gibt es Zusammenhänge zwischen der sozialen und/oder der regionalen Herkunft der Kinder und dem Verlauf/der Prägung der schulischen Laufbahn? Wenn ja, welche?

424) Die Entscheidung, welche Schullaufbahn nach der Grundschule gewählt wird, wird mit guten Gründen als zentral nicht nur für die weitere Schullaufbahn der Schülerin bzw. des Schülers, sondern in der weit überwiegenden Zahl der Fälle auch für die berufliche Zukunft und die gesellschaftlichen Teilhabechancen angesehen. Dafür ist zwar zunächst grundsätzlich der Elternwille ausschlaggebend, wenn jedoch Noten und Lehrerbeurteilung dagegen stehen, ist er nachrangig. Vor diesem Hintergrund hat sich die Forschung auch vorrangig auf den Zusammenhang von familialem Hintergrund und Schullaufbahnentscheidungen konzentriert. Entsprechende empirische Studien belegen, dass Eltern ihren Kindern möglichst hohe Schulabschlüsse ermöglichen wollen. Die entsprechenden Erwartungen sind in den letzten 25 Jahren kontinuierlich gewachsen und haben sich auf einem relativ hohen Niveau stabilisiert. Die Erwartungen werden jedoch keineswegs immer erfüllt. Empirische Studien gehen davon aus, dass zwar die Hälfte der Eltern sich für ihre Kinder den Abschluss des Abiturs erwünscht, die tatsächliche Quote aber kaum 30 % eines Geburtsjahrgangs übertrifft.²²⁰

425) Wichtig bei alledem ist, dass die Bildungserwartungen der Eltern und damit auch Schullaufbahnentscheidungen offenbar im hohen Maße mit dem Berufs- und Bildungshintergrund der Eltern zusammenhängen. Darauf haben nicht zuletzt die PISA-Studien erneut aufmerksam gemacht. In diesem Sinne formuliert der Nationale Bildungsbericht: „Trotz insgesamt wachsender Bildungsbeteiligung besteht nach wie vor ein enger Zusammenhang zwischen den gewählten Bildungsgängen einerseits und der sozialen Herkunft sowie den Bildungsabschlüssen der Eltern andererseits. Herkunftsbedingte Bildungsdisparitäten zeigen sich in nahezu allen Bildungsbereichen und in allen Phasen des Lebenslaufs.“²²¹ Dieser enge Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Eltern und den Schullaufbahnentscheidungen für die eigenen Kinder kann auch dazu führen, dass Eltern Entscheidungen zum Nachteil ihrer Kinder treffen, die Eltern ihren Kindern also weniger zutrauen als die Lehrerinnen und Lehrer und die Kinder selbst.

426) Die im Dezember 2007 veröffentlichte PISA-Studie 2006 kann zwar erstmals eine Abschwächung dieses Zusammenhanges für Deutschland feststellen, kommt aber dennoch zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass „die Ausprägung der sozialen Disparitäten in den Kompetenzen und in der

Bildungsbeteiligung bei Fünfzehnjährigen (sich) in Deutschland immer noch als hoch bezeichnen (lässt), wenn man sie mit der Situation in anderen OECD-Staaten vergleicht. Dennoch zeigt der Vergleich der Kennwerte in Deutschland zwischen PISA 2000 und 2006, dass sich langfristig die sozialen Disparitäten abschwächen können.“²²²

427) Lt. PISA-E 2003 sind herkunftsbedingte Disparitäten in der Schullaufbahnwahl in Bayern überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Während die Chance, ein Gymnasium zu besuchen, für Jugendliche aus begüterten Familien im deutschen Durchschnitt ca. 4-mal so hoch ist wie für Jugendliche aus Facharbeiterfamilien (bei gleichen Leistungen), beträgt der entsprechende Faktor für Bayern 6,7.

428) Zugleich zeigen die Daten des Ländervergleichs der PISA-Studie 2003, dass gerade in Bayern ein relativ schwacher Zusammenhang von familialer Herkunft und den erworbenen Kompetenzen besteht: „Im Hinblick auf die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit von Bildungssystemen gehen hohe primäre Disparitäten nicht unbedingt mit hohen sekundären Disparitäten einher. Dies wird insbesondere an dem Beispiel Bayern deutlich: Die Koppelung zwischen soziokulturellem Status und Kompetenzerwerb ist mit Ausnahme von Brandenburg in keinem anderen Land so niedrig wie in Bayern.“²²³

429) In Bezug auf die regionalen Unterschiede weisen die Daten ein deutliches Stadt-Landgefälle auf. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium besuchen, ist in den Städten erkennbar höher als in den Landkreisen, wie umgekehrt der Besuch der Hauptschule und der Realschule in den Landkreisen selbstverständlicher ist als in den Städten.

Tabelle 24: Übertrittsquoten 2006/2007

	Realschule	Gymnasium
München (Stadt)	19,8 %	50,0 %
Oberbayern (insgesamt)	27,2 %	41,6 %
Oberbayern (kreisfreie Städte)	20,6 %	47,6 %
Oberbayern (Landkreise)	29,5 %	39,5 %
Nürnberg (Stadt)	18,3 %	40,5 %
Mittelfranken (insgesamt)	24,1 %	40,4 %
Mittelfranken (kreisfreie Städte)	18,5 %	41,9 %
Mittelfranken (Landkreise)	27,8 %	39,4 %
Bayern insgesamt	28,2 %	37,2 %

Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

²²² PISA Konsortium 2007, S. 18. Der Ländervergleich liegt zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes noch nicht vor.

²²³ PISA-Konsortium 2005, S. 264. Der Begriff der primären Disparitäten verweist auf die ungleichen sozio-ökonomischen Hintergründe der Schülerinnen und Schüler und die daraus jeweils resultierende Bildungsbeteiligung. Mit dem Begriff der sekundären Disparitäten wird bei der Analyse der Bildungsbeteiligung auch das erreichte Kompetenzniveau, also der Aspekt, was jeweils gelernt worden ist, mitberücksichtigt (a.a.O.).

²¹⁹ Diskussionsbeitrag, 33. Sitzung, 12.11.2007

²²⁰ Vgl. Schnabel/Schwippert 2000

²²¹ Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 26

3.4.2.4 Studierende in Bayern: Herkunft, wirtschaftliche Situation (BAföG, Berufstätigkeit)

430) Im Sommersemester 2007 waren an bayerischen Hochschulen 230.148 Studentinnen und Studenten eingeschrieben. Einen Überblick über die Zahl der Studentinnen und Studenten und Studienanfänger nach Art der Hochschule und des Studiengangs liefert die folgende Tabelle:

Tabelle 25: Studenten insgesamt und Studienanfänger

Übersicht 1. Studenten insgesamt und Studienanfänger an den Hochschulen in Bayern							
Hochschulart Hochschule Art des Studiengangs	Studenten						
	insgesamt			im 1. Hochschulsemester		im 1. Fachsemester	
	Sommersemester		Veränderung in %	Sommersemester			
	2006	2007		2006	2007	2006	2007
Hochschulart							
Universitäten	168 554	161 295	- 3,2	3 773	3 250	8 854	7 873
dar. Fachhochschulstudiengänge	1 559	1 447	- 7,2	-	-	-	-
Philosophisch-theologische Hochschulen	600	596	- 0,7	17	30	72	72
Kunsthochschulen	3 056	2 878	- 5,8	13	15	54	43
Fachhochschulen	63 102	62 947	- 0,2	602	779	805	1 253
dar. staatliche Fachhochschulen	60 343	59 697	- 1,1	571	701	763	1 128
Verwaltungsfachhochschulen	2 831	2 432	- 14,1	136	144	138	147
Hochschulen insgesamt	236 143	230 148	- 2,5	4 541	4 218	9 921	9 388
davon							
wissenschaftliche und künstlerische							
Studiengänge	168 651	163 322	- 3,2	3 803	3 295	8 980	7 988
dar. für ein Lehramt 1)	31 902	33 358	4,8	586	435	2 198	1 696
Fachhochschulstudiengänge	67 492	66 826	- 1,0	738	923	941	1 400
dar. ohne Bayer. Beamtenfachhochschule	64 661	64 394	- 0,4	602	779	805	1 253
Hochschule							
Universität Augsburg	13 450	12 866	- 4,2	257	228	690	619
Bamberg	8 217	8 027	- 2,3	267	203	671	499
Bayreuth	8 639	8 139	- 5,8	171	152	414	335
Eichstätt-Ingolstadt	4 541	4 250	- 6,4	145	105	274	202
Erlangen-Nürnberg	23 908	23 579	- 1,4	630	504	1 271	1 057
München	42 029	39 587	- 5,8	795	768	2 234	2 253
Technische Universität München	19 056	19 618	2,9	236	265	429	509
Universität der Bundeswehr München	2 682	2 772	3,4	-	-	1	-
Hochschule für Politik München	734	725	- 1,2	-	-	1	-
Passau	8 598	7 874	- 8,4	280	205	518	414
Regensburg	16 587	15 620	- 5,8	391	329	1 032	691
Würzburg	18 113	18 218	0,6	601	491	1 321	1 294
Phil.-Theol. Hochschule Benediktbeuern	126	98	- 22,2	-	2	15	9
Hochschule für Philosophie München	332	326	- 1,8	17	17	57	53
Augustana-Hochschule Neuendettelsau	142	172	21,1	-	11	-	10
Hochschule für Evang. Kirchenmusik Bayreuth	30	25	- 16,7	-	-	-	1
Hochschule für Kath. Kirchenmusik und							
Musikpädagogik Regensburg	56	43	- 23,2	-	1	3	6
Akademie der Bildenden Künste München	613	534	- 12,9	2	2	4	3
Nürnberg	282	254	- 9,9	4	4	5	7
Hochschule für Musik und Theater München	670	669	- 1,6	1	6	8	8
Hochschule für Fernsehen und Film München	324	313	- 3,4	2	-	12	-
Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg	539	505	- 6,3	2	1	10	4
Hochschule für Musik Würzburg	542	545	0,6	2	2	12	14
Fachhochschule Amberg-Weiden	1 700	1 744	2,8	4	2	18	2
Ansbach	1 399	1 480	4,4	27	20	33	31
Aschaffenburg	1 237	1 380	9,9	6	1	7	1
Augsburg	3 540	3 566	0,7	20	23	21	74
Coburg	2 711	2 786	2,9	21	16	62	31
Deggendorf	2 406	2 573	6,9	42	27	30	72
Hof	1 616	1 590	- 1,6	15	10	18	14
Ingolstadt	1 873	1 910	2,0	13	36	14	36
Kempten	2 609	2 574	- 4,8	26	26	-	-
Landshut	2 302	2 154	- 6,4	4	8	32	8
München	12 131	11 743	- 3,2	55	119	78	226
Neu-Ulm	1 696	1 789	5,5	55	88	127	154
Nürnberg	7 355	7 097	- 3,5	62	49	38	34
Regensburg	5 161	5 107	- 1,0	42	120	48	167
Rosenheim	3 161	3 123	- 1,2	43	16	31	46
Weihenstephan	3 569	3 362	- 5,8	104	110	101	103
Würzburg-Schweinfurt	5 797	5 759	- 0,5	33	31	125	129
Private FH für angew. Management Erding	352	618	75,6	25	49	29	88
Munich Business School München	191	253	32,5	6	9	12	12
Private FH Döpfer Schwandorf	20	16	- 20,0	-	-	-	-
Stiftungsfachhochschule München	1 516	1 479	- 2,8	-	-	1	1
Evang. Fachhochschule Nürnberg	664	679	2,3	-	-	-	-
Fachhochschule Schloß Hohenfels, Coburg (priv. FH)	14	75	435,7	-	1	-	1
Macromedia Fachhochschule der Medien, München	-	130	-	-	19	-	23
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und							
Rechtspflege in Bayern	2 831	2 432	- 14,1	136	144	138	147

¹⁾Einschließlich Diplomhandelslehrer.

431) Die amtliche Statistik enthält keine Angaben über Herkunft, wirtschaftliche Situation und soziale Lage von Studentinnen und Studenten. Die beste Grundlage hierfür bieten die im Auftrag des Deutschen Studentenwerkes durchgeführten bundesweiten Erhebungen. Die 18. Erhebung mit Daten auf der Basis der Erhebung im Sommersemester 2006 wurde 2007 vorgestellt. Die Studie basiert auf 16.590 ausgefüllten Fragebögen von 258 Hochschulen.²²⁴

432) Verglichen mit der Sozialstruktur der Bevölkerung kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die in der altersgleichen Bevölkerung kleinste soziale Gruppe – Eltern mit Hochschulreife – weitaus die meisten ihrer Kinder an die Hochschulen entsendet. Umgekehrt gilt ebenso: Aus der größten Gruppe in der Bevölkerung überwinden prozentual die wenigsten Kinder die Schwelle zur Hochschule. An dieser Stelle besteht die größte soziale Distanz zwischen den Kindern aus solchen Familien, in denen der Vater bereits die Hochschulreife erworben hat, und denjenigen aus einer Familie, die keinen entsprechenden Bildungsstatus nachweisen können (Real- und Hauptschule).

433) Hinsichtlich der monatlichen Finanzierung des Studiums zeigt die Studie, dass im Durchschnitt 52 % der Kosten vonseiten der Eltern aufgebracht werden, 14 % BAföG übernimmt, 24 % selbst verdient wird und 10 % aus übrigen Quellen stammt.²²⁵ In Summen bedeutet dies: „für die hier untersuchte Bezugsgruppe »Normalstudent« (2006 rd. 1,1 Mio. Studierende) werden größenordnungsmäßig von den verschiedenen Finanzierungsquellen im Jahre 2006 rd. 10,2 Mrd. € zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten bereitgestellt. Daran sind die einzelnen Finanzierungsquellen mit folgenden Beträgen beteiligt: Eltern rd. 5,3 Mrd. €, BAföG rd. 1,4 Mrd. €, Verdienst rd. 2,5 Mrd. € und Übrige rd. 1,0 Mrd. €.“²²⁶

434) Eine zusätzliche Belastung bei der Finanzierung des Studiums stellen Studiengebühren bzw. in Bayern Studienbeiträge dar. In der Studie wurde deshalb auch gefragt, ob für das Sommersemester 2006 Studiengebühren bzw. Studienbeiträge bezahlt wurden. Dies bejahten knapp 8 % der Studierenden.²²⁷

435) Es ist allerdings anzumerken, dass diese Ergebnisse sich auf das gesamte Bundesgebiet beziehen. In der Diskussion der Enquete-Kommission wurde aber wiederholt betont, dass die Bemühungen in Bayern, den Zugang zu den Hochschulen zu erleichtern und die Durchlässigkeit zu erhöhen, zu etwas günstigeren Werten führen dürften. Belastbare Daten hierfür liegen nicht vor.

224 Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007

225 ebd., S. 185 f.

226 ebd., S. 187

227 ebd., S. 243; „Die ergänzende Frage nach der Höhe der Studiengebühren/ des Studienbeitrags wurde allerdings nur von zwei Fünfteln dieser Studierenden beantwortet. Bezogen auf alle Befragten, haben etwas mehr als 3 % der Studierenden sowohl die Frage nach den Studiengebühren bejaht als auch den Betrag der Studiengebühren angegeben. Es ist davon auszugehen, dass von den Studierenden, die die Gebührenfrage bejahten, aber den Betrag nicht angaben, nur wenige bereits für das Sommersemester 2006 Studiengebühren zu zahlen hatten“ (ebd.). Die Daten sind also nur mit großer Vorsicht zu genießen.

3.4.3 Subjektive Sicht der Jugendlichen

436) Die Beschreibung der Strukturen des Schul- und Hochschulsystems, der Angebote und Bildungsmöglichkeiten sowie ihre Inanspruchnahme stellt nur die eine Seite von Bildungsprozessen dar. Gleich bedeutend sind die Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche in diesen Strukturen machen und die Bedeutung, die sie schulischen Lernangeboten zuschreiben. Im Folgenden soll deshalb auf diesen Aspekt eigens eingegangen werden, wobei das Hauptaugenmerk auf die Schule und nicht auf die Hochschulen gerichtet wird.

437) Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, dass Schule nicht nur aufgrund ihrer Anforderungen, des hohen Zeitantritts, den sie im Alltag der Kinder und Jugendlichen beansprucht, und ihrer Bedeutung für die spätere berufliche und gesellschaftliche Platzierung, sondern auch als sozialer Ort einen zentralen Bezugspunkt im Leben von Kindern und Jugendlichen einnimmt. Um Schülerinnen und Schüler zu verstehen, ist es deshalb wichtig, Schule auch als Lebenswelt von Jugendlichen zu verstehen. Neben der unterrichtlichen Vorderbühne gibt es die mindestens genauso wichtigen, aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler zeitweise sogar wichtigeren Hinterbühnen der sozialen Netze, bestehend aus Cliquen, Freundschaften und Sympathien, aber auch Konkurrenzen, Konflikten und Ausgrenzung sowie der vielen nicht-schulischen Themen, seien es individuelle oder gemeinschaftlich gepflegte Interessen und Hobbys, modische Trends, aktuelle Ereignisse oder Zugehörigkeiten zu informellen Szenen und Vereinen. Schulen wirken dabei schon deshalb als Kristallisationspunkte, weil man sich zwangsläufig regelmäßig und in stabilen altershomogenen Zusammensetzungen trifft. Klassen werden so zu Ausgangspunkten von Freundschaften, aber auch u.U. tief greifenden Konflikten. Zugleich dürfte es aber auch kaum andere Orte im Jugendalter geben, an denen so unterschiedliche Biografien und Interessen aufeinandertreffen und sich gegenseitig anregen, provozieren oder auch abstoßen. M.a.W.: Schulen, genauer: in den meisten Fällen Klassen, fungieren als jugendkulturelle Informations- und Tauschbörsen. In diesem Sinne betont die Schulforschung schon länger, dass neben der Qualität des Unterrichts und dem Schulklima das informelle Klima zwischen Gleichaltrigen einer Klasse eine wichtige Variable für den Schulerfolg darstellt.²²⁸

438) Schule als Lebenswelt Jugendlicher zu begreifen, bedeutet aber, sie als einen Ort wahrzunehmen, an dem alle biografischen und sozialen Belastungen sowie alle jugendtypischen Entwicklungsschwierigkeiten und -krisen ihren Ausdruck finden. Öffentlich wahrgenommen wird davon nur der Teilaspekt der Gewalt – auch wenn dieser im Alltag der Schulen bei Weitem nicht die Rolle spielt, die die öffentliche Resonanz vermuten lässt.

439) In der öffentlichen und politischen Diskussion um Schule werden diese Aspekte üblicherweise vergessen. Schule wird meist unter der Perspektive von zu erbringenden Schulleistungen und Lernerwartungen thematisiert und den damit einhergehenden Erfolgen oder Misserfolgen sowie ihren Folgen. Schule als Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen erscheint demgegenüber zunächst als vernachlässigt.

228 Vgl. z. B. Fend 1980; 2006, S. 56 ff.

genswert. Dieser Aspekt rückt meistens erst dann in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, wenn die eigentliche Aufgabe, zu unterrichten, so gestört wird, dass dies nicht mehr möglich ist. Aus jugendpolitischer Sicht erscheint diese Sichtweise allerdings sehr verkürzt. Man begreift Schule und erst recht Kinder und Jugendliche, wenn man Schule auch als zentralen Bestandteil der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen begreifen lernt.²²⁹ Lässt man sich darauf ein, wird allerdings auch sichtbar, dass Schule aus der Sicht von Schülerinnen und Schülern sehr vielfältig, zum Teil auch widersprüchlich wahrgenommen und erlebt wird – wobei hinzukommt, dass die Wahrnehmungen auch noch raschem Wandel unterliegen können.

3.4.3.1 Welche Bedeutung und Wichtigkeit messen männliche und weibliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus den Bereichen Schule, außerschulische Bildung, Bildungsabschlüsse und Qualifikationen zu?

440) Es ist keine deutschsprachige Studie bekannt, die differenziert nach unterschiedlichen sozialen Milieus und Geschlecht verlässlich und vergleichend Auskunft über die Bedeutung und Wichtigkeit von Schule, außerschulischer Bildung, Bildungsabschlüssen und Qualifikationen gibt. Die verfügbaren Daten aus Jugendstudien deuten darauf hin, dass ein erfolgreicher Schulabschluss, eine erfolgreiche Ausbildung und ein zufriedenstellender Beruf hohe Bedeutung für Jugendliche haben. Dabei darf es nicht überraschen, dass je nach Alter zunächst der nächste biografische Schritt die höchste Priorität hat. So gaben beispielsweise 51 % der in der Shell Jugendstudie 2006 befragten und noch zur Schule gehenden Jugendlichen im Alter von 12 bis 21 das Abitur als angestrebten Schulabschluss an, 12 % strebten den Hauptschulabschluss an, 32 % den Realschul- und 5 % den Fachhochschulabschluss.²³⁰ M.a.W.: „Jugendliche im Jahr 2006 haben Ziele, die über die aktuell besuchte Schulform hinausgehen.“²³¹ Allerdings lassen sich auch deutliche Unterschiede ausmachen. Die Ziele variieren erwartungsgemäß schichtbezogen. Nur 10 % der Jugendlichen, die noch die Schule besuchen, sind sich nicht sicher, ob sie den angestrebten Schulabschluss erreichen werden. Es sind vor allem Schülerinnen und Schüler aus der Unterschicht und der unteren Mittelschicht, die eher skeptisch hinsichtlich ihres Schulerfolges sind.²³²

441) In ähnlicher Weise nehmen Schülerinnen und Schüler eine andere Form der Gefährdung des Schulerfolgs, das Sitzenbleiben, wahr. Auch dabei zeigt sich, dass aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler die Risiken, nicht versetzt zu werden, sowohl zwischen den Schultypen deutlich zuungunsten der Hauptschule wie auch zwischen den Schichten eindeutig zuungunsten der bildungsfernen Schichten ungleich verteilt sind.²³³ Die alltäglichen Erfahrungen von Lehrkräften belegen, dass nicht selten mit dem schulischen Scheitern auch eine Abwertung der Schule bzw. der Bereitschaft zu

²²⁹ Wichtige Quellen hierfür sind Studien, die Schule und den Schulalltag in seinen vielfältigen Facetten aus der Perspektive von Schülerinnen und Schülern beschreiben; vgl. sehr lesenswert z. B. Breidenstein 2006.

²³⁰ Shell Deutschland 2006, S. 67

²³¹ ebd., S. 68

²³² ebd., S. 69

²³³ ebd., S. 69 und 70

Lernen einhergeht. Leistungsprobleme und Lustlosigkeit auf Schule, wobei sich beide gegenseitig verstärken können, führen bei den Betroffenen nicht selten zu einer Null-Bock-auf-Schule-Mentalität, die im Extremfall zu konsequenter Schulverweigerung führen kann.

442) In Bayern haben sich in den letzten fünf Jahren die Zahlen der Wiederholer in unterschiedlicher Weise entwickelt. So lässt sich für das Gymnasium seit Beginn des Jahrtausends ein kontinuierlicher Rückgang des Anteils derjenigen Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse wiederholen müssen, beobachten. Im Schuljahr 2001/2002 waren 4,6 % der Schülerinnen und Schüler dieses Schultyps betroffen, im Schuljahr 2006/2007 nur noch 3,3 %. In absoluten Zahlen waren dies im Schuljahr 2006/2007 12.193 Schülerinnen und Schüler. Ein Rückgang, wenn auch mit leichten Schwankungen, ist auch im Bereich der Realschule zu verzeichnen (2001/2002: 10,5 %; 2006/2007: 8,2 %). Eine gegenläufige Entwicklung offenbart der Blick auf die Hauptschule. Dort lässt sich mit Schwankungen für den gleichen Zeitraum eine leichte Steigerung beobachten (2001/2002: 4,1 %; 2006/2007: 4,9 %). Verursacht wurde diese Entwicklung vor allem durch die Durchfallquoten in der 9. Klassenstufe (2001/2002: 6,0 %; 2006/2007: 11,7 %).²³⁴

3.4.3.2 Wie bewerten Jugendliche das „Lebenslange Lernen“, welche Konsequenzen ziehen sie daraus?

443) Die Anforderung, lebenslang zu lernen, ist eine Folge der hohen Dynamik spätmoderner, globalisierter Industriegesellschaften. Dabei sind zwei Merkmale zentral: Erstens wird Lernen nicht nur als eine Anforderung an Kinder und Jugendliche formuliert, sondern auf die gesamte Biografie ausgedehnt. Und zweitens werden neben den formellen, also meistens schulischen und ausbildungsbezogenen Inhalten ausdrücklich auch die informellen Wege des Kompetenzerwerbs einbezogen. In diesem Sinne formuliert die 2004 von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) verabschiedete Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland: „Lebenslanges Lernen umfasst alles formale, nicht-formale und informelle Lernen an verschiedenen Lernorten von der frühen Kindheit bis einschließlich der Phase des Ruhestands. Dabei wird »Lernen« verstanden als konstruktives Verarbeiten von Informationen und Erfahrungen zu Kenntnissen, Einsichten und Kompetenzen.“²³⁵

444) In Bezug auf das Jugendalter geht auch die BLK von der Dominanz der schulisch strukturierten Lernprozesse aus: „Das Jugendalter ist geprägt von überwiegend fremdorganisierten Lernangeboten und von der Pflicht zum Lernen, die von den formalen Bildungsinstitutionen ausgehen. Im Rahmen der Erziehung zu Lebenslangem Lernen ist es deshalb eine ganz wichtige Aufgabe der Schule, auch die Fähigkeit zu selbstorganisiertem Lernen zu vermitteln, das selbstständige Lernen einzuüben und die natürliche Lust junger Menschen, lernen zu wollen, wach zu halten und zu fördern.“²³⁶ Aus der Sicht der BLK spielen dabei Lern-, Handlungs-, Sozial-, personale Kompetenzen und Teamfähigkeit als Basiskompe-

²³⁴ Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

²³⁵ BLK 2004, S. 13

²³⁶ ebd., S. 21

tenzen ebenso eine zentrale Rolle wie der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

445) Verlässliche Daten, wie Jugendliche lebenslanges Lernen bewerten, liegen, soweit bekannt, nicht vor. Man kann allerdings auf der Basis der vorliegenden Jugendstudien davon ausgehen, dass Jugendliche sehr wohl wissen, welcher Stellenwert einerseits einem qualifizierten Schulabschluss und einer guten Ausbildung zukommt, dass sie aber zugleich auch wissen, dass sie nicht damit rechnen dürfen, ein Berufsleben lang den gleichen Beruf auszuüben. M.a.W.: Sie wissen um die Notwendigkeit, immer wieder lernen zu müssen. Da jedoch ihr Alltag ohnehin durch ständige Lernanforderungen unterschiedlicher Art geprägt ist, ist nicht erkennbar, dass Jugendliche aus der Einsicht, voraussichtlich lebenslang lernen zu müssen, besondere Konsequenzen ziehen.

446) Wichtiger als die Frage, welche Konsequenzen Jugendliche aus den Forderungen nach lebenslangem Lernen ziehen, erscheint die Frage, wie die Bereitschaft, immer wieder lernen zu wollen, entsteht und gefördert werden kann. Zwar belegt die Forschung, wie komplex und dynamisch die Entstehung von Wertvorstellungen und Orientierungsmustern ist;²³⁷ sowohl über die Sichtweisen der Jugendlichen, also aus der selbstsozialisatorischen Perspektive, noch über die pädagogisch förderlichen Bedingungen für die Ausbildung einer derartigen Lernhaltung weiß man bislang nur wenig. Immerhin konnten im Rahmen eines BLK-Modellprogramms in Schleswig-Holstein entsprechende Strategien erprobt werden – wobei diese sich allein auf die Schule bezogen.²³⁸

447) Welche Rolle dabei außerschulische Akteure spielen können und sollten, ist bislang nicht ausreichend untersucht und erprobt.

3.4.3.3 Schulerfahrungen

448) Die Beschreibung der Sicht von Schülerinnen und Schülern auf Schule wäre unvollständig, würde man nicht wenigstens cursorisch einen Blick auf die Erfahrungen, die sie mit der Schule machen, werfen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass diese Erfahrungen nicht nur für sich genommen sehr vielfältig sind, innerhalb kurzer Zeit erkennbaren Schwankungen unterliegen können und von vielen Faktoren, wie der biografischen, familiären und privaten Situation der Schülerin bzw. des Schülers, der Situation in der Schule (Schulkultur) bzw. der Klasse, den eigenen Schulleistungen, der Persönlichkeit der Lehrerin bzw. des Lehrers, der Einbettung im Freundinnen- bzw. Freundeskreis und vielem anderen abhängen.

449) Nichtsdestoweniger zeigen Studien doch erkennbare und für die Jugendpolitik wichtige Tendenzen. So fragte z. B. der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts nach der Zufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen und dabei u.a. nach der Zufriedenheit mit den Mitsprachemöglichkeiten in der Klasse, der Schule bzw. der demokratischen Mitsprache in Schule und Beruf. Auf einer Skala von 1 („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“) ergab sich bei den 12- bis 15-Jährigen ein Mittelwert

von 6,9 und bei den 16- bis 20-Jährigen von 7,1.²³⁹

450) Zu etwas skeptischeren Ergebnissen kommt die schon im Kapitel 3.3 C dieses Berichtes erwähnte Studie der Bertelsmann Stiftung „Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland“.²⁴⁰ Sie betont zunächst: „Im Vergleich zur Familie ist die Mitwirkung in der Schule weitaus weniger stark ausgeprägt. Statt 74,6 Prozent (in der Familie) geben für den Bereich der Schule nur 14,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen an, dass sie viel oder sehr viel mitwirken.“²⁴¹

451) Betrachtet man die Bereiche und unterscheidet zwischen jenen, bei denen die Lehrerinnen und Lehrer weniger stark tangiert sind, und jenen, die ihre pädagogische Autorität direkt betreffen, werden markante Unterschiede sichtbar: „Hohe Partizipationswerte (bis fast 77 Prozent) melden die Schüler, wenn es um die Sitzordnung in der Klasse, die Ausgestaltung des Klassenzimmers oder die Klassenfahrt geht. Ein Absinken der Werte (auf 54,4 Prozent bis unter 50 Prozent) ist dort zu verzeichnen, wo es um den Unterricht selbst geht (z. B. Themenauswahl, Unterrichtsgestaltung). Und bei Fragen der Leistungsbewertung und der Festlegung der Hausaufgaben sinken die Werte nochmals drastisch ab (auf 35,9 Prozent bzw. 24,3 Prozent). Diese Bereiche, bei denen die Schüler weitaus weniger in Entscheidungen einbezogen werden, drücken auch den Gesamtwert ihrer Mitbestimmung im Unterricht.“²⁴²

452) Im Hinblick auf die verschiedenen Möglichkeiten der Mitwirkung am Schulleben stellt die Studie fest, dass 23,5 % der befragten Kinder und Jugendlichen bei gar keiner und weitere 27,1 % nur bei einer Form der Mitwirkung sich bislang engagiert hatten. Die anderen knapp 50 % konnten auf etwas umfangreichere Erfahrungen verweisen: „Die häufigsten Nennungen erhielten mit 48,4 Prozent der Befragten Projektstage bzw. Projektwochen. Mit 34,1 Prozent hat ein großer Anteil bereits das Amt des Klassensprechers übernommen und 30,7 Prozent haben schon bei Schulfesten aktiv mitgewirkt. Insgesamt gesehen scheint das einerseits dafür zu sprechen, dass sich in denjenigen Mitwirkungsformen, die mit Spaß und Vergnügen (Schulfest), mit selbstwertfördernder Verantwortung (Klassensprecher) oder mit Eigenaktivität und Kreativität (Projektstage) verbunden sind, sehr gut Partizipation verwirklichen lässt. Andererseits ist zu bedenken, dass diese Formen zu den institutionalisierten Mitwirkungsmöglichkeiten gehören, sodass die relativ häufigen Nennungen auch nicht überraschen.“²⁴³

453) Die Studie macht auch deutlich, dass zwar die Mitwirkungsmöglichkeiten formal gegeben sind (immerhin gab es an über 82 % der befragten Schulen eine Schülervertretung); aber nur 12,8 % der befragten Schülerinnen und Schüler nutzten diese Möglichkeit. Dies ist einerseits nachvollziehbar, da immer nur eine kleine Zahl das Amt der Schülerinnen- und Schülervertretung übernehmen kann; auf der anderen Seite dokumentieren Gespräche mit engagierten Jugendlichen, dass das Interesse an

²³⁷ Vgl. z. B. Aram/Mücke/Tanke 2003

²³⁸ Vgl. Döring/Fischer 2005

²³⁹ Sardei-Biermann 2006, S. 121

²⁴⁰ Bertelsmann Stiftung 2005

²⁴¹ a.a.O., S. 15

²⁴² a.a.O., S. 16

²⁴³ a.a.O., S. 17

der Übernahme derartiger Ämter sich sehr in Grenzen hält. Verantwortlich dafür werden sehr enge Gestaltungsspielräume und ein jeweils wenig einladendes Schulklima gemacht. Die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen in Bayern, z. B. in Form der Ausweitung von Befugnissen der Schulforen oder der erst jüngst erfolgten Einsetzung eines Landesschülerrates, sind vor diesem Hintergrund wichtige Schritte in die richtige Richtung.

454) Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass neben der Schülervvertretung auch andere Formen denkbar sind und realisiert werden. Die Bertelsmann-Studie schreibt dazu: *„Darüber hinaus wurde auch nach einem Schülerparlament gefragt, das es in vielen Städten als Gremium gibt, in dem alle Schulen (in der Regel die Schulsprecher) vertreten sind. Jede zweite Schule gibt an, dass ein solches Schülerparlament als Angebot besteht. Dagegen haben die Kinder und Jugendlichen kaum Erfahrungen in diesem Gremium gesammelt. Lediglich 5,3 Prozent geben an, dass sie in einem solchen Gremium bereits mitgewirkt haben. Von den Schulleitern wurden als weitere Mitwirkungsmöglichkeiten vor allem folgende genannt: Schulaktionen (62,1 Prozent), Klassensprecherkonferenzen (54,4 Prozent), Klassenräte (45,5 Prozent). Am wenigsten scheinen an den Schulen noch neuere Formen wie z. B. die Zukunftswerkstatt (7,3 Prozent der Nennungen) oder „Service Learning“-Projekte (11,9 Prozent) etabliert zu sein.“*²⁴⁴

455) Ein zweiter, ganz anderer, auch für den Alltag außerhalb der Schule folgenreicher Aspekt ist, – auch wenn der weit überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler nicht dauerhaft auffällig werden oder in der Schule scheitern –, dass für viele Kinder und Jugendliche die Schule aus vielerlei Gründen zunehmend belastend wirkt. Schule fungiert dabei nicht selten als Kristallisationspunkt von Problemkonstellationen. Die Kinder und Jugendlichen wissen einerseits um den Stellenwert eines guten Schulabschlusses für das spätere Leben. Auf der anderen Seite wissen sie aber, dass es mit einem guten Schulabschluss allein nicht getan ist. Für viele Schülerinnen und Schüler – genaue Zahlen sind naturgemäß nicht verfügbar –, vor allem für jene, denen aus welchen Gründen auch immer das schulische, stark am kognitiven Wissenserwerb orientierte Lernen und der ständige Leistungsdruck schwer fallen, bedeutet dies eine permanente Belastung. Zugleich sind Schülerinnen und Schüler erfindereich, wenn es darum geht, diesem Druck wenigstens punktuell zu entgehen. Sich in Nischen und Tagträume zu flüchten gehört ebenso dazu wie längeres Abhängen oder die punktuelle Verweigerung. Die vonseiten der Ärzte verzeichneten steigenden gesundheitlichen Belastungen sind ein weiteres Moment.²⁴⁵

456) Angedeutet sei schließlich eine jüngere Entwicklung, deren Auswirkungen noch gar nicht richtig absehbar sind. Während in den letzten 30 Jahren in Deutschland mit der Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten auch das Moratorium bzw. die Jugendphase verlängert wurden, meh-

ren sich in jüngerer Zeit die Bemühungen, diesen Prozess zumindest teilweise rückgängig zu machen. Die Bemühungen um eine Vorverlagerung des Schuleintritts tangieren alle Kinder, die mittlerweile fast bundesweite Kürzung der gymnasialen Schulzeit um ein Jahr nur die davon betroffenen Schülerinnen und Schüler. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen, aber auch ihre Eltern erleben dabei sehr hautnah, was es bedeutet, früher und in kürzerer Zeit den wachsenden Lernanforderungen gerecht werden zu müssen.

457) Hinzu kommen beständig wachsende Lernanforderungen und Bildungserwartungen, und zwar sowohl vonseiten der Schule und der Kindertagesbetreuung wie auch vonseiten der Familie, der Peers, der Medien und der (Fach-)Öffentlichkeit.²⁴⁶ Dabei wächst nicht nur das in der Schule zu erwerbende Wissen kontinuierlich; angesichts der für unsere Gesellschaft typischen Flexibilisierung und Beschleunigung des Wandels einerseits und vielfältiger tatsächlicher und/oder vermeintlicher Gefährdungen andererseits wird der Katalog der zu bewältigenden Entwicklungsaufgaben, Lern- und Bildungserwartungen im Kindes- und Jugendalter kontinuierlich erweitert und differenziert. Wie selbstverständlich haben Kinder und Jugendliche heute Schutzfaktoren gegen alle Widrigkeiten dieser Welt zu stärken, eine gesunde Lebensführung einzuüben und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben. Gleichsam nebenher gilt es, die neueste Handy- und Spielkonsolengeneration zu kennen, besser noch zu beherrschen und über allem stabile und kohärente Identitäten auszubilden, wobei gleichzeitig betont wird, wie schwierig dies angesichts der fluiden Spätmoderne zu realisieren ist. M.a.W.: Kinder und Jugendliche müssen heute in kürzerer Zeit mehr Wissen und mehr Kompetenzen erwerben als noch vor 20 Jahren. Oder anders formuliert: Die typischen Entwicklungsaufgaben des Kindes- und Jugendalters sind für die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen angewachsen und müssen in kürzerer Zeit erledigt werden.²⁴⁷ Auf eine Formel gebracht: Jugendpolitik hat es heute gleichzeitig mit nach wie vor wirksamen Individualisierungs- und Entgrenzungstendenzen im Jugendalter wie auch mit nicht mehr übersehbaren, teilweise gegenläufigen und ungleichzeitigen Verdichtungsprozessen zu tun.

Allerdings, und dies ist wichtig, sind von diesen Prozessen Kinder und Jugendliche sehr unterschiedlich betroffen. Der Bildungsforscher Klaus Klemm hat kürzlich mit guten Gründen darauf hingewiesen, dass diese Verdichtungsdynamik primär auf die Gruppe der Mittel- und Höherqualifizierten abzielt.²⁴⁸

3.4.4 Angebote und Maßnahmen

3.4.4.1 Angebot an außerschulischer Bildung

458) Wie kein anderer Bericht zuvor hat der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung das Spektrum der vor- und außerschulischen Lern- und Bildungsorte versucht darzustellen. Neben den vorschulischen Angeboten, die in die-

²⁴⁴ a.a.O., S. 17

²⁴⁵ An diesen Punkten setzt JaS – Jugendsozialarbeit an Schulen an, um ein weiteres Abgleiten in Schulverweigerung und Isolation zu verhindern. Befragungen der Schülerinnen und Schüler bestätigen den Nutzen für diese Zielgruppe. Siehe hierzu auch in Kapitel 3.7 G.

²⁴⁶ Konzepte wie „das Lernen lernen“, „Grundwissenarbeit“, „exemplarisches Lernen“ und die Betonung der „Kompetenzorientierung“ sind erste Antworten der Schule auf diese Herausforderungen.

²⁴⁷ Lüders 2007

²⁴⁸ Klemm 2007, S. 56

sem Bericht der Enquete-Kommission keine Rolle spielen sollen, und der Familie nennt der 12. Kinder- und Jugendbericht für das Schulalter folgende Bildungsangebote: Vor allem verweist er auf alle Formen der Jugendarbeit, auf den Hort und die verschiedenen Varianten der schulbezogenen Jugendsozialarbeit sowie alle Angebote an der Schnittstelle von Kinder- und Jugendhilfe und Schule bzw. alle Formen der kooperativen Ganztagsbetreuung. Darüber hinaus versteht er – auf den ersten Blick sicherlich gewöhnungsbedürftig – aber auch Nachhilfeangebote, Auslandsaufenthalte, Schülerjobs, die kommerziellen Freizeitangebote (z. B. im Bereich Sport oder als Kinder- und Jugendreisen) als potenzielle Lern- und Bildungsorte.²⁴⁹

459) Ergänzend zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch Einrichtungen, die sich sowohl im Feld der schulischen als auch außerschulischen Bildung bewegen, wie Schullandheime, Jugendherbergen, Jugendbildungsstätten, Jugendtagungshäuser, Umweltstationen oder Schülerlabore, wobei die Schwerpunkte unterschiedlich gesetzt werden. Während Schullandheime sich vor allem auf die Schule als Ansprechpartner konzentrieren, legen die verschiedenen Anbieter von Jugendhäusern ihr Hauptaugenmerk auf die Jugendarbeit. Demgegenüber sehen Jugendherbergen sowohl Schulklassen und Jugendgruppen als auch Familien und Reisende als ihre Zielgruppen sind. Umweltbildungseinrichtungen versuchen gleichermaßen, Schülerinnen und Schüler, Kinder und Jugendliche in der offenen Jugendarbeit sowie Erwachsene anzusprechen.

460) Über den Umfang außerschulischer Bildung im Rahmen der Jugendarbeit in Bayern gibt es kontinuierlich erhobene Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik, die die öffentlich geförderten Maßnahmen und deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfasst. Zur außerschulischen Bildung sind hier zu zählen die Jugendbildungsmaßnahmen, die sich an Jugendliche ab 12 Jahren richten, in der Regel ein breites Themenspektrum umfassen (kulturell, ökologisch, politisch, religiös, sportlich, sozial usw.), die Maßnahmen der Mitarbeiterbildung, die die Qualifizierung von ehrenamtlich Engagierten jungen Erwachsenen verfolgen und die Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit, die dem Kennenlernen anderer Länder und Kulturen und der Begegnung zwischen jungen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität dienen.

461) Träger dieser in der Jugendhilfestatistik erfassten öffentlich geförderten Maßnahmen sind Freie Träger wie Jugendinitiativen, Jugendringe, Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände, Religionsgemeinschaften sowie die öffentlichen Träger, insbesondere die kreisangehörigen Gemeinden, die Landkreise und kreisfreien Städte.

Tabelle 26: Teilnehmer/innen an öffentlich geförderten Maßnahmen

Teilnehmer/innen 2004 / Bayern	Freie Träger	Öffentliche Träger	insgesamt
Außerschulische Jugendbildung	95.258	58.404	153.662
Mitarbeiterbildung	57.408	0	57.408
Intern. Jugendarbeit	8.161	9.703	17.864

Zuarbeit Bayerischer Jugendring

Tabelle 27: Zahl der öffentlich geförderten Maßnahmen

Zahl der Maßnahmen 2004 / Bayern	Freie Träger	Öffentliche Träger	insgesamt
Außerschulische Jugendbildung	2.584	488	3.072
Mitarbeiterbildung	3.091	0	3.091
Intern. Jugendarbeit	257	154	411

Zuarbeit Bayerischer Jugendring

462) Allerdings wird mit dieser Statistik lediglich ein Ausschnitt außerschulischer Bildung erfasst. Nicht erfasst werden alle Aktivitäten, die nicht durch öffentliche Mittel gefördert werden bzw. die nicht innerhalb der wenigen Maßnahmenkategorien unterzubringen sind, z. B. Projekte aus Drittmitteln.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

463) Unter dem Aspekt der Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen werden im Folgenden nur die Förderbereiche „Maßnahmen der Jugendbildung“²⁵⁰ und „Maßnahmen der Mitarbeiterbildung“²⁵¹ der freien Träger dargestellt, weil diese für die Landesförderung in Bayern von Bedeutung sind. Die Entwicklung seit 1996 zeigt, dass die Teilnehmerzahlen der öffentlich geförderten Maßnahmen insgesamt zurückgehen. Dieser Rückgang beginnt in Bayern im Vergleich zum Bundesdurchschnitt zeitversetzt und fällt insgesamt geringer aus.

Tabelle 28: Teilnehmer/innen Jugendbildungsmaßnahmen / Jugendhilfestatistik

	1996 -2000	2000 - 2004	1996 - 2004
Bund	– 2,37	– 19,46	– 21,37
Bayern	+ 16,48	– 1,08	15,22

Jugendhilfestatistik; eigene Berechnungen

464) Während bundesweit die Teilnehmerzahlen an Jugendbildungsmaßnahmen seit 1996 kontinuierlich abgenommen haben, gab es in Bayern im gleichen Zeitraum noch eine erhebliche Zunahme, die aber im Zeitraum 1996 bis 2000 zu

²⁵⁰ Diese Maßnahmen richten sich an junge Menschen, die in der Jugendarbeit aktiv sind, sind aber grundsätzlich für Nicht-Mitglieder offen.

²⁵¹ Diese Maßnahmen richten sich überwiegend an die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Jugendleiterinnen und -leiter) und Funktionsträger der Jugendarbeit.

²⁴⁹ vgl. ausführlich: Deutscher Bundestag 2005, S. 232 ff.

verzeichnen ist, seit 2000 beginnt auch hier die Abwärtsentwicklung, wengleich im Vergleich zum bundesweiten Trend noch geringfügig.

465) Eine Teilmenge der in der bayerischen Auswertung der Jugendhilfestatistik ermittelten Zahlen erfasst der BJR im Rahmen seiner Maßnahmenstatistik. Hier werden diejenigen Maßnahmen gezählt, die aus Landesmitteln der Jugendarbeit gefördert werden. Für diesen Teilbereich kann die Entwicklung unmittelbar mit der Entwicklung der Förderung aus Landesmitteln gegenübergestellt werden.

Tabelle 29: Teilnehmer/innen Jugendbildungsmaßnahmen aus Landesmitteln / BJR Maßnahmenstatistik

	1996 -2000	2000 - 2004	1996 - 2004
Teilnehmer/innen	+ 6,81	- 23, 20	- 17,97
Verfügbare Landesmittel	+ 7,76	- 40,79	- 31,56

Zuarbeit Bayerischer Jugendring

466) In Relation zum Rückgang der Zuschussmittel kann der Rückgang der Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen noch als gemäßigt bezeichnet werden. (lt. Richtlinien bis zu 60 %). Der Kostendeckungsgrad durch die Landeszuschüsse ging im gleichen Zeitraum von 41 % auf 34 % zurück.

467) Betrachtet man den Zeitraum 2000 bis 2004, zeigt sich eine diskontinuierliche Entwicklung:

Tabelle 30: Teilnehmer/innen Jugendbildungsmaßnahmen aus Landesmitteln in Prozent

	2000-2001	2001-2002	2002-2003	2003-2004	2004-2005
Teilnehmer/-innen	- 6,51	- 2,50	+ 2,94	- 18,15	- 4,44

Zuarbeit Bayerischer Jugendring

468) Diese Darstellung nach Jahren verdeutlicht, dass die sprunghafte Abnahme der Teilnehmerzahlen im Wesentlichen auf die Veränderung innerhalb eines Jahres (von 2003 auf 2004) zurückzuführen ist, in dem auch die massiven Mittelkürzungen gegriffen haben.

469) D.h., die geringe Abnahme der Teilnehmerzahlen insgesamt in Bayern zwischen 2000 und 2004 ist auf Maßnahmen zurückzuführen, die nicht aus Landesmitteln gefördert wurden. Betrachtet man nur die Teilnehmerzahlen der aus Landesmitteln geförderten Maßnahmen, wird in Bayern zwischen 2000 und 2004 der negative Bundestrend noch übertriffen.

Entwicklungen im Förderbereich der Mitarbeiterbildung freier Träger

470) Während die Förderung von Jugendbildung stärker von den örtlichen Ebenen wahrgenommen wird, ist die Mitarbeiterbildung gemäß Jugendprogramm eine zentrale Aufgabe der Landesförderung, um ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

471) Auch in diesem Bereich zeigt sich, dass sich der Bundestrend nicht eins zu eins in Bayern fortsetzt, in der Tendenz allerdings ähnlich ist.

Tabelle 31: Teilnehmer/innen Mitarbeiterbildungsmaßnahmen in Prozent

	1996 -2000	2000 - 2004	1996 - 2004
Bund	- 20, 82	- 24,38	- 40,12
Bayern	- 7,25	- 5,83	- 12,66

Zuarbeit Bayerischer Jugendring

472) Es ist eine kontinuierliche Abnahme der Teilnehmer an öffentlich geförderten Maßnahmen der Mitarbeiterbildung zu verzeichnen.

Tabelle 32: Teilnehmer/innen Mitarbeiterbildungsmaßnahmen aus Landesmitteln in Prozent

	1996 -2000	2000 - 2004	1996 - 2004
Teilnehmer/-innen	- 4,74	-12,81	-16,94
Verfügbare Landesmittel	+2,31	-22,97	- 8,35

Zuarbeit Bayerischer Jugendring

473) Der Kostendeckungsgrad reduzierte sich von 60 % auf 54 % (lt. Richtlinien bis zu 70 %). Die Auflistung nach Jahren zeigt allerdings, dass die Abnahme nicht gleichmäßig verläuft, sondern im Wesentlichen mit der zurückgegangenen Förderung korrespondiert.

Tabelle 33: Teilnehmer/innen Mitarbeiterbildungsmaßnahmen aus Landesmitteln in Prozent

	2000-2001	2001-2002	2002-2003	2003-2004	2004-2005
Teilnehmer/-innen	- 2	- 7,88	+ 13	- 14,77	- 2,42

Zuarbeit Bayerischer Jugendring

474) Auch hier zeigt sich, dass der Rückgang um nahezu 17 % zwischen 1996 und 2004 fast ausschließlich mit der Entwicklung zwischen 2003 und 2004 zu erklären ist. Diese Entwicklung korrespondiert wiederum mit der Entwicklung der Landesförderung, die zwischen 2000 und 2004 um 23 % zurückging.

3.4.4.2 Wer richtet die schulische Ganztagsbetreuung ein und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Jugendverbände?

475) Bei der Beantwortung dieser Frage ist – wie schon erwähnt – zwischen den offenen und den gebundenen Angeboten zu unterscheiden. Träger der gebundenen Ganztagschule ist der Staat. Im Fall von offenen Ganztagsangeboten entwickeln die Schulen und ihre Sachaufwandsträger gemeinsam mit den Vereinen, Verbänden und anderen Institutionen vor Ort das Angebot. Nach dem Grundsatz der Subsidiarität soll Angeboten Freier Träger der Vorzug gegeben werden. Von den 782 Einrichtungen der offenen Ganztagschule befinden

sich 72 Einrichtungen in der Trägerschaft von kirchlichen oder freien Jugendhilfeorganisationen, 32 Einrichtungen in der Trägerschaft von Kreisjugendringen und 18 Einrichtungen in der Trägerschaft der kommunalen Jugendämter.

476) Das Programm „Nachmittagsbetreuung in Einrichtungen der Jugendarbeit“ von 1993 stellte den Einstieg in das jetzige Landesprogramm zur Förderung der offenen Ganztagschule dar. Die damaligen Projekte wurden – allerdings unter teilweise schwierigeren finanziellen Bedingungen für die Träger – auf der Basis der neuen Programmrichtlinien fortgeführt. Im Schuljahr 2003/ 2004 wurde etwa ein Drittel der Projekte dieses Programms von Trägern der Jugendhilfe, die ihren Schwerpunkt im Bereich der Jugendarbeit haben, durchgeführt.

477) Aufgabe des Programms ist die bedarfsorientierte und verlässliche Betreuung am Nachmittag durch Bereitstellung eines Mittagessens, von Hausaufgabenbetreuung und Angeboten zur Freizeitgestaltung. Abgezielt wird ausdrücklich auf eine Verknüpfung der Ganztagsbetreuung mit schulischen (z. B. Wahl- und Förderunterricht) und außerschulischen Angeboten (z. B. Jugendarbeit, Sportvereine, Musikschulen). Im Rahmen der Freizeitgestaltung sind auch Arbeitsgemeinschaften oder zusätzliche Fördermaßnahmen von Lehrern denkbar, auch Bildungsangebote durch die Vernetzung mit kommunalen Bildungsanbietern/Akteuren, individuelle Beratung und sozialpädagogische Hilfen.

478) Das Angebot soll an mindestens vier Tagen der Woche in der Schule oder in einer schulnahen Einrichtung stattfinden (Umfang pro Woche mindestens 12 Stunden). Die Anmeldung der Kinder erfolgt für ein Jahr. Leitung und Betreuung übernehmen pädagogische Fachkräfte in geeigneten Räumen (Sozialpädagogen, Erzieher, Übungsleiter, Lehrkräfte, Förderkräfte, qualifizierte Fachkräfte, Tutoren, mindestens eine hauptberufliche pädagogische Fachkraft).

479) Die bisherigen Erfahrungen der Jugendarbeit mit der Durchführung, Trägerschaft und Kooperation im Rahmen der Ganztagsbetreuung zeigen:

- Grundsätzlich bietet die Ganztagsbetreuung Möglichkeiten, themenorientierte Bildungsarbeit und Freizeitangebote mit Methoden der Jugendarbeit durchzuführen. Folglich liegen in diesen Projekten auch Chancen für Träger der Jugendarbeit. Außerdem nutzen Träger diese Projekte, um im Rahmen eines umfassenden Konzeptes in Kooperation mit Schulen zu treten.
- Aus den Erfahrungsberichten der Fachkräfte dieser Projekte, für die der Bayerische Jugendring seit Bestehen des Programms jährlich Tagungen und Fortbildungen durchführt, wird allerdings auch deutlich, dass die Notwendigkeit, Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung zu gewährleisten sowie die Elternerwartungen bzw. zum Teil die Schulprobleme der einzelnen Schüler, die Praxis der Projekte dominieren.

480) Der regionale fachliche Austausch sowie die Qualifizierung der in den Projekten tätigen Fachkräfte haben sich als notwendig und hilfreich erwiesen, um die Aktivitäten der Einzelprojekte zu verstetigen und die örtliche Vernetzung zum Beispiel mit den Strukturen und Einrichtungen der Jugendarbeit voranzubringen. Auf der Bezirksebene wurden

solche Angebote vereinzelt von Bezirksjugendringen in Kooperation mit den auf Regierungsbezirksebene tätigen Koordinatorinnen und Koordinatoren veranstaltet, die Bereitschaft und das Interesse zur Fortführung ist gegeben, eine Finanzierung aus Mitteln des Förderprogramms bisher allerdings nicht möglich, sodass eine Verstetigung in Frage steht.

481) Vergleichbares trifft für die Fortbildung auf Landesebene zu. Der Bayerische Jugendring führt seit Bestehen des Programms und seines Vorläufers im Institut für Jugendarbeit jährlich Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für die Fachkräfte aus den Projekten durch, die rege in Anspruch genommen werden. Diese bieten nicht nur den Fachkräften die bisher einzige Möglichkeit, sich für ihre Aufgabe weiterzubilden. Im Rahmen des Fortbildungsprogramms des Instituts für Jugendarbeit werden außerdem vielfältige Verbindungen zu anderen Angeboten in diesem Feld hergestellt, z. B. zu Kooperationsveranstaltungen mit der Akademie für Lehrerfortbildung. Diese Angebote werden bisher ausschließlich aus Mitteln des Jugendprogramms getragen.

482) Beteiligung an und Trägerschaft von Projekten der Ganztagsbetreuung ist ein Element der Kooperation von Jugendarbeit und Schule. Die Kooperationsformen der Jugendarbeit und die Kooperationsbeispiele gehen allerdings weit darüber hinaus. Die seit 2007 bestehende Rahmenvereinbarung zwischen dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem Bayerischen Jugendring „Zusammenarbeit Schule und Jugendarbeit“ schafft die Grundlage für die notwendige Weiterentwicklung in diesem Bereich.²⁵²

483) Die stetig wachsende Zahl von Schülerinnen und Schülern, die durch eine Ausweitung schulisch gebundener Zeit in den Nachmittag erfasst werden, kann für die Jugendverbände zur Folge haben, dass weniger Kinder und Jugendliche für ihre Angebote Zeit finden. Jugendarbeit steht vor der Aufgabe, ihre Angebotsstrukturen den veränderten Zeitstrukturen der Jugendlichen anzupassen.

3.4.4.3 Wie kann es gelingen, männlichen und weiblichen Jugendlichen mit ungünstigen familiären und sozialen Voraussetzungen adäquate Bildungschancen zu bieten?

484) Ungünstige familiäre oder soziale Verhältnisse haben – wie die PISA-Studie erneut gezeigt hat – vor allem in Bezug auf die schulischen Leistungen weitreichende, meist negative Auswirkungen. Die Frage, wie es gelingen kann, Jugendlichen trotz ungünstiger familiärer und sozialer Voraussetzungen angemessene Bildungschancen zu eröffnen, war und ist bis in die Gegenwart Gegenstand zahlreicher bildungspolitischer Kontroversen. In Deutschland konzentrierte sich die öffentliche und politische Diskussion vorrangig auf die Strukturen des Bildungssystems, wobei die Gegenüberstellung von gegliedertem Schulsystem versus Gesamtschule fast schon in Form eines Systemstreits die Debatten dominierte.

485) Zugleich haben die Bildungs- und Schulforschung – nicht zuletzt auch in Form der PISA-Studien – mittlerweile

²⁵² <http://www.stmuk.bayern.de/imperia/md/content/pdf/aufgaben/jugend/rahmenvereinbarung.pdf>

eine Fülle von Hinweisen vorgelegt, die die Fokussierung der Diskussion auf diesen einen Aspekt zunehmend obsolet erscheinen lassen. Deutlich geworden ist, dass die Eröffnung angemessener Bildungschancen für benachteiligte Jugendliche an mehreren Stellen gleichzeitig ansetzen muss und dass Schule und ihren Möglichkeiten dabei eine zentrale, aber keineswegs exklusive Rolle zukommt. So hat die jüngere Bildungsdiskussion neben der Schule wiederholt auf die Bedeutung frühkindlicher Förderung und der außerschulischen und informellen Bildungsorte hingewiesen.²⁵³

486) Konzentriert man den Blick auf die bayerischen Verhältnisse, so lassen sich vor allem folgende Ansätze unterscheiden:²⁵⁴

1. Schulorganisatorische Maßnahmen

Dazu gehören alle Maßnahmen, die sich auf die schulinterne Organisation beziehen, also z. B. die Zahl der Unterrichtsstunden pro Schuljahr und Fach, das Verhältnis von gemeinsamem Unterricht und individuellen Fördermaßnahmen, die Flexibilisierung der Stundentafel, Ausbau Ganztagesbetreuung u.ä. Zu den schulorganisatorischen Maßnahmen können auch die Kooperationen mit außerschulischen Partnern, z. B. in Bayern im Rahmen des Programmes Jugendsozialarbeit an Schulen.

2. Kooperationsmaßnahmen mit außerschulischen Partnern

Vorrangig sind hier die Jugendhilfe mit der Jugendsozialarbeit an Schulen und der schulbezogenen Jugendarbeit sowie die Wirtschaft mit den Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft und Patenschaften von Betrieben zu nennen.

3. Maßnahmen für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache

Diese Angebote wenden sich an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dazu gehört schon vor der Schule die frühe Sprachförderung in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung; innerhalb der Schule die Einrichtung von Deutschlerngruppen und besonderen Förderangeboten.

4. Individuelle Unterstützungsangebote

Beispielhaft für diese Ansätze seien die derzeit rund 1.600 Förderlehrer in Volksschulen, die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste oder die Möglichkeiten für speziellen Förderunterricht genannt.

5. Angebote der Förderschule

Je nach Art und Umfang des sonderpädagogischen Förderbedarfs und des individuellen Leistungsvermögens bieten z. B. diese Schulen sonderpädagogische Förderung durch speziell ausgebildete Lehrkräfte, sonderpädagogische Diagnose- und Förderklassen sowie unterschiedliche Möglichkeiten der Intensivierung.

6. Übergänge kontinuierlicher gestalten, vertikale und horizontale Durchlässigkeit erhöhen

Angebote dieses Typus bemühen sich, vorrangig an den Übergängen Kindergarten – Grundschule, Grundschule –

weiterführende Schulen und Hauptschule – Ausbildung – Beruf Unterstützung bei der Bewältigung der Übergänge zu bieten.

7. Reform der Hauptschule

Eine ganze Reihe von neueren Bemühungen gerade in Bayern richten sich auf die Verbesserung der Bildungschancen von Hauptschülerinnen und -schülern. Die so genannte Hauptschulinitiative strebt vorrangig an, die Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler zu verbessern sowie die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss zu reduzieren. Zentrale Strategien sind dabei eine stärkere Berufsorientierung, mehr individuelle Förderung und eine Modularisierung der Angebote.²⁵⁵

487) Ein Teil dieser von Staatsregierung und CSU-Fraktion getragenen Maßnahmen wird kontrovers diskutiert. Die Fraktionen von SPD und Grünen vertreten im Landtag dazu z.T. grundlegend andere bildungspolitische Positionen. Die Enquete-Kommission ist allerdings nicht der Ort, an dem der dahinter stehende bildungspolitische Streit entschieden werden kann. Es ist ihr jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass aus einer jugendpolitischen Perspektive die Frage nach den Strukturen des Bildungssystems nicht allein im Zentrum stehen darf. Aus ihrer Sicht hängt der Erfolg schulischer und anderer Fördermaßnahmen gerade im Fall von Jugendlichen aus sozial schwierigen und benachteiligenden Verhältnissen wesentlich davon ab, dass diese Jugendlichen so etwas wie eine pragmatische Handlungsbefähigung entwickeln. Handlungsbefähigung bedeutet dabei, dass man sich selbst in der Situation als wirkmächtig, als handlungsfähig erfährt. Fehlende Ressourcen, einschränkende Handlungsspielräume, institutionelle Mechanismen und vielfältige, sich gegenseitig verstärkende Prozesse der Selbst- und Fremdzuschreibung sind dabei entscheidende Variablen. Will man die problematischen, sich gegenseitig verstärkenden, Benachteiligung erzeugenden Dynamiken aufbrechen, bedarf es eines Settingansatzes, der nicht nur an der Wissensvermittlung bzw. Qualifikation ansetzt, sondern alle Aspekte von Handlungsbefähigung, also z. B. auch Gesundheit, aber auch die Lebenswelten von Jugendlichen, und dabei vor allem die Gleichhaltungsgruppen und Medien miteinschließt.

488) Darüber hinaus ist es ein Anliegen der Enquete-Kommission auf vier weitere Problemkontexte hinzuweisen:

- Als zentral für den Abbau von Bildungsbenachteiligungen hat sich immer wieder die Beherrschung der deutschen Sprache herausgestellt. Aus der Sicht der Enquete-Kommission muss deshalb dieser Aufgabe Vorrang gegeben werden.
- Zweitens verweist die Enquete-Kommission auf das Problem der Hausaufgaben. Trotz vielfältiger Nachmittagsangebote bleibt das Problem, dass vor allem der Wortschatz zu Hause erworben werden muss. Viele Eltern sind aber nicht in der Lage, ihre Kinder angemessen bei der Bewältigung der Hausaufgaben und beim Lernen zu unterstützen. Das Problem wird dadurch verschärft, dass an vielen Schulen Hausaufgaben nicht als zusätzlicher Anlass, das Gelernte zu üben und zu vertiefen, verstanden

²⁵³ Vgl. z.B. Deutscher Bundestag 2005; Konsortium Bildungsberichterstattung 2008

²⁵⁴ Zu diesen Maßnahmen vgl. ausführlich <http://www.stmuk.bayern.de/km/index.shtml> und Zuarbeiten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für die Enquete-Kommission.

²⁵⁵ Vgl. ausführlich: <http://www.hauptschulinitiative.bayern.de/hsi/index.shtml>

werden, sondern als Gelegenheit, den Stoff zu lernen. Aus der Sicht der Enquete-Kommission bedarf es auch aus Gründen der Chancengerechtigkeit einer Diskussion über Funktion und Inhalte von Hausaufgaben und den Stellenwert, den die Hausaufgabenbetreuung im Rahmen der Nachmittagsangebote, z. B. auch im Rahmen der offenen und gebundenen Ganztagsbetreuung, zukünftig einnehmen sollte.²⁵⁶

- Drittens verweist die Enquete-Kommission auf die Bedeutung der Vermittlung sozialer Kompetenzen in Ergänzung zur Betonung des Wissenserwerbs.
- Mit der Entscheidung des Bayerischen Landtags, das Einschulungsalter bis 2010 schrittweise um ein halbes Jahr vorzulegen, wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die positiven Entwicklungsbedingungen der Kinder in Deutschland zu einer früheren Schulreife als Voraussetzung geplanten Lernens in unterrichtlicher Methode und in der formellen Struktur eines Klassenverbands führen. Die Enquete-Kommission hält mit dieser Entscheidung den Spielraum der Vorverlagerung einer durchschnittlichen Schulreife für ausgereizt.

3.4.4.4 Wie können das Interesse und das Kompetenzgefühl von weiblichen Jugendlichen in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften gestärkt werden?²⁵⁷

489) In der PISA-Studie 2006 erreichte Deutschland mit einem Gesamtergebnis von 516 Punkten in den Naturwissenschaften erstmals in einem bei PISA regelmäßig getesteten Bereich ein Ergebnis über dem OECD-Durchschnitt. Mädchen erreichten 512 Punkte, Jungen 519 Punkte. Dieser Unterschied ist statistisch nicht signifikant, sodass insgesamt von einem ausgewogenen Ergebnis gesprochen werden kann.

490) Deutliche Unterschiede ergeben sich erst, wenn die Kompetenzstufen bzw. Leistungsniveaus genauer untersucht werden. Mit 40,3 % auf den beiden höchsten Kompetenzstufen im Vergleich zu 59,7 % bei den Buben sind die Mädchen hier deutlich unterrepräsentiert. Ebenso zeigen sich bei den unterschiedlichen Testbereichen und Teilskalen mehr oder weniger deutliche Geschlechterunterschiede: relative Stärke der Mädchen im Bereich „Lebende Systeme“ (entspricht dem Fach Biologie); relative Schwäche der Mädchen im Bereich „Physikalische Systeme“ (Physik, z.T. Chemie) und „Erd-Weltraumsysteme“ (Teilbereiche des Faches Geografie/Erdkunde sowie der Physik).²⁵⁸

²⁵⁶ Ergebnisse aus empirischen Studien indizieren, dass die Hausaufgaben nicht vollständig im Rahmen der Nachmittagsbetreuung erledigt werden; vgl. z. B. Beher/Rauschenbach 2006; STEG o.J.

²⁵⁷ Antwort des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für die Enquete-Kommission; Vgl. außerdem das Wortprotokoll der Anhörung zum Thema „Wie kann das Interesse von Mädchen und jungen Frauen an naturwissenschaftlichen und technischen Fächern in Schule und Hochschule gestärkt werden“ Gemeinschaftliche Sitzung gem. § 42 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur (69. Sitzung) und Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (62. Sitzung) am 06.02.2002.

²⁵⁸ Zuarbeit des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

491) Die frühzeitige Vermittlung naturwissenschaftlicher Inhalte bereits in der Grundschule und in der vorschulischen Erziehung kann einer Aversion gegen Naturwissenschaften und Mathematik vorbeugen und das Interesse sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen auf spielerische Weise wecken.

492) Die Mehrzahl neuerer Studien lässt größtenteils keine signifikanten Vorteile eines monoedukativen Unterrichts erkennen. Auch Änderungen in den gültigen Lehrplänen erscheinen nicht angemessen, da der jeweils aktuelle Lehrplan in den verschiedenen Schularten bereits entsprechend gestaltete Inhalte aufweist.

493) Lt. aktuellen Erkenntnissen spielt dagegen die Gestaltung des Fachunterrichts eine entscheidende Rolle, um Interesse an den Naturwissenschaften zu wecken. Ein verstärkt handlungsorientierter Unterricht kann bei Mädchen Berührungängste gegenüber Naturwissenschaft und Technik abbauen und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten in diesem Bereich stärken. Hier können entsprechende Unterrichtskonzepte und Methodenschulungen die Lehrkräfte unterstützen.

494) Die letztlich geringen Leistungsdifferenzen können kaum erklären, weshalb es zu den beobachtbaren großen Diskrepanzen im Wahlverhalten in der Sekundarstufe I oder im Studium kommt. Hier muss die Wirkung von Selbstwertgefühl und Selbstwirksamkeit zusätzlich in Betracht gezogen werden, ein Reattributionstraining für Mädchen erscheint zur Stärkung von naturwissenschaftlichen Lernprozessen sinnvoll. Entsprechende Untersuchungen aus den USA dazu liegen bereits vor.

495) Im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung müssen verstärkt auch die Vorbildfunktion der Lehrkräfte im Hinblick auf das Interesse der Schülerinnen und Schüler an Naturwissenschaften und Technik thematisiert und Möglichkeiten zu ihrer Förderung angesprochen werden. Im Jahr 2005 wurden über hundert Lehrkräfte als Multiplikatoren für das Projekt „Naturwissenschaften in der Grundschule“ an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung fortgebildet. Die Basis des Konzepts bildet der Akademiebericht „Naturwissenschaften in der Grundschule – Schwerpunkte Chemie und Physik“, der direkt umsetzbare Anregungen für den Physik-/Chemie-Unterricht der Grundschule enthält. Ebenso werden Multiplikatorenteams in den Fächern Physik/Chemie/Biologie für den Hauptschulbereich ausgebildet.

496) In den weiterführenden Schulen wird versucht, möglichst nahtlos daran anzuknüpfen. Ein verstärkt handlungsorientierter Unterricht hat das Ziel, insbesondere auch bei Mädchen Berührungängste zu Naturwissenschaft und Technik abzubauen und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten in diesem Bereich zu stärken. Besonderes Augenmerk wird außerdem darauf gelegt, die Vernetzung der Naturwissenschaften zu betonen (z. B. Einführung des Faches Natur und Technik am Gymnasium) und dabei möglichst oft Querbezüge zu Themenbereichen zu schaffen, die Mädchen besonders stark ansprechen (z. B. Biologie und Medizin). Um diesem Aspekt Rechnung zu tragen, wird z. B. in der Oberstufe des achtjährigen Gymnasiums eine Lehrplanalternative Biophysik das Angebot im Bereich der Naturwissenschaften bereichern.

497) Daneben ist es sinnvoll, weiterhin auch außerunterrichtliche Veranstaltungen anzubieten, die sich gezielt an

Mädchen bzw. weibliche Jugendliche richten. Sie sollen ihnen Erfahrungen mit Naturwissenschaft ermöglichen, bei denen Effekte der „klassischen“ Rollenverteilung ausgeschaltet werden und die durch Begegnungen mit Frauen in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen Berührungspunkte gegenüber diesen Berufsfeldern abbauen können. Im Folgenden werden Beispiele dafür genannt:

- „Mädchen für Technik-Camps“ bieten für Schülerinnen aus allen Schularten die Möglichkeit, Einblick in technische Bereiche und Zusammenhänge zu gewinnen und Erfahrungen im Umgang mit Technik zu sammeln. Damit wird der Grundstein für technisches Interesse gelegt und die Grundlage für eine spätere Orientierung in Richtung technische Berufe geschaffen.
- „Forscherinnen Camps“ sind ein Angebot für technisch interessierte junge Frauen ab 15 Jahren, die das Gymnasium oder die Fachoberschule besuchen. Eine Woche lang dürfen die Teilnehmerinnen in den Ferien einen „Forscherinnen“-Auftrag für ein Unternehmen bearbeiten. Das „Forscherinnen“-Team wird dabei von Mitarbeiterinnen des Unternehmens und von Studierenden der regionalen Hochschule unterstützt.
- Der Girls' Day ist ein Aktionstag zur Berufsorientierung für Schülerinnen ab der 5. Jahrgangsstufe, der eine bewährte Plattform darstellt, um das Thema „Mädchen und technische Berufe“ zu vermitteln.
- Im Bereich der Wettbewerbe soll der Wettbewerb „Technik-Scouts“ hervorgehoben werden, der 2007 zum ersten Mal ausgeschrieben wurde. Er richtet sich zwar nicht ausschließlich an Mädchen, da er aber eine besondere gestalterisch-kreative Komponente hat, ist zu erwarten, dass sich Schülerinnen davon besonders angesprochen fühlen. Zielgruppe des Wettbewerbs sind Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 8 bis 13 an allgemein bildenden Schulen. Seine Aufgabenstellung fordert zu einer aktiven und intensiven Auseinandersetzung mit den Berufsbildern technischer Ausbildungs- und Ingenieurberufe auf. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich eingehend über einen selbst gewählten Beruf informieren und dabei Menschen, die diesen Beruf ausführen, interviewen und begleiten. Eine selbst erstellte, möglichst kreative Werbe-Präsentation des gewählten Berufsbildes ist schließlich das Ziel der Wettbewerbsarbeit.

3.4.4.5 Welche zeitliche, finanzielle und inhaltliche Rolle spielt das Thema Nachhilfe für die Jugendlichen?

498) Verlässliche Daten zur zeitlichen, finanziellen und inhaltlichen Rolle des Nachhilfeunterrichts sind nicht bekannt. Die Shell Jugendstudie von 2006 kommt zu dem Ergebnis, dass fast jeder vierte Schüler Nachhilfe nimmt. Im Vergleich zur Vorgängerstudie 2002 hat sich damit der Anteil deutlich erhöht – wobei es vor allem die Mädchen sind, die diese Form der Unterstützung nutzen. Interessant ist, dass „*entgegen bisherigen Ergebnissen sich 2006 (zeigt), dass Jugendliche aus den unteren Schichten jetzt häufiger Nachhilfeunterricht wahrnehmen und dass auch Hauptschüler öfter diesen Zusatzunterricht beanspruchen.*“²⁵⁹

²⁵⁹ Shell Deutschland 2006, S. 70

Tabelle 34: Personen, die Nachhilfeunterricht in Anspruch nehmen (in Prozent)

	2002	2006
Gesamt	18	23
Männlich	20	21
Weiblich	16	24
Region		
West	19	25
Ost	13	11
Schultyp		
Hauptschule	15	26
Realschule	19	21
Gymnasium	19	22
Soziale Schicht		
Unterschicht	13	29
Untere Mittelschicht	20	25
Mittelschicht	19	17
Obere Mittelschicht	17	24
Oberschicht	18	22

Shell Deutschland 2006, S. 72

499) Am gründlichsten hat sich in jüngerer Zeit mit dem Thema Nachhilfe der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung beschäftigt:²⁶⁰ „80 Prozent der 17-Jährigen geben an, dass sie durch elterliche Hilfen unterstützt wurden (Expertise DIW, Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panel). Daneben existiert ein empirisch schwer fassbarer „Markt“, auf dem Schüler/innen, Eltern und Einzelpersonen sich zum Zweck von Nachhilfeunterricht bzw. Nachhilfestunden organisieren und treffen. Dies beginnt bei der Nachbarschaftshilfe und endet bei manifester Schwarzarbeit. Diese beiden Bereiche werden jedoch im Folgenden nicht beschrieben, sondern im Besonderen das Angebot und die Nutzung von Unternehmen, die Nachhilfeunterricht anbieten („Nachhilfeinstitute“). Neben dem Anspruch der Nachhilfeinstitute, den versäumten Stoff nachzuholen und nachhaltige Notenverbesserungen zu bewirken, sollen auch Lernstrategien für selbstständiges Lernen vermittelt werden sowie ein regelmäßiger Austausch mit den Lehrkräften und den Eltern stattfinden. Auf diese Weise soll die Erfolgsquote erhöht werden, so dass Kinder und Jugendliche längerfristig nicht mehr auf Nachhilfe angewiesen sind.“

500) Die Gründe, Nachhilfe in Anspruch zu nehmen, werden meist im Zusammenhang mit Defiziten im Schulsystem genannt. Die Eltern erwarten von der Nachhilfe vornehmlich eine Verbesserung der Schulleistungen, ferner den Ausgleich von Leistungsschwächen und didaktischen Defiziten der Lehrer sowie die Sicherung der Versetzung ihrer Kinder (...). Mangelnde Förder- und Übungsmöglichkeiten im Halbtagschulsystem mit zu großen Klassen und übervollen Lehrplänen sollen durch die Betreuung im Nachhilfeunter-

²⁶⁰ Deutscher Bundestag 2005, S. 151 ff. und 283 ff.

richt ausgeglichen werden. Allerdings können auch Fehlzeiten in der Schule, fehlende Motivation sowie kognitive Schwierigkeiten der Schüler/innen Gründe für die Inanspruchnahme von Nachhilfe sein (...). Hinzu kommen die Veränderungen familiärer Binnenstrukturen und die zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern, die weniger Zeit für die Hausaufgabenbetreuung zulassen. Alleinerziehende und Doppelverdiener greifen bereits – sofern es finanziell tragbar ist – auf Nachhilfedienstleistungen außerhalb der Familie zurück. Bei Schülern und Schülerinnen aus Migrantenfamilien scheidet die innerfamiliäre Unterstützung bei den Hausaufgaben möglicherweise an mangelnden deutschen Sprachkenntnissen der Eltern (...).

501) *Aus dem Blickwinkel der Eltern ist Nachhilfe auch als Investitionsmaßnahme in die Ausbildung ihrer Kinder zu sehen. Mit zunehmendem Wettbewerb um knappe Arbeitsplätze ist sie ein zusätzliches Mittel zur Erreichung höherer Bildungsziele und zur Chancenverbesserung auf dem Arbeitsmarkt (...)*²⁶¹

502) *„Knapp 33 Prozent der Neuntklässler/innen in Deutschland erhalten Nachhilfeunterricht (...). Eine Aufschlüsselung nach privater, familiärer und kommerzieller Nachhilfe ist hier jedoch nicht möglich. Im Jahr 2003 suchten etwa 22 Prozent der Schüler/Schülerinnen Nachhilfeeinstitute auf (...). Jeder vierte Schüler bzw. jede vierte Schülerin in Deutschland hat bis zum Alter von 17 Jahren im Laufe der Schulzeit schon einmal bezahlte Nachhilfe bekommen (...). Am häufigsten nutzen Real- und Gymnasialschüler/innen das Nachhilfeangebot (...). Die Nutzungsquote nimmt dabei in den höheren Jahrgangsstufen zu; bei den Neunt- und Zehntklässlern ist sie doppelt so hoch wie bei den Fünft- und Sechstklässlern (...). Der wöchentliche Zeitaufwand für Nachhilfe liegt bei den 15-Jährigen bei etwa ein bis zwei Stunden, während die Dauer der Nachhilfemaßnahmen insgesamt 10 bis 12 Monate im Durchschnitt umfasst (...).*

503) *Die „klassischen“ Nachhilfefächer sind Mathematik, Deutsch sowie erste und zweite Fremdsprache, wobei Mathematik für mehr als die Hälfte aller Schüler/innen das Hauptproblemfach ist (...). Bestätigt wird dies durch die Daten der PISA-Studie, nach der 9 Prozent der befragten 15-jährigen Schüler/innen im Fach Mathematik und knapp 3 Prozent in Deutsch private Nachhilfe erhalten (Hollenbach/Meier 2004)*²⁶²

504) Die Daten des Statistischen Bundesamtes weisen aus, dass im Jahr 2005 5,4 Mrd. Euro in Deutschland von Schülerinnen und Schülern sowie von Studierenden bzw. ihren Eltern und von Erwachsenen für Nachhilfe, Lernmittel und ähnliches, also für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen, aufgewendet wurden (Statistisches Bundesamt 2007, S. 4). Diese Zahlen sind seit Jahren steigend.

505) Befragt man Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren in Deutschland, geben insgesamt 9 % an, Nachhilfe zu erhalten.²⁶³ 2 % aller Schülerinnen und Schüler dieser Altersgruppe erhalten mehrmals pro Woche Nachhilfe, 7 % einmal pro

Woche. Lenkt man den Blick auf die Grundschülerinnen und –schüler, sind es 2 %, die mehrmals pro Woche, und 6 %, die einmal pro Woche Nachhilfe erhalten. Ab der Klasse 5 steigt der Anteil; jedes neunte Kind ist in dieser Altersgruppe auf Nachhilfe angewiesen. In Bezug auf die sozialen Hintergründe zeigt sich, dass Familien mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe öfters Nachhilfe in Anspruch nehmen. Interessant ist aber auch, dass Alleinerziehende Nachhilfe signifikant seltener beanspruchen, als dies bei Kindern aus nicht-alleinerziehenden Familien der Fall ist.

3.4.4.6 Welche Auswirkungen hat das „Lebenslange Lernen“ auf die Entwicklung von Jugendlichen und ihre beruflichen Perspektiven?

506) Die Enquete-Kommission verweist auf die Antworten zum Abschnitt „Subjektive Sicht der Jugendlichen“.²⁶⁴

3.4.4.7 Wie stellt sich in Bayern das Problem der Schulschwänzer im Bundes- und Regionalvergleich dar?

507) Von dem Problem Schulschwänzen zu sprechen, setzt voraus, dass einigermaßen geklärt ist, was mit diesem Begriff gemeint ist. Sowohl in der Fachdiskussion als auch der Öffentlichkeit werden immer wieder unterschiedliche Begriffe verwendet. Da ist u.a. von Schulmüdigkeit, Schulverdrossenheit, Schulangst, Schulaversion, Schulphobie, Schuldistanz, Schulflucht, Schulabsentismus, Schulversäumnis, Schulverweigerung, Schulpflichtverletzung, usw. die Rede.²⁶⁵ Nach Karlheinz Thimm (2000) lassen sich folgende Formen unterscheiden: „*Schulverdrossenheit*“, die sich zeigt als „*innere Emigration im Unterricht*“, *Lernunlust*, *Aufmerksamkeitsverweigerung*, *Mitarbeitsverweigerung*, „*moderate Torpedierung von Unterrichtsabläufen*“; „*aktionistische Unterrichtsverweigerung*“, die sich zeigt in: *Verstößen gegen Arbeitsanforderungen*; *Verstößen gegen Interaktionsregeln für den Umgang mit anderen*, *Verstöße gegen Normen von Schulklasse und Schule*; „*vermeidende Schulverweigerung*“ die sich „*vom Fehlen einzelner Stunden und Tage bis hin zu einer längeren Abwesenheit bzw. totalen Abkoppelung erstrecken*“ kann; und der „*Totalausstieg*“, der „*durch eine eher rational-kalkulierte Verabschiedung aus der Schule nach vergleichsweise nüchterner Analyse mit dem Ergebnis der Sinn- und Chancenlosigkeit gekennzeichnet ist*“.²⁶⁶

508) Ein Konsens hinsichtlich der Begriffsverwendung ist bislang nicht erkennbar, sodass man mit den Begrifflichkeiten vorsichtig umgehen sollte. Vor dem Hintergrund der Fragen des Bayerischen Landtages wird hier der Begriff Schulschwänzen übernommen, zugleich aber soweit als möglich deutlich gemacht, was jeweils damit gemeint ist. Für Politik und Fachdiskussion besteht an dieser Stelle die Pflicht zur sorgfältigen Unterscheidung.

509) In der PISA-Studie 2000 wurden erstmals im Rahmen einer Leistungsvergleichsstudie auch Formen „abweichenden Schülerverhaltens“ ermittelt. Mithilfe des internationalen Schülerfragebogens wurde ermittelt, wie oft der befragte 15-jährige Jugendliche in den letzten zwei Schulwochen in

261 Deutscher Bundestag 2005, S. 283 f.

262 ebd.

263 Die folgenden Daten stammen aus der ersten World Vision Kinderstudie 2007: World Vision 2007, S. 132 f.

264 Vgl. Abschnitt 3.4.3

265 vgl. Braun 2005

266 Thimm 2000, S. 62-66; zitiert nach Gaupp/Braun 2007, S. 101 f.

der Schule gefehlt, Stunden geschwänzt hat oder zu spät zur Schule gekommen ist. Die Daten zeigen, dass Fehlen, Zuspätkommen und Schwänzen unter 15-Jährigen recht verbreitet sind: „Im Verlauf von nur zwei Wochen ist es in den neuen Ländern bei über 40 Prozent und in den alten Ländern sogar bei annähernd 50 Prozent zu Unterrichtsversäumnissen gekommen. Erwartungsgemäß werden Verspätungen am häufigsten genannt; fast ebenso häufig ist das Fehlen, sei es aufgrund von Krankheiten, sei es aufgrund von berechtigten oder unberechtigten Beurlaubungen. Der Anteil derjenigen, die Stunden schwänzen, ist im Vergleich dazu relativ niedrig; berücksichtigt man, dass sich die Angaben auf den kurzen Zeitraum von nur zwei Wochen beziehen, muss man freilich von einem wesentlich höheren Anteil als nur 11 oder 13 Prozent gelegentlicher Schulschwänzer ausgehen.“²⁶⁷

510) Ein Vergleich zwischen den Ländern offenbart, dass Bayern dabei relativ gut abschneidet:

Tabelle 35: Unterrichtsversäumnisse

15-jährige, die in den letzten zwei Schulwochen				
Land	nie fehlten	nie Stunden schwänzten	nie zu spät kamen	nie den Unterricht versäumten ¹⁾
Baden-Württemberg	73,3 %	87,7 %	70,6 %	50,9 %
Bayern	76,2 %	87,9 %	77,4 %	57,4 %
Hessen	68,4 %	85,0 %	68,5 %	47,8 %
Niedersachsen	68,3 %	86,0 %	71,2 %	48,8 %
Nordrhein-Westf.	69,9 %	86,5 %	68,8 %	50,2 %
Rheinland-Pfalz	73,7 %	88,8 %	73,5 %	54,0 %
Saarland	71,8 %	90,1 %	73,0 %	53,9 %
Schleswig-H.	67,7 %	87,8 %	70,7 %	49,4 %
alte Länder ²⁾	71,6 %	87,0 %	71,6 %	51,6 %
Brandenburg	76,9 %	89,3 %	77,6 %	59,9 %
Mecklenburg-V.	70,2 %	86,9 %	74,8 %	53,1 %
Sachsen	78,1 %	92,2 %	75,2 %	59,4 %
Sachsen-Anhalt	74,9 %	87,0 %	74,5 %	55,3 %
Thüringen	72,8 %	88,9 %	76,3 %	56,1 %
neue Länder	75,3 %	89,4 %	75,7 %	57,3 %
Bremen	62,4 %	82,9 %	58,5 %	36,6 %
Großstädte ³⁾	64,9 %	84,2 %	56,7 %	39,6 %

¹⁾ d.h. 15-jährige, die weder fehlten, noch Stunden schwänzten oder zu spät kamen
²⁾ ohne die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen
³⁾ Städte mit mindestens 300.000 Einwohnern (ohne Berlin, Hamburg und Bremen)

Deutsches PISA-Konsortium 2002, S. 212

267 Deutsches PISA-Konsortium 2002, S. 211

3.4.4.8 Gibt es dazu regionale und schulartspezifische Schwerpunkte?

511) Es gibt in Bayern keine eigene Statistik zu Schulschwänzerinnen und Schulschwänzern. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat dazu auf eine Anfrage der SPD-Abgeordneten Bärbel Narnhammer am 28.03.2003 wie folgt geantwortet und damit frühere Positionen wiederholt: „Zunächst ist festzuhalten, dass keine gesicherten Erkenntnisse hinsichtlich einer Zunahme des Schuleschwänzens vorliegen. An bayerischen Schulen ist das „Schuleschwänzen“ kein signifikantes Problem. Dies wird auch durch informelle Erfahrungsberichte der Schulaufsichtsbehörden, durch die aktuellen Daten der Pisa-Studie sowie der sogenannten Pfeiffer-Studie zur Jugendkriminalität belegt. Von der Sammlung und Darstellung schulartspezifischer Daten zur Häufigkeit des „Schuleschwänzens“ und zum weiteren schulischen Bildungsgang der „Schulschwänzer“ hat das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bisher abgesehen, da dies einen erheblichen organisatorischen Aufwand bedeuten würde. Modelle wie das Nürnberger „Schulschwänzerprogramm“ haben die Öffentlichkeit, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler ebenso wie die Erziehungsberechtigten für die Problematik sensibilisiert.“²⁶⁸

512) Dementsprechend können keine verlässlichen Aussagen über regionale und schulartspezifische Schwerpunkte des Schulschwänzens getroffen werden.

513) Eine weitere Quelle über das Ausmaß von Schulschwänzen stellen die Daten der Polizei dar. Seit dem Jahr 2000 sind die Dienststellen der Bayerischen Polizei angewiesen, sich im Rahmen ihrer Aufgaben um Schulschwänzer zu kümmern. Im Rahmen der Anhörungen der Enquete-Kommission wurden in diesem Zusammenhang folgende Daten mitgeteilt: „Im Schuljahr 2000/01 sind bayernweit 1593, im darauf folgenden Schuljahr 2001/02 1513, im Jahr 2002/03 1114, 2003/04 1529, im Schuljahr 2004/05 1877 und im Schuljahr 2005/2006 2120 Aufgriffe jeweils insgesamt für ganz Bayern erfolgt. Dabei kann man feststellen, dass ungefähr ein Viertel bis ein Drittel auf Initiative der Polizei erfolgte, also eigeninitiierte Aufgriffe, und der Rest auf Ersuchen der Schulbehörden.“²⁶⁹ Ein überregionaler Vergleich ist auf der Basis dieser Daten nicht möglich.

514) Hintergrund für die Aktivitäten der Polizei sind Untersuchungsergebnisse des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), denen zufolge es einen engen Zusammenhang zwischen schwerer Jugenddelinquenz und notorischem Schulschwänzen gibt. Von den befragten Strafgefangenen haben z. B. knapp 50 % häufiger den Schulbesuch vermieden.²⁷⁰ Es ist allerdings Vorsicht bei der Interpretation dieser Ergebnisse geboten. Die Einsicht, dass schwere Jugenddelinquenz häufig mit Schulschwänzen einhergeht, darf nicht zu dem Umkehrschluss verleiten, dass Schulschwänzen allein zu schwerer Jugenddelinquenz führt. Die-

268 Bayerischer Landtag Drs. 14/12402

269 Protokoll 9. Sitzung, 16.05.2006

270 In Bayern haben derartige Forschungsergebnisse und die einschlägigen Erfahrungen der Behörden dazu geführt, dass dem Thema Schulschwänzen hohe Aufmerksamkeit, z. T. in Form eigener Projekte (z. B. in Nürnberg) oder im Rahmen des Bundesprogrammes „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, gewidmet wurde.

ser Rückschluss wäre falsch und empirisch durch kein Ergebnis gedeckt.

515) Aus der Sicht der Enquete-Kommission stellen primär jene Schülerinnen und Schüler, die systematisch dem Unterricht fern bleiben, ein jugendpolitisches Problem dar. Zugleich darf nicht vergessen werden, dass in vielen Fällen nicht das Schulschwänzen für sich genommen das Problem darstellt, sondern Schulschwänzen in vielen Fällen Ausdruck dahinter liegender Belastungen und Probleme darstellt, die allerdings durch Schulschwänzen üblicherweise nicht gelöst, sondern eher nur verschärft werden.

3.4.4.9 Warum kommt es zum Schwänzen der Schule, welche Auswirkungen für den weiteren Lebensweg lassen sich feststellen?

516) Schulschwänzen ist keine Eigenschaft von einigen wenigen Schülerinnen und Schülern. Niemand wird als Schulschwänzer geboren. In nahezu allen Fällen handelt es sich um einen komplexen Prozess des schrittweisen Aussteigens, der inneren Emigration sowie des Ausgegrenzt- und Abgehängtwerdens. Fehlende Unterstützung vonseiten des Elternhauses und der Schule, problematische Dynamiken im Freundeskreis sowie individuelle Krisen und Enttäuschungen erweisen sich immer wieder als folgenreiche Ursachen.

517) In einer der ersten größeren Untersuchungen, die sich mit dem Thema Schulverweigerung befassten, kamen Mitarbeiterinnen des Deutschen Jugendinstitutes zu folgenden Ergebnissen. Aus der Sicht von Jugendlichen waren es vor allem folgende Ursachen, derentwegen die Schule über längere Zeit nicht besucht wurde:

- 59 % der Befragten nannten Probleme mit Lehrerinnen und Lehrern,
- 31 % verwiesen auf schlechte schulische Leistungen,
- 30 % nannten andere schulische Probleme,
- 29 % hatten Probleme mit Mitschülerinnen und Mitschülern,
- 19 % wurden krank.²⁷¹

518) Nach den Ergebnissen dieser Studie *„fängt der Prozess der Abkehr von der Schule häufig mit Stundenschwänzen oder gelegentlichem Schwänzen ganzer Tage sowie entschuldigtem Unterrichtsversäumnissen (Krankheiten) an. Diese Krankheiten sind meist nicht einmal vorgeschoben, sondern psychosomatische Reaktionen auf Anforderungen, denen die Schülerin oder der Schüler sich nicht gewachsen fühlt. Auf die Frage, zu welchem Zeitpunkt das Schwänzen massive Formen annahm (also in der Wahrnehmung der Jugendlichen das Fernbleiben von der Schule und vom Unterricht nicht nur selten bzw. gelegentlich stattfand), nennt die größte Gruppe die Altersspanne zwischen dem 12. und 14. Lebensjahr. Fast die Hälfte hat gleich ganze Tage geschwänzt.“*²⁷²

271 Schreiber-Kittl/Schröpfer 2002, S. 55

272 Zitiert nach Gaupp/Braun 2007, S. 103

3.4.4.10 Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung im europäischen Ausland gibt es, wie werden sie genutzt, wie kann man Auslandsaufenthalte weiter unterstützen?

519) Im Schuljahr 2005/2006 nahmen mehr als 57.000 Schülerinnen und Schüler aus allen Schularten die Möglichkeit eines Auslandsaufenthalts zur Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse und Steigerung ihrer interkulturellen Kompetenz wahr:

- über Aktivitäten, die aus internationalen Kontakten der Schule entstanden sind (insbesondere Schüleraustausch mit Partnerschulen)
- über mehrmonatige Aufenthalte im Rahmen von Austauschprogrammen des Bayerischen Jugendrings oder anderer Anbieterorganisationen
- über so genannte „Auslandsschuljahre“ (z. B. im Rahmen des Kulturfondsstipendiums oder über Vermittlung durch Austauschorganisationen)
- Teilnahme an Projekten und Maßnahmen im Rahmen des EU-Bildungsprogrammes SOKRATES (seit 2007 Programm für das Lebenslange Lernen) mit seinen diversen Aktionsbereichen sowie des Programms Leonardo für Jugendliche im Bereich der betrieblichen Berufsausbildung.

520) Würde man neben den gerade genannten Maßnahmen noch die an vielen Schulen üblichen mehrtägigen Studien- und Abschlussfahrten ins Ausland mit berücksichtigen, wäre die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in irgendeiner Form Gelegenheit zu Auslandsaufenthalten hatten, deutlich höher. Genaue Zahlen hierzu liegen allerdings nicht vor.

521) An den bayerischen Hochschulen besteht ein vielfältiges Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten im europäischen Ausland. Das ERASMUS-Programm und Angebote des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) wie z. B. Studieren im Ausland, Praktika im Ausland und Sprachkurse an Hochschulen in Europa können hier als Beispiele genannt werden. Das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst weist den bayerischen Hochschulen für jedes Kalenderjahr Mittel für die Internationalisierung der Hochschulen zur eigenen Verwaltung zu. Diese Mittel werden z.T. auch für die Unterstützung von Studierenden bei einem Auslandsaufenthalt, z. B. im Rahmen eines Stipendiums, eingesetzt.

3.4.4.11 Wie nutzen Jugendliche die Angebote an außerschulischer Bildung, und wie kann man deren Ausbau unterstützen?

522) Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hat sich erstmalig und intensiv mit der Frage beschäftigt, an welchen Bildungsorten und im Rahmen welcher Bildungsformen sich Kinder und Jugendliche Kompetenzen aneignen, die für ihr persönliches Fortkommen von Bedeutung sind.

523) Für Schülerinnen und Schüler der Grundschule und der verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe I kommt er dabei zu dem Ergebnis, dass diese zwischen einem Fünftel und der Hälfte Lerngelegenheiten an außerschulischen Bil-

dungsorten wahrnehmen. *„Dabei kann man typologisch zwischen Bildungsorten unterscheiden, die sich zum einen direkt auf die Kompensation und die Ergänzung schulischer Leistungen beziehen (z.B. Nachhilfe, Musikschulen, Sprachkurse). Zum anderen sind es die Bildungsangebote der Jugendarbeit, von Vereinen, Verbänden und kulturellen Einrichtungen, die im Gegensatz zum Bildungsangebot der Schule ihre Stärken in der Förderung der sozialen, politischen und ästhetisch-expressiven bzw. personalen Kompetenzen der Heranwachsenden haben. Weitere wichtige Lernwelten, die über die gesamte Schulzeit eine zentrale Rolle im Alltagsleben der meisten Kinder und Jugendlichen einnehmen, sind die Gleichaltrigen-Gruppen und die Medien. Die Gleichaltrigen-Gruppen stellen einen spezifischen Lern- und Erfahrungsraum für Heranwachsende dar, deren Potenziale vor allem im Bereich der Förderung der sprachlich-kommunikativen, der sozialen und der Selbstkompetenzen liegen. Im rezeptiven, vor allem aber im aktiven Umgang mit Medien erwerben Heranwachsende beiläufig bzw. absichtsvoll gezielt technische Fertigkeiten, kulturelles Wissen sowie Orientierungen zur Entwicklung von Persönlichkeits- und Lebenskonzepten. Beide Lernwelten haben aber auch ihre problematischen Schattenseiten (z.B. Mitgliedschaft in aggressiven Straßencliquen, exzessiver Medienkonsum), die sich auf gelingende Bildungsprozesse eher negativ auswirken können.“*²⁷³

524) Der Bericht betont, dass man relativ wenig darüber weiß, wie der Kompetenzerwerb im Zusammenspiel mit den unterschiedlichen Lernwelten und Bildungsorten erfolgt. Vergleichsweise gut untersucht sei allein, wie bereits oben dargestellt, der Zusammenhang zwischen familialen Lebenslagen und schulischen bzw. außerschulischen Bildungsprozessen. *„Dabei zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringen ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen (z.B. Arbeiterfamilien, Familien mit Migrationshintergrund, von Armut betroffene Familien) in doppelter Weise benachteiligt sind: Sie haben nicht nur die schlechteren schulischen Bildungschancen, sondern auch weniger Zugänge und Möglichkeiten zum außerschulischen Bildungserwerb in der Welt der Vereine, der Jugendverbände und der Kulturarbeit, der kulturellen Freizeitpraxen sowie der Medien.“*

525) Zugleich deuten die bislang vorliegenden Studien z. B. zum Erwerb mathematischer sowie von Lese- und Beteiligungskompetenzen darauf hin, dass diese wesentlich auch von den außerschulischen Bildungsorten und Lernwelten beeinflusst werden.²⁷⁴

526) Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zieht aus diesen Einsichten den Schluss, dass *„neben der schulischen Bildung auch den Orten der außerschulischen Bildung und anderen Lernwelten ein viel größerer Stellenwert zukommt, als er ihnen in der bisherigen bildungspolitischen Diskussion eingeräumt wird, und dass sich im Rahmen neuer vernetzter ganztägiger Bildungslandschaften vor allem die Herausforderung stellt, kumulative Benachteiligungseffekte in Bildungsprozessen zu überwinden.“*²⁷⁵

²⁷³ Deutscher Bundestag 2005, S. 161

²⁷⁴ ebd., S. 162

²⁷⁵ ebd.

3.4.4.12 Jugendsozialarbeit an Schulen – JaS

527) Im Gegensatz zur gebundenen und offenen Ganztagschule, die in der Verantwortung der Schule angeboten werden, ist die Jugendsozialarbeit an Schulen erstens eine Leistung der Jugendhilfe, also in der Verantwortung der Jugendämter und zweitens ein ergänzendes Angebot der Jugendhilfe. Sie bietet für diejenigen, deren Förder- und Unterstützungsbedarf nachweislich am größten ist, durch die enge Zusammenarbeit mit der Schule einen wichtigen Arbeitsansatz, der verstetigt und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden sollte.

528) In Abgrenzung zu den Maßnahmen der schulbezogenen Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII richtet sich die Jugendsozialarbeit an Schulen an sozial benachteiligte junge Menschen, für die, wie auch insbesondere in den Kapiteln 3.5 E und 3.12 L gezeigt, es von herausragender Bedeutung ist, gezielt in den Blick genommen zu werden, um adäquate Bildungschancen nutzen zu können.

529) Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS), die in Bayern seit 2000 durchgeführt wird, arbeitet auf der Grundlage des § 13 SGB VIII und erfordert eine verbindlich vereinbarte, partnerschaftliche Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule. Dieses Angebot vorrangig auf den Ausgleich sozialer Benachteiligungen und die Überwindung individueller Beeinträchtigungen in der Schule. Sie ist eine Jugendhilfemaßnahme im System der Schule, eigenständig in der Zielsetzung und im methodischen Vorgehen, aber in enger Kooperation mit der Schule und deren Zielsetzung.

530) Für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern öffnet JaS Zugänge zum Leistungsspektrum der Jugendhilfe und erweitert die präventiven und integrativen Handlungsmöglichkeiten. Sie soll junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und fördern. Vor allem bei schwierigen sozialen und familiären Verhältnissen sollen dadurch die Chancen junger Menschen auf eine eigenverantwortliche, sozialverträgliche Lebensgestaltung und einen erfolgreichen Schulabschluss und gelingenden Übergang in den ersten Arbeitsmarkt verbessert werden.

531) Jüngere Beschlüsse des Bayerischen Landtags haben zum Ziel, dass der vom Kabinett im März 2002 beschlossene Ausbau von 350 Stellen an bis zu 500 Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen bereits zum Schuljahresbeginn 2009/2010 erreicht werden soll. Das Programm ist bislang auf Hauptschulen, die Hauptschulstufen der Förderschulen (Sonderpädagogische Förderzentren und Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen) und die Berufsschulen konzentriert, da an diesen Schultypen der höchste Förderbedarf besteht.

532) Die bisherigen Erfahrungen mit diesem Angebot sind positiv. *„Die Motivation der Schülerinnen und Schüler konnte durch die sozialpädagogischen Leistungen um 74 % gesteigert, das Gewaltpotential an Schulen um 52 % reduziert und der Übergang in den Arbeitsmarkt bei 45 % der Schülerinnen und Schüler unterstützt werden.“*²⁷⁶

²⁷⁶ Die Ergebnisse stammen aus einer Befragung der Jugendämter im Jahr 2000, die das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen während der Modellphase durchführen ließ.

533) Die Grundlagen und Voraussetzungen, damit JaS gelingt, liegen in der von Jugendhilfe und Schule vor Ort erstellten Kooperationsvereinbarung und der gemeinsamen Anstrengung, die konzeptionellen Vorgaben der Förderrichtlinie im Schulalltag umzusetzen. Von Seiten des Bayerischen Landesjugendamtes wurde hierzu eine Fortbildungskonzeption erarbeitet, die maßgeblich dazu beiträgt, das Profil der JaS zu schärfen, die Aufgaben, Kompetenzen und Rollenerwartungen zu klären, den Erfahrungsaustausch zu fördern und tragfähige Kooperationsformen zu entwickeln.

534) JaS als eine erkennbare und unterscheidbare Leistung der Jugendhilfe in der Schule und mit der Schule zu konzipieren und umzusetzen, erfordert von den sozialpädagogischen Fachkräften neben persönlichen und sozialen Kompetenzen ein sehr hohes Maß an Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten im Bereich der Jugendhilfe. Eine weitere Voraussetzung ist die Bereitschaft zur Kooperation nicht nur mit Schule, sondern vor allem auch mit den Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe.

535) Die Fortbildungskonzeption besteht deswegen aus folgenden Bausteinen:²⁷⁷

- Grundkurs für alle sozialpädagogischen Fachkräfte des Förderprogramms JaS
- Modul in der Fortbildung aller neu berufenen Schulleitungen und Schulrätinnen / Schulräte an Volks- und Förderschulen der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP),
- Tandem-Aufbaukurse gemeinsam für JaS-Fachkräfte und Lehrkräfte, die an einer Schule tätig sind,
- Ausbildung von JaS-Coaches (Tandem von JaS-Fachkräften und Lehrkräften, die den Erfahrungsaustausch in der Region koordinieren und gestalten),
- Jährliche interdisziplinäre Fachtagung.

Literatur

Aram, E./Mücke, St./Tamke, F.: Jugendliche zwischen Entwicklung und Entfaltung. Stabilität und Veränderung von Orientierungsmustern im Längsschnitt. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 6 (2003), S: 571-589.

Bayerischer Jugendring: Gautinger Erklärung: Außerschulische Jugendbildung - ein vergessenes Thema der aktuellen Bildungspolitik? (BJR-Hauptausschussbeschluss 2003)- Verfügbar über: http://www.bjr.de/service/jugendarbeit.php?rubrik_id=272&detail_id=1331 [15.12.2007]

Bayerischer Landtag: Interpellation „Bei uns hat Jugend Zukunft – Gerech ist: eine zukunftsfähige Bildung und berufliche Ausbildung in Bayern“. Landtagsdrucksache 15/8845 Verfügbar über: <http://www.bayern.landtag.de/dokumente.suche.jsp> [23.04.2008]

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Bayerische Schulen im Schuljahr 2006/2007. Eckzahlen sämtlicher Schularten nach kreisfreien Städten und Landkreisen. Stand: Herbst 2006. Statistische Berichte Kennziffer B I/II 1 j 2006. München, Oktober 2007. Verfügbar über: <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/download/B0100C%20200600/B0100C%20200600.pdf> [24.04.2008]

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Studenten an den Hochschulen in Bayern. Sommer 2007. Statistische Berichte Kennziffer III 1-1 hj 1/07. Verfügbar über: <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/download/B3110C%20200721/B3110C%20200721.pdf> [28.04.2008]

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Schule und Bildung in Bayern 2007. Statistische Übersichten. Verfügbar über: http://www.km.bayern.de/imperia/md/content/pdf/schulen/statistik/schuleundbildung2007/schule_und_bildung_in_bayern_2007.pdf [31.12.2007]

Beher, K./Rauschenbach, Th.: Die offene Ganztagsgrundschule in Nordrhein-Westfalen. Ein gelungenes Zusammenspiel von Schule und Jugendhilfe? In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 9 (2006), S. 51-66.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh 2005.

Breidenstein, G: Teilnahme am Unterricht. Ethnographische Studien zum Schülerjob. Wiesbaden 2006.

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK): Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland (Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 115). Bonn, BLK-Geschäftsstelle 2004. Verfügbar unter: http://www.bmbf.de/pub/strategie_lebenslanges_lernen_blk_heft115.pdf [15.12.2007]

Bundesjugendkuratorium: Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte. Gemeinsame Erklärung des Bundesjugendkuratoriums, der Sachverständigenkommission des Elften Kinder- und Jugendberichts und der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) 2002. Zugänglich über: <http://www.bundesjugendkuratorium.de/> [04.04.2008]

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn, Berlin, BMBF 2007. Verfügbar über: <http://www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=02401> [13.12.2007]

Deutscher Bundestag: Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. BT 15/6014 vom 10.10.2005. Berlin 2005.

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen 2002.

Düx, W./Prein, G. /Sass, E./Tully, C. J.: Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. Wiesbaden 2008.

Fend, Helmut: Theorie der Schule. Weinheim & Basel 1981 2. Durchgesehene Auflage).

Fend, H.: Theorie der Schule. Weinheim & Basel 1981 2. Durchgesehene Auflage).

Fend, H.: Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen. Wiesbaden 2006.

Gaupp, N./Braun, F.: Schulschwänzen, Problembelastungen und Übergangsverläufe von der Schule in die Berufsausbildung. In: Dessecker, A. (Hrsg.): Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität (Schriftenreihe der Kriminologischen Zentralstelle, Bd. 50). Wiesbaden, KrimZ 22007, S. 99-118.

Klemm, K. (2007). Vom Luxus langen Lernens. Wie viel Lebenszeit darf ein Mensch für Bildung verwenden? DIE ZEIT, Nr. 32, S. 56 (02.08.2007).

Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland. Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld, Bertelsmann 2006. Verfügbar über: <http://www.bildungsbericht.de/> [15.10.2007]

Leschinsky, A.: Das pädagogische „Schisma“ – Wege zu einer Klärung. In: Zeitschrift für Pädagogik 49 (2003), S. 855-869.

Lüders, Chr: Entgrenzt, individualisiert, verdichtet. Überlegungen zum Strukturwandel des Aufwachsens. In: SOS Dialog. Fachmagazin des SOS Kinderdorf e.V. 2007, S. 4-9.

Münchmeier, R./Otto, H.-U./Rabe-Kleberg, U. (Hrsg. im Auftrag des Bundesjugendkuratoriums): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben. Opladen 2002.

Overwien, B.: Stichwort: Informelles Lernen. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 8 (2005), S. 339-335.

Otto, H.-U./Rauschenbach, Th. (Hrsg.): Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen. Wiesbaden 2004.

PISA-Konsortium Deutschland (Prenzel, M./Baumert, J./Blum, W./Lehmann, R./Leutner, D./Neubrand, M./Pekrun, R./Rost, J./Schiefele, U.) (Hrsg.): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und was können Jugendliche?. Münster, New York, München & Berlin 2005.

PISA-Konsortium Deutschland (Prenzel, M./Artelt, C./Baumert, J./Blum, W./Hamann, M./Klieme, E./Pekrun, R.) (Hrsg.): Zusammenfassung PISA 2006. Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Verfügbar über: http://pisa.ipn.uni-kiel.de/zusammenfassung_PISA2006.pdf [26.12.2007]

Pröll, R. (Hrsg.): Bildung ist mehr! Die Bedeutung der verschiedenen Lernorte. Konsequenzen aus der PISA-Studie zur Gestaltung der Jugendhilfe in einer kommunalen Bildungslandschaft. Nürnberg 2003.

Rauschenbach, Th./Düx, W./Sass, E. (Hrsg.): Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte. Weinheim 2006.

Sardei-Biermann, S.: Soziale Nahwelt und Lebensverhältnisse in subjektiver Einschätzung. In: Gille, M./Sardei-Biermann, S./Gaiser, W./de Rijke, J.: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- 29-Jähriger. Wiesbaden 2006, S. 87-130.

Schnabel, K. U./Schnippert, K.: Schichtenspezifische Ein-

flüsse am Übergang auf die Sekundarstufe II. In: Baumert, J./Bos, W./Lehmann R. (Hrsg.): TIMSS/ III. Dritte Internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie. Mathematische und naturwissenschaftliche Bildung am Ende der Schullaufbahn. Bd. 1, Opladen 2000, S. 261 – 267.

Schreiber-Kittl, M./Schröpfer, H. Abgeschrieben? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Schulverweigerer. München 2002.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/Main 2006.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. 2005/2005. Wiesbaden, April 2007. Verfügbar über: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKultur/Content75/AusgabenBudget_Pdf.property=file.pdf [27.12.2007]

STEG – Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen: Rückmeldung zentraler Ergebnisse für Bayern im Rahmen der ersten Erhebungswelle. Ohne Jahr. Verfügbar über: <http://www.ganztagschulen.ayern.de/userfiles/Steg-Bayern.pdf> [23.04.2008]

World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.): Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie (Konzeption & Koordination: Hurrelmann, K./Andresen S. & TNS Infratest Sozialforschung). Frankfurt/Main 2007.

3.5 E. Junge Menschen in Ausbildung und Beruf

536) Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und anschließend von der Berufsausbildung in ein gesichertes Arbeitsverhältnis zählt zu den wichtigsten biografischen Ereignissen im Leben eines jungen Menschen. Das Gelingen dieser Aufgabe entscheidet weithin über den Aufbau einer eigenen Identität „als Erwachsener“ und die wirtschaftlichen Grundlagen einer eigenständigen Lebensführung. In der subjektiven Einschätzung wichtiger Lebensziele spielt dieser Übergang eine herausragende Rolle. Der Mehrzahl der jungen Menschen gelingt er auch. Gleichwohl überlagert die Sorge vor dem Misslingen dieser Lebensphase das Lebensgefühl eines großen Teils der jungen Generation und reicht weit in die betroffenen wie nicht betroffenen Familien hinein.

537) Jugendpolitik für sich ist darauf angewiesen, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Vorbereitung und zum Eintritt in das Erwerbsleben für die nachwachsende Generation ausreichend sind. Probleme in den Übergängen erfordern konkrete unterstützende Maßnahmen für die jungen Menschen, die alleine mit ihrer Bewältigung überfordert wären. Sie betreffen sowohl ihre qualifikatorischen Voraussetzungen wie auch ihre Persönlichkeitsentwicklung.

3.5.1 Rahmenbedingungen

3.5.1.1 Erwerbstätigkeit junger Menschen in Bayern

538) Im Jahresdurchschnitt 2006 waren in Bayern insgesamt 263.000 Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren erwerbstätig (Erwerbstätigenquote: 36,1 %), davon 117.000 erwerbstä-

tige junge Frauen (Erwerbstätigenquote: 32,4 %) und 147.000 erwerbstätige junge Männer (Erwerbstätigenquote: 39,9 %). Der Anteil der jungen Frauen an allen Erwerbstätigen dieser Altersgruppe in Bayern belief sich auf 44,4 %, bei den jungen Männern lag der entsprechende Wert bei 56,6 %.²⁷⁸

539) In der Altersgruppe der 20- bis 25-jährigen waren in Bayern im Jahresdurchschnitt 2006 insgesamt 482.000 Jugendliche erwerbstätig (Erwerbstätigenquote: 66,6 %), davon 230.000 Frauen (Erwerbstätigenquote: 64,8 %) und 252.000 Männer (Erwerbstätigenquote: 68,3 %). Der Anteil der jungen Frauen an allen jungen Erwerbstätigen in Bayern belief sich auf 47,7 %, bei den jungen Männern lag der entsprechende Wert bei 52,3 %.²⁷⁹

540) Die Erwerbsbeteiligung der jungen Menschen hat sich in den vergangenen Jahren folgendermaßen verändert: 1997 lag die Erwerbstätigenquote der 15 bis 20 Jahre jungen Menschen bei insgesamt 38,1 %. Hierbei waren 33,9 % junge Frauen und 42,2 % junge Männer erwerbstätig. Bei den 20- bis 25-Jährigen lag die Erwerbstätigenquote 1997 bei 69,7 %. Der weibliche Anteil dieser Altersgruppe lag bei 66,5 %, der männliche Anteil bei 72,8 %.²⁸⁰

541) Wie die aufgezeigten Daten erkennen lassen, gibt es nach Geschlechtern betrachtet deutliche Abweichungen. Es zeigt sich jedoch der Gesamttrend, dass die Erwerbstätigkeit beider Altersgruppen im längerfristigen Trend zugunsten einer erhöhten Schulbesuchsquote abnimmt,²⁸¹ während im selben Zeitraum die Gesamtzahl der jungen Menschen dieser Altersgruppen um rund 10 % gestiegen ist.

542) Unter regionalen Gesichtspunkten besteht im Gesamttrend innerhalb Bayerns in der Regel sowohl ein Nord-Süd-Gefälle als auch – überlagernd - ein Ost-West-Gefälle. Hierbei sind die südlichen Regierungsbezirke einem positiven, der Nordosten Bayerns dagegen einem negativen Trend ausgesetzt.²⁸²

543) Einige Regionen ragen hierbei besonders hervor, wie zum Beispiel der östliche Teil der Region München und die Region Landshut (Auswirkungen des Flughafens München), andere erweisen sich als besonders problematisch, wie zum Beispiel das nördliche Oberfranken (insbesondere die Stadt Hof).

278 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Statistische Berichte, Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2006, unter: <https://www.e-statistik.eu/veroeffentlichungen/webshop/download/A6202C%20200600/A6202C%20200600.xls>

279 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Statistische Berichte, Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2006, unter: <https://www.e-statistik.eu/veroeffentlichungen/webshop/download/A6202C%20200600/A6202C%20200600.xls>

280 Klaus Kortmann / Monika Pupeter: Infratest Burke Sozialforschung, Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998 unter: <http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/anlage03.pdf> [Tabelle 3-9b: Erwerbstätigenquote nach Alter und Geschlecht in Bayern und den alten Bundesländern 1997]

281 Mikrozensus 2003 im Vergleich zu 1977

282 Beschäftigungssystem, unter: [http://www.stmwfk.bayern.de/downloads/eu_Operationelles%20ESF-Programm%20Bayern%202007-2013%20\(Entwurf\).pdf](http://www.stmwfk.bayern.de/downloads/eu_Operationelles%20ESF-Programm%20Bayern%202007-2013%20(Entwurf).pdf)

3.5.1.2 Jugendarbeitslosigkeit

544) Die Arbeitslosenquote stellt sich bei den jungen Menschen derselben Altersgruppe im Wesentlichen spiegelbildlich zur Erwerbstätigkeit dar.

545) Im Jahresdurchschnitt 2007 waren in Bayern 41.003 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos (Veränderung gegenüber Vorjahr: - 28,0 %), im Bundesgebiet insgesamt 404.911 (Veränderung gegenüber Vorjahr: - 22,6 %). Dies entspricht in Bayern einer Arbeitslosenquote bei den unter 25-jährigen von 5,2 % (Vorjahreswert: 7,1 %),²⁸³ im Bundesgebiet von 8,5 % (Vorjahr 10,8 %).²⁸⁴ Damit waren die spezifischen Arbeitslosenquoten geringfügig günstiger als die Arbeitslosenquote insgesamt – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (Jahresdurchschnitt 2007 in Bayern 5,3 %, im Bund 9,0 %).²⁸⁵ Die Differenz entspricht einem langjährigen Trend, wonach die Arbeitslosigkeit in Bayern generell (zusammen mit Baden-Württemberg) deutlich geringer ausfällt als im übrigen Bundesgebiet.

546) Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Arbeitslosenzahlen der 20- bis 24-Jährigen seit 1990 deutlich höher liegen als die der unter 20-Jährigen. So liegt 2007 in Bayern die altersspezifische Arbeitslosenquote bei den unter 20-Jährigen bei 3,7 %. Bei den 20- bis 25-Jährigen liegt diese hingegen bei 5,2 %. Hierbei wirken im Wesentlichen zwei Faktoren zusammen: die höhere Schulbesuchsquote führt zu einem späteren Übertritt in das Ausbildungssystem, gleichzeitig fällt der Übertritt vom Ausbildungssystem in die Berufstätigkeit in höherem Umfang in die Altersgruppe der 20- bis 25-Jährigen; spätestens in dieser Altersgruppe werden dann die Vermittlungsprobleme auf einen der Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz spürbar (Übernahmequote nach Abschluss der betrieblichen Ausbildung 2005 in Bayern bei rund 57 %).²⁸⁶

547) Im Jahre 2007 machte sich die Steigerung des Wirtschaftswachstums erstmals seit vielen Jahren auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Einzelne Wachstumsbranchen (insbesondere Metallbereich, Maschinenbau) klagen wieder über Facharbeitermangel. Der positive gesamtwirtschaftliche Trend wird auch einem großen Teil der jungen Generation zugute kommen, vorausgesetzt

- sie leben in einer Wachstumsregion oder ziehen dorthin,
- sie haben einen aktuell nachgefragten Beruf erlernt.

Weiterhin und vermutlich auch nachhaltig kritisch bleibt die Situation für junge Menschen,

- die wenig mobil sind oder sein können,

283 http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200712/iiia4/akt_dat_jzd.pdf

284 Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, unter: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/monat/200712.pdf>

285 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, detaillierte Informationen zum Arbeitsmarkt, unter: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html>

286 Deutsches Jugendinstitut: Schule – was dann? Junge Frauen und Männer in Bayern. Bericht für die Kommission für Mädchen- und Frauenarbeit des Bayerischen Jugendrings. 30.01.07 München unter: http://www.dji.de/dasdji/thema/0703/bayern_folien.pdf

- die sozial benachteiligt sind,
- die keinen schulischen Abschluss bzw. keine Berufsausbildung vorweisen können oder
- deren Berufsausbildung in einer nicht prosperierenden Branche stattfand.

548) Über die Verteilung der Arbeitslosenzahlen auf die grundständigen Bildungsabschlüsse liegen, wie bei der Verteilung der erwerbstätigen Jugendlichen nach Bildungsabschlüssen, leider keine konkreten Zahlen für die unter 25-Jährigen vor.

549) Es zeigt sich jedoch, dass Personen ohne Bildungsabschluss mit einem erheblich höheren Anteil erwerbslos sind als Personen mit einem Bildungsabschluss, oder Personen ohne beruflichen Abschluss im Durchschnitt erheblich länger arbeitslos sind als Personen mit einem beruflichen Abschluss. So waren 2006 von den Erwerbspersonen ohne Ausbildung 16 % erwerbslos, bei denjenigen mit Ausbildung belief sich der entsprechende Anteil nur auf 6 %.²⁸⁷

550) Unabhängig von sonstigen berufsqualifizierenden Merkmalen wird deutlich, dass in der Gesamttendenz gilt: Je höher der formale Bildungsabschluss, desto geringer das Risiko der Arbeitslosigkeit.

551) Die Wirksamkeit branchenspezifischer Impulse auf den Arbeitsmarkt und die Chancen der jungen Männer werden im Vergleich zwischen 2005 und 2007 deutlich: Betrug das Verhältnis arbeitslos gemeldeter junger Männer bzw. junger Frauen unter 25 Jahre 2005 noch 58,2 % zu 41,8 %, so hatte es sich im Jahr 2007 auf 54,2 % zu 45,8 % angenähert.²⁸⁸ Die Geschlechterdifferenz bei den unter 20-Jährigen wies dabei schon 2005 kaum Unterschiede auf.

552) Besonderes Augenmerk ist auf die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit (6 Monate und länger) junger Menschen in Bayern zu richten. Im Jahresdurchschnitt 2007 waren insgesamt 7.696 junge Menschen unter 25 Jahren als Langzeitarbeitslose gemeldet. Der Anteil an allen unter 25-jährigen Arbeitslosen belief sich damit auf 18,8 %.²⁸⁹

553) Nach den Beobachtungen der Träger von Maßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit gehen zwischen 5 % und 20 % der jugendlichen Arbeitslosen als Langzeitarbeitslose in die Volljährigkeit hinein. Die Spannweite erklärt sich durch unterschiedliche statistische Erfassung seitens der Träger, aber auch durch erhebliche regionale Streuungen und maßnahmenspezifische Faktoren. Dahinter verbergen sich jedoch viele Einzelschicksale nachhaltiger gestörter Lebensperspektiven.²⁹⁰

287 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Statistische Berichte, Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2006. Vgl. hierzu auch Hinz Th., Zerger F, Groß J.: Neuere Daten und Analysen zur Bildungsarmut in Bayern. Vollständiger Bericht November 2004, unter: <http://www.christine-kamm.de/Studie%20Bildungsarmut.pdf#search=%22Bildungsarmut%22>

288 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, detaillierte Informationen zum Arbeitsmarkt, unter: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html>; eigene Berechnungen; Vergleich mit den beiden Vorjahren aufgrund fehlender Angaben der zugelassenen kommunalen Träger nicht möglich.

289 ebd.

290 Vgl. hierzu auch: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozial-

554) Tendenziell gilt, dass gering qualifizierte Jugendliche vom Aufwärtstrend kaum profitieren.

555) Es überrascht nicht, dass auch hierbei starke regionale Unterschiede, wie sie im vorigen Unterabschnitt bereits angedeutet wurden, bestehen. So streut die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen in Bayern im Jahresdurchschnitt 2007 zwischen 2,2 % im Landkreis Eichstätt und 13,0 % in der kreisfreien Stadt Weiden in der Oberpfalz (2006: Niedrigste Quote mit 4,0 % im Landkreis München, höchste Quote mit 15,9 % in der Stadt Coburg).²⁹¹

556) Für junge Menschen mit Migrationshintergrund lässt sich als allgemeiner Trend feststellen, dass belastende Faktoren wie Arbeitslosigkeit um den 2- bis 3-fachen Faktor höher liegen als bei der deutschen Vergleichsgruppe.²⁹²

557) Der demografische Wendepunkt 2006/2007 ist hierbei noch nicht erfasst: Die Bevölkerungsprognose markiert für die hier bedeutsame Altersgruppe der 16- bis unter 19-jährigen einen kontinuierlichen zahlenmäßigen Rückgang von derzeit rund 450.000 Jugendlichen auf rund 320.000 Jugendliche im Jahr 2030 (nach Zuwächsen in den vergangenen zehn Jahren in etwa der gleichen Größenordnung).²⁹³ Es ist davon auszugehen, dass die demografischen Entwicklungen die regionalen Wirtschaftsräume in Bayern nach beiden Richtungen überlagern können. So wird in den kommenden Jahren in Bayern regionale strukturelle Arbeitslosigkeit neben strukturell, ggf. auch demografisch bedingtem Fachkräftemangel bestehen. Ausschließlich global orientierte Steuerungsinstrumente werden dieser Entwicklung nicht (mehr) gerecht werden können.

558) Die Ausweitung so genannter einfacher Tätigkeit wie zum Beispiel Saisonarbeit (Erntehelfer) oder Arbeitsgelegenheiten vermag auch die Jugendarbeitslosigkeit zeitlich begrenzt etwas zu reduzieren. Sie können sich aber auch als berufliche Sackgassen erweisen, aus denen heraus eine zukunftsfähigere berufliche Perspektive nicht mehr gelingt.

3.5.1.3 Berufsausbildung

559) Die berufliche Ausbildung verläuft in zwei grundsätzlich voneinander zu unterscheidenden Ausbildungswegen:

560) Im dualen System erfolgt die Ausbildung schwerpunktmäßig in den von Unternehmen bereitgestellten Ausbildungsplätzen im Betrieb, ergänzt durch schulische Ausbildungsteile (Berufsschulen) im wöchentlichen Turnus oder in Blockbeschulung. Die betrieblichen Ausbildungsteile dienen vor allem der berufspraktischen Aneignung der notwendigen

ordnung, Familie und Frauen (Hg.): Ergebnisse einer Befragung der Träger der Berufsbezogenen Jugendhilfe/Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit. Befragungszeitraum 06-07/2005. Manuskript. http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/jahr/arbeitsmarkt_2006_gesamt.pdf

291 Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen - Arbeitslosenquoten -, Monats-/Jahreszahlen 2006

292 Vgl. hierzu auch Kapitel 3.12 L

293 Vgl. Birmann, Volker: Bevölkerungsentwicklung in Bayern bis 2050 - Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. In: Bayern in Zahlen 4/2007, S. 133 - 141.

Fertigkeiten und Kenntnisse, während die schulischen Ausbildungsteile schwerpunktmäßig der fachtheoretischen und allgemeinen Ausbildung gewidmet sind. Bezogen auf die Berufsfelder findet vor allem die Ausbildung in den handwerklichen, industriellen und kaufmännischen Berufen im dualen System statt.

561) In den Berufsfachschulen erfolgt die Ausbildung in schulischer Form, die durch Praktika in ausgewählten Einrichtungen und Betrieben ergänzt wird. Berufsfeldbezogen sind in dieser Ausbildungsform vor allem die sozialpädagogischen und sozialpflegerischen Berufe sowie nichtakademische Heilberufe organisiert. An wenigen Standorten gibt es auch ein Angebot für spezialisierte technische Berufe.

562) Dieses Ausbildungssystem hat sich dem Grunde nach – auch im europäischen Vergleich – in qualitativer Hinsicht bewährt. Gemeinsam ist diesen beiden Ausbildungsformen, dass qualifikatorische Defizite aus dem Abschluss der allgemein bildenden Schulen die individuellen Erfolgsaussichten dieser Ausbildungsformen erheblich beeinträchtigen.

563) Zum Stichtag 31.12.2006 gab es in Bayern insgesamt 257.995 Auszubildende im dualen System, darunter 40,4 % Frauen und 4,1 % Ausländer.²⁹⁴

564) Nach Ausbildungsbereichen ergibt sich für das duale System folgendes Bild (2006):²⁹⁵

- In Industrie und Handel 136.194 Auszubildende (52,8 % Anteil an den Auszubildenden in Bayern insgesamt), Frauenanteil 40,9 %, Ausländeranteil 3,9 % (jeweils im Ausbildungsbereich insgesamt);
- im Handwerk 87.840 Auszubildende (34,0 %), Frauenanteil 24,0 %, Ausländeranteil 3,9 %;
- in der Landwirtschaft 5.297 Auszubildende (2,1 %), Frauenanteil 22,9 %, Ausländeranteil 0,4 %;
- in öffentlichen Diensten 3.965 Auszubildende (1,5 %), Frauenanteil 61,1 %, Ausländeranteil 1,7 %;
- in der städtischen Hauswirtschaft 1.177 Auszubildende (0,5 %), Frauenanteil 95,8 %, Ausländeranteil 3,0 %;
- in freien Berufen 23.522 Auszubildende (9,1 %), Frauenanteil 96,0 %, Ausländeranteil 7,7 %.

Innerhalb der einzelnen Ausbildungsbereiche haben sich die Anteile seit 1977 zum Teil gravierend verändert: Während die Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel um 10,4 % und bei den freien Berufen um 39,8 % zunahm, verringerte sie sich im Handwerk um 33,6 %, in der Landwirtschaft um 60,2 %. Im selben Zeitraum hat sich der Anteil der Frauen an den Auszubildenden in den öffentlichen Diensten mehr als verdoppelt. Der Wegfall industrieller Ausbildungsplätze wurde offensichtlich durch die Zunahme in den kaufmännischen Berufen mehr als kompensiert.

²⁹⁴ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Berufsbildung in Bayern, Stand 31. 12.2006, unter: <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/download/B2800C%20200600/B2800C%20200600.pdf>; „Ausländer“ hier verstanden als Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

²⁹⁵ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Berufsbildung in Bayern, Stand 31. 12.2006, unter: <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/download/B2800C%20200600/B2800C%20200600.pdf>

565) Für Bayern errechnet sich zum Stichtag 30.06.2005 eine seit 2001 nahezu konstante Ausbildungsquote von 5 % an allen Beschäftigten (Durchschnitt westdeutsche Länder: 4 %; Durchschnitt ostdeutsche Länder: 6 %), mit relativ höherem Anteil in Betrieben mit 5 bis 99 Beschäftigten. Bei ansonsten unveränderter Ausbildungsquote ging die Zahl der Auszubildenden in Nordbayern zurück und stieg etwa in demselben Umfang in Südbayern an, dem allgemeinen Trend folgend.²⁹⁶

566) 2006 wurden in Bayern 93.723 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Davon 51.877 (55,4 %) in Industrie und Handel und 30.159 (32,2 %) im Handwerk. Insbesondere die Berufsausbildung im gewerblichen und kaufmännischen Bereich gilt als wesentliches Angebotsfeld für Jugendliche, welche die Schulzeit mit einem Hauptschul- oder mittlerem Schulabschluss beenden. Von den abgeschlossenen Verträgen in Industrie und Handel entfielen 32 % auf Bewerber mit Hauptschul-, 42 % mit mittlerem Abschluss,²⁹⁷ 10 % mit Hochschul-/Fachhochschulreife und 1 % auf junge Menschen ohne Hauptschulabschluss. Im Handwerk entfielen 61 % der neuen Ausbildungsverträge auf Bewerber mit Hauptschul-, 20 % mit mittlerem Abschluss, 3 % mit Hochschul-/Fachhochschulreife und immerhin noch 6 % ohne Hauptschulabschluss.²⁹⁸

567) Als besorgniserregend stellt sich die hohe Zahl der vorzeitigen Ausbildungsvertragslösungen dar: 2006 wurden 16.270 Ausbildungsverträge gelöst (leicht rückläufig gegenüber Vorjahren), das entspricht immerhin einem Anteil von rund 6 % aller Auszubildenden, aber rund 17 % Anteil an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen.²⁹⁹

568) Lt. Berufsbildungsbericht 2006³⁰⁰ handelt es sich bei den Vertragslösungen in der Regel nicht um endgültige Ausbildungsabbrüche, in der Mehrzahl der Fälle wird vielmehr nur der Ausbildungsberuf oder der Ausbildungsbetrieb gewechselt. Gelingt dieser Wechsel nicht, steigt das Risiko der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch an.

569) Auch die Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen kann nicht zufrieden stellen: 2005 bestanden im Bereich der Handwerkskammern von 26.861 Prüfungsteilnehmern 18,3 %, im Bereich der Industrie- und Handelskammern von 48.617 Prüfungsteilnehmern 9,4 % die Abschlussprüfung nicht. Junge Frauen und junge Männer weisen bei den IHK-Prüfungen annähernd gleiche Erfolgsquoten auf (rund 90 %), im bayerischen Handwerk liegt die Erfolgsquote insgesamt

²⁹⁶ INIFES, Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie, GmbH, Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2005, unter: <http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/betpan05.pdf>

²⁹⁷ „Mittlerer Abschluss“ enthält hier sowohl den Realschulabschluss als auch die M-Züge der Hauptschulen.

²⁹⁸ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Berufsbildung in Bayern, Stand 31. Dezember 2006, unter: <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/download/B2800C%20200600/B2800C%20200600.pdf>; eigene Berechnungen.

²⁹⁹ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Berufsbildung in Bayern, Stand 31. Dezember 2006, unter: <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/download/B2800C%20200600/B2800C%20200600.pdf>

³⁰⁰ Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2006, Bonn, Berlin 2006, unter: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2006.pdf

niedriger und beträgt bei den jungen Männern 80,4 %, bei den jungen Frauen 85,6 %.³⁰¹

570) Die Befunde über die Ausbildungsabbrüche und die Ausbildungserfolgsquote legen einen erheblichen Handlungsbedarf nahe. Dabei müssen folgende Ursachenkomplexe angegangen werden:

- Nicht ausreichende Grundqualifikationen, die die jungen Menschen nach Absolvierung der Pflichtschule mitbringen; hierzu können im Einzelfall auch im Laufe der Entwicklung aufgebaute Defizite in der Leistungsbereitschaft zählen;
- Vermittlung in Ausbildungsberufe, die tatsächlich nicht den beruflichen Interessen und den Fähigkeiten der jungen Menschen entsprechen;
- Qualität und Breite der Ausbildung selbst, die insbesondere in kleineren Betrieben nicht immer sichergestellt werden kann.

571) Grundsätzlich kann in Bayern von einer hohen Versorgung mit Ausbildungsplätzen ausgegangen werden. Das Gesamtangebot aller beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten liegt im Jahr 2007 bayernweit über der Gesamtnachfrage, mit den bekannten regionalen Disparitäten. Diesem Angebot stehen aus der Sicht der Jugendlichen allerdings teils hohe Wartezeiten bis zur Erlangung eines Ausbildungsplatzes gegenüber. Aus den vorliegenden Zahlen ergibt sich, dass in einer Größenordnung von 40 % die neu angebotenen Ausbildungsplätze eines Ausbildungsjahrgangs von so genannten Altbewerbern eingenommen werden, d.h. Jahr für Jahr ein zahlenmäßiger Überhang aus Vorjahren die Ausbildungssituation belastet. So stammten im September 2006 63.262 Bewerber für Berufsausbildungsstellen aus dem laufenden Schulabschlussjahr, jedoch 20.334 aus dem Vorjahr und 20.617 aus früheren Jahren. Von den noch nicht vermittelten Bewerbern stammten zum gleichen Zeitpunkt 2.332 junge Menschen aus dem laufenden Schulabschlussjahr, 1.234 aus dem Vorjahr und 1.237 aus früheren Jahren. Es ist anzunehmen, dass sich hier zum Teil qualifikatorische Probleme und regionale Disparitäten überlagern.³⁰²

572) Im Schuljahr 2006/2007 befanden sich in Bayern 437.974 Schüler bzw. Auszubildende in beruflichen Schulen, davon 278.637 (63,6 %) in Berufsschulen, 15.428 (3,5 %) in Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung, 27.199 (6,2 %) in Berufsfachschulen, 26.015 (5,9 %) in Wirtschaftsschulen, 24.847 (5,7 %) in Berufsfachschulen im Gesundheitswesen, 13.070 (3,0 %) in Fachschulen, 33.695 (7,7 %) in Fachoberschulen, 11.480 (2,6 %) in Berufsoberschulen sowie 7.603 (1,7 %) in Fachakademien. Das bedeutet, dass sich 294.065 (67 %) der jungen Menschen in beruflicher Ausbildung befanden und 143.909 (33 %) in einer rein schulischen Berufsausbildung. Insgesamt stiegen die Schülerzahlen bezogen auf das Schuljahr

1996/1997 um 45.110 Schüler bzw. um 11,5 %. 2006/2007 absolvierten 4.644 (83 % männlich) ein Berufsgrundschuljahr und 6.417 (55,8 % männlich) ein Berufsvorbereitungsjahr. An Berufsschulen und Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung gab es 21.603 (60,5 % männlich) Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und 1.883 Praktikanten in EQJ-Maßnahmen.³⁰³

573) Bei einer Zusammenschau legen die einschlägigen statistischen Erhebungen nahe, dass junge Menschen in einer Größenordnung von bis zu 15 % ihrer jeweiligen Altersgruppe bis 25 Jahre ohne Ausbildung bleiben.

574) Auf der positiven Seite der Erfolgsskala stehen die jungen Menschen, die nach bestandener Ausbildung unmittelbar in ein befristetes oder unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen wurden. Dies trifft allerdings durchschnittlich nur auf ca. 55 % der Absolventen zu.³⁰⁴

575) Zur Erleichterung der beruflichen Integration junger Menschen mit Leistungsminderung wurden in den zurückliegenden Jahren vereinfachte bzw. verkürzte Berufsausbildungen eingeführt. Hierzu liegen allerdings noch keine systematischen Erfahrungen vor. Von den potenziellen Ausbildungsbetrieben wurde diese Möglichkeit bisher nach Branchen und Ausbildungsberufen in sehr unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen. Im Bereich der Industrie- und Handelskammern hatten im Jahr 2006 die zweijährigen Ausbildungsberufe einen Anteil von 27 % an allen Ausbildungsverträgen, im Bereich der Handwerkskammern von 1,5 %.³⁰⁵

3.5.1.4 Alternative, arbeitsähnliche Tätigkeiten

576) Neben den jungen Menschen, die einer beruflichen Ausbildung nachgehen, eine weiterführende Schule besuchen oder in berufsvorbereitenden Maßnahmen betreut werden, müssen insbesondere im Hinblick auf künftige Entwicklungen einige Gruppen junger Menschen in das Blickfeld genommen werden, die aus den gängigen Statistiken oftmals heraus fallen. Hierbei geht es um

- die so genannte verdeckte Jugendarbeitslosigkeit; hierbei handelt es sich um junge Menschen, die sich – ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – in „häuslicher Mitarbeit“ befinden, eine Grauzone, in der speziell junge Frauen vermutet werden; genauere Zahlen liegen nicht vor;
- vorübergehende Pflichtdienste: Wehrdienst, Zivildienst (theoretisch ca. 50 % eines Jahrgangs);
- Freiwilligendienste (Bildung, berufliche Orientierung): Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ), Entwicklungsdienst (vgl. hierzu auch Kapitel 3.3 C);

301 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Berufsbildung in Bayern, Stand 31. Dezember 2006, unter: <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/download/B2800C%20200600/B2800C%20200600.pdf>, eigene Berechnungen

302 Bundesagentur für Arbeit, Statistik über „Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach ausgewählten Merkmalen“ Datenstand: 06.10.2006

303 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Berufliche Schulen in Bayern Schuljahr 2006/07, Stand Herbst 2006, unter: <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/download/B2100C%20200600/B2100C%20200600.pdf>, eigene Berechnungen

304 <http://www.bibb.de/de/wlk8458.htm>

305 Bayerischer Landtag, Drs. 15/8845, Seite 15 ff.

- Praktika zur Berufsorientierung, zum Berufseinstieg,³⁰⁶ Auslandsaufenthalte u.ä.

3.5.1.5 Von Arbeitslosigkeit der Eltern betroffene Kinder und Jugendliche

577) Die vorgestellten Gruppen junger Menschen sind nicht nur unmittelbar selbst von Arbeitslosigkeit oder fehlenden Ausbildungsplätzen betroffen, eine zahlenmäßig größere Gruppe von Kindern und Jugendlichen ist mittelbar von der Arbeitslosigkeit der Eltern betroffen, meist verbunden mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an von Armut betroffenen Familien. Generell haben die Kinder von Eltern ohne Berufsausbildung ein erheblich höheres Risiko, ebenfalls keine Ausbildung zu schaffen.³⁰⁷

Exemplarische Zahlen stellen sich wie folgt dar: Im Oktober 2007 gab es in Bayern 136.309 „nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige“ (nach SGB II) unter 15 Jahren, ein Anteil von 7,4 % an allen Kindern bzw. Jugendlichen dieser Altersgruppe. Nach der Leistungslogik handelt es sich um Kinder bzw. Jugendliche, deren Eltern oder andere Personensorgeberechtigten Empfänger von Arbeitslosengeld II (SGB II) oder auch Sozialgeld (SGB XII) sind.³⁰⁸

„Vererbung“ der Arbeitslosigkeit

Wesentliche Merkmale dieser Familiensituation sind die fehlende Förderung (fehlende oder geringe Unterstützung am schulischen Fortkommen), aber auch mangelnde Voraussetzungen bei bildungsfernen Schichten oder unzureichende Wohnsituationen (fehlende Rückzugsmöglichkeit z. B. für die Hausaufgaben oder für konzentrationsabhängige Beschäftigungen).

3.5.1.6 Schulabschluss als *die* Schlüsselfrage

578) Die Situation junger Menschen in Ausbildung und Beruf verdeutlicht den engen Zusammenhang zwischen der Höhe des schulischen Bildungsabschlusses und der positiven Bewältigung des Übergangs von Schule zu Ausbildung und Beruf bereits auf der Ebene der beruflichen Ausbildung. Hauptschulabsolventen konkurrieren auch auf dem Ausbildungsmarkt mit den Absolventen mit mittlerem Schulabschluss bzw. Abitur. Die vielfach zitierte Bedeutung einer qualifizierten Bildung junger Menschen stellt sich für die Betroffenen selbst als Frage nach dem höchst möglichen Schulabschluss dar.

579) In der Wahrnehmung und Einschätzung der Eltern sich die Sorge um einen künftigen sicheren Arbeitsplatz der Kinder bereits in die Grundschulzeit zurückverlagert. Der Übertritt an eine weiterführende Schule (Realschule, Gymnasium)

³⁰⁶ Nach vorgetragenen Berichten der Gewerkschaftsjugend werden unbezahlte Praktika zum beruflichen Einstieg anstelle eines geordneten Anstellungsverhältnisses beobachtet, die in missbräuchlicher Form über Einzelfälle hinausgehen.

³⁰⁷ Vgl. hierzu auch Hinz, Th. et al., a.a.O.

³⁰⁸ Eigene Berechnungen des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen auf der Grundlage der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II und dem Statistischen Bundesamt 2007.

stellt sich bereits in der Eingangsklasse als zentrale Zielsetzung der künftigen Schullaufbahn dar (siehe hierzu auch Kapitel 3.4 D).

3.5.2 Erfahrungen mit und Einstellungen zu Ausbildung und Beruf

3.5.2.1 Generelle Einstellungen

580) Für alle jungen Menschen ist der gelingende Übergang in Ausbildung und Beruf die zentrale Weichenstellung zur Entwicklung und Festigung personaler Identität und Selbstverwirklichung, zur sozialen Integration und zur Sicherung einer eigenständigen Existenz. Zukunftshoffnungen und -ängste sind mit der Frage, ob dieser Schritt erfolgreich gegangen werden kann, unmittelbar und zentral verbunden. Die über drei Jahrzehnte andauernde hohe Arbeitslosigkeit wirkt sich nicht nur unmittelbar auf die betroffenen jungen Menschen aus, sie wirkt über die Erfahrung der Arbeitslosigkeit der Eltern ebenso wie über die Befürchtung eigener Arbeitslosigkeit indirekt auf das Lebensgefühl der jungen Generation zurück. Besonders hautnah wird diese Bedrohung innerhalb der heranwachsenden Generation wahrgenommen, und zwar durch den durchgängigen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den 20- bis 25-Jährigen, also nach Abschluss der Ausbildung, gegenüber der jüngeren Altersgruppe. Die verschiedenen Jugendstudien stellen diesen Zusammenhang durchgängig und einheitlich dar. Aber auch die Analyse der Fälle von Jugendkriminalität, von Gewalt unter und von Jugendlichen, von sozialer Desorientierung und von Ausstieg aus der Gesellschaft in den unterschiedlichsten Formen weist regelmäßig auf diesen Zusammenhang hin. In der Erlebniswelt von jungen Menschen werden auch die strukturellen Ursachen von Arbeitslosigkeit als individuelles Versagen und persönliche Ausgrenzung empfunden.

581) Junge Menschen müssen sich auf das Fortbestehen tief greifender struktureller Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen einstellen, wie sie etwa unter dem Schlagwort „Globalisierung“ analysiert werden:

- Durch die Öffnung der Märkte und die fortschreitende Automatisierung vor allem der industriellen und gewerblichen Produktion werden weiterhin so genannte einfache Tätigkeiten entfallen oder von (Wander-)Arbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern wahrgenommen, in deren Heimatländern der Lebensstandard unter dem deutschen bzw. bayerischen liegt.
- Dementsprechend steigen die Anforderungen in allen Berufen. Bereits im Rahmen der gewerblichen, dualen Ausbildung gewinnen z. B. IT-Kenntnisse, Fremdsprachen, mathematisch-naturwissenschaftliche Grundlagen weiter an Bedeutung. Ein Ende dieses Prozesses ist nicht abzusehen.
- Ebenso verändern sich die Berufsbilder auf allen qualifikatorischen Ebenen. War es der heutigen Elterngeneration überwiegend noch möglich, durch „lebenslanges Lernen“ einmal erworbene berufliche Qualifikationen weiterzuentwickeln, so müssen künftige Generationen in vermehrtem Umfang damit leben lernen, dass „lebenslanges Lernen“ auch den Umstieg von entbehrlich ge-

wordenen Qualifikationen auf neu geforderte Qualifikationen bedeutet.

- Die im Erwerbsleben eher vermehrt geforderte Mobilität und Flexibilität konkurriert mit der notwendigen „sozialen Beheimatung“ junger Menschen bis in die Familiengründung hinein.
- Die Internationalisierung des Erwerbslebens erfordert besondere soziokulturelle Kompetenzen. Dabei geht es nicht (nur) um ein tolerantes Verständnis anderer Kulturen, sondern präziser um das Verstehen unterschiedlich ausgeprägter Mentalitäten anderer kultureller Hintergründe und ihre durchaus kalkülhafte Einbeziehung in die Ausgestaltungen von Kooperationen, aber auch in das Bestehen von Konkurrenz.
- Trotz aller Anstrengungen der schulischen und beruflichen Ausbildung muss damit gerechnet werden, dass eine zwar kleinere, aber nicht unerhebliche Gruppe junger Menschen den Anforderungen des Erwerbslebens nicht gerecht werden kann, die sozioökonomischen Rahmenbedingungen aber auch dieser Gruppe nicht mehr mit einfachen Tätigkeiten, durch Mithilfe im Haushalt und ähnlichen Formen beruflich-sozialer Integration, gerecht werden.

582) Die Wahrung der Zukunftschancen der jungen Generation erfordert erhebliche zusätzliche Anstrengungen:

- Ungeachtet der späteren Berufswahl sollten alle jungen Menschen das ihnen jeweils höchst mögliche schulische Bildungsniveau anstreben. Um andererseits den „Lernort Schule“ insbesondere in den Grundschuljahren vom Existenzsicherungsdruck zu entlasten und breit angelegtes, lustbetontes Lernen (wieder) zu ermöglichen, muss die Durchlässigkeit zwischen den Schularten weitest möglich ausgestaltet werden.
- In allen Ausbildungsrichtungen muss ein ausgewogenes Verhältnis von Grundwissen bzw. Basiskompetenzen und spezialisiertem Wissen vermittelt werden. Generell sollte in der Erstausbildung eher ein breites Grundwissen angelegt werden, das zu unterschiedlichen, auch wechselnden Spezialisierungen befähigt.
- Grund- und Hauptschule müssen sicherstellen, dass die basalen Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) zuverlässig von allen jungen Menschen erlernt werden. Die bei Hauptschulabgängern zum Teil beobachteten Lernrückstände (nach Einschätzungen der Wirtschaft fehlt bis zu 20 % der Hauptschulabgänger die so genannte Ausbildungsreife) sind nicht länger tolerabel.³⁰⁹
- Unbeschadet der individuellen Begabung und der familiären bzw. sozialen Rahmenbedingungen muss jedem Schulkind ein Minimum an Erfolgserlebnissen eigener Leistung als Voraussetzung für Motivation und Zuversicht in die künftige selbstständige Lebensführung ermöglicht werden.
- So richtig es ist, dass *eine Ausbildung* besser ist als *keine Ausbildung*, so notwendig ist es andererseits, das vorhandene Ausbildungsplatzangebot insbesondere im dualen

System stärker auf ausbaufähige, zukunftsreiche Berufsfelder hin zu orientieren. Hierzu ist es notwendig, dass sicherere Berufsfeldprognosen zur Steuerung des Ausbildungsplatzangebots entwickelt werden.

- Insbesondere in den Dienstleistungsberufen mit einfacheren Tätigkeiten muss die Kluft zwischen den verständlichen Ansprüchen an eine Vollzeitberufstätigkeit einerseits und der realen Entlohnung andererseits verringert werden. Es ist für junge Menschen keine akzeptable Lebensperspektive, aus einer vollen Berufstätigkeit heraus mit einem Einkommen an der Armutsgrenze zu landen.
- Bestimmte soziale Problemlagen überdauern auch eine ansonsten prosperierende Wirtschaftssituation. Unabhängig von der Lage des Arbeitsmarkts besteht bei einem Teil junger Menschen auf Dauer ein besonderer Unterstützungsbedarf zur sozialen und beruflichen Integration.

3.5.2.2 Besondere Förderungsaufgaben für die junge Generation

583) Neben den generellen Trends und Herausforderungen besteht eine Reihe von regionalen, sektoralen und sozialen Besonderheiten, auf die im Detail eingegangen werden muss.

584) Die eingangs dargestellten erheblichen regionalen Gefälle innerhalb Bayerns bedürfen einer regional ausgestalteten genaueren Analyse und Prognose. Dabei wird sich zeigen, dass sich verschiedene Entwicklungsstränge mit unterschiedlichen Auswirkungen verknüpfen. Wichtige Grundlagen hierfür können zum Beispiel die Regionalprognosen der Bertelsmann Stiftung³¹⁰ oder die Bevölkerungsprognosen der Statistischen Ämter darstellen. So kann der Rückgang der absoluten Zahl und des Anteils der jungen Generation an der Gesamtbevölkerung zwar einerseits den Nachfragedruck auf dem Ausbildungsmarkt mildern, andererseits aber auch den Abwanderungsdruck von Unternehmen in wirtschaftlich prosperierende Räume beschleunigen. In Regionen mit überdurchschnittlichem wirtschaftlichem Wachstum steigt zum Beispiel nicht automatisch die Nachfrage nach Erwerbstätigen in einfachen Tätigkeiten und so fort. Deshalb ist es erforderlich, die Entwicklung der Zukunftschancen junger Menschen nach Regionen differenziert zu betrachten und zu unterstützen. Insbesondere müssen in den diversen regional konzipierten Strukturförderprogrammen die Auswirkungen auf die junge Generation zielgruppenspezifisch dargestellt werden.

585) Auch die notwendige Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze muss sich an dem regional ausgeprägten Bedarf und den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Die Bemühungen einzelner Kammern, durch Ausbildungsverbände die Ausbildungsmöglichkeiten kleiner, auch spezialisierter Betriebe zu verbessern, sollten nachhaltig fortgeführt werden.

586) Die jungen Menschen müssen im Hinblick auf ihre berufliche Zukunft auch mit ihren unterschiedlichen Bega-

³⁰⁹ Zu den Defizitanzeigen vgl. Bayerischer Landtag, Drs. 15/8845, Seite 11 ff.

³¹⁰ BertelsmannStiftung, Wegweiser Demographischer Wandel, unter: <http://www.wegweiserdemographie.de/>

bungen, Fähigkeiten, Interessen und Motivationen ernst genommen werden. Als Träger künftiger gesellschaftlicher Entwicklung sind sie Subjekte ihrer eigenen beruflichen Sozialisation, nicht nur Objekte wirtschaftlicher Gegebenheiten. Insbesondere ist es erforderlich, alle jungen Menschen frühzeitig, individuell und nachhaltig vor Ende der Schulzeit in Bezug auf ihre weitere Ausbildung und berufliche Integration qualifiziert zu beraten und zu begleiten.

587) Es muss zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werden, dass jeder junge Mensch im Anschluss an die schulische Ausbildung – ungeachtet des jeweils erreichten Niveaus – in eine weiterführende Ausbildung oder Berufstätigkeit integriert werden kann. In Verantwortung gegenüber der jungen Generation darf es hierbei keine Tabus geben, deren Wirkung zu Lasten des jungen Menschen ausfällt.

3.5.2.3 Indirekte Auswirkungen der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation

588) Die Perspektive einer gelingenden Integration junger Menschen in Ausbildung und Arbeitswelt wirkt sich nicht nur unmittelbar auf die berufliche Sozialisation aus, sie zeitigt im positiven wie im negativen Sinne auch Wirkungen auf die soziale Integration, auf das Selbstwertgefühl der jeweiligen Generation und die Fähigkeit zu einer selbstbestimmten Lebensführung. Dies gilt in gleichem Maße für das Leben in der Herkunfts- wie für die Gründung einer eigenen Familie.

589) Die Angst vor dem Scheitern des Eintritts in ein Existenzsicherndes Berufsleben muss als eine wichtige Ursache für Flucht aus der sozialen Realität und für dissoziales Verhalten („gefühltes“ Scheitern von Lebensentwürfen) ernst genommen werden. Dies betrifft letztlich alle Erscheinungsformen, die von der sozialen Umwelt im Kleinen wie von der Gesellschaft im Ganzen als bedrohlich empfunden werden, wie zum Beispiel die Gewaltproblematik, die Suchtproblematik, den religiösen und politischen Extremismus, Vandalismus.

590) Neben der hervorragenden Bedeutung der schulischen und beruflichen Bildung gewinnt auch der Freizeitbereich eine neue Bedeutung. Er dient nicht nur als kompensatorische Bildungszeit für berufsbezogene Zielsetzungen, die in der Ausbildungssituation nicht zum Tragen kommen (z. B. Nachqualifikation), sondern auch für alternative Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung. Jugendarbeit in ihrer ganzen Vielschichtigkeit, Jugendkultur als authentische Ausdrucksform der jeweiligen jungen Generation stellen wesentliche Erfahrungsräume zur Verwirklichung von Interessen und Bedürfnissen dar, die in einer wettbewerbsorientierten Arbeitswelt zu kurz kommen, und sind für die soziale Beheimatung junger Menschen unverzichtbar.

591) Der Bedeutungswandel der Familie lässt sich zu einem erheblichen Teil aus den Veränderungen der Arbeitswelt erklären. Der Familie kommt erheblich mehr als etwa noch zur Aufbauzeit der Bundesrepublik die Aufgabe zu, emotional positiv besetzte Rückzugs- und Erholungsräume gegenüber der eher als kalt empfundenen Rationalität des Arbeitslebens darzustellen, eine Anspruchs- und Erwartungshaltung der Familienmitglieder untereinander, an der sie sich häufig überfordern.³¹¹

³¹¹ Siehe hierzu auch Kapitel 3.1 A

3.5.2.4 Spannungsverhältnis zwischen Anforderungen an langfristige Organisation der Zukunftssicherung (insbesondere Altersvorsorge) und kurzzeitige Organisation der Berufstätigkeit („gebrochene Biografien“)

592) Die berufliche – und mit ihr die soziale – Integration der jungen Generation stellt sich als eine wesentliche Voraussetzung für den Fortbestand eines wenigstens konfliktarmen Generationenvertrags dar. Junge Menschen „wissen“, dass sie im Hinblick auf ihre eigene Zukunftssicherung mehr und andere Vorkehrungen treffen müssen als ihre Elterngeneration.

593) Für alle jungen Menschen gilt aber, dass in der Regel der notwendige Umfang privater Vorsorge – neben der gesetzlichen Rentenversicherung – weder in der zeitlichen Perspektive noch der Höhe nach bekannt ist. Es besteht ein erheblicher Aufklärungsbedarf auf der Basis seriöser Modellrechnungen, der mit der Zertifizierung von Versicherungsangeboten im Rahmen der so genannten Riester-Rente noch nicht gedeckt ist. Weder der Bezug auf prospektive Durchschnittsrenten noch der so genannten Eckrentner wird einer an Lebenslagen orientierten Vorsorgeplanung gerecht, wie auch die normierende Bedeutung einer ungebrochenen beruflichen Normalbiografie an Bedeutung verliert.

594) Die Möglichkeit privater Vorsorge setzt voraus, dass während der Zeit der Erwerbstätigkeit ein Einkommen erzielt werden kann, das neben einer durchschnittlichen Lebensführung und der Teilhabe an Wirtschafts- und Kulturgütern tatsächlich einen versorgungsrelevanten Anlagebetrag ermöglicht. So sind die Modellrechnungen der Versicherungswirtschaft allenfalls für junge Menschen relevant, die nach Ausbildung oder Studium in eine wenigstens perspektivisch gehobene berufliche Tätigkeit ohne längere Unterbrechungen wechseln. Die Risiken, aufgrund eigener biografischer Besonderheiten aus dieser Modellrechnung herauszufallen, sind vor dem Hintergrund vielfacher ge- und unterbrochener beruflicher Biografien erheblich. Wenngleich diese Risiken erst in einigen Jahrzehnten offen zutage treten, wäre es gegenüber der heutigen jungen Generation verantwortungslos, ihnen nicht bereits jetzt in geeigneter Weise entgegenzutreten. Dabei geht es insbesondere um folgende Risikogruppen:

- Langzeitarbeitslose junge Menschen und Beschäftigte, die über längere Zeit nur ein Einkommen an der Sozialhilfegrenze erreichen: Sie werden mit Erreichung der Altersgrenze in der Regel in die Sozialhilfe fallen.
- Junge Menschen mit voraussichtlich vielfach unterbrochenen beruflichen Biografien oder wiederholtem Wechsel zwischen selbstständiger (z. B. gering verdienende Ich-AG) und abhängiger Beschäftigung: Sofern überhaupt Ersparnisse erzielt werden können, werden sie weitgehend zur Überbrückung von Zeiten ohne Erwerbstätigkeit aufgebraucht. Diese Risikogruppe wird umso größer, je mehr z. B. unbezahlte Praktika und zeitlich befristete (Projekt-)Arbeitsplätze zunehmen.
- Ähnliches gilt für junge Menschen, die längere Zeit in Teilzeitarbeitsverhältnissen zubringen; auch in solchen Fällen, bei denen sich die Entlohnung pro Arbeitsstunde durchaus überdurchschnittlich darstellen kann, wird sich

die Rentenhöhe in jedem Fall nur nach dem tatsächlich erzielten einkommensabhängigen Beitrag bemessen. In besonderer Weise sind davon junge Frauen betroffen, die einen überdurchschnittlichen Anteil an Teilzeitbeschäftigung aufweisen, und hierbei wiederum Mütter, deren Einkommenssituation gegenüber Frauen ohne Kinder in derselben beruflichen Situation generell schlechter ausfällt.

595) Für einen erheblichen Teil aller jungen Menschen gilt die reale Perspektive, dass sie trotz persönlicher Anstrengungen und bescheidener Lebensführung keine Alterssicherung über der Armutsgrenze aufzubauen in die Lage versetzt sind. Für die künftigen Bezieher von Grundsicherung nach SGB XII kommt hinzu, dass Rentenansprüche aus der so genannten Riester-Rente mit der Leistung der Grundsicherung verrechnet werden und auch insoweit Altersarmut nicht verhindert werden kann.

596) An diesem sozialpolitischen Brennpunkt verdichtet sich die gesellschaftspolitische Besorgnis, dass sich dauerhafte soziale Schiefen negativ auf die Akzeptanz der sozialstaatlichen Ordnung und damit letztlich auch der demokratischen Staatsordnung auswirken könnten.

3.5.2.5 Der „abgehängte“ Teil der jungen Generation

597) Was anhand der Problematik der Altersversorgung als Zukunftsthema der jungen Generation exemplarisch verdeutlicht wurde, betrifft konkret heutige Lebenslagen junger Menschen, deren Lebenssituation aus unterschiedlichen Gründen zwar, aber mit ähnlichem Ergebnis prekär ist.

3.5.2.5.1 Langzeitarbeitslose Jugendliche

598) Die Analyse der Jugendarbeitslosigkeit der vergangenen drei Jahrzehnte ergibt, dass sich eher unbeeinflusst von den strukturellen Wellenbewegungen des Arbeitsmarkts und der ausbildungs- bzw. arbeitsplatzbezogenen Maßnahmen der beruflichen Eingliederung ein Grundbestand von Langzeitarbeitslosen herausgebildet hat, der auch bei Verbesserungen der Arbeitsmarktsituation nicht abgebaut werden konnte (und wird).

599) Zwar wird letztlich auch hingenommen werden müssen, dass es eine kleine Zahl von jüngeren wie älteren Menschen gibt, die sich zumindest für eine bestimmte Zeit eine Existenz außerhalb der gesellschaftlich „üblichen“ Lebensformen suchen. Es wäre aber falsch, diese Gruppe von Langzeitarbeitslosen mehrheitlich als freiwillige „Aussteiger“ zu klassifizieren. In der Regel handelt es sich vielmehr um junge Menschen, denen es aufgrund individueller Besonderheiten (z. B. Minderbegabung), misslungener (wiederholter) berufsvorbereitender Maßnahmen, Bindung an desorientierende soziale Milieus und Ähnlichem nicht gelingt, einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Hier wird nicht nur ein latenter sozialer Sprengstoff angelegt, diese Gruppe belastet auch im Erwachsenenalter das Sozialsystem durch andauernden Unterstützungsbedarf.

600) Es wäre deshalb erforderlich, neben den herkömmlichen Programmen der beruflichen Integration Formen der Beschäftigung und damit auch eines Mindestmaßes sozialer Integration zu entwickeln, die sich am Modell der „Beschüt-

zenden Werkstätten“ im Behindertenbereich oder einer Art geschützter und öffentlich geförderter, hinsichtlich der Teilnahme aber verbindlichen Zeitarbeitsorganisation orientieren und damit zumindest dem fortschreitenden Verlust grundlegender Voraussetzungen der Arbeitsfähigkeit, aber auch sozialer Deprivation (seelische Krankheiten, Sucht, familiäre „Vererbung“ von Sozialhilfekarrieren) entgegen wirken.

3.5.2.5.2 Junge (minderjährige) Mütter

601) Besondere Aufmerksamkeit erfordern junge, minderjährige Mütter, die nicht nur die Erschwernisse in der Regel alleinerziehender Mütter tragen, sondern darüber hinaus häufig ohne konkrete familiäre oder öffentliche Hilfestellung aus der beruflichen Entwicklung mindestens zeitweise herausfallen.

602) Für diese Gruppen sollten „Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder“ nach § 19 SGB VIII (so genannte Mutter-Kind-Einrichtungen) als selbstverständliches Regelangebot der Kinder- und Jugendhilfe vorgehalten werden.

3.5.2.5.3 Spezielle Gruppen von Migranten

603) Junge Menschen aus Migrantenfamilien (Schwerpunkt: aus der ehemaligen Sowjetunion zugezogene Aussiedlerfamilien, aus Südosteuropa und der Türkei zugezogene Familien) sind mit einem besonderen Risiko hinsichtlich ihrer beruflichen und sozialen Integration behaftet. Es scheint um so höher zu sein, je homogener sich das umgebende soziale Milieu darstellt (Problem der Ghettoisierung; siehe hierzu Kapitel 3.12 L).

3.5.3 Antworten der Jugendberufshilfe, der berufsbildenden Schulen, der Ausbildung und des Arbeitsmarkts bzw. der Arbeitsverwaltung

3.5.3.1 Maßnahmenbereiche der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit nach SGB VIII

604) Bei der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit geht es um die Förderung sozial benachteiligter junger Menschen unter 25 Jahren. Dabei liegen die Schwerpunkte auf Qualifizierung, Beschäftigung und Ausbildung (§ 13 SGB VIII). Die Maßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendhilfe werden nahezu vollständig von freien Trägern der Jugendhilfe mit entsprechender Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (für den Bereich der Jugendarbeit auch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus) durchgeführt. Die vorrangige Zuständigkeit liegt bei den kommunalen Gebietskörperschaften. Im einzelnen handelt es sich um folgende Programme:³¹²

- Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit - Projektförderung über Landesmittel:
Der Träger erhält einen Zuschuss von bis zu 60 % der zuwendungsfähigen Personal- und Sachkosten durch den Freistaat Bayern. 2006 wurden 43 Projekte gefördert.

312 Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Bereitgestellte Mittel: rund 4,8 Mio. € aus Landesmitteln (Kinder- und Jugendprogramm).

- Arbeitsmarktfonds – Projektförderung aus Privatisierungserlösen: Die Bayerische Staatsregierung hat aus Privatisierungserlösen im Jahr 1997 einen Arbeitsmarkt- und Sozialfonds aufgelegt. Aus dem Arbeitsmarktfonds werden Maßnahmen der Qualifizierung und Arbeitsförderung unterstützt. Im Förderschwerpunkt 3 (Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit) wurden 2006 9 Projekte gefördert. Bereitgestellte Mittel: 700.000 € jährlich.
- Europäischer Sozialfonds – Förderung von Arbeitslosengeld I- und Arbeitslosengeld II-Beziehern (Mischprojekte): Im Förderzeitraum 2000 bis 2006 wurden insgesamt 154 Projekte gefördert (53,3 Mio. € aus ESF-Mitteln).
- Europäischer Sozialfonds – Förderung von Arbeitsmarktmaßnahmen für ALG II-Empfänger: 2005/2006 wurden 86 Projekte gefördert. Bereitgestellte ESF-Mittel: 7,6 Mio. €. Europäischer Sozialfonds – Mikroprojekte: 118 Initiativen, so genannte Mikroprojekte, die kreative Ideen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitssituation sozial benachteiligter junger Menschen in die Tat umsetzen. Die Initiativen wurden mit bis zu 10.000 € bezuschusst. Bereitgestellte Mittel: 1,3 Mio. € aus ESF-Mitteln.

605) Gemeinsam ist diesen Projekten, dass sie sozialpädagogische Begleitung, die Bearbeitung erzieherischer Probleme, ausbildungs- und berufsvorbereitende Angebote miteinander verbinden. Vielfach geht es um die Nachqualifikation auf ein „normales“ Ausgangsniveau der betroffenen Jugendlichen und damit um die Vermittlungsfähigkeit in den so genannten ersten Arbeitsmarkt. Die Kofinanzierung erfolgt im Wesentlichen aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (SGB III) bzw. der ArGen (SGB II). Nach einer Erhebung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen³¹³ werden gut zwei Drittel der in den Projekten erfassten jungen Menschen über die Bundesagentur für Arbeit in die entsprechenden Einrichtungen vermittelt. Etwa in der gleichen Größenordnung erfolgt die Zuweisung nicht direkt nach Abschluss der allgemein bildenden Schule, also erst nach erfolglosen Bemühungen um einen direkten Zugang in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt. 57 % der jungen Menschen aus derselben Erhebung konnten nach Abschluss der Maßnahme in arbeitsrelevanten Bezügen verbleiben, davon 36 % in betrieblicher Ausbildung oder Beschäftigung. Ein Fünftel der jungen Menschen verblieb jedoch auch nach diesen Maßnahmen in der Arbeitslosigkeit.

3.5.3.2 Maßnahmen der Arbeitsförderung und der Grundsicherung

606) Die Leistungen der Arbeitsförderung nach SGB III verfolgen das Ziel der Sicherung eines hohen Beschäftigungsstands, der Verbesserung der Beschäftigungsstruktur sowie der Vermeidung oder Verkürzung der Arbeitslosigkeit

³¹³ Ergebnisse der Befragung der Träger der Berufsbezogenen Jugendhilfe/Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit, Befragungszeitraum 06 - 07/2005

(§ 1 SGB III). Mit dem SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – sollen erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützt und ihr Lebensunterhalt gesichert werden, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können (§ 1 SGB II). In beiden Sozialgesetzbüchern sind hierzu umfangreiche Leistungskataloge vorgesehen.

607) Aus der Sicht betroffener junger Menschen macht es im Wesentlichen keinen Unterschied, welchem dieser „Rechtskreise“ sie zugeordnet sind oder werden, zumal bestimmte Beschäftigungs- und Ausbildungsprojekte nach beiden Leistungsbereichen eingerichtet und finanziert sein können. Ausgenommen hiervon ist der Bezug der Grundsicherung nach SGB II, bei deren Inanspruchnahme sich die jungen Menschen wie ihre Eltern (oder andere Unterhaltspflichtete) einer umfangreichen Bedarfsprüfung gegenüber sehen.

608) Ende Dezember 2006 gab es in Bayern 47.087 Leistungsfälle³¹⁴ für junge Menschen unter 25 Jahren mit Leistungsbezug nach SGB III und 12.981 Leistungsfälle nach SGB II. Mit Blick auf ausgewählte Maßnahmen stellt sich das Zahlenmaterial folgendermaßen dar (SGB II und III zusammen):³¹⁵

- Qualifizierung durch berufliche Weiterbildung: 2.775 Fälle;
- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen: 14.007 Fälle;
- Berufsausbildung Benachteiligter: 11.348 Fälle;
- Einstiegsqualifizierung: 4.297 Fälle;
- Arbeitsgelegenheiten (SGB II): 2.355 Fälle;
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 926 Fälle; zusammen 35.708 Fälle.

609) Die im Rahmen der oben dargestellten Aktivitäten der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit betreuten jungen Menschen sind in diesen Fallzahlen als Teilmenge enthalten.

610) Die Erfolgsquoten dieser Maßnahmen, also die nachhaltige Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden mit bis zu 75 % für kurzfristige Eingliederungserfolge und mit bis zu 50 % für langfristige, nachhaltige Eingliederungserfolge angegeben.

3.5.3.3 Verhältnis zwischen SGB II, III und VIII

611) Die so genannte Hartz IV-Gesetzgebung, insbesondere die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, brachte sowohl für die betroffenen jungen Menschen wie für die Träger der unterstützenden Maßnahmen erhebliche Veränderungen mit sich. Im Urteil der Träger der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit fällt die Bilanz ernüchternd aus. Abgesehen von der bereits zitierten zeitlichen Befristung der „Maßnahmen“ werden insbesondere folgende Erfahrungen berichtet:

³¹⁴ Die Zahl der Leistungsfälle ist nicht identisch mit der Zahl der davon betroffenen jungen Menschen, die zum Beispiel innerhalb eines Jahres unterschiedliche Leistungen beziehen können.

³¹⁵ Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, Stand: März 2007.

- Zur Konzeptionierung und Finanzierung war bis zum Inkrafttreten der SGB II und III (also vor „Hartz IV“) das Arbeitsamt in der Regel verlässlicher Ansprechpartner. Nunmehr stehen der Jugendsozialarbeit mit den Trägern der Grundsicherung und den Optionskommunen weitere Kooperationspartner gegenüber, die teilweise immer noch mit Umsetzungsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Das ehemalige Arbeitsamt (jetzt: Agentur für Arbeit) ist als Partner der Träger vielfach weggebrochen. Die Planbarkeit der Projektträger hat für die Maßnahmenträger erheblich abgenommen.
- Die Neuordnung der Leistungsschwerpunkte zwischen SGB II und SGB III führte zum Abbruch bewährter Maßnahmen, Angebotsformen und konzeptioneller Ansätze, insbesondere auch durch die Umstellungen und Restriktionen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
- Die Verkürzung der Maßnahmendauer und die Ausschreibungspraxis im Rahmen des SGB III haben insbesondere zu einer Dequalifizierung der Maßnahmen zugunsten kurzzeitiger, aber nicht nachhaltiger Vermittlungserfolge geführt. Bewährte, auch in das soziale Umfeld integrierte Strukturen der beteiligten Maßnahmeträger sind regelrecht zusammengebrochen.
- Kernstücke des Betreuungskonzepts nach SGB II, nämlich die Fallmanager für die unter 25-Jährigen und die Jugendkonferenzen, sind in der konkreten örtlichen Praxis nach wie vor weder flächendeckend noch qualitativ akzeptabel eingeführt.

612) Insgesamt wird von den Trägern übereinstimmend beklagt, dass die Sozialgesetzbücher II, III und VIII mit Blick auf eine optimale Unterstützung, Qualifizierung und Betreuung junger Menschen unzureichend abgestimmt sind, Abgrenzungsprobleme fortbestehen und die unterschiedlichen Arbeitsansätze zwischen Jugendhilfe bzw. Jugendsozialarbeit einerseits und Arbeitsverwaltung andererseits zu einem Übermaß an Koordinations- und Regelungsaufwand führen.

613) Für die Verbesserung der Leistungen junger Menschen an der Schnittstelle von SGB II, III und VIII ergeben sich hieraus folgende Notwendigkeiten:

- Einrichtung einer einheitlichen Zuständigkeit (evtl. auch auf dem Vereinbarungsweg) für Jugendliche und Heranwachsende entweder nach dem Modell der Fallmanager als Anlaufstelle für alle arbeitsweltbezogenen Problemlagen, in deren Zuständigkeit dann die Zuordnung bestimmter Leistungen auf die einzelnen Sozialgesetzbücher fällt, oder nach dem Modell der Kompetenzagenturen (Modellprojekt des Bundes);
- Harmonisierung begleitender Leistungen (wie z. B. Tagespflege) zwischen den Sozialgesetzbüchern;
- Erneute stärkere Betonung der Notwendigkeit eines geschützten pädagogischen Raumes auch innerhalb der arbeitsweltbezogenen Maßnahmen, um die notwendige begleitende soziale Integration der jungen Menschen sicherzustellen;
- sorgfältige Auswahl der so genannten Arbeitsgelegenheiten unter dem Aspekt der Motivierung und Bildung.

614) Da die notwendigen nachqualifizierenden Maßnahmen (zum Beispiel Angebote zur nachträglichen Erlangung des qualifizierenden Hauptschulabschlusses) nicht in Form der schulischen Förderung stattfinden, sondern in Form berufsvorbereitender Maßnahmen nach SGB III, sind sie – mit jährlicher „Fälligkeit“ – abhängig von der entsprechenden Finanzierung durch die Bundesagentur für Arbeit bzw. ergänzender staatlicher und kommunaler Förderungen. Durch die Verkürzung der Förderzeiträume und die Besonderheiten der nur auf einzelne Maßnahmen beschränkten Ausschreibungspraxis der Bundesagentur haben sich nach den Beobachtungen der Träger der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit auch die Bedingungen für diese Maßnahmen in den zurückliegenden Jahren erheblich verschlechtert.

615) Als Alternative zur formalen schulischen Nachqualifikation (insbesondere zum Hauptschulabschluss) als Maßnahme im Rahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit bietet es sich an, derartige Bildungsangebote auch an den beruflichen Schulen im Sinne eines freiwilligen schulischen Angebots einzurichten, etwa nach dem Modell eines klar strukturierten Förderunterrichts, verbunden mit einem obligatorischen Einsatz der Jugendsozialarbeit an diesen Berufsschulen.

3.5.3.4 Der „Drehtüreneffekt“: Benachteiligte junge Menschen im Maßnahmenkarussell

616) Die nach den Sozialgesetzbüchern vorgesehenen Leistungs- und Maßnahmenkataloge vermögen im Einzelfall durchaus zu einer Problemlösung beizutragen. Sie weisen jedoch in der Regel auch den gravierenden Mangel auf, dass sie von vorneherein und unbeachtlich ihres „Erfolgs“ zeitlich befristet sind und so dem individuellen Bedürfnis nach einer gesicherten Unterstützung nicht gerecht werden. Lebenslagen verändern sich nicht im Rhythmus von Bewilligungsbescheiden, sondern nach Maßgabe des individuellen, persönlichen Fortschritts an Wissen, Einsicht und Kompetenz. Im Erleben junger Menschen führen hoffnungsvoll begonnene „Maßnahmen“, anschließender Misserfolg bei der Vermittlung, wiederum „Maßnahmen“, anschließender Misserfolg und so fort zu einem unerträglichen Mangel an positiver Erfahrung des „Gebrauchtwerdens“ und zum Verlust des Selbstwertgefühls. Deswegen sind grundsätzlich alle Programme zu verstetigen und am individuellen Bedarf der jungen Menschen auszurichten, wie dies bisher nur für die bayerische Regelförderung der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit der Fall ist. Besonders mangelhaft sind vor diesem Hintergrund die Leistungskataloge der Bundesagentur für Arbeit und der sozialen Grundsicherung.

3.6 F. Jugendinformation, Kultur und Medien

3.6.1 Rahmenbedingungen, statistische Daten

617) Medien sind heute in der Lebenswelt der Familie genauso mit wie in der Lebenswelt der Gleichaltrigen fest verankert. Junge Menschen nehmen Innovationen der Medienkommunikation und Medienkulturen, die durch technisch-wirtschaftliche Entwicklungen vorangetrieben werden, mit

Neugier, Interesse und großer Lernfähigkeit auf und nutzen deren Möglichkeiten für ihre Zwecke stärker als jede andere Altersgruppe. Jugendliche verwenden die gesamte Palette der Medien, sie führen hierbei die zurzeit noch unterschiedlichen medialen Techniken in ein Medienensemble zusammen, und bauen sich eigene Medienwelten, die fester Bestandteil ihres Alltags sind. Jugendkulturelle Strömungen sind heute in wesentlichen Teilen unauflösbar mit (massen-) medial initiierten Ausdrucks- und Darstellungsformen verbunden. Insbesondere in der Jugendmusikszene verschwimmen nicht zuletzt wegen der multi-funktionalen Nutzbarkeit der Medien die Grenzen zwischen Jugendkultur- und Medienszenen. Medienhandlungsmuster, die in der Kindheit erworben werden, sind Grundlage für den Umgang mit Informationen jeglicher Art genauso wie für das Verständnis von und die Begegnung mit Kultur und Medien. Sich in einer zunehmend medial produzierten und vermittelten Kultur zu bewegen, kundig zu kommunizieren und zu handeln, ist eine wesentliche Zukunftskompetenz. Hierfür ist es unverzichtbar zu lernen, mit Medien umzugehen und diese für die eigenen Zwecke gestaltend anwenden zu können. Jugendpolitisch bedeutet dies, ausgehend von der Attraktivität, die der Umgang mit Medien und die Präsentation über Medien für junge Menschen haben, Medienkompetenz als einen Schlüssel zur Gestaltung gelingender Lebensführung junger Menschen zu begreifen. Medienwirtschaftliche und medienstandortpolitische Entscheidungen und Weichenstellungen bedürfen deshalb einer kritischen Begleitung und Einmischung aus jugendpolitischer Sicht.

3.6.1.1 Wie hat sich das Mediennutzungsverhalten verändert?

618) 44 % der Kinder und 67 % der Jugendlichen haben heute einen eigenen Fernseher in ihrem Zimmer, Haushalte mit Kindern sind umfänglicher mit Medien ausgestattet als Haushalte ohne Kinder, 94 % der Jugendlichen besitzen ein eigenes Handy. Das Handy ist zurzeit das Mediengerät, das bei Jugendlichen am weitesten verbreitet ist. Die Ausstattung schafft Gelegenheitsstrukturen zur Nutzung von Medien. Bei Kindern, die einen eigenen Fernseher im Zimmer haben, ist die Nutzungsdauer durchschnittlich höher als bei denjenigen ohne eigenes Gerät. Mit einem Radiogerät waren 2007 85 % der Mädchen und 71 % der Jungen ausgestattet, 75 % der Jugendlichen beschäftigen sich täglich oder mehrmals die Woche mit dem Radio.³¹⁶

619) Gemäß JIM-Studie, die seit 1998 das Medien- und Freizeitverhalten Jugendlicher zwischen 12 und 19 Jahren untersucht, hat sich das generelle Freizeitverhalten wenig verändert. „Das Treffen mit Freunden steht weiterhin an der Spitze der am häufigsten ausgeübten Tätigkeiten. Regelmäßiger Sport sowie Ausruhen und Nichtstun ist für viele Jugendlichen Teil des Tagesablaufs.“³¹⁷ Die Nutzung des Fernsehens bleibt die häufigste Medientätigkeit, allerdings ist der Anstieg der Computer- und Internetnutzung deutlich. Zwischenzeitlich können nahezu alle Jugendlichen als Computernutzer angesehen werden. 84 % (81 % Mädchen, 87 %

Buben) verwenden ihn regelmäßig.³¹⁸ Die Nutzungsformen dieses Mediums verteilen sich gemäß Einschätzung der Jugendlichen zur einen Hälfte auf das Surfen im Internet und zur anderen Hälfte auf Spielen, Lernen/Arbeiten. „Allerdings ist der Zeitanteil für Spiele bei den Jungen dreimal so hoch wie bei den Mädchen. Insgesamt betrachtet sind Computerspiele vor allem eine Sache der Jungen, hier zählen über die Hälfte zu den regelmäßigen Spielern.“³¹⁹

620) Der Medienalltag von Jugendlichen – aktive und rezeptive Nutzung genauso wie der Umgang mit Medieninhalten – ist immer weniger durch den bevorzugten Gebrauch nur eines Mediums, des Fernsehers oder des Computers, charakterisiert. Jugendliche bewegen sich vielmehr in einem Mediennetz, das vom Medienmarkt vorgegeben ist und von ihnen individuell mit Hilfe multifunktionaler Medien realisiert wird. Diese eröffnen zunehmend Möglichkeiten der Mitgestaltung und individuellen Interaktion und Kommunikation, wie z. B. das Handy, das Internet oder Spielkonsolen. Die meisten Jugendlichen sind dabei rezeptions- und konsumorientiert. Sie folgen den crossmedialen Vermarktungsstrategien und Verzahnungen von Medieninhalten und -formen, die bruchlos in die Konsumwelt führen. „Das Fernsehen ist ein häufiger Startpunkt. Besonders relevant sind dabei die Internetseiten der Sender und populärer Sendungen. Weitere Leitmedien sind Computerspiele, vor allem für die Jungen. Im Jugendalter werden Spielfilme relevant und für einen Teil, und zwar einen deutlich männlich dominierten Teil, wird der PC, besser: seine multifunktionalen Möglichkeiten, zum Leitmedium.“³²⁰

621) Bücherlesen ist, folgt man der JIM-Studie, weit verbreitet. Fast die Hälfte der Mädchen, ein Drittel der Jungen geben an, täglich oder mehrmals in der Woche zum Buch zu greifen. Der durchschnittliche Anteil dieser Jugendlichen ist seit 1998 erstaunlich stabil, und liegt um die 37 %. Fast die Hälfte (47 % der Mädchen, 50 % der Buben) nutzt regelmäßig eine Zeitung, 32 % der Mädchen und 31 % der Buben geben an, regelmäßig eine Zeitschrift / Magazin zu lesen.³²¹

622) Wesentlich beeinflusst wird der Mediengebrauch von Kindern und Jugendlichen durch folgende Faktoren:³²²

- Mit zunehmendem Alter wird der Mediengebrauch umfassender und gezielter und die Buchlektüre geht zurück.
- Mädchen und Buben unterscheiden sich sowohl bei den Medientätigkeiten, den Medientechniken als auch bei den Inhalten: Mädchen bevorzugen Kommunikation, Gefühle und Beziehungen, die Jungen demgegenüber „action“, Spiele und technische Anwendungen.
- Das Bildungsmilieu der Kinder und Jugendlichen führt zu deutlichen Unterschieden im Mediengebrauch, dabei sind Eltern wesentliche Vorbilder für das Medienverhalten der Kinder, dies gilt sowohl für die Nutzungsdauer wie für die Medieninhalte.

318 Vgl. JIM-Studie 2007, S. 12

319 JIM-Studie 2006, S. 57

320 Theunert, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

321 Vgl. JIM-Studie 2007

322 Vgl. Theunert, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

316 JIM-Studie 2007

317 JIM-Studie 2006, S. 56, vgl. auch JIM-Studie 2007, S. 6

- Vielfältiger Mediengebrauch, mit interaktiver Ausrichtung und Informationsorientierung findet sich wesentlich häufiger bei Kindern und Jugendlichen aus höheren Bildungsmilieus. Die Beschränkung auf Rezeption und Konsum, problematische Nutzungsgewohnheiten und risikoreiche Vorlieben charakterisieren demgegenüber das Medienverhalten in niedrigen Bildungsmilieus.
- Auch beim Lesen von Büchern zeigt sich der Einfluss des Bildungsmilieus. *„Bei Gymnasiasten liegt der Anteil der regelmäßigen Buchleser deutlich höher als bei Real- und Hauptschülern.“*³²³
- Innerhalb des niedrigen Bildungsmilieus stellen Jugendliche mit Migrationshintergrund eine besondere Teilgruppe dar. Die wenigen vorliegenden Untersuchungen liefern Hinweise dafür, dass vor allem patriarchalisch orientierte Herkunftskulturen problematische Medienvorlieben von Kindern und Jugendlichen verstärken oder den Zugang zum Computer bzw. Internet für Mädchen erschweren können.

3.6.1.2 Nutzung von kulturellen Angeboten und Einrichtungen und kulturelle Aktivitäten Jugendlicher

623) Die Nutzung von kulturellen Angeboten und Einrichtungen durch junge Menschen ist ein wesentlicher Bestandteil ihrer Freizeit, sie dient der Unterhaltung und dem Vergnügen, häufig mit gleichaltrigen Freunden zusammen. Vor diesem Hintergrund sind jugendkulturelle Angebote und Aktivitäten ein wichtiges Element der Alltagsrealität von jungen Menschen, die identitätsstiftend wirken. Verbunden mit Ritualen der Selbstdarstellung und Gruppenzugehörigkeit ermöglichen sie die Anwendung von kulturellen Symbolen und Ausdrucksformen und darüber die spielerische, kreative Auseinandersetzung mit ihrer Lebenswelt und ihren Alltagserfahrungen.

624) Junge Menschen nutzen kulturelle Angebote und Einrichtungen in der gesamten Bandbreite und Vielfalt von Volkskunst, Jugend- und Medien- bis Hochkultur. Die Begegnung mit Kultur in diesem Spektrum dient insgesamt der Orientierung, der Ausbildung von kreativen Ausdrucksformen, der Herausbildung von Einzigartigkeit, der Kommunikation und Verstärkung von Zugehörigkeit in Gleichaltrigen-Gruppen. Vor allem die Angebote des privat-kommerziellen Sektors, dessen Übergänge zu Entertainment und einer konvergenten Medien- und Unterhaltungsindustrie fließend sind, sind in der Freizeit vorherrschend präsent. Jugendpolitisch relevant ist es deshalb, mit öffentlichen Kultureinrichtungen und durch kulturelle Angebote der Jugend- und der Jugendkulturarbeit kulturelle Partizipation ohne Zugangshürden (z. B. ökonomisch) zu ermöglichen und Beteiligungs-, Bildungs- und Erfahrungsmöglichkeiten zu eröffnen.

625) Daten zur Nutzung von kulturellen Einrichtungen und Angeboten sowie zu den kulturellen Vorlieben insbesondere von Jugendlichen liegen für Bayern nicht vor. Anhaltspunkte zu den Nutzungsstrukturen auch im Vergleich zur Generation der Erwachsenen liefert das Jugend-Kulturbarometer 2004³²⁴ auf der Basis einer bundesweit repräsentativen Stichprobe

der 14- bis 24-Jährigen. Demnach interessiert sich etwas mehr als die Hälfte für das kulturelle Geschehen im weitesten Sinne. 83 % gaben an, mindestens einmal einen Kulturbesuch (Theater, Museum, Konzert) unternommen zu haben. Hierbei ist das soziale Umfeld (Familie zu 59 %, gleichaltrige Freunde zu 41 %, Vereine zu 12 %, Schule allg. 9 %) als Motivationsfaktor maßgeblich. Als interessiert am klassischen Kulturbetrieb (mind. 1 Spartenangebot) bezeichneten sich 36 % der Jugendlichen gegenüber 60 % der über 25-Jährigen.

626) Im Bereich der Jugend- und Jugendkulturarbeit gibt es in Bayern ein breit ausgefächertes System an Förderung und Unterstützung für einzelne Maßnahmen, Träger und Einrichtungen. Es gibt Zuständigkeiten und Aktivitäten auf allen Ebenen, verteilt auf unterschiedliche Ressorts und Verwaltungseinheiten. Eine Gesamtkonzeption, die ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen ermöglichen würde, die Vernetzung und Qualifizierung fördern und insbesondere die jugendpolitische Bedeutung der Unterstützung der Jugendkulturarbeit formuliert, fehlt bisher.

627) Die Träger und Einrichtungen der Jugendarbeit in Bayern betätigen sich schon seit langem im Bereich der Jugendkultur. Es existieren viele Initiativen, Vereine oder Gruppen, die als Veranstalter tätig sind. Häufig engagieren sich in diesem Feld junge Ehrenamtliche, die die Veranstaltungsorganisation bis hin zu Vertragsabschlüssen übernehmen.

628) Viele der nicht kommerziellen Einrichtungen, die sich an den traditionellen Kunst- und Kultursparten ausrichten (Theater, Konzerte, Oper, Museen, Galerien, Bibliotheken), bieten inzwischen spezielle Kinder-, Jugend- und Schulprogramme an, nicht zuletzt, um angesichts eines befürchteten Besucherrückgangs aufgrund demografischer Veränderungen zukünftige Kunden zu gewinnen.

629) Hinzu kommen Angebote von Musik-, Mal- und Ballettschulen u.ä. Kulturelle Angebote werden in großer Zahl auch von Vereinen (Chören, Blaskapellen, Orchestern, Tanz- und Folkloregruppen) bereitgehalten.

Eine besonders hervorzuhebende Nutzungsform kultureller Angebote sind die Mitgliedschaft und das Engagement in Vereinen und Organisationen, die die Pflege der Kultur der Herkunftsländer in Deutschland lebender Migrantinnen und Migranten als ihre Aufgabe sehen. Die Kultur des Heimatlandes, im Wesentlichen Musik und Tanz, in der Freizeit am Leben zu erhalten, ist ein wichtiges Instrument zur Bewältigung der individuellen Einwanderungssituation. Allerdings können mit dieser Vereinsarbeit – wie mit anderen traditionellen Kulturpflegeangeboten – auch zwiespältige, rückwärts gewandte, insbesondere für Jugendliche nicht hilfreiche Orientierungen, vermittelt werden.

630) In der Reihenfolge der künstlerischen Betätigungsfelder steht das Spielen eines Musikinstrumentes seit 30 Jahren nahezu unverändert an erster Stelle. 60 % der künstlerisch aktiven Jugendlichen betätigen sich in diesem Bereich, gefolgt von Aktivitäten in den Bereichen Basteln, Gestalten (35 %), Malerei (30 %).³²⁵ Der Einstieg in das aktive Musizieren findet über Schüler- und Jugendbands statt, im Alter zwi-

323 JIM-Studie 2006, S. 21

324 Jugend-Kulturbarometer 2004, Zfkf/GfK 2004

325 Jugend-Kulturbarometer 2004

schen 10 und 13 Jahren. Interesse und Motivation werden wesentlich durch Pop-Musik-Idole gespeist, das bevorzugte Instrument ist die Gitarre, mit der die Hoffnung auf wirksame Bühnenauftritte verbunden wird. Die Erfolge überschreiten in den seltensten Fällen das Niveau einer hobbymäßigen Freizeitbeschäftigung.³²⁶ Es ist deshalb eine wichtige Funktion der Jugendfreizeitangebote und Freizeiteinrichtungen, diesem Betätigungs- und Interessenfeld junger Menschen Gelegenheiten, Räume und Plattformen zu bieten. Hierzu gehören im Wesentlichen Probenräume, Bühnen / Bühnentechnik und Auftrittsmöglichkeiten.

3.6.2 Einflüsse auf den Umgang und die Nutzung von Kultur und Medien und ihre Wirkungen

631) 21 % der 14- bis 25-Jährigen geben an, schon einmal in ihrer Freizeit künstlerisch aktiv gewesen zu sein. Anregend und unterstützend wirken hierbei in erster Linie der feste Freundeskreis (40 % der Fälle), gefolgt von den Eltern (35 %), der Musikschule (30 %) und dem Verein (27 %). Von diesen Unterstützungs- und Anregungsformen profitieren Jugendliche niedriger Schulbildung allerdings weniger als die Jugendlichen allgemein. Anders sieht es laut Jugend-Kulturbarometer bei den kulturellen Angeboten eines Jugendzentrums aus. 13 % der Jugendlichen mit niedriger Schulbildung geben an, hier schon mal künstlerisch aktiv gewesen zu sein, gegenüber 10 % aller Jugendlichen. Aber auch die Angebote der Kirchengemeinde (Jugendarbeit) bieten für 10 % dieser Jugendlichen entsprechende Gelegenheiten, gegenüber 17 % aller Jugendlichen.³²⁷

632) Das Zusammenwirken massenmedialer Angebots- und Verkaufsstrategien mit jugendkulturellen Szenen und Darstellungsformen führt allerdings auch dazu, dass viele Jugendbands vor dem Horizont der professionellen Vermarktung ihrer Produkte aktiv sind. So speist sich die Faszination der Casting-Shows aus dem Wunsch, ein Pop-Star zu werden und viel Geld verdienen zu können. Die offiziellen Zahlen des Bundesverbandes der phonographischen Wirtschaft zeigen allerdings, dass 85 % der Tonträgerveröffentlichungen nicht einmal die Kosten einspielen, 7 % bis 8 % gerade kostendeckend sind, und lediglich die restlichen 7 % tatsächlich Gewinn machen.³²⁸

3.6.2.1 Wie bestimmen Eltern und Peer Groups den Umgang und die Nutzung der Medien? Gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede?

633) Der Medienumgang ist durch langjährige Prozesse der Mediensozialisation in Familie und Freizeit geprägt. Kindern begegnen Medien heute von Geburt an, so dass sich schon sehr früh Grundeinstellungen, Vorlieben und Medienhandlungsmuster ausbilden. Diese Muster hängen vom familiären Bildungsniveau, den Erziehungseinstellungen und dem Medienhandeln der Eltern, dem Anregungsmilieu der familiären Lebensbedingungen, von alternativen Freizeitbeschäftigungen und insbesondere von der Sprach- und Leseförderung

³²⁶ 99 % der Leute, die ein Instrument in die Hand nehmen, speziell im Rock- und Popbereich, werden immer begnadete Hobby Musiker bleiben. Schweinar, 20. Sitzung, 20.03.2007

³²⁷ Jugend-Kulturbarometer 2004

³²⁸ vgl. Schweinar, 20. Sitzung, 20.03.2007

ab.³²⁹ Wie bei anderen Freizeit- und Bildungsaktivitäten ist mit zunehmendem Alter die Gleichaltrigen-Gruppe ein wesentlicher Bezugspunkt, in deren Zusammenhang Jugendliche ihr Verhalten ausrichten und Orientierungen entwickeln. Jugendkulturelle und mediale Ausdrucksformen verschmelzen z.T. in den Ausdrucksformen und Zugehörigkeitsmerkmalen der jeweiligen Peer Groups. Je älter die Jugendlichen sind, desto unabhängiger von erwachsenen Bezugspersonen handeln sie gerade beim Gebrauch von Medien. Diese Unabhängigkeit wird dadurch verstärkt, dass Jugendliche den Erwachsenen, insbesondere Eltern und Lehrkräften, in der technischen Anwendung gerade der neuen Medien häufig weit voraus sind. So schaffen sich Jugendliche eigene Medienwelten und nutzen die dort gegebenen Freiräume für die eigenständige Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben. Hierbei gewähren Eltern ihnen in der Regel große Freiheit,³³⁰ sei es aus Überzeugung, Unkenntnis oder Hilflosigkeit. Der Stärkung der Medienkompetenz von Eltern und Lehrkräften ist deshalb ein besonderes Augenmerk zu schenken.

3.6.2.2 Wie wirken mediale Einflüsse auf junge Menschen? Gibt es geschlechtliche Unterschiede?

634) Angesichts der weitgehend unbestrittenen Tatsache, dass Kinder heute eine Mediensozialisation durchlaufen, ist es verfehlt, eindimensionale Wirkungszusammenhänge zwischen der Nutzungshäufigkeit oder Medieninhalten einerseits und bestimmten Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen andererseits zu erwarten. Weder sind Medien wirkungslos, noch sind sie die allein verursachenden Faktoren, die Verhaltensweisen von Kindern unvermeidbar hervorrufen würden. Sie können vielmehr, wie andere Sozialisationsfaktoren auch, Verhaltens- und Orientierungsoptionen eröffnen, begünstigen oder erschweren. Über Medienkonsum wird beispielsweise das Kaufverhalten breiter Bevölkerungsschichten beeinflusst. Medienpräsenz von Politikern gilt als wesentlicher Einflussfaktor für Wahlentscheidungen oder öffentliche Anerkennung. So kann auch bestimmter Medienkonsum Beeinträchtigungen der Lern- und Konzentrationsleistungen zur Folge haben. Es gibt also Effekte auf der Verhaltensebene, die mit Medien im Zusammenhang stehen. Das heißt aber nicht, dass Medien an allem „schuld“ sind. Medien sind nur ein Punkt in einem vielfältigen Bedingungsgeflecht.³³¹ Die über Medien vorgestellten Rollenmuster, Werte und Verhaltensnormen werden von Kindern und Jugendlichen allerdings auch aktiv genutzt bei ihrer Suche nach Orientierung und der Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben und Lebensthemen. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die keine Unterstützung und Korrekturen im primären Sozialisationsfeld erfahren, sind diesen Einflüssen stark ausgeliefert.

635) In diesem Bedingungsgeflecht gibt es bestimmte Risikofaktoren, die es wahrscheinlicher werden lassen, dass problematische Verhaltenseffekte im Zusammenhang mit Medienkonsum auftreten. „In der Medienwelt gibt es Gewinner und Verlierer: Auf der Gewinnerseite stehen die Gebildeten. Sie reichern mit den Medien ihr Leben an. Risikofrei ist je-

³²⁹ Vgl. Spanhel, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

³³⁰ Spanhel, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

³³¹ Vgl. Lukesch, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

doch auch diese Gruppe nicht. Auf der Verliererseite finden sich Heranwachsende aus niedrigen Bildungsmilieus und als spezifische Gruppe Heranwachsende mit Migrationshintergrund. Die Risiken, die ihnen aus dem Umgang mit Medien erwachsen, wiegen besonders schwer, weil sie durch Milieubedingungen und Bezugspersonen verstärkt werden.³³²

636) Im Wesentlichen können drei Formen riskanter im Mediengebrauch von Jugendlichen unterschieden werden:³³³

- Sich in einseitige Medienwelten verstricken:
Die heutige Medienwelt eröffnet einfache und umfassende Zugänge zu inhaltsgleichen oder –ähnlichen Medienangeboten, die mit sozialen Klischees und Verhaltensstereotypen durchsetzt sind. Angesichts der realen Lebensbedingungen von Frauen und Männern vermitteln diese Medienangebote Desorientierungen bis hin zu problematischen Ideologien, z. B. im Hinblick auf Geschlechtsrollenidentitäten oder in Bezug auf Gewaltverhalten. Eine Variante dieser einseitigen Medienwelten sind die z. B. gefühlsbelasteten Traumwelten der „Daily Soaps“ oder Telenovelas, die für Mädchen aus niedrigem Bildungsmilieu hohe Attraktivität ausüben. Eine weitere Spielart sind mediale Actionwelten, von denen sich mehrheitlich männliche Jugendliche gefangen nehmen lassen. Auch hier sind mehrheitlich Jugendliche aus niedrigem Bildungsmilieu betroffen. Allerdings sind zwischenzeitlich insbesondere unter den Fans komplexer Computerspiele (Counterstrike, World of Warcraft) zunehmend Gymnasiasten und Studenten zu finden. Die virtuellen und realen Gemeinschaften, die sich um gewalthaltige und militaristische Spiele bilden, fungieren als jugendkulturelle Szenen, mit teilweise problematischer Orientierungsfunktion.
- Sich von der realen Welt ablösen:
Eine Gruppe von älteren und in der Regel gut gebildeten Jugendlichen nutzt die Möglichkeiten der vernetzten Medienwelt technisch versiert auf hohem Niveau. Diese Jugendlichen verlagern Teile ihres Lebens ins Virtuelle (z. B. in social-network oder Online-Rollenspiele): Dort vergnügen sie sich, pflegen Freundschaften, schließen sich Peer Groups und jugendkulturellen Szenen an, kommunizieren und interagieren. Dieses Leben in der virtuellen Medienwelt kann höchst identitätsrelevant sein, denn es gibt vermeintlich nichts, was dort für die aktuellen Bedürfnisse nicht zu finden wäre. Der Bezug zum realen Lebensumfeld kann allerdings auf diese Weise nach und nach verloren gehen.
- Von den digitalen Chancen abgekoppelt werden:
Von diesem Risiko sind besonders Jugendliche aus niedrigen Bildungsmilieus betroffen. Verglichen mit bildungsmäßig besser gestellten Gleichaltrigen erachten sie Internet und PC als weniger wichtig für ihr Leben. Sie sind weniger gut ausgestattet, favorisieren primär den konsumorientierten Gebrauch, der zudem oft auf problematische Inhalte ausgerichtet ist. Sie sind durchschnittlich weniger motiviert und in der Lage, die multifunktionalen Medien als Informations- und Wissenslieferanten zu nutzen und zu verwerten sowie deren kommunikative Möglichkeiten auszuschöpfen. Sie haben entsprechend

weniger Chancen, die Potenziale der Medien für sich nutzbar zu machen. So besteht das Risiko, dass sie den Anschluss an eine zunehmend durch und über Medien funktionierende (Arbeits-)Welt verpassen. In besonderem Maße gilt dies für weibliche Heranwachsende mit Migrationshintergrund aus traditionell-patriarchalisch orientierten Herkunftskulturen.

3.6.2.3 Wie beurteilen Jugendliche das Angebot kultureller Einrichtungen und Medien?

637) Wie Jugendliche das vorhandene Medienangebot beurteilen, kann daran abgelesen werden, welche Nutzungsprioritäten sie haben.³³⁴ Insgesamt gilt, dass Jugendliche ihrem Lebensalter entsprechend Nutzungsprioritäten und -gewohnheiten von Medieninhalten danach ausrichten, ob die thematischen Angebote mit ihren Entwicklungs- und Lebensthemen korrespondieren und ob sie in ihrem jugendkulturellen Kontext zu verorten sind. Favorisiert werden, variiert nach Alter und Geschlecht, Inhalte, die mit Fragen von Partnerschaft, Beziehungen, Freunden, Sexualität u.ä. zu tun haben. Mit zunehmendem Alter sehen Jugendliche allerdings auch Polit- und Boulevardmagazine als Angebot an, das ihrem Informationsbedürfnis entgegen kommt.³³⁵ Die Korrespondenz von Lebens- bzw. Entwicklungsthemen beeinflusst auch die Vorlieben für bestimmte Computerspiele.

638) Die Senderpräferenzen von Jugendlichen sind vergleichbar beeinflussbar durch ein Image, das Nähe zu jugendlichen Lebenswelten und -themen signalisiert. Die Rangliste der Liebblingssender der 12- bis 19-Jährigen hat sich in den letzten Jahren wenig geändert. Pro7 (38 %) nimmt den ersten Platz ein, gefolgt von RTL (14 %), MTV (8 %), SAT 1 (7 %) und RTL 2 (6 %), das Erste/ARD wird von 4 % der 12- bis 19-Jährigen als liebstes Fernsehprogramm bezeichnet. Mit zunehmendem Alter verändern sich die Sender- und Programmfavoriten. Fast jeder zweite der 18- bis 19-Jährigen nennt Pro7 als Liebblingssender, die öffentlich-rechtlichen nehmen in dieser Altersgruppe den vierten Platz ein.³³⁶

639) Der enge Zusammenhang von Lebensthemen und Medienpräferenzen zeigt sich im Übrigen genauso mit Blick auf die beliebtesten Buchtitel. Laut JIM-Studie stehen an oberster Stelle der Beliebtheitsskala die Titel, die Spannung, Abenteuer und Fantasie versprechen. „Bei den – eher älteren – Jugendlichen sind einerseits die Action-Thriller von Dan Brown - ... sehr beliebt, für die Jüngeren bieten dagegen nach wie vor die Abenteuer von „Harry Potter“ großes Lesevergnügen.“³³⁷

3.6.3 Institutionelle Antworten

640) Ordnungsrechtliche, pädagogische und strukturelle Vorkehrungen und Maßnahmen des Jugendschutzes begleiten die Medien, insbesondere die audio-visuellen, seit ihrem Entstehen. Zunächst vorwiegend auf die Bewahrung vor Gefahren und Gefährdungen ausgerichtete ordnungsrechtliche Maßnah-

334 Zur Nutzung von kulturellen Einrichtungen und Angeboten siehe Unterabschnitt 3.6.1.2

335 Vgl. 12. KJB, S. 159

336 Vgl. JIM-Studie 2007, S. 23

337 JIM-Studie 2006, S. 22

332 Theunert, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

333 Vgl. Theunert, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

men sind im Laufe der Zeit durch so genannte erzieherische Ansätze des Jugendschutzes ergänzt worden. Diese betonen, dass eine wesentliche Schutzfunktion durch eine Stärkung von Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit der jungen Menschen selbst erfüllt werden kann.³³⁸ Außerdem kommt es darauf an, einzelne Anliegen des Jugendschutzes durch entsprechende jugendpolitische, auf die Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien allgemein ausgerichtete, Strategien zu ergänzen und zu untermauern. Denn viele Probleme, mit denen sich der Jugendschutz beschäftigt, sind mit seinen ordnungsrechtlichen oder erzieherischen Instrumentarien allein kaum wirksam zu bearbeiten. Demzufolge spricht man heute davon, dass der Jugendschutz in Deutschland, insbesondere auch der Jugendmedienschutz, aus drei Säulen besteht:

- Die erste Säule des Jugendschutzes bilden die *ordnungsrechtlichen* Regelungen: Durch Gesetze soll sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche vor den kommerziellen Interessen der Erwachsenen, hier der Medienanbieter, geschützt werden, wenn sie zu Gefährdungen führen.
- Daneben soll mit der zweiten Säule, den *pädagogischen Maßnahmen*, die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen sowie die ihrer Eltern gefördert werden, um sicher zu stellen, dass sie die Chancen der Mediengesellschaft nutzen und mit deren Gefährdung bewusst umgehen können.
- Die dritte Säule des Jugendschutzes ist der *strukturelle* Jugendschutz. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen

soll als Querschnittsaufgabe, die alle betrifft, für die sich alle verantwortlich fühlen und an der sich alle beteiligen können, durch geeignete Maßnahmen in den jeweiligen Zuständigkeiten realisiert werden. Beispiele dafür sind: die Gewährleistung umfassender Bildung, die Schaffung von attraktiven Freizeitangeboten oder Förderung von sportlichen Aktivitäten, die das Lebensumfeld von Jugendlichen so gestalten, dass sie Alternativen zur Medienutzung erfahren und durch intakte soziale Beziehungen besser vor Gefahren geschützt werden.

641) Die pädagogischen und strukturellen Maßnahmen sind eine notwendige und wesentliche Ergänzung des ordnungsrechtlichen Rahmens, auch wenn Kinder und Jugendliche vor extremistischen, pornografischen und Gewalt verherrlichenden Internetseiten geschützt werden sollen. Hierzu gehört auch, Jugendlichen selbst Wissen und ein Verständnis darüber zu vermitteln, dass sie bei der Einstellung von Inhalten ins Netz keine Rechtsverstöße begehen dürfen.

642) Eine Reihe von Gremien in unterschiedlicher Trägerschaft und mit verschiedenen Zuständigkeiten und Kompetenzen befassen sich mit der Sicherstellung des Jugendschutzes im Medienbereich. Zu unterscheiden sind insbesondere die Verortung von Trägermedien im Jugendschutzgesetz und von Rundfunk und Telemedien (also auch von Internet und privaten Fernseh Anbietern) im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Zur Einordnung des Jugendmedienschutzes in dieses Gesamtsystem und zur Bewertung seiner Handlungsmöglichkeiten für den Bereich des Internets soll folgende kurze Übersicht dienen:

Tabelle 36: Jugendmedienschutz

Gesetzliche Grundlage	Medien	Institutionen	Rechtsfolgen
Strafgesetz (StGB)	Alle Medien	Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Staatsanwaltschaften)	Strafverfahren
Jugendschutzgesetz (JuSchG)	Alle Medien mit Ausnahme Rundfunk und Telemedien Filme, DVD Computerspiele Bildschirmspielgeräte	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) (alle Medien außer Rundfunk), Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) Automatenselbstkontrolle (ASK)	Strafverfahren bei Verstößen gegen Beschränkungen durch Entscheidungen der BPjM OWiG-Verfahren bei Verstößen gegen Beschränkungen durch die Alterskennzeichnung
Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMSStV)	Elektronische Informations- und Kommunikationsmedien (Rundfunk und Telemedien – Internet)	Für private Anbieter: Landesmedienanstalten der Länder Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) Für öffentlich-rechtliche Anbieter: Rundfunkrat / Intendant	Verwaltungsverfahren (Beanstandung, Untersagung und Sendezeitbeschränkungen) OWiG-Verfahren bei Verstößen gegen Beschränkungen des JMSStV
		Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) von KJM anerkannt Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia (FSM) von KJM anerkannt	keine Maßnahmen durch die KJM, wenn das Angebot vor der Ausstrahlung einer Selbstkontrollereinrichtung vorgelegt wurde und diese die rechtlichen Grenzen ihres Beurteilungsspielraums nicht überschritten hat.

338 Vgl. § 14 SGB VIII

		jugendschutz.net – Telemedien Jugendschutzbeauftragte bei den Anbietern – Rundfunk und Tele- medien	Überprüfung von Angeboten der Telemedien. Bei Verstößen: Hinweis an Anbieter und Information der KJM
Keine spezielle gesetzliche Grund- lage	alle	Freiwillige Gremien der Wirtschaft zur Sicherstellung ethischer Grundsätze bei der Vermarktung von Medienprodukten wie z.B. Deutscher Presserat, Deutscher Werberat, DT-Control etc.	Sanktionsmöglichkeiten für Mitglieder, z. B. Rüge

Bayerisches Landesjugendamt im Zentrum Bayern Familie und Soziales

3.6.3.1 Welche Maßnahmen bestehen oder sind notwendig, um Jugendliche vor extremistischen, pornografischen und Gewalt verherrlichenden Internetseiten zu schützen?

643) Aufgaben und Maßnahmen des Jugendschutzes und des Jugendmedienschutzes begründen sich nicht allein oder in erster Linie im Hinblick auf die Nutzung des Internets durch junge Menschen. Allerdings hat die rasante Entwicklung des Internets zu einer zentralen weltweiten Kommunikationsplattform im geschäftlichen und privaten Bereich gezeigt, dass dieses Medium in nahezu alle Lebensbereiche Einzug gehalten hat. Die neuen IT-Technologien bieten einerseits vielfältige neue Möglichkeiten der Unterhaltung und Kommunikation, andererseits aktivieren diese technologischen Erneuerungen kriminelle Verhaltensweisen oder bringen neue Kriminalitätsformen sogar hervor. Gerade Kinder sind besonders gefährdet, mit Angeboten konfrontiert zu werden, die ungeeignet für sie sind. Dazu gehört die Konfrontation mit allen möglichen Arten von Straftaten und jugendgefährdenden Inhalten: von pornografischen Darstellungen bis zur verbotenen Pornografie wie Kinderpornografie, von extremistischen terroristischen Inhalten oder Gewaltdarstellungen bis hin zur Präsentation von Tötungsdelikten.

644) Gesetzliche Regelungen wie das Jugendschutzgesetz und der Jugendmedienschutzstaatsvertrag können und müssen dazu beitragen, dass das entsprechende Material nicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen gelangt. Allerdings ist es geradezu Kennzeichen der globalisierten Medienwelt, dass nationale Reglements nicht ausreichen, um Kinder und Jugendliche vor Gefährdung zu schützen. Die Notwendigkeit, Jugendschutz und insbesondere Jugendmedienschutz nicht auf ordnungsrechtliche Maßnahmen zu fokussieren, zeigt sich angesichts dieser Entwicklung in neuer Deutlichkeit.

645) Für den ordnungsrechtlichen Bereich haben sowohl der Bund als auch die Länder Gesetze verabschiedet, die den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor problematischen Internetangeboten sicherstellen sollen. Der Bund hat dazu im Jugendschutz geregelt (§ 18 JuSchG ff.), dass eine Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) eingerichtet wird, die Medien (außer Rundfunk) auf Antrag oder Anregung prüft und bei vorliegender Gefährdung in eine Liste für jugendgefährdende Medien aufnimmt (Indizierung). Diese in der Liste aufgeführten jugendgefährdenden Medien unterliegen weitreichenden Werbe-, Vertriebs- und Abgabe-

beschränkungen, um Minderjährige vor diesen Angeboten zu schützen. Die Liste, die ständig aktualisiert wird, wird den Anbietern von Filtern für das Internet kostenlos zur Verfügung gestellt und findet so Eingang in aktuelle Schutzsoftware.

646) Die Zuständigkeit für Aufsicht und Kontrolle von Internetinhalten liegt für die wesentlichen Bereiche (nicht Individualkommunikation³³⁹) bei den Ländern. Die Obersten Jugendbehörden der Länder haben für diese Kontrollmaßnahmen eine länderübergreifende Stelle – Zentralstelle der Obersten Landesjugendbehörden für Jugendschutz in Telemedien –, kurz: jugendschutz.net, gegründet. Mit der Novellierung des Jugendschutzgesetzes im Jahre 2003 und der Schaffung des Jugendmedienschutzstaatsvertrags (JMStV) wurde jugendschutz.net der Kommission für Jugendschutz (KJM) zugeordnet.

647) jugendschutz.net kontrolliert Anlass unabhängig, aber auch auf Grund von Anregungen oder notwendiger Schwerpunktsetzungen Internetangebote. Deutsche Anbieter gefährdender Inhalte werden gebeten, diese zu entfernen. Erfolgt dies nicht, werden über die Kommission für Jugendmedienschutz die notwendigen ordnungsrechtlichen oder über die Staatsanwaltschaften die notwendigen strafrechtlichen Maßnahmen eingeleitet.

648) Die Kommission für Jugendmedienschutz ist ein Organ der Landesmedienanstalten. Die Landesmedienanstalten sind zuständig für den Jugendschutz bei den Internetanbietern, die ihren Firmensitz in dem jeweiligen Bundesland haben.

649) Die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia Diensteanbieter (FSM) wirkt als anerkannte Selbstkontrollereinrichtung der Internetanbieter im Vorfeld staatlicher Maßnahmen auf ein sicheres Internet hin. Neben den gesetzlich vorgegebenen Kontrollmechanismen gibt es eine ganze Reihe von freiwilligen Maßnahmen, wie z. B. Hotlines, Beschwerdetelefone oder Selbstverpflichtungserklärungen der Anbieter, die flankierende oder ergänzende Schutzfunktionen haben.

650) Eine besondere Problematik stellt die Verbreitung von Computerspielen im Internet dar, da sich hier unterschiedliche Zuständigkeiten überschneiden. Die Länder bedienen sich für eine altersgemäße Kennzeichnung von Computerspielen (als Trägermedium) der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) als gutachterlicher Stelle. Mit der Un-

³³⁹ z. B. Mobiltelefon

terschrift des Ständigen Vertreters der Obersten Jugendbehörden der Länder (OLJB) bei der USK werden die Prüfvoiten der USK rechtsverbindliche Kennzeichen der OLJB. Werden gekennzeichnete Computerspiele auch im Internet angeboten (z. B. zum Kauf oder Download), muss auf diese Alterskennzeichnung hingewiesen werden.

651) Die Zuständigkeit für den Bereich des Internets (Telemedium) liegt bei den Landesmedienanstalten. Im Internet sind Software-Ergänzungen zu Computerspielen zu finden (patches), die den Charakter von Spielen wesentlich verändern können, sodass neue Gefährdungen entstehen (z. B. durch ein deutlich höheres Maß an Brutalität). Daneben gibt es im Internet Spiele, die von den Nutzern selbst gestaltet werden können und sich so zunächst einer Kontrolle entziehen. Aktuell problematisiert wird auch die Gefahr einer Online-Spielsucht.

Die Bayerische Staatsregierung hat zur Verbesserung des Jugendschutzes bei Computerspielen eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen in Form einer Gesetzesinitiative eingebracht, die gegenwärtig noch auf Bundes- und Länderebene diskutiert wird.

652) Das wesentliche Verfahren zur Sicherstellung des Jugendschutzes im Internet ist sehr kompliziert und teilweise langwierig. Zentrales Problem dabei sind die langen Entscheidungswege. Die Kommission für Jugendmedienschutz wird als Organ der Landesmedienanstalten gegenüber den Anbietern aktiv. Zur Feststellung des Verstoßes oder auch bei der Durchführung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens muss immer eine Befassung der jeweils zuständigen Landesmedienanstalt erfolgen. Diese langwierigen Abläufe führen zu Kommunikations- und Abstimmungsproblemen, insbesondere angesichts zum Teil unterschiedlicher Auffassungen zu Jugendschutzfragen.³⁴⁰

653) Bei jugendgefährdenden Internetangeboten muss zusätzlich die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien eingebunden werden. Ergibt die Prüfung durch die KJM, dass möglicherweise strafrechtlich relevante Aspekte vorliegen, ist die zuständige Staatsanwaltschaft bzw. die Zentralstelle des jeweiligen Bundeslandes einzuschalten.

654) Das Internet ist gekennzeichnet von seiner Internationalität und der Schnelllebigkeit der Angebote. Komplizierte Kontroll- und Abstimmungsmechanismen, wie sie gegenwärtig im Jugendmedienschutzstaatsvertrag vorgesehen sind, erschweren unnötig ein effektives und schnelles Eingreifen staatlicher Kontrollorgane.

655) Ein weiteres Problem besteht darin, dass die bestehende und bewährte Jugendschutzstruktur mit Jugendschutzfachkräften in den Jugendämtern der Landkreise und Kommunen und deren Anbindung an das Landesjugendamt und die Oberste Jugendbehörde nur unzureichend in die Kontrollmaßnahmen des Internets eingebunden sind. Gerade die Jugendschutzfachkräfte sind aber oft die ersten Ansprechpartner besorgter Eltern und Bürger, die sich direkt an ihr zuständiges Jugendamt wenden.

³⁴⁰ Vgl. hierzu: Analyse des Jugendmedienschutzsystems, Hans-Bredow-Institut, Oktober 2007, S. 370/371

656) Die Herausforderungen, denen sich der Jugendmedienschutz aktuell stellen muss, können insgesamt folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Der wachsenden Konvergenz der Medien, die mit einer Mediennutzung der Kinder und Jugendlichen einhergeht, die die verschiedenen Medien im Ensemble zusammenführt, der Verlagerung der Mediennutzung in den privaten Bereich, und nicht zuletzt der Internationalisierung kommerzieller Angebote und Verbreitungswege stehen unübersichtliche, nach (zwischenzeitlich technisch überholten) Übertragungsformen sortierte Zuständigkeiten der Gesetzgebung und Kontrolle des Jugendschutzes gegenüber. Insbesondere in Bezug auf die Sicherstellung des Jugendschutzes im Internet vor extremistischen, pornografischen, Gewalt verherrlichenden und sonstigen jugendgefährdenden Internetseiten kann deshalb festgestellt werden, dass die bestehenden Verfahren zwar grundsätzlich geeignet sind, den Schutz Minderjähriger sicherzustellen, dass es aber auch Optimierungsbedarf gibt. Wirksame Maßnahmen zur Verbesserung des Jugendmedienschutzes verfolgen, das zeigt die Erfahrung, bereits jetzt eine mehrdimensionale Strategie:³⁴¹

- Es ist erforderlich, gegen unzulässige Angebote im MedieneNetz vorzugehen. Die Auffindbarkeit solcher Angebote über Suchmaschinen muss erschwert werden. Die Schaffung einheitlicher Schutzstandards auf EU-Ebene ist hier besonders wichtig.

- Weiterhin ist es notwendig, Rücksichtnahme und Schutzmaßnahmen von Anbietern und entsprechende Selbstkontrollverfahren vor der Einstellung von Inhalten einzufordern.

- Und nicht zuletzt ist es wichtig, geeignete Angebote für Kinder und Jugendliche zu bewerben und z. B. durch besondere Kennzeichnungen und Gütesiegel auch für Eltern leicht erkennbar zu machen.

657) Durch folgende politisch herbeizuführende Maßnahmen kann eine Verbesserung im Einzelnen erreicht werden:

- Die *Verfahren zur Kontrolle* von Internetinhalten, insbesondere von problematischen, extremistischen, pornografischen und Gewalt verherrlichenden Internetseiten, müssen deutlich *gestrafft* und *vereinfacht* werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Kommission für Jugendmedienschutz von den Landesmedienanstalten finanziell, technisch und personell besser ausgestattet und beauftragt wird, Verfahren für die Kontrolle von Internet- und Fernsehangeboten im Auftrag der jeweiligen Landesmedienanstalt eigenständig durchzuführen. Ansiedlung und Organisation von Aufgaben und Zuständigkeiten müssen sich dabei in erster Linie an der Effektivität der Kontrollen und der Vereinfachung bzw. zeitlichen Verkürzung der Verfahrensabläufe orientieren.

- Des Weiteren erscheint es sinnvoll, die bewährte Struktur des Jugendschutzes im Bereich der Jugendhilfe besser für die Kontrollverfahren zu nutzen. Es wird vorgeschlagen, die *Obersten Jugendbehörden der Länder stärker in die Arbeit der KJM einzubeziehen*.

³⁴¹ Vgl. Günter, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

- Daneben ist es notwendig, den Jugendmedienschutzstaatsvertrag so zu ändern, dass *Prüfgremien bei der KJM* eingerichtet werden können, die unterhalb der Schwelle der im Gesetz vorgesehenen Prüfausschüsse die regelhaft anfallenden Prüfaufgaben wahrnehmen. So entlastet könnten sich die Prüfausschüsse auf notwendige Grundsatzentscheidungen und Berufungen konzentrieren. Die Verfahren könnten schneller durchgeführt werden.
- Es müssen verstärkt Anstrengungen insbesondere gegenüber den Produzenten von Betriebssystemen unternommen werden, um eine *geeignete, effektive Filtersoftware* zu entwickeln, die Kinder und Jugendliche vor problematischen Inhalten des Internets schützen kann, ohne die Möglichkeiten und Chancen zu begrenzen. Aktuell gilt dies insbesondere angesichts der zunehmend mobilen Internetnutzung über Handys, die sich vollständig der elterlichen Kontrolle entzieht.

658) Ein konsistenter und transparenter ordnungsrechtlicher Rahmen sowie dessen effektiver Vollzug ist zwar unverzichtbares Element einer Jugendpolitik, die den Jugendschutzauftrag glaubwürdig vertreten will. Dieser kann aber der modernen Medienwelt zunehmend weniger entsprechen, wird er nicht viel stärker als bisher durch die Vermittlung von Medienkompetenz bei Eltern, Kindern und Jugendlichen begleitet.

3.6.3.2 Welchen Stellenwert nimmt die Medienerziehung an Schulen ein? Wie werden die Lehrenden dafür aus- und fortgebildet?

659) Medienerziehung ist ein übergeordnetes Bildungs- und Erziehungsziel in allen Lehrplänen in Bayern, in den Fachlehrplänen werden immer Medienbezüge hergestellt. Prinzipiell ist Medienerziehung somit in den Schulen vorgesehen.

660) Die für die Schule charakteristische Medienwelt, die eindeutig von dem abstrakten Symbolsystem der Sprache dominiert wird und in der alle Medien primär zur Verbesserung der unterrichtlichen Lehr-/Lernprozesse eingesetzt werden, unterscheidet sich aber von den Medienwelten, die Jugendliche nutzen und in denen sie sich bewegen.

661) Besondere Schwierigkeiten entstehen, wenn Kinder und Jugendliche in zwei voneinander getrennten Medienwelten heranwachsen, dem schulischen Symbol- und Zeichensystem einerseits und ihrer eigenen Medienwelt andererseits. Insbesondere bildungsfernen und lernschwachen Schülerinnen und Schülern wird der Zugang zur Welt der Schule, ihren Anforderungen und Handlungsmustern so sehr erschwert.

662) In der Anhörung wurde die These vertreten, dass der vielfach beklagte „Leseknick“ bei Jungen im Grundschulalter – im Falle einer stark ausgeprägten Medienskepsis bei Grundschullehrkräften – verstärkt werden könne, weil deren Medienwelt nicht für die Leseförderung genutzt, sondern ausgeklammert werde.³⁴²

³⁴² Vgl. Marci-Boehnke, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007; Gemäß Bayerischem Staatsministerium für Unterricht und Kultus werde allerdings dem noch bestehenden Defizit in Bezug auf medienpädagogisch-informativ-technisches Interesse bzw. im Hinblick auf die Medienkompetenzen der Lehrkräfte gerade im Grundschulbereich seit längerem mit

663) Die stetig wachsende Bedeutung von Medien im Alltag von Schülerinnen und Schülern, die veränderten Anwendungsformen ebenso wie die gestiegenen Anforderungen an Medienkompetenz, erfordern mittelfristig eine grundlegende Umorientierung schulischer Medienerziehung. Lehrkräften wie anderen pädagogischen Fachkräften, aber auch Eltern, die kaum etwas über diese Medienwelten wissen, in denen die Schülerinnen und Schüler einen großen Teil ihrer Zeit verbringen, fehlt ein Zugang zum Verstehen jugendlichen Verhaltens. Insbesondere kann es so kaum gelingen, Interessen und Kenntnisse der Jugendlichen im Medienbereich sowie die damit verbundenen Kompetenzen für das schulische Lernen zu erschließen.

664) Allerdings zeigt sich, dass auch im bisher geltenden Rahmen die Umsetzung des übergreifenden Bildungs- und Erziehungszieles sehr unterschiedlich praktiziert wird. Medienerziehung ist eine Sache der Einzelschule, des Unterrichts der einzelnen Lehrkraft.³⁴³ Der Vergleich zwischen diesem Soll-Zustand und dem Ist-Zustand der Medienerziehung an Schulen zeigt, dass bereits jetzt sowohl Medienerziehung als auch Mediendidaktik in der Schule wesentlich stärker sein könnten:³⁴⁴

- Der Einsatz digitaler Medien im Fachunterricht hat sich zwischen 2002 und 2006 nicht erheblich gesteigert, auch das Verständnis von Medienerziehung ist nicht das, was eigentlich darunter zu verstehen ist.
- Als Gründe für den eingeschränkten Einsatz von digitalen Medien im Fachunterricht werden genannt, dass der Mehrwert nicht erkannt wird, und dass Zeitmangel oder Zeitaufwand, insbesondere von Medienprojekten im G8, diese verhindern.
- Außerdem beeinflussen schulische Organisationsprobleme wie Ausstattung und ungeeignete Räumlichkeiten den Medieneinsatz und die Medienerziehung in der Schule.

665) Aus Sicht der Schülerinnen und Schüler werden Lehrkräfte häufig weder in Inhalts- noch in technischen Fragen als kompetent in Sachen Medien eingestuft. Kinder tauschen sich über Medien mit ihren Freunden aus, auch noch mit ihren Eltern, aber Lehrkräfte gelten in aller Regel als nicht kompetent.³⁴⁵ Dabei wäre es erforderlich, dass Lehrkräfte, genauso wie Erzieherinnen und Erzieher und andere pädagogische Fachkräfte, die Medienentwicklung der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen sensibel begleiten. In den pädagogischen Institutionen, den vorschulischen wie den schulischen und außerschulischen - muss ein vernünftig ausgewogenes Verhältnis gefunden werden zwischen einer kritischen Haltung gegenüber Medien und dem Medienkonsum der Heranwachsenden und der Befähigung zur positiven Nutzung.

Allerdings zeigen viele empirische Untersuchungen, nicht nur in Deutschland, sondern zum Teil auch im europäischen Raum,

einem breiten Fortbildungsangebot entgegen gewirkt. Trotz dieser intensiven Fortbildungsbemühungen sei ein gewisser – wenn auch geringer – Prozentsatz der Lehrkräfte den neuen Medien gegenüber skeptisch bis ablehnend eingestellt. Hierbei würde es sich aber eher um eine Generationenfrage als um ein berufsspezifisches Problem handeln.

³⁴³ Vgl. Lukesch, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

³⁴⁴ Vgl. Haldenwang, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

³⁴⁵ Vgl. Marci-Boehnke, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

dass Medienerziehung in der Schule eigentlich nicht den Stellenwert hat,³⁴⁶ den sie gemessen an der Bedeutung von Medien aller Art im Alltag von Kindern und Jugendlichen haben müsste. Es gibt keine systematische Medienerziehung im Sekundarschulbereich, und der Einsatz neuer Medien zur Verbesserung der Lehr-/Lernprozesse erfolgt nur sehr sporadisch.³⁴⁷

666) Die anstehende Novellierung der Lehrerbildung bietet Gelegenheit, Verbesserungen der Qualifikation der Lehrkräfte in die Wege zu leiten:

- Es muss eine medienpädagogische Grundqualifikation aller Lehrkräfte über die Ausbildung als Teil des beruflichen Selbstverständnisses verankert werden. Die positiven Erfahrungen von erfolgreichen Modellversuchen³⁴⁸ sollten in breitem Umfang in pädagogische Studiengänge bzw. in die Lehramtsstudiengänge übernommen werden. Hierzu sind Lehrstühle für Medienpädagogik erforderlich. Die bestehenden drei Lehrstühle in Bayern, an denen Lehrkräfte ein Erweiterungsexamen in Medienpädagogik nach § 110b LPO ablegen können, entsprechen nicht dem Bedarf, die Vermittlung medienpädagogischer Grundqualifikationen in allen pädagogischen Studiengängen, insbesondere auch in der Lehrerbildung, breit zu verankern.
- Das vorhandene Erweiterungsstudium Medienpädagogik für alle Lehrämter muss im Rahmen der neuen Lehrerbildung unbedingt erhalten und ausgebaut werden.
- In der zweiten Phase der Lehrerausbildung ist die Vermittlung medienpädagogischer Kompetenzen verstärkt zu berücksichtigen. Deshalb sollte das Vorhaben einer entsprechenden Zusatzausbildung für alle Seminarlehrer dringend weiter verfolgt werden.
Eine Erweiterungsqualifizierung für die bereits im Beruf stehenden Lehrkräfte, wie z. B. die Ausbildung zum medienpädagogisch-informationstechnischen Berater, ist zusätzlich erforderlich.
- Für die medienpädagogische Aus- und Fortbildung können die Angebote der virtuellen Hochschule Bayern (vhb) genutzt werden, die 2002 bis 2006 entwickelt wurden. Es müssen allerdings Konzepte entwickelt werden, die diese virtuellen Angebote mit realen lokalen Angebotsformen verknüpfen, um möglichst in die Breite wirken zu können. Hierzu benötigen Lehrkräfte einen problemlosen Zugang zum Netz, d.h. einen schulischen Arbeitsplatz mit Internetzugang.

³⁴⁶ Vgl. Spanhel, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

³⁴⁷ Vgl. Spanhel 2005. Korrigierend zu diesem Befund verweist das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus darauf, dass es um die medienpädagogische und informationstechnische Kompetenz der bayerischen Lehrkräfte besser bestellt sei als auf der Grundlage der genannten Untersuchungen zu vermuten wäre. Das Ministerium verweist außerdem auf eine Vielzahl von medienpädagogischen und informationstechnischen Projekten und Unterrichtsvorhaben, z. B. 171 Laptopklassen, Schüllerradios, zahlreiche prämierte Schülerzeitungen, themengebundene Internetauftritte, in Wettbewerben ausgezeichnete mediengestützte Unterrichtsprojekte.

³⁴⁸ Vgl. Erziehungswissenschaftliche Fakultät Nürnberg, Lehrstuhl für Pädagogik II

3.6.3.3 Wie kann man die selbst- und teilverantwortliche Gestaltung von Medien bei Jugendlichen fördern? Art der von Jugendlichen selbst gestalteten Medien

667) Projekte aktiver Medienarbeit sind am besten dafür geeignet, die Kluft zwischen den Medienwelten des jugendlichen Alltags und den Lernwelten pädagogischer Einrichtungen und Angebote zu überwinden. Dabei kommt der Anregung und der Befähigung zu Eigenproduktionen von Kindern und Jugendlichen ein besonderer Stellenwert zu, wenn es darum geht, Medienkompetenz zu erwerben. Aktive Medienarbeit ist in der außerschulischen Jugendbildung ein wesentlicher und zunehmend wichtiger werdender Praxisansatz. Sie hat sich insbesondere in den letzten 20 Jahren sowohl inhaltlich wie strukturell erheblich weiter entwickelt und in Bayern insbesondere im Zusammenwirken mit den Organisationsstrukturen der Jugendarbeit etabliert. Die Rahmenbedingungen der außerschulischen Jugendbildungsarbeit sind besonders dazu geeignet, an der Lebenswelt der Jugendlichen und ihren Interessen anzusetzen. Anknüpfungspunkt der Angebote vor dem Hintergrund der Freiwilligkeit ist die hohe Affinität der Kinder und Jugendlichen zur Mediennutzung, die positiv aufgenommen wird. Pädagogisches Motto dabei ist „*Wir machen etwas mit euch zusammen mit den Medien. Ihr bringt das Interesse an den Medien mit, wir versuchen, das mit euch zusammen konstruktiv zu gestalten.*“³⁴⁹ Medien bieten dabei die optimale Möglichkeit, sowohl themenbezogen mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten als auch Medienkompetenz zu entwickeln. Dabei geht es um die Einsicht: Wie funktionieren Medien, wie manipulieren Medien, wie sind sie aufgebaut. Es geht aber in erster Linie immer darum, mit Kindern und Jugendlichen ins Gespräch zu kommen über ihre Lust, bestimmte Medieninhalte zu nutzen, und das eventuell auch medial mit ihnen aufzuarbeiten. So gelingt ein Zugang zu problematischen Vorlieben und Nutzungsformen, die sich erfahrungsgemäß auf diesem Weg auch in konstruktive und für die Persönlichkeitsentwicklung förderliche Formen umwandeln lassen.

668) Zur Vermittlung von Medienkompetenz durch aktive Medienarbeit auch im schulischen Bereich sollten folgende medienpädagogischen Maßnahmen gefördert und intensiv vorangetrieben werden:

- Medienprojekte in Kooperation von Schulen untereinander sowie mit außerschulischen Einrichtungen
- Kooperationen zwischen Schule und Jugend(medien)arbeit
- Entwicklung eines Schulnetzes unter Beteiligung von Lehrkräften und Schülern, in das Medienprodukte der aktiven Medienarbeit eingestellt werden und die Nutzung in Verbindung mit dem schulischen Lernen ermöglicht wird.

669) Medienarbeit an Schulen ist nicht zuletzt abhängig von der zur Verfügung stehenden Ausstattung mit Medien, dies gilt zum einen für die Medienprodukte / Filme, die über ein System von Ausleihstellen für den Schulalltag zur Verfügung stehen. Hier gibt es neben den 90 Medienzentren auf kommunaler Ebene zentrale Verleihstellen durch kirchliche Trä-

³⁴⁹ Vgl. Lutz, Anhörung, 19. Sitzung, 27.02.2007

ger und durch den unabhängigen Verein Landesmediendienst Bayern e.V. Insbesondere letzterer ist für die Lehrkräfte weiterhin ein wichtiger Anbieter. 60 % der Ausleihen des Landesmediendienstes wurden von Schulen getätigt.³⁵⁰ Das Angebot ist wegen seines einfach verfügbaren zentralen Zugangs – zunehmend auch online - und des Angebots an Information und Beratung auch in Zukunft unverzichtbar und sollte anteilig nach den Anwenderbereichen öffentlich gefördert werden.

670) Außerdem ist eine aktuelle Ausstattung mit neuen Medien (Hard- und Software) Voraussetzung einer modernen Medienarbeit. Zur Ausstattung der Schulen berichtet das Staatsministerium für Unterricht und Kultus Folgendes:

- 99 % der bayerischen Schulen haben einen Internetanschluss, 80 % Breitbandanschluss
- 80 % der Schulen haben eine lokale Vernetzung zumindest eines Teils der vorhandenen Computer, an den weiterführenden Schulen ist diese fast immer zu finden. Sehr unterschiedlich ist allerdings das Ausmaß der Vernetzung in den einzelnen Schulgebäuden.
- Das Verhältnis von Schülern zu Computern liegt in Bayern bei durchschnittlich 8,7.
- 30,6 % der Gymnasien haben einen, 42,2 % zwei und 24,4 % drei oder mehr Computerräume.
- 53,9 % der Volksschulen (7.–9. Jgst.) haben zwei, 13,9 % drei Computerräume.
- Ein Engpass wird noch in der Ausstattung mit Beamern gesehen. In den Volksschulen stehen durchschnittlich 2,5 Beamer pro Schule zur Verfügung, während Berufsschulen über 11,8 dieser Geräte verfügen.

671) Auch im außerschulischen Bereich ist wichtig, dass man Jugendliche und Kinder bei ihrer Mediennutzung oder bei ihrer Herstellung von Medienprodukten pädagogisch begleitet. Das ist ein Lernprozess, der nicht von selber funktioniert, die Affinität ist da und die Lust, mit Medien umzugehen. Aber der kompetente Umgang bis hin zur verantwortungsvollen Produktion und Gestaltung erfordert eine fachkundige Begleitung sowie bestimmte Rahmenbedingungen.

672) Die zurzeit in fünf Bezirken professionell tätigen Fachberaterinnen und -berater für Medienpädagogik unterstützen Jugendliche und Multiplikatoren bei der Durchführung von medienpädagogischen Projekten, entwickeln und qualifizieren ein ehrenamtlich arbeitendes Team von Referentinnen und Referenten und regen Modelle und Projekte an. Diese Struktur der Medienfachberatung der Bezirke gibt es in dieser Form nur in Bayern und hat sich als außerschulische Angebotsform in Zusammenwirken mit der Jugendarbeit als außerordentlich erfolgreich bewährt.

673) Die Produkte aktiver Medienarbeit brauchen Präsentationsmöglichkeiten und Sendeplätze. Das Bayerische Jugendfilmfestival „JuFinale“,³⁵¹ das 2008 sein 20-jähriges Jubiläum feiert, ist aus der Praxis der Fachberaterinnen und

-berater für Medienpädagogik in Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit der Bezirksjugendringe entwickelt worden. Zusätzlich zum Jugendfilmfestival hat sich ein Kinderfilmfestival entwickelt. Sowohl auf der Bezirks- wie auf der Landesebene werden Filme von Kindern für Kinder präsentiert. Auch die Hörmedien haben immer stärker in die Medienarbeit Einzug gehalten. Hier gibt es ebenfalls bereits die ersten Festivals, die vom Bayerischen Rundfunk in Kooperation mit dem Institut für Medienpädagogik, dem Bayerischen Jugendring und der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, veranstaltet werden.³⁵²

674) Die Aus- und Fortbildungskanäle (AFK) der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) bieten Jugendlichen die Gelegenheit, sowohl unter den Realbedingungen von Produktion und Redaktion, ihre Beiträge zu senden, als auch durch die Nähe zur Jugendarbeit über Themen der Jugendarbeit zu informieren. Das Prinzip ist: Medien berichten nicht über Jugend, sondern Jugend kommt selbst zu Wort. Dieses gilt auch im Hinblick auf die Bereitstellung von Sendezeiten für Lokalradiofrequenzen, was durch die BLM unterstützt und gefördert wird. Die hier tätigen Jugendredaktionen werden durch die Fachberaterinnen und -berater für Medienpädagogik begleitet. Zwischenzeitlich werden an sieben Standorten regelmäßig (wöchentlich) Sendungen produziert.³⁵³

675) Das Förderprogramm „In eigener Regie“ des JFF-Institut für Medienpädagogik und der BLM stellt eine weitere Form der Förderung aktiver Medienarbeit dar. Jugendmediengruppen können Ideen zu Film-, Hörspiel- oder Multimediaprodukten einreichen und erhalten eine finanzielle Unterstützung für die Produktionskosten. Über die Medienfachberatung werden ihnen zusätzlich fachkundige Beratung und Umsetzungshilfen vermittelt.

Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Berlin

Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Analyse des Jugendmedienschutzsystems - Jugendschutzgesetz und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Endbericht Oktober 2007

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest / JIM-Studie 2006

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest / JIM-Studie 2007

Spanhel, D.: Zehn Jahre schulische Medienpädagogik. Status quo, Aufgaben Perspektiven. In: merz (Medien und Erziehung), 49. Jg., 2005, H.2, S. 17-22

Zentrum für Kulturforschung (2004): Jugend-Kulturbarometer, Bonn

³⁵² Für das Fernsehen erprobt der Bayerische Rundfunk mit dem Programm „Südwild“ ein neues Format, um Jugendliche und ihre Themen ins Fernsehen zu bringen.

³⁵³ Jugendredaktionen sind zurzeit tätig in: Aschaffenburg, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Weiden, außerdem die AFK Redaktionen in Nürnberg und München.

³⁵⁰ Ausleihstatistik des Landesmediendienstes Bayern e.V. 2005 - 2007

³⁵¹ JuFinale ist ein gemeinsames Projekt des Bayerischen Jugendrings und des JFF, Institut für Medienpädagogik

3.7 G. Gesundheit und Jugendschutz

3.7.1 Von der Vermeidung gesundheitlicher Risiken zur Gesundheitsförderung

676) Für viele Menschen war Jugend lange Zeit gleichbedeutend mit Unbeschwertheit, Zukunftsoffenheit und kraftstrotzendem Optimismus in die eigenen Möglichkeiten. Untersuchungen und Alltagserfahrungen, die Jugendlichen z. B. eine Nullbock-Mentalität oder Zukunftsängste attestierten, irritierten gerade deshalb. Sie passten nicht in das gängige Bild von Jugend. Eine Folge dieses Mythos von Jugendlichkeit, dem bis heute weite Teile des Marketings, der öffentlichen Selbstinszenierung und der Wellnessindustrie folgen, ist, dass das Thema Gesundheit sich gleichsam von selbst erledigte. Jugendlichkeit und Gesundheit waren nahezu Synonyme. Die Mächtigkeit dieses Mythos dokumentiert sich nicht zuletzt an dem Umstand, dass jene Jugendliche, die diesem Bild nicht entsprachen, in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Chance hatten.

677) In den letzten 10 Jahren beginnt dieses Bild Risse zu bekommen. Der Jugendlichkeitsmythos verliert – u.a. auch aus demografischen Gründen – an Glaubwürdigkeit wie zugleich die Schattenseiten des Jugendalters und damit auch die gesundheitlichen Risiken stärker sichtbar werden. Öffentliche Aufregungen um jugendliches Risikoverhalten, wie zuletzt zum Thema „Koma-Saufen“ sowie wiederholte Hinweise über steigende Zahlen von psychisch auffälligen oder kranken Kindern und Jugendlichen haben zusammen mit den jüngsten, in der Öffentlichkeit breit diskutierten, Fällen von Verwahrlosung und Missbrauch von Kindern den Blick für die gesundheitlichen Risiken im Jugendalter geschärft. Die Forderungen nach schärferen Kontrollen, z. B. durch die Kinderärzte oder in Gaststätten, und dem Ausbau von so genannten Frühwarnsystemen sind Reaktionen auf die Einsicht, dass Kindheit und Jugend unter bestimmten Bedingungen mit hohen gesundheitlichen Risiken verbunden sind.

678) So ist denn auch die aktuelle politische und fachliche Diskussion vor allem auf die präzise Beschreibung und auf die möglichst frühzeitige Vermeidung von gesundheitlichen Risiken konzentriert. Gesundheit wird in diesem Zusammenhang weitgehend mit der Abwesenheit von Krankheit gleichgesetzt. Der Medizin und den vielfältigen therapeutischen Angeboten kommt dabei vorrangig die Aufgabe zu, manifest gewordene Krankheiten zu heilen und Unterstützung bei ihrer Bewältigung zu ermöglichen. Darüber gewinnt seit Jahren die Einsicht an Bedeutung, dass viele Krankheiten sich durch gezielte Prävention vermeiden ließen. Dementsprechend lässt sich aufseiten des Gesundheitssystems seit Langem ein kontinuierlicher Bedeutungszuwachs präventiver Maßnahmen beobachten. Dies ist auch die Stelle, an der üblicherweise die Jugendpolitik bzw. die pädagogische Praxis ins Spiel kommen: Von ihnen werden vor allem Beiträge zur gesundheitsbezogenen Prävention erwartet. In der politischen Debatte führte die stärkere Betonung des Präventionsgedankens u.a. zu den Bemühungen um das so genannte Präventionsgesetz.³⁵⁴

679) Wer den 2005 vorgelegten Gesetzentwurf allerdings genau liest, wird feststellen, dass es dabei nicht allein um gesundheitsbezogene Prävention geht, sondern dass zugleich auch von Gesundheitsförderung gesprochen wird. Damit wird ein wesentlich weiterer Horizont eröffnet. Grundlage dafür ist die Gesundheitsdefinition der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die am 21. November 1986 in Form der so genannten Ottawa-Charta beschlossen wurde. Dort heißt es: *„Gesundheitsförderung zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Um ein umfassendes körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden zu erlangen, ist es notwendig, dass sowohl Einzelne als auch Gruppen ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Wünsche und Hoffnungen wahrnehmen und verwirklichen sowie ihre Umwelt meistern bzw. verändern können. In diesem Sinne ist die Gesundheit als ein wesentlicher Bestandteil des alltäglichen Lebens zu verstehen und nicht als vorrangiges Lebensziel. Gesundheit steht für ein positives Konzept, das in gleicher Weise die Bedeutung sozialer und individueller Ressourcen für die Gesundheit betont wie die körperlichen Fähigkeiten. Die Verantwortung für Gesundheitsförderung liegt deshalb nicht nur bei dem Gesundheitssektor, sondern bei allen Politikbereichen und zielt über die Entwicklung gesünderer Lebensweisen hinaus auf die Förderung von umfassendem Wohlbefinden hin.“*³⁵⁵

680) Gesundheitsförderung in diesem Sinne beschränkt sich nicht auf die Vermeidung oder Linderung von Krankheiten. Zwar wäre Gesundheitsförderung ohne entsprechende präventive Maßnahmen kaum vorstellbar; während aber Prävention vorrangig zu vermeidende unerwünschte, also letztendlich krankmachende Handlungsweisen bzw. Zustände, also Krankheiten, im Blick hat, wird mit der Ottawa-Charta die Perspektive gleichsam umgedreht. In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken nun die individuellen, kollektiven und sozialen Ressourcen und Potenziale sowie deren gezielte Förderung bzw. Unterstützung, und zwar nicht nur auf der Seite der Subjekte, sondern auch im Hinblick auf gesellschaftliche Verhältnisse: *„Gesundheitsförderung ist ein komplexer sozialer und gesundheitspolitischer Ansatz und umfasst ausdrücklich sowohl die Verbesserung von gesundheitsrelevanten Lebensweisen als auch die Verbesserung von gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen. Gesundheitsförderung will nicht nur individuelle Lebens- und Handlungsfähigkeiten beeinflussen und Menschen zur Verbesserung ihrer Gesundheit befähigen. Sie zielt darüber hinaus auf ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Faktoren und auf die politische Intervention zur Beeinflussung dieser gesundheitsrelevanten Faktoren.“*³⁵⁶

681) Dieses Verständnis von Gesundheitsförderung weist eine Vielzahl von Anschlusspunkten zu fachlichen Standards der Kinder- und Jugendhilfe und anderer pädagogischen Praxen sowie – auf einer etwas allgemeineren Ebene – zur Jugendpolitik auf. Konzepte wie die Ressourcenorientierung und Empowerment sind ebenso unmittelbar anschluss-

³⁵⁵ Vgl. http://www.euro.who.int/AboutWHO/Policy/20010827_2?language=German

³⁵⁶ Kaba-Schönstein 2006, S. 73

fähig wie Ansätze zur Stärkung von Schutzpotenzialen oder Standards zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

682) Das Zusammendenken von gesundheitsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung stellt eine der zentralen Leitlinien moderner Jugendpolitik dar. Auch wenn die Fragen des Landtages vorrangig auf Gefährdungen und die Vermeidung von Krankheiten orientiert waren, so ist die Enquete-Kommission der Überzeugung, dass dieser pathogenetische Blick die Jugendpolitik nicht dominieren darf. Mindestens genau so wichtig ist darüber hinaus gehend die Beantwortung der Frage, was Jugendpolitik und pädagogische Praxis für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Bayern leisten können.

3.7.2 Gesundheitliche Risiken im Jugendalter

683) Wer sich über gesundheitliche Risiken im Jugendalter informieren möchte, sieht sich mit sehr heterogenen Informationsquellen konfrontiert. Neben amtlichen Daten aus unterschiedlichen Quellen stehen mehr oder weniger repräsentative Befragungen, die nicht selten auf den Selbstauskünften Jugendlicher basieren, also je nach Art der Befragung und je nach Thema mit Vorsicht zu genießen sind. Hinzu kommen Daten vonseiten der Versicherungen, der Ärzteschaft sowie empirische Studien. Da sowohl die Einteilung in Altersgruppen als auch die jeweils in Anspruch genommenen Indikatoren differieren, können die Ergebnisse nicht einfach verglichen werden. Hinzu kommt, dass für einige Aspekte, z. B. psychische Erkrankung von Jugendlichen, keine verlässlichen Zahlen vorliegen. Einen ersten wichtigen Schritt, die Defizite an dieser Stelle abzubauen, stellen die Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurveys des Robert-Koch-Institutes dar.³⁵⁷ Daten erhoben wurden zu insgesamt 17.641 Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 17 Jahren. Allerdings liegen für viele Themenfelder zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes nur erste Ergebnisse vor. Zu berücksichtigen ist schließlich, dass bislang keine regionalisierten Auswertungen vorliegen und für eine Reihe interessanter Fragestellungen aufgrund der Größe der Stichproben keine regional bezogenen Auswertungen möglich sein dürften. Alle aus dieser Studie zitierten Aussagen beziehen sich deshalb auf das Bundesgebiet; es ist aber davon auszugehen, dass die Unterschiede gegenüber Bayern nicht allzu groß ausfallen dürften.

684) Allerdings wurden diese Daten in der Zeit von Mai 2003 bis Mai 2006 erstmalig erhoben. Wie weiter unten am Beispiel des Alkoholkonsums zu zeigen sein wird, sind querschnittliche Daten zum Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen insofern nur bedingt aussagekräftig, als dieses offenbar auch innerhalb kurzer Zeiträume deutlichen Schwankungen unterliegt. Für die Jugendpolitik deutlich hilfreicher wären längsschnittlich angelegte Studien, die die Entwicklungen im Zeitverlauf dokumentieren können.

685) Vor diesem Hintergrund stellt die wichtigste Grundlage für bayerische Daten die im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

2005 durchgeführte Umfrage zum Thema Gesundheitsverhalten von Jugendlichen, die so genannte health-care-Studie, dar, die zum Teil auf vorangehende Studien aufbaut und deshalb auch Entwicklungen dokumentieren kann.³⁵⁸

686) Eine weitere wichtige Quelle ist die Beantwortung der Interpellation der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN des Bayerischen Landtages zu dem Themenkomplex Drogen, Sucht, Suchthilfe und Prävention in Bayern.³⁵⁹

687) Darüber hinaus gehende Beschreibungen gesundheitlicher Risiken im Jugendalter in Bayern sind gegenwärtig nur näherungsweise möglich. Wenn dennoch im Folgenden auch Querschnittsdaten vorgestellt werden, dann in der Absicht, wenigstens eine erste punktuelle Annäherung an die Problemkonstellationen zu ermöglichen. Angesichts der auch im Folgenden sich abzeichnenden Herausforderungen wäre zu begrüßen, wenn die Politik alle Anstrengungen, an dieser Stelle den Wissensstand zu verbessern, unterstützen würde.

3.7.2.1 Suchtverhalten junger Menschen in Bezug auf legale und illegale Drogen

688) Die bayerische Jugendgesundheits-Studie aus dem Jahr 2006 macht deutlich, dass in Bayern der „Alkoholkonsum der Jugendlichen in den letzten fünf Jahren sich nicht wesentlich verändert hat“³⁶⁰ „Konsumierten 1995 noch 23 % der bayerischen 12- bis 24-Jährigen regelmäßig (mehrmals wöchentlich) Alkohol, sind es in den Jahren 2000 und 2005 jeweils 18 %.“³⁶¹ Allerdings indizieren jüngere Daten auf Bundesebene, wie z. B. die Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), dass seitdem der Konsum von Alkohol wieder deutlich zugenommen hat.³⁶²

689) Diese Schwankungen sind keineswegs ungewöhnlich. Wie die Studie der BZgA belegt, lassen sich entsprechende Wellenbewegungen für alle Altersgruppen und beide Geschlechter zeigen: „Der regelmäßige Alkoholkonsum, d. h. der mindestens wöchentliche Konsum mindestens eines alkoholischen Getränkes, verringert sich bei den 12- bis 17-jährigen Jugendlichen von 21% im Jahr 2004 auf 19% im Jahr 2005. Innerhalb der beiden folgenden Jahre steigt der Konsum an und im Jahr 2007 trinken mit 22% etwa genauso viele Jugendliche regelmäßig Alkohol wie im Jahr 2004. Dieses Verlaufsmuster zeigt sich auf unterschiedlichen Niveaus und mit unterschiedlicher Intensität sowohl für männliche als auch weibliche Jugendliche und ist auch bei den jüngeren Jugendlichen im Alter von 12 bis 15 Jahren zu beobachten. Bei männlichen Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren ist dieser Verlauf besonders ausgeprägt.“³⁶³ Diese Schwankungen haben viele Ursachen. Aufklärungskampagnen, Präventionsstrategien und gezielte ordnungspolitische

358 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006

359 Bayerischer Landtag 2007, Drs. 15/8376

360 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 6

361 ebd.

362 BZgA 2007, S. 13

363 ebd., S. 8

357 Bundesgesundheitsblatt Bd. 50, Heft 5/6 2007

Interventionen zusammen mit wachsendem öffentlichen Problembewusstsein führen zu punktuellen Rückgängen, während das Aufkommen neuer Modegetränke, veränderte Trinkgewohnheiten und entsprechendes Vorbildverhalten zu Anstiegen kurze Zeit später führen können.

690) Um dennoch eine Annäherung an die aktuelle Situation zu erhalten, seien im Folgenden einige ausgewählte Ergebnisse vorgestellt.

691) Widmet man sich zunächst den Geschlechterunterschieden etwas genauer, liefern die Daten des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey des Robert-Koch-Institutes aufschlussreiche Hinweise. Von den im Rahmen dieser Studie befragten 11- bis 17-Jährigen gaben etwas mehr als ein Drittel der Jungen und etwas mehr als ein Fünftel der Mädchen an, mindestens einmal in der Woche Alkohol zu konsumieren.³⁶⁴ Dabei trinken die Jungen und jungen Männer deutlich häufiger (2005: 30 %) als die Mädchen und jungen Frauen (2005: 7 %). Entsprechend deutlich höher ist der Anteil der Mädchen und jungen Frauen bei den Gelegenheitstrinkern und den Abstinente. Und allen Vorurteilen entsprechend trinken junge Männer vorrangig Bier, während junge Frauen eher Wein und alkoholische Mixgetränke konsumieren.

692) Eine jugendpolitische und gesundheitspräventive besondere Herausforderung stellt die Gruppe der Jugendlichen mit hohem bzw. übermäßigem Alkoholkonsum dar: „Während in der Vergangenheit immer weniger Jugendliche zu exzessivem Alkoholkonsum neigten, scheint dieser positive Abwärtstrend 2005 beendet zu sein. Der Anteil der Jugendlichen mit »hohem bzw. übermäßigem« Alkoholkonsum sank zwischen 1976 und 1995 von rund 20% auf 10% und verringert sich im Jahr 2000 nochmals auf rund 8%. Im Jahr 2005 stieg der Anteil der starken Alkoholkonsumenten wieder auf 9% (verteilt auf 15% der jungen Männer und 2% der jungen Frauen). In der Gruppe der 18- bis 24-jährigen Jugendlichen gehören 13% zu den exzessiven Alkoholkonsumenten. Darunter befinden sich 22% der 18- bis 20-jährigen bzw. 24% der 21- bis 24-jährigen Männer und 4% der 18- bis 20-jährigen bzw. 2,5% der 21- bis 24-jährigen Frauen.“³⁶⁵

693) Über regionale Unterschiede beim Alkoholkonsum im Jugendalter gibt es für Bayern keine verwertbaren Informationen. Der Gesundheitsmonitor des StMUGV aus dem Jahr 2005 verweist auf die Verzehrstudie 2003, die allerdings keine jugendpolitisch relevanten Informationen enthält.³⁶⁶ So kann auch die in der Enquete-Kommission intensiv diskutierte Frage, ob und wenn ja in welchem Umfang einerseits Volksfeste im Zusammenspiel mit problematischem erwachsenem Vorbildverhalten und andererseits fehlende alternative Freizeitangebote gerade auf dem Land zu erhöhtem Alkoholkonsum unter Jugendlichen führen, angesichts dieser Datenlage nicht eindeutig beantwortet werden.

694) Die öffentliche Diskussion zum Thema Alkohol bei Jugendlichen war in den letzten Jahren einerseits durch die

³⁶⁴ Lampert/Thamm 2007, S. 604

³⁶⁵ Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 6 f.

³⁶⁶ Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2005, S. 2

Sorge bestimmt, welche Rolle die Alkopops spielen würden, und andererseits durch die Debatte zum so genannten Koma-Saufen. In Bezug auf die vor einigen Jahren viel diskutierten Alkopops stellt die bayerische Jugendgesundheitsstudie fest, dass sie offenbar (aufgrund der erheblichen Verteuerung durch die „Alkopopsteuer“) an Bedeutung verlieren, wobei nach wie vor die Mädchen sie deutlich häufiger konsumieren. Definiert man Rauschtrinken anhand des in den USA weithin anerkannten Kriteriums „Konsum von fünf oder mehr Drinks zu einer Gelegenheit“ zeigt sich, dass „46% aller Jugendlichen in Bayern an mindestens einem Tag innerhalb der letzten 30 Tage fünf alkoholische Getränke wie Bier, Wein oder Spirituosen und mehr hintereinander zu sich genommen (haben). 28% aller Jugendlichen trinken exzessiv an ein bis zwei Tagen pro Monat, 10% an drei bis vier Tagen pro Monat und 9% an fünf oder mehr Tagen.“³⁶⁷ Der weit überwiegende Konsum dürfte dabei am Wochenende stattgefunden haben. Partys, Discos und Volksfeste sind dabei ebenso häufige Anlässe wie gemeinsamer Urlaub. Einen engen Zusammenhang gibt es zwischen der Häufigkeit des Ausgehens und der Häufigkeit des Alkoholkonsums.

695) Jugendpolitisch von Bedeutung ist, dass die soziale Akzeptanz des Alkoholkonsums gestiegen ist. Die bayerische health-care-Untersuchung weist darauf hin, dass seit 1990 die Zustimmung der befragten Jugendlichen zu den Aussagen „Jeder sollte irgendwann einmal die Erfahrung des Betrunkenseins gemacht haben“ und „Zu einer gelungenen Fete gehört auch Alkohol“ kontinuierlich gestiegen ist. So stimmten in der letzten Befragung 2005 39 % der Jugendlichen der ersten Aussage zu und 42 % der zweiten Aussage. Die Studie interpretiert diese Werte als eine gestiegene soziale Akzeptanz des Alkoholkonsums unter Jugendlichen.³⁶⁸ Entgegen manchen Vermutungen erweisen sich auch Frustration, Langeweile, Sinnlosigkeit, Einsamkeit oder Stress nur bei einer kleinen Gruppe als Anlässe für das Trinken.³⁶⁹ Typisch für Jugendliche sind stattdessen episodische Formen des Trinkens, die allerdings schnell Gefahr laufen, ins Maßlose zu entgleiten. Wichtig scheint darüber hinaus zu sein, wie die Daten des Robert-Koch-Institutes belegen, dass Eltern meist dazu neigen, den Alkoholkonsum ihrer Kinder zu unterschätzen.³⁷⁰

696) Allerdings bereitet die jugendpolitische bzw. pädagogische Bewertung dieser und ähnlicher Daten einige Schwierigkeiten. Zwar sind die Vorgaben des Jugendschutzgesetzes (§§ 4 und 9 JuSchG; siehe dazu auch unten Nrn. 754 ff.) eindeutig; doch so lange Erwachsene sich gleichsam augenzwinkernd an ihren ersten Rausch erinnern und sich weg-drehen, wenn Jugendliche schon in jungen Jahren öffentlich und im privaten Raum Alkohol konsumieren, erscheinen die Vorgaben des Jugendschutzgesetzes nicht nur in der Wahrnehmung der Jugendlichen als ziemlich willkürlich.

³⁶⁷ Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 8

³⁶⁸ ebd., S. 10

³⁶⁹ Bei diesen zeitlich begrenzten Fluchtversuchen aus einer scheinbar sinnentleerten Welt erweist sich der Genuss von Alkohol und anderen Drogen als ein Oberflächenphänomen, das nicht als solches gelöst werden kann, sondern Antworten auf die Frage nach den Zukunftsperspektiven dieser Jugendlichen erfordert.

³⁷⁰ Lampert/Thamm 2007, S. 605

Hinzu kommt, dass es jenseits der im Jugendschutzgesetz formulierten Altersgrenzen keinen gesellschaftlichen Konsens gibt, wie viel Alkohol in welchem Alter angemessen zu sein scheint. In der bayerischen health-care-Studie wird für das Jahr 2005 festgestellt, dass 13 % der 18- bis 24-Jährigen als starke Alkoholkonsumenten ausgewiesen werden können. Dies ist in jedem Fall ein zu hoher Anteil; doch angesichts des hohen Stellenwerts von Alkohol in seinen vielfältigen Formen im Alltag Erwachsener ist dies kein spezifisches Jugendproblem. Jugendpolitik und pädagogische Praxis kommen in dieser Konstellation in ein eigenartiges Dilemma, das zwischen offensiver gesundheitsbezogener Prävention einerseits und Glaubwürdigkeit andererseits changiert. Dies darf jedoch nicht dazu führen, auf diese notwendigen Diskussionen und Maßnahmen zu verzichten.

697) In Bezug auf den Konsum illegaler Drogen fasst die bayerische Jugendgesundheitsstudie die Ergebnisse in der auf den ersten Blick fast schon paradox anmutenden Überschrift „Drogenkonsum nimmt nicht weiter zu – Drogenerfahrung steigt“ zusammen.³⁷¹ Die Studie stellte fest, dass es in den letzten Jahren keine dramatischen Veränderungen des jugendlichen Drogenkonsums in Bayern gegeben habe. Die in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts zu beobachtende Zunahme habe sich nicht fortgesetzt: „Waren 1995 11% und 2000 14% der 12- bis 24-Jährigen der Gruppe der aktuellen Drogenkonsumenten zuzurechnen, so sind es im Jahr 2005 13%. Darunter befinden sich 14% Jungen und junge Männer gegenüber 11% Mädchen und jungen Frauen. Auch wenn der Anteil der Jugendlichen mit Drogenerfahrung in den letzten Jahren gewachsen ist, zeigt sich, dass die meisten jungen Menschen über das Probierstadium hinaus nicht zu einem dauerhaften Drogenkonsum neigen.“³⁷² Sieht man sich die Altersgruppen näher an, zeigt sich, dass allein bei der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen, also den jungen Erwachsenen, ein kontinuierlicher Anstieg des Drogenkonsums zu verzeichnen ist.

698) Mit einer Ausnahme sind die Jungen und jungen Männer erkennbar höher belastet als die Mädchen und jungen Frauen. Die Ausnahme bilden die 15- bis 17-Jährigen, bei denen es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern in Bezug auf den Drogenkonsum gibt (14 %).

699) Fragt man nach den Gründen für den Drogenkonsum, zeigt sich ebenfalls, dass an dieser Stelle sich wenig geändert hat: „Die wichtigsten Gründe, Drogen auszuprobieren, sind Neugier (15% aller Jugendlichen) und der Wunsch, etwas Neues, Aufregendes erleben zu wollen (9%). 4% bis 6% aller Jugendlichen geben weitere Motive an wie: Glücksgefühle

erleben, den Alltag vergessen, Musik und andere Dinge anders wahrnehmen und ein gutes körperliches Gefühl haben.“³⁷³ Eine Abhängigkeit wird bei 1 % aller Jugendlichen befürchtet.

700) Jugendpolitisch von Bedeutung ist die Tatsache, dass der Anteil der drogenerfahrenen Jugendlichen zugenommen hat. 2005 hat jeder vierte Jugendliche mindestens einmal Drogen probiert. „Gleiches gilt für die Intensität des Konsums: Gab es unter den drogenerfahrenen Jugendlichen 1995 etwa 18% »starke User«, sind es 2000 23% und 2005 sogar 29%. Bezogen auf die Gesamtheit der Jugendlichen bedeutet das: Im Jahr 2005 sind knapp 7% aller 12- bis 24-Jährigen intensive Drogenkonsumenten. Dagegen waren es im Jahr 1995 noch 4%. Gut die Hälfte der aktuellen Drogenkonsumenten im Jahr 2005 nimmt eigene Schwierigkeiten im Umgang mit Cannabis oder anderen Substanzen selbst wahr.“³⁷⁴ Wenn es darum geht, illegale Drogen erstmals auszuprobieren, steht Cannabis an erster Stelle. Alle anderen Drogen werden jeweils nur von einem kleinen Teil der Jugendlichen konsumiert. Heroin sowie die so genannten Designdrogen spielen keine erwähnenswerte Rolle.³⁷⁵

701) Im Jahr 2006 wurde von der bayerischen Polizei gegen 3.485 Jugendliche wegen eines Rauschgiftdeliktes ermittelt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang von über 25 %.³⁷⁶ Dies gilt sowohl für den Bereich der allgemeinen Verstöße als auch im Bereich Handel und Schmuggel.³⁷⁷

3.7.2.2 Nikotinkonsum junger Menschen

702) Die Daten der bayerischen Jugendgesundheitsstudie zeigen, dass der Anteil an jugendlichen Raucherinnen und Rauchern gegenüber 2000 wieder rückläufig war – wobei anzumerken ist, dass er zwischen 1995 und 2000 etwas zunahm. Demnach rauchten 2005 28 % der befragten Jugendlichen in Bayern. Unterscheidet man nach Altersgruppen, zeigt sich: „Bei den 12- bis 14-Jährigen sind die Raucheranteile geringfügig gestiegen (bei Jungen 1995: 4%; 2005: 4,5%; bei Mädchen 1995: 4%; 2005: 5%). Bei den 15- bis 17-Jährigen ist der Anteil im 10-Jahres-Vergleich konstant geblieben (1995: 26%; 2005: 26%). Einen Zuwachs gibt es bei den 18- bis 20-Jährigen (1995: 34%; 2005: 39%), während die Anteile der Raucher bei den 21- bis 24-Jährigen (1995: 38%, 2000: 40% und 2005: 40%) nahezu konstant geblieben sind. Auffallend ist, dass in allen Altersgruppen insgesamt mehr Mädchen als Jungen rauchen.“³⁷⁸

703) Zugleich wird offenbar früher mit dem Rauchen begonnen. So stieg der Anteil derjenigen, die vor ihrem 16. Lebensjahr mit dem Rauchen begannen. Wichtiger aber noch erscheint der Umstand, dass der Anteil derjenigen, die im

371 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S.16. Unterschieden werden in der Studie fünf Typen: (1) Erfahrene: Personen, die jemals illegale Suchtmittel probiert haben. (2) Aktuelle Konsumenten: Personen, die innerhalb der letzten fünf Monate Suchtmittel verwendet haben. (3) Ehemalige Konsumenten: Personen, bei denen der letzte Konsum mehr als sechs Monate zurückliegt. (4) Probierer: Personen, die mindestens einmal und maximal fünfmal illegale Suchtmittel verwendet haben. (5) Starke Konsumenten (User): Personen, die häufiger als fünfzig Mal illegale Suchtmittel verwendet haben.

372 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 16

373 ebd.

374 ebd., S. 17

375 ebd.

376 Bayerisches Landeskriminalamt 2007, S. 12, siehe hieraus auch die Übersicht im Anhang

377 Zu den polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit illegalem Drogengebrauch siehe auch Bayerischer Landtag 2007, S. 33 ff. – allerdings ohne besondere Bezugnahme auf Jugendliche.

378 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 12

Alter von 12 und 13 begonnen haben, innerhalb von zehn Jahren um 11 % zugenommen hat (1995: 15 %; 2000: 23 %; 2005: 26 %) ³⁷⁹ – wobei zu berücksichtigen ist, dass sich diese Prozentsätze auf eine insgesamt sinkende Zahl jugendlicher Raucherinnen und Raucher beziehen.

704) Vergleicht man hierzu die bundesweiten Daten des Robert-Koch-Institutes, die allerdings auf der etwas jüngeren Altersgruppe der 11- bis 17-Jährigen basieren, zeigen sich ein paar Unterschiede. Vor allem hinsichtlich der Geschlechteranteile kommt der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey zu dem Ergebnis, dass die Jungen im geringen Umfang stärker belastet sind als die Mädchen. ³⁸⁰ Im Vergleich zu den bayerischen Daten wird also zumindest in Bezug auf die erwähnte Altersgruppe eine genau umgedrehte Belastung der Geschlechter behauptet. Angesichts unterschiedlicher Stichproben, Zeitpunkte und Erhebungsverfahren sind diese, zumal auch die Differenzen nicht sehr groß sind, eindeutig. Sie verweisen allerdings erneut darauf, wie vorsichtig man mit den Daten agieren muss.

705) Einem Großteil der Jugendlichen sind die mit dem Rauchen verbundenen gesundheitlichen Risiken bewusst. 90 % der jugendlichen Raucherinnen und Raucher bezeichnen ihr Verhalten als Sucht. ³⁸¹

706) Parallel dazu hat Rauchen bei Jugendlichen 695 an Ansehen und Akzeptanz verloren, während aktive Maßnahmen des Nichtraucherschutzes weithin unterstützt werden. ³⁸² Allerdings scheinen sowohl der Freundeskreis als auch die Eltern eine wichtige Rolle einzunehmen. „Von den 14- bis 17-Jährigen, deren Freunde rauchen, geben 44,9 % der Jungen und 42,9 % der Mädchen an, selbst zu rauchen. Wenn die Freunde nicht rauchen, liegen die Prävalenzen hingegen nur bei 7,8 % bzw. 11,5 %.“ ³⁸³ Analoges gilt in Bezug auf die Eltern, wobei allerdings der Einfluss der nicht-rauchenden Eltern nicht ganz so groß ist. ³⁸⁴

3.7.2.3 Medikamentengebrauch von jungen Menschen

708) Im Rahmen der health-care-Studie wurden Jugendliche auch über die Häufigkeit der Verwendung von Medikamenten befragt. Eine zentrale Rolle spielten dabei Medikamente mit so genannten psychotropen Eigenschaften (also z. B. Beruhigungs-, Schlaf-, Anregungsmittel, Psychopharmaka, Schmerzmittel) sowie der Missbrauch von Medikamenten. Die Gruppe der Jugendlichen, die regelmäßigen Medikamentenmissbrauch betreiben, ist mit 4,3 % in Bayern relativ klein. ³⁸⁵ Allerdings hat sich der Prozentsatz in den letzten Jahren leicht erhöht. In absoluten Zahlen sind es aller-

dings immer noch rund 69.000 Jugendliche. In den meisten Fällen waren es psychosomatische Symptome wie z. B. Kopfschmerzen, Nacken-/Schulerschmerzen und Rücken-/Kreuzschmerzen, die den Anlass lieferten. Unruhe, Erregbarkeit und Nervosität waren mit 40 % Ausgangspunkte für regelmäßigen Medikamentenkonsum. „50 % der regelmäßigen Medikamentenkonsumenten unter den Jugendlichen sagen, dass ihnen die Medikamente (»sehr gut« oder »gut«) helfen, um »gut drauf zu sein«. Bei den seltenen Verwendern sind es nur 30%. Bei den regelmäßigen Konsumenten ist auch das Motiv »fit zu bleiben« häufiger als bei denjenigen, die selten Medikamente einnehmen (30% vs. 21%). Des Weiteren werden »Probleme/Stress in der Schule oder im Beruf« (45 % vs. 8 %) und »Zoff« mit Eltern, Partnern, Freunden etc. (21 % vs. 4 %) als Gründe für die Medikamenteneinnahme angegeben.“ ³⁸⁶ Diese Daten deuten an, dass die von außen formulierte wie auch selbst gestellte Erwartung, ständig „gut drauf sein zu müssen“, und Stressbelastungen ³⁸⁷ offenbar wesentliche Motive für regelmäßigen Medikamentenkonsum darstellen. Medikamente erscheinen für diese Jugendlichen offenbar hilfreicher als Eltern, Freunde oder pädagogische Angebote. ³⁸⁸

3.7.2.4 Art und Zahl von psychischen Krankheiten bei jungen Menschen

709) Amtliche verlässliche Daten zu Art und Häufigkeit psychischer Erkrankungen junger Menschen in Bayern wie auch in Deutschland gibt es nicht. Die beste Datengrundlage liefert der schon erwähnte bundesweit angelegte Kinder- und Jugendgesundheitsurvey des Robert-Koch-Institutes. Auf der Basis 2.863 befragter Familien mit 1.722 Kindern und Jugendlichen im Alter von 7 bis 17 wurde mithilfe standardisierter Screeningverfahren festgestellt, dass insgesamt 21,9 % dieser Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten zeigten. 10 % litten unter Ängsten, bei 7,6 % wurden Störungen des Sozialverhaltens festgestellt und 5,4 % litten unter Depression. Aufmerksamkeitsdefizit- bzw. Hyperaktivitätsstörungen (ADHS) wurden bei 2,2 % diagnostiziert. ³⁸⁹

710) Fachleute gehen nach Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz davon aus, dass die Häufigkeit psychischer Erkrankungen im Jugendalter nicht wesentlich von der im Erwachsenenalter abweicht.

711) Bei schweren psychischen Störungen, die eine stationäre Behandlung erfordern, kann auf die Krankenhausstatistik zurückgegriffen werden. Demnach wurden im Jahr 2004 in Bayern insgesamt 25.042 Fälle von psychischen Erkrankungen in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen stationär behandelt. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielt dabei Alkohol eine wichtige Rolle. In der Altersgruppe 15 bis

³⁷⁹ Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 12; vgl. auch Lampert/Thamm 2007, S. 602

³⁸⁰ Lampert/Thamm 2007, S. 602

³⁸¹ Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 14

³⁸² ebd.

³⁸³ Lampert/Thamm 2007, S. 604

³⁸⁴ ebd.

³⁸⁵ Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 18

³⁸⁶ ebd., S. 18 f.

³⁸⁷ Vgl. den Unterabschnitt 3.7.2.5 zum Thema Stressbelastung

³⁸⁸ Vgl. hierzu auch das Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 25.05.2005 zum Beschluss des Bayerischen Landtages vom 09.07.2003 (Drs. 14/13280) betreffend ADHS-Problematik bei Kindern.

³⁸⁹ Ravens-Sieberer/Wille/Bettge/Erhart 2007

25 Jahre waren im Jahr 2004 insgesamt 5.024 stationäre Behandlungen mit der Diagnosegruppe F10 (Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol) zu verzeichnen. In der Altersgruppe unter 15 Jahren waren es 607 Fälle.³⁹⁰

Tabelle 37: Psychische Störungen im Kindes- und Jugendalter, Krankenhaufälle 2004

Psychische Störungen im Kindes- und Jugendalter		
Krankenhaufälle, Bayern, 2004		
	unter 25 Jahre	10 bis 25 Jahre
Männer	13.460	12.143
Frauen	11.582	10.808
Insgesamt	25.042	22.951

Datenquelle: Krankenhausstatistik

Krankenhausstatistik

712) Aus der ambulanten Versorgung liegen bisher keine Daten vor.

713) Allerdings ist aus jugendpolitischer Sicht bei diesen Daten Vorsicht geboten. Sie indizieren ein Ausmaß (bzw. eine Zunahme) an Störungen im Jugendalter, das zunächst irritieren muss. Zugleich sind diese Daten aber auch Ausdruck der Ausdifferenzierung der Beobachtungsinstrumente und Messskalen. So waren z. B. die Aufmerksamkeitsstörungen vor zwei Jahrzehnten in dieser Form weitgehend unbekannt. Zugleich spiegelt sich aus der Sicht der Kommission in diesen Entwicklungen auch ein verändertes Verhältnis zur nachwachsenden Generation wider. Was früher als Zappelphilipp bezeichnet und weitgehend hingenommen wurde, wird nun auf der Basis international anerkannter Messskalen diagnostiziert und als therapiebedürftig etikettiert. Gerade die Daten zu den psychischen Krankheiten spiegeln vor diesem Hintergrund aus der Perspektive der Enquete-Kommission einerseits die gewachsenen gesellschaftlichen Anforderungen an Kinder und Jugendliche insofern wider, als sie diejenigen ausweisen, die mit diesen Anforderungen aus welchen Gründen auch immer nicht zurechtkommen und psychisch erkranken; andererseits sind diese Daten auch Ausdruck enger werdender Toleranzspielräume und zunehmender Bereitschaft, nicht angepasste Handlungsweisen Jugendlicher zu medizinalisieren bzw. zu psychiatrisieren. Aus der Sicht der Enquete-Kommission ist aber die Frage, welche Handlungsweisen noch tolerabel (im Sinne nicht gleich therapiebedürftig) sind und welche nicht, nicht nur eine Frage an die Medizin bzw. die Psychiatrie und ihre Diagnoseinstrumente, sondern auch an die Bewertung durch die pädagogische Praxis und die dafür verantwortliche Jugendpolitik.

3.7.2.5 Stressbelastung (Schule, Freizeit, Erwerbstätigkeit) von Jugendlichen

714) Obwohl die Stress-Belastungen im Jugendalter nicht nur von Eltern, Fachkräften und den Jugendlichen selbst immer wieder betont werden, findet man in der jüngeren

³⁹⁰ Zuarbeit des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz für die Enquete-Kommission; weiterführende Informationen siehe auch unter www.lgl.bayern.de/publikationen/doc/gesundheitsmonitor_1_2007.pdf

Literatur vergleichsweise wenige Studien, die sich mit dem Thema auseinandersetzen.³⁹¹ Zunehmend legen die Wissenschaftler dabei den Fokus auf Alltagsstressoren und nicht auf kritische Lebensereignisse. Inwieweit sich Stress auf die Gesundheit auswirkt, hängt dabei von den Bewältigungsstrategien (Coping) ab. Schließlich können Stressoren nicht grundsätzlich vermieden werden; daher ist es umso wichtiger, wie mit belastenden Situationen und körperlichen Spannungszuständen umgegangen wird. Werden ungünstige Bewältigungsstrategien angewendet, kann ein Stresssyndrom entstehen, was zu physischen und psychischen Beeinträchtigungen führen kann.³⁹² Der Altersschwerpunkt der Befragten liegt in der Regel zwischen 7 und 18 Jahren. Die meisten Untersuchungen werden über die Adoleszenz geführt, da die Pubertät als die konfliktreichste Zeit in der Eltern-Jugend-Beziehung gilt. Jüngere Kinder sind schwieriger zu erfassen, da Lesefähigkeit für die meisten Umfragen vorausgesetzt wird.³⁹³

715) Generell wird Stress als eine durch spezifische äußere Reize (Stressoren) hervorgerufene psychische und physiologische Reaktion bezeichnet. In der psychologischen Stressforschung hat sich weitgehend das transaktionale Stressmodell von Lazarus etabliert.³⁹⁴ Das Modell geht davon aus, dass sich die Anforderungen und die Mittel, die einer Person zur Verfügung stehen, wechselseitig beeinflussen. Die Person mit ihrer spezifischen Bewertung der Situation und ihrer Fähigkeit, diese zu bewältigen, wirkt auf die Umwelt zurück und verändert sie.³⁹⁵ Es werden dabei drei Einschätzungen unterschieden: primäre Bewertung, sekundäre Bewertung und die Neubewertung der Situation.

716) Bei den Stressoren im Kindes- und Jugendalter werden in der Regel drei große Klassen unterschieden: normative Stressoren, kritische Lebensereignisse und alltägliche Anforderungen. Normative Stressoren sind Ereignisse, die bei den meisten Individuen einer Altersgruppe zu einem definierten Zeitpunkt auftreten. Beispiele sind hierfür der Kindergarten-eintritt, Übertritt in weiterführende Schulen, Pubertät. Kritische Lebensereignisse sind im Gegensatz zu den normativen Stressoren nicht ans Lebensalter gebunden. Es handelt sich vielmehr um extreme Belastungen verbunden mit einschneidenden und unerwarteten Änderungen in der Alltagsroutine und Neuanpassung. Scheidung der Eltern, Erkrankung und Tod von Verwandten oder Freunden können solche kritischen Ereignisse sein. Unter alltäglichen Anforderungen und Problemen (daily hassels) versteht man kleine Irritationen und Frustrationen, mit denen die meisten Menschen konfrontiert sind und die über lange Zeiträume immer wiederkehren. Kinder lassen im Vergleich zu Erwachsenen diesen Unwegsamkeiten offenbar mehr Bedeutung zukommen.

717) Im Jugendalter dominieren alltägliche Stressoren wie Auseinandersetzungen mit den Eltern, Streitereien mit Freun-

³⁹¹ Neuere Forschungsarbeiten sind von Prof. Dr. Inge Seiffge-Krenke und Prof. Dr. Arnold Lohaus in ihrem Buch „Stressentstehung und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter“ (2007) zusammengefasst.

³⁹² Seiffge-Krenke 2006, S. 42

³⁹³ Seiffge-Krenke/Lohaus 2007, S. 180–182

³⁹⁴ Beyer/Lohaus 2007, S. 19; Maier und Pekrun 2001, S. 162

³⁹⁵ Seiffge-Krenke und Lohaus 2007, S. 21-23

den oder Probleme in der Schule.³⁹⁶ In einer Studie von Lohaus (1990) an 342 untersuchten Schülern im Alter von 7 bis 18 Jahren empfanden 72 % der 7- bis 11-Jährigen und 81 % der 12- bis 18-Jährigen in bestimmten Situationen Stress. An erster Stelle standen Klassenarbeiten, gefolgt von Hausaufgaben am Nachmittag. Streit mit Freunden und Familienmitgliedern sowie Zeitmangel aufgrund zu vieler Freizeitaktivitäten nannten die Kinder als weitere Ursachen. In einer anderen jüngeren, mit 1.393 befragten Jugendlichen (Durchschnittsalter 14,7 Jahre) aus dem Großraum Mainz vergleichsweise groß angelegten, Studie erreichten zukunftsbezogene Stressoren die höchsten Werte. Dabei handelt es sich um eine Mischung aus persönlichen Zukunftssorgen wie Arbeitslosigkeit und gesamtgesellschaftlichen Zukunftsängsten, wie Umweltzerstörung und Krieg. Nur geringfügig weniger belastend wurde die Schule empfunden, gefolgt von Freizeit und Freunden. Der Bereich romantische Beziehungen wurde dagegen am wenigsten stressbelastet wahrgenommen. Mädchen zeigen in dieser Studie eine deutliche höhere Gesamtstressbelastung. Bei weiblichen Jugendlichen stand außerdem der Bereich „Stress mit den Peers“ an zweiter Stelle. Jugendliche, die bei beiden Eltern aufwachsen, wiesen eine deutlich geringere Stressbelastung auf gegenüber Ein-Eltern-Familien.³⁹⁷

718) Ein durch alle Studien sich durchziehendes Ergebnis ist, dass Schule für Jugendliche einen zentralen Stressor darstellt.³⁹⁸ Fragt man danach, was an der Schule Stress erzeugt, lassen sich acht schulspezifische Stressoren unterscheiden: Am häufigsten wurde der Zwang, gute Noten zu bringen, dem schwierigen Lernstoff zu folgen und unter dem Konkurrenzdenken der anderen Mitschüler zu leiden, angekreuzt. Weniger belastend empfanden die Schülerinnen und Schüler, dass ihnen nichts einfällt, wenn sie in der Schule etwas gefragt werden oder dass der Lehrer nicht an ihren Problemen interessiert ist. Die Einschätzungen waren für Jungen und Mädchen einheitlich. Ablehnung und Ausgrenzung durch Mitschüler erzeugen ebenfalls Stress – wobei allein schon die Beobachtung von Ausgrenzung bzw. die Angst davor belastend wirkt. Nicht minder bedeutsam sind Gewalt und Bullying.

719) Ergänzt werden muss, dass die Stressbelastung in manchen Aspekten offenbar schultyp-abhängig ist. So berichteten Gymnasiasten über wesentlich mehr Leistungsdruck als Hauptschüler. Hinsichtlich fehlender Kameradschaft oder Konkurrenzdenken ließen sich in Bezug auf die Schulformen Gymnasium, Realschule, Gesamtschule und Hauptschule kaum Unterschiede ausmachen.³⁹⁹ Stresserzeugend sind hingegen die Übergänge, vor allem von der vierten Klasse Grundschule in die weiterführenden Schulen.⁴⁰⁰ Darüber hinaus gibt es Hinweise, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund erkennbar höher belastet sind.⁴⁰¹

³⁹⁶ Seiffge-Krenke, Gelhaar et al. 2007; Seiffge-Krenke und Lohaus 2007, S. 49

³⁹⁷ Seiffge-Krenke/von Irmer 2007

³⁹⁸ Zum Folgenden Seiffge-Krenke 2006; Dies wurde jüngst auch in der neuen Studie der WHO bestätigt. Siehe auch: <http://www.hbsc-germany.de/aktuell.html>

³⁹⁹ Valtin/Wagner 2004

⁴⁰⁰ Valtin/Wagner 2004; Meckelmann 2004; Elben u.a. 2003.

⁴⁰¹ Dill/Höfer/Keupp 1999

720) Wie oben erwähnt, erfahren viele Jugendliche die Phase der Adoleszenz als krisenhaft und belastend. Im Alter zwischen 12 und 20 verändern sich innerhalb der Familie die Rollen, sozialen Beziehungen und Selbstbilder grundlegend. Eltern-Jugend-Konflikte begleiten viele Jugendliche die ganze Adoleszenz. Im Vergleich zu internationalen Studien ist die Konfliktbelastung der deutschen Jugendlichen allerdings nicht besonders hoch. In der bereits genannten Stichprobe von Seiffge-Krenke wurden folgende Items besonders häufig genannt:

- „Meine Eltern wollen lediglich gute Noten sehen“
- „Es gibt oft Streit mit meinen Eltern, weil ich über verschiedene Dinge anderer Meinung bin“
- „Meine Eltern lassen mich meine Entscheidungen nicht selbstständig treffen“
- „Ich wünschte, ich wäre nicht so abhängig von meinen Eltern.“

Weibliche Jugendliche hatten etwas höhere Werte als männliche. Mädchen erlebten Leistungsdruck und Autonomie-wünsche als höhere Stressbelastung. Ursachen dafür waren die höhere emotionale Nähe, vor allem zur Mutter, und die größere Einschränkung in der Autonomie. Jungen treiben ihren Ablösungsprozess stärker voran und werden auch weniger gebremst.⁴⁰²

721) Alle Studien belegen, dass je nach Situation Jugendliche unterschiedliche Bewältigungsstrategien zur Stressbewältigung nutzen. Von Problemvermeidung, Abhängen und Rückzug über problem- und lösungsorientierte Bemühungen bis hin zu unterschiedlichen Formen der Aggression und Gewalt gegen sich selbst und andere reicht das Spektrum. Dabei hängt die Stressbewältigung besonders bei Jugendlichen nicht von persönlichen Eigenschaften ab, sondern auch von der Situation und dem Alter der Jugendlichen.⁴⁰³ Etwa 20 % der Jugendlichen zeigen nach Seiffge-Krenke dysfunktionale Bewältigungsstrategien. Bei den klinisch auffälligen Jugendlichen gaben auch die Eltern wenig Unterstützung.⁴⁰⁴

722) In einer Stresssituation kommt es kurzfristig zu einer körperlichen Aktivierung und Mobilisierung der Widerstandskräfte. Diese sinnvolle und positive Körperreaktion führt unter Dauerstress zu Erschöpfung, insbesondere wenn keine entlastenden Bewältigungsstrategien angewendet werden können. Die Folge sind gesundheitliche Beschwerden, die wiederum das Stresserleben verstärken. Die wichtigsten Folgen auf der physiologisch-vegetativen sowie auf der kognitiv-emotionalen Ebene sind in der folgenden Übersicht zusammengefasst:

⁴⁰² Seiffge-Krenke 2006

⁴⁰³ Seiffge-Krenke/von Irmer 2007, S. 69 ff; Kallus u.a. 2001; Metzker/Steinhausen 2002

⁴⁰⁴ Seiffge-Krenke 2007

Tabelle 38: Symptome bei Stresssituationen

Symptome	täglich bis mehrmals die Woche	einmal in der Woche
Müdigkeit und Erschöpfung	24,9 %	21,3 %
Einschlafprobleme	15,7 %	11,2 %
Kopfweh	12,3 %	12,2 %
Rückenschmerzen	8,4 %	9 %
Bauchschmerzen	7,4 %	8,6 %
Gereiztheit und schlechte Laune	13,6 %	16,9 %
Nervosität	8,6 %	10,7 %
Sich schlecht fühlen	5,1 %	5,9 %

Tabelle nach Lohaus /Seiffge-Krenke/ Ravens-Sieberer u.a. 2003 aus Seiffge-Krenke/Lohaus 2007, S. 178 und 179; siehe auch Lohaus/ Bayer/ Klein-Helling 2004

723) Auf der verhaltensbezogenen Ebene schließlich äußert sich Stressbelastung vor allem in Form körperlicher Unruhe, Konzentrationsschwierigkeiten sowie Veränderungen des

Sozialverhaltens. Auch Lern- und Leistungsstörungen können als sichtbare Anzeichen einer Überbelastung interpretiert werden. Darüber hinaus finden sich häufig Delinquenz, Dissozialität, Aggression und Gewalt gegen sich und andere.⁴⁰⁵

724) Faktoren, die die positive Bewältigung von Stress im Jugendalter begünstigen, sind vor allem Bindungssicherheit und soziale Unterstützung sowie ein gut strukturiertes und Zusammenhalt gewährendes Familienleben.⁴⁰⁶

3.7.2.6 Art und Zahl von übertragbaren Krankheiten, mit Schwerpunkt Geschlechtskrankheiten⁴⁰⁷

725) Die Daten aus der bayerischen Krankenhausstatistik zeigen, dass die Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen am häufigsten wegen Infektionen der Haut und der Unterhaut stationär aufgenommen wurden (2.533 Fälle im Jahr 2005). In diese Krankheitsgruppe fallen z. B. Hautabszesse, Furunkel, Karbunkel und Phlegmonen (eitrige Infektionen der tiefen Hautschichten). An zweiter Stelle stehen die infektiösen Darmerkrankungen, wie z. B. Salmonellosen, Amöbenruhr oder Rotavirusinfektionen und an dritter Stelle die akuten Infektionen der oberen Atemwege, wie z. B. akute Hals-, Rachen-, Kehlkopf- oder Luftröhrentzündungen.

Tabelle 39: Krankenhausfälle in Bayern

Krankenhausfälle in Bayern						
für die Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre						
ICD10	Jahr					
	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten (A00-B)	4.049	4.627	4.420	4.395	4.514	4.263
Infektiöse Darmkrankheiten (A00-A09)	1.744	1.906	2.106	2.217	2.463	2.239
Sonstige bakterielle Krankheiten (A30-A49)	268	337	326	379	392	386
Infektionen, vorwiegend durch Geschlechtsverkehr übertragen (A50-A64)	330	445	366	324	197	113
Sonstige Krankheiten durch Chlamydien (A70-A74)	5	10	6	4	5	2
Virusinfektionen des Zentralnervensystems (A80-A89)	78	74	51	55	59	69
Virusinfektionen, durch Haut- und Schleimhautläsionen gekennzeichnet (B00-B09)	265	318	191	197	159	173
HIV-Krankheit (Humane Immundefizienz-Viruskrankheit) (B20-B24)	19	19	25	7	5	7
Sonstige Infektionskrankheiten (B99-B99)	144	223	207	154	172	214
Atemwegserkrankungen						
Akute Infektionen der oberen Atemwege (J00-J06)	800	1.004	1.061	1.010	947	1.100
Sonstige akute Infektionen der unteren Atemwege (J20-J22)	196	212	207	275	237	351
Infektionen der Haut und der Unterhaut (L00-L08)	2.379	2.590	2.752	2.765	2.487	2.533
Datenquelle: www.gbe-bund.de						

www.gbe-bund.de

⁴⁰⁵ Seiffge-Krenke/Lohaus 2007, S. 180

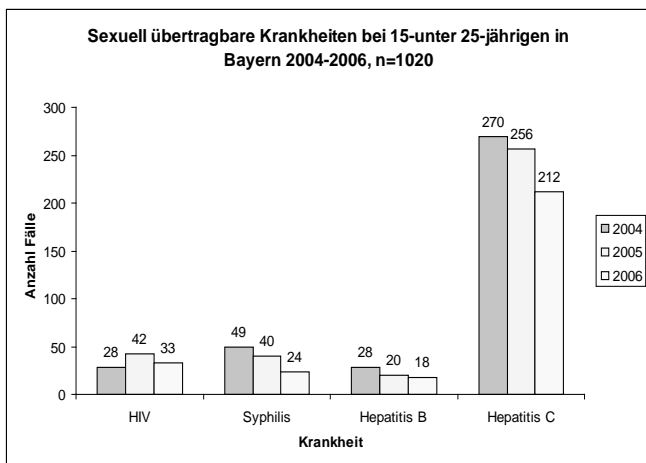
⁴⁰⁶ Seiffge-Krenke/Skaletz 2007; Seiffge-Krenke/Lohaus 2007; Seiffge-Krenke 2006, S. 106

⁴⁰⁷ Bei dem Text für den Unterabschnitt 3.7.2.6 handelt es sich um eine Zuarbeit des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz für die Enquete-Kommission

726) Die sexuell übertragbaren Krankheiten AIDS, Syphilis und Hepatitis B spielen bei 15- bis unter 25-Jährigen in Bayern statistisch keine signifikante Rolle. So gab es beispielsweise im Jahr 2006 nur 33 gemeldete Fälle von HIV in dieser Altersgruppe (Quelle: Robert Koch-Institut). Die Zahlen für Syphilis und Hepatitis B liegen ähnlich niedrig. Erwähnenswert ist, dass es sich bei der Hepatitis B um eine impfpräventable Krankheit handelt und die Hepatitis B-Impfung in Deutschland zu den von der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut (STIKO) empfohlenen Standardimpfungen im Kindes- und Jugendalter gehört. Gemäß den bayerischen Schuleingangsuntersuchungen haben derzeit 80 % der Schulanfänger in Bayern eine komplette Hepatitis B-Grundimmunisierung erhalten.

727) Anders sieht es mit der Hepatitis C aus. Hier wurden in Bayern im Jahr 2006 212 Fälle gemeldet. Örtliche Häufungen können unter anderem durch Institutionen wie z. B. Justizvollzugsanstalten oder Drogenberatungszentren verursacht sein, in denen vermehrt auf Hepatitis C getestet wird und wahrscheinlich auch eine höhere Prävalenz der Erkrankung vorliegt. In der Tabelle der genannten Infektionsrisiken für Hepatitis C im Jahresbericht „Meldepflichtige Infektionsrisiken in Bayern, Jahr 2006“ des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit steht der intravenöse Drogengebrauch an erster Stelle.

Abbildung 21: Sexuell übertragbare Krankheiten



Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz; Krankenhausstatistik

3.7.2.7 Suizide und Suizidversuche

728) Im Jahr 2006 nahmen sich insgesamt in der Altersgruppe 0 bis 21 Jahre 67 junge Menschen das Leben. Drei davon waren unter 14 Jahre alt. Der weit überwiegende Teil war männlich (57).⁴⁰⁸ Ein Blick zurück über die letzten 5 Jahre indiziert auf niedrigem Niveau erkennbare Schwankungen (z. B. haben sich in der genannten Altersgruppe 2002 13 Mädchen und junge Frauen das Leben genommen; 2004 waren es 27). Genau umgekehrt stellt sich das Geschlechterverhältnis im Hinblick auf die versuchten Suizide dar. Wie-

derum bezogen auf das Jahr 2006 unternahmen 192 bis unter 21-jährige junge Menschen einen Suizidversuch. Der kleinere Teil davon, 79, war männlich.⁴⁰⁹

3.7.2.8 Essgewohnheiten von jungen Menschen

729) In der öffentlichen Diskussion werden Essgewohnheiten junger Menschen üblicherweise entweder an der weit verbreiteten Neigung zu Fast Food, wobei anzumerken ist, dass diese Vorliebe keineswegs allein unter Jugendlichen verbreitet ist, und an den beiden Extremverhaltensweisen Adipositas (Fettleibigkeit) und Bulimie (Magersucht) diskutiert.

730) Es gibt aus der Sicht von Fachleuten drei Arten von Essstörungen.⁴¹⁰ Oft ist eine eindeutige Diagnose schwierig, weil die Übergänge fließend sind und zum Teil Mischformen existieren.

- Magersucht (Anorexia nervosa): zum Teil extremes Untergewicht
- Ess-Brech-Sucht (Bulimie): oft Normalgewicht
- Esssucht (Binge Eating): zum Teil extremes Übergewicht

731) Allen drei Formen ist gemeinsam, dass sich im Alltag der Betroffenen alles um das Thema „Essen und Gewicht“ dreht, dass der normale Zugang zum Essen verloren gegangen und dass das Essen konfliktbeladen ist. Gemeinsam ist ihnen schließlich auch die Heimlichkeit: Das Hungern und vor allem das Erbrechen finden im Verborgenen statt. Es treten somatische, psychische und soziale Folge- und Begleiterkrankungen auf, wie z. B. sozialer Rückzug, Depressionen und körperliche Erkrankungen.⁴¹¹

732) Die Daten des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey zeigen, dass über 15 % der 7- bis 10-Jährigen, deutlich über 18 % der 11- bis 13-Jährigen und über 17 % der 14- bis 17-Jährigen übergewichtig sind. Hingegen gelten 1,9 % der 7- bis 10-Jährigen als stark untergewichtig und weitere 5,9 % der gleichen Altersgruppe als unter normalgewichtig. Bei den 11- bis 13-Jährigen sind es jeweils 2,4 % und 6,2 %, bei den 14- bis 17-Jährigen 1,9% und 4,8 %.⁴¹² Bedeutsame Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen scheint es aufs Ganze gesehen nicht zu geben; allerdings gibt es eine höhere Belastung bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

733) Ergänzt werden diese Daten durch Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey zum Thema Essstörungen. Knapp 22 % der befragten 11- bis 17-Jährigen weisen Symptome von Essstörungen auf. Mädchen sind dabei höher betroffen als Jungen (knapp 29 % gegenüber 15,2 %). Eine besonders hohe Belastung weisen Jugendliche mit Migrationshintergrund auf (30,3 %).⁴¹³ „Bei der Betrachtung nach sozioökonomischem Status tritt ein deutlicher Effekt zutage. Bei Kindern

⁴⁰⁹ ebd., Tab 195 b

⁴¹⁰ Zuarbeit des Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz für die Enquete-Kommission

⁴¹¹ Weiterführende Informationen hierzu siehe auch unter www.anad-paths.de

⁴¹² Kurth/Rosario 2007, S. 738

⁴¹³ Hölling/Schlack 2007, S. 796

⁴⁰⁸ Bayerisches Landeskriminalamt PKS Bayern 2006, Tab 195 a

und Jugendlichen aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status, ist der Anteil der Auffälligen mit 27,6% fast doppelt so hoch wie bei solchen aus Familien mit hohem sozioökonomischen Status (15,6%):⁴¹⁴ Als Ursachen des vermehrten Auftretens von Übergewicht und Adipositas werden sehr energiereiche Nahrung, zu wenig Bewegung, falsche Schönheitsideale und falsche Ess-Gewohnheiten vermutet. Die Essstörungen Anorexia nervosa und Bulimia nervosa sind typische Erkrankungen des Jugend- und frühen Erwachsenenalters (Erkrankungsgipfel zwischen 14 und 19 Jahren).

734) Jenseits des Aspektes Essstörungen liefert der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey auch differenziertere Informationen in Bezug auf das Ernährungsverhalten.⁴¹⁵ Die Ergebnisse zeigen, dass etwa die Hälfte der Befragten täglich Brot, Milch und frisches Obst essen. Ca. drei Viertel der befragten 3- bis 17-Jährigen verzehrt nur einmal im Monat Fast Food. Relativ hoch ist der Verbrauch von Schokolade und anderen Süßigkeiten. Zwischen Jungen und Mädchen gibt es erkennbare Unterschiede: Mädchen essen eher frisches Obst und rohes Gemüse, Jungen halten sich eher an Erfrischungsgetränke, Milch und Milchprodukte, Fleisch, Wurst, Cerealien und Weißbrot.

3.7.3 Die Sicht der Jugendlichen

735) Folgt man einschlägigen Jugendstudien, stellt das Thema Gesundheit nach wie vor einen zentralen Wert dar. Nach Freundschaft, Partnerschaft, Familienleben, Eigenverantwortung, viele Kontakte, Unabhängigkeit, Kreativität, Gesetz und Ordnung, Fleiß und Ehrgeiz und knapp nach Sicherheit folgt in der Shell Jugendstudie bei der Altersgruppe der 12- bis 25-Jährigen an elfter Stelle Gesundheitsbewusstsein.⁴¹⁶ Dabei hat das Thema bei beiden Geschlechtern in den letzten Jahren eher an Bedeutung gewonnen, wobei diese aber nach wie vor bei den Mädchen und jungen Frauen etwas höher ausgeprägt ist als bei den Jungen und jungen Männern.⁴¹⁷

736) Zugleich stellen diese Ergebnisse ein typisches Beispiel dafür dar, wie vorsichtig man mit Einstellungsuntersuchungen gerade im Jugendalter sein soll. Denn gleichzeitig gilt auch, dass trotz der hohen Wertschätzung des Themas Gesundheit gerade das Jugendalter, wie die oben zum Teil zitierten Daten belegen, durch ein hohes Maß an Risikobereitschaft gerade auch in Bezug auf Gesundheit geprägt ist.⁴¹⁸ Zu einem nicht unerheblichen Teil ist diese Bereitwilligkeit, gesundheitliche Risiken einzugehen, Ausdruck des alterstypischen und entwicklungspsychologisch notwendigen Ausstestens individueller Grenzen. Nicht minder bedeutsam dürfte aber der Druck der Gleichaltrigengruppe bzw. die Suche nach Anerkennung durch den Freundeskreis sowie die nicht selten problematischen Vorbilder der Erwachsenen sein – seien sie real erlebt oder medial vermittelt.

737) Soweit zu sehen, gibt es keine belastbaren Daten, die etwas über die Größe der Eigeninitiative Jugendlicher in Bezug auf ihr Gesundheitsbewusstsein aussagen. Wie viele

andere Einstellungen und Handlungsweisen ist auch das Gesundheitsbewusstsein Resultat eines komplexen biographischen Prozesses zwischen externen Einflüssen, vermittelt über Bildung, soziale Lage, sozio-kulturelle Hintergründe, Medien u.a., und individuellen Aneignungsprozessen. Eine wichtige Rolle spielen vor diesem Hintergrund pädagogische Angebote, insbesondere der Jugendarbeit. Das kompetente und altersgerechte Aufgreifen dieser Themen in der Schule und in der Gleichaltrigengruppe kann wichtige Anstöße zur Änderung der eigenen Einstellungen und Handlungsweisen geben und die Eigeninitiative fördern.

3.7.4 Soziale Hintergründe

738) Alle verfügbaren Daten über das Gesundheitsverhalten von Jugendlichen machen zunächst deutlich, dass die Belastung mit gesundheitlichen Risiken vor allem aufseiten sozial benachteiligter Jugendlicher stärker ausgeprägt ist. Vor allem auf der Basis der Daten des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey des Robert-Koch-Instituts wurden eine Reihe gruppenbezogener Analysen durchgeführt. So konnte z. B. gezeigt werden, dass Rauchen im Jugendalter offenbar im hohen Maße mit dem Schultyp zusammenhängt. Schülerinnen und Schüler der Hauptschule rauchen 3,4- bzw. 4,6-mal häufiger als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

739) Allerdings gibt es auch eine Reihe überraschender Ausnahmen. Dass Jugendliche mit Migrationshintergrund seltener rauchen, widerlegt manches Vorurteil. An anderen Stellen, z. B. beim Drogenkonsum, gibt es kaum nennenswerte Unterschiede.⁴¹⁹

740) Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss im Bereich Gesundheitsverhalten haben die Eltern. Dies gilt nicht nur in Bezug auf den Alkohol- und Tabakkonsum, sondern ebenso auf das Essverhalten sowie auf alle anderen körperbezogenen Aspekte. Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter müssen deshalb von Beginn an Elternarbeit mit einschließen, wie umgekehrt die Diskussion um die Stärkung elterlicher Erziehungskompetenzen stärker als bisher diese beiden Aspekte einbeziehen muss.

741) Jugendpolitisch von Bedeutung ist darüber hinaus, dass gesundheitsbezogenes Risikoverhalten im Jugendalter in vielen Fällen auch eine Form der alterstypischen Erprobung von Grenzen, des eigenen Körpers ebenso wie der sozialen Grenzen, darstellt. Hinzu kommt die Suche nach Anerkennung, die die vielen Szenen riskanten Verhaltens geradezu provoziert. Nicht vergessen darf man schließlich, dass viele Jugendliche nur nachahmen, was ihnen von den Erwachsenen vorgelebt wird.

742) Ein jugendpolitisch nicht zu unterschätzendes Problem ist dabei, dass die sozialen Hintergründe und Einflüsse bislang vorrangig in Bezug auf die problematischen Seiten des Gesundheitsverhaltens untersucht worden sind. In der bayerischen Jugendgesundheitsstudie beispielsweise werden die Einflüsse unterschiedlicher Lebenslagen ausdrücklich auf das gesundheitliche Risikoverhalten bzw. auf die Risikogruppen bezogen.⁴²⁰ Um dies an einem Beispiel deutlich zu

414 Hölling/Schlack 2007, S. 795

415 Mensink/Kleiser/Richter 2007

416 Shell Deutschland 2007, S. 177

417 a.a.O., S. 180 und 183

418 Vgl. Engel/Hurrelmann 1998; Raithel 2001

419 Lampert/Thamm 2007, S. 605

420 Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2006, S. 21 ff.

machen: Die Gleichaltrigengruppe kann ebenso ein problematischer Einflussfaktor sein, weil sie Risikoverhalten eher provoziert, wie sie unter bestimmten Bedingungen auch ein Ort sein kann, der gesundheitsförderliche Entwicklungen anregt, unterstützt und zu verstetigen hilft. Analoges gilt für die Familie und die Schule. Das Problem besteht aber darin, dass man über diese positiven gesundheitsförderlichen, die so genannten salutogenetischen, Faktoren bislang zu wenig empirisch belastbares Wissen an der Hand hat.⁴²¹

3.7.5 Institutionelle Angebote

743) In Bayern existiert ein breites Spektrum an Präventionsangeboten. Mit dem Landtags-Beschluss Drs. 15/2394 vom 14.12.2004 wurde die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, zu berichten, welche Initiativen bzw. Angebote zur gesundheitlichen Prävention gegenwärtig in Bayern bereits durchgeführt werden. Durchgeführt wurde die Befragung durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Im Herbst 2004 richteten sich von insgesamt 1.280 Präventionsmaßnahmen 910 an Kinder (6 bis 14 Jahre) und Jugendliche (15 bis 18 Jahre).⁴²² Themen waren insbesondere Ernährung/Bewegung, Sucht, Bewältigungsressourcen, Sexualität und Aids, medizinische Vorsorgeuntersuchungen, Unfallverhütung und betriebliche Gesundheitsförderung. Mit 7,3 % aller Maßnahmen spielte da-

mals die Gewaltprävention eine vergleichsweise randständige Rolle.⁴²³ „Ein großer Teil der Präventionsaktivitäten besteht in der Bereitstellung von Informationen und in Öffentlichkeitsarbeit. Weitere Analysen hierzu zeigen, dass von den 1280 Maßnahmen 13,4% ausschließlich Beratung/Infobereitstellung und Öffentlichkeitsarbeit/Broschüren/Flyer darstellten, unabhängig vom gewählten Themenbereich. Der Anteil der Interventionsprojekte an den Gesamtmeldungen lag bei 9,1%, im Setting Kindergarten bei 24,6%, in der Schule bei 13,1% und in der Jugendarbeit bei 20,9%.“⁴²⁴

3.7.5.1 Repression

744) Eine immer wieder diskutierte Maßnahme ist der Führerscheinentzug aufgrund von Cannabis- und Alkoholfahrten. Dabei muss man allerdings unterscheiden, dass die Fahrerlaubnis nach § 69 StGB durch das Strafgericht und nach § 3 StVG durch die Fahrerlaubnisbehörde entzogen werden kann. Die bayerische Polizei hat zur Frage des Führerscheinentzuges auf Grund von Cannabis- und Alkoholfahrten von Jugendlichen keine eigenen Daten. Entsprechende Daten würden sehr aufwändige Nachfragen bei den Kreisverwaltungsbehörden erfordern.⁴²⁵

745) Einen gewissen Überblick zur Problematik „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ bieten die Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes zu Fahrverboten:

Tabelle 40: Fahrverbote im Jahr 2006 nach Altersgruppen und Art der Entscheidung

4. Fahrverbote im Jahr 2006 nach Altersgruppen und Art der Entscheidung



Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Fahrverbote nach § 25 StVG						Fahrverbote insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Einwohner ab 14 Jahre ¹⁾	
	davon Entscheidungen									
	der Gerichte			der Bußgeldbehörden						
	§ 44 StGB	darunter aufgrund des Einflusses von Alkohol oder anderen Drogen (§ 24a StVG)		zusammen	darunter aufgrund des Einflusses von Alkohol oder anderen Drogen (§ 24a StVG)					zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Anzahl										
unter 18	1731	465	27	1 508	1 097	1 973	40	3 744	- 8,7	3 784
18 bis 21	3 329	835	305	29 934	9 824	30 769	68	34 166	- 8,6	2 968
21 bis 25	3 990	1 471	567	56 426	15 857	57 897	72	61 959	- 9,1	3 914
25 bis 30	3 637	1 792	511	62 458	13 891	64 250	77	67 964	- 2,3	4 852
30 bis 40	5 924	3 858	676	105 841	16 872	109 699	159	115 782	- 5,9	11 694
40 bis 50	6 483	3 448	443	92 715	14 158	96 163	397	103 043	+ 1,8	13 539
50 bis 60	3 623	1 905	248	50 802	7 436	52 707	177	56 507	+ 3,5	10 473
60 bis 70	2 252	807	99	25 296	3 262	26 103	63	28 418	- 4,2	10 044
70 und mehr	1 842	142	17	8 859	676	9 001	11	10 854	+ 4,6	10 496
Zusammen ²⁾	32 811	14 726	2 893	434 017	83 077	448 743	1 064	482 618	- 3,1	71 665
Anteile in %										
unter 18	5,3	3,2	0,9	0,3	1,3	0,4	3,8	0,8	X	5,3
18 bis 21	10,1	5,7	10,5	6,9	11,8	6,9	6,4	7,1	X	4,0
21 bis 25	12,2	10,0	19,6	13,0	19,1	12,9	6,8	12,8	X	5,5
25 bis 30	11,1	12,2	17,7	14,4	16,7	14,3	7,2	14,1	X	6,8
30 bis 40	18,1	26,2	23,4	24,4	20,3	24,4	14,9	24,0	X	16,3
40 bis 50	19,8	23,4	15,3	21,4	17,0	21,4	37,3	21,4	X	18,9
50 bis 60	11,0	12,9	8,6	11,7	9,0	11,7	16,6	11,7	X	14,6
60 bis 70	6,9	5,5	3,4	5,8	3,9	5,8	5,9	5,9	X	14,0
70 und mehr	5,6	1,0	0,6	2,0	0,8	2,0	1,0	2,2	X	14,6
Zusammen ²⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	X	100

¹⁾ Deutsche Wohnbevölkerung, Stand: 31.12.2005; Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. - ²⁾ Einschließlich unplausibler oder fehlender Angabe zum Alter.

Kraftfahrt-Bundesamt 2007, S. 9

421 Vgl. Höfer 2000; Wydler/Kolip/Abel 2002

422 Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit 2005, S. 20

423 ebd., S. 17

424 ebd.

425 Die in der Interpellation Drs. 15/8376 vorgestellten Daten des Kraftfahrzeugbundesamtes (S. 41) helfen nicht weiter, weil sie sich auf alle Altersgruppen beziehen und man keinen Anhalt hat, wie viele Jugendliche sich darunter verbergen.

746) Zu berücksichtigen ist dabei, dass es sich um bundesweite Daten zu verhängten Fahrverboten handelt. Fälle des Entzugs der Fahrerlaubnis nach § 68 StGB (z. B. wegen Vergehen nach §§ 316 und 315c StGB) sind hier nicht enthalten. Erkennbar ist, dass die Zahlen vor allem in der Altersgruppe der 21- bis 25-Jährigen (15.857) deutlich ansteigen und im Vergleich zu den Altersgruppen von 18 bis 21 Jahren (9.824) sowie 25 bis 30 Jahren (13.891) die höchste Belastung ausweisen.

747) Zur Wirkung dieser Maßnahmen liegen offenbar keine verlässlichen Daten vor.

3.7.5.2 Jugendschutz

748) Jugendschutz als Ausschnitt der Kinder- und Jugendhilfe soll die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf Erziehung sowie auf eine gesunde körperliche und geistig-seelische Entwicklung sicherstellen. Dabei gliedert sich der Jugendschutz in drei „Säulen“ auf, die sich gegenseitig durchdringen.

749) Der strukturelle Jugendschutz verfolgt das Ziel, gesellschaftliche Entwicklungen sowie die Entstehung von Strukturen zu verhindern, die Kinder und Jugendliche gefährden können. Er kann in unterschiedlichen Formen in Erscheinung treten, z. B. im Rahmen der Jugendhilfeplanung, als Mitwirkung an Städteplanungsvorgängen oder als Aufbau von fachlichen Kooperationsnetzen wie etwa

- Suchtarbeitskreise, die in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert sind (bestehend aus Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern in Kindertagesstätten, Jugendpflegern, Jugendschutzfachkräften der Jugendämter und freier Träger, Fachkräften der Familien- und Suchtberatungsstellen, Suchtfachkräften der Gesundheitsämter und freier Träger etc., Kinderärzten, Kinderpsychologen etc.)
- Prevnet: unter www.prevnet.de befindet sich ein Internetportal, das dem Informationsaustausch über Präventionsprojekte dient und Vernetzung in geschlossenen Arbeitsgruppen, Foren und Mailinglisten bietet. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt von BZgA und den Landeskoordinatorinnen und -koordinatoren verschiedener Bundesländer, auch Bayern

750) Der erzieherische Jugendschutz soll junge Menschen befähigen, sich selbst vor gefährdenden Einflüssen zu schützen. Aber auch Erziehungsberechtigte sollen befähigt werden, ihre Kinder vor diesen Einflüssen zu schützen (vgl. § 14 Abs. 2 SGB VIII). Hierzu gehören z. B. Informations- und Beratungsangebote an Erziehungsberechtigte, Angebote der Suchtprävention oder Gesundheitserziehung an Kinder und Jugendliche sowie Angebote an pädagogische Fachkräfte, aber auch Öffentlichkeitsarbeit, um eine breite gesellschaftliche Unterstützung der Ziele des Jugendschutzes zu bewirken.

Die Arbeit im erzieherischen Jugendschutz wird von Fachkräften der Jugendämter bzw. der freien Träger geleistet. Beispiele sind unten genannt (siehe Gesundheitsförderung: Frage zu präventiven Methoden).

751) Im Rahmen des ordnungsrechtlichen Jugendschutzes als ältester Säule des Jugendschutzes sollen mit rechtlichen Regelungen und Maßnahmen Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen in unserer Gesellschaft das ungefährdete Aufwachsen junger Menschen ermöglicht wird. Die zentralen Jugendschutzgesetze sind das Jugendschutzgesetz (JuSchG), der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) und das Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG). Schutzadressaten dieser Gesetze sind Minderjährige; sie kommen daher als „Täter“ grundsätzlich nicht in Frage. Die Vorschriften betreffen vornehmlich Gewerbetreibende, Veranstalter bzw. Anbieter. Aber auch andere Erwachsene stehen in der Verantwortung; dazu zählen auch personensorgeberechtigte und erziehungsbeauftragte Personen.

752) Neben den Regelungen an sich kommt aber auch der Umsetzung des Jugendschutzes eine entscheidende Aufgabe zu. Die Zuständigkeit für die Ahndung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz obliegt nach Landesrecht den Kreisverwaltungsbehörden. Diese bestimmen intern, welchem Amt oder welcher Abteilung der Vollzug des § 28 JuSchG zugeteilt wird (Jugendamt, Ordnungsamt etc.). Um die Einhaltung des Jugendschutzes sicher zu stellen und Verstöße zu ahnden, besteht die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit, Kontrollen durchzuführen. Diese können von der zuständigen Verwaltungsbehörde allein, von der Polizei oder von beiden gemeinsam durchgeführt werden. In der Praxis hat sich die Durchführung von gemeinsamen Kontrollen bewährt.⁴²⁶

753) Hier erschwert jedoch die Personalknappheit eine wünschenswerte flächendeckende Befassung deutlich.

Alkohol:

754) Spirituosen dürfen an Minderjährige weder abgegeben noch darf ihnen der Verzehr gestattet werden. Gleiches gilt für anderen Alkohol wie Bier, Wein und Sekt für unter 16-Jährige. Ausnahmsweise dürfen über 14-Jährige anderen Alkohol kaufen und konsumieren, wenn sie sich in Begleitung eines Personensorgeberechtigten befinden (so genanntes Elternprivileg).

755) Dieses Elternprivileg ist nicht nur aus suchtpreventiver Sicht bedenklich und sollte kritisch überprüft werden.

Aufenthalt in Gaststätten und Diskotheken:

756) Das Jugendschutzgesetz regelt u.a. den Aufenthalt Minderjähriger in Gaststätten und in Diskotheken. 16- und 17-Jährigen ist der Aufenthalt in Gaststätten und Diskotheken bis längstens 24.00 Uhr gestattet. Unter 16-Jährigen ist der Aufenthalt in Gaststätten grundsätzlich verboten. Der Gesetzgeber hat aber für die Altersgruppe der unter 16-Jährigen eine Reihe von Ausnahmen von diesem Verbot vorgesehen. So gelten die Zeitgrenzen nicht, wenn Kinder oder Jugendliche an einer Veranstaltung eines anerkannten Trägers der Jugendhilfe teilnehmen oder sich auf Reisen befinden. Sie gelten ebenfalls nicht, wenn sich die Jungen und Mädchen in Begleitung einer personensorge- oder erziehungsberechtigten Person befinden. Auch für die Einnahme einer Mahlzeit oder eines Getränkes können Kinder und Jugendli-

⁴²⁶ Art. 56 AGSG

che unter 16 Jahren eine Gaststätte besuchen, dann allerdings nur zwischen 05.00 Uhr und 23.00 Uhr. Durch diese Regelung soll unabhängig von den Abgabebeschränkungen verhindert werden, dass Minderjährige über Umwege an alkoholische Getränke gelangen und diese konsumieren. Diese Regelungen sind durch die Vielzahl der Ausnahmen in der Praxis schwer zu vollziehen und im Hinblick auf das Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche nicht mehr punktgenau. Schließlich geht von einer Gaststätte an sich keine Gefährdung für Minderjährige aus; vielmehr besteht die Gefährdung durch den damit verbundenen Ausschank von Alkohol. Mindestens ebenso problematisch ist die Abgabe von Alkohol in Zusammenhang mit Vereins-, Scheunenfesten, Feuerwehrdiscos etc. Hier wurde von Jugendschutzfachkräften vermehrt über Alkoholexzesse junger Menschen und Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz berichtet.

757) Folglich sollte zukünftig bei den Aufenthaltsbestimmungen für Minderjährige vielmehr entscheidend sein, ob alkoholische Getränke verabreicht werden, also eine konkrete Gefährdungsmöglichkeit besteht. Durch eine solche Regelung würden auch z. B. Vereins-, Scheunenfeste, Feuerwehrdiscos etc. eindeutig erfasst.⁴²⁷

758) Besonders im Blickpunkt des Jugendschutzes steht die Problematik der „erziehungsbeauftragten Person“. Dabei handelt es sich um Ausbilder, Betreuer im Rahmen der Jugendhilfe (z. B. Jugendleiter, Heimbetreuer) oder um Personen, die aufgrund einer Vereinbarung mit den Personensorgeberechtigten Erziehungsaufgaben wahrnehmen. Diese letzte Variante als generelle Ausnahme zu den Aufenthaltsbestimmungen in Gaststätten und bei öffentlichen Tanzveranstaltungen ist in der Praxis höchst problematisch, da die Begrifflichkeit im Gesetz bisher nur unzureichend definiert ist. Die Bundesregierung vertritt in der Gesetzesbegründung die Auffassung, dass bei einer Erziehungsbeauftragung durch einen Personensorgeberechtigten ein Autoritätsverhältnis bestehen muss, ohne das Erziehung nicht denkbar sei. Diese Auslegung wurde in der Praxis jedoch nicht durchgängig mitgetragen. Das Oberlandesgericht Nürnberg hat abweichend zur Rechtsauffassung der Bundesregierung entschieden, dass jede Person über 18 Jahre grundsätzlich als erziehungsbeauftragte Person akzeptiert werden muss. Diese problematische Entscheidung des OLG Nürnberg legitimiert die gängige Praxis, dass derzeit Minderjährige z. B. von volljährigen Freunden oder Partnern in Diskotheken begleitet werden und damit der Schutzzweck des Gesetzes ausgehöhlt wird. Teilweise berichten die Fachkräfte des Jugendschutzes, dass Minderjährige mit ausgedruckten Blankoformularen, die auf den Internetseiten von Diskotheken angeboten werden, vor den Diskotheken nach erwachsenen Personen suchen, die sich als Erziehungsbeauftragte zur Verfügung stellen. Trotz einer Klarstellung im Rahmen von Vollzugshinweisen ist angesichts der Entscheidung des OLG Nürnberg und der bestehenden Problematik im Vollzug eine gesetzliche Klarstellung der „Erziehungsbeauftragung“ (z. B. durch Altersgrenzen) weiterhin unerlässlich.

759) Probleme bestehen aber auch bei so genannten „Stadelfesten“, die von Vereinen oder sonstigen Gruppen veranstaltet werden. Hier wird leider oft der Jugendschutz von Veran-

stalterseite nicht ernst genug genommen. Ebenso gehört der Trend der so genannten „Flatrate-Parties“ zum Problembereich. Vor diesem Hintergrund sollten im Rahmen der Novellierung des Bayerischen Gaststättenrechts die Alkoholprävention und der Jugendschutz noch effektiver ausgestaltet werden.

760) Die Staatsregierung hat konkrete Verfahrenshinweise zum Vollzug des Gaststättengesetzes erarbeitet; darin wurden die zuständigen Kreisverwaltungsbehörden zu konsequentem Einschreiten gegen derartige Veranstaltungen aufgefordert. Des Weiteren wurde nochmals darauf hingewiesen, dass die Gemeinden bei Gestattungen nach dem Gaststättengesetz (z. B. für Vereinsfeiern, Feuerwehrdiscos etc.) zukünftig Polizei und Jugendamt zu beteiligen haben.

Die Aufnahme dieser Beteiligung als Vorschrift in das Bayerische Gaststättenrecht würde deren Verbindlichkeit erhöhen, ihre Anwendung erleichtern und so einen einheitlichen Vollzug in Bayern sicherstellen. Hilfreich wären auch weitere explizite gesetzliche Vorgaben im Bereich des Gestattungsverfahrens für Vereinsfeste (z. B. für eine Verpflichtung zur rechtzeitigen Antragstellung, um umfassende behördliche Prüfungen der Veranstaltungen unter Beteiligung des Jugendamtes zu ermöglichen). So könnten bereits im Vorfeld vernünftige Auflagen verfügt und gegebenenfalls rechtzeitig Kontrollen organisiert werden.

761) Die im Bayerischen Gaststättenrecht bereits enthaltenen Ge- und Verbote im Hinblick auf den Alkoholausschank (z. B. Verbot des Ausschanks an erkennbar Betrunkene, Anbieten eines billigen alkoholfreien Getränks) sollten uneingeschränkt beibehalten werden.

Zur Klarstellung und Erleichterung des Vollzugs wäre zudem ein ausdrückliches, bußgeldbewährtes Verbot von „Flatrate-Parties“ und ähnlichen „Billig-Alkohol-Veranstaltungen“ ebenso hilfreich.

762) Neben der Beschaffung von Alkohol durch volljährige Freunde Minderjähriger, ist das so genannte „Vorglühen“ im Freundeskreis problematisch.⁴²⁸ Sorgen bereiten daneben alkoholische Mixgetränke, die als Einstiegsgetränk für Kinder, junge Jugendliche, und allgemein für Mädchen dienen; diese werden nach Änderung des Alkopopsteuergesetzes jetzt vielfach im Freundeskreis selbst gemixt werden.

763) Vereinzelt ist auch das Alkohol-Trinken auf öffentlichen Flächen zu beobachten. Hier kann bereits zum jetzigen Zeitpunkt im Wege einer Satzung entsprechend dem Gemeinde- bzw. Straßen- und Wegerecht festgelegt werden, dass dort der Alkoholenuss verboten ist.

Tabak:

764) Seit dem 01.09.2007 dürfen Tabakerzeugnisse an unter 18-Jährige weder abgegeben noch darf ihnen das Rauchen gestattet werden. Jedoch wurde vom Gesetzgeber für die Umstellung der Tabakwarenautomaten eine Übergangsfrist bis zum 01.01.2009 eingeräumt.

⁴²⁸ Hierbei verursacht insbesondere die Abgabe von Alkohol durch Tankstellen Probleme, ungeachtet der Tatsache, dass auch für die Tankstellen das Jugendschutzgesetz gilt.

In diesem Bereich stellt sich das Problem, dass Rauchen zwar in der Bevölkerung ein immer schlechteres Image besitzt, im konkreten Fall rauchender Minderjähriger jedoch geringe Bereitschaft bzw. Verständnis für ein Einschreiten dagegen vorliegt. Hier wirken sich auch die langen Übergangsfristen für Tabakwarenautomaten-Betreiber kontraproduktiv aus. Möglicherweise sind jedoch durch das eben in Kraft getretene Gesundheitsschutzgesetz positive Auswirkungen zu erwarten. Auch der Trend des Wasserpfeife-Rauchens mit oft undefinierbaren Substanzen und Zusätzen (auch Cannabis) bedarf weiterhin besonderer Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen.

Glücksspiel:

765) Nach dem Glücksspielstaatsvertrag ist eine Teilnahme von Minderjährigen an öffentlichen Glücksspielen nicht zulässig. Minderjährige dürfen sich zudem nach dem JuSchG nicht in Spielhallen aufhalten. An Spielen mit Gewinnmöglichkeit in der Öffentlichkeit dürfen sie nur ausnahmsweise teilnehmen, wenn es sich um ein Volksfest handelt und wenn der Gewinn geringwertig ist.

Als Problembereiche haben sich in der jüngeren Vergangenheit Internet-Cafes erwiesen, die bei überwiegender Nutzung zum Online- oder Offline-Spielen als Spielhalle zu klassifizieren sind. Auch öffentliche Kartenspiel-Turniere, z.T. mit hohem Anteil des Faktors „Glück“ und ansehnlichen Gewinnen für den Turniersieger oder Poker-Turniere wurden vermehrt veranstaltet. Zur Veranstaltung von Pokerturnieren außerhalb von Spielbanken hat das Bayerische Staatsministerium des Innern ein Rundschreiben mit internen Hinweisen für die nachgeordneten Sicherheits- und Glücksspielaufsichtsbehörden verfasst.

Nach dem Rundfunk-Staatsvertrag sind bei „Gewinnspielen“ „die Belange des Jugendschutzes“ zu beachten. Es sollte im Wege einer Satzung der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien klargestellt werden, dass eine Teilnahme Minderjähriger an diesen Spielen i.d.R. unzulässig oder nur unter strengen Auflagen möglich ist.

766) Als jugendgerechte Präventionsmaßnahmen aus dem ordnungsrechtlichen Bereich lassen sich nennen:

- Jugendschutzzampel des Bayerischen Landesjugendamtes im ZBFS: Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern und Fachkräfte können aus der handlichen Drehscheibe ersehen, welche Aktivitäten bzw. welcher Konsum für Minderjährige welchen Alters zulässig sind;
- Jugendgerechte Informationsveranstaltungen der Fachkräfte für Jugendschutz der Jugendämter und Polizei in Schulen, Jugendzentren etc.;
- Aktion „Wir halten uns dran“: ansprechende Flyer mit Informationen für Jugendliche zum JuSchG liegen auf den Tischen von Gaststätten und Diskotheken aus; Servicepersonal macht freundlich-bestimmt darauf aufmerksam, dass in diesem Lokal die Jugendschutzvorschriften kompromisslos eingehalten werden.

3.7.5.3 Gesundheitsbezogene Prävention

767) Gesundheitsbezogene Prävention geschieht in Bayern in unterschiedlicher Form: In Vorsorgeuntersuchungen beim

Kinderarzt (die in Kürze Pflichtcharakter auch im Hinblick auf die Sicherstellung des Kindeswohls haben werden), bei Screening-Untersuchungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Kindertageseinrichtungen oder bei schulärztlichen Untersuchungen.

768) In Bayern gibt es darüber hinaus ein breites Spektrum von allgemeinen wie auch speziellen Angeboten zur Suchtprävention. Beispiele hierfür sind: Grundschulprojekt „Klasse 2000“, Kindergartenprojekt „Freunde“, Materialiensammlung „Mit mir nicht!“, „Prävention im Team, PIT“, „MOVE – Motivierende Kurzintervention“ für bereits suchtabhängige Schüler: Ausbildung für Lehrer, mit diesen Schülern ins Gespräch zu kommen und ihnen Hilfen auf dem Weg aus der Sucht zu geben.

769) Der Bayerische Jugendring führt zurzeit ein Fachprogramm „Gesunde Lebensführung von Kindern und Jugendlichen in Bayern“ durch. Mit diesem Programm werden die modellhafte Entwicklung und spätere Nutzung kreativer wie innovativer Formen der Jugendarbeit angestoßen, um jugendnahe Wege gesunder Lebensführung aufzuzeigen. Dabei werden alternative Verhaltensweisen, unter besonderer Berücksichtigung alters-, geschlechts- und regionalspezifischer Unterschiede, von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund aufgezeigt und eingeübt.

770) Mit den Mitteln des Fachprogramms werden niedrigschwellige Aktivitäten, Maßnahmen und Projekte gefördert, die an den Lebenswelten und gesundheitlichen Problemlagen der Kinder und Jugendlichen ansetzen. Sie verfolgen die Ziele, das Selbstwertgefühl Jugendlicher zu stärken, Jugendlichen zu vermitteln, gesundheitsbewusster zu leben und Jugendlichen Wege aufzuzeigen, die Gefährdungen im Alltag besser zu erkennen und mit ihnen adäquat umzugehen. Es kommen Methoden zum Einsatz, die Jugendliche ansprechen und auch gewährleisten, dass sich Jugendliche in der Jugendarbeit verstärkt mit diesen „Problemthemen“ auseinandersetzen und diese in der Jugendgruppe, in Einrichtungen wie in konkreten Aktivitäten aufgreifen können. Derzeitig werden ca. 50 Aktivitäten bzw. Projekte über das Fachprogramm gefördert. Antragsteller sind überwiegend Jugendringe und Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie einzelne Jugendverbände. Im Vordergrund der Maßnahmen stehen bisher die Themen „Gesundheit und Bewegung“, aber auch spezielle Themen wie Gewalt- und Suchtprävention oder Aidsprävention. Behandelt werden diese Themen in Ferienfreizeiten, in mittelfristigen Projekten, in Tagesveranstaltungen, aber auch in Form von Wettbewerben.

771) Des Weiteren wurde aktuell eine Arbeitshilfe zum 760 „Alkohol und Alkoholprävention“ in Zusammenarbeit mit der Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., erstellt, die sich an Verbände sowie ehrenamtliche und hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit richtet. Mit Hilfe dieser Publikation sollen Wege und konkrete Möglichkeiten zur Vorbeugung eines ungesunden und übermäßigen Alkoholkonsums aufgezeigt werden, die in den Jugendgruppenstunden, aber auch in der Fortbildung zur Anwendung kommen. Die Arbeitshilfe kann als Bestandteil der JuLeiCa-Ausbildung verwendet werden. Im Wesentlichen geht es darum, allgemeine Informationen über Suchtmittel, insbesondere Alkohol, zu liefern und darüber hinaus

entsprechende Präventionswege aufzuzeigen. Es wird auch auf die entwicklungspsychologischen Aspekte des Jugendalters im Kontext von Suchtprävention eingegangen. Sodann werden Handlungsmöglichkeiten der Verbände sowie der Leitungskräfte innerhalb dieser aufgezeigt. Wesentlicher Bestandteil der Arbeitshilfe sind konkrete Übungen und Bausteine, die bspw. in Gruppenstunden von JuLeiCa-Inhaberinnen und -inhabern angewendet werden können, um Jugendlichen einen adäquaten Umgang mit Alkohol aufzuzeigen und zu ermöglichen.

Zudem beteiligt sich der Bayerische Jugendring federführend am Aufbau des „GUT- DRAUF-Netzwerkes“⁴²⁹ Bayern und unterstützt damit die bundesweite Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

772) Analoges gilt für die Alkoholprävention. Beispiele hierfür sind die Arbeitshilfe „Alkoholprävention“ des BJR zur Nutzung als Bestandteil der Ausbildung von Jugendleitern, der Mitmachparcours „Sucht“, die Aktionstage „Be hard, drink soft on tour“, die Partydrogenkampagne „Mindzone“, das Projekt „Discofieber“, die Kampagne „Na toll“, die Aktion „Ohne Suff gut druff“ sowie das Schulprojekt „Be smart, don't start“. Darüber hinaus ist gerade in Bayern die Alkoholprävention kleinräumig und vernetzt angelegt. Eine wichtige Rolle spielen dabei die 33 Suchtpräventionsfachkräfte, die zum größten Teil in den Gesundheitsämtern, in Suchtberatungsstellen oder Jugendämtern sitzen.

773) Viele dieser Angebote sind Projekte, die im Kontext offener und verbandlicher Jugendarbeit entstanden sind bzw. dort umgesetzt werden. Unabhängig davon kann Jugendarbeit für die Entwicklung eines positiven Gesundheitsbewusstseins insofern eine zentrale Rolle spielen, als sie einerseits vielfältige Angebote für Kinder und Jugendliche bereithält, in denen diese ihren eigenen Körper, seine Grenzen und Möglichkeiten, erfahren und erleben können. Andererseits fungiert sie als Vorbildinstanz und als ein wichtiger Ort, an dem lebensweltliche altersgemäße Normen gesetzt, erfahren und erprobt werden (z. B. im Hinblick auf den Konsum von Alkohol).

3.7.5.4 Gesundheitsförderung als Zukunftsaufgabe

774) Während Gesundheitsförderung früher vor allem auf Krankheiten und deren Vermeidung gerichtet war, gewinnen heute die Pflege und der Erhalt der Gesundheit immer mehr an Bedeutung. Gesundheitsförderung nicht nur verstanden als erfolgreiche Prävention, sondern als eine Praxis und Politik, die darauf abzielt, die Ressourcen und Potenziale für eine gesunde Lebensführung zu identifizieren und bewusst zu fördern, beginnt sich erst langsam in ihren Konturen und Strategien abzuzeichnen.

775) Gesundheitsförderung beginnt mit dem ersten Lebensstag eines Kindes. Deshalb muss die gesundheitsbezogene elterliche Erziehungs- und Familienkompetenz gefördert werden. Gemäß den gleichlautenden Beschlüssen der Jugendminister- sowie der Gesundheitsministerkonferenz vom 12./13.05.2005 in München beziehungsweise 01.07.2005 in Erlangen müssen Eltern über ihre gesundheitsbewusste Vor-

bild- und Erziehungsfunktion aufgeklärt werden. Dies geschieht in vielfältigen Formen, zum Beispiel durch Hebammen, die über das Projekt „MAJA“ familienpädagogisch weitergebildet werden oder über das Projekt „KESS-Junior“, einem Erziehungsprogramm für Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren, das derzeit entwickelt wird. Ebenso sind Gesundheitsförderung und -erziehung in Kindertageseinrichtungen (nach dem Bildungs- und Erziehungsplan) und in Schulen ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsförderung.

776) Von Bedeutung sind Ansätze, die versuchen, Kinder und Jugendliche zu befähigen, mit den gesundheitlichen Gefährdungen altersgemäß verantwortungsbewusst und kompetent umzugehen. Dazu gehören vor allem die so genannten Lebenskompetenztrainings für Kinder und Jugendliche, in denen Selbstbewusstsein und Sozialkompetenz gestärkt, Strategien der Entscheidungsfindung entwickelt werden und ein Standfestigkeitstraining enthalten ist (z. B. „Allgemeine Lebenskompetenzen und Fertigkeiten, ALF“, „Lions-Quest Erwachsen werden“). Doch das Potenzial hierzu ist noch lange nicht ausgeschöpft. Vor allem Angebote der Jugendarbeit leisten an dieser Stelle wichtige Beiträge, ohne dass diese bislang richtig sichtbar gemacht worden sind.

Literatur

Bayerischer Landtag: Beantwortung der Interpellation der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN zum Thema Drogen, Sucht, Suchthilfe und Prävention in Bayern. Bayerischer Landtag Drucksache 15/8376 vom 07. 02.2007.

Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Bericht über Stand der Aktivitäten in der Gesundheitsförderung und Prävention in Bayern 2004. München 2005.

Bayerisches Landeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für den Freistaat Bayern 2006. München 2007 (a). Verfügbar über: http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/jb_06.pdf [26.08.2007].

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz: Alkoholkonsum in Bayern. Gesundheitsmonitor Bayern 2/2005. Verfügbar über: [http://www.bestellen.bayern.de/application/stmugv_app000001?SID=1851616285&ACTIONxSESSxSHOWPIC\(BILDxKEY:stmugv-ges-00067,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF\)=X](http://www.bestellen.bayern.de/application/stmugv_app000001?SID=1851616285&ACTIONxSESSxSHOWPIC(BILDxKEY:stmugv-ges-00067,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF)=X) [21.03.2008].

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz: Gesundheitsverhalten von Jugendlichen in Bayern 2005. Die Ergebnisse der aktuellen repräsentativen bayerischen Gesundheitsstudie. Gesundheitsberichterstattung für Bayern II. München, StMUGV März 2006. Zugänglich über: www.stmugv.bayern.de bzw.: [http://www.bestellen.bayern.de/application/applstarter?APPL=STMUGV&DIR=stmugv&ACTIONxSETVAL\(index.htm,APGXNODENR:1335,USERxBODYURL:artdtl.htm,AARTxNR:stmugv-ges-00085\)=X](http://www.bestellen.bayern.de/application/applstarter?APPL=STMUGV&DIR=stmugv&ACTIONxSETVAL(index.htm,APGXNODENR:1335,USERxBODYURL:artdtl.htm,AARTxNR:stmugv-ges-00085)=X).

Becker-Stoll, F.: Coping bei essgestörten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Seiffge-Krenke, I./Lohaus, A. (Hrsg.): Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen. 2007, S. 189- 203.

429 www.gutdrauf.net

Beyer, A./Lohaus, A.: Konzepte zur Stressentstehung und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. In: Seiffge-Krenke, I./Lohaus, A. (Hrsg.): Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen 2007, S. 11-46.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Alkoholkonsum der Jugendlichen in Deutschland 2004 bis 2007. Ergebnisse der Repräsentativbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln. Kurzbericht, Juni 2007. Verfügbar über: <http://www.bzga.de/?uid=13e163813bbf38ff0b04b74863752c23&id=Seite1417> [21.03.2008]

Deutscher Bundestag: Prävention und Gesundheitsförderung als individuelle und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bundestags-Drucksache 15/4671. Berlin, 19.01.2005

Dill, H./Höfer, R./Keupp, H.: Jugendgesundheit zwischen den Kulturen – eine Befragung an Münchener Berufsschulen. München Institut für Praxisforschung und Projektberatung, 1999.

Elben, C./Lohaus, A./Ball, J./Klein-Heßling, J.: Der Wechsel von der Grundschule zur weiterführenden Schule: Differentielle Effekte auf die psychische Anpassung. In: Psychologie in Erziehung und Unterricht 50 (2003), S. 331-341.

Engel, U./Hurrelmann, K.: Was Jugendliche wagen. Eine Längsschnittstudie über Drogenkonsum, Stressreaktionen und Delinquenz im Jugendalter. Weinheim & München 1999.

Höfer, R.: Jugend, Gesundheit und Identität. Studien zum Kohärenzgefühl. Leverkusen 2000.

Hölling, H./Schlack, R.: Essstörungen im Kindes- und Jugendalter. Erste Ergebnisse aus dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey. In: Bundesgesundheitsblatt Band 50, Heft 5/6, Mai/Juni 2007, S. 794-799.

Kaba-Schönstein, L.: Gesundheitsförderung I. Definition, Ziele, Prinzipien, Handlungsfelder und -strategien. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung. Schwabenheim a.d. Salz 2006⁴, S. 73-78.

Kallus, W./Veit, E./Semler, I./Moser, M.: Beanspruchungs-Erholungs-Zustand und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. In: Kindheit und Entwicklung 10 (2001), S. 172-179.

Klein-Heßling, J./Lohaus A.: Stresspräventionstraining für Kinder im Grundschulalter. Göttingen.2000.

Knebel, A./Seiffge-Krenke, I.: Veränderungen in der Stresswahrnehmung und Stressbewältigung im Jugendalter: In: Seiffge-Krenke, I./Lohaus, A. (Hrsg.): Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen. 2007, S. 111-125.

Kraftfahrt-Bundesamt: Statistische Mitteilungen: Fahrerlaubnismaßnahmen Jahr 2006. Flensburg Oktober 2007. Verfügbar über www.kba.de

Kurth, B. M./Schaffrath Rosario, A.: Die Verbreitung von Übergewicht und Antipositas bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheitsurvey. In: Bundesgesundheitsblatt Band 50, Heft 5/6, Mai/Juni 2007, S. 736-743.

Lampert, T./Thamm, M.: Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsum von Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurveys (KiGGS). In: Bundesge-

gesundheitsblatt, BD. 50 Heft 5/6, Mai/Juni 2007, S. 600-607.

Lohaus, A./Klein-Heßling, J.: Zur situativen Angemessenheit der Bewältigung von Alltagsbelastung im Kindes- und Jugendalter. In: Kindheit und Entwicklung 11 (2002), S. 29-37.

Lohaus, A./Beyer, A./Klein-Heßling, J.: Stresserleben und Stresssymptomatik bei Kindern und Jugendlichen. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und pädagogische Psychologie 36 (2004), S. 36-46

Maier, M. A./Pekrun, R.: Leistungsstress bei Jugendlichen. In: Kindheit und Entwicklung, 10 (2001), S. 161-171.

Meckelmann, V.: Schulwechsel als kritisches Lebensereignis und die Entwicklung des Selbstkonzeptes bei Jugendlichen. In: Psychologie in Erziehung und Unterricht 51 (2004), S. 273-284.

Mensink, G. B. M./Kleiser, C./Richter, A.: Lebensmittelverzehr bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurveys (KiGGS). In: Bundesgesundheitsblatt Band 50, Heft 5/6, Mai/Juni 2007, S. 609- 623.

Mensink, G. B. M./Bauch, A./Vohmann, C./Stahl, A./Six, J./Kohler, S./Fischer, J./Heseker, H.: EsKiMo – Das Ernährungsmodul im Kinder- und Jugendgesundheitsurvey. In: In: Bundesgesundheitsblatt Band 50, Heft 5/6, Mai/Juni 2007, S. 902-907.

Raithel, J. (Hrsg.): Risikoverhaltensweisen Jugendlicher. Formen, Erklärungen und Prävention. Opladen 2001.

Ravens-Sieberer, U./Wille, N./Bettge, S./Erhart, M.: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse aus der BELLA-Studie im Kinder- und Jugendgesundheitsurvey. In: Bundesgesundheitsblatt Bd. 50, Heft 5/6, Mai/Juni 2007, S. 871-878.

Robert-Koch-Institut: Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey. In: Bundesgesundheitsblatt Band 50 Heft 5/6 Mai/Juni 2007.

Seiffge-Krenke, I.: Nach Pisa. Göttingen. 2006.

Seiffge-Krenke, I.: Bewältigung von familiären und schulischen Problemen. In: Seiffge-Krenke, I./Lohaus, A. (Hrsg.): Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen 2007, S. 161-174.

Seiffge-Krenke, I.: Alltagsbewältigung und chronische Krankheit. In: Seiffge-Krenke, I./Lohaus, Arnold (Hrsg.): Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen 2007, S. 204-217.

Seiffge-Krenke, I./Lohaus, A. (Hrsg.): Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen 2007.

Seiffge-Krenke, I./Gelhaar, T./Kollmar, F. (2007): Instrumente zur Erfassung von Stress und Coping im Jugendalter. In: Seiffge-Krenke, I./Lohaus, A. (Hrsg.): Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen 2007, S. 47-65

Seiffge-Krenke, I./von Irmer, Jörg: Zur Situationsabhängigkeit von Bewältigung. In: Seiffge-Krenke, I./Lohaus, A. (Hrsg.): Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen 2007, S. 81-94.

Seiffge-Krenke, I./Skaletz, Chr.: Eltern als Modell für Stressbewältigung. In: Seiffge-Krenke, I./Lohaus, A. (Hrsg.):

Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen 2007, S. 147-160.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/Main 2006.

Valtin, R./Wagner, Chr.: Der Übergang in die Sekundarstufe I: Psychische Kosten der externen Leistungsdifferenzierung. In : Psychologie in Erziehung und Unterricht 51 (2004), S. 52-68.

Winkler-Metzke, Chr./Steinhausen, H.-Chr.: Bewältigungsstrategien im Jugendalter. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 34 (2002), S. 216-226.

Wydler, H./Kolip, P./Abel, Th.: Salutogenese und Kohärenzgefühl. Grundlagen, Empirie und Praxis eines gesundheitswissenschaftlichen Konzepts. Weinheim 2002

3.8 H. Jugend und Gewalt – Extremismus

3.8.1 Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus im Alltag von Jugendlichen

777) Delinquenz, Kriminalität, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Kindes- und Jugendalter sind in jedem Einzelfall und erst recht, wenn sie in massiver Form auftreten, berechnete Anlässe für Erwachsene sich mindestens Gedanken, wenn nicht gelegentlich auch Sorgen über die jeweiligen Hintergründe, die gesellschaftliche Integration der nachwachsenden Generation und über mögliche und notwendige Antworten zu machen. Politisch bedeutsam werden entsprechende Ereignisse, wenn sie entweder gehäuft über einen längeren Zeitraum auftreten oder wenn einzelne Ereignisse als medialer Knüller von den Medien aufgegriffen und unzählige Male wiederholt werden. Die dadurch immer wieder erzeugten öffentlichen Aufregungen erweisen sich in den meisten Fällen als wenig sachbezogen, setzen Politik und Fachpraxis unnötig unter Handlungsdruck und lassen wenig Spielraum für eine differenzierte Analyse und Bemühungen um bessere Antworten. Wie in nur wenigen anderen jugendpolitischen Feldern bedarf es deshalb gerade in solchen Situationen eines sachlich-gelassenen Blickes auf den Stand der Dinge.

778) Doch nicht nur in Situationen öffentlicher Aufregungen, sondern immer, wenn es um Delinquenz, Kriminalität, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus im Kindes- und Jugendalter geht, ist Jugendpolitik in besonderer Weise gefordert. Denn sie muss neben den berechtigten und unverzichtbaren demokratisch-rechtsstaatlichen sowie sicherheits- und ordnungspolitischen Aspekten immer auch die Perspektive der beteiligten Kinder und Jugendlichen, die Berücksichtigung ihrer Lebens- und Erfahrungswelten und dabei besonders die Folgen sowohl aufseiten der Täterinnen und Täter (z. B. in Form von Sanktionen der unterschiedlichen Art) als auch der Opfer in die Debatte einbringen. Das ist nicht immer leicht in Konstellationen, in denen Öffentlichkeit und Medien ggf. schnell bereit sind zu strafen oder wegzusperren und in denen ebenso schnell vergessen wird, dass auch jugendliche Täterinnen und Täter ihr Leben erst noch vor sich haben und schon deshalb einen besonderen Anspruch auf Förderung und Erziehung haben, um sich ein Leben ohne Kriminalität aufbauen zu können.

779) Zu dieser Berücksichtigung der Lebens- und Erfahrungswelt von Kindern und Jugendlichen gehört auch anzuerkennen, dass vor allem Gewalt in ihren unterschiedlichen Formen, aber auch abweichendes Verhalten in seinen vielfältigen Varianten, je nach Situation auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, nicht nur medial nahezu allgegenwärtig sind, sondern einem auch im Alltag jederzeit begegnen können. Zweifelsohne bestehen je nach familiärem Hintergrund und sozialer Lage große Unterschiede; zudem zeichnen alle verfügbaren Daten aufs Ganze gesehen für Bayern und seine Großstädte im Vergleich zum Bundesgebiet noch ein relativ freundliches Bild.

780) Nichtsdestoweniger indizieren empirische Dunkelfeldstudien einen bemerkenswert hohen Anteil von unmittelbarer Erfahrung mit Delinquenz in ihren unterschiedlichen Formen im Jugendalter. Ein Beispiel hierfür ist eine jüngst veröffentlichte Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen.⁴³⁰ Auf der Basis einer Befragung von insgesamt 6.000 Schülerinnen und Schülern aus vierten Klassen und 17.000 Schülerinnen und Schülern aus neunten Klassen in elf ausgewählten deutschen Städten und Landkreisen im Jahr 2005 konnte z. B. für München gezeigt werden, dass knapp 20 % der befragten Neuntklässler angaben, in den letzten 12 Monaten einen Ladendiebstahl begangen zu haben, und knapp 13 % der gleichen Gruppe angaben, in den letzten 12 Monaten eine Sachbeschädigung ausgeführt zu haben (a.a.O., S. 19). Knapp über 30 % gaben an, in den letzten 12 Monaten Cannabis probiert zu haben (a.a.O., S. 20). 19 % der Neuntklässler aus München berichteten, dass sie im zurückliegenden Jahr mindestens einmal Opfer eines Raubes, einer Erpressung, einer Körperverletzung ohne Waffe, einer Körperverletzung mit einer Waffe oder einer sexuellen Gewalttat geworden sind (a.a.O., S. 24). Auch wenn man diese Zahlen nicht einfach aufaddieren darf, weil sich hinter den Angaben zu einem nicht unerheblichen Teil die gleichen Jugendlichen verbergen, so geben diese Zahlen doch einen ersten Eindruck. Zu berücksichtigen ist dabei, dass in diesen Fällen von selbstberichteter Delinquenz viele Taten gemeinschaftlich begangen werden und dass jeder Vorfall im sozialen Umfeld schnell kommuniziert wird.

781) Diesem Erfahrungshintergrund von Kindern und Jugendlichen steht entgegen, dass Delinquenz, Kriminalität, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Kindes- und Jugendalter sowohl für die Jugendpolitik als auch für die Fachpraxis eher unangenehme, weil auch mitunter bei allen Beteiligten Ratlosigkeit erzeugende, Themen sind. Aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen führt dies zu dem Eindruck, dass ein wichtiger und sie mitunter belastender Aspekt ihres Alltags von der für sie zuständigen Politik und Fachpraxis nicht selten unangemessen wahrgenommen, manchmal geradezu dämonisiert und für andere Zwecke instrumentalisiert, meistens aber weitgehend an den Rand gedrängt wird. Gestärkt wird so das Gefühl, dass die Erwachsenen keine Ahnung haben, „was wirklich abgeht“.

782) Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden zunächst die wichtigsten Daten zu Ausmaß und Schwere von Kriminalität und Gewalt in Bayern vorgestellt, wobei ein besonderes Augenmerk – entsprechend den thematischen

⁴³⁰ Vgl. Baier/Pfeiffer/Windzio/Rabold 2006

Schwerpunktsetzungen des Landtages – der Gewalt gewidmet wird. Weil Kriminalität und Gewalt im Jugendalter üblicherweise nicht politisch oder ideologisch motiviert sind, werden in einem eigenen Abschnitt Ausmaß extremistischer Gewalt und die Verbreitung der dahinter stehenden Ideologien kurz beschrieben. Kontrastiert werden diese Daten durch die Sichtweise der jugendlichen Täter, wobei deutlich werden soll, dass das aus der Sicht der Erwachsenen abweichende Handeln von Jugendlichen zumindest zu Teilen für sie eine ganz andere Bedeutung haben kann.⁴³¹

3.8.1.1 Jugendliche Delinquenz und Gewalt in Bayern

783) Wenn man Umfang und Intensität der Delinquenz, Kriminalität und Gewalt im Kindes- und Jugendalter beschreiben möchte, stehen unterschiedliche Datenquellen zur Verfügung:

- Die amtliche Statistik der Polizei, die so genannte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS);
- Sonderauswertungen polizeilicher Unterlagen (z. B. Bayerisches Landeskriminalamt);
- Strafverfolgungsstatistik der Justiz (nur bei Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen);
- Dunkelfeldstudien, wie sie z. B. von dem bereits erwähnten Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) durchgeführt werden, und repräsentative Befragungen der Altersgruppe;⁴³²
- Qualitative Studien z. B. zu einzelnen Problemgruppen und Milieus (wie z. B. »Straßenkinder«, delinquente Gangs und Szenen u.a.);
- Erfahrungsberichte von Praktikerinnen und Praktikern der Polizei, der Kinder- und Jugendhilfe und anderer zutständiger Institutionen.

784) Im Folgenden wird vorrangig auf die wichtigste offizielle Quelle für die Darstellung der Entwicklung von Delinquenz und Gewalt unter Jugendlichen, die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), zurückgegriffen, die jedes Jahr im Frühjahr für das Vorjahr erscheint. Ausschlaggebend dafür ist, dass diese Daten zumindest in Bezug auf das so genannte Hellfeld, also die polizeilich bekannt gewordenen Straftaten, die bei Weitem zuverlässigste Quelle darstellen. Darüber hinaus sind die Zahlen der PKS auch deshalb von Bedeutung, weil sich die öffentliche und politische Diskussion vorrangig auf sie bezieht.

785) Die PKS unterscheidet zwischen Kindern (8 bis 13 Jahre), Jugendlichen (14 bis 17 Jahre), Heranwachsenden (18 bis 20 Jahre) und Jungerwachsenen (21 bis 24 Jahre). Die Altersgruppe der 25- bis 27-Jährigen gehört nach der PKS zu

⁴³¹ Der Fokus des vorliegenden Berichtes bringt es mit sich, dass bei der Darstellung und Analyse der Hauptakzent auf die Herausforderungen für die Jugendpolitik gelegt wird; für eine differenziertere Betrachtung der Lage aus polizeilicher und justizieller Sicht sowie aus der Perspektive des Verfassungsschutzes sei auf die einschlägigen Veröffentlichungen der Ämter und Ministerien, also vor allem auf das Bayerische Landeskriminalamt, das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, das Bayerische Staatsministerium des Innern und das Bayerische Staatsministerium der Justiz hingewiesen.

⁴³² Vgl. z. B. Shell Deutschland 2006, S. 140 zum Aspekt der Verwicklung in Schlägereien.

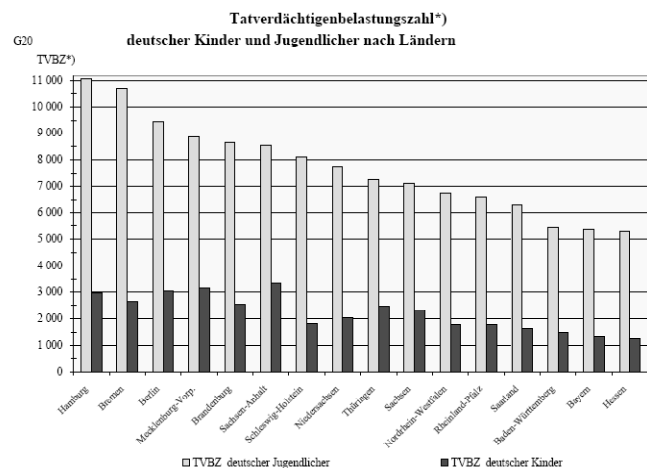
den Erwachsenen und wird, soweit keine Sonderauswertungen vorgenommen werden, nicht eigens ausgewiesen. Auf sie wird deshalb im Folgenden nicht weiter eingegangen.

786) Bei der Bewertung der Daten der PKS ist wichtig, zu berücksichtigen, dass sie die Ergebnisse polizeilicher Ermittlungen dokumentiert. Sie erfasst die von der Polizei ermittelten Delikte und die einer Straftat Verdächtigten. Nicht angezeigte bzw. von der Polizei wahrgenommene Straftaten verbleiben im Dunkelfeld; über sie kann auf diesem Weg keine Auskunft gegeben werden.

787) Legt man die Daten des Bayerischen Landeskriminalamtes zugrunde, kann zunächst festgehalten werden, dass der prozentuale Anteil der Straftatverdächtigten bezogen auf die jeweilige Altersgruppe, die so genannte Tatverdächtigenbelastungszahl,⁴³³ bei den Kindern im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen ist (von 1.483 auf 1.523 pro 100.000 der altersgleichen Bevölkerungsgruppe), allerdings deutlich unter den hohen Werten Ende der 90er Jahre bzw. Anfang des Jahrtausends liegt. Bei den Jugendlichen ergibt sich ein leichter Rückgang gegenüber 2005 (von 5.949 auf 5.872 pro 100.000 der altersgleichen Bevölkerungsgruppe) – worin sich allerdings gegenüber 1994 ein deutlicher Anstieg verbirgt. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Heranwachsenden und die Jungerwachsenen.⁴³⁴

788) Der Bundesvergleich macht deutlich, dass Bayern aufs Ganze gesehen vergleichsweise niedrige Werte aufzuweisen hat, wie die aktuellen Daten des Bundeskriminalamtes belegen:

Abbildung 22: TVBZ deutscher Kinder und Jugendlicher nach Ländern



Bundeskriminalamt: PKS 2006, S. 101

⁴³³ Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) gibt die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen bezogen auf 100.000 Einwohner der entsprechenden Bevölkerungsgruppe an. Weil die Altersgruppen der PKS unterschiedlich groß geschnitten sind und die Größen der jeweiligen Bevölkerungsgruppen gerade bei den nachwachsenden Generationen sich aktuell vergleichsweise schnell wandeln, sind diese Zahlen aussagekräftiger als die absoluten Zahlen. Also um ein Beispiel zu nennen: 2006 wurden von der Polizei in Bayern 12.200 Kinder als tatverdächtig ermittelt. Umgerechnet auf die Größe der Altersgruppe ergibt sich daraus, dass von 100.000 bayerischen Kindern 1523, also gerundet 1,5 %, als tatverdächtig ermittelt wurden. (Bay. LKA 2006, S. 10 und 11). Im vorliegenden Bericht werden deshalb vorrangig die TVBZ verwendet.

⁴³⁴ Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 11, 21, 31, 41

788) Die Abbildung zeigt die prozentuale Belastung der Altersgruppen deutscher Kinder (dunkle Balken) und Jugendlicher (helle Balken) über alle von der Polizei ermittelten Straftaten im Jahr 2006 nach Ländern aufgeschlüsselt an. Deutlich wird, dass Bayern nach Hessen in beiden Altersgruppen die vergleichsweise niedrigste Belastung aufweist.

789) Lenkt man den Blick auf einzelne Delikte und dabei insbesondere auf die Gewaltkriminalität, ergibt sich für die *deutschen* jungen Menschen in Bayern folgendes Bild:

Tabelle 41: Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) Deutscher nach Altersgruppen in Bayern, ausgewählten Delikten 2001 und 2006

	Kinder		Jugendliche		Heranwachsende		Jungerwachsene	
	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006
Gefährliche u. Schwere Körperverl.	95	91	507	547	520	753	288	406
Leichte Körperverl.	113	118	641	754	759	1050	541	795
Einfacher Diebstahl	1000	731	2299	1869	1311	1090	785	697
Schwerer Diebstahl	109	73	464	402	364	333	166	179
Raub	10	9	90	79	89	91	48	47
Sachbeschädigung	281	237	914	834	530	674	264	338
Rauschgiftkriminalität	33	13	1007	582	1988	1434	1210	1143
Gewaltkriminalität ⁴³⁵	113	101	602	622	626	855	348	467
Gesamt	1711	1359	6072	5361	6458	6521	4485	5109

Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 13, 14, 23, 24, 33, 43, 44

790) Die Tabelle listet zunächst die Daten für die Delikte gefährliche und schwere Körperverletzung, leichte Körperverletzung, einfacher Diebstahl, schwerer Diebstahl, Raub, Sachbeschädigung und Rauschgiftkriminalität auf. Sie enthält die Zahlen bezogen auf jeweils 100.000 Deutsche in Bayern für die vier Altersgruppen Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und Jungerwachsene für die Jahre 2001 und 2006. Ergänzt werden diese Daten durch die entsprechenden aufsummierten Werte für den Bereich Gewaltkriminalität und die Summe über alle Delikte („Gesamt“). Das Jahr 2001 wurde als Bezugspunkt gewählt, weil ein fünfjähriger Abstand hinsichtlich der mittelfristigen Entwicklungen aussagekräftiger ist als der in der Öffentlichkeit übliche Vorjahresvergleich.

791) Für die Gesamteinschätzung der Entwicklungen in diesem Feld ist angesichts dieses Vergleichszeitpunktes allerdings zu berücksichtigen, dass die Tatverdächtigenbelastungszahlen für junge Menschen in nahezu allen Deliktbereichen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre bzw. Anfang des neuen Jahrtausends markant angestiegen sind. Wenn man heutige Zahlen mit jenen aus dem Jahr 2001 vergleicht, muss man deshalb bedenken, dass die damaligen Werte, z. B. im Vergleich zu der Situation zehn Jahre zuvor, besorgniserregende Größenordnungen erreichten. Ein Beispiel, die Entwicklung der Gewaltkriminalität bei deutschen Jugendlichen in Bayern, mag dies verdeutlichen:

⁴³⁵ Dieser Summenschlüssel umfasst Mord, Totschlag, Töten auf Verlangen, Kindstötung, Vergewaltigung, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, gefährliche und schwere (nicht einfache) Körperverletzung sowie Vergiftung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme und Angriff auf den Luftverkehr.

Tabelle 42: Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) für deutsche Jugendliche Gewaltkriminalität in Bayern

1994	1998	2001	2002	2003	2004	2005	2006
251	510	602	624	621	641	669	622

Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 24

792) Man sieht, dass ausgehend von vergleichsweise niedrigen Werten im Jahr 1994 es in der zweiten Hälfte der 90er Jahre einen massiven und damals alle Verantwortlichen beunruhigenden Anstieg gab, der sich, wenn auch mit nicht so großen Steigerungsraten, bis zum Jahr 2005 fortsetzte. Ob der erfreuliche Rückgang von 2006 gegenüber 2005 eine Kehrtwende anzeigt, muss abgewartet werden. Auf's Ganze gesehen bewegen sich die Werte nach wie vor auf vergleichsweise hohem Niveau. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Alterstypische Grenzverletzungen, unzureichende gesellschaftliche Integration, schlechte Zukunftsaussichten, wachsende Konkurrenz, nachlassende soziale Einbettung, zusammen mit fragilen männlichen Selbstbildern und problematischen Medieneinflüssen sind nur die wichtigsten. Wichtige Einflussfaktoren sind darüber hinaus auch Veränderungen im Anzeigeverhalten sowie die erfolgreiche Aufklärung von Straftaten durch die Polizei.

793) In diesem Sinne ist die Tabelle 41 wie folgt zu lesen: Im Jahr 2006 wurden von 100.000 deutschen Jugendlichen 622 Jugendliche von der Polizei der Begehung einer Gewalttat verdächtigt.

794) Um ein Gefühl dafür zu vermitteln, welche Größenordnungen sich hinter diesen Relationen verbergen, sei exemplarisch an dieser Stelle auch die absolute Zahl an registrierten und von deutschen Jugendlichen begangenen Gewaltta-

ten in Bayern im Jahr 2006, nämlich 3.252 Gewalttaten, genannt.⁴³⁶

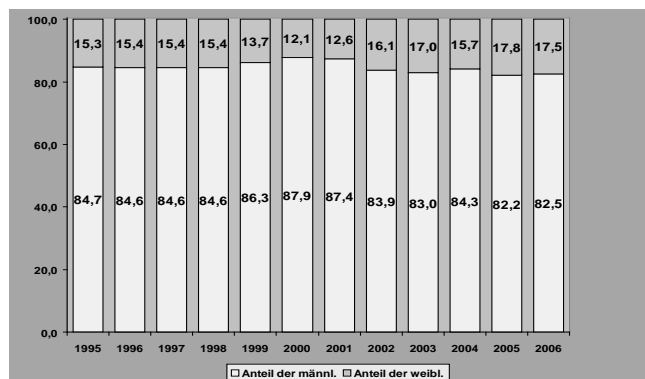
795) Betrachtet man sich die Tabelle 41 im Ganzen, zeigt sich zunächst, dass die bei weitem höchsten Werte im Bereich einfacher Diebstahl ausgewiesen werden. Dahinter steht die seit Langem bekannte Tatsache, dass der größte Teil der jungen deutschen – wie auch im Übrigen der nicht-deutschen – Tatverdächtigen als Ladendiebe ermittelt werden. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um so genannte Bagatelldelikte mit niedrigen Schadenssummen. Die öffentliche und politische Diskussion jedoch bewegt vorrangig das Thema Gewalt. Dies ist insofern berechtigt, als deutliche Zunahmen von gefährlicher, schwerer sowie leichter Körperverletzung vor allem bei den 14- bis 24-Jährigen, also den Jugendlichen, Heranwachsenden und Jungerwachsenen im polizeilichen Hellfeld festzustellen sind. Demgegenüber gehen die teilweise auch erkennbaren Rückgänge in einzelnen Deliktbereichen sowie die Tatsache, dass z. B. weniger Heranwachsende im letzten Jahr als tatverdächtig registriert worden sind und dass es in einigen Bereichen zu keinen nennenswerten weiteren Steigerungen gekommen ist, in der Diskussion nahezu unter.

796) Damit ist eine Reihe von jugendpolitischen Herausforderungen verbunden. Diese werden noch deutlicher, wenn man die Daten etwas differenzierter betrachtet sowie die Belastungszahlen für die nicht-deutschen jungen Menschen hinzuzieht.

Geschlechterdifferenzen

797) Ohne dies hier in allen Details zu belegen, kann festgehalten werden, dass in allen Deliktbereichen und Altersgruppen die Belastung der Jungen deutlich höher ausfällt als jene der Mädchen.⁴³⁷ Als ein Beispiel dient hier wiederum die Gewaltkriminalität bei den 14- bis unter 18-Jährigen, also im Jugendalter:

Abbildung 23: Anteile der 14- bis 17-jährigen Jugendlichen an der Gewaltkriminalität nach Geschlecht



Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 22

798) Körperliche Gewalt ist also vor allem ein Problem männlicher junger Menschen – auch wenn ergänzt werden

436 Vgl. dazu auch unten den Unterabschnitt 3.8.1.2 zu der kleinen Gruppe der Mehrfach- und Intensivtäter

437 Vgl. dazu ausführlich Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (a); Bundeskriminalamt 2007

muss, dass die Vorfälle, in denen Mädchen beteiligt waren, in den letzten Jahren zugenommen haben.

Regionale Unterschiede

799) Die oben genannten Zahlen belegen, dass Delinquenz im Kindes- und Jugendalter meistens in Form von einfachen Diebstählen auftritt. Ladendiebstähle und ähnliche Eigentumsdelikte sind ebenso wie der überwiegende Teil der Körperverletzungen alterstypische und deshalb weit verbreitete Phänomene. Die Enquete-Kommission hat vor diesem Hintergrund darauf verzichtet, die vorliegenden Daten in Bezug auf diese Formen der Delinquenz im Kindes- und Jugendalter eigens unter einer regionalen Perspektive auszuwerten, weil dabei bestenfalls Herausforderungen für die Verantwortlichen vor Ort, nicht jedoch für die Landespolitik, sichtbar werden würden.

800) Jugendpolitisch auch auf Landesebene von größerer Bedeutung sind jene Fälle, die durch eine deutlich höhere, über den alterstypischen Durchschnitt hinaus gehende, Kriminalitätsbelastung bzw. Gewaltbereitschaft gekennzeichnet sind. Aufgrund der geringen Fallzahlen ist jedoch eine regionalisierte Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für diese Deliktbereiche für die vier Altersgruppen Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und Jungerwachsene in Bayern wenig aussagekräftig. Alle verfügbaren Daten⁴³⁸ und Studien⁴³⁹ sprechen allerdings dafür, dass die jungen Menschen mit einer höheren, über dem alterstypischen Durchschnitt liegenden, Delinquenzbelastung erstens eher aus den Ballungsgebieten und größeren Gemeinden und zweitens eher aus sozial benachteiligten Regionen, Stadtteilen, Wohngebieten und Milieus stammen, die durch Angst vor sozialem Abstieg und Ausgrenzung bedroht bzw. geprägt sind.

Alkoholeinfluss

801) Wie die Kriminalstatistik zeigt, stellt der Alkoholeinfluss einen immer bedeutenderen Faktor bei der Straftatenbegehung dar. Insbesondere im Bereich der Gewaltkriminalität sind enge Zusammenhänge zu verzeichnen, die auf einen übermäßigen Alkoholkonsum und damit einhergehend enthemmtes sowie aggressives Verhalten hinweisen. Mittlerweile sind etwa ein Viertel der jugendlichen und die Hälfte der heranwachsenden Gewalttäter zum Tatzeitpunkt alkoholisiert. Der Anteil hat sich damit in den vergangenen zehn Jahren nahezu verdoppelt.

Nicht-deutsche junge Menschen in Bayern

802) Als Nicht-Deutsch werden in der PKS nur jene in Deutschland ermittelten Straftatverdächtigen gezählt, die keinen deutschen Pass besitzen. Alle jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass besitzen, werden als Deutsche gezählt.⁴⁴⁰ Die Belastungszahlen zu den nicht-deutschen jungen Menschen spiegeln insofern einen wichtigen, aber eben nur einen Ausschnitt der Belastung junger Menschen mit Migrationshintergründen wider.

438 Vgl. Bundeskriminalamt 2007

439 Vgl. z. B. Lösel/Bliesener 2003; Ohder/Huck 2006; Ohder 2007

440 Vgl. hierzu die Begriffsbestimmungen in den Kapiteln 3.1 A, sowie 3.12 L.

803) Eine eigene Gruppe stellen die Aussiedler dar. Sie verfügen über einen deutschen Pass, sind aber durch ihre Migrationsgeschichte geprägt. In der PKS werden Aussiedler nicht eigens ausgewiesen; ein Rückschluss auf diese Bevölkerungsgruppe ist allerdings durch eine Kombination der Kriterien „Staatsangehörigkeit“ und „Geburtsland“ möglich.⁴⁴¹ Dabei zeigen die Daten, dass z. B. „die Teilgruppe der jugendlichen Aussiedler annähernd oft wie die der deutschen Jugendlichen mit den Delikten einfacher Diebstahl (37,1 %) und Ladendiebstahl (24,9 %) registriert wird. Die Gewaltdelikte (19,4 %) liegen allerdings um über 8 Prozentpunkte höher als die der deutschen Jugendlichen.“⁴⁴²

804) Eine wichtige, allerdings nicht mehr ganz aktuelle, Studie zur Kriminalitätsbelastung von Aussiedlern wurde 2000 vom Bayerischen Landeskriminalamt vorgelegt (vgl. Luff 2000). Auf der Basis der PKS-Daten der Jahre 1997, 1998 und 1999, einer Aktenauswertung zu polizeilich registrierten Spätaussiedlern und einer Fragebogenerhebung zum Integrationsverlauf von Spätaussiedlern erstellte das Bayerische Landeskriminalamt eine differenzierte Analyse zur Kriminalitätsbelastung und den sozialen Hintergründen bei dieser Gruppe. Das Bayerische LKA konnte damals zeigen, dass „die polizeilich registrierte Kriminalität von Aussiedlern ist in einem noch höheren Ausmaß als diejenige der Deutschen und Nichtdeutschen von den Delikten des einfachen Diebstahls geprägt. Vorwiegend junge Aussiedler scheinen sich hinsichtlich der kulturellen Ziele schnell anzupassen und an den Errungenschaften unserer Konsumgesellschaft

partizipieren zu wollen, ohne allerdings über die dazu notwendigen legalen Mittel zu verfügen. Im weiteren zeitlichen Verlauf ihrer Anwesenheit werden in Bayern mehr und mehr Rohheitsdelikte von Aussiedlern registriert“ (Luff 2000, S. 190 f.). Das Bayerische Landeskriminalamt stellte damals fest, dass die Quantität der Aussiedlerkriminalität zum damaligen Zeitpunkt nicht besorgniserregend sei (ebd.). Allerdings wurde auch gefordert, „besonderes (präventives) Augenmerk künftig ... auf die 10-13-jährigen Aussiedler-Kinder zu richten, die eine noch höhere Tatverdächtigen-Belastungszahl aufweisen als die Nichtdeutschen, für die sich in allen anderen Altersgruppen die zum Teil mit deutlichem Abstand höchsten Belastungszahlen der drei Bevölkerungsgruppen errechnen“ (a.a.O., S. 191). Zugleich lieferte die Studie eine Reihe von Hinweisen, dass die erhöhte Delinquenzbelastung als „maßgebliche Folge einer ungünstigen sozialen Lage“ (Luff 2000, S. 193) bzw. unzureichender Integration zu interpretieren sei.

805) Für die Zukunft ist allerdings darauf hinzuweisen, dass es gerade bei den jüngeren Altersgruppen immer schwieriger wird, eine vernünftige Datenbasis zu gewinnen, weil viele mittlerweile in Deutschland geboren sind. Die Unterscheidung zwischen Geburtsort und Staatsangehörigkeit macht in diesen Fällen zunehmend keinen Sinn.

806) Lenkt man nun den Blick auf die im Sinne der polizeilichen Statistik nicht-deutschen jungen Menschen, zeigt sich folgendes Bild:

Tabelle 43: Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) Nicht-Deutscher nach Altersgruppen in Bayern, ausgewählten Delikten für die Jahre 2001 und 2006⁴⁴³

	Kinder		Jugendliche		Heranwachsende		Jungerwachsene	
	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006
Gefährliche u. Schwere Körperverl.	395	420	1803	2021	1561	1959	871	1104
Leichte Körperverl.	323	405	1486	1813	1381	1908	1139	1422
Einfacher Diebstahl	2161	1619	4715	4074	3410	2958	2454	1984
Schwerer Diebstahl	244	178	1094	894	979	708	596	473
Raub	109	47	455	393	261	291	49	181
Sachbeschädigung	406	426	1017	1151	593	862	404	423
Rauschgiftkriminalität	35	23	1405	834	2976	2795	2043	2194
Gewaltkriminalität	487	461	2205	2380	1862	2259	1121	1332
Gesamt	3570	3158	12063	10892	13829	13777	10807	10666

Bayerisches Landeskriminalamt 2007, S. 13, 17, 23, 27, 33, 37, 43, 47

441 Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 16, 26, 36, 46

442 ebd., S. 26

443 Die Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) bei nicht-deutschen jungen Menschen sollten nur mit äußerster Vorsicht verwendet werden. Verantwortlich dafür ist, dass keine verlässlichen Zahlen über die genaue Größe der jeweiligen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen. Das Bundeskriminalamt zieht daraus den Schluss, dass „reelle Tatverdächtigenbelastungszahlen für die nicht-deutschen Tatverdächtigen nicht errechnet werden (können), weil in der Einwohnerstatistik die amtlich nicht gemeldeten Ausländer fehlen, die sich hier legal (z. B. als Touristen, Geschäftsreisende, Besucher, Grenzpendler, Stationierungsstreitkräfte oder Diplomaten) oder illegal aufhalten. Außerdem sind selbst die Fortschreibungszahlen für die amtlich gemeldete ausländische Wohnbevölkerung äußerst unzuverlässig, wie die letzte Volkszählung gezeigt hat“ (BKA 2007, S. 97 ergänzend 1005). Das Bayerische Landeskriminalamt stellt trotz dieser ernst zu nehmenden Bedenken die TVBZ zur Verfügung. Grundlage dafür sind die Altersgruppen der jeweiligen „gemeldeten“ Nichtdeutschen. „Als »gemeldete« Nichtdeutsche gelten solche, die zur Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zählen, nicht aber die nicht-deutschen Tatverdächtigen mit illegalem Aufenthalt, Stationierungsstreitkräfte, Touristen und Durchreisende (nichtgemeldete Nichtdeutsche)“ (Bay. LKA 2007 (a), S. 8). Das Bayerische Landeskriminalamt eröffnet damit für die Fachdiskussion die Möglichkeit des tendenziellen Vergleiches zwischen deutschen und nicht-deutschen Straftatverdächtigen in Bayern; die Daten sollten aber dementsprechend sensibel interpretiert und verwendet werden. Da die Zahl der nicht-deutschen Jugendlichen in Bayern höher sein dürfte als die Zahl der gemeldeten nicht-deutschen Jugendlichen muss damit gerechnet werden, dass die Prozentwerte des Bayerischen Landeskriminalamtes zu hoch ausfallen.

807) Obwohl man, wie in der Fußnote 443 beschrieben, aufgrund der unsicheren Datengrundlage bei der Bewertung von Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) von nicht-deutschen Jugendlichen äußert vorsichtig sein sollte und trotz der an sich – wie zuvor angedeutet – problematischen Unterscheidung zwischen deutschen und nicht-deutschen Jugendlichen,⁴⁴⁴ kann man nicht davon absehen, dass die Belastung der nicht-deutschen Jugendlichen in allen Deliktbereichen und in allen Altersgruppen erkennbar höher ausfällt und dass dabei die höhere Belastung im Gewaltbereich besonders auffällt. Allerdings müssen diese Aussagen in mindestens zweifacher Hinsicht weiter differenziert werden.

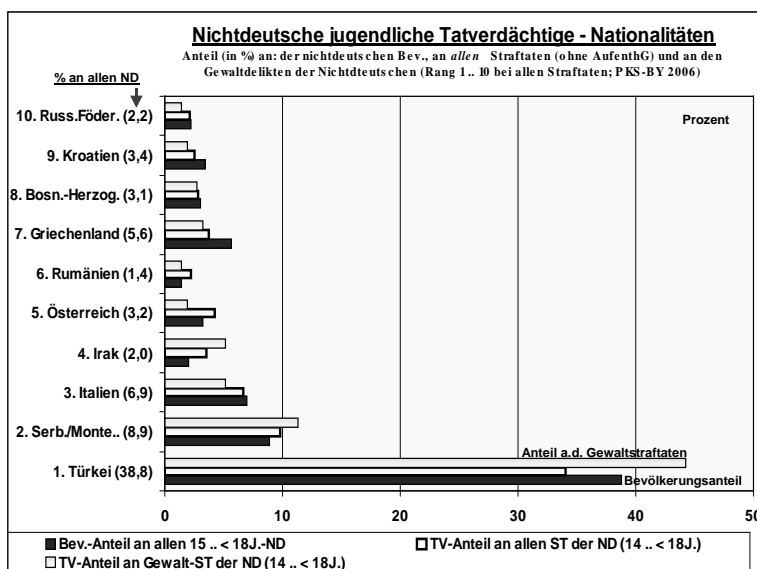
- Unter dem Etikett „Nicht-Deutsche“ verbergen sich sehr unterschiedliche ethnische Hintergründe und Lebenslagen. Entgegen der weit verbreiteten Einschätzung, dass die Türken die am stärksten belastete Gruppe darstellen, zeigen die Daten der Polizei, dass über alle Delikte und Altersgruppen betrachtet, wie das Bayerische Landeskriminalamt in einer eigens für die Enquete-Kommission erstellten Übersicht feststellt, „Tatverdächtige mit rumänischer, bulgarischer, kroatischer oder irakischer Nationalität höhere Belastungszahlen aufweisen als türkische Tatverdächtige. D.h. relativ zu deren – deutlich geringeren – Bevölkerungsanteilen werden Tatverdächtige aus diesen Nationen häufiger polizeilich registriert. Großteils ist dies aber ausländerrechtlichen Verstößen (Aufenthaltsgesetz) geschuldet. Je nach Delikt verschieben sich die Anteile der Nationen.“⁴⁴⁵ Lenkt man den Blick auf die Gewaltdelikte und betrachtet zunächst alle Altersgruppen, verschiebt sich das Bild: „Neben den türkischen

Tatverdächtigen weisen vor allem Tatverdächtige aus Nationen mit einem eher geringen Bevölkerungsanteil eine verhältnismäßig hohe Belastung auf. Dies sind neben den Türken etwa Iraker (die höchste Belastung), Serben/Montenegriner, Polen, Italiener, Rumänen oder Bulgaren, die besonders auffallen. Rein quantitativ (Anzahl) ist die Gruppe der türkischen Tatverdächtigen unter allen nichtdeutschen Tatverdächtigen mit mindestens einem Gewaltdelikt die bedeutsamste.“⁴⁴⁶

Bei der Altersgruppe der Jugendlichen schließlich ergibt sich ein ähnliches Bild. Allerdings können dabei aufgrund der unterschiedlichen Altersgruppenunterteilung in der Bevölkerungsstatistik keine genauen Tatverdächtigenbelastungszahlen berechnet werden. Das Bayerische Landeskriminalamt hat deshalb hilfsweise „die relativen Anteile an der gesamten ausländischen Bevölkerung der 15- bis unter 18-jährigen mit den relativen Anteilen der ausländischen Jugendlichen in der PKS – hier allerdings für die Altersgruppe der 14- bis unter 18-jährigen – verglichen. Der Vergleich zum Bevölkerungsanteil (grüner Balken) wird einmal für alle Straftaten (roter Balken) und zum anderen für Gewaltdelikte (gelber Balken) dargestellt.

Den größten Anteil an der nichtdeutschen Bevölkerung (15–18 J.) stellen türkische Jugendliche. Ihr prozentualer Anteil an allen Straftaten liegt unter, für Gewaltdelikte jedoch über deren Bevölkerungsanteil. In der Relation sind türkische Jugendliche somit eher mit Gewaltdelikten als bspw. mit Diebstahl auffällig.“

Abbildung 24: Nicht-deutsche Tatverdächtige nach Nationalität, Bevölkerungsanteil und den Altersgruppen Jugendliche und Heranwachsende für Bayern 2006



- Bevölkerungsanteil an allen nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen (Alter 15J. .. < 18J.); Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
- In der PKS: Jugendlichen = Alter 14 J. .. < 18 J.
- Ausgewiesen werden die jeweiligen Prozentanteile an der Kategorie:
 - Bevölkerungsanteil an allen Nicht-deutschen (%)
 - Anteil an allen Straftaten der Nicht-deutschen (%)
 - Anteil an allen Gewaltdelikten der Nichtdeutschen (%)

Zuarbeit Bayerisches Landeskriminalamt

⁴⁴⁴ Vgl. hierzu auch die entsprechenden Hinweise zu den Antworten auf die Fragenkomplexe A und L.

⁴⁴⁵ Zuarbeit Bayerisches Landeskriminalamt für die Enquete-Kommission. Unveröffentlichtes Ms. vom 17.10.2007, S. 4

⁴⁴⁶ ebd., S. 5

Wie bei den türkischen Tatverdächtigen liegt auch bei Serben/Montenegrinern und Irakern der Anteil an der Gewaltkriminalität höher als ihr Bevölkerungsanteil allerdings auf der Basis deutlich niedrigerer Fall- und Bevölkerungszahlen. Die anderen Nationen (nichtdeutsche Tatverdächtige) weisen im Vergleich zu ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil geringere Anteile bei der Gewaltkriminalität auf.⁴⁴⁷

Die höhere Belastung von jungen Türken im Bereich Gewaltdelikte wird immer wieder durch den Verweis auf bestimmte traditionelle Männlichkeitsbilder und die darin eingewobenen Ehrbegriffe zu erklären versucht. Aus dieser Sicht erscheint Gewalt von Männern in bestimmten Konstellationen als „ein angemessenes und auch sozial erwartetes Mittel der Selbst(wert)verteidigung“.⁴⁴⁸ Allerdings wäre es irreführend, die Neigung zu hegemonialen, gewaltlegitimierenden Männlichkeitsbildern vorrangig als einen ethnisch geprägten Aspekt zu verstehen. Die Ergebnisse der Forschung legen vielmehr nahe, dass derartige Orientierungen eng mit sozialer Ausgrenzung, eigener Opfererfahrung, unzureichender Integration und fehlenden Zukunftsperspektiven einhergehen.⁴⁴⁹ Ein wichtiger Faktor ist schließlich die familiäre Sozialisation und die in diesem Rahmen vermittelten Geschlechterrollenkonzepte.⁴⁵⁰

- Jugendpolitisch von großer Bedeutung ist die Frage, ob es denn eher die gerade zugezogenen Nicht-Deutschen oder die schon länger in Deutschland lebenden nichtdeutschen Jugendlichen sind, die polizeilich auffällig werden. Neben Fragen des Ausländerrechts verweist diese Frage unmittelbar auf die Debatte um Integration. Auf der Basis der bayerischen PKS-Daten für 1999 hat die Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei unter dieser Perspektive eine Auswertung vorgenommen. Das Ergebnis war damals eindeutig: Die *„Befunde entsprechen den Erkenntnissen aus Hell- und Dunkelfeldforschung, denen zufolge die Gewaltkriminalität mit zunehmender Aufenthaltsdauer bzw. für hier bereits geborene und aufgewachsene (junge) Ausländer »zum Thema« wird. Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass es sich bei der registrierten Kriminalität der jungen Ausländer im Kindes- und Jugendalter weit weniger um »importierte Kriminalität« im Zusammenhang mit der Öffnung der Grenzen und den entsprechenden Wanderungsbewegungen ab Ende 1989 handelt wie bei den 18-jährigen und älteren Ausländern. Für den größten Teil der jungen nichtdeutschen Tatverdächtigen ist ihre Kriminalität vielmehr ein Hinweis auf die Rahmenbedingungen ihres Aufwachsens in Deutschland – also auf ihre problematische Lebenslage – und damit sozusagen »hausgemacht«*“.⁴⁵¹

3.8.1.2 Mehrfach- und Intensivtäter

808) Ein sowohl sicherheits- wie auch jugendpolitisches und pädagogisches Problem stellt die kleine Gruppe der so

genannten Mehrfach- und Intensivtäter dar. Es ist diese, gern als „harter Kern“ bezeichnete, Gruppe Jugendlicher, die für einen nicht unerheblichen Anteil der polizeilich gemeldeten Delikte im Jugendalter verantwortlich ist, die immer wieder vermittelt über die Medien öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt und die alle verantwortlichen Instanzen (Polizei, Justiz, Elternhaus, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie) wiederholt an ihre Grenzen bringt. Auch wenn die Definitionen für diese Gruppe nicht einheitlich sind,⁴⁵² kann mit dem Bayerischen Landeskriminalamt im Grunde davon ausgegangen werden, dass weniger als „10 % der auffälligen Jugendlichen als Mehrfachtäter gelten und mehr als 50 % der bei diesen insgesamt offiziell registrierten Straftaten verübt haben (dürften); dabei handelt es sich fast ausschließlich um männliche Jugendliche“.⁴⁵³

809) Die Daten des Bayerischen Landeskriminalamtes zeigen, dass bei den Jugendlichen rund 70 % der Tatverdächtigen nur einmal im Jahr polizeilich registriert werden. Jugendliche Mehrfachtäter mit mehr als 4 Straftaten hatten 2006 einen Anteil von 6,4 %, davon mit 5 bis 9 Straftaten 4,6 % und mit 10 und mehr Ermittlungen 1,8 %. 2006 registrierte die Polizei in Bayern 644 jugendliche Mehrfachtäter mit 10 und mehr Straftaten – wobei zu berücksichtigen ist, dass dabei sehr unterschiedliche Straftaten zusammen kommen können. 10 Ladendiebstähle ebenso wie auch Körperverletzungen oder anderes. Über die Zusammensetzung der Straftaten gibt die PKS keine Auskunft.

810) Die bayerische Polizei hat in den letzten 15 Jahren eine ganze Reihe von gezielt auf diese Gruppe von Jugendlichen abgestimmten Konzepten und Strategien entwickelt. In einigen Präsidien erfolgte dies in enger Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe. Die einzelfallbezogene Umstellung der Ermittlungspraxis vom Tatortprinzip zum Täter- bzw. Wohnortprinzip ist nur ein Beispiel dafür.⁴⁵⁴ Das Bayerische Landeskriminalamt stellt hierzu fest: *„Die polizeiliche Praxis beim täterorientierten Ermittlungsansatz legt andere (nicht nur rein quantitative) Maßstäbe bei der „Auswahl“ von Mehrfachtätern an. Dabei ist Quantität – Anzahl der Straftaten – nur eines unter mehreren Merkmalen für die Identifizierung von Mehrfachtätern. Wobei auch hier die Anzahl festgestellter Mehrfachtäter je nach gewählter Definition variiert.“* Weil die Verantwortung für die Mehrfach- und Intensivtäterprogramme in der Hand der einzelnen Prä-

⁴⁵² Im Detail unterschiedlich sind die Schwellen, auf Basis derer jugendliche Straftäter als Mehrfach- und Intensivtäter bezeichnet werden. In den meisten Fällen werden die letzten 12 Monate als Bezugszeitrahmen genommen. Wenn innerhalb dieser Zeit mehr als fünf Straftaten eines Jugendlichen registriert werden, wird von Mehrfachtäter gesprochen. Schwieriger ist die Definition des Intensivtäters, weil damit auch eine qualitative Einschätzung der Schwere der Taten verbunden ist.

⁴⁵³ Steffen 2004, S. 67; Steffen 2003.

⁴⁵⁴ Normalerweise gilt bei der Polizei das Tatortprinzip: Dies bedeutet, dass die Ermittlungen jeweils von dem für den jeweiligen Tatort zuständigen Revier bzw. den entsprechenden Beamten und Beamtinnen geleitet werden. In der Praxis führt dies dazu, dass bei mehreren Straftaten an unterschiedlichen Orten ggf. unterschiedliche Reviere bzw. Beamte und Beamtinnen die jeweiligen Ermittlungen führen. Dem gegenüber ist beim Täterprinzip immer der gleiche Beamte bzw. die gleiche Beamtin für den jeweiligen Täter zuständig, unabhängig davon, wo eine Straftat begangen wurde. Auf diese Weise wird gerade im Fall von Mehrfachtätern die Übersicht erheblich verbessert; zugleich bedeutet es aber immer auch zusätzlichen organisatorischen Aufwand.

⁴⁴⁷ ebd., S. 5 – 6

⁴⁴⁸ Enzmann/Brettfeld/Wetzels 2004, S. 267

⁴⁴⁹ Enzmann/Brettfeld/Wetzels 2004; vgl. auch Baier/Pfeiffer 2007

⁴⁵⁰ Vgl. z.B. Brettfeld/Wetzels 2007, S. 339 f.

⁴⁵¹ Steffen/Elsner 2000, S. 8

siden liegt, kommen dabei auch unterschiedliche Definitionen und dementsprechende Strategien zum Einsatz. In München wird beispielsweise im Rahmen des Programmes PROPER (Programm Personenorientierte Ermittlungen und Recherche; ein Mehrfachtäterprogramm für Jugendliche) zunächst eine zweistufige Grundausswahl mit quartalsmäßiger Aktualisierung erstellt. Auf der Basis folgender Kriterien werden in einem ersten Schritt tatverdächtige Kinder/Jugendliche im Alter von 8 bis 17 Jahren, die

- innerhalb eines Zeitraumes von 6 Monaten
- mit mehr als 4 Straftaten, darunter mindestens 1 Gewaltdelikt (Raubhandlung, einfache/gefährliche/schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung) registriert wurden,

ausgewählt.

811) In einem zweiten Schritt werden qualitative 806 herangezogen. U.a. wird dazu der tatsächliche Aktenbestand, eventuell vorliegende jugendgerichtliche Sanktionen, das persönliche Umfeld etc. berücksichtigt.

812) Anfang 2007 befanden sich in München 83 Jugendliche/Kinder als Mehrfach- und Intensivtäter im Programm »PROPER«. Darüber hinaus wurden bei den Staatsanwaltschaften München I, Nürnberg-Fürth, Augsburg, Regensburg und Würzburg Sonderdezernate für solche Täter eingerichtet.

813) Wie viele Mehrfachtäter in den einzelnen Polizeipräsidien in vergleichbaren Programmen/Projekten im Einzelnen zusammengefasst sind, ist derzeit nicht bekannt. Näheres dazu wird derzeit im Rahmen eines Forschungsprojektes der Kriminologischen Forschungsgruppe des Bayerischen Landeskriminalamtes zu »Mehrfach- und Intensivtätern« erhoben.⁴⁵⁵ Außerdem erarbeitet das Bayerische Staatsministerium des Innern ein landesweit gültiges Rahmenkonzept zum Umgang mit minderjährigen Mehrfach- und Intensivtätern bei der Bayerischen Polizei.

3.8.1.3 Kinder und Jugendliche als Opfer von Gewalttaten

814) Kinder und Jugendliche werden in vielfältiger Form Opfer von Straftaten. In der Altersgruppe der Kinder sind es bei den Mädchen vor allem Rohheitsdelikte sowie Straftaten gegen die persönliche Freiheit⁴⁵⁶ (im Jahr 2006 knapp 60 %) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (im Jahr 2006 knapp über 40 %); Jungen wurden im gleichen Jahr zu knapp 90 % Opfer von Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit und zu 11 % Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Bei den männlichen Opfern im Jugendalter handelte es sich im Jahr 2006 zu 99 % um Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit; bei weiblichen Jugendlichen zu 83 % um Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit

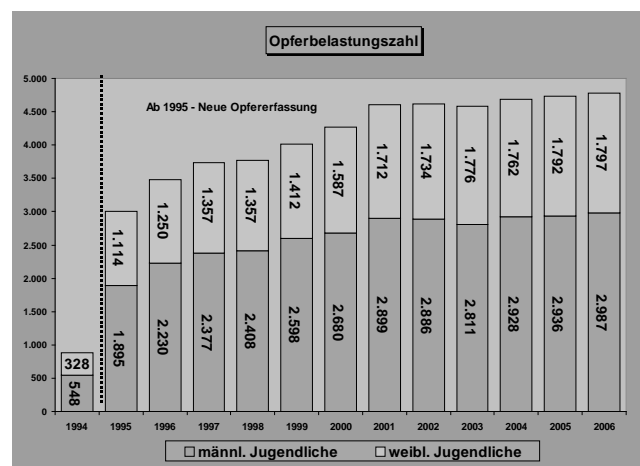
⁴⁵⁵ Zuarbeit Bayerisches Landeskriminalamt für die Enquete-Kommission

⁴⁵⁶ Unter diesem Begriff werden alle Formen des Raubes, der Körperverletzung und alle Straftaten gegen die persönliche Freiheit (z. B. Freiheitsberaubung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme) zusammengefasst.

sowie zu 17 % um Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.⁴⁵⁷

815) Betrachtet man die Opferbelastungszahlen⁴⁵⁸ für Jugendliche zunächst über alle Delikte, zeigt sich, dass die Zahlen sich seit Anfang des Jahrtausends kaum verändert haben. Anders als bei der Altersgruppe der Kinder werden im Jugendalter die männlichen Jugendlichen häufiger Opfer von Straftaten.

Abbildung 25: Jugendliche als Opfer nach Geschlecht



Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 59

816) In absoluten Zahlen, um ein Gefühl für die Größenordnungen zu vermitteln, bedeutet dies, dass im Jahr 2006 die Polizei in Bayern 8.839 männliche Jugendliche und 5.011 weibliche Jugendliche als Opfer von Straftaten zählte.⁴⁵⁹

817) Lenkt man den Blick auf die Opfer von Gewalttaten, rücken drei wichtige Aspekte in den Vordergrund, wie die folgende Grafik zeigt: Erstens gibt es sowohl in Bezug auf die männlichen Täter als auch in Bezug auf die männlichen Opfer eine deutliche Zunahme. Zweitens, das macht die Grafik deutlich, verläuft die Entwicklung parallel. Für die Polizei zeigt der „Vergleich zwischen den Täter- und Opferzahlen aller männlichen Jugendlichen im Bereich der Gewaltkriminalität, dass offensichtlich ein enger Zusammenhang zwischen Täter- und Opferstatus besteht und insbesondere in diesem Deliktbereich Täter- und Opfereigenschaft häufig zusammenfällt: Gewalt von männlichen Jugendlichen ist zu meist Gewalt gegen andere männliche Jugendliche“.⁴⁶⁰

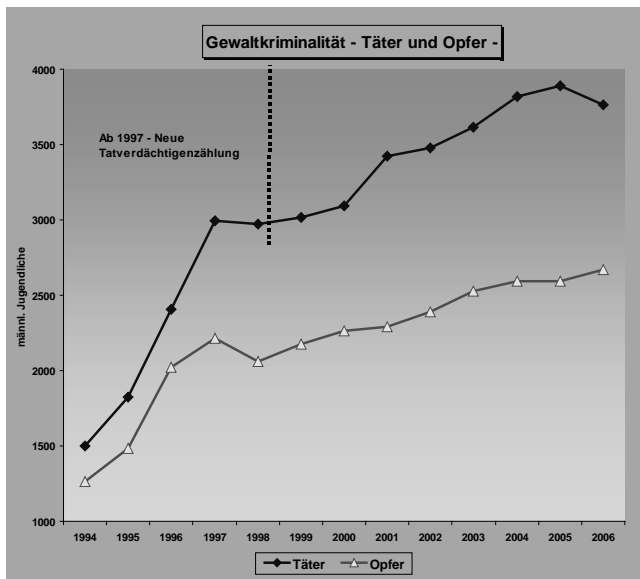
⁴⁵⁷ Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 55 und 60

⁴⁵⁸ Die Opferbelastungszahl wird analog der Tatverdächtigenbelastungszahl berechnet, also auf 100.000 der altersgleichen Bevölkerungsgruppe.

⁴⁵⁹ Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 59

⁴⁶⁰ ebd., S. 61

Abbildung 26: Gewalkriminalität Täter – Opfer beim männlichen Jugendlichen



Bayerisches Landeskriminalamt 2007 (b), S. 61

818) Drittens schließlich, und dafür sprechen eine Reihe von empirischen Studien, gibt es nicht nur einen engen Zusammenhang zwischen Täter- und Opferstatus, was u.a. auch bedeutet, dass in der Altersgruppe der Jugendlichen ein erheblicher Teil der erlittenen Gewalt von Gleichaltrigen ausgeübt wird. Zugleich gilt auch, dass nicht wenige Täter vorher Opfer waren und später wiederum zu Opfern werden können wie auch jugendliche Opfer zu Tätern werden (vgl. hierzu den Unterabschnitt 3.8.4.3).

819) Angemerkt sei, dass mit der Betonung der Gewalt vonseiten der Gleichaltrigen nicht die vonseiten der Erwachsenen gegenüber Kindern und Jugendlichen, etwa im engeren familialen Umfeld oder außerhalb (z. B. in Form sexuellen Missbrauchs) verharmlost bzw. ausgeblendet werden soll.⁴⁶¹

3.8.1.4 Delinquenz, Kriminalität und Gewalt im Kindes- und Jugendalter – eine Zwischenbilanz

820) Wenn man die hier vorgestellten Daten mit den Ergebnissen der kriminologischen Forschung zusammenführt und in die einschlägige Fachdiskussion einzubetten versucht, kommt man, ohne dass dies hier argumentativ im Detail ausgeführt werden kann, zu folgenden sieben für die Jugendpolitik zentralen Punkten:⁴⁶²

- Delinquenz, Kriminalität und Gewalthandeln von jungen Menschen sind in der weit überwiegenden Zahl der Fälle einzelne, ubiquitäre und temporäre, episodenhafte, in gewisser Weise normale Vorkommnisse während des Aufwachsens junger Menschen. Alle Daten und Studien belegen, dass mit Ausnahme einer sehr kleinen Gruppe von Tätern Delinquenz im Kindes- und Jugendalter eine alterstypische Erscheinung ist, die nicht gleichsam zwangsläufig in kriminelle Karrieren mündet. Kinderdelinquenz

ist ubiquitär, episodenhaft und in einem gewissen Sinne normal. Alle Zahlen der PKS und Studien können als Hinweise darauf interpretiert werden, dass hinter dem weit überwiegenden Teil der in der PKS erfassten Tatverdächtigen entwicklungs- und sozialisationsbedingte Ereignisse stehen, die – bei entsprechenden stabilen und förderlichen Rahmenbedingungen und adäquaten erzieherischen Antworten – keiner weiter gehenden Maßnahmen bedürfen, also episodenhaft bleiben. Ausprobieren von Grenzen in einer normativ diffus gewordenen Umwelt, Grenzerfahrungen als wichtiges Element der Identitätsfindung, Bewährung vor der Gleichaltrigengruppe, die Suche nach Abenteuer als alterstypisches Phänomen u.ä. werden als Besonderheiten der Jugendphase, als typische Begleitphänomene des Aufwachsens in einer modernen Gesellschaft beschrieben. Kriminologie und Polizei sprechen in diesem Zusammenhang von der Spontanbewährung.

- Sorgen bereiten muss dagegen die sehr kleine Gruppe der so genannten Mehrfach- und Intensivtäter, die für den größten Teil des (Gewalt-)Straftatenaufkommens „verantwortlich“ zeichnet. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Gruppe in sich sehr heterogen ist. Es gibt nicht den typischen Mehrfach- und Intensivtäter und die typische Kriminalitätskarriere im Jugendalter. Charakteristischerweise bringen diese Jugendlichen auch die bewährten Unterstützungs- und Hilfsangebote und Maßnahmen (z. B. in Form von einzelfallbezogener, intensivpädagogischer Betreuung) immer wieder an ihre Grenzen und Möglichkeiten. Es ist allein diese kleine Gruppe, die wiederholt den Ruf nach schärferen Gesetzen, geschlossener Unterbringung oder ggf. Ausweisung und ähnlichen Maßnahmen provoziert.
- Entgegen dem gelegentlich medial vermittelten Eindruck steigt die schwerste Gewalkriminalität (mit Todesfolge) unter Jugendlichen nicht an. Stattdessen prägen vor allem Rohheitsdelikte, also Raub und alle Formen der Körperverletzung, das Bild. Dort allerdings sind im Hellfeld Zunahmen zu verzeichnen. Zugleich ist nicht endgültig geklärt, ob und wenn ja in welchem Umfang Jugendkriminalität und vor allem die Gewalkriminalität in dieser Altersgruppe tatsächlich steigen. Auch die Dunkelfeldstudien liefern keine eindeutigen Belege. Eine wichtige Rolle dabei spielt das Anzeigeverhalten. Viel spricht dafür, dass sich dieses im Sinne einer wachsenden Bereitschaft, Gewalttaten polizeilich zu melden, in den letzten Jahren verändert hat – und dies schlägt sich unmittelbar in der PKS nieder.
- Unabhängig davon ist die Forschung sich weitgehend einig, dass jenseits der alterstypischen Grenzverletzungen dafür vor allem soziale Marginalisierung und drohender Statusverlust verantwortlich sind. Alle Daten zeigen, dass mit steigendem Bildungsniveau die Belastungszahlen im Bereich Gewalthandeln zurückgehen. Hinzu kommt, dass angesichts eines zunehmend in der Sache komplexer, normativ diffuser und widersprüchlicher werdenden Alltags, ständig wachsende Kompetenzen hinsichtlich der Fähigkeit Widersprüche auszuhalten, uneindeutige Situationen bewältigen und akzeptable gewaltfreie Lösungen angesichts objektiver Interessengegenstände finden zu müssen, von jungen Menschen gefordert werden. Nicht wenige Jugendliche fühlen sich dabei

⁴⁶¹ Vgl. hierzu die Antworten zum Fragenkomplex J

⁴⁶² Vgl. Heinz 2003; Walter 2005

überfordert, und Gewalt ist eine, wenn auch meist nur kurzfristige, Antwort darauf.

- Gewaltkriminalität ist vorrangig ein Problem junger Männer, und zwar sowohl in Bezug auf die Täter als auch auf die Opfer. Dahinter verbirgt sich die – mit guten Gründen – öffentliche Infragestellung des traditionellen Männerbildes, allerdings um den Preis, dass bislang kaum überzeugende Alternativen zur Verfügung stehen. Eine Ausnahme ist zu erwähnen: Im Bereich verbaler Gewalt lassen sich keine markanten Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen ausmachen.
- Nicht-deutsche junge Menschen sind in allen Altersgruppen und in Bezug auf alle Delikte höher belastet. Sowohl die Analysen der Polizei als auch alle verfügbaren Ergebnisse aus empirischen Studien belegen, dass sich darin die unzureichende gesellschaftliche Integration der nachwachsenden Generation der nicht-deutschen jungen Menschen ausdrückt.
- Zu berücksichtigen ist schließlich der statistisch belegte zunehmende Alkoholkonsum mit der damit verbundenen Enthemmung als weiterer wichtiger kriminogener Faktor.

3.8.2 Extremismus

821) Während in den vorangegangenen Abschnitten jene Formen von Kriminalität und Gewalt im Jugendalter dargestellt wurden, die nicht politisch oder ideologisch motiviert waren, widmet sich der folgende Abschnitt der politisch und ideologisch motivierten Gewalt und ihren Hintergründen im Jugendalter. Zu berücksichtigen ist dabei, dass politisch motivierte Gewalt Jugendlicher ein nicht zu vernachlässigender Aspekt politischen Extremismus jeglicher Couleur darstellt, dass aber zugleich das Problem des politischen Extremismus unter Jugendlichen nicht auf den Gewaltaspekt beschränkt werden kann.

3.8.2.1 Rechtsextremismus und Linksextremismus⁴⁶³

822) Konzentriert man sich zunächst auf die politisch motivierte Gewalt in Bayern, lässt sich auf der Basis der bayeri-

463 „Der Rechtsextremismus weist keine gefestigte einheitliche Ideologie auf. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland sind im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und stattdessen - aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt - eine totalitäre Regierungsform unter Einschluss des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist. Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die zu einer Aushöhlung der Grundrechte führt (völkischer Kollektivismus),
- ein den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus,
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung rassistischer Thesen, u.a. des Antisemitismus, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewalt Herrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reichs zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen.“ (Bayerisches Staatsministerium des Innern 2008, S. 93)

schen Verfassungsschutzberichte festhalten, dass die links-extremistisch motivierten Gewalttaten im Vergleich zum Jahr 2005 zunächst zurückgingen, im Jahr 2007 aber wieder leicht anstiegen (2005: 107; 2006: 71; 2007: 76; zum Vergleich Bundesgebiet: 2005: 896; 2006: 862; 2007: 833).⁴⁶⁴

823) Für den Bereich der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten stellt der bayerische Verfassungsschutzbericht 2007 fest: „Von den 82 Gewaltdelikten (zum Vergleich Bundesgebiet: 2005: 958; 2006: 1047; 2007: 980) waren 43 (2006: 27) fremdenfeindlich und 38 (2006: 18) allgemein neonazistisch motiviert. Einer (2006: zwei) Gewalttat lag eine antisemitische Motivation zugrunde. Von den 38 allgemein neonazistisch motivierten Gewalttaten wurden 20 Fälle gegen politische Gegner registriert (2006: zwölf).“⁴⁶⁵

824) „Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten waren überwiegend der äußerst gewaltbereiten Skinhead-Szene zuzurechnen. Von 158 ermittelten Tatverdächtigen gehörten 114 der Skinhead-Szene an. 101 Tatverdächtige waren zur Tatzeit jünger als 21 Jahre. Der Anteil der erstmals in Erscheinung getretenen Gewalttäter lag bei 49 % (78 Tatverdächtige). Die Gewalttaten wurden größtenteils nicht von Einzeltätern begangen, vielmehr entstand der Tatentschluss vielfach spontan aus gruppenspezifischen Prozessen, gefördert durch Alkohol und Musik mit rechtsextremistischen Texten. Räumliche Schwerpunkte waren die Großstadtreregionen München, Nürnberg und Regensburg. Rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter sind überwiegend nicht in politischen Gruppen oder Parteien organisiert. Eine überregionale Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen konnte in keinem Fall festgestellt werden. Das typische Ablaufmuster für rechtsextremistisch motivierte Gewalt ist gleich geblieben: Nach gezielten anfänglichen Provokationen der Angreifer kommt es bei geringstem Anlass zu Tätlichkeiten und massiver Gewaltanwendung gegen die Opfer.“⁴⁶⁶

825) Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass zwar ein wesentlicher Teil der Täter unter 27 Jahre alt gewesen sein dürfte, dass aber extremistisch motivierte Gewalttaten keineswegs nur ein Problem junger Menschen darstellen. So

„Das ideologische Spektrum der Linksextremisten reicht von Anhängern des „wissenschaftlichen Sozialismus/Kommunismus“ in seiner klassischen Form über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichen diffusen Konzeptionen bis hin zu Anarchisten. Theoretische Grundlagen bilden im Wesentlichen die Werke von Marx und Lenin, aber auch von Trotzki, Stalin, Mao Tse-tung und anderen. Die Bestrebungen der Linksextremisten sind darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen, die sie als kapitalistisch, rassistisch und imperialistisch ansehen. An deren Stelle solle eine sozialistisch-kommunistische Diktatur oder die Anarchie, eine Gesellschaft frei von jeglicher Herrschaft, treten. Diese Bestrebungen sind verfassungsfeindlich, weil die Ziele und oft auch die Mittel, mit denen sie erreicht werden sollen, gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen. Innerhalb des linksextremistischen Spektrums hat die Bedeutung der so genannten Antideutungen zugenommen. Sie verbinden ein extremes Antifaschismusverständnis mit einer klaren pro-israelischen und pro-amerikanischen Haltung und stehen damit im Gegensatz zu Linksextremisten nach traditionellem Verständnis; gemeinsam ist allen jedoch das Thema Antifaschismus.“ (Bayerisches Staatsministerium des Innern 2008, S. 147)

464 Bayerisches Staatsministerium des Innern 2007 (a), S. 190; 2008, S. 196

465 Bayerisches Staatsministerium des Innern 2008, S. 134
466 ebd.

stellt der bayerische Verfassungsschutzbericht für das erste Halbjahr 2007 zunächst fest, dass insgesamt 29 Gewaltdelikte mit rechtsextremistischer Motivation registriert wurden. Dies bedeutet einen leichten Anstieg der Gewalttaten im Vergleich zum ersten Halbjahr 2006 mit 21 Gewaltdelikten, wobei noch hinzukommt, dass mit Nachmeldungen zu rechnen sei. *„Fünf der Beschuldigten gehörten zur Tatzeit der Altersklasse von 14 bis 16 Jahren an, elf der Beschuldigten der Altersklasse von 17 bis 21 Jahren und 20 Beschuldigte waren über 21 Jahre alt.“*⁴⁶⁷ Hinzu kommt, dass das Problem des politisch motivierten Extremismus unter jungen Menschen, wie bereits einleitend erwähnt, sich nicht ausschließlich unter der Perspektive politisch motivierter Gewalttaten diskutieren lässt. Die vergleichsweise – auch zu anderen Bundesländern – niedrigen bayerischen Fallzahlen im Bereich politisch motivierter Gewalttaten dürfen nicht zu der Annahme verführen, dass damit auch das ideologische Umfeld in seinen Größenordnungen umrissen wäre.

826) Allerdings bereitet die genaue Bestimmung der Größenordnungen einige Schwierigkeiten. Neben den Stimmenanteilen links- und rechtsextremer Parteien, die aber aufgrund der Wählerwanderungen vor allem von Protestwählern und zahlreichen situativen Einflüssen nur grobe Annäherungen erlauben, sind es vor allem sozialwissenschaftliche Studien, die Einstellungen und Orientierungen der Bevölkerung untersuchen, die mögliche Hinweise liefern könnten. Sieht man sich die einschlägige Forschung und Fachdiskussion an, fällt allerdings auf, dass sie sich nach wie vor schwer tut, hierzu sowohl in der Sache wie auch hinsichtlich ihrer Verbreitung verlässliche Zahlen zu liefern. Den Studien liegen nicht selten unterschiedliche Definitionen und Konzepte von Links- bzw. Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zugrunde, mit der Folge, dass die Daten nicht ohne Weiteres vergleichbar sind. Hinzu kommt, dass die meisten Studien lokal begrenzt angelegt sind oder – wenn sie überregionale Ansprüche erheben – aufgrund ihrer Fallzahl keine regional differenzierten Aussagen in Bezug auf die jeweiligen Altersgruppen erlauben. Schließlich ist anzumerken, dass sich fast alle seriösen Studien gegenwärtig auf rechtsextreme, fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen bzw. ähnlich gelagerte Syndrome konzentrieren. Sie spiegeln damit die aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen und Herausforderungen wider. Die fehlenden Studien über linksextreme und damit verwandte Einstellungen dürfen jedoch ebenso wenig wie die aktuell notwendige Aufmerksamkeit für die Attraktivität rechtsextremer Gruppen vor allem unter männlichen Jugendlichen zu der Annahme verleiten, dass derartige Phänomene zu vernachlässigen seien.

827) Das Bayerische Staatsministerium des Innern betont in diesem Zusammenhang, dass linksextremistische Organisationen wissen würden, *„dass sich bestimmte Themenfelder besonders für Mobilisierungs- und Rekrutierungsbemühungen bei Jugendlichen eignen. Die in diesem Kontext bedeutendste Thematik stellt der „Antifaschismus“ dar. Insbesondere das Gros des autonomen Nachwuchses wird über dieses Problemfeld interessiert, mobilisiert und letztlich integriert. Linksextremisten nutzen dabei die Tatsache, dass Rechtsex-*

*tremismus von der Öffentlichkeit abgelehnt wird und Proteste gegen rechtsextremistische Aufmärsche parteiübergreifend auf Zustimmung stoßen. Auch das Thema „Sozialabbau im Bildungsbereich“ wird von Linksextremisten als Agitations- und Aktionsfeld genutzt. Linksextremisten bemühen sich, die Stimmungslage im Schülerspektrum zu emotionalisieren und aufzuwiegeln, um eine geeignete Ausgangsbasis für die beabsichtigte politische Einflussnahme zu schaffen.“*⁴⁶⁸

828) Diese Themen und Strategien sind aber keineswegs exklusiv für den Linksextremismus. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass der Rechtsextremismus zunehmend nicht nur diese Themen systematisch aufgreift und ideologisch auflädt, sondern darüber hinaus vielfältige neue Aktivitätsformen entfaltet. Die anvisierte Übernahme gemeinwesen-orientierter Ämter (z. B. in Form von Schöffendiensten oder der Eröffnung von Jugendclubs, der Durchführung von Sommerfesten etc.) stellt dabei nur die jüngste Variante dar.

829) Eine wichtige Rolle spielt die bewusste 823 traditioneller Männlichkeitsbilder. So wurden in den letzten Jahren rechte und rechtsextreme Weltbilder für viele, vor allem für männliche Jugendliche, immer attraktiver. Kameradschaft, die Möglichkeit des Auslebens traditioneller Männerrollen spielen dabei ebenso eine Rolle wie tief verankerte Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Sehnsucht nach überschaubaren Strukturen. Begleitet und gestützt wird dies durch die wachsende Verbreitung von Rechtsrock, entsprechenden Angeboten im Internet und die Entstehung eines eigenständigen rechten Mode- und Dresscodes.⁴⁶⁹ Ein wichtiger Faktor dürfte darüber hinaus die Lust an der Provokation spielen. Die Zurschaustellung von NS-Symbolen sowie die entsprechenden Äußerungen werden als bewusster Tabubruch inszeniert, mit dem Ziel sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen und Aufmerksamkeit zu erringen. Auftrieb erhalten derartige Tendenzen schließlich immer wieder durch bewusst gestreute bzw. in vielen Fällen unbedachte öffentliche Äußerungen, die medial vielfach verbreitet direkt oder indirekt rechtsextreme Positionen legitim erscheinen lassen.

830) Vor diesem Hintergrund wird plausibel, wenn die Forschung eine wachsende Verbreitung, wenn auch regional höchst unterschiedlich, konstatiert. So stellen z. B. W. Heitmeyer und sein Team im Rahmen ihrer Längsschnittstudie *„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“* fest, dass nach wie vor Fremdenfeindlichkeit und das Denken in Etabliertenvorrechten relativ stark ausgeprägt sind. Im Wachsen ist die Angst vor dem Islam.⁴⁷⁰

3.8.2.2 Islamistischer Extremismus⁴⁷¹

831) Mit dem Begriff Islamismus wird im Deutschen die *„(meist) militante politische Forderung nach Wiedereinfüh-*

⁴⁶⁸ Zuarbeit des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für die Enquete-Kommission; *„Antifaschismus meint in diesem Zusammenhang gegen Rechtsextremismus gerichtete Bestrebungen, die entweder links-extremistisch gesteuert oder linksextremistisch beeinflusst sind.“*

⁴⁶⁹ vgl. z. B. Flad 2006

⁴⁷⁰ Heitmeyer 2007, S. 20 ff.

⁴⁷¹ übernommen aus Kapitel 3.12 L.

⁴⁶⁷ Bayerisches Staatsministerium des Innern 2007 (b), S. 29 f.

zung der klassischen islamischen Gesetze, der sog. Scharia, in den vorwiegend mit moslemischer Bevölkerung bewohnten Gebieten und Staaten (bezeichnet). Nach Vorstellung der Islamisten können durch die Rückkehr zum »rechten Glauben« sowie die damit verbundenen sozialen Änderungen (z. B. drakonische Strafen, Geschlechtertrennung) alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme gelöst werden.⁴⁷² Islamismus ist eine Form des religiös motivierten politischen Extremismus, der in Teilen der verfassungsmäßigen Ordnung widerspricht. In diesem Sinne wird der Begriff auch im Bayerischen Verfassungsschutzbericht verwendet. Anderenorts werden dafür Begriffe wie islamischer Fundamentalismus, islamischer religiöser Fanatismus u.ä. gebraucht.

832) Der Bayerische Verfassungsschutzbericht macht deutlich, dass auch in Bayern die Gruppe der Mitglieder in islamisch extremistischen Ausländervereinigungen im Vergleich zu den Mitgliedern in linksextremistischen und national-extremistischen Gruppierungen die weitaus größte Gruppe darstellt; Angaben über den Anteil junger Menschen in diesen Gruppen enthält der Bericht leider nicht.⁴⁷³

833) Das Bayerische Staatsministerium des Innern unterscheidet vier Typen islamistischer Organisationen: Erstens transnationale gewaltorientierte Gruppen (al-Qaida und die Mudjahidin-Terrornetzwerke), zweitens in ihrer Region Gewalt ausübende Organisationen (Hamas und Hizb Allah), drittens Gewalt ideologisch rechtfertigende Organisationen (Hizb ut-Tahrir und Kalifatsstaat) und viertens so genannte legalistische islamistische Organisationen, die eine Veränderung der Gesellschaftsordnung auf politischem Wege anstreben.

834) Jugendpolitisch problematisch sind vor allem die letzteren. Zu ihnen gehören die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) und die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD).⁴⁷⁴ Problematisch sind diese und ähnliche Organisationen, weil sie eine intensive Bildungsarbeit vor allem mit Kindern und Jugendlichen betreiben. Das Bayerische Staatsministerium des Innern stellt dazu in einer Zuarbeit für die Enquete-Kommission fest: Sie stellen „ein breites Bildungs- und Betreuungsangebot bereit, das sowohl alters- als auch zielgruppenorientiert ist. Dabei ist oft nur schwer festzustellen, in welchem Umfang und in welcher Intensität islamistische Positionen in die als »islamische« Bildung präsentierten Angebote einfließen bzw. diese prägen. Eine solche Erziehungsarbeit richtet sich regelmäßig gegen die Werte der westlichen Aufnahmestaaten, wirkt damit desintegrativ und fördert somit die Entstehung von Parallelgesellschaften.“

472 Vgl. Stichwort Islamismus; Bundeszentrale für politische Bildung, Lexikon. Zugänglich über: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=QT7T1S

473 Wichtige Ergebnisse zu diesem Thema enthält die vor kurzem vorgestellte Studie von K. Brettfeld und P. Wetzels (2007) „Muslime in Deutschland“. Siehe hierzu auch die Antworten zum Themenkomplex L.

474 Dazu stellt das Bayerische Staatsministerium des Innern ergänzend fest: „Der seitens dieser Organisationen verlautbarten Anerkennung der Werteordnung des Grundgesetzes steht jedoch entgegen, dass die Akzeptanz der deutschen Rechtsordnung an der Vereinbarkeit mit dem islamischen Recht bzw. mit der „islamischen Identität“ gemessen wird und damit in ihrer Geltung eingeschränkt oder relativiert wird.“

835) Ein weiterer wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang sind die Koranschulen. Diese stellen keine Schulen im rechtlichen Sinne dar. Sie stehen nicht unter der Aufsicht deutscher Schulbehörden. „Die islamischen Vereine und Moscheen sehen »die religiöse Unterweisung der Kinder und Jugendlichen« (Inhalte des Korans, Rezitation beim Ritualgebet, islamische Pflichtenlehre etc.) als eine wichtige Aufgabe an. Deshalb werden in nahezu allen Moscheevereinen Korankurse angeboten, wobei die Qualität des vermittelten Stoffs und der Grad der Einflussnahme sehr unterschiedlich sind.“⁴⁷⁵ Im Jahr 2006 haben nach Erkenntnis des Verfassungsschutzes 20.183 Jugendliche an den deutschlandweiten Sommer-Koranschulen teilgenommen.⁴⁷⁶

836) Nicht minder bedeutsam sind Internet und Fernsehen: „Neben dem Internet ist auch der Einfluss des Fernsehens auf Jugendliche zu beachten. So begeistert etwa der ägyptische Fernsehprediger Amr Khaled, ein 39-jähriger – der Ideologie der Muslimbruderschaft (MB) nahestehender – Autodidakt, mit seinen religiösen und gesellschaftlichen »Botschaften« eine große Zahl junger Zuschauer nicht nur in arabischen Staaten. Der arabische Satellitensender Iqraa-TV strahlte im Dezember 2005 die dritte Staffel von Amr Khaleds Sendung »sunna' al-hayat« (Lifemakers) aus. In Deutschland ist das Projekt seit Februar 2005 online abzurufen unter: www.lifemakers.de. Lifemakers-Gruppen existieren in Deutschland in 14 Städten, so auch in München.“⁴⁷⁷

837) Ähnlich wie in jüngerer Zeit vor allem der Rechtsextremismus nutzt auch der islamistische Extremismus jugendkulturelle Formate zur Verbreitung „islamischen Bewusstseins“ unter Kindern und Jugendlichen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Musik.

3.8.2.3 Gibt es in bestimmten Gruppen jugendlicher Migrantinnen und Migranten Tendenzen zu politischem Extremismus und Gewaltanwendung? Wenn ja, wie stellt sich das dar? Welche Konsequenzen leiten sich daraus ab?⁴⁷⁸

838) Vergleichende verlässliche Daten über unterschiedliche Gruppen jugendlicher Migrantinnen und Migranten hinsichtlich ihrer Tendenzen zu politischem Extremismus und ihrer Bereitschaft zur Gewaltanwendung liegen der Enquete-Kommission nicht vor. Die Verfassungsschutzbehörden konzentrieren sich auf strukturbezogene Analysen (z. B. zum Thema „Islamistische Bildungsarbeit“), bei denen u.a. auch Informationen zur Altersstruktur der Teilnehmerinnen und Teilnehmer anfallen. Derartige Informationen sind jedoch keineswegs repräsentativ und können somit nur Impulse für den Bereich Prävention und Jugendarbeit sein.

839) In der schon erwähnten Hamburger Studie zu den Muslimen in Deutschland wurde festgestellt, dass „die weit über-

475 Zuarbeit des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für die Enquete-Kommission;

476 Zuarbeit des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für die Enquete-Kommission

477 Zuarbeit des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für die Enquete-Kommission

478 Übernommen aus Kapitel 3.12 L

wiegende Mehrheit der jugendlichen Muslime Formen politisch-religiös motivierter Gewalt ablehnend gegenübersteht. Eine Minderheit, die einen Anteil von 11,1 % ausmacht, also eine Quote, die etwa doppelt so hoch ist wie jene, die sich in der muslimischen Allgemeinbevölkerung findet (dort 5,9 %), äußert Haltungen, die als gewaltlegitimierend mit Blick auf extreme Formen politisch-religiös motivierter Gewalt bezeichnet werden können.“⁴⁷⁹

840) Hinsichtlich der Konsequenzen ist zunächst festzuhalten, dass angesichts bereits ausgeprägter Bereitschaft zu extremistisch motivierter Gewaltanwendung Jugendpolitik schnell an ihre Grenzen kommt. Ihre Aufgabe wäre demgegenüber im präventiven Vorfeld anzusiedeln.⁴⁸⁰

3.8.3 Die Sicht der Jugendlichen

841) Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus im Jugendalter sind Phänomene, die üblicherweise Erwachsene, vor allem, wenn sie gehäuft und mit einer gewissen Brutalität und scheinbaren Sinnlosigkeit verbunden sind, beunruhigen. Weil diese Phänomene offen dem Normalbild einer gelungenen Sozialisation und gesellschaftlichen Integration widersprechen, schwingt in der Diskussion und den entsprechenden öffentlichen Debatten allzu oft die besorgte Frage mit, wie es denn mit der Integration der nachwachsenden Generation jeweils bestellt sei.

842) Nicht selten wird dabei übersehen, dass die gleichen Phänomene aus der Sicht von jungen Menschen ganz anders wahrgenommen werden. Dabei steht weniger die vonseiten der Erwachsenen immer wieder in den Mittelpunkt gerückte Wertfrage im Zentrum. Nahezu alle Kinder und Jugendlichen in unserer Gesellschaft haben in Bezug auf die öffentlich relevanten Fragen eine relativ klare Vorstellung darüber, was in dieser Gesellschaft als richtig und gut bzw. als falsch und schlecht betrachtet wird. Keinem Kind und keinem Jugendlichen muss eigens vermittelt werden, dass Diebstahl in dieser Gesellschaft nicht erwünscht ist. Viel wichtiger aus der Sicht von jungen Menschen sind einerseits die sozialisatorische und andererseits die soziale Bedeutung von Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus. Sozialisatorische Bedeutung haben diese Formen jugendlichen Handelns insofern, als sie alle Norm- und insofern Grenzverletzungen implizieren. Für das Aufwachsen von jungen Menschen sind Grenzverletzungen unverzichtbar, weil sie nur so erfahren können, wo es gleichsam ernst wird. Denn in einer offenen, pluralen Gesellschaft, in der nicht wenige Erwachsene täglich wahrnehmbar Wasser predigen und Wein trinken, in der die gültigen Normen für Jugendliche nicht mehr ohne Weiteres erkennbar sind, in der gleichzeitig gegenwartsbezogen Spaß und Lust als leitende Prinzipien verkündigt wie auch mit Verweis auf eine unklare Zukunft ständige Lernbereitschaft und Einschränkung gefordert werden, in der die Vielfalt der Lebensformen ins Unermessliche gewachsen ist, fällt es oftmals schwer, sich zu orientieren. Grenzverletzungen aller Art – und Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus sind dabei aus der Sicht der Jugendlichen als eine Form der Grenzverletzung zu verstehen – sind dabei ein pro-

bates Mittel, um heraus zu bekommen, wo wirklich „der Spaß aufhört“ und insofern für manche ein wichtiger Schritt bei der Entwicklung eigener Identitäten und eines moralischen Bewusstseins.

843) Zugleich – und dies ist die soziale Seite – darf nicht übersehen werden, dass die meisten Straftaten einen sozialen Hintergrund haben. Ein erheblicher Teil von Straftaten sind eigentlich Gruppendelikte oder zielen direkt oder indirekt auf die Anerkennung in der Gruppe. Dies beginnt beim Diebstahl von in der jeweiligen Gruppe hoch geschätzten Gegenständen (Handy, Player, Spiele, Modeartikel, Kleidung oder Musik) und reicht bis hin zur Bewährung in der Gruppe durch Straftaten. Die Suche nach gegenseitiger Anerkennung, Zusammenhalt, Kameradschaft und dem Gefühl, sich auf die anderen verlassen zu können, ist dabei ein treibendes Motiv. Jede Rauferei und jede gemeinsam begangene Straftat wirken deshalb einerseits als Belege, dass man zusammen hält und sich aufeinander verlassen kann, andererseits als kollektive Bindemittel.⁴⁸¹

844) Das Handeln von Jugendlichen in dieser Weise zu verstehen, ist keine Rechtfertigung oder gar ein Freibrief für Straftaten. Es kann aber einen wichtigen Ausgangspunkt für nachhaltige Strategien gegen Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus im Jugendalter darstellen.

3.8.4 Antworten der Fachpraxis

845) Nach dem deutlichen Anstieg der Tatverdächtigenbelastungszahlen Mitte der 90er Jahre wurden in Bayern ebenso wie im gesamten Bundesgebiet zahlreiche Initiativen zur Verhinderung von Delinquenz, Kriminalität und Gewalt im Jugendalter einerseits und Rechtsextremismus andererseits gestartet. Neben einer Reihe von Bundesprogrammen gab es auch zahlreiche landesbezogene Programme und lokale Initiativen. An vielen Orten wurden neue Strukturen geschaffen und Angebote implementiert, Kooperationen (z. B. zwischen Polizei, Kinder- und Jugendhilfe und Schule) gezielt ausgebaut und institutionell abgesichert. In Bayern wurde ein differenziertes Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Jugendkriminalität im Bereich der Justiz, der Kinder- und Jugendhilfe, der Schule und der Polizei erarbeitet. Es reicht von Präventions- über Verhinderungs- und Bekämpfungsstrategien bis hin zu Interventionsmaßnahmen für Mehrfach- und Intensivstraftäter.⁴⁸² Von besonderer Bedeutung ist die Jugendsozialarbeit an Schulen.⁴⁸³ Auch besteht mittlerweile ein fast flächendeckendes Angebot konkreter Kooperationsprojekte, Sicherheitsbeiräte, runder Tische, Arbeitskreise oder kriminalpräventiver Räte. In vielen Fällen stehen solche Organisationen unter dem Vorsitz des zuständigen Bürgermeisters. Je nach konkreter Zielsetzung beteiligen sich neben Behörden wie Jugendamt, insbesondere Jugendgerichtshilfe,

481 Eckert/Reis/Wetzstein 2000; Albrecht/Eckert/Roth/Thielen-Reffgen/Wetzstein 2007; Sutterlüty 2002

482 Siehe hierzu Gesamtkonzept der Bayerischen Staatsregierung unter <http://www.stmuk.bayern.de/imperia/md/content/pdf/bekanntmachung/26.pdf>; Siehe hierzu für den schulischen Bereich das Internetportal des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Gewaltprävention unter <http://www.stmuk.bayern.de/km/aufgaben/gewaltpraevention>

483 Siehe hierzu auch Ausführungen in Kapitel 3.4 D.

479 Brettfeld/Wetzels 2007, S. 330.

480 Vgl. die entsprechenden Abschnitte in diesem Bericht

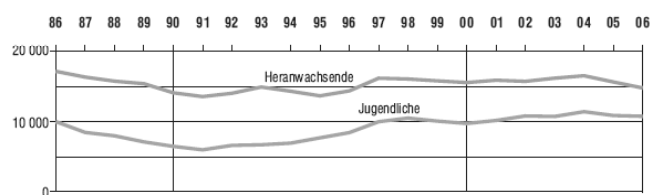
Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgericht, Schulamt, Schulen, Ausländeramt, Gesundheitsamt oft auch Vertreter der Kirche, nichtstaatlicher Organisationen oder örtlicher Verbände. Neben zielgruppenorientierten und deliktbezogenen Ansätzen werden auch raumbezogene Projektansätze verfolgt.⁴⁸⁴

846) Es ist im Rahmen des Berichts der Enquete-Kommission nicht möglich, diese Entwicklungen im Detail und in ihrer Vielfalt darzustellen und zu bilanzieren. Der abschließende Abschnitt konzentriert sich stattdessen zunächst auf die Beantwortung der Fragen des Landtages, um daran anschließend aus der Sicht der Enquete-Kommission wichtige Herausforderungen aus zuvor vorgestellten Entwicklungen zu nennen.⁴⁸⁵

3.8.4.1 Jugend im Strafvollzug und in Erziehungsmaßnahmen

847) In Bayern sind 2005 und 2006 die absoluten Zahlen der jugendlichen und heranwachsenden verurteilten Straftäter nach 2004 erkennbar zurückgegangen. Verurteilt wurden in Bayern im Jahr 2006 14.769 Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre alt) und 10.640 Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre alt).⁴⁸⁶

Abbildung 27: Heranwachsende und jugendliche verurteilte Straftäter



Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2006 (a), S. IX

848) Bei der Altersgruppe der Heranwachsenden muss das Gericht entscheiden, ob die Straftat nach allgemeinem Strafrecht und oder nach dem Jugendstrafrecht geurteilt werden soll.⁴⁸⁷ Im Jahr 2006 wurden in Bayern 32,6 % der Verfahren

484 In Bayern wurde den wichtigsten Akteuren in diesem Feld relativ früh in Form einer gemeinsamen Bekanntmachung der verantwortlichen Ministerien die Einrichtung vernetzender Arbeitskreise Jugendkriminalität auf lokaler Ebene nahegelegt (vgl. StMI/StMJ/StMUK/StMAS 1999). Eine systematische Auswertung der entstandenen Strukturen und dabei gemachten Erfahrungen liegt – soweit zu sehen – bislang nicht vor.

485 Nicht in diesem Bericht eigens bearbeitbar ist die Frage der angemessenen Antwort auf die sehr kleine Gruppe der jugendlichen Mehrfach- und Intensivtäter. Diese politisch wiederholt öffentlich diskutierte Frage bedarf einer differenzierten Analyse der jeweiligen Problemkonstellationen, einer nüchternen Bilanz der bisherigen Erfahrungen und einer Weiterentwicklung der Angebote und Maßnahmen mit Augenmaß.

486 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2006 (a), S. XI

487 Wenn Jugendliche eine Straftat begangen haben bzw. genauer, wenn die Staatsanwaltschaft nach ihren Ermittlungen von einem hinreichenden Tatverdacht gegenüber Jugendlichen oder jungen Erwachsenen ausgeht, ist das Jugendgericht zuständig. Die Rechtsgrundlage bildet das Jugendgerichtsgesetz (JGG), das 1990 grundlegend reformiert worden ist. Für straffällige Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) kommt auf jeden

(absolut: 4.810 Verurteilungen) nach den für Erwachsene geltenden Vorschriften geahndet und in 67,4 % (absolut: 9.959 Verurteilungen) nach dem Jugendstrafrecht.⁴⁸⁸ Von den nach Jugendstrafrecht Verurteilten waren 46,2 % schon vorher als Straftäter erkannt worden. „Mehr als vier von zehn nach dem Jugendrecht Verurteilten mit bekannten Vorstrafen waren zuvor einmal straffällig geworden“,⁴⁸⁹ von denen knapp einer von zehn sogar fünfmal oder öfter.

849) Das Jugendstrafrecht sieht eine breite Palette von Maßnahmen vor. Von den 2006 nach Jugendstrafrecht verurteilten 20.599 Fällen (davon 3.033 weiblich und 17.566 männlich) in Bayern wurde vor allem wie folgt geurteilt:⁴⁹⁰

Jugendstrafe	3.286 Fälle
Zuchtmittel ⁴⁹¹	11.787 Fälle
Zuchtmittel und Erziehungsmaßregel	3.900 Fälle
Erziehungsmaßregeln allein	1.626 Fälle

850) Der Rest der Verurteilten verteilt sich mit zum Teil kleinen Fallzahlen auf die unterschiedlichen Formen der Unterbringung.

851) Neben den nach Jugendstrafrecht verurteilten Jugendlichen gab es im Jahr 2006 in Jugendgerichtsverfahren noch 10.840 so genannte andere Entscheidungen.⁴⁹²

852) In den letzten 15 Jahren wurden fast unbemerkt von der Öffentlichkeit in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, in den Schulen, im Bereich der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Polizei und der Justiz die Konzepte und Strategien vor allem im Bereich Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter weiterentwickelt und vielerorts auch erfolgreich als integrale Bestandteile des Regelangebots eingerichtet.⁴⁹³ Zu nennen sind beispielsweise die zahl-

Fall und für Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre) nach Prüfung des jeweiligen Entwicklungsstandes (Reiferückstände) und bei jugendtypischen Verfehlungen das Jugendgerichtsgesetz zur Anwendung. Unter 14-Jährige sind strafunmündig: Für sie ist nicht das Jugendgericht, sondern die Kinder- und Jugendhilfe sowie ggf. das Familiengericht zuständig.

Das Jugendgerichtsgesetz ist grundlegend am Erziehungsgedanken orientiert. Im Gegensatz zum Erwachsenenstrafrecht stehen deshalb nicht nur die Tat, sondern auch die Persönlichkeit und die Entwicklung des Jugendlichen im Mittelpunkt. Zielsetzung ist es, die jungen Menschen zu erziehen. Deshalb gelten als zentrale Grundsätze: Erziehung vor Strafe, informelle Verfahrenserledigung vor formellen Verfahren und ambulante vor stationären Maßnahmen. Entsprechend differenziert sind die Sanktionsmöglichkeiten: von Erziehungsmaßregeln (Weisungen) über so genannte Zuchtmittel bis zur Jugendstrafe.

488 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2006 (a), S. XI

489 ebd.

490 Zu den folgenden Daten vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2006 (a), S. 88/89

491 Zuchtmittel nach § 13 Jugendgerichtsgesetz (JGG) können Verwarnungen, die Erteilung von Auflagen (Wiedergutmachung, Entschuldigung etc.) und der Jugendarrest sein. Zuchtmittel werden verhängt, wenn eine Jugendstrafe nicht geboten erscheint, dem Jugendlichen aber deutlich gemacht werden muss, dass er für das begangene Unrecht einstehen muss.

492 Andere Entscheidungen sind vor allem Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens, Absehen von Strafe sowie Überweisung an den Vormundschaftsrichter nach § 53 JGG.

493 Als Überblick vgl. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007

reichen Konfliktlotsen- und Mediationsprojekte in den Schulen oder die vielfältigen Angebote im Bereich soziales Lernen und Konfliktbewältigung in den Kindergärten, die Maßnahmen zum Opferschutz bei der Polizei oder der Justiz. Entsprechend dem Alter, dem Geschlecht und dem kulturellen und sozialen Hintergrund der Beteiligten sowie der jeweiligen Situation wurden eine ganze Reihe differenzierter Konzepte entwickelt. Im Mittelpunkt der pädagogischen Strategien steht dabei die Einsicht, dass es sich bei Kindern und Jugendlichen um Aufwachsende handelt, die ihre Identität entwickeln und ihren Platz suchen und dabei unterschiedliche Formen der Hilfe und Unterstützung brauchen. Delinquentes Handeln wird in diesem Sinne immer auch als eine Lernchance verstanden. Ein starkes Gewicht wird auf die Kooperation zwischen den verantwortlichen Institutionen gelegt. Mit diesem Ausbau der präventiven Angebote verbunden ist eine Vorverlagerung der Aufmerksamkeiten und Interventionen. Hinzu kommt, dass Erziehung zur friedlichen Lösung von Konflikten und der Erwerb entsprechender Kompetenzen heute sehr viel deutlicher auch als eine Aufgabe der Familie, der Kindertagesbetreuung und der Grundschulen betrachtet wird.

853) In jenen Fällen, in denen Jugendliche straffällig geworden sind, werden auf der Basis der Entscheidung des Jugendgerichtes die durch die Jugendgerichtshilfe pädagogisch begleiteten jugendgerichtlichen Maßnahmen durchgeführt.⁴⁹⁴ Die Bayerische Staatsregierung unterstützt die Kommunen mit dem Förderprogramm „Maßnahmen der Erziehungshilfe gegen Straffälligkeit (Jugendgerichtshilfe) und Gewalt“. Hierbei handelt es sich um ambulante Maßnahmen der Jugendgerichtshilfe, Hilfen für strafrechtlich auffällige, aber strafunmündige Kinder sowie Maßnahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, die die Verhinderung von Jugenddelinquenz und Gewalt zum Ziel haben. So wurden etwa Konfliktschlichtungsmodelle in Schulen, Jugendzentren und Freizeiteinrichtungen entwickelt. Von Bedeutung sind auch die ambulanten Maßnahmen der Jugendhilfe, Betreuungsweisungen, pädagogisch begleitete Arbeitsweisungen, der Täter-Opfer-Ausgleich, soziale Gruppenarbeit, Anti-Aggressions-Kurse und Soziale Trainingskurse. Dieses Förderprogramm wurde durch eine externe Unternehmensberatung auf Praktikabilität und Effizienz überprüft. Alle Einzelprojekte wurden positiv bewertet, deren hoher Zielerreichungsgrad, eine gute Kooperationsleistung sowie deren Effizienz und Kapazitätsauslastung bestätigt.⁴⁹⁵

854) In individuell problematischen Einzelfällen, meist also Kinder und Jugendliche aus schwierigen Elternhäusern, die zudem durch häufige und schwere Straftaten aufgefallen sind, stehen eine Reihe von einzelfallbezogenen Therapiekonzepten zur Verfügung.

855) Im Bereich der Auseinandersetzung mit jugendlichem Extremismus sind es vor allem folgende vorrangig präventiven Strategien, die in den letzten Jahren verstärkt eingesetzt wurden.⁴⁹⁶

⁴⁹⁴ Trenczek 2003;

⁴⁹⁵ unveröffentlichtes Material, Prognos & Simma, Basel 2001

⁴⁹⁶ Diese Überblicksdarstellung geht auf die Arbeiten der DJI-Projektgruppe Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms Entimon zurück (vgl. Klingelhöfer/Schmidt/Schuster/Brüggemann 2007).

- Beratung: Im Mittelpunkt stehen dabei die personenzentrierte Einzelfallberatung von einerseits Eltern und Angehörigen sowie andererseits Jugendlichen, die sich der rechtsextremen Szene zuordnen; an Bedeutung gewinnt derzeit die präventive und intervenierende Beratung von Kommunen („Community Coaching“) sowie die unterstützende Beratung von Prozessen der Selbstorganisation, z. B. bei der Gründung von lokalen Initiativen, Elternselbsthilfegruppen und der Einrichtung von Netzwerken.
- Begegnung meist unter etwa Gleichaltrigen: Eine prominente Rolle spielen dabei internationale Begegnungen im Ausland zur Förderung interkultureller, interreligiöser und selbstreflexiver Kompetenzen, Begegnungsangebote im Inland zur Förderung interkultureller und interreligiöser Kompetenzen sowie Begegnungen zum Abbau von Segregation und zur Förderung von Integration im Stadtteil bzw. in der Kommune.
- Bildung und Sensibilisierung: Neben den klassischen Bildungsangeboten sind hierzu vor allem die zahlreichen bildungsorientierten Projekte zu zählen, die reflexiv, also auf die Überprüfung der eigenen Einstellungen und Handlungsorientierungen hin, angelegt sind, und zugleich versuchen, alle Sinne und insbesondere auch die Gefühls- und die Handlungsebene, also nicht nur die Wissenssebene, anzusprechen.
- Netzwerke, vor allem in Form von zivilgesellschaftlichen Netzwerken, lokalen Aktionsplänen, Netzwerken von Fachkräften zur gegenseitigen kollegialen Beratung, zum Austausch und zur themenspezifischen Fort- und Weiterbildung sowie virtuelle Netzwerke, die Informations-, Kommunikations- und Präsentationsplattformen zur Vernetzung von Jugendlichen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Projekten zur Verfügung stellen.

3.8.4.2 Wie lösen sich junge Menschen wieder aus gewalttätigen und politisch extremen Gruppen und wie kann Jugendarbeit dabei helfen?

856) Cliquenzugehörigkeit, auch Zugehörigkeit zu gewaltbereiten Cliquen sind in den meisten Fällen vorübergehende Phänomene im Jugendalter. Ebenso wie die Wege in die Gruppen höchst unterschiedlich sind, gibt es auch nicht den typischen Ausstieg. Neue private Beziehungen, andere Interessen oder berufliche Perspektiven können hier ebenso Ausgangspunkt sein wie Konflikte innerhalb der Gruppe. Allerdings herrscht – soweit zu sehen – in vielen gewaltbereiten und erst recht in extremistischen Gruppen ein starker interner Druck. Ausgeprägte Hierarchien, gegenseitige Kontrolle bis hin zur massiven Bedrohung, vielfältige Formen gegenseitiger Unterdrückung, ständiger Zwang sich beweisen zu müssen etc., erschweren den Ausstieg. Für jene Jugendlichen, die prinzipiell bereit sind, dies ohne Hilfe jedoch nicht schaffen, gibt es eine Reihe von Angeboten: Telefone, Beratungsstellen, mobile Jugendarbeit, offene Jugendarbeit etc. Die mit diesen Angeboten gemachten Erfahrungen belegen, wie mühsam und häufig gefährlich der Ausstieg und dass dabei jeder Fall anders gelagert ist.

857) Verbandliche wie offene Jugendarbeit dürften aber in den meisten Fällen mit der Begleitung des Ausstiegs aus

harten Kern-Gruppen überfordert sein. Sie können, bevor es zu Straftaten kommt, aber als attraktive Alternative – z. B. um gewaltfrei Kameradschaft und gegenseitige Anerkennung zu erleben – ein wichtiges Angebot darstellen.

3.8.4.3 Angebote für jugendliche Opfer

858) In den letzten 15 Jahren hat das Bewusstsein, dass es 856 Angebote für die jugendlichen Opfer von Straftaten, vor allem von Gewalttaten, bedarf, deutlich zugenommen. So wurden z. B. bei der Polizei flächendeckend Beamtinnen und Beamte eigens für den Opferschutz geschult; es wurden eigene Zimmer für die Opferbetreuung reserviert und spezifische Verfahren für den Opferschutz implementiert sowie Opferchutzstellen eingerichtet. In allen bayerischen Amts- und Landgerichten sind vor allem für Opfer von Straftaten, die als Zeugen vor Gericht aussagen sollen, so genannte Zeugenbetreuungsstellen eingerichtet. Die Zeugenbetreuer informieren über den Ablauf des Verfahrens und der Vernehmung, bieten einen Warteraum, wenn Opfer mit den Angeklagten und Verteidigern nicht zusammentreffen wollen, und begleiten den Zeugen auf Wunsch auch in die Verhandlung. Den Zeugen kann dadurch die Angst vor der Aussage genommen werden. Der Ausbau der Opferberatungsstellen und die behördenübergreifende Vernetzung sind weitere Schritte.

859) Eine Reihe von Strategien, z. B. in Form mobiler Opferberatung, wurden im Rahmen des Bundesprogrammes gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus CIVITAS erprobt.⁴⁹⁷

860) In Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Schule lässt sich demgegenüber konstatieren, dass zwar einige Konzepte aus dem Bereich der Mediation bzw. Streitschlichtung unter bestimmten Bedingungen die Konfrontation mit dem Opfer vorsehen, dass aber aufs Ganze gesehen im Bereich Opferschutz und Opferberatung erheblicher Entwicklungsbedarf besteht. In seiner jüngst vorgelegten Bilanz zum Stand der Gewaltprävention stellt vor diesem Hintergrund das Deutsche Jugendinstitut (DJI) fest: *„Gewaltpräventive Strategien im Kindes- und Jugendalter sind überwiegend täterbezogen. Ansätze, die Kinder und Jugendliche als Opfer von Gewalttaten in den Mittelpunkt stellen, sind – sieht man einmal vom Handlungsfeld Familie und teilweise der Polizei ab – dagegen kaum zu finden. Dabei ist zu bedenken, dass mehr Kinder und Jugendliche Opfer von Gewalt als Täter sind. Diese Perspektive wird insbesondere bei jugendlichen Opfern häufig vernachlässigt. Die Strategien des Opferschutzes und der Arbeit bzw. des Umgangs mit Gewaltopfern müssen weiterentwickelt und ausgebaut werden. Dazu wurden in den letzten Jahren mit dem Opferrechtsreformgesetz, dem Gewaltschutzgesetz und dem Recht auf gewaltfreie Erziehung wichtige gesetzliche Voraussetzungen geschaffen – hier gilt es, die Umsetzung weiter zu verbessern. Es sollte sichergestellt werden, dass Gewaltopfer bei Bedarf eine psycho-soziale Betreuung zur Bewältigung der Tatfolgen erhalten.“*⁴⁹⁸

⁴⁹⁷ Vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007

⁴⁹⁸ Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007, S. 302 f.

861) Die Analyse zeigt auch, dass die auf Gewaltopfer bezogenen Angebote wie etwa die 33 Notrufe in Bayern oder das Beratungsangebot KIBS für Jungen als Opfer sexueller Gewalt entweder vorrangig die innerfamiliäre Gewalt an Kindern im Blick haben, oder sie sprechen – als „traditionelle“ Opferhilfe mit ihrer Kommstruktur – eher Erwachsene an. Werden Jugendliche dagegen Opfer von Gewalt, die meist von Gleichaltrigen und im eigenen Sozialraum ausgeht, fehlt es an niedrigschwelligen Angeboten sowohl in der Schule als auch in der Kinder- und Jugendhilfe, an die sie sich wenden können.

862) Ausdrücklich wird in dem DJI-Bericht auf den Opfer-Ausgleich als der sichtbarsten Strategie, in der auch die Opferperspektive zum Tragen kommt, Bezug genommen. Gefordert wird, *„den Täter-Opfer-Ausgleich weiter auszubauen und möglichst in allen geeigneten Fällen zur Anwendung kommen zu lassen. Darüber hinaus wird auch über weitere Möglichkeiten diskutiert, wie im täterorientierten Jugendverfahren die Opferperspektive gestärkt werden kann, ohne dass gleichzeitig der (täterbezogene) Erziehungsgedanke des Jugendgerichtsgesetzes zurückgestellt wird. Unstrittig ist, dass auf jeden Fall im Verfahren eine sekundäre Viktimisierung des Opfers vermieden werden muss und eine weitere Verbesserung der Stellung der Verletzten im Verfahren anzustreben ist, z. B. durch den Ausbau der Mitwirkungs- und Informationsrechte des Verletzten. Strittig ist dagegen die von Opferverbänden erhobene Forderung, auch im Jugendstrafverfahren die Möglichkeit der Nebenklage und des Adhäsionsverfahrens zu schaffen.“*⁴⁹⁹ Immerhin wurde im 2. Justizmodernisierungsgesetz, das im Dezember 2006 in Kraft getreten ist, die Nebenklage bei gewissen Delikten auch im Jugendstrafverfahren zugelassen.⁵⁰⁰ Daneben wurde bei Verfahren gegen Heranwachsende auch im Jugendstrafverfahren die Möglichkeit der Durchführung eines Adhäsionsverfahrens eröffnet.

863) Neben dieser Stärkung der Opferperspektive gilt es den Blick zu erweitern: Die meisten gewaltpräventiven Strategien sind bislang von einem einfachen Dualismus geprägt: auf der einen Seite der (verurteilenswerte, böse) Täter, auf der anderen Seite das (unschuldige, arme) Opfer. Diese Konstellation gibt es zwar; doch gerade jugendliche Täter haben nicht selten vorgängige Opfererfahrungen, wie umgekehrt aus Opfern schnell Täter werden können. Empirische Forschungen zeigen darüber hinaus, dass sich häufig erst im Verlauf von gewalttätigen Interaktionen zwischen Jugendli-

⁴⁹⁹ a.a.O. Zur Erläuterung: „Das Adhäsionsverfahren ist in den §§ 403 ff. StPO geregelt und soll dem Verletzten einer Straftat die Möglichkeit eröffnen, bereits im Strafverfahren gegen den Beschuldigten einen aus der Straftat erwachsenden vermögensrechtlichen Anspruch geltend zu machen. Ansprüche, die ansonsten von einem Zivilgericht separat behandelt werden müssten, werden demzufolge im Strafverfahren mit entschieden. Voraussetzung ist jedoch, dass dieser Anspruch noch nicht anderweitig gerichtlich geltend gemacht worden ist. Durch das Adhäsionsverfahren wird dem Verletzten eine weitere Klage vor dem Zivilgericht erspart, wodurch auch eine Doppelarbeit der Gerichte vermieden wird.“ (<http://www.thueringen.de/thgsta/lexikon/adhaesion.htm>)

⁵⁰⁰ Möglich ist das Adhäsionsverfahren in Fällen u.a. von Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die sexuelle Selbstbestimmung oder Straftaten, durch die das Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt oder einer solchen Gefahr ausgesetzt worden ist (§ 80 Abs. 3 JGG).

chen entscheidet, wer später als Täter oder als Opfer gesehen wird, und dass das Risiko, Opfer zu werden, bei jugendlichen Gewalttätern ebenfalls besonders hoch ist. Diese Zusammenhänge werden üblicherweise unter dem Begriff Täter-Opfer-Statuswechsel beschrieben.

864) Aus der Sicht des DJI folgt daraus, *„dass unter einem lebenslaufbezogenen Blickwinkel die Rollen nicht selten austauschbar sind, d.h. Arbeit mit den Tätern ist auch Arbeit mit Opfern bzw. wird mit Opfern gearbeitet, kann es gut sein, dass man es mit Tätern zu tun hat. Eine weitere Implikation ist, dass so verstandener Opferschutz gleichzeitig Täterprävention sein kann. Sollen diese Erkenntnisse im Sinne einer Lernchance fruchtbar gemacht werden, bedeutet dies, sich in vielen Fällen von den starren Rollenzuweisungen »Täter« und »Opfer« verabschieden zu müssen. Der Blick muss komplexere Konstellationen und die jeweilige situative Dynamik erfassen.*

865) *Präventive Strategien müssen unter dieser Perspektive von der Zuweisung von Opfer- und Täterrollen so weit wie möglich Abstand nehmen und von den Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen ausgehen. Die Lernchance für Kinder, Jugendliche, aber auch für die Fachkräfte besteht darin, die Komplexität dieser Erfahrungen und die Dynamik von gewalttätigen Interaktionen erkennen und so geeignete Ansätze entwickeln zu können.*⁵⁰¹

3.8.4.4 Welche Maßnahmen haben sich als besonders erfolgreich erwiesen, um jugendliche Kriminalitätskennzeichen zu verhindern?

866) Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus aller Art im Jugendalter sind in den meisten Fällen Ergebnis vielfältiger, komplexer Ursachen. Sie sind, wie die Fachdiskussion sagt, multikausal verursacht. Dementsprechend kann es auch nicht die darauf bezogene Maßnahme geben. Erfolgreiche Präventionsstrategien müssen deshalb in der Lage sein, sich den jeweiligen situativen Bedingungen anzupassen und auf neue Herausforderungen zu antworten.

867) Es sind zudem selten einzelne, isolierte Maßnahmen, die sich als erfolgreich erwiesen haben. Erfolg versprechend ist vielmehr, wenn Präventionsangebote eingebettet sind in entsprechende sozial- und sicherheitspolitische Strategien. Dies beginnt mit der Forderung, dass Kinder und Jugendliche keinen Zugang zu Waffen aller Art haben dürfen. Unterstützung müssen darüber hinaus diejenigen haben, die Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus ablehnen. *„Statt immer wieder auf die Defizite muss mehr auf die positiven Beispiele und die Erfolge im Umgang mit der Gewalt hingewiesen werden. Familien und Schulen sind im Allgemeinen keine Horte der Gewalt, in ihnen werden überwiegend gesellschaftliche Erziehungs- und Integrationsaufgaben erfüllt, die eine zivile Gesellschaft erst möglich machen.*⁵⁰²

868) Allerdings können diese Hinweise nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Wissen über die Nachhaltigkeit, die

Übertragbarkeit der Verfahren und Erfahrungen sowie über die Gelingensbedingungen von Präventionsstrategien und Maßnahmen nach wie vor äußerst dürftig ist. Es bedarf deshalb verstärkter Bemühungen im Bereich der Evaluation vor allem in Form von follow-up-Studien in allen Feldern der Prävention im Kindes- und Jugendalter. Dabei realistische Ziele zu verfolgen und keine überzogenen Erwartungen (z. B. in Form von überall einsetzbaren einfachen „Rezepten“) zu hegen, wäre für alle Beteiligten hilfreich und entlastend.

Literatur:

Albrecht, P.-G./Eckert, R./Roth, R./Thielen-Reffgen, C./Wetzstein, Th.: Wir und die anderen: Gruppenauseinandersetzungen Jugendlicher in Ost und West (Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration). Wiesbaden 2007.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München, DJI 2007.

Baier, D./Pfeiffer, Chr./Windio, M./Rabold, S. (2006): Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrung, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Zusammenfassung der zentralen Befunde zur Stadt München sowie Ergebnisse der Regionalanalysen. Hannover, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN), Juni 2006, unveröffentlichtes Manuskript.

Baier, D./Pfeiffer, Chr.: Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen – Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention. KFN-Forschungsbericht 100. Hannover 2007. Verfügbar über: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb100.pdf>

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Abgeurteilte und Verurteilte in Bayern 2006. Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik. Statistische Berichte Kennziffer B VI 1 j 2006 (a)

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Strafvollzugsstatistik in Bayern 2006. Statistische Berichte Kennziffer B IV 6 j 2006 (b).

Bayerisches Landeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für den Freistaat Bayern 2006. München 2007 (a). Verfügbar über: http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/jb_06.pdf [26.08.2007]

Bayerisches Landeskriminalamt: Junge Menschen als Tatverdächtige und Opfer von Straftaten. Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik für den Freistaat Bayern. Berichtsjahr 2006. München 2007 (b). Verfügbar über http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/krimstat_jugend.pdf [26.08.2007]

Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006. München 2007 (a) Verfügbar über: http://www.verfassungsschutz.bayern.de/imperia/md/content/lfv_internet/service/verfassungsschutzbericht2006.pdf [19.07.2007]

Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzinformationen Bayern. 1. Halbjahr 2007 München 2007 (b). Verfügbar über: <http://www.bayerisches-innenministerium.de/imperia/md/content/stmi/sicherheit/verfas>

501 Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007, S. 302 ff.

502 Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007, S. 311

sungsschutz/verfassungsschutzberichte/verfesch_2007_hj.pdf [01.02.2008]

Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2007. München 2008. Verfügbar über: http://www.verfassungsschutz.bayern.de/imperia/md/content/lfv_internet/service/verfassungsschutzbericht2007.pdf

Bayerisches Staatsministerium des Innern/Bayerisches Staatsministerium der Justiz/Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus/Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit: Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Verhütung der Jugendkriminalität. Gemeinsame Bekanntmachung 31211 A vom 3. März 1999.

Brettfeld, K./Wetzels, P.: Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen. Berlin, BMI 2007. Verfügbar über: http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2007/Muslime_20in_20Deutschland,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Muslime%20in%20Deutschland.pdf [28.12.2007]

Bundeskriminalamt (2007): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland 2006. Verfügbar über: <http://www.bka.de/pks/pks2006/index.html> [26.08.2007]

Eckert, R./Reis, Chr./Wetzstein, Th. A.: „Ich will halt anders sein wie die anderen. Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher. Opladen 1999.

Enzmann, D./Brettfeld, K./Wetzels, P.: Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. Empirische Prüfung eines theoretischen Modells zur Erklärung erhöhter Delinquenzraten jugendlicher Migranten. In: Oberwittler, D./Karstedt, S. (Hrsg.): Soziologie der Kriminalität (KZfSS, Sonderheft 43/2003). Wiesbaden 2004, S. 240-287.

Flad, H. (2006): Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene – Die Bedeutung des Handels mit Musik. In: Klärner, A./Kohlstruck, M. (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, S. 102-115.

Heinz, W.: Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde. Konstanz 2003. Verfügbar über: <http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik/Jugendkriminalitaet-2003-7-e.pdf> [27.12.2007]

Heitmeyer, W. (2007): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand? In: ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt/Main, S. 15-36.

Klingelhöfer, S./Schmidt, M./Schuster, S./Brüggemann, U.: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms »Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus«, Jahre 2002 – 2006. Halle, DJI 2007. Verfügbar über: http://www.entimon.de/content/e28/e45/e952/Abschlussbericht_wissenschaftliche_Begleitung_Entimon.pdf [27.12.2007]

Lösel, F./Bliesener, Th.: Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen. Untersuchungen von kognitiven und sozialen Bedingungen. München und Neuwied 2003.

Luff, J.: Kriminalität von Aussiedlern. Polizeiliche Registrierungen als Hinweis auf misslungene Integration? München, Bayerisches Landeskriminalamt 2000. Verfügbar über:

<http://www.polizei.bayern.de/content/4/3/7/aussiedler.pdf> [27.12.2007]

Lynen von Berg, H./Palloks, K./Steil, A.: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim & München 2007.

Ohder, C./Huck, L.: Intensivtäter Teil 1. Ergebnisse der Analyse von „Intensivtäterakten“ der Staatsanwaltschaft Berlin, in: Berlin Forum Gewaltprävention Nr. 26, 7. Jg. (2006), S. 6-56. Verfügbar über: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-lkbgg/bfg/nummer26/03_ohder_und_huck.pdf [02.01.2008]

Ohder, C.: Intensivtäter in Berlin. Teil 2. Ergebnisse der Befragung von „Intensivtätern“ sowie der Auswertung ihrer Schulakten, in: Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 33, 8. Jg. (2007), S. 5-76. Verfügbar über: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-lkbgg/bfg/nummer33/komplett.pdf> [02.01.2008]

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. 15. Shell Jugendstudie. Frankfurt/Main 2006.

Steffen, W.: Junge Intensivtäter – Kriminologische Befunde. In: Bewährungshilfe 1(2004), S. 62-72.

Steffen, W.: Mehrfach- und Intensivtäter: Aktuelle Erkenntnisse und Strategien aus dem Blickwinkel der Polizei. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe Heft 2 (2003), S. 152-158.

Steffen, W./Elsner, E.: Kriminalitätsprobleme junger Ausländer – ein Hinweis auf Integrationsschwierigkeiten? In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 47 (1999), S. 332-345.

Steffen W./Elsner, E. (2000): Kriminalität junger Ausländer. Kriminalität ist keine Frage des Passes, sondern eine Frage von Lebenslagen. In: Deutschen Polizeiblatt, Heft 5; Verfügbar über: <http://www.polizei.bayern.de/content/4/3/7/jungeausl.pdf> [26.08.2007]

Sutterlüty, F.: Gewaltkarrieren. Jugendliche im Kreislauf von Gewalt und Missachtung. Frankfurt/Main & New York 2002.

Trenczek, Th.: Die Mitwirkung der Jugendhilfe im Strafverfahren. Konzeption und Praxis der Jugendgerichtshilfe. Weinheim & Basel 2003.

Walter, M.: Jugendkriminalität. Eine systematische Darstellung. Stuttgart 2005.

3.9 I. Geschlechtsspezifische Situation der Jugendlichen

3.9.1 Daten und Informationen zu gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen

Die Datenlage könnte kurz und überspitzt zusammengefasst werden:

Die Mädchen und jungen Frauen haben die besseren Schulabschlüsse, leben gesünder und sind weniger kriminell als gleichaltrige Jungen. Dafür sind die Berufswahl und die Berufschancen eingeschränkt. Die Schulabschlüsse der Jungen und jungen Männer sind schlechter, sie leben ungesünder und kürzer und sind im Durchschnitt krimineller und gewalttätiger. Die Berufschancen und die Einkommenssituation sind besser.

Jedoch sagt diese kurze rein statistische Datenzusammenfassung wenig über die Lebenslage der Jungen und Mädchen aus. Noch weniger sagen die Zahlen etwas darüber aus, welchen Geboten, Regeln und Kodizes die Geschlechter unterworfen sind.

3.9.2 Geschlechtsspezifische Zusammenstellung statistischer Daten aus den Kapiteln 3.1 A bis 3.8 H im Hinblick auf die spezifische Situation weiblicher Jugendlicher

869) Zur Datenlage ist anzumerken, dass es grundsätzlich wenige Daten zur geschlechtsspezifischen Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gibt. Jedoch ist festzustellen, dass die Schulabschlüsse männlicher Migranten eher schlechter ausfallen und durchschnittlich weniger Migranten z. B. das Gymnasium besuchen als ihre deutschen Geschlechtsgenossen. Für die weiblichen Migranten gilt ähnliches wie für die weiblichen deutschen Jugendlichen.

870) Im Abschlussjahr 2006/2007 haben am Gymnasium in Bayern insgesamt 28.294 Schülerinnen und Schüler das Abitur bestanden, davon waren 15.659 weiblich (55 %). Dabei erreichten die Schülerinnen einen Notendurchschnitt von 2,35, die Schüler von 2,50. Im gleichen Schuljahr besuchten 37,6 % der Jungen in Jahrgangsstufe 8 eine Hauptschule, von den Mädchen hingegen nur 31,8 %. Auf der Realschule waren 27 % der Jungen und 30,3 % der Mädchen, während 26,4 % der Jungen und 30,2 % der Mädchen ein Gymnasium besuchten. Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulen lag bei 14,5 % (38.492), an den Realschulen bei 4 % (9.184) und an den Gymnasien bei 3,7 % (13.555). Der Jungenanteil unter den Ausländern lag an der

Hauptschule bei 52,1 % (20.068), an der Realschule bei 47,2 % (4.334) und am Gymnasium bei 46,3 % (6.277).⁵⁰³

871) Einige Daten zum Gesundheitsverhalten von Jungen und Mädchen: Im Durchschnitt tranken sowohl im Jahr 2000 als auch 2005 30 % der männlichen Jugendlichen regelmäßig Alkohol (1995: 34 %), bei den jungen Frauen waren es jeweils 7 % (1995:12 %). Mädchen und junge Frauen zählen eher zu den Gelegenheitstrinkerinnen (41%), bei den Jungen und jungen Männern zählt nur jeder Dritte (33 %) zu den Gelegenheitstrinkern. 44 % der jungen Frauen, aber nur 34 % der jungen Männer bezeichnen sich als abstinent.⁵⁰⁴ Dafür rauchen Mädchen etwas mehr als Jungen, sind aber ansonsten in ihrem Verhalten gesundheitsbewusster, Mädchen essen z. B. mehr Obst, Gemüse und Salat⁵⁰⁵ (vgl. Unterabschnitt 3.7.2.8, Nr. 734)

872) Mehr als die Hälfte aller weiblichen Auszubildenden werden in zehn Berufen im klassischen Dienstleistungsbereich ausgebildet. Dagegen vereinen die zehn häufigsten Männerberufe nur 37,5 % der Auszubildenden auf sich. Der Frauenanteil an den Auszubildenden stagniert im dualen System in Bayern seit 1998 bei 40 %. Mädchen und Frauen konzentrieren sich auf wenige Verwaltungs- und Service berufe, deren Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten zum Teil eher eingeschränkt sind (siehe nachstehende Tabelle). Ebenfalls ist es für Mädchen immer noch schwierig, einen „Männerberuf“ zu erlangen. Die Gründe dafür sind vielschichtig, dazu gehört u.a., dass Kleinbetriebe die notwendigen Sanitäranlagen für weibliche und männliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nachweisen, junge Frauen die körperliche Anstrengung scheuen oder ihr nicht gewachsen sind, das Ansehen von Männerberufen bei Mädchen negativ ist.

Tabelle 44: Die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe

Übersicht 32: Die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe für männliche und weibliche Auszubildende 2005

Ausbildungsberufe für alle Auszubildenden	Ausbildungsbereich	Auszubildende insgesamt ^{*)}	Anteil an allen Auszubildenden	Neuabschlüsse insgesamt ^{*)}	Anteil an allen Neuabschlüssen
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Kraftfahrzeugmechatiker/Kraftfahrzeugmechatikerin ^{*)}	Handwerk/Industrie und Handel	76.089	4,9	21.539	3,9
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	Industrie und Handel	71.910	4,6	30.862	5,5
Bürokaufmann/Bürokauffrau	Industrie und Handel/ Handwerk	60.212	3,9	22.314	4,0
Industriemechaniker/Industriemechanikerin	Industrie und Handel	51.650	3,3	14.165	2,5
Industriekaufmann/Industriekauffrau	Industrie und Handel	50.949	3,3	18.304	3,3
Arztgehilfe/Arztgehilfin	Freie Berufe	42.537	2,7	14.366	2,6
Koch/Köchin	Industrie und Handel	41.526	2,7	17.219	3,1
Friseur/Friseurin	Handwerk	39.484	2,5	15.608	2,8
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	Industrie und Handel	38.545	2,5	14.440	2,6
Zahnmedizinischer Fachangestellter/Zahnmedizinische Fachangestellte ^{*)}	Freie Berufe	35.592	2,3	11.296	2,0
Zusammen		508.494	32,7	180.113	32,3

503 Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Schule und Bildung in Bayern 2007. Statistische Übersichten. Verfügbar über: http://www.km.bayern.de/imperia/md/content/pdf/schulen/statistik/schuleundbildung2007/schule_und_bildung_in_bayern_2007.pdf [31.12.2007]

504 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

505 15. Shell Jugendstudie, S. 94

Ausbildungsberufe für männliche Auszubildende	Ausbildungsbereich	Auszubildende Männer	Anteil an allen männlichen Auszubildenden	Neuabschlüsse für männliche Auszubildende	Anteil an allen Neuabschlüssen für männliche Auszubildende
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Kraftfahrzeugmechatroniker ¹⁾	Handwerk/Industrie und Handel	74.547	8,0	21.028	6,4
Industriemechaniker	Industrie und Handel	49.883	5,3	13.631	4,2
Elektroniker ²⁾	Handwerk	34.411	3,7	9.663	3,0
Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik ³⁾	Industrie und Handel	33.529	3,6	9.857	3,0
Kaufmann im Einzelhandel	Industrie und Handel	32.755	3,5	13.864	4,2
Koch	Industrie und Handel	31.949	3,4	13.419	4,1
Metallbauer	Handwerk	25.836	2,8	7.819	2,4
Maler und Lackierer ⁴⁾	Handwerk	23.380	2,5	8.524	2,6
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	Industrie und Handel	22.614	2,4	8.440	2,6
Tischler	Handwerk	21.795	2,3	8.687	2,7
Zusammen		350.699	37,5	114.932	35,2
Ausbildungsberufe für weibliche Auszubildende	Ausbildungsbereich	Auszubildende Frauen	Anteil an allen weiblichen Auszubildenden	Neuabschlüsse für weibliche Auszubildende	Anteil an allen Neuabschlüssen für weibliche Auszubildende
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Bürokauffrau	Industrie und Handel/Handwerk	43.252	7,0	15.860	6,8
Arzthelferin	Freie Berufe	42.218	6,8	14.245	6,1
Kauffrau im Einzelhandel	Industrie und Handel	39.155	6,3	16.998	7,3
Friseurin	Handwerk	35.716	5,8	13.843	6,0
Zahnmedizinische Fachangestellte ⁵⁾	Freie Berufe	35.437	5,7	11.233	4,8
Industriekauffrau	Industrie und Handel	31.112	5,0	11.115	4,8
Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	Handwerk	28.938	4,7	11.622	5,0
Kauffrau für Bürokommunikation	Industrie und Handel	27.926	4,5	10.773	4,6
Hotelfachfrau	Industrie und Handel	22.794	3,7	9.241	4,0
Verkäuferin	Industrie und Handel	22.294	3,6	12.209	5,3
Zusammen		328.842	53,3	127.139	54,8

Vgl. Berufsbildungsbericht 2006, Übersicht 47, Seite 133.

¹⁾ Inklusive Vorgängerberufe.

²⁾ Nicht enthalten sind Auszubildende im 2003 neu geschaffenen Beruf Bauten- und Objektbeschichter/Bauten- und Objektbeschichterin, der auf die Ausbildung zum Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin angerechnet werden kann.

³⁾ Bestand an Auszubildenden im Jahr 2005 (1., 2., 3. und 4. Ausbildungsjahr)

⁴⁾ Zwischen dem 1. Januar und 31. Dezember 2005 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (die am 31. Dezember noch bestanden haben).

Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA), Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 3, Berufliche Bildung, Erhebung zum 31. Dezember; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

Berufsbildungsbericht 2007, Seite 122, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Referat Öffentlichkeitsarbeit

873) Das Berufsspektrum ist bei weiblichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch eingeschränkter als bei den männlichen: 69 % aller weiblichen Auszubildenden konzentrieren sich auf acht Ausbildungsgänge – bei Frauen türkischer Herkunft sind es sogar 81 %. Im Jahr 2002 absolvierten ca. 75 % der jungen Türkinnen und ca. 60 % der jungen Migrantinnen ihre Ausbildung in den folgenden Berufen: Bürofachkraft, Arzthelferin, Groß- / Einzelhandelskauffrau, Friseurin.⁵⁰⁶

874) Bei der Studienfachwahl sind ähnliche Tendenzen zu erkennen, auch wenn bei männlichen und weiblichen Studenten Betriebswirtschaftslehre an erster Stelle steht.

Tabelle 45: Studienfachwahl männlicher Studienanfänger

Studienfach	männliche Studienanfänger im ersten Fachsemester (ohne beurlaubt, Exmatrikulation)	kumulierter Anteil der männlichen Studienanfänger
Betriebswirtschaftslehre	3217	10,12
Maschinenbau/-wesen	2539	18,10
Elektrotechnik/Elektronik	2194	25,00
Informatik	1628	30,12
Wirtschaftsingenieurwesen	1295	34,19
Rechtswissenschaft	1142	37,78

⁵⁰⁶ IAB Kurzbericht Nr. 19/2006; Quelle: Eigene Darstellung, Berechnungen auf Grundlage der IEB.

Physik	966	40,82
Wirtschaftsinformatik	951	43,81
Bauingenieurwesen/ Ingenieurbau	879	46,58
Wirtschaftswissenschaften	858	49,27
Germanistik/Deutsch	762	51,67

Bayerisches Staatministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst 2008

Tabelle 46: Studienfachwahl weiblicher Studienanfänger

Studienfach	weibliche Studienanfänger im ersten Fachsemester (ohne beurlaubt, Exmatrikulation)	kumulierter Anteil der weiblichen Studienanfänger
Betriebswirtschaftslehre	3112	10,63
Germanistik/Deutsch	2450	19,01
Rechtswissenschaft	1647	24,64
Anglistik/Englisch	1348	29,24
Sozialwesen	1142	33,15
Medizin (Allgemein-Medizin)	1064w	36,78
Mathematik	879	39,79
Biologie	855	42,71
Erziehungswissenschaft (Pädagogik)	665	44,98
Wirtschaftswissenschaften	656	47,22
Psychologie	514	48,98
Chemie	414	50,39
Wirtschaftsingenieurwesen	409	51,79

Bayerisches Staatministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst 2008

875) Für den Hintergrund dieser Berufs-/Studienfachwahl gibt es verschiedene Annahmen. Das örtliche Angebot spielt eine wesentliche Rolle neben dem Berufswunsch und anderen Faktoren, z. B. auch dem Angebot an den beruflichen Schulen. Weitere Aspekte können auch negative Folgen oder Ansehen sein oder auch fehlende Unterstützung bei einer Abweichung von gruppenspezifischen Geschlechterrollen; z. B. Ablehnung und Unverständnis innerhalb der Peer Group und im Elternhaus.

876) Ein wichtiger Faktor bei der Berufswahl ist auch, dass Mädchen in ihrer Lebensplanung wesentlich häufiger Kinder und Familie einplanen als Jungen. Bei Mädchen und jungen Frauen ist der Wunsch nach eigenen Kindern mit 69 % wesentlich stärker ausgeprägt als bei Jungen und jungen Männern (56 %),⁵⁰⁷ 43 % der jungen Mädchen zwischen 12 und 15 Jahren wollen sich hauptsächlich um Kinder und Haushalt

kümmern, bei den Jungen sind es nur 34 %. Gleichzeitig wollen 89 % der gleichen Altersgruppe der Mädchen sich mit dem Partner die Hausarbeit teilen und nur 73 % der Jungen. Für die Mädchen ist der Beruf mit 46 % nicht so wichtig wie für die Jungen mit 58 %.⁵⁰⁸ Die gleiche Frage an Jugendliche im Alter zwischen 16 und 23 Jahren ergibt ein ähnliches Bild, je älter die Jugendlichen werden desto wichtiger wird der Beruf. 38 % der jungen Frauen zwischen 16 und 23 Jahren wollen sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmern und nur noch 23 % der jungen Männer der gleichen Altersgruppe.⁵⁰⁹ Auch wenn der Wunsch nach Kindern gestiegen ist und auch viele junge Männer einen Kinderwunsch äußern, wirkt sich der geschlechtsstereotype Kinderwunsch auf die Lebensplanung aus und somit auch auf die berufliche Planung und Ausbildungswahl. Im DJI-Jugendsurvey wird die Aussage „Wenn Kinder da sind, soll der Mann arbeiten gehen und die Frauen zu Hause bleiben und die Kinder versorgen“ von 35 % der Mädchen und 50 % der Jungen im Alter zwischen 12 und 15 Jahren bestätigt. Im Alter von 16 bis 29 Jahren wird die Aussage von 29 % der Mädchen und jungen Frauen und nur noch 38 % der Jungen und jungen Männer befürwortet.⁵¹⁰ Viele Mädchen und junge Frauen planen immer noch eine längere Erziehungszeit ein und wollen sich auch selbst um die Kinder kümmern, damit verzichten sie auf eine berufliche Karriere bzw. unterbrechen ihre Berufsbiografie und nehmen Nachteile im beruflichen Werdegang in Kauf. „Die familiäre Betreuung kleiner Kinder, aber auch die Pflege alter Menschen wird heute noch ganz überwiegend von Frauen geleistet. Unter den gegebenen Bedingungen sind diese Aufgaben mit einer vollen Erwerbsarbeit oft schwer vereinbar. Viele Mütter kleiner Kinder, aber auch ältere berufstätige Frauen, an die Pflegebedarf von Seiten der Familie herangetragen wird, schränken deshalb ihre Erwerbsarbeit ein oder geben sie gar auf und nehmen damit eine deutliche Schlechterstellung auf dem Arbeitsmarkt (...), bei den Einkommen (...) und bei der sozialen Sicherung (...) in Kauf.“⁵¹¹

877) Um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an den Familienaufgaben und an beruflicher Arbeit zu ermöglichen, ist es notwendig, dass auch beide Geschlechter diese Aufgaben übernehmen. Aus gleichstellungspolitischer Sicht besteht die Hoffnung, dass langfristig durch die Einführung des Elterngeldes zum 01.01.2007 eine tatsächliche Wahlmöglichkeit bei der Betreuungsfrage geschaffen wird und dass Arbeitgeber sich auch bei Männern auf eine mindestens zweimonatige Unterbrechung der Berufsbiografie einstellen müssen. Inwieweit die steigende Anzahl der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, die Elternzeit (Veränderung zum 01.01.2007) und das Elterngeld zu einer Veränderung bei der Berufs- und Studienwahl und damit auch zu einer Verbesserung bei den beruflichen Chancen führen, kann jetzt noch nicht bewertet werden.

⁵⁰⁸ Jugendliche und junge Erwachsenen in Deutschland, DJI-Jugendsurvey 2003, Auflage 2006

⁵⁰⁹ ebd.

⁵¹⁰ ebd.

⁵¹¹ Dressel, Christian | Cornelißen, Waltraud | Wolf, Karin (2005): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: Cornelißen, Waltraud (Hrsg.): DJI Gender-Datenreport. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 268.

878) Darüber hinaus wollen Mädchen und junge Frauen eher unabhängig vom Elternhaus leben, oft ziehen diese auch mit dem (durchschnittlich 2 Jahre älteren) Partner zusammen. Mädchen und junge Frauen gehen sowohl eine partnerschaftliche Beziehung als auch eine Elternschaft früher ein als ihre männlichen Altersgenossen. Durchschnittlich ziehen Mädchen mit 21 Jahren und junge Männer mit 23 Jahren von zu Hause aus.

879) Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Mädchen und jungen Frauen ist geringer als das der Jungen und jungen Männer. Beteiligung, Partizipation und auch Engagement im Sinne von Verantwortungsübernahme in Funktionen und Gremien der Jugendarbeit sind weiterhin zwischen weiblichen und männlichen Personen ungleich verteilt. Allerdings unterscheidet sich der Frauenanteil je nach Ebene, übernommener Aufgabe und Organisation deutlich. Als allgemeiner Trend kann festgehalten werden: Je jünger die Teilnehmer, desto eher ist eine Gleichverteilung der Geschlechter festzustellen. Je niedriger das Bildungsniveau der Mädchen, desto geringer sind sie beteiligt. In konfessionellen Verbänden sind Mädchen und Frauen stärker repräsentiert als Jungen und Männer, in sportlich oder technisch ausgerichteten Verbänden ist hingegen der männliche Anteil höher. Die weibliche Gremienbeteiligung liegt bei durchschnittlich einem Drittel. Innerhalb der Hierarchie dünnt es sich „nach oben“ stark aus, in den „unteren“ Ebenen ist häufig eine Gleichverteilung festzustellen. Bei Organisationen, die in ihren Satzungen entsprechende Frauen-Quoten vorsehen, ist die Präsenz von Frauen in Vorstandsämtern aber deutlich höher als dort, wo es keinerlei Quotierungs-Regelungen gibt.

880) Durch die hohe zeitliche Verpflichtung zur Dienstleistung stellen die Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements dar. Im FSJ liegt der Anteil der jungen Frauen bei rd. 70 %. Der hohe Frauenanteil begründet sich bei den Jugendfreiwilligendiensten auch darin, dass gleichaltrige junge Männer wehrpflichtig sind und zeitgleich ihren Pflichtdienst in der Bundeswehr oder einen Zivildienst ableisten (siehe auch Kapitel 3.3 C).

881) Computer stehen mittlerweile nahezu allen Jugendlichen unabhängig vom Geschlecht zur Verfügung: In 98 % der Haushalte, in denen Jugendliche aufwachsen, ist ein Computer oder Laptop vorhanden. Jedoch haben Mädchen weitaus seltener einen eigenen Computer zur Verfügung,⁵¹² Jungen haben zu 83 % und Mädchen zu 80 % Zugang zum Internet. Die Mädchen nutzen das Internet wesentlich kürzer – im Durchschnitt 7 Wochenstunden, die Jungen 11,3 Wochenstunden – und auch der Inhalt der Nutzung ist sehr unterschiedlich.⁵¹³ Auch nutzen die Mädchen das Internet bzw. den PC ganz anders als Jungen. Jungen nutzen – mit wenigen Ausnahmen – alle Anwendungsmöglichkeiten intensiver als Mädchen, am deutlichsten wird dies bei Computerspielen. Mädchen wenden sich dem Computer regelmäßiger für das Schreiben von Texten, für schulische Belange oder für Lernprogramme zu.

512 JIM-Studie 2006, S.31

513 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 82

882) Beim Chatten oder in Foren kann es auch zu Belästigungen kommen. Bei 37 % der Jugendlichen ist dies bereits mehrmals vorgekommen, bei weiteren 14 % zumindest einmal. Mädchen sind davon häufiger betroffen als Jungen, Ältere häufiger als Jüngere und Hauptschüler häufiger als Gymnasiasten.⁵¹⁴ Deutlich geschlechtsspezifisch ist die Häufigkeit von Gesprächen über Computerspiele (Mädchen 8 %, Jungen 48 %), über Internet-Dienste (Mädchen 20 %, Jungen 40 %) oder PCs im allgemeinen (Mädchen 12 %, Jungen 43 %). Dafür reden Mädchen mehr über Bücher (18 %, Jungen 9 %).⁵¹⁵

883) Diese Zahlenreihen und statistischen Daten sind Ausdruck von nach wie vor unterschiedlich verlaufenden Sozialisationsprozessen. Mit der Unterscheidung nach dem Geschlecht werden zugleich viele Verhaltensmuster vermittelt, die rein biologisch nicht erklärbar sind.

884) Während der Sozialisationsprozesse werden unterschiedliche Rollenbilder kommuniziert, in der Familie, in den Bildungseinrichtungen jeglicher Art, in den gleichaltrigen Gruppen, in den Medien. Die Orte geschlechtsspezifischer Sozialisation sind vielfältig. Schließlich ist die individuelle subjektive Erfahrung des Einzelnen auf dem Hintergrund der unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen ausschlaggebend auch für die Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinsichtlich der Geschlechtsrollenmodelle. Und dieser Individualität entspringt die weitere Gestaltung der verschiedenen Rollen des Einzelnen. Die individuelle Zukunftsorientierung ist nicht nur geschlechtsabhängig, sondern auch gesellschaftspolitisch verankert, so dass beide Geschlechter in ihrer Entwicklung beeinflusst sind.

3.9.3 Wie kann die Chancengleichheit für weibliche Jugendliche hergestellt werden?

885) Im Folgenden wird Chancengleichheit durch Chancengerechtigkeit ersetzt, im Sinne von gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe und Zugang. Eine Chancengerechtigkeit für weibliche Jugendliche ist rein statistisch in der Schule und auch größtenteils noch bei der Ausbildung gegeben. Die Problematik besteht eher in der traditionellen Berufswahl von Mädchen, die sie langfristig benachteiligt, wenn sie sich für typische Frauenberufe entscheiden oder in diese Laufbahn gedrängt werden. Dies führt oft zu einer späteren Benachteiligung beim Erwerbsstatus von Frauen. Die Berufswahlentscheidungen folgen noch immer stereotypischen Vorstellungen von „Frauen- und Männerberufen“. Die Ursachen für diese Geschlechtssegregation sind nach wie vor unklar. So ist nicht nachgewiesen, ob sie auf Wünschen oder Zwängen beruht und wie beide zusammen wirken. Mit welchen Mitteln das Berufswahlspektrum erweitert werden oder wie es zu einer vorteilhafteren Wahl bei Studienfächern kommen kann, konnte bisher nicht beantwortet werden. Die bisherigen Maßnahmen und Projekte, z. B. „Girls' Day“, wirken offenbar nur begrenzt.

886) Die Zahl der Mädchen und jungen Frauen, die beruflich orientiert sind und Beruf und Kinder verbinden wollen, hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Junge

514 JIM-Studie 2006, S.45

515 JIM-Studie, 2005, S. 54

Frauen sind häufig davon überzeugt, dass ihnen alle Chancen offen stehen. Dieser Einschätzung stehen dann die gesellschaftlichen Realitäten gegenüber. Eine große Geschlechterdiskrepanz ergibt sich ungefähr ab dem 25. Lebensjahr durch den ungleichen Anteil der Geschlechter an den Nichterwerbspersonen. Ein großer Teil der Frauen verabschiedet sich nämlich vom Arbeitsmarkt. Ob eine langfristige Änderung durch die Einführung des Elterngeldes und der Elternzeit ab dem 01.01.2007, die derzeitige Verbesserung der Betreuungssituation für unter 3-Jährige und auch eine Veränderung der Betreuungssituation ab Schulbeginn, eine Verbesserung für die Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen bringt, wird sich zeigen. Derzeit definieren sich ca. ein Viertel aller 30- bis 34-jährigen Frauen abseits des Arbeitsmarkts, darunter auch viele qualifizierte Frauen. Dies ist auf alle Fälle gleichstellungspolitisch bedenklich, langfristig auch wirtschaftspolitisch. Es muss zudem berücksichtigt werden, dass die erste Generation der betreuten Kinder unter drei Jahren demnächst vermehrt auf den Arbeitsmarkt drängen wird. Es lässt sich vermuten, dass die jungen Frauen und späteren Mütter Strategien entwickeln werden, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Organisation wird erleichtert, wenn die Rahmenbedingungen bei der Betreuung in allen Altersklassen gut sind.

3.9.4 Wie kann die Chancengleichheit für männliche Jugendliche hergestellt werden?

887) Die Chancen von Jungen sind immer noch besser als die der Mädchen. Es gibt jedoch einzelne Gruppen bei den Jungen, deren Chancen schlechter sind. Langfristig sind die Erwerbsquote und auch das Einkommen von Männern höher. Frauen erhalten für die gleiche Tätigkeit nur 67 % des Einkommens von Männern. Fakt ist, dass von einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen keine Rede sein kann. Deshalb fällt es an dieser Stelle schwer, fehlende Gleichberechtigung oder Chancengleichheit von Jungen zu beschreiben. Die derzeitige Diskussion der Benachteiligung von Jungen bezieht sich eher auf eine kleine Gruppe, die Auffälligkeiten zeigt. Dies sind z. B. Jungen mit schlechten Schulabschlüssen, deren Anteil in berufsvorbereitenden Maßnahmen wesentlich höher liegt als bei den Mädchen. Darüber hinaus haben Jungen und junge Männer weniger positive Rollenbilder zur Auswahl bei ihrer Identitätsentwicklung als Mädchen. Ihnen fehlen oft die Väter als Vorbilder. D.h., wir haben eine deutlich krisenhaftere Identitätsentwicklung bei einem Teil der Jungen in einem Alter, wo es darum geht: Wie teste ich meine Grenzen? Wie gehe ich mit meiner Umwelt um? Wer bin ich selber und welche Rolle habe ich?

888) Jungen fallen schon im Kindergarten öfter wegen Störungen der Impulskontrolle und des Sozialverhaltens auf und sind doppelt so häufig als Mädchen in Erziehungsberatungsstellen vertreten (ebenfalls werden die Kriminalitätsstatistiken von Jungen angeführt). Die Schulabschlüsse von Jungen sind durchgängig schlechter als die der Mädchen. Neben der oft fleißigeren Arbeitshaltung der Mädchen scheinen hier weitere geschlechtstypische Sozialisationsbedingungen zu greifen. Jungen stehen in vielen Situationen unter dem Druck, ihre Männlichkeit zu beweisen. „Jungen stehen häufig unter dem Druck, „gut drauf“, „witzig“ oder „cool“ zu sein, um in der gleichaltrigen Gruppe anerkannt zu werden. Die Jun-

gen sind sich zum Teil durchaus bewusst, dass dieses Verhalten dazu dient, Unsicherheit und Hilflosigkeit zu überspielen.“⁵¹⁶

889) Ein Teil der Jungen ist mit den widersprüchlichen Erwartungen wie Partnerschaft, Familie und Kindererziehung, berufliche Integration und Karriere überfordert. Alte und vertraute Rollenverteilungen sind nicht mehr ohne weiteres möglich, hier fühlen sich junge Männer überfordert und oft auch alleingelassen. Zusätzlich mussten junge Väter, die Erziehungszeiten genommen haben, mit beruflichen Nachteilen rechnen, genauso wie die jungen Mütter. Durch die Einführung der Elternzeit in Verbindung mit dem Elterngeld zum 01.01.2007 ist zu erwarten, dass Erziehungszeiten für Väter selbstverständlicher werden.

890) Bei männlichen Jugendlichen liegt statistisch keine Benachteiligung vor, trotzdem scheint es Konstellationen von Benachteiligungen (siehe oben) für Jungen zu geben, zu dieser Differenzierung liegen aber wenig verlässliche Daten vor. Insofern können keine weiterführenden Ausführungen gemacht werden, außer, dass in den verschiedenen Erziehungsorten Kindergarten, Schule, Jugendarbeit usw. nach Lösungen gesucht werden muss. Eine Antwort darauf ist sicherlich die geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen und Mädchen.

3.9.5 Wie sehen sie selbst ihre Chancen bzw. die geschlechtsspezifische Beeinträchtigung ihrer Chancen?

891) Die Frage, wie sie ihre eigenen Chancen sehen im Zusammenhang mit ihrem Geschlecht, wurde in den bekannten Untersuchungen nicht direkt gestellt, sondern es wurde vor allem abgefragt, welche Vorstellungen die Jugendlichen für die Zukunft haben; diese weisen geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Den Jungen und Mädchen ist es – unabhängig vom Geschlecht – sehr wichtig, selbst über ihr Leben bestimmen zu können. Einige Schlaglichter aus dem Jugendsurvey des DJI können zur Beantwortung dienen. Wobei die Jugendlichen selbst ihre Zukunftspläne altersbedingt unterschiedlich entwickeln, aber eine einseitige Konzentration auf Familie oder Beruf spielt dabei kaum eine Rolle. „Insgesamt werden zwar tradierte Rollenbilder mehrheitlich abgelehnt und dies deutlicher von den älteren Befragten, aber mit der Nähe zur eigenen Lebenssituation, wenn Lebensgemeinschaften gegründet werden und Kinder zu versorgen sind, folgen die jungen Frauen und Männer eher herkömmlichen Rollenmustern. Ein modernes Frauenbild ist dabei für die jungen Migrantinnen und Migranten – und hier insbesondere für jene der ersten Generation – weniger akzeptabel als für die einheimische Vergleichsgruppe. Über die drei Wellen des Jugendsurvey zeigt sich eine Zunahme egalitärer Rollenerwartungen. Dabei sind höhere Bildungsressourcen unverändert wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung egalitärer Rollenbilder.“⁵¹⁷

516 Neue Wege für Jungs?! Ein geschlechtsbezogener Blick auf die Situation von Jungen im Übergang Schule-Beruf Hrsg. BMFSFJ Autor Michael Cremers, November 2007, S. 10

517 DJI-Jugendsurvey 2006

892) Lt. Jugendsurvey 2006 sind Faktoren für Wertorientierungen abhängig von Geschlechtszugehörigkeit, Lebensalter und Bildungsniveau. *„Mädchen und junge Frauen sind deutlich stärker prosozial orientiert als die männliche Vergleichsgruppe; sie sind außerdem etwas stärker an Pflichtbewusstsein und Sicherheit und weniger an einem hohen Einkommen orientiert. In den Geschlechterdifferenzen zu den Wertprofilen spiegeln sich damit Muster herkömmlicher Rollenbilder von Frauen und Mädchen wider.“*⁵¹⁸

893) Mit steigendem Lebensalter und zunehmenden Festlegungen in der Lebensorganisation werden die Lebensentwürfe junger Menschen konkreter. Dabei sind Arbeit und Beruf ein Lebensbereich, der bedeutsam ist; in zunehmendem Alter kommt die Familienorientierung hinzu. Die jungen Frauen weisen eine stärkere Familienorientierung auf und sie nehmen ihre Berufsorientierung nach der Familiengründung zurück. *„Die Wichtigkeit der Lebensbereiche ändert sich mit der eigenen Lebenssituation. Partnerschaft und eigene Familie werden jungen Frauen und Männern wichtiger, wenn sie eine feste Partnerschaft eingegangen sind bzw. eine Familie gegründet haben.“*⁵¹⁹

894) Ein weiterer Bereich, in dem sich Jungen und Mädchen stark unterscheiden, ist das politische Engagement sowohl in Parteien als auch in Vereinen und Verbänden. *„Junge Frauen sind nicht unpolitisch, aber sie engagieren sich häufiger jenseits der etablierten Politik im sozialen Bereich. Da nach wie vor mehr Frauen als Männer soziale Berufe ergreifen kann dieses Engagement durchaus als Entscheidung im Zusammenhang mit der eigenen beruflichen Zukunftsplanung gesehen werden.“*⁵²⁰

3.9.6 Wie bewerten weibliche Jugendliche „Gender Mainstreaming“ und andere Versuche, dem Problem der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegenzutreten? Wie sehen männliche Jugendliche die Problematik? In welcher Form hat sich die Gender-Politik in der Sozialisation der männlichen Bevölkerung niedergeschlagen und welche Auswirkungen kann man beobachten? Wie reagieren Politik und Gesellschaft auf den aktuellen Stand der Gender-Diskussion und ihre Ergebnisse?

895) Im Folgenden wird versucht darzustellen, wie in Bayern Gender Mainstreaming umgesetzt wurde, dabei ist zu beachten, dass Gender Mainstreaming mit dem Begriff „Geschlechtersensible Sichtweise“ übersetzt wurde. Darüber hinaus wird versucht, die oben stehenden Fragen zu beantworten, soweit dazu Informationen vorliegen.

896) Gender Mainstreaming ist seit der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking Teil nationaler und internationaler Gleichstellungspolitik. Es ist eine Strategie zur Förderung von Gleichstellung zwischen den Geschlechtern sowie zum Abbau geschlechtsbezogener Diskriminierungen. So sollen ausdrücklich Frauen und Männer in den Focus genommen

werden. Der Blick wird hier vor allem auf die strukturellen Bedingungen und politischen Verfahren gelegt. So soll den vielfältigen Lebensentwürfen innerhalb der beiden Geschlechtergruppen Rechnung getragen und stereotype Geschlechterbilder hinterfragt werden. Gender Mainstreaming wird jedoch sehr unterschiedlich bewertet. Eine Richtung meint, es führt nur zur Ritualisierung der Prozesse, zu Formalisierungen, aber zu keinen Veränderungen. Eine andere Gruppierung vertritt die Meinung, dass Gender Mainstreaming die politische Strategie ist, die eine Gleichstellung von Männern und Frauen fördert, sofern die Strategie konsequent verfolgt wird.

897) Die Geschlechtersensible Sichtweise (Gender Mainstreaming) leitet sich her aus den Vorgaben des Grundgesetzes (Art. 3 Abs. 2) und der Verfassung des Freistaates Bayern (Art. 118 Abs. 2). Sie ist zudem im EU-Vertrag enthalten. Im Jahre 2002 wurde sie vom Ministerrat in Geschäftsordnung und Organisationsrichtlinien ausdrücklich rechtlich verankert sowie alle Ressorts und Dienststellen zu ihrer Umsetzung verpflichtet. Zusätzlich fand sie zum 30.06.2006 Aufnahme in das Bayerische Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Geschlechtersensible Sichtweise bedeutet gerade nicht, dass Fachpolitik in der Geschlechterpolitik aufgeht; im Gegenteil, die Dimension „Geschlecht“ ist dazu in die jeweilige Fachpolitik bewusst aufzunehmen und planvoll zu bearbeiten. Für die Umsetzung und Implementierung der Geschlechtersensiblen Sichtweise sind die mit der jeweiligen Fachpolitik und Fachaufgabe betrauten Ressorts, Fachebenen und Stellen zuständig.⁵²¹

898) Die Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigt bereits seit Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum 01.01.1991 die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen. Sie hat den Auftrag, Benachteiligungen abzubauen und geschlechtsbezogene Angebote zu entwickeln (vgl. § 9 Abs. 3 SGB VIII). Als strukturierendes Leitprinzip wurde die Strategie des Gender Mainstreaming im aktuellen Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung, Fortschreibung 1998, bereits eingeführt. Dort heißt es: *„Mädchen und Jungen sollen nicht durch geschlechtsspezifisches Erziehungsverhalten auf tradierte einseitige Lebensentwürfe und Rollenmuster festgelegt werden. Jugendhilfe hat daher den Auftrag, ihre Methoden, Angebote und Hilfen zu überprüfen, inwieweit sie geeignet sind, geschlechtsspezifisch unterschiedliche Lebenssituationen, -erfahrungen und -probleme zu berücksichtigen. Die Staatsregierung wird pädagogische Arbeitsansätze forcieren, die es Mädchen und Jungen ermöglichen, sich kritisch mit tradierten Rollenzuschreibungen auseinanderzusetzen, eine weibliche und männliche Identität zu entwickeln und eigene Interessen zu entfalten.“* Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sollten

⁵²¹ Der Ministerrat hat am 25.07.2002 die Umsetzung und den weiteren Ausbau der geschlechtersensiblen Sichtweise (Gender Mainstreaming) in Bayern beschlossen und die Ressorts beauftragt, die hierfür notwendigen Schritte zu ergreifen. Schon am 01.10.2002 hat der Ministerrat die geschlechtersensible Sichtweise in der Geschäftsordnung und der Geschäftsverteilung der Staatsregierung sowie den Organisationsrichtlinien und der Bekanntmachung über die Stellung der Frauenbeauftragten rechtlich verankert. Die geschlechtersensible Sichtweise ist damit ein durchgängiges Leitprinzip, welches bei allen vorschriftgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Staatsregierung zu beachten ist. Am 05.10.2004 wurde dem Ministerrat zum Sachstand berichtet und hat dieser das Leitprinzip erneut bestätigt.

518 ebd.

519 ebd.

520 15. Shell Jugendstudie 2006

letztendlich die bestehenden Fortbildungs- und Qualifikationsangebote um allgemeine und spezifische „Gender-Kompetenzen“ ergänzt werden. Der Landesjugendhilfeausschuss hat deshalb am 22.05.2003 einen „Ad-hoc-Ausschuss Gender Mainstreaming“ eingerichtet. Der Ausschuss erachtet es als notwendig, sich ein umfassendes Bild der Situation in der Umsetzung des Gender Mainstreaming in der bayerischen Kinder- und Jugendhilfe zu verschaffen, sowie Einblicke in die Förderprogramme auf Landesebene zu erhalten. Mit diesen Daten soll der zukünftige Rahmen für die weitere Bearbeitung des Themas abgesteckt werden. Der Landesjugendhilfeausschuss hat am 08.11.2005 die „Empfehlung zur Umsetzung des Prinzips des Gender-Mainstreaming bei öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern“ verabschiedet.⁵²²

899) Gender Mainstreaming oder Geschlechtersensible Sichtweise ist als „Top-Down-Prinzip“ initiiert worden, dies hat den Vorteil, dass es von „oben“ gewollt ist, genau dies kann aber auch ein Nachteil sein. Es braucht die Unterstützung der Leitungsebene und setzt bei strukturellen Rahmenbedingungen an, jede Organisation oder Altersgruppe ist auf die gegenseitige Unterstützung angewiesen. Da Gender Mainstreaming ein Querschnittsthema ist, bedarf es Zeit für die Umsetzung und entsprechend verzögert sind Auswirkungen zu spüren.

900) Bisher hat die Umsetzung von Gender Mainstreaming noch nicht in allen Bereichen zu einer Erweiterung der geschlechterpolitischen Maßnahmen geführt. Teilweise herrscht immer noch die Auffassung vor, Geschlechterpolitik sei Frauenpolitik.

901) Bisher liegen keine Daten vor, inwieweit Gender Mainstreaming bei den Jugendlichen direkt angekommen ist. Es ist auch nicht zu erwarten, dass die Organisation eines Entscheidungsvorlaufes und die Qualifizierung von Gesetzesfolgenabschätzung bei Jugendlichen direkt ankommen. Festzustellen ist sicherlich, dass der Blick in der Zwischenzeit auch auf die Jungen fällt und vermehrt Jungenarbeit angestoßen bzw. gefordert wird. Dies kann aber auch die Folge von Ergebnissen von PISA und ähnlichen Untersuchungen sein, die die schlechten Schulleistungen von Jungen explizit zum Thema gemacht haben. Obwohl Mädchen und junge Frauen schon seit Jahrzehnten bessere Schulnoten hatten, wird dies durch diese Untersuchungen jetzt erst vermehrt zum Thema.

902) Die Chance von Gender Mainstreaming ist der geschlechtssensible Blick auf beide Geschlechter. Hier besteht sicherlich auch Nachholbedarf in der Schulung von Lehrkräften und Fachkräften in der Jugendhilfe. Die Aneignung von theoretischem Wissen über die Geschlechter ist daher eine wichtige Voraussetzung für die reflektierte und professionelle Umsetzung von geschlechtsbezogener Pädagogikarbeit. Bisher waren bei der geschlechtssensiblen Praxis oft Mädchen und junge Frauen im Blick. In der Jugendarbeit entwickelten Feministinnen Mitte der 1980er Jahre die parteiliche Mädchenarbeit und forderten schon in den ersten Konzepten eine ergänzende Jungenarbeit, die von Männern praktisch umgesetzt werden sollte, ein Stichwort war z. B. antisexistische Pädagogik. In der Zwischenzeit hat sich die

Mädchenarbeit etabliert und weiterentwickelt. Jungenarbeit entwickelt sich ebenfalls, wenn auch zögerlich. Zu Beginn wurden teilweise die Methoden der Mädchenarbeit einfach für Jungenarbeit übernommen. Dies wird in der Zwischenzeit kontrovers diskutiert, speziell die Arbeit in homogenen Gruppen bei Jungen. *„Ich betrachte die Betonung der Geschlechtshomogenität in der pädagogischen Arbeit mit Jungen und Männern als eine falsch verstandene Parallele zur Mädchenarbeit, denn die geschlechtshomogene Jungengruppe hat eine ganz andere sozialisatorische Funktion als die geschlechtshomogene Mädchengruppe. Geschlechtshomogenität ist bereits ein wesentliches Konstruktionsmittel von Männlichkeit und besitzt daher für Jungen eine grundlegend andere Bedeutung als für Mädchen, deren geschlechtliche Identität sich stärker über heterosexuelle Beziehungen und gemischtgeschlechtliche Zusammenhänge konstituiert.“*⁵²³

903) Bei allen Strategien tritt immer wieder die Problematik auf und es ist offensichtlich, dass es „die Jungen“ genauso wenig gibt wie „die Mädchen“. Nicht alle Jungen und Männer profitieren in gleicher Weise von den bestehenden Geschlechterverhältnissen und nicht alle Mädchen und Frauen sind benachteiligt. Es muss also immer die eigenständige Person mit ihren jeweiligen Eigenschaften und Fähigkeiten im Zentrum der pädagogischen Betrachtung stehen und gleichermaßen wertgeschätzt werden. Ihre Handlungsweisen sollten nicht aufgrund ihres Geschlechts bewertet bzw. abgewertet werden.

904) Angesichts des Interesses, das Jungen momentan entgegengebracht wird, darf dabei nicht übersehen werden, dass Mädchen ebenfalls eigene Interessen und Bedürfnisse haben und diese nicht wesentlich weniger als vorher beachtet werden dürfen. Den Förder- und Unterstützungsbedarf und die dazu passenden unterschiedlichen Strategien zu entwickeln, hängt von der persönlichen Situation des Mädchens und des Jungen ab. Die Problematik, einerseits bei den einzelnen Mädchen und Jungen anzusetzen und andererseits eine politische Strategie zu entwickeln, die strukturelle Veränderungen bringen soll, ist kaum zu lösen. Es ist wohl weiterhin notwendig auf Gender-Strategien aufzubauen und aber auch viel genauer auf einzelne Konstellationen zu achten: Wie sieht es aus für Jungen und Mädchen? Wie verhalten sie sich? Welche Faktoren wirken auf die Geschlechter? Beruht die Geschlechtersegregation auf Wünschen oder auf Zwängen? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um berufliche Absicherung und Familie in Einklang zu bringen? Wie können junge Männer ihr Interesse an Familie verwirklichen?

Literatur:

Neue Wege für Jungs?! Ein geschlechtsbezogener Blick auf die Situation von Jungen im Übergang Schule-Beruf Hrsg. BMFSFJ Autor Michael Cremers, November 2007 S. 10

⁵²² vgl. hierzu <http://www.blja.bayern.de/Textoffice/FachlicheEmpfehlung/TextOfficeGender-Mainstreaming.htm>

⁵²³ Zitiert aus: Neue Wege für Jungs?! Ein geschlechtsbezogener Blick auf die Situation von Jungen im Übergang Schule-Beruf Hrsg. BMFSFJ Autor Michael Cremers, November 2007 S.64 Jösting 2005, S. 317. Vgl. hierzu auch Meuser 1998, Breitenbach 2000, Cornelißen u. a. 2002, Meuser 2005, Möller 2005. Andererseits lässt sich aus der Sicht der geschlechtshomogenen Jugendarbeit entgegenhalten, dass eingeübte Männlichkeitskonstruktionen gerade auch dort reflektiert, hinterfragt und verschoben werden können, wo sie tagtäglich eingeübt und als Norm gesetzt werden.

Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland, Hrsg. DJI (Martina Gille, Sabine Sardei-Biermann, Wolfgang Gaiser, John de Rijke); August 2006,

Dressel, Christian | Cornelißen, Waltraud | Wolf, Karin (2005): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: Cornelißen, Waltraud (Hrsg.): DJI Gender-Datenreport. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berufsbildungsbericht 2007, Herausgeber Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Referat Öffentlichkeitsarbeit 11055 Berlin Druckerei Bonifatius GmbH, Paderborn Bonn, Berlin

3.10 J. Geschlechterbeziehungen, Rollenverständnis und Sexualität

905) Das eigene Geschlecht und Sexualität sind von frühester Kindheit bis in hohe Alter ein existenzielles Grundbedürfnis und zentraler Bestandteil von Identität und Persönlichkeitsentwicklung und somit auch von Bedeutung für das Rollenverständnis. Sexualität umfasst das biologische Geschlecht und psychologische, soziale und emotionale Aspekte und Vorgänge. Die sexuelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist Teil der psychosozialen Entwicklung und die körperliche und sexuelle Entwicklung geschieht in Interaktion mit der Umwelt. Es kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass Kinder und Jugendliche ohne Unterstützung aus sich heraus eine befriedigende und positiv empfundene Sexualität entwickeln können. Dabei ist es notwendig, zu einem respektvollen Umgang mit der eigenen Sexualität, der Sexualität des eigenen Geschlechts und der des anderen Geschlechts zu befähigen. Die Kinder und Jugendlichen sind Wert- und Normvorstellungen ihrer Umwelt ausgesetzt. Neben der reinen biologischen Aufklärung ist es notwendig, bei der Sexualitätspädagogik diese vielfältigen Aspekte einzubeziehen. Dazu gehören ethische und gesundheitliche Aufklärung, Medieneinfluss, Beziehungs- und Partnerschaftsfragen und auch die lustvolle Sexualität. Diese ganze Thematik ist auch mit Scham besetzt und gleichzeitig mit Emotionen und ganz individuellen Wünschen, Vorstellungen, dazu kommen noch kulturelle Unterschiede und auch das Thema sexueller Missbrauch.

3.10.1 In welchem Alter werden Kinder und Jugendliche konkret aufgeklärt, durch wen und welche Institution bzw. in welchen Klassen (im Vergleich zu anderen Bundesländern)?

906) Schule und Eltern spielen bei der Sexualerziehung und Sexualaufklärung eine große Rolle, daneben findet Aufklärung über Freunde und Medien statt. Den Jugendzeitschriften kommt dabei ein besonderes Gewicht zu.

907) Die institutionelle Sexualaufklärung findet ab dem Kleinstkinderalter bis zum Schulende statt, dies ist in den entsprechenden Erziehungs- und Lehrplänen verankert. Ziel ist immer eine altersangemessene Aufklärung der Kinder und Jugendlichen. Sie ist verankert im BayEUG und demzufolge auch in den Lehrplänen. Die Familien- und Sexualerziehung ist in allen Schularten, in allen Jahrgangsstufen fächerübergreifend angesiedelt. Grundlage für Schulen sind die Richtli-

nien für die Familien- und Sexualerziehung.⁵²⁴ Neben biologischer Aufklärung, Familienplanung, Rollenverständnis, Partnerschaft und Ehe ist seit 2002 in der Richtlinie der Auftrag zur Prävention von sexuellem Missbrauch aufgenommen.

908) Lt. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: „Sexualerziehung ist quer durch alle Schulformen verbreitet. Allerdings fällt auf, dass Jugendliche, die eine Haupt- oder Sonderschule besuchen zu einem etwas höheren Prozentsatz angeben, keinen Sexualkundeunterricht erhalten zu haben. Teilweise dürfte diese Abweichung auf das Alter zurückzuführen sein, denn Hauptschülerinnen und -schüler sind im Schnitt etwas jünger als die Schüler/innen anderer Schulformen, und bei beiden Geschlechtern sind es die 14-Jährigen, die tendenziell etwas weniger häufig angeben, Sexualerziehungsthemen im Unterricht behandelt zu haben. Daneben ist aber auffällig, dass auch ein Zusammenhang mit dem familiären Hintergrund zu bestehen scheint: Ein erhöhter Anteil Jugendlicher, die angeben, keinen Sexualunterricht in der Schule erfahren zu haben, taucht auf bei den Gruppen, die einen weniger guten Rückhalt im Elternhaus beschreiben: wo die Vertrauensbasis zu den Eltern überdurchschnittlich schlecht ist, Sexualität und Verhütung kein Thema im Elternhaus sind, und wo überhaupt seltener eine Vertrauensperson in sexuellen Fragen vorhanden ist.“⁵²⁵

909) Institutionen wie Schwangeren- und Aidsberatungsstellen sind wichtige Kooperationspartner für die Schulen, die Schule wiederum kann Bindeglied zwischen den Jugendlichen und den Beratungsstellen sein. Es gibt in den Beratungsstellen Projekte für alle Altersstufen (entsprechend dem Lehrplan), da die Inhalte der jeweiligen Altersstufe angepasst werden: Präventionsarbeit erfolgt vorrangig bei Jugendlichen (Beispiel: Thema „Vermeidung ungewollter Schwangerschaften“ in der 7. bis 9. Jahrgangsstufe), zwischenzeitlich aber auch in Grundschulen und Kindertagesstätten (u.a. Elternabende; Multiplikatorenfortbildung, z. B. BZgA Projekt „Nase, Bauch und Po“).

910) Eine wichtige Person bei der Sexualaufklärung ist die Mutter. 70 % der Mädchen und 42 % der Jungen geben an, von ihrer Mutter aufgeklärt zu sein.⁵²⁶ Der Vater spielt bei Mädchen in der Sexualaufklärung eine untergeordnete Rolle (12 %). 33 % der Jungen geben den Vater an (In der Dr. Sommer Bravo-Studie geben 47 % der Jungen an, vom Vater aufgeklärt worden zu sein.).⁵²⁷

911) Daneben sind der beste Freund/die beste Freundin mit 33 % bei den Jungen und 44 % bei den Mädchen wichtige Informationsquellen. Andere Jungen sind bei Jungen mit 29 %, andere Mädchen bei Mädchen mit 15 % als Informationsquelle ebenfalls nicht zu vernachlässigen.

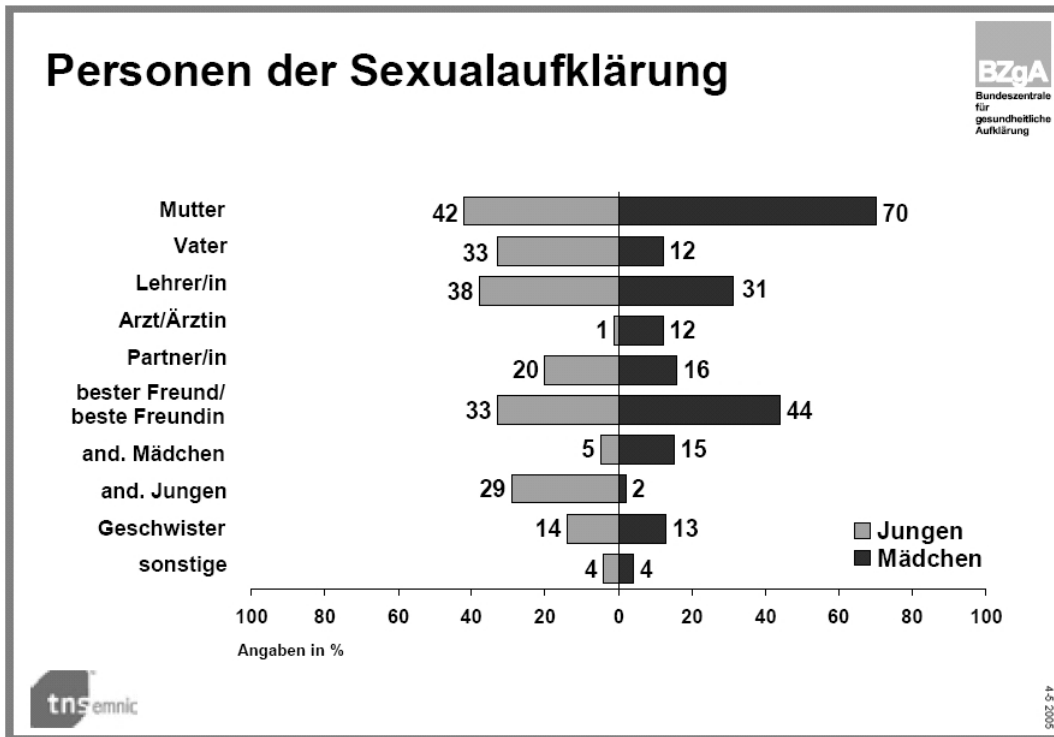
524 RICHTLINIEN FÜR DIE FAMILIEN- UND SEXUALERZIEHUNG IN DEN BAYERISCHEN SCHULEN Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 12. August 2002 Nr. VI/8- S44002/41-6/71325

525 Repräsentative Wiederholungsbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) Jugendsexualität, Juni 2006, S. 30

526 ebd.

527 iconkids&youth München 2006

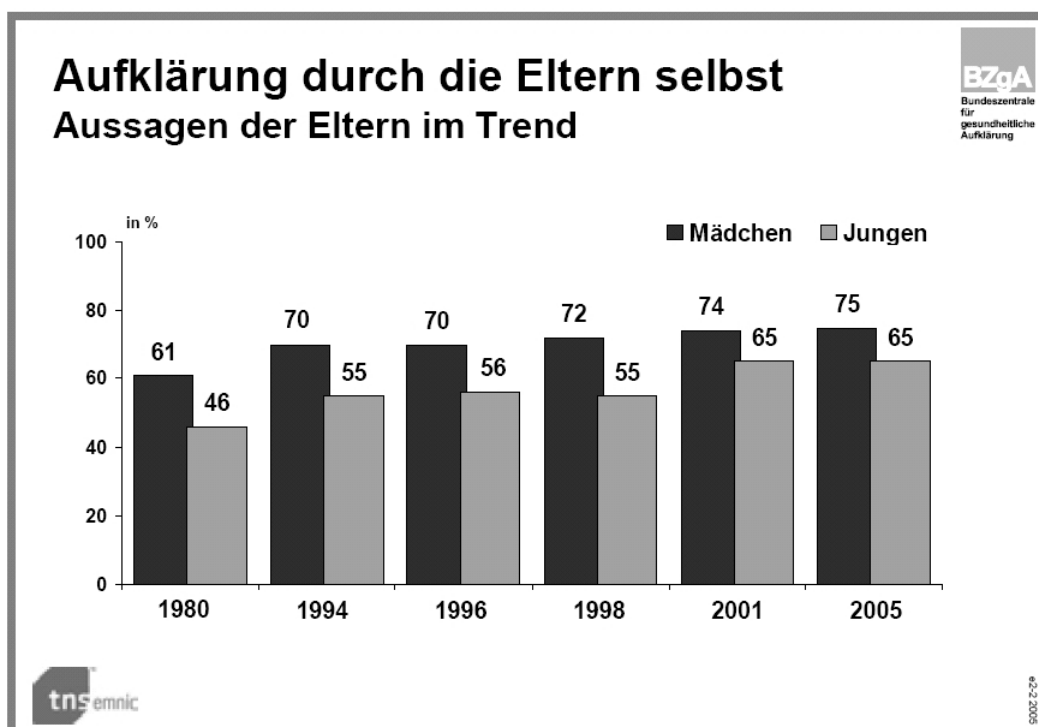
Abbildung 28: Personen der Sexualaufklärung



Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Repräsentative Wiederholungsbefragung Jugendsexualität, 2006

912) Interessant ist dazu im Vergleich die Befragung der Eltern, die Eltern weichen mit ihrer Selbsteinschätzung z. B. bei den Jungen mit 65 % um 20 Prozentpunkte ab.

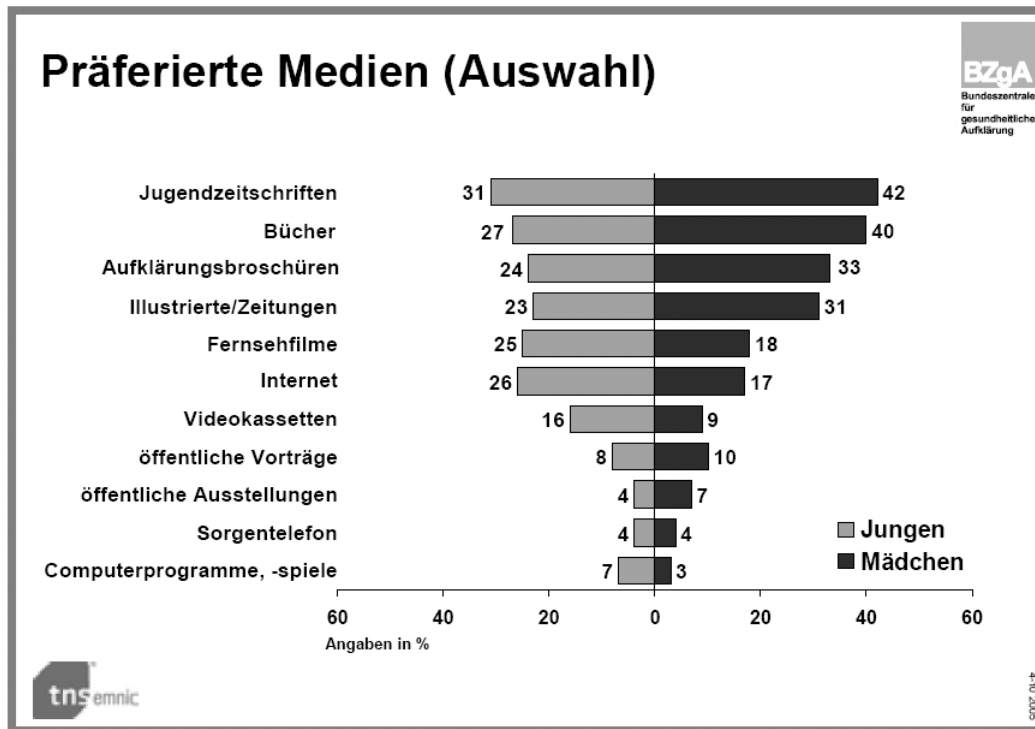
Abbildung 29: Aufklärung durch die Eltern selbst



Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Repräsentative Wiederholungsbefragung Jugendsexualität, 2006

913) Sexualaufklärung ist ein sehr individuelles und intimes Thema und teilweise mit Scham besetzt, deshalb kommt den verschiedenen Medien ein hoher Stellenwert zu, da man sich hierdurch persönlich und alleine Informationen holen kann. Auf die Frage: „Durch welche Medien würden Sie am liebsten über die von Ihnen genannten Themenbereiche Informationen erhalten?“ wurden Jugendzeitschriften an erster Stelle genannt (31% Jungen, 42 % Mädchen).

Abbildung 30: Präferierte Medien



Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Repräsentative Wiederholungsbefragung Jugendsexualität, 2006

914) Die Angaben der Mädchen konzentrieren sich auf Printmedien (Jugendzeitschriften und Bücher). Die Antworten der Jungen beziehen stärker auch visuelle und technische Medien mit ein (Internet, Fernsehfilme, Computerspiele und Videos). Sexualerziehung muss auch die Rolle der Medien beleuchten und Eltern sensibilisieren, den Medienkonsum ihrer Kinder kritisch zu hinterfragen sowie deren Bereitschaft zur objektiven Auseinandersetzung zu wecken. Für Mädchen dient auch der Besuch beim Frauenarzt / der Frauenärztin zur Information.

915) Neben den vielfältigen Formen und Informationsquellen für Kinder und Jugendliche zu Sexualität, Aufklärung und Verhütung ist die Präventionsarbeit der staatlich anerkannten Schwangerenberatungsstellen eine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe. Im Jahr 2006 haben die 123 staatlich anerkannten Schwangerenberatungsstellen insgesamt 3.920 sexualpädagogische Maßnahmen durchgeführt und dafür insgesamt 51.294 Stunden aufgewendet.⁵²⁸

916) Daten für einen Ländervergleich zwischen Bayern und anderen Bundesländern liegen nicht vor.

3.10.2 Wie haben sich das Rollenverständnis und der Umgang mit Sexualität in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt? Geschlechtsspezifische Aufklärung:

917) Lange Zeit konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Eltern auf die Aufklärung der Töchter. 1980 wurde nicht einmal die Hälfte der Jungen von den Eltern selbst aufgeklärt, Mädchen schon damals zu 61 %. Diese Einstellung veränderte sich. In den 90er Jahren stieg die Zahl der von Eltern aufgeklärten Jungen auf 55 % und im Jahr 2001 auf 65 %, bei den Mädchen wurden 75 % erreicht; dieses Niveau von 2001 hat sich bis heute verfestigt. Insgesamt wissen Mädchen mehr, sind früher „am Thema dran“ und haben auch früher entsprechende Kontakte.⁵²⁹

Sexuelle Reife und Umgang mit der Sexualität:

918) Generell ist festzustellen, dass Mädchen früher sexuelle Erfahrungen haben als Jungen. Bei jeglicher Form sexuellen Kontakts liegen ihre Prozentwerte über denen der Jungen (plus fünf bis plus 8 Prozentpunkte). Bei den 16 und 17 Jahre alten Jugendlichen beträgt die Differenz jedoch nur noch 3 Prozentpunkte. Bei Reihenfolge und Ausprägung sexueller

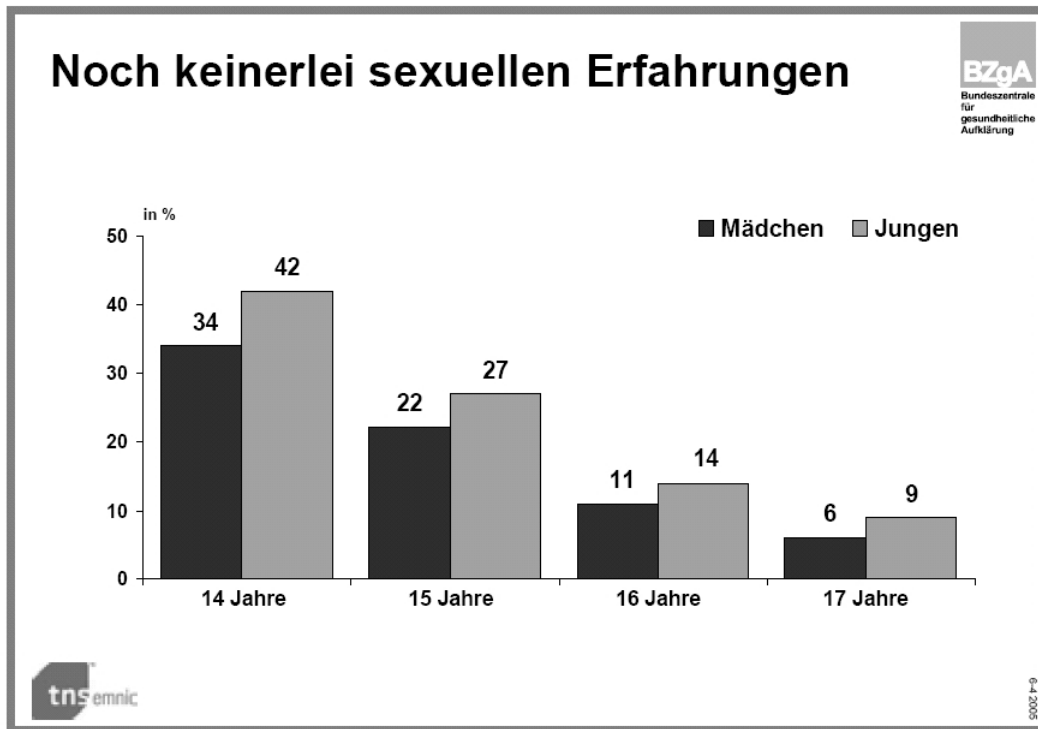
⁵²⁸ Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

⁵²⁹ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2006, S. 17

Kontakte gibt es zwischen Mädchen und Jungen jedoch keine Unterschiede. Die Mädchen haben meist im Durchschnitt mit zwei Jahre älteren Jungen sexuelle Kontakte.⁵³⁰

919) 1980 gaben nur 8 % der menstruationserfahrenen Mädchen als Zeitpunkt für ihre erste Periode ein Alter von 11 Jahren und früher an, während es 2005 schon 18 % waren. Auch der Anteil derjenigen, die beim Eintritt der Menarche 12 Jahre alt waren, ist in den letzten 25 Jahren um 8 Prozentpunkte gestiegen: von 27 % auf 35 %. Auch bei den Jungen setzt die Geschlechtsreife immer früher ein. Mädchen und Jungen, die früher die sexuelle Reife erreichen, sind i.d.R. auch früher sexuell aktiv (Küssen, Petting, etc.).

Abbildung 31: Noch keinerlei sexuelle Erfahrungen



Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Repräsentative Wiederholungsbefragung Jugendsexualität, 2006

920) War seit 1980 ein abnehmender Trend bei der sexuellen Unerfahrenheit (keine sexuellen Kontakte) auszumachen, so scheint sich dieser mittlerweile zumindest für die 14 bis 15 Jahre alten Jugendlichen umzukehren. Die Anteilswerte für Mädchen ohne erste sexuelle Kontakte sind bei den 14 bzw. 15 Jahre alten Mädchen sechs bzw. sieben Prozentpunkte höher als 2001. Für die 14 bzw. 15 Jahre alten Jungen liegen die Werte zehn bzw. drei Punkte höher. Unter den älteren Mädchen und Jungen ist die Anzahl der Unerfahrenen nahezu identisch mit 2001 – mit Ausnahme der 17-jährigen Jungen: Fast jeder zehnte 17-Jährige (9 %) hat noch keine sexuellen Erfahrungen gemacht; dieser Wert ist mehr als doppelt so hoch als noch vor vier Jahren (4 %).⁵³¹ D.h., dass durch die frühere sexuelle Reife bei einigen Jugendlichen auch die Sexualkontakte früher stattfinden, andererseits es einen größeren Teil von Jugendlichen gibt, die gar keine Sexualkontakte haben oder später sexuell aktiv werden.

921) Im Vergleich zu 1980 haben sich die Begründungen für die Abstinenz verschoben. Heute stehen ein fehlender Part-

ner / eine fehlende Partnerin (vor allem bei Mädchen) sowie Schüchternheit oder auch Angst sich zu blamieren im Vordergrund (bei beiden Geschlechtern stark angestiegen). Vor 25 Jahren wog das Argument „fühle mich noch zu jung dafür“ für Mädchen noch deutlich mehr als heute, jeweils ein Viertel aller Jungen und Mädchen hält sich für zu jung, jeweils genauso viele haben ein zu geringes Interesse. Die Angst, sich ungeschickt anzustellen, ist bei den Jungen etwas stärker verbreitet (28 %) als bei den Mädchen (22 %).

Geschlechtsverkehrerfahrung:

922) 39 % der befragten Mädchen und 33 % der befragten Jungen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren haben Erfahrungen mit Geschlechtsverkehr. Mädchen verfügen durchweg – wie auch in früheren Jahren – über mehr Erfahrung als Jungen. Über einen Zeitraum von 25 Jahren hinweg betrachtet, erfolgt der Eintritt ins Geschlechtsleben von Mädchen wie Jungen heute früher als Anfang der 80er Jahre. Deutlich wird, dass heute sowohl mehr Mädchen als auch mehr Jungen im Alter von 14 bis 17 Jahren schon einmal Intimverkehr gehabt haben. Dabei lagen bzw. liegen die Jungen (mit Ausnahme von 1994) stets etwas zurück. Im Verhältnis zu den Mädchen haben sie allerdings seit 1980 aufgeholt.

⁵³⁰ ebd., S. 74

⁵³¹ Repräsentative Wiederholungsbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) Jugendsexualität, Juni 2006, S. 75

Tabelle 47: Alter beim ersten Geschlechtsverkehr

Alter beim ersten Geschlechtsverkehr – Antworten der 17-Jährigen –		
Alter beim ersten Geschlechtsverkehr	Mädchen	Jungen
	%	%
14 Jahre und jünger	14	12
15 Jahre	21	24
16 Jahre	31	23
17 Jahre	7	6
bis heute noch kein Geschlechtsverkehr	27	34

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Repräsentative Wiederholungsbefragung Jugendsexualität, 2006

923) Angaben zu gleichgeschlechtlichen Kontakten sind immer mit gewisser Vorsicht zu interpretieren, da man auch heutzutage davon ausgehen kann, dass Jugendliche eine enge Beziehung zu einem Partner gleichen Geschlechts nicht in jedem Fall freimütig zugeben. Nach eigenen Angaben haben 13 % der Mädchen und 6 % der Jungen schon einmal engen körperlichen Kontakt mit einem gleichgeschlechtlichen Partner gehabt.⁵³² Die meisten Jugendlichen, die bei einer Befragung im Auftrag der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport von Berlin in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft Berlin (2001) teilgenommen haben, merkten relativ früh, dass sie „anders“ sind.⁵³³ Sie erlebten ihr „Coming out“ genau in der Zeit, die ohnehin eher problematisch ist: in der Pubertät bzw. der frühen Jugendphase. Vielen von ihnen hat es an der Unterstützung im Elternhaus und in ihrem näheren Umfeld gefehlt. Neben den nötigen Informationen und der emotionalen Unterstützung fehlen auch offen lesbische und schwule Vorbilder, die ihnen die homosexuelle Identität als „normale“ und glückliche Lebensweise vermitteln. Die befragten jugendlichen Homosexuellen gaben an, dass bei den weiblichen über 40 % und bei den männlichen Befragten 60 % ihr „Coming Out“ bereits vor dem 18. Lebensjahr hatten. Dabei haben drei Viertel der weiblichen und sechs von zehn der männlichen Befragten negative Reaktionen von ihrem sozialen Umfeld erlebt. Als eine der wenigen Organisationen für jugendliche Homosexuelle vertritt in Bayern „lambda: bayern“ die Rechte und Interessen schwul-lesbischer Jugendlicher in Politik und Gesellschaft. Als gemeinnützig anerkannter Verband und Mitglied im Bayerischen Jugendring bieten sie vielfältig Unterstützungs- und Treffangebote beziehungsweise Freizeitgestaltung an und fördern die Gleichstellung und Akzeptanz.

Teenagerschwangerschaften

924) Das Statistische Bundesamt erhebt jährlich die Daten zu Geburten und Schwangerschaftsabbrüchen, aus denen

⁵³² Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Repräsentative Wiederholungsbefragung Jugendsexualität 2006, S. 84

⁵³³ Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport 2001

sich dann die Zahl der Schwangerschaften Minderjähriger ableiten lässt. Zwischen 1996 und 2001 sind die Geburts- und Abbruchraten moderat gestiegen, seit 2001 stagnieren sie. Bayern liegt mit einer Quote von 30 Abbrüchen je 10.000 minderjähriger Frauen unter dem Bundesdurchschnitt, der im Jahr 2007 bei 41 Abbrüchen/10.000 Frauen lag (Stand 03/2007). Offizielle Zahlen für Teenagerschwangerschaften liegen nicht vor. Die Zahl wird hergeleitet aus der Summe der Geburten und Schwangerschaftsabbrüche (Schwangerschaftsabbrüche werden nach dem Eingriffsort und dem Wohnsitzland erfasst). Für die unter 18-Jährigen ergibt sich für das Jahr 2006 folgendes Ergebnis: 647 Schwangerschaftsabbrüche nach Eingriffsort und 663 Geburten, ergibt zusammen 1.310 (nach Wohnsitzland – Bayern: 1.332) Teenagerschwangerschaften (Stand 2006).⁵³⁴

925) Die Ursachen für Teenagerschwangerschaften sind vielfältig. Dazu gehören: frühere Geschlechtsreife, mangelnde bzw. unzureichende Verhütung aufgrund nicht ausreichender Aufklärung und fehlerhafter Anwendung, ungeschützter Verkehr beim ersten Mal, soziale Perspektivlosigkeit oder Probleme in der Pubertät, verbunden mit der Hoffnung auf einen sozialen Neubeginn und eine stabile Beziehung. Der Studie des Bundesverbandes von Pro Familia zu Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch bei minderjährigen Frauen (2006) zufolge, hat die Schulbildung einen massiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, minderjährig schwanger zu werden. Hauptschülerinnen sind erheblich häufiger betroffen als Gymnasiastinnen. Es sei unübersehbar, dass geringe Bildung und die damit möglicherweise verbundene Perspektivlosigkeit das Risiko, ungewollt schwanger zu werden, drastisch erhöhen. Nach der Datenlage sind minderjährige Schwangere besonders oft arbeitslos bzw. ohne Ausbildungsplatz, sie haben oft arbeitslose Eltern und ihre Partner haben besonders oft eine geringe Schulbildung bzw. sind ebenfalls arbeitslos. Ein weiteres Fazit der Studie ist aber auch: Zu Beginn der Sexualbiografie, am Anfang einer neuen Beziehung und bei den ersten Geschlechtsverkehren mit einem neuen Partner ist das Schwan-

⁵³⁴ Laue 2007

gerschaftsrisiko signifikant erhöht – also in Situationen, in denen das Paar sozial und sexuell noch nicht miteinander vertraut ist.⁵³⁵

Rollenverhalten allgemein

926) Die Befragungen zum Rollenverhalten z. B. durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung oder die Dr. Sommer - Bravo Studie geben hier unterschiedliche Antworten. Einerseits wurde festgestellt, dass das Rollenverständnis inzwischen deutlich mehr partnerschaftlich geprägt ist. Es sind nicht mehr die Jungs, die die Mädchen „anbaggern“ müssen. *„Mädchen und Jungen sind sich einig: Ein Lächeln, eine Verabredung und dann ganz besonders nett sein, das sind die besten Signale, um zu zeigen, dass man den andern mag. Übrigens: Mit einer Einladung in das Kino finden Jungen den schnellsten Weg in ihr Herz. Jedes fünfte Mädchen würde sich auch im SMS-Zeitalter noch über einen Liebesbrief freuen.“*⁵³⁶

927) Und es findet mehr Austausch zwischen den Geschlechtern statt, wie Sexualität für jeden befriedigend gelebt werden kann und welche Verhütungsmittel verwendet werden. Andererseits wurde festgestellt, dass immer noch die Mädchen für Verhütungsfragen zuständig sind.⁵³⁷

928) Nach über 20 Jahren Sexualaufklärung in der Schule, im Elternhaus und durch verschiedene Medien und Freunde, trifft man häufig noch auf traditionellste Frauen- und Männerbilder. Sexualität ist inzwischen ein öffentliches Thema, dabei werden teilweise Macho- und Dominanzbilder von Männern und Unterwürfigkeitsbilder von Frauen transportiert. Daneben werden Prostitution, sexuelle Ausbeutung und sexualisierte Öffentlichkeit selten im Elternhaus und in der Schule thematisiert. Eine körperbezogene, auf das Individuum ausgerichtete Form der Thematisierung, fast schon biologistische Form von Sexualität, ist vorrangig in der Erziehung das Thema. Sexualität als ein gesellschaftliches Phänomen, das nahezu alle Lebensbereiche durchtränkt, das aber gerade Rollenbilder und Geschlechterbilder definiert und mitbestimmt, kommt nicht oder nur sehr marginal vor. Es ist darüber nachzudenken, wie Sexualerziehung zukünftig aussehen muss, um die alltägliche sexualisierte Öffentlichkeit für Kinder und Jugendliche verständlich zu machen, und um eine eigene sexuelle Identität zu finden, trotz der vielen Anforderungen und Einflüsse durch die Öffentlichkeit. Die zu bewältigenden Anforderungen an junge Menschen, die einerseits mit einer durchgängigen Sexualisierung der Öffentlichkeit konfrontiert sind, andererseits aber schon in sehr frühem Alter verantwortlich, bewusst, geschult und kompetent mit ihrer eigenen Sexualität umgehen sollen, schaffen eine Diskrepanz, die Jugendleben erschwert; dabei brauchen die Jugendlichen Unterstützung.

Zum Rollenverständnis siehe auch unter Kapitel 3.9 I.

⁵³⁵ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Forum 2-2007, S. 15

⁵³⁶ Dr. Sommer – Bravo Studie 2006, S. 31

⁵³⁷ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2006, S. 109 f.

3.10.3 Welche Empfängnisverhütungsmittel und Möglichkeiten zum Schutz vor Geschlechtskrankheiten kennen und verwenden Jugendliche?

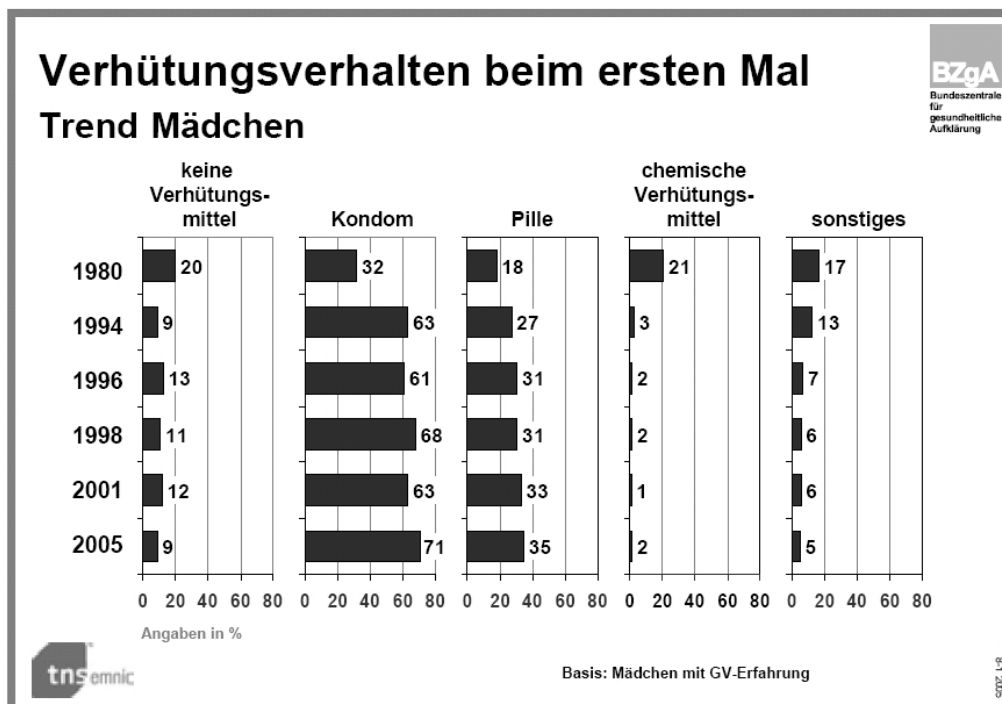
929) Jugendliche haben zwar viele oberflächliche Informationen über Verhütungsmittel, aber wenig fundiertes Wissen über Handhabung und Wirksamkeit.

930) Kondome sind konkurrenzlos das meist verwendete Verhütungsmittel beim Einstieg ins Geschlechtsleben. 71 % aller Mädchen und 66 % aller Jungen, die über Geschlechtsverkehrserfahrung verfügen, geben an, dieses Verhütungsmittel beim „ersten Mal“ benutzt zu haben. Erst mit großem Abstand folgt an zweiter Stelle die Pille, jeweils von gut einem Drittel der Mädchen und Jungen genannt. Beim ersten Geschlechtsverkehr finden unsichere Verhütungsmethoden (Knaus-Ogino und Koitus interruptus) sowie Nichtverhütung bei den Mädchen zu insgesamt 12 % Anwendung. Damit ist auch hier ein abnehmbarer Trend zu beobachten (2001:16 %),⁵³⁸ die Zahlen sind jedoch nach wie vor zu hoch.

931) Einfluss auf das Verhütungsverhalten beim „ersten Mal“ haben: Offenheit im Elternhaus, Sexualkundeunterricht in der Schule, Alter, feste Beziehung. Mit zunehmender Erfahrung ändert sich das Verhütungsverhalten.

⁵³⁸ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2006, S. 102

Abbildung 32: Verhütungsverhalten beim ersten Mal



Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Repräsentative Wiederholungsbefragung Jugendsexualität, 2006

932) Aus der Praxisarbeit wird berichtet, dass das Wissen um Verhütungsmittel zwar breit ist, fatalerweise jedoch nicht sehr tief und differenziert. Nach der Studie des Bundesverbands Pro Familia über Teenagerschwangerschaften treten ungewollte Schwangerschaften auch häufig dort auf, wo mit so genannten „sicheren Methoden“ verhütet wurde. Dies deutet darauf hin, dass Anwendungsfehler bei Kondom und Pille häufig vorkommen, und dass Information und Erfahrungswissen gerade bei dieser jungen Zielgruppe verbessert werden müssen. Die Studie stellt ebenfalls fest, dass das Verhütungsverhalten besonders prekär ist bei Mädchen aus sozial benachteiligten Gruppen und bei Musliminnen. Ebenfalls beim Verkehr mit Partnern, zu denen keine feste Beziehung besteht und beim „ersten Mal“ mit einem Partner.

933) Seit 1993 nimmt die Wahrnehmung der Gefährlichkeit von Aids kontinuierlich ab. Im Jahr 2006 hielt weniger als ein Drittel der Bevölkerung (29 %) Aids für eine der gefährlichsten Krankheiten. Von den 16- bis 20-jährigen Jugendlichen wird die Krankheit Aids seit Beginn der Befragung als gefährlicher wahrgenommen als von der älteren Bevölkerung. Im Jahr 1987 hielten 85 %, aktuell noch 43 % der Jugendlichen Aids für eine der gefährlichsten Krankheiten (50 % nennen Krebs). Der Kenntnisstand der Allgemeinbevölkerung zu den Übertragungswegen von HIV/Aids hat seit Beginn der Aids-Aufklärungskampagne ein sehr hohes Niveau erreicht, das bis heute unverändert ist. Das Wissen der 16- bis 20-jährigen Jugendlichen liegt insgesamt auf gleich hohem Niveau wie das der Allgemeinbevölkerung. 99 % der Allgemeinbevölkerung wissen, dass bei ungeschützten Sexualkontakten Infektionsgefahr besteht.⁵³⁹

⁵³⁹ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Repräsentativerhebung „Aids im öffentlichen Bewusstsein 2006“

934) Das Wissen über andere Geschlechtskrankheiten als solche ist lt. den Praxisberichten sehr gering. Mit Geschlechtskrankheiten wird meist Aids assoziiert. Mehr Information scheint zu diesem Thema erforderlich.

3.10.4 Sexualität und Aufklärung bei jungen Migrantinnen und Migranten

935) Es liegen nur wenige belastbare Ergebnisse zu dem hier in Rede stehenden Themenkomplex vor. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Zusatzstichprobe bei jungen 14- bis 17-jährigen Migrantinnen und Migranten zu der schon erwähnten Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung „Jugendsexualität 2006“ besondere Bedeutung.⁵⁴⁰ Die Studie zeigt, dass bei der Sexuaufklärung Jugendliche mit Migrationshintergrund sich weniger an die Eltern als vielmehr an die gleichgeschlechtlichen Bezugspersonen wenden, was u.a auch damit zusammenhängt, dass das Thema Sexualität in den Elternhäusern mit Migrationshintergrund generell weniger thematisiert wird. Zugleich zeigt die Studie, dass männliche 14- bis 17-jährige Jugendliche mit Migrationshintergrund früher sexuelle Erfahrungen machen als ihre deutschen Altersgenossen und die gleichaltrigen Mädchen mit Migrationshintergrund. Im Vergleich zwischen deutschen Mädchen und Mädchen mit Migrationshintergrund ergibt sich folgendes Bild: „Bis zum Alter von 16 Jahren geben Mädchen ausländischer Herkunft regelmäßig um mehr als zehn Prozentpunkte häufiger als deutsche Mädchen an, noch keinerlei Erfahrungen mit dem anderen Geschlecht gemacht zu haben. Von den 14jährigen Mädchen mit ausländischen Wurzeln hat nahezu jedes zweite (47%) noch

⁵⁴⁰ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2007

überhaupt keine körperlichen Kontakte zu Jungen, also nicht einmal geküsst (deutsche 14jährige: 34 %).“⁵⁴¹

936) Darüber hinaus wird in Fachzeitschriften dieser Themenkomplex aktuell aufgegriffen und Erfahrungsberichte für erste Erklärungsmuster und Aufzeigen von Unterschieden genutzt.

937) Für den türkisch-arabischen Bereich sind dies erste Vermutungen:⁵⁴²

- Das Thema Jungfräulichkeit, Jungfernhäutchen und Wiederherstellung des Jungfernhäutchens wird von weiblichen Jugendlichen mit türkischen und arabischen Herkunftskontexten am häufigsten nachgefragt. Ein intaktes Jungfernhäutchen gilt als Beweis der Ehrenhaftigkeit, ein zerstörtes Jungfernhäutchen als Beweis der Unehrenhaftigkeit.
- Nach Einschätzung heiraten ca. 70 % der weiblichen Migranteng Jugendlichen dieser Herkunft ohne vorehelichen Geschlechtsverkehr. Ca. 10 % haben das Jungfernhäutchen operativ wiederherstellen lassen. 20 % gehen mit zerstörtem Jungfernhäutchen in die Ehe, wobei ein Teil dieser Gruppe den ersten Geschlechtspartner heiratet.
- Nicht das Sprechen über Sexuelles ist tabu, sondern bestimmte Kontexte. Dazu gehören gemischtgeschlechtliche Gruppen, öffentliche Gesprächssituationen und unterschiedliche Hierarchieebenen.
- In traditionellen Familien ist es unüblich, dass die Eltern die Kinder aufklären und selbst wenn Mütter der so genannten zweiten Migrantengeneration es zunehmend als ihre Aufgabe betrachten, die Töchter selbst aufzuklären, so ist ihr Faktenwissen aufgrund der eigenen sexuellen Sozialisation meist stark begrenzt.
- Im Vergleich zu deutschen Mädchen ist das biologische Wissen tendenziell geringer.
- Der allgemeine Umgang mit der Nacktheit und Körperlichkeit von Mädchen und jungen Frauen unterscheidet sich von Jungen und jungen Männern; z. B.: Der Penis eines kleinen Jungen erfährt große Aufmerksamkeit und Liebkosung, auch durch das Beschneidungsfest werden die Jungen in die männliche Erwachsenenwelt aufgenommen. Demgegenüber wird die Körperlichkeit von Mädchen mit Scham belegt.
- Bei männlichen Jugendlichen besteht kaum ein Unterschied zu den deutschen Jugendlichen hinsichtlich der Kontaktaufnahme, die erste Freundin mit 15 bis 16 Jahren ist aber oft keine Angehörige der eigenen Ethnie.

938) Die Jugendlichen stehen oft im Konflikt: einerseits sind sie bestrebt, innerhalb des familiären Zusammenhalts die Normen und Vorgaben einzuhalten, und andererseits wollen sie frei wählen und haben andere moralische Vorstellungen. Sie geraten dadurch unter Verteidigungsdruck gegenüber der Familie und gegenüber ihrer Kultur; um nicht zum „Verräter“ der eigenen Familie und Kultur zu werden, reagie-

ren manche mit Abwehr und Distanz auf bestimmte Themen, „indem sie sagen: „bei uns ist es anders“ und in Ruhe gelassen werden wollen. Auch viele Lehrkräfte sehen nicht das Individuum Schüler/in. Sie fragen nicht nach, sondern sehen ein kulturelles Problem insgesamt, fühlen sich in den gängigen Vorurteilen bestätigt und lassen die Jugendlichen damit allein. Solche Mechanismen behindern selbstverständlich auf Seiten der jungen Migranten eine offene und unbelastete Auseinandersetzung mit dem eigenen und anderen normativen Bezugssystemen. Es gilt also, diesen Teufelskreis von Zuschreibung und Rechtfertigung zu durchbrechen und einen offenen und ehrlichen Dialog einzuleiten.“⁵⁴³

Literatur

Aktas, N./Vergili, E.: Wie ist es bei Dir? Eindrücke aus der sexualpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen aus dem islamischen Kulturkreis in Berlin. In: Pro Jugend Heft 3/2007, S. 14 ff.

Aktas, N.: Von Jungfräulichkeit, Treue und Moral. Oder: Die Furcht vor dem Verrat an der eigenen Kultur. In: Pro Familia Magazin Heft 02/2007, S. 16-17

Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus: Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den Bayerischen Schulen. Bekanntmachung des vom 12. August 2002 Nr. VI/8- S44002/41-6/71325

Block, K./Matthiesen, S.: Teenagerschwangerschaften in Deutschland. Studienergebnisse zu Risikofaktoren und Verhütungsfehlern bei Schwangerschaften minderjähriger Frauen. In: BZgA Forum Sexualität und Familienplanung. Themenheft Teenagerschwangerschaften international, Heft 2/2007, S. 12-17. Verfügbar über: <http://www.bzga.de/?uid=7f6a748fbe347c9613ab2aa400060ef4&id=medien&sid=63&idx=1464>

iconkids-youth München: Bravo- Dr. Sommer Studie „Liebe! Körper! Sexualität!“ 2006, München 2006.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Aids im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik Deutschland 2005. Wissen, Einstellungen und Verhalten zum Schutz vor Aids. Eine Wiederholungsbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln 2006. Verfügbar über: <http://www.bzga.de/?uid=7f6a748fbe347c9613ab2aa400060ef4&id=Seite2047>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Jugendsexualität 2006. Repräsentative Wiederholungsbefragung von 14- bis 17-Jährigen und ihren Eltern. Köln, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2006. Verfügbar über: <http://www.sexualaufklaerung.de/cgi-sub/fetch.php?id=473>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Jugendsexualität 2006. Aufklärung und Sexualverhalten junger Migrantinnen und Migranten. Untersuchung von 14- bis 17-jährigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Köln, BZgA Juni 2007.

Laue, E.: Minderjährige Schwangere in Deutschland. Statistische Daten zu Schwangerschaftsabbrüchen und Geburten.

541 ebd., S. 58

542 Aktas 2007

543 Aktas 2007, S. 17

In: BZgA Forum Sexualität und Familienplanung. Themenheft Teenagerschwangerschaften international, Heft 2/2007, S. 3-11. Verfügbar über: http://www.bzga.de/?uid=7f6a748f6e347c9613ab2aa400060ef4&id=medien&sid=63&id_x=1464

Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen Berlin

3.11 K. Jugend mit Behinderung

Einführung

939) Ein Teil junger Menschen mit Behinderungen⁵⁴⁴ wird in unserer Gesellschaft in Spezialeinrichtungen, z. B. in Förderschulen,⁵⁴⁵ Werkstätten für Menschen mit Behinderung,⁵⁴⁶ Behindertenheimen usw. institutionell betreut und gefördert.

Damit verbunden ist die Zielsetzung einer professionellen Begleitung und Unterstützung.

940) Auf der einen Seite kann diese spezielle Förderung sinnvoll und hilfreich sein, zumal je nach Form und Grad einer Behinderung eine spezielle Versorgung bzw. Förderung, sei sie medizinischer, psychologischer, sozial-, sonder- oder heilpädagogischer Art, notwendig ist.

Spezielle Förderung kann eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sein.

941) Findet diese Förderung in teilstationären und stationären Spezialeinrichtungen statt, führt dies zwar zu einem geschützten, aber auch abgeschirmten Leben von jungen Menschen mit Behinderungen, und trägt damit auch eher zur Ausgrenzung denn zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration bei. In Einzelfällen kann dies dazu führen, dass junge Menschen mit Behinderungen aus ihren Lebensumfeldern gerissen werden. Letzteres widerspricht der Auffassung, „Behindert-Zu-Sein“ als einen Teil unserer gesellschaftlichen Normalität anzuerkennen, und verhindert schlimmstenfalls, dass die gesellschaftliche Integration junger Menschen mit Behinderungen erfolgreich gelingt.

942) Menschen mit Behinderungen wollen aber nicht als gesellschaftliche Randgruppe betrachtet und behandelt werden, sondern in der Mitte der Gesellschaft leben. Gemeinsame gesellschaftspolitische Aufgabe ist es, wechselseitig aufeinander zuzugehen und alle vermeidbaren Barrieren, die es

⁵⁴⁴ Gemeint sind junge Menschen mit körperlichen, geistigen oder Sinnesbehinderungen, die die Voraussetzungen des § 2 SGB IX erfüllen. Auf Formen der seelischen Behinderung nach § 35a SGB VIII, für die die Jugendhilfe zuständig ist, wird in diesem Abschnitt explizit nicht näher eingegangen. Darüber hinaus scheint keine Einigkeit darüber zu bestehen, ob Verhaltensauffälligkeiten oder emotionale Probleme, wie z. B. Hyperaktivität, zu den Behinderungen im weiteren Sinne hinzugerechnet werden sollten oder nicht. Behinderungen, deren Spektrum von Körper- über Sprach-, Seh-, Hörbehinderungen und Lern-, geistige und seelische Behinderungen bis hin zu Mehrfachbehinderungen reicht, haben ganz unterschiedliche Auswirkungen auf die Teilhabe und das Erleben junger Menschen.

⁵⁴⁵ i.d.R. 12-jähriger Schulbesuch

⁵⁴⁶ Eine Aufnahme in eine Werkstatt für behinderte Menschen ist nur unter den engen Voraussetzungen des § 136 Abs. 1 SGB IX möglich. Der Eintritt in eine Werkstatt für behinderte Menschen erfolgt i.d.R. erst nach dem Erreichen des 18. Lebensjahres.

Menschen mit Behinderungen gleich welcher Art erschweren oder gar unmöglich machen, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren, zu beseitigen. Ziel ist die gesellschaftliche Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung und ihre gleichberechtigte Teilhabe am Leben der Gemeinschaft.

3.11.1 Zur Situation von Jugendlichen mit Behinderung

943) Eine qualitative Situationsbeschreibung von jungen Menschen mit Behinderungen müsste eigentlich die subjektiven Sichtweisen und Bewältigungsstrategien der Betroffenen beinhalten bzw. berücksichtigen. Einige der von der Enquete-Kommission gestellten Fragen, wie z. B.

- Welches Bild verbinden behinderte Jugendliche mit ihrer Lebenssituation in Bayern?
- Welche Verbesserungen wünschen sie sich?
- Welche unterschiedlichen Bedürfnisse entstehen durch die unterschiedlichen Arten von Behinderung?

konnten aber aufgrund fehlender wissenschaftlicher Daten – gleich welcher Art – oder sonstiger Beiträge nicht beantwortet werden.

Quantitative Anhaltspunkte über das Ausmaß der Behinderungen bei jungen Menschen liefern die nachfolgenden Daten.

944) Nach Auskunft des Zentrums Bayern Familie und Soziales (ZBFS), Stand Dezember 2007, gab es in Bayern bei den 6- bis 25-Jährigen 43.216 behinderte Kinder und Jugendliche mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 30. Hierbei handelt es sich um Jugendliche, die selbst oder deren Eltern einen Antrag auf Feststellung einer Behinderung und eines Grades der Behinderung gestellt bzw. diese Feststellung auch bescheinigt bekommen haben. Grundlage für die Benennung und Klassifikation von Gesundheitsstörungen ist die Einstufung nach den „Anhaltspunkten für die ärztliche Gutachtertätigkeit nach dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht“.

Die Behinderungsarten verteilen sich wie folgt:

- 16.805 Kinder und Jugendliche mit körperlicher Behinderung
- 10.075 Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung
- 1.452 Kinder und Jugendliche mit psychisch/seelischer Behinderung
- 3.854 Kinder und Jugendliche mit Hirnschäden und
- 11.030 mit nicht einzuordnenden Gesundheitsstörungen (das sind nicht eindeutig einzuordnende Gesundheitsstörungen oder Gesundheitsstörungen, die mit einem Einzel-GdB unter 30 erfasst werden)

Die Einstufung nach Behindertenarten erfolgte nach dem Signierschlüssel des Statistischen Bundesamtes.

945) Die Diskussion über den Begriff der Behinderung ist nicht abgeschlossen. Bundes- und Landesgesetzgeber orientieren sich noch an dem von der WHO entwickelten Begriff, der Behinderung in erster Linie als Krankheitsfolge versteht.

Würde man die Definition für Behinderungen weiter fassen, dann würde automatisch die Anzahl der Kinder und Jugend-

lichen mit Behinderungen steigen. Berücksichtigt werden müsste ferner, dass die Fallzahlen einer bestimmten Sozialleistung, die von Menschen mit Behinderungen in Anspruch genommen werden kann, nicht identisch sein müssen mit dem quantitativen Umfang vorhandener Behinderungen, sondern lediglich die Zahl der Inanspruchnahme der Sozialleistungen wiedergeben. Eine Veränderung der Anspruchsgrundlagen und der daraus folgenden Inanspruchnahme würde somit ebenfalls die Höhe der Behindertenzahlen beeinflussen.

946) Eine qualitative Weiterentwicklung dieses Begriffs stellt die von der WHO selbst entwickelte „Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF)“ dar. Behinderung wird danach nicht mehr allein als individuelles Defizit betrachtet, sondern als Funktionsfähigkeit oder -beeinträchtigung, die aus der Wechselwirkung zwischen einer Person mit einem Gesundheitsproblem und ihren Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft erwächst.

947) Schwer zu beurteilen sind auch die Entwicklungen der einzelnen Institutionen. An den Förderschulen ist (lt. Bayerischem Staatsministerium für Unterricht und Kultus) zwar in den Jahren 2000 bis 2005 ein Anstieg der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung um $n=1.029 (+ 10,33 \%)^{547}$ zu beobachten. Da aber auch Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung integrativ beschult werden, sagt auch diese Tendenz nichts darüber aus, wie viele junge Menschen es insgesamt in Bayern mit geistiger Behinderung gibt.

3.11.2 Wohn- und Lebenssituation von jungen Menschen mit Behinderungen⁵⁴⁸

948) In Bayern werden jährlich ca. 4.000 Maßnahmen in den Bereichen Begegnung, Freizeit und Bildung zur sozialen Eingliederung für Menschen mit Behinderung jeden Alters durchgeführt. Darunter gibt es auch zahlreiche Angebote speziell für Jugendliche.

949) Der Rückgang der Belegung von Heimen und Internaten für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen um mehrere hundert Plätze auf derzeit 95 Einrichtungen mit rund 4.900 Plätzen zeigt, dass die Zielsetzung der Bayerischen Staatsregierung „ambulant vor stationär“ erfolgreich ist, wenn sie mit einem stetigen Ausbau ambulanter und teilstationärer familienergänzender und familienentlastender Hilfen einhergeht. Vor allem der weitere Ausbau von Heilpädagogischen Tagesstätten (derzeit fast 200 Einrichtungen mit annähernd 15.000 Plätzen), der 200 Dienste der offenen Behindertenhilfe und der Förderung von Freizeitmaßnahmen sind Ziele, deren Umsetzung weiterhin fortgesetzt werden sollte.

⁵⁴⁷ Vgl. Daten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

⁵⁴⁸ Der nachfolgende Text zu diesem Unterabschnitt basiert auf Informationen und Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

950) Neben der staatlichen Förderung im engeren Sinne gibt es auch im nicht-staatlichen Sektor Förderungen unterschiedlicher Art. Ohne hier die Förderbereiche im Einzelnen auflisten zu wollen, hat z. B. die Aktion Mensch in den Jahren 2006 (01.01.) bis 2007 (31.12.) Fördermittel in Höhe von ca. 34,8 Mio. € in Bayern ausgeschüttet. Damit wurden sehr unterschiedliche Maßnahmen (z. B. Ferienfreizeiten), Materialien, Projekte oder Investitionen gefördert.

951) Den verständlichen Wunsch junger heranwachsender Menschen mit Behinderung, außerhalb der Familie ein Leben in größtmöglicher Selbstbestimmung und Selbstständigkeit führen zu können, unterstützt die Staatsregierung mit der Förderung des Baus vornehmlich kleiner betreuter Wohnformen im Rahmen der Wohnungsbauförderung. Im Statistischen Bericht des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung über Heime und betreute Wohnformen für volljährige Menschen mit Behinderung waren zum 01.06.2006 in Bayern 37 Wohngemeinschaften/betreute Wohnformen mit 356 Plätzen registriert. Damit das Angebot solcher Wohnformen gerade auch für junge Volljährige wächst und in ihnen auch zukünftig eine Kultur der Selbstbestimmung und der Selbstständigkeit heranreift, sind im Entwurf zum neuen „Gesetz zur Förderung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung“ für betreute Wohngruppen entsprechende Standards aufgenommen. So müssen beispielsweise Träger betreuter Wohnplätze diesen in Zukunft zeitlich befristete Trainingsprogramme anbieten, die sie zu einer selbstbestimmten und selbstständigen Lebensführung befähigen sollen.

952) Behindertenpolitische Zielsetzung der Bayerischen Staatsregierung bleibt der weitere Ausbau betreuter kleiner Wohnformen. Sie ermöglichen insbesondere Heranwachsenden mit Behinderung einen Wechsel von der Familie in die Selbstständigkeit, fördern ihre Selbstbestimmung und bieten ihnen dennoch die Sicherheit und Geborgenheit eines wohnortnahen familienähnlichen Umfeldes. Schon heute weisen von den insgesamt 660 Heimen für erwachsene Menschen mit Behinderung rund 570 Einrichtungen eine Durchschnittsgröße von lediglich 31 Plätzen auf. Die Zahl der betreuten Wohnformen mit maximal 12 Plätzen wird mit der geplanten Lockerung im neuen bayerischen Pflegequalitätsgesetz weiter zunehmen.

953) Auch die Leitgedanken der regionalisierten, dezentralen und wohnortnahen Versorgung sind für die Förderung betreuter Wohnformen maßgeblich. Bereits jetzt kommen über 75 % aller Bewohnerinnen und Bewohner dieser Heime aus demselben Landkreis oder Regierungsbezirk.

954) Um aber Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ein Leben solange wie möglich in ihren Herkunftsfamilien zu gewährleisten, ist die Schaffung von geeigneten Hilfen im außerschulischen Bereich wichtiges Ziel einer zukünftigen Politik für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, etwa durch den weiteren Ausbau Familien ergänzender und -unterstützender ambulanter und teilstationärer Angebote sowie der Bereitstellung von geeigneten betreuten Wohnformen für Heranwachsende.

3.11.3 Außerschulische Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen

In den folgenden Ausführungen bleibt die Sicht und Praxis der Einrichtungen der Behindertenhilfe im engeren Sinn – aufgrund des Fehlens entsprechender Daten und Unterlagen – weitgehend unberücksichtigt.

955) Der Bayerische Jugendring und seine Mitgliedsorganisationen haben den Anspruch, die Interessen aller Jugendlichen in Bayern zu vertreten, und sich mit ihren Problemlagen auseinander zu setzen. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Es gibt demzufolge vielfältige Einzelprojekte und Maßnahmen, manche Verbände oder Gruppen haben sich die Integration behinderter Jugendlicher zu einem kontinuierlichen Aufgabenschwerpunkt gesetzt.

956) Einige Verbände verfolgen den Ansatz, integrative Jugendgruppen zu gründen. Sie wollen gemeinsame Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung organisieren, das Herantasten und Überwinden eigener Grenzen erkunden und ausloten, z. B. beim Klettern, den Teamgeist fördern und Jugendliche mit Behinderung unter Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen insgesamt in die „Verbandswelt“ integrieren.

Darüber hinaus geht es um Folgendes:

- Kontakt herstellen zwischen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung
- Gelegenheiten und Räume zur Verfügung stellen, die gemeinsames Erleben und Lernen ermöglichen
- Akzeptanz und Toleranz von Verschiedenartigkeit fördern
- Stärkung der jeweiligen Fähigkeiten des Einzelnen unabhängig möglicher „Handicaps“
- Herstellen von Öffentlichkeit für die Bedürfnisse von jungen Menschen mit und ohne Behinderung

957) Auch Politisches Handeln, um Ungerechtigkeit und Benachteiligung gegenüber jungen Menschen mit Behinderung zu skandalisieren und abzubauen, zählt zum Engagement im Interesse junger Menschen mit Behinderung.

958) Konzepte der Offenen und der kommunalen Jugendarbeit orientieren sich ebenfalls an diesen Zielsetzungen. So werden integrative Ferienfreizeiten und Freizeit-, Kultur-, Sport- sowie Spielangebote organisiert und Begegnungsmöglichkeiten zwischen jungen Menschen mit und ohne Behinderung geschaffen.

959) Der Bayerische Jugendring mit seinen Gliederungen bietet darüber hinaus Initiativen und Gruppen von jungen Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, sich im Jugendring gleichberechtigt zu organisieren.

960) Zur Information und Qualifikation ehrenamtlicher und hauptberuflicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehört es, das Thema „Behinderung“ in Arbeitsmaterialien, Dokumentationen oder in Fachtagungen aufzugreifen.

961) Trotz dieser vielfältigen Angebote und Bemühungen ist allerdings davon auszugehen, dass Kinder und Jugendli-

che mit Behinderungen deutlich weniger beteiligt sind als andere. Eine Übersicht zur quantitativen Verteilung gibt es nicht.

962) Einige Beispiele sollen deswegen genannt werden, um das Engagement zu illustrieren.

963) Die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) in Bayern hat im letzten Jahr u. a. folgende Aktionen im Kontext der integrativen Jugendarbeit des Verbandes durchgeführt, um Gruppenleiterinnen und -leiter für die Anliegen behinderter Menschen zu sensibilisieren bzw. sie zu befähigen, Kinder und Jugendliche in ihre Gruppen aufzunehmen:

- Weiße Woche – Winterfreizeit
- Osterlager in Kooperation mit einer Pfadfindergruppe
- Fahrrad-/Rollifreizeit mit körperbehinderten Kindern/Jugendlichen
- Bezirks-Zeltlager (mit insgesamt 350 TN= Teilnehmerinnen und Teilnehmer)
- Segeltörn in Kooperation mit einer Pfadfindergruppe
- Café „Blind Date“ – Erfahrung im Dunkeln.

964) Ziel solcher Maßnahmen (z. B. „Weiße Woche“) ist es, Berührungspunkte zwischen jungen Menschen mit und ohne Behinderungen abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Das Miteinander während eines längeren Zeitraums kann sich günstig auf das soziale Verhalten der Kinder/Jugendlichen auswirken. Durch gemeinsame Hausarbeit wird die Selbstständigkeit vor allem der jungen Menschen mit Behinderung gefördert. Junge Menschen ohne Behinderung lernen, Hilfen zu geben, wo es nötig ist.

965) Die „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung – Landesverband Bayern e.V.“ organisiert ebenfalls Angebote für behinderte Jugendliche, im Freizeitbereich, in der Schule oder zur Berufsvorbereitung. Zum Teil werden diese auch in Kooperation mit örtlichen Jugendverbänden, Vereinen, Stadt- und Kreisjugendringen durchgeführt. Neben gemeinsamen Veranstaltungen, Ausflügen, Urlaubs- und Freizeitangeboten gehören Patenschaften von Jugendlichen für Menschen mit Behinderungen ebenso dazu wie Firm- bzw. Konfirmationsgruppen, die sich speziell für junge Menschen mit Behinderungen engagieren oder gleich gemeinsam ihre Kommunion/Konfirmation vorbereiten. Mit Jugendverbänden werden integrative Begegnungsmöglichkeiten im Rahmen von Schwerpunktsetzungen gemeinsam organisiert, z. B. die Jahresaktion der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg „Total normal – Behinderte in unseren Gruppen?!“. In dieser Aktion bearbeiten Jugendliche mit und ohne Behinderungen in gemeinsamen Sommerlagern politische Themen, wie z. B. die Zerstörung der Umwelt oder setzen sich für Frieden und Gerechtigkeit zwischen den Völkern ein. Herauszustellen sind verschiedene integrative Jugendbands und Musikgruppen, in denen Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung zusammen Musik machen. Hier ist neben zahlreichen anderen Angeboten z. B. die Lebenshilfe Ostallgäu e.V. zu nennen, bei der es seit Jahren eine integrative Musikgruppe gibt. Es gibt aber auch niederschwellige Begegnungsmöglichkeiten z. B. bei sportlichen Aktivitäten wie dem jährlich stattfindenden Fußballfestival oder ganz einfach im Jugendcafé eines Wohnheims. Daneben gibt es spe-

zielle Projekte, wie z. B. die „Schülerfirma Freizeit aktiv & sozial“ der Lebenshilfe Bad Tölz-Wolfratshausen. Hier begleiten und betreuen Schüler des Gymnasiums Bad Tölz für ein kleines Honorar Menschen mit Behinderungen bei verschiedenen Aktivitäten und stärken damit deren Zugehörigkeit zu unserem Gemeinwesen. Diese Zusammenarbeit junger Leute mit behinderten Menschen hat gleich mehrere positive Effekte: Sie betätigen sich sozial und verdienen sich zudem etwas hinzu, sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Integration behinderter Menschen, sie tragen dazu bei, Berührungspunkte abzubauen, sie erwerben wichtige soziale Fähigkeiten (Erste Hilfe, Umgang mit Menschen), sie gewinnen evtl. Interesse an einem sozialen Beruf und sie lernen durch ihr Tun, wie eine Firma funktioniert (Planung der Einsätze, Geldflüsse, Werben für die Anliegen der Firma, Unterstützung suchen in Schulen, Fortbildung für die Mitarbeiter, usw.).

966) Diese neue „Firmen-Idee“ kann Vorbildcharakter für sich in Anspruch nehmen, ihre Machbarkeit hat sich erwiesen und sie wurde mit dem ConSozial-Management-Preis des Jahres 2005 ausgezeichnet.

967) Darüber hinaus gibt es auch außerhalb der hier genannten Verbände und Institutionen zahlreiche Aktivitäten von jungen Menschen mit Behinderungen, z.T. auch in Selbsthilfegruppen, in denen diese mit Hilfe unterschiedlicher Medien (Film, Theater, z. B. „Krüppeltheater“, Literatur, Kunst) versuchen, auf ihre spezifischen Lebenssituationen aufmerksam zu machen.

968) Häufig sind es bereits ganz alltägliche Barrieren, die den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen entgegenstehen und Integration erschweren. Wesentlich und nicht zu unterschätzen sind territoriale Behinderungen: Treppen und Stufen, Hindernisse, die nicht überwunden, Straßen oder Plätze, die nicht überquert werden können, fehlende Beförderungsmöglichkeiten für diejenigen, die sich im Verkehr nicht alleine zurecht finden.

969) Bereits bevor das Bayerische Gesetz zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung und zur Änderung anderer Gesetze (BayBGG und ÄndG) das barrierefreie Bauen 2003 gesetzlich regelte, gab es diese Auflage in den Richtlinien zum Bau von Einrichtungen der Jugendarbeit aus Mitteln des Kinder- und Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung. In der Praxis wird aber deutlich, dass barrierearm wesentlich mehr bedeuten kann als rollstuhlgerechte Zugänge zu schaffen. So ist daran zu denken, PCs mit entsprechender Software auszustatten oder Wege, Räume und Zugänge zur besseren Orientierung zu kennzeichnen. Allerdings gibt es mit Blick auf die unterschiedlichen Behinderungsarten und -grade keine rezeptartigen Lösungen.

970) Integrationsmaßnahmen sind allerdings nicht zum Nulltarif zu haben. Bei den außerschulischen Angeboten der Jugendarbeit für schwerst und/oder mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche wird z. B. deutlich, dass es teilweise auch zusätzlicher, speziell fortgebildeter „Assistenzen“ bedarf, um junge Menschen ab einem bestimmten Grad der Behinderung adäquat zu unterstützen und zu beteiligen. Pro-

blematisch ist, dass hierfür im Rahmen der üblichen Maßnahmenförderung keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen.⁵⁴⁹

3.11.4 Schulische Förderangebote

971) In Bayern gibt es 118.600 Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf (von Kindergärten bis hin zu Berufsschulen). Diese werden an so genannten Förderschulen unterrichtet und gefördert. *„Die Förderschulen bieten eine Vielfalt sonderpädagogischer Förderung an – von der vorschulischen Förderung über die schulische Bildung bis hin zur beruflichen Eingliederung. Die Förderschulen diagnostizieren, erziehen, unterrichten, beraten und fördern Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf.“*⁵⁵⁰ Die Förderschulen orientieren sich dabei an folgenden Förderschwerpunkten: Sehen, Hören, körperliche und motorische Entwicklung, Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung, geistige Entwicklung.

972) *„Die Bayerische Staatsregierung tritt mit der Novellierung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) vom 1. August 2003 dafür ein, den von Bayern beschrittenen Weg, vor allem die kooperativen Unterrichtsformen zu stärken und konsequent weiter zu entwickeln. Kooperation zwischen Volksschule und Förderschule bietet in idealer Weise Möglichkeiten, sowohl ein gemeinsames Schulleben, als auch einen gemeinsamen Unterricht flexibel zu gestalten. Das Maß des gemeinsamen Lernens ist bei der Kooperation variabel. Der individuelle Förderbedarf der einzelnen Kinder kann berücksichtigt werden.“*

973) *Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf lernen gemeinsam, soweit dies sinnvoll ist und von Lehrern und Eltern geleistet werden kann. Wenn jedoch die Voraussetzungen und Möglichkeiten für gemeinsames Lernen nicht mehr gegeben sind, erfolgt der Unterricht auch in getrennten Gruppen oder Klassen.*

974) *Die pädagogische Wirklichkeit des Miteinanders von allgemeiner Schule und Förderschule bzw. Förderzentrum entfaltet sich in sechs verschiedenen Förderwegen, die es konsequent weiterzuentwickeln gilt:*

975) *In Bayern besuchen inzwischen rund 17.500 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf allgemeine Schulen. In den letzten Jahren war dabei eine starke Ausweitung der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste zu verzeichnen (die Tendenz ist steigend!).*

976) *Die Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Diagnostik, Förderung, Beratung, Koordinierung, Koordination und Fortbildung.*

977) *Außenklassen können auf der Grundlage des Art. 30 Abs. 1 BayEUG „Förderung der Zusammenarbeit zwischen Förderschulen und allgemeinen Schulen in Unterricht und*

⁵⁴⁹ „Assistenzen“ sind unterschiedliche Personen, Vereine oder Verbände, teilweise auch Behindertenselbstorganisationen, die helfen, die Alltagsorganisation für junge Menschen zu erleichtern, beim Einkaufen, bei der Körperpflege oder eben bei der wie oben beschriebenen Freizeitgestaltung.

⁵⁵⁰ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2007

Schulleben“ gebildet werden. Diese Außenklassen ermöglichen eine besonders enge Form der Kooperation in Unterricht und Schulleben. Entweder findet diese Kooperation mit einer Außenklasse der allgemeinen Schule an einer Förderschule oder mit einer Förderschulklasse als Außenklasse an einer allgemeinen Schule statt. Im Schuljahr 2007/2008 wurden in Bayern insgesamt 128 Außenklassen gebildet.

978) Nach Art. 30 Abs. 1 BayEUG haben die Schulen aller Schularten zusammenzuarbeiten. Im Rahmen dieser geforderten Kooperation findet eine intensive Zusammenarbeit im Bereich des Schullebens (z. B. gemeinsame Projekte, Wanderungen, Fahrten, Ausstellungen, Schulveranstaltungen, Feste, Feiern, ...) und – nach Möglichkeit – im Bereich des Unterrichts (z.B. teilweise gemeinsamer Sportunterricht, Musikunterricht, Sachunterricht, Kunsterziehungsunterricht, ...) statt.

979) Sonderpädagogische Beratungszentren stellen eine Variante der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste dar. Sie werden z.B. an einem Sonderpädagogischen Förderzentrum eingerichtet. Mit ihren Angeboten der Diagnose und der Förderung sowie der Beratung von Eltern und Lehrkräften insbesondere der allgemeinen Schulen und der Koordinierung und Weiterentwicklung der Fördermaßnahmen wenden sie sich vor allem an Lehrkräfte, Erzieher, Eltern, Schüler sowie Vorschulkinder. Sie stehen in enger Kooperation mit psychologischen und sozialen Fachdiensten, Therapeuten und Ärzten. Aufgabenschwerpunkte liegen in der Förderung, z.B. bei Wahrnehmungs- oder Aufmerksamkeitsschwächen, Sprachentwicklungsstörungen oder Lernschwächen, in der differenzierenden Unterrichtshilfe sowie in diagnostischen Fragestellungen.

980) Als weitere Variante nehmen Förderschulen, die auf der Grundlage der Grund- und Hauptschullehrpläne unterrichten, auch Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf auf. Die Grundlage dazu bildet Art. 20 Abs. 5 BayEUG. Das Ziel besteht im gemeinsamen Unterricht von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Schülern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Ein gemeinsamer Unterricht findet derzeit an Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Hören, Sehen sowie körperliche und motorische Entwicklung statt.

981) Kooperationsklassen (Art. 30 Abs. 1 Satz 4 bis 6 BayEUG) besuchen Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, wenn dieser nicht so umfangreich ist, dass er ausschließlich an einer Förderschule erfüllt werden müsste. Kooperationsklassen werden auch für jene Schüler gebildet, die als Gruppe in eine Klasse der allgemeinen Schule zurückgeführt worden sind und bei denen jedoch noch ein individueller Förderbedarf besteht. Es wird nach dem Lehrplan der Grundschule bzw. nach dem Lehrplan der Hauptschule unterrichtet. Die notwendige Förderung findet für die jeweilige Gruppe an den allgemeinen Schulen statt und wird durch die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste in degressiver Form erteilt. Im Schuljahr 2007/2008 wurden in Bayern 468 Kooperationsklassen gebildet.⁵⁵¹

982) Bei diesem schulischen Integrationskonzept muss allerdings berücksichtigt werden, dass die beschriebenen Förderangebote weder flächendeckend noch systematisch verteilt vorhanden sind. Dies ist mitunter von lokalen Initiativen, z. B. von den jeweils zuständigen Schul- oder Jugendämtern oder der Bevölkerung selbst abhängig. Der größte Teil dieser Förderschulen ist deswegen auch in privater Trägerschaft.

983) Zu erwähnen sind daneben auch solche Ansätze, die junge Menschen für die Lebenssituation und Lebenswelt junger Menschen mit Behinderungen sensibilisieren sollen.

984) Die „Arbeitsgemeinschaft Behinderter in den Medien“ ermöglicht im Rahmen ihres Projektes „Objektiv“ Kindern und Jugendlichen mediengestützt und dialogorientiert authentische Einblicke in die Lebenswelten Behinderter. Mit ausgesuchten Filmen und anschließenden Diskussionen wird zu einem objektiven Bild über Behinderungen der unterschiedlichsten Art beigetragen. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gehen bewusst in Schulen. Jugendliche lernen so behinderte Menschen und deren Alltag zwanglos kennen und deren Anderssein akzeptieren. Der stark personenzentrierte und interaktive Ansatz ist gut geeignet, bei Kindern und Jugendlichen zu dem Thema Betroffenheit zu wecken und Empathie aufzubauen.

985) Mit dem Projekt „pERSPEKTIVwECHSEL“ werden junge Menschen durch Simulationsübungen spielerisch in die Lebenssituation von behinderten Menschen versetzt. Dies fördert das Miteinander in der täglichen Begegnung zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen. In diesem Projekt werden Schülerinnen und Schüler auf faszinierende Art und Weise mit der Welt von Menschen mit Behinderungen vertraut gemacht.

Wie sehen die Wechsel von und zu den Förderschulen aus? Wie haben sich die Wechsel in den letzten 20 Jahren entwickelt? Aufgeschlüsselt nach Alter und Region

986) Die zur Verfügung gestellten Daten ermöglichen folgende Aussagen: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult an den allgemein bildenden Schulen ist in Bayern von 10 % im Schuljahr 1995/1996 auf 23 % in 2006/2007 gestiegen. Dies mag daran liegen, dass einerseits das Integrationsinteresse gestiegen ist, andererseits aber auch in den letzten Jahren die Eltern bei der Entscheidung zur Beschulung an allgemein bildenden Schulen seitens der sonderpädagogisch wirkenden Lehrerinnen und Lehrer verstärkt beraten werden.

987) In die gleiche Richtung weisen auch die folgenden Zahlen. So ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung von 61.617 (2002/2003) auf 57.597 (2006/2007) zurückgegangen, während die Zahl derer, die mit Unterstützung durch die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste (MSD) an allgemein bildenden Schulen unterrichtet wurden, von 11.110 (2002/2003) auf 17.359 (2006/2007) gestiegen ist.

⁵⁵¹ vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2007

Tabellen 48 und 49: Schulen mit sonderpädagogischer Förderung (Stand: Oktober 2006):

Volksschulen in Bayern			
	Staatl.	Privat (auch: Caritas, etc.)	Reg. bezirk
Oberbayern	64	49	0
Niederbayern	22	14	2
Oberpfalz	24	10	0
Oberfranken	4	30	0
Mittelfranken	28	26	0
Unterfranken	14	30	1
Schwaben	23	25	0

Berufsschulen in Bayern				
	sonst. Träger	sonst. Träger	Bezirk	Staat
	staatl. anerkannt	staatl. genehmigt		
Oberbayern	10	1	1	
Niederbayern	5			
Oberpfalz	3			
Oberfranken		4		1
Mittelfranken	5	1	2	2
Unterfranken	3	3		
Schwaben	7			

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung – Verzeichnisse

Darüber hinaus gibt es in Bayern drei Realschulen mit sonderpädagogischer Förderung.

Welche schulischen und außerschulischen Förderangebote sind besonders effektiv?

988) Die Frage nach der Effektivität von schulischen und außerschulischen Förderangeboten ist schwierig zu beantworten. Erstens fehlen repräsentative Daten, die darüber Aufschluss gewähren könnten. Zweitens werden die vielen Förderungen im außerschulischen Bereich nicht in Form wie auch immer gearteter „Evaluationen“ festgehalten. Man ist auf zufällige Einzelmeinungen seitens der Betroffenen ebenso angewiesen wie auf die Aussagen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in entsprechenden Berufsfeldern arbeiten. Und drittens gibt es keine differenzierten Aussagen über die Konsequenzen für die unterschiedlichen Behinderungsarten und -grade.

989) Ein Problem ist aber – das lässt sich allgemein festhalten –, dass die Förderangebote unterschiedlicher Institutionen, die dieselbe Klientel versuchen zu unterstützen, oftmals zeitlich nicht aufeinander abgestimmt sind, so dass z. B. die schulischen Angebote kaum oder gar nicht auf die außerschulischen Angebote abgestimmt werden können.

3.11.5 Berufsausbildung und Berufseinstieg

Welche Unterstützungsmaßnahmen bei der Berufsausbildungsplatzsuche bzw. beim Berufseinstieg sind besonders effektiv? Welche Defizite müssen behoben werden?

990) Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen zur sonderpädagogischen Förderung ist von

11.906 (1996/1997) auf 15.428 (2006/2007) gestiegen. Dies mag daran liegen, dass an Sonderpädagogischen Förderzentren und Schulen zur Lernförderung der Unterricht in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 in so genannten Sonderpädagogischen Diagnose- und Werkstattklassen erteilt wird und auch in Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung Unterricht und Förderung dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler folglich besser (in Folge der Kooperation mit der Agentur für Arbeit) auf Ausbildung und Beruf vorbereitet werden können.⁵⁵² Ein neuer Lehrplan für den Bereich „Berufs- und Lebensweltorientierung“ gibt gezielte Hilfestellungen zur Berufsorientierung, -vorbereitung und -eingliederung. Praktisches Lernen wird durch einen hohen Anteil an Betriebserkundungen, Praktikumstagen und -wochen bewusst auf außerschulische Lernorte ausgeweitet. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf Ausbildungsbetriebe, außerbetriebliche Einrichtungen, Berufsbildungswerke, Berufsausbildungswerke, aber auch auf die Unterstützung durch Rehabilitationsmaßnahmen. Außerdem werden ausbildungsreife und noch nicht ausbildungsreife Jugendliche mit unterschiedlichen Maßnahmen unterstützt. Diese unterschiedlichen Unterstützungsarten können die Suche nach einem Ausbildungsplatz und letztlich den Berufseinstieg erleichtern.

991) Allerdings haben sich die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Eine bleibende, hohe Arbeitslosenquote gerade bei Geringqualifizierten ist eine Folge dieser Strukturveränderungen. Es ist deshalb zu befürchten, dass junge Menschen mit Behinderungen, trotz des gestiegenen Bildungsniveaus, auch zukünftig zu den Verlierern am Arbeitsmarkt gehören.

992) Um dieses zu verhindern, sind die Bemühungen, Ausbildungsplätze und Unternehmen zu rekrutieren, die bereit sind, junge Menschen mit Behinderungen aufzunehmen und in Beschäftigung zu bringen, zukünftig zu steigern. Dies kann nur im Verbund mit den Arbeitsagenturen, den (Berufs-)Schulen und der Wirtschaft geschehen.

Literatur:

Bayerischer Jugendring (KdÖR) (Hrsg.): Voll normal!? Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in der Jugendarbeit. München 2004.

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Förderschule. München 2007.

Ebd.: Förderschulen in Bayern. München 2007.

Ebd.: Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit: Gemeinsames Konzept Übergang.

Förderschule Beruf für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Förderschwerpunkt Lernen, München 2007.

⁵⁵² vgl. mündlicher Beitrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, 34. Sitzung, 22.11.2007

3.12 L. Jugendliche mit Migrationshintergrund

3.12.1 Zur Situation junger Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern⁵⁵³

993) Migration bezeichnet allgemein den dauerhaften Wechsel des Lebensumfelds einer Person oder einer Bevölkerungsgruppe im geografischen und sozialen Raum. Die Integration von Migrantinnen und Migranten als Folge weltweiter und europäischer Migrationsprozesse stellt sich als ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess über Jahrzehnte hinweg dar. In der jüngeren deutschen Geschichte lässt sich dieser Prozess am Beispiel der vertriebenen deutschen Bevölkerungsgruppen aus den osteuropäischen Ländern als Folge des II. Weltkriegs nachzeichnen. Der erfolgreiche Integrationsprozess der so genannten Heimatvertriebenen verlief allerdings unter den besonderen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte und einer offensiv integrierenden „Vertriebenenpolitik“, die auf der gemeinsamen deutschen Sprache und dem gleichen kulturellen Hintergrund aufbauen konnte.

994) Die seit Mitte der 50er Jahre bis zum Anwerbestopp 1973 in der alten Bundesrepublik durchgeführte Anwerbung von „Gastarbeitern“ erfolgte zunächst mit der Perspektive eines nur vorübergehenden Aufenthalts als „Arbeitnehmer“. Ähnliches gilt für die erhebliche Zuwanderung von Asylbewerbern und von Bürgerkriegsflüchtlingen in den 90er Jahren, deren Aufnahme grundsätzlich als eine zeitlich begrenzte humanitäre Aktion gestaltet wurde. Tatsächlich hat sich aus diesen Zuwanderungsperioden ein erheblicher Bestand an nicht-deutschen Bevölkerungsgruppen entwickelt, die dauerhaft in Deutschland leben werden und an die Integrationsfähigkeit aller Beteiligten große Herausforderungen stellen. Diese können insbesondere auch im Hinblick auf die Lebensperspektiven der jungen Generation nur in einem gesellschaftlichen und politischen Perspektivwechsel gemeistert werden, der von einem dauerhaften Zusammenleben ethnisch unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ausgeht und die Rahmenbedingungen für deren ökonomische, soziale, kulturelle und politische Integration gleichermaßen schafft.

995) Anlässe und Ziele dieser für die Menschen in der Regel einschneidenden Lebensveränderung durch „Migration“ stellen sich extrem unterschiedlich dar: Sie reichen von der individuellen Flucht aus der lebensbedrohlichen Situation der politischen Verfolgung im Herkunftsland, vom Bestreben, einer wirtschaftlichen Notlage durch (teilweise illegale) Einwanderung zu entgehen, der weiterhin anhaltenden Familienzusammenführung, der besonderen Situation der Spätaussiedler bis hin zur beruflichen Veränderung innerhalb eines Wirtschaftsraums wie der Europäischen Union, die eher

⁵⁵³ Die der Enquete-Kommission vorgegebenen Fragestellungen mit Schwerpunkt auf der Situation der unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge erfuhr im Verlauf der Beratung, insbesondere auch wegen der zahlreichen offenkundig gewordenen Schnittstellen zu anderen Themenfeldern wie z. B. Freizeit, Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation (Kapitel 3.3 C), Schule und Bildung (Kapitel 3.4 D), Beruf und Arbeitswelt (Kapitel 3.5 E), Jugend und Gewalt (Kapitel 3.8 H), eine erhebliche Ausweitung, um der Lebenssituation und den Zukunftsperspektiven von „jungen Menschen mit Migrationshintergrund“ gerecht werden zu können.

als Ausdruck einer beruflich förderlichen, freiwilligen Mobilität verstanden wird.

996) Die weltweit zu beobachtenden Migrationsprozesse verdichten sich in Deutschland heute insbesondere auf drei große Gruppen:

- Zugewanderte Ausländer aus den ehemaligen Anwerbestaaten („Gastarbeiter“, ihre Familien und Nachkommen);
- Spätaussiedler deutscher Volkszugehörigkeit, vor allem aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (z. T. mit nichtdeutschen Familienangehörigen);
- Flüchtlinge aus unterschiedlichen Weltregionen, in Bayern zuletzt aus dem ehemaligen Jugoslawien.⁵⁵⁴

Mit Ausnahme der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge kommen Kinder und Jugendliche zwar mit ihren Familien, teilen aber mit ihren Eltern nicht zwangsläufig Anlass und Motiv der Zuwanderung.

997) Die Lebenssituation junger Menschen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich erheblich nach ihrem rechtlichen Status als Deutsche oder Ausländer, der für sich aber noch keinen zureichenden Unterschied zwischen „integriert“ und „fremd“ begründet. Da es keinen Status „Migrantin“ bzw. „Migrant“ gibt, kennen nahezu alle statistischen Berichte nur die Unterscheidung nach der Staatsbürgerschaft in „deutsch“ oder „nicht deutsch“. Diese Unterscheidung ist nicht nur zu wenig differenziert, sie überdeckt die tatsächliche sozio-kulturelle Lebenslage junger Menschen „mit Migrationshintergrund“. Auf einige Details wird nachfolgend ausführlicher eingegangen.

Im Hinblick auf die Lebenssituation der jugendlichen Spätaussiedler muss allerdings durchgängig damit gerechnet werden, dass die Zuwanderung nach Deutschland für die Eltern⁵⁵⁵ mit einem beruflichen Abstieg verbunden ist, da die Qualifikation aus dem Herkunftsland nicht für einen entsprechenden beruflichen Status in Deutschland ausreicht (dies gilt insbesondere auch für die akademischen Berufe wie Ingenieur oder Lehrer).

998) Nach den Anhörungen und Besuchskontakten hat die Enquete-Kommission den sicheren Eindruck gewonnen, dass die jugendlichen Migranten ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft, Leistungsbereitschaft und Offenheit für ihre Lebenssituation an den Tag legen. Sie wollen in ihrer neuen Lebenswelt „ankommen“, begegnen dabei aber oftmals Widerständen, die sie nur schwer verstehen können. Sie leiden darunter, wenn einzelne Probleme ihrer ethnischen Zugehörigkeit zugesprochen werden, und nicht ihrer besonderen Lebenssituation.

3.12.2 Anteil und regionale Verteilung der Migrantengruppen

999) Wie in Kapitel 3.1 A ausgeführt, werden in den amtlichen Statistiken die unterschiedlichen Migrantengruppen weit überwiegend nicht nach migrationspezifischen Merk-

⁵⁵⁴ Vgl. hierzu die tabellarische Zuordnung der Bevölkerung nach Geburtsland und Staatsangehörigkeit in Kapitel 3.1 A bzw. im Anhang.

⁵⁵⁵ In der Wahrnehmung der betroffenen Jugendlichen trifft diese Problematik vor allem das Rollenverständnis der Väter.

malen, sondern allein über das Merkmal der Staatsbürgerschaft erfasst (Deutsche und Nicht-Deutsche bzw. Ausländer). Neben den Deutschen ohne Migrationshintergrund werden also insbesondere auch Spätaussiedler,⁵⁵⁶ Flüchtlinge und Vertriebene mit deutscher Volkszugehörigkeit und deren eingebürgerte Familienangehörige sowie eingebürgerte Ausländer als Deutsche⁵⁵⁷ erfasst, ebenso hier geborene Kinder nicht-deutscher Eltern, die nach den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen neben der elterlichen Staatsbürgerschaft bis zum 18. Lebensjahr auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Kinder dieser Bevölkerungsgruppen wachsen aber nicht zwangsläufig mit Deutsch als Muttersprache auf.

Andererseits befindet sich unter den Nicht-Deutschen eine größere Gruppe von Angehörigen aus anderen Ländern der

Europäischen Union (EU), die im Rahmen der Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU ihrem Beruf nachgehen, oft einer gehobenen Einkommensschicht angehören, das kommunale Wahlrecht besitzen und aus ihrer nicht-deutschen Staatsangehörigkeit keine besonderen Integrationsbedürfnisse ableiten.

Insofern vermögen die amtlichen Statistiken immer nur Teilaspekte der Migrantenthematik abzubilden.

1000) Eine differenziertere Betrachtung ermöglicht erstmals der Mikrozensus 2005, der die Bevölkerungsgruppen nach ihrem Migrationsstatus ausdifferenziert und dabei auf einen Bevölkerungsanteil von rund 19 % von „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn“ in Deutschland kommt (siehe nachfolgende Tabelle).

Tabelle 50: Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus und Geschlecht – Ergebnis des Mikrozensus 2005

Migrationsstatus	Insgesamt	männlich	weiblich
	in 1000		
Bevölkerung insgesamt	82 465,3	40 338,5	42 126,8
1 Deutsche ohne Migrationshintergrund	67 132,4	32 543,3	34 589,1
2 Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn	15 332,9	7 795,2	7 537,7
2.1 Personen mit nicht durchweg bestimmbareren Migrationsstatus	548,2	268,9	279,3
2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	14 784,8	7 526,4	7 258,4
2.2.1 Personen mit eigener Migrationserfahrung	10 399,0	5 207,8	5 191,3
2.2.1.1 Ausländer	5 571,3	2 853,4	2 717,9
2.2.1.2 Deutsche	4 827,7	2 354,4	2 473,4
2.2.1.2.1 Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung	1 769,0	856,9	912,1
2.2.1.2.2 Eingebürgerte	3 058,8	1 497,5	1 561,3
2.2.2 Personen ohne eigene Migrationserfahrung	4 385,8	2 318,6	2 067,2
2.2.2.1 Ausländer	1 749,3	955,3	794,0
2.2.2.2 Deutsche	2 636,4	1 363,3	1 273,1
2.2.2.2.1 Eingebürgerte	455,1	219,5	235,6
2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil zusammen	2 181,3	1 143,9	1 037,5
2.2.2.2.2.1 beidseitiger Migrationshintergrund	1 095,0	568,9	526,1
2.2.2.2.2.2 einseitiger Migrationshintergrund	1 086,4	575,0	511,4
	in % der Bevölkerung insgesamt		
Bevölkerung insgesamt	100,00	100,00	100,00
1 Deutsche ohne Migrationshintergrund	81,41	80,68	82,11
2 Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn	18,59	19,32	17,89
2.1 Personen mit nicht durchweg bestimmbareren Migrationsstatus	0,66	0,67	0,66
2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	17,93	18,66	17,23
2.2.1 Personen mit eigener Migrationserfahrung	12,61	12,91	12,32
2.2.1.1 Ausländer	6,76	7,07	6,45
2.2.1.2 Deutsche	5,85	5,84	5,87
2.2.1.2.1 Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung	2,15	2,12	2,17
2.2.1.2.2 Eingebürgerte	3,71	3,71	3,71
2.2.2 Personen ohne eigene Migrationserfahrung	5,32	5,75	4,91
2.2.2.1 Ausländer	2,12	2,37	1,88
2.2.2.2 Deutsche	3,20	3,38	3,02
2.2.2.2.1 Eingebürgerte	0,55	0,54	0,56
2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil zusammen	2,65	2,84	2,46
2.2.2.2.2.1 beidseitiger Migrationshintergrund	1,33	1,41	1,25
2.2.2.2.2.2 einseitiger Migrationshintergrund	1,32	1,43	1,21

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Fachserie 1 Reihe 2.2. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006 (korrigierte Fassung 28.08.2007)

556 Die Zahl der Spätaussiedler ist seit dem Jahr 2001 stark rückläufig. Nach einer vom Bundesverwaltungsamt vorgelegten Zugangsstatistik 2004 kamen in diesem Jahr noch 8.495 Spätaussiedler nach Bayern, davon allerdings rund 27 % als Minderjährige. 2007 waren es nur noch 864 Spätaussiedler, davon 25 % Minderjährige.

557 Zwischen 2000 und 2004 wurden rund 85.000 Ausländer in Bayern eingebürgert (mit deutlich abnehmender Tendenz). Von den im Jahr 2004 eingebürgerten 13.225 Ausländern waren rund 16 % minderjährig. Vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Statistische Berichte, Einbürgerungen in Bayern 2004.

1001) Auf derselben Zahlenbasis lässt sich für Bayern eine Teilauswertung nach Altersgruppen errechnen, die zu dem nachfolgenden Ergebnis führt:

Tabelle 51: Eckdaten zur Bevölkerung nach Migrationsstatus und Altersgruppen in Bayern

(in Tausend)	Altersgruppe insgesamt, davon:	Deutsche ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn		davon			
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)				
						Deutsche mit eigener Migrationserfahrung		Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	
						Ausländer mit eigener Migrationserfahrung		Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
unter 5 Jahre	479,9	329,3	68,6	140,7	29,3	(x)	(x)	109,6	77,9
						(x)	(x)	22,3	15,9
5-10	643,0	459,7	71,5	171,0	26,6	11,7	6,8	95,1	55,6
						19,3	11,3	44,8	26,2
10-15	651,1	495,4	76,1	145,5	22,3	16,8	11,6	63,5	43,6
						21,6	14,9	43,6	30,0
15-20	721,7	553,3	76,7	159,2	22,1	46,9	29,5	44,6	28,0
						31,6	19,9	36,2	22,7
20-25	728,4	562,5	77,2	158,1	21,7	55,6	35,2	28,9	18,3
						51,1	32,3	22,5	14,2
0-25 insgesamt	3.224,1	2.400,2	74,5	774,5	24,0	133,6	17,3	341,7	44,1
						129,8	16,8	169,4	21,9
Bevölkerung insgesamt	12.456,0	10.098,3	81,1	2.283,9	18,3	720,6	31,6	383,6	16,8
						932,1	40,8	247,6	10,8

Anmerkungen: Die Addition der Spalten (3) und (4) lässt einen geringfügigen Differenzbetrag zu Spalte (2) offen; dabei handelt es sich um die in der oberen Gesamttabelle ausgewiesene Gruppe der „Personen mit nicht durchweg bestimmtem Migrationsstatus“, die hier nicht weiter betrachtet wird.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Mikrozensus 2005, Vorabveröffentlichung Februar 2008; eigene Berechnungen. (x): Werte <5 gelten im Mikrozensus als nicht repräsentativ.

1002) Gegenüber der Bundesstatistik weicht der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in Bayern nur unerheblich ab. Deutlich wird, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der entsprechenden Altersgruppe umso höher wird, je jünger die Altersgruppe ist. Bei den unter 5-Jährigen beträgt er bereits rund 30 % im Landesdurchschnitt, von denen die allermeisten bereits hier geboren sind (d.h. ohne eigene Migrationserfahrung). Aus diesem letzteren Sachverhalt ergibt sich bereits ein erster wichtiger Hinweis auf die Lebenssituation dieser hier geborenen Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund: Benachteiligungen werden subjektiv als ethnisch begründete Ausgrenzung erfahren, da ein anderer biografischer Hintergrund als eigener Erklärungsversuch nicht zur Verfügung steht.

1003) Nicht-deutsche Bevölkerungsanteile an der Wohnbevölkerung in Bayern: In den Jahren seit 1990 war der Anteil der ausländischen Bevölkerung zwar immer gewissen Schwankungen unterworfen, hat sich aber in der Größenordnung nicht entscheidend verändert. Betrug dieser Anteil 1990 noch 7,4 %, so stieg er bis 2003 auf 9,4 % an und fällt bis 2006 wieder auf 8,7 %. Das Verhältnis zwischen Ausländerinnen und Ausländern hat sich in demselben Zeitraum weitgehend angenähert (51,9 % männlich zu 48,1 % weiblich).⁵⁵⁸

1004) Die Entwicklung nach Altersgruppen weist in den Jahren 2002 bis 2006 einen deutlichen Rückgang des Anteils der 0- bis 6-Jährigen aus, während sich der Anteil der über

⁵⁵⁸ Siehe hierzu auch Detailaufstellung im Anhang, Tabelle Ausländische Bevölkerung in Bayern seit 1990 nach Geschlecht.

18-Jährigen leicht erhöht. An dieser Entwicklung werden die Auswirkungen der „ius-soli-Regelung“ sichtbar, nach der in Deutschland geborene Kinder von Ausländern neben ihrer Abstammungsnationalität die deutsche Staatsbürgerschaft bis zum 18. Lebensjahr erhalten und folglich in den amtlichen Statistiken nicht mehr als Ausländer, sondern als Deutsche geführt werden. Der tatsächliche Anteil von jungen Menschen „mit Migrationshintergrund“ wird deshalb nur über die oben erläuterten Daten des Mikrozensus deutlich.

Tabelle 52: Ausländische Bevölkerung nach dem Ausländerzentralregister und ihr Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe der Gesamtbevölkerung⁵⁵⁹

von ... bis unter ... Jahre	2002	%	2003	%	2004	%	2005	%	2006	%
insgesamt	1.160.682	9,4	1.172.020	9,4	1.060.232	8,5	1.071.761	8,6	1.082.175	8,7
0 - 6	51.126	6,9	43.965	6,1	35.249	5,0	29.020	4,2	26.449	3,9
6 - 18	138.408	8,4	140.295	8,5	134.325	8,2	134.791	8,3	129.134	8,0
0 - 18	189.534	8,0	184.216	7,8	169.574	7,2	163.811	7,1	155.583	6,8
18 - 21	40.106	9,8	38.203	9,4	35.498	8,6	35.696	8,6	36.045	8,4
über 18	971.148	9,3	987.760	9,4	890.658	8,5	907.950	8,6	926.592	9,1

Ausländerzahlen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Ausländer in Bayern am 31. Dezember 2002–2006; Ergebnisse des Ausländerzentralregisters; eigene Berechnungen Bevölkerungszahlen: Statistische Berichte, Altersstruktur der Bevölkerung in Bayern am 31.12.2006, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

1005) Von erheblicher jugendpolitischer Bedeutung ist die stark differierende Verteilung der nicht-deutschen Bevölkerung in den einzelnen Regierungsbezirken, Städten und Landkreisen. Unter den Regierungsbezirken weist Oberbayern den höchsten Ausländeranteil mit 12,8 % auf, demgegenüber liegt der niedrigste Ausländeranteil in der Oberpfalz mit 4,0 %. Unter den Städten rangiert die Landeshauptstadt München mit einem Anteil von 23,5 % an erster Stelle, die Stadt Weiden in der Oberpfalz mit 5,8 % an der letzten Stelle. Bei den Landkreisen fällt der höchste Ausländeranteil auf den Landkreis München mit 11,9 %, der niedrigste auf den Landkreis Freyung-Grafenau mit 1,7 %.

Eine detaillierte Aufstellung⁵⁶⁰ findet sich im Anhang.

⁵⁵⁹ Quellen: Ausländerzahlen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Ausländer in Bayern am 31. Dezember 2002 - 2006; Ergebnisse des Ausländerzentralregisters; eigene Berechnungen Bevölkerungszahlen: Statistische Berichte, Altersstruktur der Bevölkerung in Bayern am 31.12.2006, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Die Erhebungsmethoden der Bevölkerungsforschreibung und des Ausländerzentralregisters weichen voneinander ab, da letzteres nur Ausländer erfasst, die sich „nicht nur vorübergehend“ in Deutschland aufhalten. Da in dieser Tabelle die Veränderungen zwischen den hier lebenden Altersgruppen verdeutlicht werden sollen, können diese Unschärfen

⁵⁶⁰ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Ausländer in Bayern am 31. Dezember 2006; Ergebnisse des Ausländerzentralregisters und Einzelabfrage beim Statistischen Landesamt.

Abbildung 33: Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung

in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns am 31.12.2006



Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Ausländer in Bayern am 31. Dezember 2006; Ergebnisse des Ausländerzentralregisters und Einzelabfrage beim Statistischen Landesamt

1006) Ähnlich stark differieren die Anteile der einzelnen Ausländergruppen nach Nationalitäten (vgl. Tabelle im Anhang). Die Türken bilden in allen Regierungsbezirken die stärkste Ausländergruppe außerhalb der EU, gefolgt von den Staatsangehörigen der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ohne Slowenien. Unter den EU-Staaten dominieren Österreich, Italien und Griechenland, in den fränkischen und ostbayerischen Regierungsbezirken daneben Polen und Tschechien.

Die meisten Ausländer leben in den Städten und deren Umland. Ein relativ hoher Anteil von Staatsangehörigen aus Ländern der früheren GUS ist vermutlich mit den ausländischen Familienangehörigen deutscher Spätaussiedler zu erklären.

Bildung

1007) Nicht-deutsche Schüler weisen gegenüber ihren deutschen Mitschülerinnen und Mitschülern deutliche Unterschiede nach den Schularten auf: Sie sind an den Hauptschulen stark überrepräsentiert, an den Realschulen und Gymnasien ebenso unterrepräsentiert. Diese Entwicklung setzt sich an den berufsbildenden Schulen fort.

Tabelle 53: Schüler in Bayern, Schuljahr 2006/2007

Schüler	insgesamt	deutsche Schüler		ausländische Schüler	
		absolut	%	absolut	%
Grundschule	506.722	463.327	91	43.395	9
Hauptschule	264.692	226.200	86	38.492	14
Realschule	231.191	221.778	96	9.413	4
Gymnasium	364.081	350.526	96	13.555	4
Berufsbildende Schulen	437.974	408.065	93	29.909	7

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Statistische Berichte, Bayerische Schulen im Schuljahr 2006/07, Tabelle 1 (Auszug)

Bezogen auf die Schulabschlüsse sind die ausländischen Schüler dementsprechend beim Abitur und beim mittleren Abschluss stark unterrepräsentiert, beim qualifizierenden Hauptschulabschluss und beim Hauptschulabschluss dagegen überrepräsentiert. „Fast jeder sechste ausländische Schulabgänger in Bayern beendete im Schuljahr 2003/2004 seine Schulzeit ohne Abschluss (16,5 %). Unter den deutschen Jugendlichen traf dies nur auf 4,4 % der Abgänger zu.“⁵⁶¹

1008) In den statistischen Berichten über das Schuljahr 2006/2007 wird für die Volksschulen auch die Religionszugehörigkeit ausgewiesen.⁵⁶² Da die Religionszugehörigkeit zumindest einen Teil der Lebenssituation deutscher Schüler wie auch deutscher bzw. nicht-deutscher Schüler

mit Migrationshintergrund abbildet, lohnt sich auch hier ein genauerer Blick. In den Regierungsbezirken mit den Großstädten München, Nürnberg und Augsburg liegt der Anteil der Volksschüler mit islamischem Glauben bei rd. 10 %, das entspricht allein in diesen Regierungsbezirken rd. 48.000 Schülern. Diese Zahl macht deutlich, dass die Einrichtung eines flächendeckenden islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Aufsicht ein drängendes Problem darstellt.

1009) Der unterdurchschnittliche Anteil nicht-deutscher Gymnasiasten setzt sich an den Hochschulen fort. Zwar beträgt der Anteil ausländischer Studentinnen und Studenten an den bayerischen Hochschulen rund 12 %, von 5.234 ausländischen Studienanfängern (Universitäten, philosophisch-theologische Hochschulen und Kunsthochschulen) im Wintersemester 2006/2007 haben aber 4.407 (84 %) ihre Studienberechtigung im Ausland erworben. Der Anteil der ausländischen Studierenden, die als „Bildungsinländer“ gelten, ihre Studienberechtigung also im Inland erworben haben, beträgt 2,4 %. Dieser Wert entspricht nur etwas mehr als der Hälfte der ausländischen Schüler an den Gymnasien.⁵⁶³

Ausbildung und Beruf

1010) Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist die wichtigste Voraussetzung für die Integration der in Deutschland lebenden jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Grundvoraussetzung wird jedoch vielfach nicht erfüllt, denn aufgrund ihrer oftmals fehlenden beruflichen Qualifikation und unzureichender deutscher Sprachkenntnisse üben sie Tätigkeiten aus, die am unteren Ende der Arbeitsmarkthierarchie angesiedelt sind. Damit sind sie deutlich höher von Arbeitslosigkeit als Deutsche betroffen. In besonderer Weise gilt dies für die erste „Ausländergeneration“. Aber auch die jungen Zuwanderer im Alter von 25 bis 35 Jahren mit höheren Bildungsabschlüssen weisen eine niedrigere Erwerbsbeteiligung auf und finden seltener Zugang zu höheren Positionen.

1011) Jugendliche mit Migrationshintergrund haben vor allem dann schlechte Berufschancen, wenn sie mit Sprach- und Bildungsdefiziten ihre Schulzeit beenden. Die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen ist ein entscheidendes Kriterium für Betriebe bei der Auswahl von Bewerbern. Manche Betriebe scheuen auch mögliche interkulturelle Konfliktslagen, d.h. allein der Migrationshintergrund kann ein Hemmnis bei der Einstellung und damit für die berufliche Eingliederung sein.

1012) Die Ausbildungsbeteiligungsquote (Anteil der Auszubildenden an der Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 21 Jahren) ausländischer Jugendlicher liegt deutlich unter der der deutschen Gleichaltrigen.

⁵⁶¹ Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Bildungsberichterstattung 2006, S. 226.

⁵⁶² Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Statistische Berichte, Bayerische Schulen im Schuljahr 2006/07, Tab. 29

⁵⁶³ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Studenten an den Hochschulen in Bayern. Wintersemester 2006/07 und Studienjahr 2006/07. Endgültige Ergebnisse. München 2007

Tabelle 54: Ausbildungsbeteiligungsquote deutscher und ausländischer Jugendlicher, 1995 und 2005 in Deutschland (gesamt) und Bayern

	1995		2005	
	Deutschland in %	Bayern in %	Deutschland in %	Bayern in %
Deutsche Jugendliche	66	71	58	65
Ausländische Jugendliche	33	40	24	26

Berufsbildungsstatistik und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes/ Schaubilder des BIBB; Forum Soziales Bayern beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Arbeitsgruppe 5 „Integration von Zuwanderern“ (www.stmas.bayern.de/migration)

1013) In Bayern liegen die Quoten für die deutschen und ausländischen Jugendlichen, die eine Ausbildung durchlaufen, zwar immer über dem Bundesdurchschnitt, das gilt sowohl für die deutschen als auch für die ausländischen Jugendlichen. Im Vergleich der Jahre 1995 bis 2005 ist jedoch ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen, der in Bayern für die ausländischen Jugendlichen deutlicher ausfällt als im übrigen Deutschland. Die in der Tabelle genannte Ausbildungsbeteiligungsquote ist für ausländische Jugendliche in Bayern um 35 Punkte zurückgegangen, in Deutschland um 27 Punkte. Bei den Auszubildenden mit deutscher Staatsangehörigkeit beträgt der Rückgang in Bayern 9 Punkte gegenüber 12 Punkten bundesweit.

Der allgemeine Rückgang zwischen 1995 und 2005 ist mit der angespannten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu erklären. Bei ausländischen Jugendlichen wirken sich zusätzlich Defizite in der deutschen Sprache oder in der Ausbildungsfähigkeit aus.⁵⁶⁴

1014) Ungeachtet dessen spielt auch hier eine Rolle, dass aufgrund des seit dem Jahr 2000 geltenden Staatsangehörigkeitsrechts mit seinen rückwirkenden Regelungen Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und damit statistisch als Deutsche erfasst werden. Im Zeitraum 1995 bis 2005 hat sich die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung in Bayern im Alter von 18 bis unter 21 Jahren um mehr als ein Fünftel verringert, während die Zahl der deutschen Wohnbevölkerung in dieser Altersgruppe um 17 % gestiegen ist. Der Anteil ausländischer Auszubildender an allen Auszubildenden in Bayern belief sich Ende 2000 auf 5,5 % und Ende 2006 auf 4,1 %.

1015) Entscheidend für die Ausbildung ist der Übergang von der allgemein bildenden Schule. Hierfür ist der erreichte Schulabschluss ausschlaggebend. Ein Großteil der ausländischen Jugendlichen schließt die allgemein bildende Schule mit dem Hauptschulabschluss ab. In Bayern sind es für 2005 fast 50 % gegenüber rund 26 % bei den deutschen Jugendlichen. Gerade für diese Jugendlichen sind aber die Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt geringer geworden. Um die Ausbildungsstellen findet ein zunehmender Verdrängungswettbewerb

zwischen schulisch besser qualifizierten Jugendlichen und Jugendlichen mit niedrigeren formalen Abschlüssen oder Defiziten im Persönlichkeitsbereich statt. Ausländische Jugendliche sind von diesen Veränderungen dann stärker betroffen, wenn sie die deutsche Sprache nicht in Wort und Schrift beherrschen. Ziel muss daher sein, die Jugendlichen zu besseren Schulabschlüssen zu führen bzw. sie dazu zu motivieren.

1016) Der Anteil von ausländischen und deutschen Jugendlichen, die eine duale Ausbildung anstreben, ist mit über 70 % ungefähr gleich groß. Allerdings geht dann die Schere bei den Jugendlichen, die tatsächlich einen Ausbildungsplatz erhalten, weit auseinander: 45 % der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund erhalten eine Ausbildung, die zu einem Berufsabschluss führt, aber nur 34 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Der Nationale Bildungsbericht 2006⁵⁶⁵ weist darauf hin, dass es bei den deutschen Jugendlichen 71 % sind, die in eine Ausbildung einmünden, bei den Jugendlichen aus Migrantenfamilien lediglich 44 %.

Die schlechteren Quoten können nicht allein durch Schulabschlüsse oder schlechtere Noten begründet werden; die Ausgrenzungsprozesse zeigen sich auch bei gleich qualifizierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Tabelle 55: Ausländische Auszubildende in Deutschland (westliches Bundesgebiet) und Bayern

Jahr	Westliches Bundesgebiet		Bayern	
	Absolut	in %	Absolut	in %
1995	116.600	9,8	21.900	8,8
1999	97.300	7,6	16.200	6,1
2004	69.000	5,7	11.600	4,5
2005	64.600	5,3	11.000	4,3

Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes/ Datenblätter des BIBB, Änderung des Rechtsstatus von Ausländern

1017) Situation an den beruflichen Schulen: Ausländische Jugendliche, die einen Ausbildungsberuf erlernen, werden in den jeweiligen Fachklassen auf einen Berufsabschluss vorbereitet. Eine Unterstützung kann jedoch nur im Rahmen der Binnendifferenzierung erfolgen, da wegen der geringen Zahl der Betroffenen innerhalb einer Fachklasse in der Regel keine Gruppenbildung möglich ist.

Ausländische Schülerinnen und Schüler sind in Klassen zur Berufsvorbereitung (BVJ) und in Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz (JoA) erwartungsgemäß überrepräsentiert. In diesen Angeboten ist eine gezieltere individuelle Förderung möglich. Soweit es aufgrund der Klassenzusammensetzung möglich ist, kann für ausländische Schüler ein geeigneter Förderunterricht angeboten werden. Auch können Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsverwaltung verstärkt unterstützt werden. Ausländische Jugendliche sind auch in diesen Klassen überdurchschnittlich vertreten (siehe nachfolgende Tabelle).

⁵⁶⁴ Zu den geschlechtsspezifischen Besonderheiten vgl. Kapitel 3.9 I.

⁵⁶⁵ BT-Drs. 16/4100, S. 156

Tabelle 56: Ausländische Schüler an beruflichen Schulen und im Berufsvorbereitungsjahr in Bayern im Schuljahr 2005/2006

Schulart	Schüler gesamt	Aus- ländische Schüler	Aus- ländische Schüler %
BS	276.645	18.654	6,74 %
WS	25.836	2.013	7,79 %
BFS	27.258	2.152	7,89 %
BFG	24.696	1.310	5,30 %
FS	14.222	479	3,37 %
FOS	31.446	1.859	5,91 %
BOS	11.487	423	3,68 %
FAK	7.431	530	7,13 %
Berufsvorbereitungsjahr	3.555	965	27,14 %

Berufliche Schulen in Bayern, Schuljahr 2005/2006, Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Referat VII.3

1018) Im Berufsvorbereitungsjahr finden sich überdurchschnittlich viele ausländische Jugendliche, die den Sprung in die duale Ausbildung nicht schaffen. Bei den deutschen Jugendlichen mit vergleichbar niedriger Qualifikation gelingt das noch eher, wenn auch nicht in einem sehr hohen Maße.⁵⁶⁶

Tabelle 57: Jugendliche ohne Ausbildungsplatz an den Berufsschulen im Schuljahr 2005/2006

Berufsbezeichnung	Schüler gesamt	Aus- ländische Schüler	Aus- ländische Schüler in %
JoA - mithelfende Familienangehörige	360	62	17,22 %
JoA - ohne Berufstätigkeit und Arbeitslose	12.467	2.710	21,74 %
JoA - Teilnehmer an Lehrgängen der Arbeitsvermittlung	3.702	745	20,12 %
JoA - ungelernte Arbeitskräfte	1.515	381	25,15 %
Praktikanten(EQJ-Maßnahme)	1.130	134	11,86 %
Summe:	15.142	4.032	26,63 %

Amtliche Schuldaten, Stand 20.10.2005, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Referat VII.3**Kinder- und Jugendhilfe**

1019) Die Kinder- und Jugendhilfestatistik des Bundes (gemäß §§ 99 ff. SGB VIII) enthält seit dem Erhebungsjahr 2007 auch Merkmale zum Migrationshintergrund (ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils; in der Familie wird vorrangig nicht Deutsch gesprochen), jedoch sind diese Merkmalsdefinitionen nicht identisch mit jenen des Mikro-

zensus. Von daher lassen sich nur die Größenordnungen vorsichtig vergleichen. Die vollständigen Berichte der Kinder- und Jugendhilfestatistik werden außerdem erst im Laufe des Jahres 2008 vorliegen.

1020) Eine erste Auswertung für den Bereich der Kindertagesbetreuung findet sich in der nachfolgenden Tabelle. Danach beträgt der Anteil der Kinder mit dem dort definierten Migrationshintergrund an der jeweiligen Altersgruppe in Bayern durchschnittlich rd. 25 %. Auffällig ist dabei, dass dem unterdurchschnittlichen Anteil bei den Kindern im Krippenalter ein hoher Anstieg bei den Schulkindern folgt; hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Hortkinder, die in der Altersgruppe der 10- bis 12-Jährigen einen Anteil von rd. 40 % erreichen. Auch ein vorsichtiger Vergleich mit den Daten des Mikrozensus macht deutlich, dass die Beteiligung an der Kindertagesbetreuung gegenüber den deutschen Altersgruppen im Vorschulbereich eher unterdurchschnittlich, im schulischen Bereich eher überdurchschnittlich ausfällt.

Tabelle 58: Kinder in Tageseinrichtungen und mit Migrationshintergrund in Bayern 2007

Persönliche Merkmale	Kinder in Kindertageseinrichtungen		
	Alle Kinder in KiTa in Bayern insgesamt	Kinder mit Migrationshintergrund nach Definition KJHG-Statistik *	in % aller betreuter Kinder der jeweiligen Altersgruppe
Bayern insgesamt	442 754	112 127	25,32
unter 1	1 305	291	22,30
1 - unter 2	7 024	1 574	22,41
2 - unter 3	22 762	4 979	21,87
unter 3	31 091	6 844	22,01
3 - unter 4	84 724	21 177	25,00
4 - unter 5	106 675	25 934	24,31
5 - unter 6	111 305	25 487	22,90
3 bis unter 6	302 704	72 598	23,98
6 - unter 7	64 592	16 209	25,09
7 - unter 8	14 816	5 127	34,60
8 - unter 9	11 613	4 350	37,46
9 - unter 10	8 906	3 456	38,81
10 - unter 11	5 424	2 173	40,06
11 - unter 12	1 883	757	40,20
12 - unter 13	989	376	38,02
13 - unter 14	736	237	32,20

* Kinder mit ausländischem Herkunftsland mindestens eines Elternteils und Kinder, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird

Abfrage beim Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung vom 16.05.2008 auf Basis des Berichts Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 15.03.2007; revidierte Ergebnisse, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008; eigene Berechnungen

⁵⁶⁶ Vgl. Wortprotokoll, 26. Sitzung, 26.06.2007

1021) Da die Vergleichszahlen für die Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung insgesamt für 2007 noch nicht vorliegen, kann die aktuelle Beteiligungsquote noch nicht mit der entsprechenden Quote für die deutschen Kinder verglichen werden. Nach den Auswertungen des Mikrozensus 2003 lag die Quote bei den nicht-deutschen Kindern (also einer anderen Bezugsgröße) in den westdeutschen Ländern um 5,4 Prozentpunkte unter der Quote der deutschen Kinder.⁵⁶⁷

Die Betreuung von Migrantenkindern in Tageseinrichtungen erfordert aus zwei Gründen höchste Aufmerksamkeit: Für viele Kinder mit Migrationshintergrund stellt sich die Kindertagesbetreuung als wichtigster Lernort für den Erwerb der deutschen Sprache dar, und zwar nicht nur im Sinne planvollen Lernens, sondern auch durch die Begegnung mit

Deutsch als Alltagssprache, wie sie im Umgang mit den anderen Kindern eher spielerisch gelernt wird. Dieser Prozess des Erwerbs der Alltags- oder Umgangssprache gelingt aber nur dann, wenn Deutsch tatsächlich die Umgangssprache der Einrichtung ist, also wenigstens die Hälfte der Kinder deutschsprachig ist.

1022) Im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung kann auf erste Ergebnisse des Projekts JUBB-Jugendhilfeberichterstattung des Bayerischen Landesjugendamts im ZBFS zurückgegriffen werden. In dieser fallbezogen aufgebauten Statistik wird die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung in einem Index auf je 1000 der jeweiligen Altersgruppe zum Ausdruck gebracht. Eine Auswertung auf der Basis von rund 50 bayerischen Jugendämtern (ohne Landeshauptstadt München) ergibt folgendes Bild:

Tabelle 59: Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung je 1000 (bezogen auf die 0- bis 21-Jährigen der entsprechenden Altersgruppen der teilnehmenden Jugendämter)

	deutsch	nicht deutsch	insgesamt	Anteil Ausländer in %
Hilfe zur Erziehung nach SGB VIII				
§ 29 soziale Gruppenarbeit	0,16	0,02	0,18	12,89
§ 30 Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshilfe	1,94	0,16	2,10	7,74
§ 32 Erziehung in einer Tagesgruppe	0,84	0,10	0,94	10,67
§ 33 Vollzeitpflege	2,61	0,13	2,74	4,73
§ 34 Heimerziehung; sonstige betreute Wohnformen	2,06	0,17	2,23	7,65
§ 35 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	0,13	0,01	0,14	6,97
§ 35a Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	3,27	0,12	3,40	3,63
Hilfen zur Erziehung (ohne 27 II und SPFH)	11,47	0,76	12,23	6,20
Vergleichswerte (Bayern)				
Bevölkerung unter 21	2.554.148	205.072	2.759.220	7,43
Gesamtbevölkerung	11.383.661	1.060.232	12.443.893	8,52

ew

Altersstruktur der Bevölkerung in Bayern am 31.12.2004, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Kennziffer A I 3j 2004, September 2005; Ausländer in Bayern am 31. Dezember 2004, Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Berichtigte Fassung, Bayerisches Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, Kennziffer A I 4j 2004, September 2005; JUBB 2006; eigene Berechnungen

1023) Hier offenbaren sich erhebliche Abweichungen gegenüber der Inanspruchnahme von Deutschen wie auch der Inanspruchnahme insgesamt. Auffällig ist zunächst der überdurchschnittlich hohe Anteil bei Sozialer Gruppenarbeit. Er ist vermutlich darin begründet, dass sich hinter dieser Hilfe zur Erziehung auch die so genannten Sozialen Trainingskurse verbergen, die schwerpunktmäßig als erzieherische Maßnahme bei eher leichten Fällen der Jugendstraffälligkeit durchgeführt werden. Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten führen bei den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eher überdurchschnittlich zur Hilfe in heilpädagogischen Tageseinrichtungen (siehe § 32 SGB VIII), aber eher unterdurchschnittlich zu individuellen Hilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII.

⁵⁶⁷ Lange, Jens: Migration – die Achillesferse der Kindertagesbetreuung?
In: KOMDat Heft 1, Juni 2007, S. 6)

Auch unter Berücksichtigung der erheblichen Problembelastung von Familien mit Migrationshintergrund wird man feststellen müssen, dass die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Form der Hilfen zur Erziehung für diese Familien noch nicht in dem erforderlichen Umfang erbracht werden. Hierzu wird es notwendig sein, sowohl die Zugänge zu diesem Sozialleistungsbereich zu vereinfachen als auch Hilfen besser auf den jeweiligen sozio-kulturellen Hintergrund abzustellen. Die vielfach beobachtete Distanz von Migrantenfamilien gegenüber deutschen Behörden wird auch dadurch verringert werden können, dass vermehrt Fachkräfte mit eigenem Migrationshintergrund beschäftigt werden.

3.12.3 Unbegleitete jugendliche Flüchtlinge

1024) Minderjährige Flüchtlinge bis unter 16 Jahren reisen in der großen Mehrheit mit ihren Eltern oder anderen Personensorgeberechtigten nach Deutschland ein, bei insgesamt stark rückläufiger Tendenz. Nach Auskunft des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und den Berechnungen des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ging deren Zahl von 1.050 im Jahr 2005 auf 769 im Jahr 2007 zurück, darunter befanden sich zuletzt 27 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unter 16 Jahren. Bei den 16- bis unter 18-jährigen unbegleiteten Flüchtlingen stellt sich eine ähnliche Entwicklung dar: Im Jahr 2005 waren es 287, im Jahr 2007 noch 198 Jugendliche.⁵⁶⁸

1025) Minderjährige Flüchtlinge, die unter 16 Jahre alt sind und keinen Anschluss an einen bereits hier lebenden Familienverband finden, werden in der Regel in Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht. Dabei geht es in der ersten Phase nach Ankunft um die Abklärung des Aufenthaltsstatus und der Aufenthaltsperspektive, in der zweiten Phase um die Rückführung in das Herkunftsland bzw. die weitere Integration in Deutschland. Nach der Bestandsstatistik des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wurden zum Stichtag 31.12.2007 in Bayern insgesamt 91 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unter 16 Jahren betreut, davon 80 in Einrichtungen der Jugendhilfe und 11 in Familien.

1026) Für die Betreuung der 16- bis 18-Jährigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wurde unter der Federführung des Sozialministeriums, der freien Träger der Wohlfahrtspflege, zuständigen Behörden und dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) ein Gesamtkonzept erarbeitet, das den besonderen Belangen dieser jungen Menschen Rechnung tragen und eine angemessene Unterbringung und Betreuung sicherstellen soll. Es ist in vier Stufen gegliedert:

- Stufe 1: „Klassische“ Jugendhilfeeinrichtungen, in denen 16- und 17-jährige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge je nach ihrem persönlichen Bedarf nach wie vor untergebracht werden können.
- Stufe 2: Jugendhilfeeinrichtungen mit einem niederschwelligeren Jugendhilfeangebot, wie es etwa in München in zwei Einrichtungen angeboten wird.

- Stufe 3: Speziell eingerichtete Gemeinschaftsunterkünfte bzw. Wohngruppen, die von einer sozialpädagogischen Fachkraft und einem eigenen Heimleiter betreut werden und auch sachlich wie räumlich etwas besser ausgestattet sind als übliche Gemeinschaftsunterkünfte. In einer Wohngruppe sollen durchschnittlich 24 männliche bzw. 12 weibliche Jugendliche wohnen. Bei Mädchen muss ein erhöhter Betreuungsaufwand angesetzt werden, weil diese oftmals eine schwierigere Vorgeschichte (Prostitution, Vergewaltigung) haben und auch in Deutschland Gefährdungen ausgesetzt sind. Die Einrichtungen der Stufe 3 werden möglichst in einem örtlichen Zusammenhang mit einer Gemeinschaftsunterkunft (GU) der Stufe 4 eingerichtet. Dort sollen soweit möglich Familien mit Kindern (begleitete minderjährige Flüchtlinge) untergebracht werden, so dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge Kontakte pflegen können und mit Vollendung des 18. Lebensjahres oder auch früher der Wechsel von der Gemeinschaftsunterkunft der Stufe 3 zu der üblichen Gemeinschaftsunterkunft leichter zu bewerkstelligen ist.
- Stufe 4: Übliche Gemeinschaftsunterkünfte, die allerdings pädagogisch betreut werden. Über die Verteilung dieser 16- bis 18-jährigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf die verschiedenen Unterbringungsformen informiert die nachstehende Tabelle.

Tabelle 60: Bestand der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge von 16 bis unter 18 Jahren in Bayern zum Stichtag 31.12.2007

Leistung	16- bis unter 18-jährige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	
	absolut	%
Jugendhilfeeinrichtung der Stufe 1	94	56,0
Jugendhilfeeinrichtung der Stufe 2*	10	6,0
Jugendhilfemaßnahmen außerhalb von Einrichtungen (z. B. betreutes Wohnen)	15	8,9
Unterbringung in Familien	1	0,6
Unterbringung in GU-Wohngruppen der Stufe 3**	38	22,6
Unterbringung in einer GU	10	6,0
Gesamt	168	100

* Jugendhilfeeinrichtungen der Stufe 2 existieren z. B. in den Regierungsbezirken Oberbayern (Jugendhilfeeinrichtungen Rupprechtstraße und Heßstraße in München) und Mittelfranken (Jugendhilfeeinrichtung Bezlhaus)

** Wohngruppen in Gemeinschaftsunterkünften bestehen derzeit nur in den Regierungsbezirken Oberbayern und Mittelfranken.

⁵⁶⁸ Erfasst werden hierbei nur die Asylerstanträge in Bayern. Diese Zahl ist nicht identisch mit der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge insgesamt bzw. den Bestandszahlen in den Einrichtungen. Sie dient hier lediglich zur Dokumentation der gegenwärtigen Entwicklung.

Auszug aus der Bestandszahlen-Tabelle des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

1027) Zum Gesundheitszustand jugendlicher Flüchtlinge und Asylsuchender konnte die Enquete-Kommission auf keine differenzierten Daten zurückgreifen. Soweit sie aus Bürgerkriegs- oder Katastrophengebieten kommen, muss regelmäßig mit einem hohen Ausmaß an Traumatisierung gerechnet werden. Zur besonderen Situation der Flüchtlinge zählt, dass Erkrankungen, die im psychosomatischen Bereich liegen – durch Traumatisierung, durch das Fluchtgeschehen und durch Fluchterlebnisse – sehr schnell erkannt werden können, auch wenn sie erst nach einem längeren Zeitraum auftreten, und dann auch entsprechende Therapien ermöglicht werden können. In Zusammenarbeit mit einem Betreuungsverein wurde in München eine eigene Unterkunft eingerichtet, die sich speziell um traumatisierte Flüchtlinge mit ihren Familien kümmert. Als besorgniserregend stellt sich nach dem Ergebnis der Anhörung die mangelnde sexuelle Aufklärung dar, die insbesondere für die weiblichen minderjährigen Flüchtlinge von großer Bedeutung ist.⁵⁶⁹

3.12.4 Studien zur Situation von jungen Migrantinnen und Migranten

1028) Grundlegende Kennzeichnung für die Lebenslage ist, dass sich in der Lebenssituation jugendlicher Migranten Risikofaktoren kumulieren: Schicht, Bildung, Sprache, Einkommen, Qualität des Sozialraums, individuelle Faktoren wie Gewalterfahrung, unbeachteter Einstieg in die Kriminalität, konkurrierende Wertsysteme. In dieser Betrachtung ist die ethnische Zugehörigkeit für sich alleine keine wirkungsvolle Erklärung.

1029) Wesentliche Impulse für die Einschätzung von Migrantenmilieus gibt die SINUS-Milieustudie, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Nationalen Integrationsplan-Prozesses in Auftrag gegeben hatte.⁵⁷⁰ Dabei wurden acht unterschiedliche Milieus identifiziert und die vorfindbaren Grundorientierungen einzelner Ausländer-Milieus mit der jeweiligen sozialen Lage ihrer zugehörigen Mitglieder in Beziehung gebracht. Diese Milieus unterscheiden sich hinsichtlich ihres Integrationsverhaltens deutlich voneinander. Aus der unterschiedlichen Distanz der einzelnen Milieus zur westlich-aufgeklärten Kultur in westeuropäischen Ländern erklärt sich zumindest ein Teil der sozialen und kulturellen Distanz zwischen Migrantengruppen und Lebensverhältnissen in Deutschland.

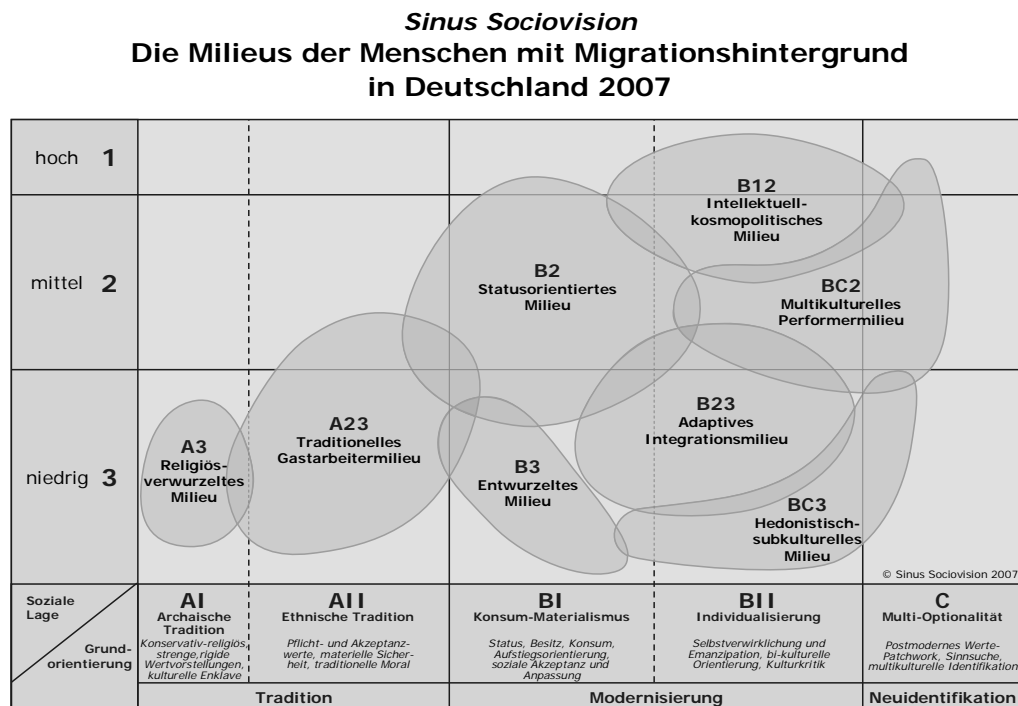
1030) Eher traditionsorientiert sind das religiös-verwurzelte Milieu sowie das traditionelle Gastarbeitermilieu (beide Unterschicht bzw. untere Mittelschicht), die jedoch beide eher von der Eltern- und Großelterngeneration dominiert werden. Als der Modernisierung aufgeschlossen werden vier Milieus charakterisiert, die jedoch hinsichtlich ihrer materiellen und bildungsbezogenen Voraussetzungen erheblich voneinander abweichen. Dies sind das mittelschichtsbezogene statusorientierte Milieu, das unter-

schichtsbezogene entwurzelte Milieu, das mittel- bis ober-schichtsbezogene intellektuell-kosmopolitische Milieu sowie das adaptive Integrationsmilieu der unteren Mittelschicht. Jugendliche werden hier besonders im entwurzelten Milieu (dies betrifft vor allem Flüchtlinge) angetroffen. Die beiden postmodernen Migrantenmilieus (multikulturelles Performermilieu der Mittelschicht und das eher unter-schichtsbezogene hedonistisch-subkulturelle Milieu) werden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominiert. Hier stehen Neuidentifikation durch multikulturelles Selbstbewusstsein und Bildungsorientierung (Performer), aber auch Konsummaterialismus und narzisstische Selbstinszenierung vor dem Hintergrund von Ausgrenzungserfahrungen im Vordergrund (Hedonisten). Insgesamt kann positiv vermerkt werden, dass fünf der acht Migrantenmilieus der Integration in die Aufnahmegesellschaft aufgeschlossen gegenüber stehen. In Bezug auf Geschlechterleitbilder zeigt sich allerdings ein weniger aufgeschlossenes Bild: In fünf der acht Milieus dominieren tradierte Rollenvorstellungen, wird Gleichstellung eher skeptisch betrachtet. Im Vergleich zur Gesamtgesellschaft fällt auf, dass die Migrantenmilieus eher der Unter- und unteren Mittelschicht angehören. Oberschichtsbezogene „etablierte Milieus“ (hier befinden sich klassischerweise Berufsangehörige der traditionellen Professionen wie Ärzte, Richter, aber auch Kaufleute und Unternehmer) fehlen nahezu vollständig. Migrantenjugendlichen mangelt es daher an entsprechenden positiven sozialen Leitbildern.

⁵⁶⁹ Anhörung, 26. Sitzung, 26.06.2007

⁵⁷⁰ Sinus Sociovision GmbH, Heidelberg: Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Eine qualitative Untersuchung von Sinus Sociovision. Auszug aus dem Forschungsbericht. Heidelberg, 16.10.2007.

Abbildung 34: Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund



- Sinus A3 (Religiös-verwurzeltes Milieu) ➤ Archaisches, bäuerlich geprägtes Milieu, verhaftet in den sozialen und religiösen Traditionen der Herkunftsregion
- Sinus A23 (Traditionelles Gastarbeitermilieu) ➤ Traditionelles Blue Collar-Milieu der Arbeitsmigranten, das den Traum einer Rückkehr in die Heimat aufgegeben hat
- Sinus B2 (Statusorientiertes Milieu) ➤ Klassisch aufstiegsorientiertes Milieu, das – aus kleinen Verhältnissen kommend – für sich und seine Kinder etwas Besseres erreichen will
- Sinus B3 (Entwurzeltes Milieu) ➤ Sozial und kulturell entwurzelt (traumatisiertes) Flüchtlingsmilieu – stark materialistisch geprägt und ohne Integrationsperspektive
- Sinus B12 (Intellektuell-kosmopolitisches Milieu) ➤ Aufgeklärtes, nach Selbstverwirklichung strebendes Bildungsmilieu mit einer welt-offen-toleranten Grundhaltung und vielfältigen intellektuellen Interessen
- Sinus B23 (Adaptives Integrationsmilieu) ➤ Die pragmatische moderne Mitte der Migrantenpopulation, die nach sozialer Integration und einem harmonischen Leben in gesicherten Verhältnissen strebt
- Sinus BC2 (Multikulturelles Performermilieu) ➤ Junges, flexibles und leistungsorientiertes Milieu mit bi- bzw. multikulturellem Selbstbewusstsein, das nach Autonomie, beruflichem Erfolg und intensivem Leben strebt
- Sinus BC3 (Hedonistisch-subkulturelles Milieu) ➤ Die unangepasste zweite Generation mit defizitärer Identität und Perspektive, die Spaß haben will und sich den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft verweigert

1031) Die Migranten-Milieus unterscheiden sich nach dieser Studie weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben. Dabei finden sich gemeinsame lebensweltliche Muster bei Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen. Mit anderen Worten: Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus. Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte beeinflussen die Alltagskultur, sind letzten Endes aber nicht milieuprägend und identitätsstiftend. Der Einfluss religiöser Traditionen auf das Leben und die Integration in Deutschland wird nach Einschätzung der Studie erheblich überschätzt. Ähnlich wie bei deutschen Jugendlichen muss auch hier davon ausgegangen werden, dass die Beheimatung in einem religiös geprägten sozio-kulturellen Milieu nicht gleichbedeutend mit der individuellen religiösen Bindung an eine Glaubensgemeinschaft ist. Der Integrationsgrad ist insbesondere bildungs- und herkunftsabhängig: Je höher das Bildungsniveau und je urbaner die Herkunftsregion, desto leichter und besser gelingt eine Integration in die Aufnahmegesellschaft.

1032) Andere Studien⁵⁷¹ zeigen, dass die Wirksamkeit dieser Milieus auf ihre Mitglieder nicht als statische Größe verstanden werden darf, sondern von zahlreichen Faktoren bei einzelnen Migrantengruppen beeinflusst wird wie z. B. Dauer des Eingliederungsprozesses, Deutschkenntnisse, schulische Bildung, aber auch interethnische Freundschaften. Fortbestehende Verunsicherungen im sozialen Status und widersprüchliche Migrationserwartungen können auch zu einer Renaissance traditioneller kultureller Werte führen, wie sich dies am Beispiel junger Türkinnen und Türken der zweiten und dritten Generation aufzeigen lässt: In einer Untersuchung über die Werthierarchien von Deutschen, türkischen Migranten in Deutschland und Türken (in der Türkei) wurde zunächst deutlich, dass sich Türken und Deutsche in den wichtigsten drei Wertauffassungen (Familiäre Sicherheit, Freiheit und Freundschaft) kaum voneinander unterscheiden. Auch bei der Frage, was ihnen eher unwichtig ist, ließ sich zumindest im Hinblick auf die geringe Bedeutung der Autorität (im Sinne von: Macht haben über andere) eine Übereinstimmung finden. Zwischen Deutschen und türkischstämmigen Menschen existieren sowohl Übereinstimmungen als auch signifikante Wertedifferenzen. Gleichwohl ist jedoch auch zu betonen, dass in einigen Wertvorstellungen türkische Migranten Deutschen ähnlicher sind als Türken in der Türkei, d.h. die Migration zu tatsächlichen Werteannäherungen geführt hat.

1033) Auffällig hingegen der Befund unter generationsspezifischen Fragestellungen: Sowohl in der deutschen als auch in der türkischen Stichprobe fallen die Ausprägungen, bis auf familiäre Sicherheit bei Deutschen und Reichtum bei Türken, wie erwartet aus, und zwar, dass jüngere Menschen stärker als ältere Menschen hedonistische Wertpräferenzen aufweisen, die Älteren dagegen etwas stärker sicherheitsorientierte Werte

präferieren. Für türkische Migranten aber lässt sich dieses Muster in der Form nicht wiederfinden: Hier haben jüngere Migranten deutlich stärkere sicherheits- und traditionsorientierte Wertpräferenzen als ältere Migranten. Migrantengenerationen scheinen weitaus stärker als ihre deutsche Bezugsgruppe in einer „konservativen Wertewelt“ zu leben und höhere geistige Sicherheitsbedürfnisse zu verspüren. Dahingehende Erwartungen also, dass gerade jüngere Migranten sich in ihren Wertauffassungen an ihre deutschen Altersgenossen angleichen würden, ließen sich mit diesen Daten, bei denen noch einmal die Generationen untereinander verglichen wurden, nicht bestätigen. Denkbar ist, dass jüngere Migranten deutlich stärkeren lebensweltlichen Verunsicherungen ausgesetzt sind und deshalb eher Sicherheit und Halt versprechende Orientierungen (wie etwa Achtung der Tradition, Höflichkeit, Autorität) präferieren. Ferner kann die Überlegung nicht von der Hand gewiesen werden, dass jüngere Migranten deutlich stärker in Kontakt und Diskurs mit Deutschen geraten und vermutlich eher das Bedürfnis verspüren, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, offensiver die Differenzen zu betonen und die als „typisch“ für die „türkische“ bzw. eigene „Kultur“ unterstellten traditionellen Werte wie etwa Höflichkeit, Achtung vor Tradition, Autorität, nationale Sicherheit etc. verteidigen oder zumindest wertschätzen zu müssen.⁵⁷²

1034) Auch die Auswertungen des DJI-Kinderpanels im Rahmen der Zusatzstichprobe zu türkischen und russlanddeutschen Kindern⁵⁷³ zeigen, dass Bildung und ökonomische Aufstiegsperspektiven eine zentrale Bedeutung haben. Migrationsbedingte Unterschiede verschwinden hinter sozialen Ungleichheitslagen.⁵⁷⁴ So zeigen etwa auch Untersuchungen über Migrantinnen und Migranten mit muslimischem Hintergrund in höheren sozio-ökonomischen Lagen, dass traditionelle Norm- und Wertvorstellungen hier nahezu vollständig verschwunden sind. Für die Erziehung ihrer Kinder gilt dann, dass nicht mehr Loyalität und Gehorsam im Mittelpunkt stehen, sondern Individualität und Selbstverwirklichung.⁵⁷⁵

1035) Die Grundkonstellationen – soziale Platzierung und familiäre Werthaltungen – bedingen das Eltern-Kind-Verhältnis und die familialen Erziehungsstile maßgeblich. Hinsichtlich der Erziehungsstile kann in Familien mit Migrationshintergrund unterer sozialer Milieus, die den Hauptteil der Migrantinnen und Migranten darstellen, deutlich gemacht werden, dass eher ein autoritärer Erziehungsstil praktiziert wird.⁵⁷⁶ Präzisierend kommt

572 ebd.

573 Alt, Christian (Hg.) (2006): *Kinderleben – Integration durch Sprache?* Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern, Wiesbaden

574 Beisenherz, Gerhard (2006) *Sprache und Integration*. In: ebd., Seite 39 - 70; Steinbach, Anja (2006): *Sozialintegration und Schulerfolg von Kindern aus Migrantenfamilien*. In: ebd., S. 185 - 218

575 Toprak, Ahmet (2002): „Auf Gottes Befehl und mit den Worten des Propheten ...“ Auswirkungen des Erziehungsstils auf die Partnerwahl und die Eheschließung türkischer Migranten der zweiten Generation in Deutschland, Herbolzheim

576 Thrum, Kathrin; Alexandra Sann (2005): *Opstapje – Schritt für Schritt*. Ein präventives Spiel- und Lernprogramm für Kleinkinder aus sozial benachteiligten Familien und ihre Eltern, Deutsches Jugendinstitut, München

571 Vgl. hierzu Uslucan, Haci-Halil: *Orientierungen und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund*. Expertise für den Bayerischen Landtag, 15. Wahlperiode. Manuskript, Berlin, Mai 2008, mit zahlreichen weiteren Nachweisen.

Uslucan⁵⁷⁷ in seiner empirischen Studie bei türkischen Familien zum Schluss, dass hier überwiegend ein permissiv-autoritärer Erziehungsstil vorherrscht, wonach in der frühen Kindheit „laissez-faire“ und Verwöhnen praktiziert wird, wohingegen in der beginnenden Jugendphase durch Strenge und Restriktionen die Entwicklung von Ich-Stärke eingeschränkt ist.

1036) Häufig erleben Kinder doppelte Botschaften ihrer Eltern („double-bind“): Einerseits sollen sie sich an deutsche institutionelle Vorgaben (insbesondere in Bezug auf Schule) anpassen, um nicht aufzufallen, gleichzeitig wollen die Eltern, dass kulturelle Eigenheiten beibehalten werden und signalisieren Vorbehalte oder eine eher ablehnende Haltung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Wertesysteme.

1037) Ein nicht zu unterschätzendes Problem stellt Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund dar. Bislang liegen keine Analysen zur Gewaltthematik in der Erziehung vor, die nach religiösem Hintergrund differenzieren würden. In einer quantitativen Studie⁵⁷⁸ wurde jedoch belegt, dass junge Migrantinnen und Migranten zwei- bis dreimal häufiger von elterlicher Gewalt betroffen sind als deutsche Jugendliche. Damit korrespondieren Ergebnisse einer weiteren Studie⁵⁷⁹ in ländlichen Regionen der Türkei, aus der der Hauptanteil türkischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland stammt, wonach die physische Bestrafung insbesondere bei traditionell geprägten Familien noch sehr ausgeprägt ist. Wesentlich ist für diese Familien Gehorsamkeit gegenüber Autoritäten (vor allem der Väter) sowie das Primat der Gruppe gegenüber individuellen Bedürfnissen.

3.12.5 Sicht der jungen Menschen mit Migrationshintergrund

1038) Aus der Sichtweise der jungen Migrantinnen und Migranten geht es vor allem um die gleichberechtigte Teilhabe in den unterschiedlichen Lebensbereichen: Schule, Beruf, Freizeit, soziales Umfeld, religiöses Leben, politische Mitwirkung. Subjektiv nehmen viele Jugendliche mit Migrationshintergrund ihre Situation als eher benachteiligt wahr: *„Die Jugendlichen möchten gleichberechtigt anerkannt werden, sie möchten gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben. Und da fängt auch das Problem an: Dass man nicht teilhaben kann. Da fühlen sie sich benachteiligt – ob es tatsächlich Benachteiligung gibt, möchte ich dahingestellt sein lassen, aber ich versuche die subjektive Meinung, die Gefühlslage der Jugendlichen darzustellen. Sie fühlen sich nicht anerkannt - das ist immer eines der wichtigsten Stichworte. In Deutschland fühlen sich die meisten Jugendlichen, auch wenn sie beruflich erfolgreich sind, nicht anerkannt. In irgendeiner Art und Weise scheint immer eine latente oder*

*auch nicht latente Diskriminierung vorhanden zu sein. Das ist die subjektive Wahrnehmung der Jugendlichen.“*⁵⁸⁰

1039) Bei der Teilgruppe der jungen Flüchtlinge ergibt sich nach dem Eindruck der Anhörungen das Gefühl der Ausgrenzung oftmals schon durch rechtliche Bestimmungen wie z. B. die Residenzpflicht oder die Notwendigkeit einer Reiseerlaubnis von der Ausländerbehörde. So sei die kurzfristige Teilnahme an Freizeitmöglichkeiten außerhalb des Landkreises wie z. B. an Fußballspielen mitunter nicht möglich, weil die Jugendlichen zu spät die Reiseerlaubnis bekämen.

1040) Von den betroffenen Jugendlichen wurde in der Anhörung der Enquete-Kommission vor allem der Mangel an Freizeit – hauptsächlich bedingt durch den Zeitaufwand für das Erlernen der deutschen Sprache –, der Mangel an Geld und der Mangel an fehlenden Räumen für eigene Treffpunkte thematisiert. Es fehle ebenfalls an Kontakten mit gleichaltrigen deutschen Jugendlichen, vor allem in Schulen mit hohem Migrantenanteil. Ebenso wurde auf Spannungen zwischen Migranten aus verschiedenen Herkunftsländern sowie das Problem der Perspektivlosigkeit von schlecht ausgebildeten Jugendlichen mit Migrationshintergrund und den damit möglicherweise verbundenen extremistischen Orientierungen hingewiesen.⁵⁸¹ Die Anhörung zeigte, dass die Jugendlichen in ihrem eigenen Erleben ihre Situation differenziert sehen: *„Bei uns in der Schule sind die Schichten irgendwie sehr streng aufgeteilt. Die deutschen Jugendlichen wollen irgendwie nicht mit Ausländern sprechen. Es gibt immer Gruppen von Jugendlichen – Deutsche und Ausländer.“*⁵⁸²

1041) Durch die gestellten Anforderungen und selbst auferlegten Erwartungen ergeben sich teilweise paradoxe Situationen, insbesondere die Neigung zur Überangepasstheit. Selbst wenn eine Migrantin gut Deutsch spricht, ist im subjektiven Erleben bisweilen das Gefühl vorhanden, auch dies reiche noch nicht aus: *„Ich habe nur erwähnt, dass ich ein Schamgefühl habe wegen der Sprache, und noch was: Das ist bei mir so, ich kann nicht für andere sprechen. Aber wenn man die Sprache nicht so gut beherrscht und sich irgendwie nicht wohl fühlt mit dem Deutschen, dann hat man diese Probleme.“*⁵⁸³

1042) Erhebungen zeigen, dass in den deutschen Großstädten bereits heute rd. ein Drittel aller Grundschüler in einer mehrsprachigen Umgebung aufwächst, mit steigender Tendenz. In der familiären Kommunikation wird dann mindestens eine andere Sprache neben Deutsch gesprochen. Im Gespräch mit den Eltern überwiegt dabei – laut Eigeneinschätzung der Kinder – die nicht deutsche Familiensprache, unter den Geschwistern und im Freundeskreis das Deutsche. Jugendliche mit Migrationshintergrund halten auch nach eigenem Bekunden das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache für notwendig und sinnvoll, erwarten aber auch die Förderung ihrer ursprünglichen Muttersprache. Der Wert-

⁵⁷⁷ Uslucan, Haci-Halil (2007): Religiöse Werteerziehung in islamischen Familien, Expertise für das BMFSFJ, Berlin.

⁵⁷⁸ Pfeiffer, Christian; Peter Wetzels (2000): Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt. In: DVJ-Journal, Nr. 2, Hannover

⁵⁷⁹ Kağıtçıbaşı, Cigdem; Diane Sunar (1997): Familie und Sozialisation in der Türkei. In: Nauck/Schönplflug (Hg.): Familie in verschiedenen Kulturen, Stuttgart

⁵⁸⁰ Expertenmeinung von Dr. Ahmet Toprak, Anhörung, 26. Sitzung, 26.06.2007

⁵⁸¹ Vgl. Wortprotokoll, 27. Sitzung, 02.07.2007

⁵⁸² Wortprotokoll, 27. Sitzung, 02.07.2007

⁵⁸³ ebd.

schätzung von Zweisprachigkeit in mündlicher und schriftlicher Ausdrucksweise komme eine besondere Bedeutung zu:⁵⁸⁴ „*Ich empfinde es genauso, dass man seine Muttersprache sehr gut beherrschen sollte. Ich kenne viel zu viel Jugendliche aus meinem Umfeld, die ihre Muttersprache nicht sehr gut können, aber auch nicht die deutsche Sprache. Dann mischen sie einfach alles zusammen und versuchen, sich irgendwie auszudrücken. Das hört sich einfach nicht gut an.*“⁵⁸⁵

1043) Offensichtlich bestehen auch gruppen- und geschlechtsspezifische Unterschiede. Nach Auffassung der befragten Experten⁵⁸⁶ sind türkische Migrantinnen eher angepasster und erfolgreicher in Bildung und in der Berufsausbildung, während die männlichen türkischen Jugendlichen seltener qualifizierende Schulabschlüsse erreichten und vielfach als Verlierer gelten. Oftmals würden bei diesen Jugendlichen, die in der Gesellschaft keine Anerkennung finden, traditionelle männliche Vorbilder konserviert und viel strenger ausgelegt als z. B. noch in der Großelterneneration.

1044) Bei einem – nur schwer quantifizierbaren – Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund scheint auch eine unentschiedene integrationshemmende Lebensperspektive vorzuherrschen: „*Die Mehrheit der Menschen, die aus der Türkei hierher gekommen sind und hier leben, und auch die Kinder dieser Menschen leben nach wie vor mit der Option, dass nicht Deutschland ihre Heimat, ihr Lebensmittelpunkt ist, sondern dass irgendwann die Türkei die Heimat sein wird - auch wenn es realistisch betrachtet in den allerwenigsten Fällen so sein wird.*“⁵⁸⁷ Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Migrantinnenorganisationen diese offene Option auch zur kulturellen und religiösen Abgrenzung missbrauchen.

1045) Einen besonderen Faktor in diesem Zusammenhang spielt die religiöse Orientierung, bisweilen sogar eine Überbetonung der Religion: „*Viele junge Menschen sind stolz darauf, Muslime zu sein, aber keiner von denen hat den Koran gelesen, keiner hat sich wirklich damit beschäftigt, es sein denn, es sind welche in die Koranschule gegangen und haben den Koran auf Arabisch auswendig gelernt.*“⁵⁸⁸

In der Konsequenz sind Jugendliche in beiden Kulturen nicht angekommen, zumal dann, wenn sie von ihrer Elterngeneration nicht unterstützt werden. „*Die meisten selbst organisierten Gemeinschaften, insbesondere Jugendorganisationen, werden von den Erwachsenen gelenkt, und die Steuerung geht in die Richtung, die eigene Kultur, die eigene Sprache nicht zu verlernen, nicht zu vergessen und das zu hüten. (...) Das ist meine Einschätzung, dass in den Jugendorganisationen auch in Tradition der Erwachsenen traditionen mehrheitlich kulturbewahrend, ja sogar kulturchauvinistisch daran festgehalten wird.*“⁵⁸⁹

584 Vgl. v.a. Wortprotokoll, 27. Sitzung, 02.07.2007

585 Wortprotokoll, 27. Sitzung, 02.07.2007

586 Vgl. Wortprotokoll, 26. Sitzung, 26.06.2007

587 Expertinnenmeinung von Frau Seyran Ates, 28. Sitzung, 17.07.2007

588 ebd.

589 ebd.

1046) Islamische Verbände und Moscheevereine scheinen mehrheitlich ein konservativ-patriarchalisch geprägtes Weltbild zu vermitteln, insbesondere die propagierte Geschlechtertrennung und überkommene Rollenbilder erschweren die Integration, entwickeln islamisch geprägte Gegenwelten: „*Wenn die Integration in die Gesellschaft und die Partizipation an der Gesellschaft nicht funktionieren – und das ist immer noch bei einem beträchtlichen Anteil der Migranten in der dritten Generation der Fall – dann werden natürlich diese Vereine, Kulturvereine oder Moscheevereine mit ihren Angebotsstrukturen für die Jugendlichen und auch für die Eltern interessant, weil sie genau dort ansetzen, wo die Jugendhilfestruktur oder staatliche Angebote fehlschlagen. Da können wir manchmal nur davon träumen, welche Angebote gewisse Vereine, Kulturvereine, Moscheevereine anbieten. Da können wir eigentlich nur neidisch darauf schauen, welche Strukturen da mittlerweile aufgebaut wurden, wo die Eltern sagen: Nachdem ich hier Möglichkeiten sehe, dass mein Kind erfolgreich sein wird, weil diese Vereine natürlich nicht nur Jugendarbeit anbieten, sondern qualifizierte Hausaufgabenhilfe, soll es eben hingehen. Man versucht also, über diese Schiene an die Eltern und an die Kinder heranzukommen, dass man auch wirklich sehr kostengünstige Angebote macht, die auch bei ärmeren Familienstrukturen leistbar sind.*“⁵⁹⁰

1047) Diese kulturellen Gegenwelten stellen eine bedeutsame politische Herausforderung dar. Voraussetzung zur Überwindung dieser desintegrierenden Tendenzen ist in jedem Fall eine enttabuisierte öffentliche Diskussion über die notwendigen Integrationsanforderungen an die deutschen wie an die nicht-deutschen Institutionen im Sinne einer Öffnung beider Seiten: So muss z. B. im Rahmen der offenen Jugendarbeit nachhaltiger nach Wegen gesucht werden, die wechselseitige Ausgrenzung von deutschen bzw. Migrantengruppen zu überwinden. Ebenso müssen von islamischen Religionsgruppen den jugendlichen Mitgliedern Formen der Lebensführung ermöglicht werden, die zur sozio-kulturellen Integration in Deutschland befähigen.

1048) Angesichts der Bedeutung der religiösen Erziehung in den muslimischen Familien liegt eine zentrale Herausforderung in der Einführung eines muslimischen Religionsunterrichts in staatlichen Schulen, allerdings unter staatlicher Aufsicht und in deutscher Sprache, um dem Bedürfnis nach religiöser Erziehung entgegenzukommen und radikale islamistische Tendenzen zu verhindern.

3.12.6 Angebote, Hilfestellungen und integrationsbedingte jugendpolitische Notwendigkeiten

Integrationsbereitschaft fördern

1049) Integration erfordert Anstrengungen auf beiden Seiten: Auf Seiten der deutschen Bevölkerung die Bereitschaft, die Integrationsproblematik nicht als Belastung, sondern als Bereicherung zu verstehen, auf Seiten der Migrantengruppen die Bereitschaft, ihre Lebenssituation weniger als Bedrohung, sondern vielmehr als Chance der Beteiligung in allen gesellschaftlichen Bereichen wahrzunehmen. Es stellt sich

590 Dr. Ahmet Toprak, Anhörung, 26. Sitzung, 26.06.2007

nicht mehr die Frage, ob man sich damit beschäftigen muss, sondern nur noch das *Wie* der Beschäftigung, wenn man etwa von einem absehbaren Grundschulanteil von 40 % bis 50 % Kindern mit Migrationshintergrund ausgeht. Die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Zuwanderern und die Durchlässigkeit der sozialen Institutionen bestimmen den Integrationserfolg in gleicher Weise mit wie die Integrationspotenziale und die Integrationsfähigkeit der Migranten selbst.⁵⁹¹

Dieser Prozess muss auch unter ökonomischen Gesichtspunkten gestaltet werden. Migrantengruppen weisen einen weit überdurchschnittlichen Anteil an den unteren Einkommenschichten auf. Andererseits stellen sie nicht zuletzt unter demografischen Gesichtspunkten ein Potenzial dar, das bei entsprechender Förderung einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann.

1050) Aus den vorliegenden Erfahrungen, wie sie auch in den Anhörungen der Enquete-Kommission deutlich wurden, hängt die Integrationsmöglichkeit auch von quantitativen Faktoren ab. In nichtstädtischen Sozialstrukturen mit einem geringen Anteil von Migranten an der Bevölkerung scheint die Integration in die jeweiligen sozialen Milieus (z. B. in einen Fußballverein oder in die Freiwillige Feuerwehr) eher unproblematisch zu verlaufen. In städtischen Sozialstrukturen mit einem hohen Migrantenanteil erfolgt eher eine Konzentration einzelner Migrantengruppen in Wohnquartieren bzw. Stadtteilen mit einer Tendenz zur Herausbildung in sich abgeschlossener Migrantenumilieus, die eher an ihren hergebrachten sozio-kulturellen Traditionen festhalten und in denen es zu einer Verdichtung sozialer Problemlagen kommt (strukturelle Deprivation). Konsequenterweise würden aufstiegsorientierte und arrivierte Migranten solche Sozialstrukturen nach Möglichkeit verlassen, um sich in einem gehobeneren sozialen Milieu zu etablieren. Auf die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen bezogen spiegeln sich diese unterschiedlichen Lebenslagen in den Integrationsmöglichkeiten der Kindertagesbetreuung, der Schule und der Jugendfreizeiteinrichtungen wieder, auch hier spielt der quantitative Anteil einer einzelnen Bevölkerungsgruppe eine wesentliche Rolle.

1051) In der örtlichen Sozialplanung (Jugendhilfe-, Sozialraumplanung, Wohnungsbau) müssen die einzelnen Migrantengruppen und die Bedürfnisse ihrer sozialen Integration differenziert erfasst werden. Auf dieser Grundlage werden kleinräumige effiziente Aktivitäten der Integration im Gemeinwesen sichtbar und umsetzbar. Dies schließt auch Bemühungen ein, die deutsche Bevölkerung intensiver mit der sozio-kulturellen Vergangenheit der Migranten vertraut zu machen.

1052) Im Lebensalltag von jugendlichen Migrantinnen und Migranten spielen die bisherigen Erfahrungen mit Behörden und Institutionen im Herkunftsland und in den ersten Begegnungen in Deutschland eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ein rechtsstaatliches Verständnis der Migrantengruppen kann ebenso wenig vorausgesetzt werden wie die notwendige

Kenntnis und Sensibilität gegenüber der besonderen Lebenssituation von Migranten in den deutschen Behörden und Institutionen. Das „amtliche Handeln“ muss noch deutlicher einer Leitlinie verpflichtet sein, die den Migrantinnen und Migranten den Eindruck vermittelt, willkommen zu sein. Vor diesem Hintergrund kann bei den Migrantengruppen die Einsicht wachsen, dass Behörden und Institutionen Hilfestellung und Unterstützung bieten und Respekt für ihre Entscheidungen erwarten dürfen.

Sprachförderung

1053) Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Dreh- und Angelpunkt aller Integrationsbemühungen. Sprachförderung ist dabei nicht nur ein technischer Lernvorgang, sondern wesentlich als Aneignung von kultureller und sozialer Wirklichkeit und deren Vermittlung zu verstehen. Deshalb ist auch der Gebrauch des Deutschen als Umgangssprache außerhalb der formalen Sprachförderung in Schule oder speziellen Sprachkursen als wichtiger Bestandteil der sprachlichen Integration anzusehen. Dieser Grundsatz gilt für die Ausgestaltung der Angebote der Sprachförderung ebenso wie für die Bereitschaft aller Migranten, die deutsche Sprache als Verkehrssprache lernen und anwenden zu wollen.

1054) Nach den vorliegenden Forschungsergebnissen ist es notwendig, dass sprachliche Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund kontinuierlich und über längere Dauer angelegt sein müssen.⁵⁹² Sprachfähigkeit braucht langen Atem, drei bis sechs Jahre sind notwendig, bis sich Sprachfähigkeiten zweisprachig lebender Kinder nicht mehr von denen einsprachig aufwachsender unterscheiden.

1055) Im Hinblick auf die Entwicklung und die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat die Förderung der deutschen Sprache bereits in Kindertageseinrichtungen und in der Schule höchste Priorität.

1056) Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungs-gesetz enthält den Auftrag an die Kindertageseinrichtungen, die Integrationsbereitschaft zu fördern und insbesondere für Kinder ohne bzw. ohne ausreichende Deutschkenntnisse eine besondere Sprachförderung sicherzustellen. Sprachförderung ist eine Daueraufgabe und gehört seit jeher zu den Schwerpunkten der Bildungsarbeit im Kindergarten.

1057) Derzeit wird im Jahr vor der Einschulung – neben der laufenden Sprachstandsbeobachtung – bei jedem Kind mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen eine Sprachstandserhebung durchgeführt. Dabei wird festgestellt, ob die Notwendigkeit zusätzlicher Sprachförderung durch einen Vorkurs Deutsch besteht. Die Eltern erhalten eine Empfehlung, ihre Kinder für den Vorkurs Deutsch anzumelden. Der Vorkurs Deutsch erstreckt sich derzeit vom September des Jahres vor der Einschulung bis zum darauf folgenden Juli und schließt mit einer erneuten Sprachstandsfeststellung ab. Er umfasst 160 Stunden Deutschförderung, die je zur Hälfte im Kindergarten und in der Grundschule erfolgt (ab

⁵⁹¹ Uslucan, Haci-Halil: Orientierungen und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Expertise für den Bayerischen Landtag, 15. Wahlperiode. Manuskript, Berlin, Mai 2008 (Einleitung).

⁵⁹² Gogolin, Ingrid (2007): Sprachförderung von Migrantenkinder- und jugendlichen; in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft, Bonn, S. 22.

Herbst 2008 wird der Vorkurs Deutsch auf 240 Stunden ausgeweitet; die Sprachstandserhebung wird vorgezogen).

1058) Im Schuljahr 2006/2007 fanden an bayerischen Schulen fast 1.700 Vorkurse Deutsch mit rund 13.500 Kindern statt. Diese Zahl hat sich im Schuljahr 2007/2008 auf über 1.800 Vorkurse mit mehr als 15.000 Kindern mit Migrationshintergrund erhöht.

1059) Die schulischen Fördermaßnahmen sind seit dem Schuljahr 2007/2008 neu strukturiert. Angeboten werden Deutschförderkurse für die Schülerinnen und Schüler in den Regelklassen sowie Deutschlerngruppen, in denen Kinder mit nicht deutscher Muttersprache in den praktischen und musischen Fächern gemeinsam mit den deutschsprachigen Kindern unterrichtet werden, in Deutsch, Mathematik und Sachfächern dagegen die Deutschlerngruppe besuchen. Darüber hinaus bestehen Übergangsklassen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die ohne deutsche Sprachkenntnisse während eines Schuljahres nach Bayern kommen. Hausaufgabehilfen mit Schwerpunkt Deutschförderung ergänzen die schulischen Förderangebote.

1060) Die Integrationskurse des Bundes als Grundangebot zum Erwerb der deutschen Sprache richten sich nicht an Schulpflichtige (§ 44 Abs. 3 Aufenthaltsgesetz). Jugendintegrationskurse für nicht mehr Schulpflichtige gibt es dennoch zur Vorbereitung auf den Besuch weiterführender Schulen. Bisher wurde dieses Angebot wenig wahrgenommen: Nach den Angaben des für die Integrationskurse zuständigen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge begannen im Jahr 2007 bundesweit nur 88 Jugendintegrationskurse, davon vier in Bayern.

1061) Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes Anfang des Jahres 2005 werden die Eingliederungsbemühungen der rechtmäßig auf Dauer hier lebenden Ausländer durch Integrationskurse unterstützt, die aus Bundesmitteln finanziert werden (§§ 43 ff. Aufenthaltsgesetz). Neben der Sprachförderung, die den Schwerpunkt bildet, umfassen sie einen Orientierungskurs, in dem Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands vermittelt werden.

1062) Die Änderung des Aufenthaltsgesetzes vom 28.08.2007 hat den Integrationskurs entsprechend den Ergebnissen der Kursevaluation optimiert. Die daraufhin am 08.12.2007 in Kraft getretene Neufassung der Integrationskursverordnung sieht nun neben dem allgemeinen Integrationskurs mit 600 Stunden Sprachunterricht und 45 Stunden Orientierungswissen eine zielgruppenspezifische Flexibilisierung – u. a. für Frauen und junge Erwachsene – und eine Erweiterung des Stundenumfangs auf bis zu 900 Stunden Sprachunterricht bzw. 1.200 Stunden bei notwendiger Alphabetisierung vor. Es sind verpflichtende Eingangs- und Abschluss-tests abzulegen.

1063) In diesem Kontext ist unter anderem auch das Programm „Mama lernt Deutsch“ zu nennen. Dieses Programm gibt es in Bayern seit 2003. Es versteht sich nicht als ein reiner Sprachkurs, sondern will auch soziale und interkulturelle Kompetenzen vermitteln. Kursteilnehmerinnen spielen Alltagssituationen in deutscher Sprache durch. Ferner soll die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schulen verbessert werden, denn die Mütter in Migrantenfamilien sind

Schlüsselfiguren, was die Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunft angeht. Die Kurse umfassen jeweils 160 bis 190 Unterrichtsstunden zu je 45 Minuten. Sie werden im Schuljahr bayernweit an über 50 Orten durch Kommunen in Kooperation mit Schulen bzw. Kindergärten und dem Bayerischen Volkshochschulverband durchgeführt und vom Kultusministerium aus ESF-Mitteln gefördert.

1064) Nach Auswertung der Anhörungen hat die Kommission den Eindruck gewonnen, dass im Angebot der Sprachförderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge derzeit eine Lücke besteht für Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig, aber auch noch nicht volljährig sind. Die betroffenen Jugendlichen finden deshalb auch kaum Anschluss an die berufliche Bildung. Es ist deshalb erforderlich, das Angebot an Sprachförderkursen systematisch für alle Gruppen jugendlicher Migrantinnen und Migranten vorzuhalten.

1065) Ausgehend von der unstrittigen Notwendigkeit des Vorrangs der Beherrschung der deutschen Sprache konnte die Enquete-Kommission nicht zu einem abschließenden Urteil über alle Fragen der Förderung der Mehrsprachigkeit gelangen. Befürworter der Mehrsprachigkeit verweisen darauf, dass bei einer weitgehenden Konzentration auf die deutsche Sprache ein guter Teil der sprachlichen Gesamtentwicklung der Kinder ignoriert und ihre muttersprachliche Kompetenz nicht wertgeschätzt werde. Kritiker verweisen – bei aller Wertschätzung von Mehrsprachigkeit – darauf, dass Priorität das Erlernen und die sichere Beherrschung der deutschen Sprache haben müsse, zumal es keinen Beleg dafür gebe, dass bei Förderung der Muttersprache die Integration besser gelinge.

1066) Die linguistischen Befunde scheinen mehrheitlich darauf hinzuweisen, dass eine elaborierte Kenntnis der Muttersprache eine grundlegende Voraussetzung bildet, um eine fremde Sprache grammatikalisch korrekt zu erwerben.⁵⁹³ Zahlreiche Migrantenkinder stehen jedoch vor der Situation, dass sie ihre Muttersprache in vielfachen Interaktionen mit ihren Eltern erwerben, die selbst ihrer eigenen Sprache aufgrund ihrer Bildungsdefizite nicht sehr mächtig sind. Somit haben diese Kinder deutlich schlechtere Chancen, auch die deutsche Sprache grammatikalisch korrekt zu erwerben; sie werden vermutlich (statt bi-lingual) doppelt semilingual.

1067) Die Europäische Union misst gemäß ihrer Mitteilung „Eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit“ vom 22.11.2005 der Mehrsprachigkeit große Bedeutung bei. Der Aktionsplan „Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt“ vom 25.09.2007 nennt drei Handlungsfelder: Förderung des lebenslangen Lernens, Verbesserung des Sprachunterrichts und Schaffung eines sprachfreundlichen Umfelds. In diesem Aktionsprogramm werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Bemühungen zu intensivieren. Im Kontext der Forderung nach einer sprachfreundlichen Schule wurde u.a. auf die Förderung der Sprachen der Migranten hingewiesen. So wurde im Jahre 2003 in Finnland Unterricht in 52 Sprachen angeboten.⁵⁹⁴

593 Uslucan, Haci-Halil: Orientierungen und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Expertise für den Bayerischen Landtag, 15. Wahlperiode. Manuskript, Berlin, Mai 2008, mit weiteren Nachweisen.

594 Vgl. ausführlich: Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Arbeitsdokument der Kommission: Bericht über die Durchführung des

1068) Vor diesem Hintergrund erscheint es abwegig, die Frage der Mehrsprachigkeit als eine Entweder-Oder-Alternative zu vertiefen. Derzeit gibt es Angebote, Russisch als dritte, Türkisch als vierte Fremdsprache zu wählen.⁵⁹⁵ Denkbar wäre es z. B., die Herkunftssprache größerer Migrantengruppen bereits als zweite oder dritte Fremdsprache in der Sekundarstufe I und II anzubieten. Hierzu bedürfte es allerdings einer Verständigung innerhalb der Kultusministerkonferenz.

1069) Die befragten Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben im Rahmen der Anhörung deutlich gemacht, dass sich der deutsche Spracherwerb auch deshalb als schwierig gestaltet, weil in Ballungszentren bis zu 80 % der Schüler mit nicht-deutscher Muttersprache die Hauptschule besuchen.⁵⁹⁶ In diesen Konstellationen fehlt insbesondere die Voraussetzung für das Erlernen der deutschen Umgangssprache. Dieser Problematik wird nur durch eine veränderte Klassenbildung mit einem Höchstanteil von bis zu 50 % Schülern mit nicht-deutscher Muttersprache begegnet werden können.

Berufliche Integration

1070) Als Haupthindernis für eine erfolgreiche berufliche Integration stellt sich die mangelhafte Beherrschung der deutschen Sprache, aber auch eine konträre kulturelle Sozialisation, dar. Soweit erkennbar, setzen soziale Integrationsprogramme in der Regel entweder am Spracherwerb oder an kultureller Integration oder an gruppenspezifischen berufsvorbereitenden Inhalten an. Aus der Problemkonstellation ergibt sich aber, dass alle drei Dimensionen integrierter Bestandteil entsprechender Maßnahmen sein müssen, ergänzt durch eine sozialräumliche „Pflege“ der Milieus. Es ist auch verfehlt, diese Programme im Rhythmus von ein- oder zweijährigen Projektlaufzeiten abzuwickeln, sie müssen vielmehr nachhaltig und auf Dauer angelegt sein. Im Übrigen gelten im Hinblick auf die berufliche Integration dieselben Bedingungen und Zielsetzungen wie für deutsche Jugendliche in vergleichbar benachteiligten Lebenssituationen (vgl. hierzu Kapitel 3.5 E).

1071) Die nachhaltige gesellschaftliche und berufliche Integration bedarf nach Ausschöpfung aller Fördermaßnahmen der Agentur für Arbeit und der Träger der Grundsicherung in der Regel zusätzlicher Anstrengungen der Jugendhilfe. Die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit (AJWS) ist neben der Jugendsozialarbeit an Schulen ein wichtiger Baustein für die Gestaltung passgenauer Hilfen, um die Chancen sozial benachteiligter junger Menschen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu erhöhen. Bayern verfügt auch im Bundesvergleich über eine hervorragende Förderstruktur, dies gilt insbesondere für die Jugendwerkstätten mit hohem Praxisbezug und realistischen Rahmenbedingungen. Sie stellen ein hochwertiges Angebot von Ausbildungsprojekten mit entsprechenden Vorschaltmaßnahmen in einem realistischen betrieblichen Rahmen zur Verfügung. Die Projekte weisen eine

hohe Betreuungsdichte auf und orientieren sich somit am besonderen Bedarf der Zielgruppe. Diese Angebote sind oft die letzte Chance für die benachteiligten jungen Menschen, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Diese bewährte Struktur darf nicht durch Änderungen der Rechtsgrundlagen oder der Vollzugspraxis der Agenturen für Arbeit bzw. der Träger der Grundsicherung gefährdet werden. Die Bayerische Staatsregierung stellt derzeit 4,8 Mio. € Landesmittel zur Förderung von 38 Projekten für ca. 2.800 junge Menschen bereit, und zudem für jährlich 11 Projekte (für ca. 300 junge Menschen) rd. 0,7 Mio. € aus dem Arbeitsmarktfonds. Darüber hinaus stehen im Förderzeitraum des Europäischen Sozialfonds 2007-2013 45 Mio. € für Qualifizierungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte zur Verfügung. Das Mittelvolumen für diese Projekt wurde allerdings um rd. 20 Mio. € verringert.

Jugendmigrationsdienste

1072) Die Jugendmigrationsdienste (JMD) wurden als Bestandteil des Kinder- und Jugendplan des Bundes zum 01.01.2005 neu eingerichtet. In Bayern gibt es derzeit (Stand 01.01.2008) 41 JMD, die aus Bundesmitteln (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) gefördert werden.

Die JMD „haben zukünftig in erster Linie die Aufgabe, mit der Methode des Case Managements sowohl neu zugewanderte junge Menschen als auch junge Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland leben, zu erreichen.“⁵⁹⁷ Eine seit Ende 2006 laufende Evaluation der JMD in ganz Deutschland hatte gezeigt, dass in 338 JMD 19.000 junge Menschen mittels Case Management, also mit einem Integrationsförderplan, gefördert wurden. Hierbei waren keine 20 % der Betreuten unter 18 Jahre und über 50 % über 21 Jahre alt. Dies zeigt, dass die individuelle Förderung der JMD hauptsächlich junge Erwachsene erreicht, nicht aber Jugendliche.

Aus den Grundsätzen, die zum 1. Januar 2008 neu gefasst wurden, geht weiter hervor: „Als Teil der Jugendhilfe zielen die JMD auf Vermeidung bzw. Ausgleich von Benachteiligungen ab und tragen dazu bei, das Recht aller jungen Menschen mit Migrationshintergrund auf umfassende Teilhabe und Chancengerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen. Als Angebot der Jugendsozialarbeit kooperieren sie mit anderen für die jungen Zuwanderinnen und Zuwanderer relevanten Diensten und Einrichtungen – auch den Migrationsdiensten für erwachsene Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer – und nehmen für diese eine Anlauf-, Koordinierungs- und Vermittlungsfunktion im Hinblick auf die Zielgruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund wahr.“⁵⁹⁸

1073) Inwieweit dieser Anspruch verwirklicht wird, hängt ganz entscheidend vom Willen der Akteure ab, da die bundeszentrale Steuerung dieser Dienste durch den Kinder- und

Aktionsplans „Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt“. KOM(2007), 554 endgültig.

595 Einen Überblick für das Schuljahr 2006/2007 gibt die Tabelle im Anhang.

596 Vgl. z. B. 27. Sitzung, 02.07.2007

597 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Grundsätze zur Durchführung und Weiterentwicklung des Programms 18 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP): Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. 1. Januar 2008, S. 1

598 ebd., S. 2

Jugendplan des Bundes bisher nicht dazu geführt hat, sie als einen gewachsenen Bestandteil der kommunalen Infrastruktur für Jugendhilfe wahrzunehmen. Ähnliches gilt für die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanzierten Integrationskurse, an denen im örtlichen Bereich in der Regel nur die örtlichen Volkshochschulen beteiligt sind. Es besteht ein dringender Bedarf, diese außerschulischen Aktivitäten der Integrationsförderung deutlicher im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe zusammenzuführen und damit auch in den Horizont jugendhilfeplanerischer bzw. sozialplanerischer Vorhaben zu rücken. Die Erfahrungen des Sozialministeriums mit der Förderung entsprechender Aktivitäten bei den Erziehungsberatungsstellen legen die Überlegung nahe, die verstärkte Förderung der Belange von jungen Migrantinnen und Migranten künftig stärker innerhalb der bestehenden Jugendhilfestrukturen zu organisieren.

Migrantenorganisationen

1074) Die Enquete-Kommission hält es für erforderlich, die Bedeutung der Migrantenorganisationen stärker zu betonen und die Zusammenarbeit mit ihnen aktiver zu gestalten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf religiös begründete islamische Organisationen.

1075) Nach diesen Erkenntnissen muss die Integrationsfähigkeit islamischer Organisationen differenziert betrachtet werden. Generell haben Migrantenorganisationen spezifische Vorteile beim Zugang zur Zielgruppe und bei der zielgruppenspezifischen Angebotsgestaltung von Projekten und Vorhaben. Im Nationalen Integrationsplan heißt es dazu, dass freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten zur Integration dann gefördert wird, wenn die Aktivitäten gemeinwohlorientiert ausgeübt werden, nicht auf Abschottung gegenüber der Aufnahmegesellschaft gerichtet sind sowie Transparenz und Dialogbereitschaft erkennen lassen.⁵⁹⁹

1076) Nach den Erkenntnissen des Landesamts für Verfassungsschutz zählen von den rd. 3,2 Mio. Muslimen in Deutschland etwa 32.000 zu den als extremistisch eingeschätzten Islamisten, dies entspricht einem Anteil von 1 %. Bei den heranwachsenden Jugendlichen wird der Anteil ähnlich eingeschätzt. Sie bewegen sich, wohl beeinflusst durch die Eltern, in islamistischen Organisationen, insbesondere in der IGMG – Islamische Gemeinschaft Milli Görüş – und in der IGD, der Islamischen Gemeinschaft Deutschland. Die IGMG ist türkisch orientiert, abgeleitet aus der Milli Görüş-Bewegung der Saadet-Partei in der Türkei, während die IGD mehr arabisch orientiert ist mit dem Hintergrund der Moslem-Bruderschaft. Diese Organisationen kümmern sich um Jugendliche schwerpunktmäßig in Form von Koranschulen, Ferienlagern oder Wochenendaufenthalten. Die normalen Korankurse erfolgen in der Regel am Samstag, also außerhalb der normalen Schulzeit, sodass auch hier ein relativ großer Freizeitanteil dieser Jugendlichen vereinnahmt wird. In diesen Koranschulen wird nicht nur im Koran unterrichtet, sondern es werden auch gesellschaftliche Themen behandelt, wie sie aus Sicht der Betreiber relevant sind. Hierzu zählt zum Beispiel auch der Umgang der Geschlechter miteinander. Die jungen Leute, die diese Schulen besuchen, werden

ganz bewusst im Sinne der türkisch-islamischen Jugendarbeit oder im Sinne der arabischen Jugendarbeit der IGD erzogen und entwickeln damit ein Weltbild, das sich als deutlich integrationsfeindlich darstellt.⁶⁰⁰

1077) Sofern Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bzw. einzelne Träger einer Betriebserlaubnis oder einer öffentlichen Anerkennung bedürfen, bestehen nach den jugendhilferechtlichen Vorgaben eindeutige Orientierungen: Die Erlaubnis zum Betrieb einer Einrichtung ist zu versagen, wenn bei der Förderung der Kinder und Jugendlichen deren gesellschaftliche und sprachliche Integration erschwert wird (§ 45 Abs. 2 SGB VIII), die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe setzt entsprechende fachliche Voraussetzungen, die Verfolgung gemeinnütziger Ziele und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit voraus (§ 75 Abs. 1 SGB VIII). Dieselben Maßstäbe gelten für die Förderung entsprechender Aktivitäten aus öffentlichen Mitteln.

1078) Besondere Bedeutung kommt jugendverbandlichen Zusammenschlüssen von jungen Migrantinnen und Migranten zu, wie sie seit den 70er Jahren im Rahmen der Gesamtstruktur des Bayerischen Jugendrings gefördert werden. Sie bieten dem Grunde nach in hohem Maße die Möglichkeiten, eigene Interessen zu formulieren und sie selbst nach außen zu tragen, wie das bei anderen deutschen Jugendverbänden auch der Fall ist. Erschwerend wirkt sich aus, dass solche Formen von Selbstorganisation junger Menschen in den meisten Herkunftsländern keine eigene Tradition haben und die faktische Abhängigkeit von den zugehörigen Erwachsenenverbänden als erheblich eingeschätzt werden muss.⁶⁰¹

Unbegleitete minderjährige Flüchtlingen

1079) Die Vertreter der Trägerverbände, welche die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge über 16 Jahre in den Aufnahmeeinrichtungen betreuen, haben von gelegentlichen Engpässen und Unzulänglichkeiten berichtet. So sollte die dreimonatige Wartezeit bis zum Beginn der schulischen oder beruflichen Eingliederung so weit als möglich reduziert werden, insbesondere auch in generalpräventiver Absicht. Ebenso sei die erforderliche Trennung von den Erwachsenen trotz abgetrennter Wohnbereiche manchmal unzureichend, andererseits sei der Kontakt mit erwachsenen Angehörigen der gleichen Volksgruppe auch vorteilhaft.⁶⁰²

Die zwischenzeitlich eingetretene geringe Zahl von Unterbringungsfällen sollte indes eine individuelle Betreuung möglich machen. Jedenfalls sind die entsprechenden Ressourcen weiterhin vorzuhalten.

Lehrkräfte und andere Fachkräfte mit eigenem biografischen Migrationshintergrund

1080) Im Schuljahr 2006 waren insgesamt 1.438 ausländische Lehrerinnen und Lehrer voll- oder teilzeitbeschäftigt. Differenziert nach den Herkunftsländern ergibt sich folgen-

⁶⁰⁰ Anhörung, 26. Sitzung, 26.06.2007

⁶⁰¹ Zur Organisation von jungen Migrantinnen und Migranten in bestehenden Jugendverbänden siehe Kapitel 3.3 C.

⁶⁰² Vgl. Wortprotokoll, 26. Sitzung, 26.06.2007

des Bild: Die Mehrzahl der Lehrerinnen und Lehrer kommt aus EU-Ländern, wobei Österreicher mit 386 (0,4 %) und Griechen mit 218 (0,2 %) die jeweils größte Gruppe darstellen. Türkische Lehrer stehen mit 112 (0,1 %) an fünfter Stelle.⁶⁰³

Nach Schularten differenziert, sind die meisten ausländischen Lehrkräfte an Volksschulen (588), beruflichen Schulen (283), internationalen und ausländischen Schulen (228), Gymnasien (149) und Realschulen (114) beschäftigt. Auffallend ist der relativ geringe Anteil an Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung mit 46 Lehrkräften.⁶⁰⁴

1081) Für den Gesamtbereich der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich der Kindertagesbetreuung liegen keine verwertbaren Zahlen über die Beschäftigung von sozialpädagogischen Fachkräften mit Migrationshintergrund vor. Berichte aus einzelnen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in denen sowohl deutsche Fachkräfte als auch Fachkräfte mit einem eigenen biografischen Migrationshintergrund tätig sind, legen die Einschätzung nahe, dass diese einen unmittelbaren Zugang zu den entsprechenden Zielgruppen finden („Das ist einer von uns!“). Sie vermitteln in ihrer Person auch glaubwürdig die Botschaft, dass sich eigene Integrationsanstrengungen lohnen. Der Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund steht allerdings eine noch zu geringe Zahl von qualifizierten Bewerbern gegenüber.

Fachkräfte mit Migrationshintergrund in der Wirtschaft

1082) Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat eine qualitative Studie „Interkulturelle Kompetenzen junger Fachkräfte mit Migrationshintergrund“ durchgeführt. Diese Studie konnte u.a. zeigen, dass Fachkräfte mit Migrationshintergrund interkulturelle Kompetenzen in ihrem Berufsalltag einsetzen. Die interkulturelle Kompetenz zeigt sich vor allem in der Möglichkeit der Mehrsprachigkeit und der Vermittlung der Spezifika des jeweiligen Herkunftslandes. Einige Fachkräfte haben aufgrund ihres Migrationshintergrunds Vorteile bei der Stellensuche. Fachkräfte sind letztlich auch ein Zeichen der Internationalität von Betrieben.

1083) Der Nutzen für die Betriebe ist jedoch davon abhängig, inwieweit sie diese unterschiedlichen, in der Person, deren Herkunft, Entwicklung und Integration begründeten Kompetenzen wertschätzen, diese Fachkräfte weiterqualifizieren und das damit verbundene berufliche Potenzial zum Nutzen aller Beteiligten einsetzen. Den Vorteil haben junge Leute in der Anhörung der Enquete-Kommission selbst zum Ausdruck gebracht: „Ich finde es ein bisschen schade, dass, wenn jemand aus Russland, aus der Türkei oder wo auch immer herkommt, die Sprache oft negativ diskutiert wird und das nicht quasi als Bonuspunkt gesehen wird. In Deutschland haben viele Firmen Kontakt mit Russland. Da könnte man speziell Leute, die aus Russland kommen, dahin gehend

organisieren, dass sie in solchen Firmen zum Beispiel einen Ausbildungsplatz finden. Man sollte also mehr Wert auf die Stärken der Jugendlichen legen.“⁶⁰⁵

Integrationsprojekte

1084) Auf der kommunalen Ebene, insbesondere in den Großstädten, sind in den vergangenen Jahren vielfältige Integrationsprojekte entstanden, die in der Summe das gesamte Spektrum möglicher und sinnvoller Aktivitäten, von der Familienbildung über frühkindliche Hilfen bis hin zu Projekten der beruflichen Eingliederung und der besonderen Berücksichtigung im Rahmen der Jugendarbeit (siehe hierzu Kapitel 3.3 C), abdecken. Seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen sind Förderprogramme zur Unterstützung zahlreicher Projekte der örtlichen öffentlichen Träger der Jugendhilfe aufgelegt worden. Beispielhaft seien hier nur vier genannt:

1085) Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS):

Das Konzept der JaS ist gezielt als Hilfen für die Zielgruppe sozial benachteiligter junger Menschen konzipiert, zu denen insbesondere auch Jugendliche mit Migrationshintergrund zählen. Es unterstützt das Bemühen der Schule um eine erfolgreiche Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Aufgrund der eindeutigen Zielgruppenorientierung dieses Arbeitsansatzes kommt JaS an Hauptschulen, Förderschulen (Hauptschulstufe) und Berufsschulen zum Einsatz. Die Schulung der interkulturellen Kompetenz ist regelmäßige Thema der Fortbildungen (Grund- und Aufbaukurse) der JaS-Fachkräfte und der so genannten Coaches, die vom Bayerischen Landesjugendamt durchgeführt werden. Zum Schuljahresbeginn 2008/2009 werden 402 Schulen, das sind ca. 30 % aller Schulen der o.g. Typen, mit ca. 290 JaS-Fachkräften ausgestattet sein. Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe erhalten vom Freistaat Bayern für die Erfüllung ihrer Aufgabe nach § 13 SGB VIII Jugendsozialarbeit rd. 4,5 Mio. € als Regelförderung. Zu den Grundlagen des Förderprogramms siehe auch Kapitel 3.4 D.

1086) ELTERNTALK

Dieses Projekt der Aktion Jugendschutz fördert seit 2002 in Bayern niederschwellig und innovativ Eltern- und Erziehungskompetenzen rund um das Thema Medienerziehung, insbesondere Fernsehen, Computer- und Konsolenspiele, Handy, Internet und Konsum. Seit dieser Zeit wurden über 12.000 Eltern erreicht (allein in 2007 mit 842 Talks knapp 4.500 Eltern). ELTERNTALK gibt es aktuell an 21 Standorten in Bayern. Die Elterngesprächsrunden finden im privaten Rahmen, also zu Hause, statt. Im Mittelpunkt der Gespräche steht ein moderierter Erfahrungsaustausch. Die Eltern befragen sich als Experten ihrer Erziehungserfahrung und tauschen sich über ihre Fragen und Lösungsstrategien aus. Die Moderatorinnen / Moderatoren sind selbst Väter oder Mütter, die fachlich auf ihre Aufgabe vorbereitet und kontinuierlich betreut werden. Durch die Niedrigschwelligkeit des Angebots werden auch Familien erreicht, die sonstige Eltern- und Familienbildungsangebote nicht wahrnehmen.

⁶⁰³ Vgl. Tabelle Ausländische Schüler und Lehrkräfte an den Schulen in Bayern 2006/2007. 1.2. Eckdaten nach Staatsangehörigkeit., S. 11

⁶⁰⁴ Vgl. Schule und Bildung in Bayern 2007, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Tabelle 10, S. 120.; Ausländische Schüler und Lehrkräfte an den Schulen in Bayern 2006/2007. Tabelle 1.4. Eckdaten nach Schulart und Schulträger, S. 16.

⁶⁰⁵ Anhörung, 27. Sitzung, 02.07.2007

Wissenschaftlich belegt ist, dass die Methode ELTERN-TALK bei den Gästen nennbare Effekte hinterlässt. 2006 gaben 51,7 % der Gäste an, neue Aspekte / neues Wissen erfahren zu haben. 32,7 % schätzen besonders die Impulsqualität des Austausches, des Dialoges und der Kommunikation mit anderen Eltern.

2007 haben im Vergleich zum Vorjahr 21 % mehr Eltern das für sie kostenlose Elternbildungsangebot angenommen. Gerade Eltern mit Migrationshintergrund (2006 gaben 71,4 % Gäste einen nichtdeutschen Kulturhintergrund an) sowie Eltern, die durch herkömmliche Bildungsangebote wenig erreicht werden, nehmen gerne an einem ELTERN-TALK teil.

Nach der Evaluation 2006 waren 1.315 Elternteile türkischer (44,6 %), 845 (28,6 %) deutscher und 669 Teilnehmer (22,7 %) russischer Herkunft. 118 Teilnehmer (4,1 %) gehörten einer anderen Nationalität an.

1087) Paten unterstützen die Integration junger Migranten

Das Patenprojekt der djo (Deutsche Jugend in Europa) in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring bietet heranwachsenden Spätaussiedlern an, sie mit Hilfe von Patinnen und Paten in Schule, Alltag und Beruf individuell zu unterstützen. Sie werden auf ihre Aufgabe gezielt vorbereitet und von bayernweit acht Regionalkoordinatoren, die teilweise an die Bezirksjugendringe oder Jugendbildungsstätten angebunden sind, angeleitet. Damit wird den Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Gefühl gegeben, mit ihrer Situation und den Problemen nicht allein gelassen zu werden, und das nicht nur in der Schule, sondern auch in anderen Lebensbereichen. Das Projekt will Barrieren aufgrund mangelnder Orientierung und Sprachkompetenz aufbrechen und zielt darauf ab, durch die Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren der Integrationsarbeit auch die Sprach- und Kontaktlosigkeit zu überwinden, die zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund besteht.

1088) Elternkurse zur Förderung der Erziehungskompetenz:

„Starke Eltern – Starke Kinder®“ ist ein Elternkurs, der 1999 vom Deutschen Kinderschutzbund entwickelt wurde. Ziel ist die Stärkung der Erziehungsverantwortung, die Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Familie und die Gewaltprävention in der Erziehung. Die Stiftung „Bündnis für Kinder – Gegen Gewalt“ unterstützt seit 2001 die bayernweite Verankerung der Elternkurse.

Seit Ende 2005 werden die Elternkurse in türkischer Sprache angeboten, seit Frühjahr 2008 auch in russischer Sprache. Eine Evaluation der türkischsprachigen Elternkurse hat bestätigt, dass die Elternkurse ein wichtiger Baustein zur Stärkung des Kinderschutzes und zur Förderung der Integration sind. Die türkischen Eltern werden sicherer in ihrem erzieherischen Handeln, sie lernen neue Methoden kennen und entwickeln ein besseres Verständnis für die Unterstützung ihrer Kinder. Zudem steigt die eigene Motivation zur Teilnahme an Deutschkursen.

Literatur:

Alt, Christian (Hg.) (2006): Kinderleben – Integration durch Sprache? Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern, Wiesbaden

Bade, Klaus J.: Integration: Versäumte Chancen und nachholende Politik (2007): In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22-23, S. 32 - 38.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.) (2002): Integration von Spätaussiedlern. München.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.), „Ausländerintegration in Bayern – Folgebericht 2003“, München 2003

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.), „Thesen zur gesellschaftlichen Integration“ des Forums Soziales Bayern, München 2007

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Schule und Bildung in Bayern 2007.

Beauftragte der Bundesregierung (Hrsg.): 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Dezember 2007.

Bommes, Michael: Integration - gesellschaftliches Risiko und politisches Symbol (2007). In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22-23, S. 3 - 5

Bundesjugendkuratorium: Stellungnahme: Die Zukunft der Städte ist multiethnisch und interkulturell. Februar 2005.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Jugendliche in Deutschland. Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gehring, Beck u.a. Berlin 2007.

Bundesregierung (Hrsg.): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege - neue Chancen. Berlin 2007.

Gogolin, Ingrid (2007): Sprachförderung von Migrantenkindern und -jugendlichen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft, Bonn, S. 18 - 24.

Große Anfrage: Frauen und Migration - die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik Deutschland.

Gutachtergruppe „Zukunft Bayern 2020“ c/o Sekretariat des Wissenschaftlich-Technischen Beirats der Bayerischen Staatsregierung (Hrsg.): Zukunft Bayern 2020. Nachhaltige Politik für Kinder, Bildung und Arbeit. April 2007.

Klemm, Klaus (2007): Ethnische und soziale Herkunft: Entscheidend für den Schulerfolg? Reformbedarf des Bildungssystems. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft, Bonn, S. 8 - 17.

Nick, Peter: Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und/oder familiärem Migrationshintergrund in der Jugendverbandsarbeit in Deutschland - Überblick über den Forschungs- und Diskussionsstand. München 2005.

Reiter, Stefanie/Wolf, Richard (2007): Politische Bildung für Migrantinnen und Migranten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32-33, S. 15 - 20.

Schroeder, Christoph (2007): Integration und Sprache. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22-23, S. 6 - 12

Seifert, Wolfgang (2007): Integration und Arbeit: in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22-23, S. 12 - 18.

Thrum, Kathrin; Alexandra Sann (2005): Opstapje – Schritt für Schritt. Ein präventives Spiel- und Lernprogramm für Kleinkinder aus sozial benachteiligten Familien und ihre Eltern, Deutsches Jugendinstitut, München

Toprak, Ahmet (2002): „Auf Gottes Befehl und mit den Worten des Propheten ...“ Auswirkungen des Erziehungsstils auf die Partnerwahl und die Eheschließung türkischer Migranten der zweiten Generation in Deutschland, Herbolzheim

Uslucan, Hacı-Halil (2007): Religiöse Werteerziehung in islamischen Familien, Expertise für das BMFSFJ, Berlin.

Uslucan, Hacı-Halil: Orientierungen und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Expertise für den Bayerischen Landtag, 15. Wahlperiode. Manuskript, Berlin, Mai 2008.

3.13 M. Jugend und Ökologie

Vorbemerkungen

1089) Im Verlauf der Berichte und Diskussionen zum Thema Jugend und Ökologie (Überschrift des Kapitels) in der Enquete-Kommission tauchten ebenso unterschiedliche Begrifflichkeiten auf, wie sie in den Fragestellungen des Auftrags der Enquete-Kommission Verwendung finden. Es erscheint sinnvoll, grundsätzlich die Formulierung Jugend und Ökologie zu verwenden. Seit der beginnenden öffentlichen Wahrnehmung der weltweiten Problematik etwa Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ist der Begriff Ökologie ein allgemein bekanntes und verstandenes Synonym für die allgegenwärtigen Zusammenhänge von Abläufen in der Natur, von der Eingebundenheit des Menschen in diese Zusammenhänge und von der Gefahr der Störung dieser Abläufe bis hin zu einer Gefährdung der lebensnotwendigen Grundlagen der Menschheit. Insofern zielt die Fragestellung des Bayerischen Landtags darauf ab, wie stark sich junge Menschen für solche Zusammenhänge interessieren, sich der möglichen Gefährdungen bewusst sowie bereit sind, sich so zu engagieren, damit sie einen Beitrag zu deren Vermeidung leisten können.

1090) Demgegenüber ist der heute – vor allem im politischen Diskurs, kaum jedoch von Jugendlichen⁶⁰⁶ – oft ge-

brauchte Begriff der Nachhaltigkeit oder nachhaltigen Entwicklung einerseits weniger umfassend, andererseits führt er über Ökologie hinaus. Er bezeichnet letztlich ein – wenn auch wesentliches – Konzept zum Umgang mit der Situation, das, richtig verstanden, auf die natürlichen Zusammenhänge verweist und eine Richtung vorgibt, die für persönliches wie politisches Handeln kennzeichnend werden soll. Gleichzeitig bezieht er soziale und ökonomische Fragestellungen mit ein, erweitert so das Thema Ökologie, gibt ihm aber gleichzeitig eine andere Ausrichtung. Mit einem schnellen Austausch von Wörtern ist es deshalb nicht getan.

1091) Die Tatsache, dass eine UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ für den Zeitraum 2005 bis 2014 weltweit ausgerufen wurde, gibt dem Begriff einen besonderen Stellenwert und wird dazu beitragen, dass er verstärkt Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch finden wird. Dafür wird auch der Arbeitskreis „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Nichtregierungsorganisationen und staatliche Institutionen in Bayern) sorgen, der im Herbst 2007 einen Aktionsplan vorgelegt hat.

1092) Auch im Verhältnis zum Begriff Umwelt gilt, dass Ökologie in Bezug auf Naturzusammenhänge und des Menschen Einbindung in diese der umfassendere und daher als Oberbegriff besser geeignete ist. Gleichzeitig findet der Begriff Umwelt auch Anwendung in anderen Zusammenhängen, so spricht man etwa von sozialer Umwelt. Wahrscheinlich aus Gründen der Sprachästhetik hat sich dennoch der Fachterminus Umweltbildung durchgesetzt, nicht Ökologiebildung. Auch spricht man eher von Umweltengagement, allenfalls von ökologischem Engagement, nicht jedoch von Ökologieengagement. Angebote der Umweltbildung sind insofern grundsätzlich Bildungsmaßnahmen, die das umfassende Thema der Ökologie im Blick haben, unabhängig davon, auf welche Detailspekte sich ggf. einzelne Veranstaltungen begrenzen oder welchen Zugang sie zum Thema wählen. Erziehung zur Nachhaltigkeit ist dabei heute ein zeitgemäßer inhaltlich-konzeptioneller Ansatz und eine globale Zielsetzung im Rahmen von Umweltbildung.

3.13.1 Umweltbildung

1093) Umweltbildung hat sich in den vergangenen 20 Jahren als eigenständiger Zweig der Bildungsarbeit etabliert. Dafür gibt es mittlerweile eigene Bildungseinrichtungen und Lernorte (z. B. „Umweltstationen“, Profile an Jugendherbergen und Jugendbildungsstätten), Fort- und Weiterbildungen sowie Zertifikate für Lehrende, Träger- und Förderstrukturen und vor allem natürlich Konzepte, Didaktik und Methoden.

1094) Unter den Aspekten der Förderung außerschulischer Bildungsmaßnahmen findet Umweltbildung im Rahmen von Jugendarbeit unter dem Oberbegriff Jugendbildungsmaßnahmen statt und wird als solche nicht eigens erhoben. Nimmt man nur die Veranstaltungen der „einschlägigen“ Jugendorganisationen heraus, dann kommt man für 1997/98 auf gerade einmal 914 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und 3.677 Teilnehmertage mit 43.099 € Zuschuss. Im Förderjahr 2002/03 waren es 740 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und 2.726 Teilnehmertage mit 32.505 € Zuschuss. Im letzten erhobenen Jahr, 2006/07, lauten die Vergleichszahlen 496

606 Vgl. Bericht Frau Knoll, 24. Sitzung, 24.05.2007

Teilnehmerinnen und Teilnehmer, 1.894 Teilnehmertage mit 21.128 € Zuschuss.⁶⁰⁷ Allerdings richtet sich die Zahl der Veranstaltungen und Teilnehmertage nicht nach der Nachfrage, sondern nach den vorhandenen Fördermitteln. Insofern kann mit diesen Zahlen kein sinkendes oder steigendes Interesse Jugendlicher belegt werden. Nach Auskunft der Träger ist der Bedarf wesentlich höher.

1095) Zwei maßgebliche Fördermöglichkeiten gibt es im Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz: Im Umweltfonds, der unter Mitwirkung verschiedener im Bereich Umwelt tätiger Organisationen vom Bayerischen Umweltministerium verwaltet wird, sind derzeit 0,62 Mio. € im Haushalt eingestellt. Außerdem gibt es das Programm „Förderung von Umweltstationen“, aus dem Umweltbildungsprojekte gefördert werden, darin sind derzeit 1,455 Mio. € vorgesehen, zusätzlich 500.000 € ab 2008 für schulische Projekte bei den Umweltstationen. Beide Förderprogramme sind allen Altersgruppen zugänglich. Fast 25 % der von den anerkannten Umweltstationen angebotenen Stunden werden von Jugendlichen der Altersstufen 13 bis 18 Jahre wahrgenommen.⁶⁰⁸ Die Teilnehmerzahlen bei Bildungsveranstaltungen (incl. Großveranstaltungen) der 40 anerkannten Umweltstationen sind dabei für 6- bis 12-Jährige von 63.275 in 2002 auf 101.433 in 2006 gestiegen, bei den 13- bis 18-Jährigen von 28.163 auf 37.447. Es handelt sich dabei weit überwiegend um Kinder und Jugendliche, die im Rahmen von schulischen Maßnahmen an den Umweltbildungsveranstaltungen teilnehmen. Außerhalb solcher schulischer Maßnahmen werden Kinder und Jugendliche von den Umweltbildungseinrichtungen kaum erreicht.

1096) In einer Gesellschaft, in der den meisten Kindern und Jugendlichen wirkliche Naturerfahrung fehlt, ist eine solche der ideale Einstieg zum Thema, wahrscheinlich sogar eine Voraussetzung, um einen Zugang zu ökologischem Verständnis zu bekommen. Es gibt weithin Konsens darüber, dass spontane, emotionale und positive Naturerfahrungen für Kinder und Jugendliche Bereitschaft zu Umweltengagement fördern.⁶⁰⁹ Es ist *„wichtig, die Natur mit allen Sinnen wahrzunehmen, also wirklich zu lernen durch Erleben, nicht nur durch Wissensvermittlung. Wir haben schon erlebt und erfahren, dass alles, was erlebt und selber erfahren wird, als Lernprozess wesentlich tiefer sitzt, als wenn man es bloß gehört hat und gesagt bekommt.“*⁶¹⁰ Umweltbildung sollte es dabei aber nicht belassen.

1097) Für Jugend-Umweltbildung kommt es sehr darauf an, dass es *„möglichst frei gestaltet ist, also auf Freiwilligkeit und Mitbestimmung der Jugendlichen basiert.... Diese Aktionen gehen vor allem ... in eine erlebnispädagogische Richtung. Wir versuchen also weniger kognitiv Inhalte zu vermitteln.“* Es gehe darum, *„dass die Natur und die Umwelt wieder als Erfahrungs- und Lebensraum wahrgenommen wird, dass sie sich dort aufhalten, etwas tun, etwas erleben. Unsere Überzeugung ist, dass sich dadurch Einstellungen ändern*

607 Angaben Bayerischer Jugendring, Mai 2008

608 Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

609 Bericht Frau Knoll, 24. Sitzung, 24.05.2007

610 Bericht Herr Merkl, 24. Sitzung, 24.05.2007

*können.“*⁶¹¹ Vor allem der Jugendorganisation Bund Naturschutz ist wichtig, *„dass die Jugendlichen alles selber organisieren und gestalten, ohne dass Erwachsene, Geldgeber oder wohlmeinende Pädagogen/innen heimlich oder direkt steuern.“*⁶¹² Zudem verfügt der Verband über ein breit angelegtes Konzept.

1098) Die Frage nach der Konzeption von Umweltbildung hängt eng zusammen mit dem Verständnis von Natur, Umwelt und ökologischen Erfordernissen, zumindest mit den dabei gesehenen Prioritäten. Viele Träger realisieren aber eine Vielfalt von Konzepten, andere sind stärker an ihrem engeren verbandlichen Profil ausgerichtet. Bei der Jugendorganisation Bund Naturschutz (JBN) spricht man von einem Dreiklang aus „Schönwetter-Umweltpädagogik“, Aufklärung und politischer Einmischung. Schönwetter bedeutet: *„Naturerlebnis, Baumklettern, Pflanzenbestimmungen und Biotoppflege. Aber es wird auch Aufklärung betrieben: . Warum pflegen wir dieses Biotop, warum ist darauf nicht schon längst eine Umgehungsstraße gebaut worden? Als nächsten Schritt suchen die Jugendlichen nach Möglichkeiten, sich politisch einzumischen und gesellschaftlich zu engagieren.“*⁶¹³ Pädagogisch betrachtet setzt die Jugendorganisation Bund Naturschutz dabei den Empowermentansatz um.

1099) Umweltbildung zeichnet sich aus durch eine große Vielfalt an Konzepten, Zielsetzungen und Inhalten. Auch von Umwelterziehung wird in diesem Zusammenhang gerne gesprochen, womit der Ansatz verbunden ist, dass die jungen Menschen eine bestimmte Haltung und Verhaltensweise sich aneignen, bezogen auf die natürliche Umwelt. Umweltbildung geht in der Regel über die Vermittlung von Faktenwissen hinaus. Sie setzt oft dort an, Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu Natur und Naturerlebnisse zu ermöglichen. Sie muss und will natürliche Zusammenhänge verstehbar machen und ihre Bedeutung und Bedrohung als Lebensgrundlage der Menschheit verdeutlichen.

1100) Umfassend verstandene Umweltbildung hat zum Ziel, jungen Menschen Umwelt- und Naturschutz im Sinne einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung für privates Verhalten wie für gesellschaftliche und politische Tätigkeit nahe zu bringen. Zusätzliche Chancen werden zum einen darin gesehen, die Verbindung von Natur und Technik stärker zu nutzen, um Jugendlichen auch aus dieser Perspektive einen Zugang zum Thema zu ermöglichen, und zum anderen durch die Ausweitung der Ganztagsbetreuung in gebundener und in offener Form, womit zeitliche und konzeptionelle Spielräume geschaffen werden könnten, um Umweltbildung an Schulen zu stärken und über die bisher vorherrschende Form der Wissensvermittlung hinaus zu führen – durchaus unter Einbeziehung und Mitwirkung von außerschulischen freien Trägern der Umweltbildung.

1101) Eine besondere Variante der Umweltbildung stellt das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) dar. Das FÖJ wird in Bayern von einem Trägerverbund aus Bund der Deutschen

611 Bericht Herr Schneider, 24. Sitzung, 24.05.2007

612 Strohmenger / Orendt in BJR-Jugendnachrichten, 3-2007, S. 14

613 ebd.

Katholischen Jugend, Evangelischer Jugend in Bayern und Jugendorganisation Bund Naturschutz organisiert bzw. (die fünf einwöchigen Bildungsseminare) durchgeführt. Dabei steht eine Vielfalt von Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten zur Verfügung, mit „vier zentralen Lernfeldern: inhaltliches Basiswissen, instrumentelle Fertigkeiten sowie personale und soziale Kompetenzen.“⁶¹⁴ Die Finanzierung der Bildungsarbeit und der Trägerstruktur erfolgt über den Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz inzwischen mit jährlich 700.000 €. Bewerben können sich junge Menschen, die die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und nicht älter als 27 Jahre sind. Geboten wird ein breites Spektrum an Einsatzfeldern: Bio-bauernhof oder Gärtnerei, Walderlebniszentrum oder Nationalpark, Naturschutzbehörde oder Umweltbildungseinrichtung, Jugendhaus oder Jugendverband, Forschung oder Energie und vieles mehr. Im FÖJ sind die Teilnehmer sozial- und krankenversichert und erhalten Unterkunft und Verpflegung sowie ein Taschengeld. Das FÖJ hat in Bayern aktuell ca. 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon gut zwei Drittel mit Abitur / Fachhochschulreife.⁶¹⁵ Die Nachfrage wird von den Trägerorganisationen als etwa doppelt so hoch benannt – dafür fehle es aber auch an Einsatzstellen.

3.13.2 Welche Bedeutung räumen Jugendliche den Themen Umwelt und nachhaltige Entwicklung ein?

1102) Datenmaterial und Untersuchungen aus der jüngsten Vergangenheit sind eher dünn gesät, besondere bayerische Erhebungen kaum vorhanden. Natürlich enthält die Shell Jugendstudie nach wie vor Fragen zum Thema, auch der DJI-Jugendsurvey streift es. Vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) liegt außerdem eine sehr detaillierte qualitative Studie vor, allerdings auf der Basis einer Befragung einer Teilgruppe (Auszubildende) und auch schon aus dem Jahr 2000. In dieser Veröffentlichung⁶¹⁶ wird auch Bezug genommen auf ältere Untersuchungen, die bis weit in die 90er Jahre hinein sehr starke Affinitäten Jugendlicher zu den Themen Umwelt und Umweltschutz belegen.

1103) „Viele Umfragen weisen darauf hin, dass vor allem die junge Generation dem Schutz der Umwelt sehr aufgeschlossen gegenübersteht. Für sie stellt die Sicherung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen eine Aufgabe von höchster Dringlichkeit dar. Alle Studien bescheinigen den Jugendlichen eine sehr hohe Sensibilität für Umweltprobleme, ...“⁶¹⁷ In den 80er Jahren war die Umweltbewegung bekanntlich eine Jugendbewegung - heute gehört Ökologie erkennbar nicht mehr zum jugendlichen Lifestyle in breiterer Form. Gleichzeitig gelingt es in bestimmtem Umfang seit einigen Jahren, dass „Ökologie wieder Eingang in jugendliche Lebenswelten [findet], z.B. Ökomode, Naturmotive in der Werbung für Jugendclubs, für Diskotheken.“⁶¹⁸

614 Auernhammer / Winkler in BJR-Jugendnachrichten, 3-2007, S.11 f.

615 Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

616 Lappe Lothar u.a.: Das Umweltbewusstsein von Jugendlichen, DJI Verlag München 2000;

617 ebd., S. 18

618 Bericht Herr Orendt, 24. Sitzung, 24.05.2007

1104) Mit der genannten qualitativen Stichprobe von 141 Auszubildenden in Bayern im Jahr 2000 wurde u.a. das zentrale Thema Mobilität und Umweltbewusstsein untersucht. Bei der großen Mehrheit ist grundsätzlich ein solches durchaus vorhanden. So wird das Fahrrad durchaus positiv bewertet und „zunächst von fast allen Jugendlichen die öffentliche Autodiskussion als berechtigt eingeschätzt. ... Trotzdem ist das Auto ... im großen und ganzen unumstritten, auch bei den Jugendlichen mit einem sehr ausgeprägten allgemeinen Umweltbewusstsein.“ In der Befragung nach Lösungsmöglichkeiten für die anerkannten Umweltprobleme stellt die Untersuchung fest, dass der „in den letzten Jahren öffentlich diskutierte Maßnahmenkatalog gegen die Umweltgefährdung durch den Individualverkehr ... größtenteils im Bewusstsein unserer Jugendlichen präsent“ ist. Die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs ist allerdings die einzige unumstrittene Maßnahme, präferiert werden technische Lösungen, „einschränkende Vorschläge finden hingegen weniger positive Resonanz, ... Benzinpreiserhöhungen stoßen explizit auf Ablehnung.“⁶¹⁹ Sehr deutlich in diesen Untersuchungen wird bei mehreren Fragestellungen hingewiesen auf auffallende Bewertungs- und Einstellungsunterschiede zwischen den beiden Geschlechtern.

1105) Unter dem Titel „Jugendreport Natur“ liegen Untersuchungen aus Nordrhein-Westfalen vor, 2005 durchgeführt an Schulen mit 2.200 Jugendlichen der Jahrgangsstufen 6 und 9. Darin wird hervorgehoben, dass die Befragten ein eher naivromantisches Naturbild hätten, in dem wirtschaftliche Naturnutzung keinen Platz habe. Erstaunlich: Nur 11 % der Befragten sind nie im Wald. „38 % geben an, mehrmals pro Woche im Wald zu sein 47 % halten sich mehrmals wöchentlich in Wiesen und Feldern, 68 % in Gärten auf.... Es dominieren gepflegte Naturszenen.“⁶²⁰

1106) Allerdings wird darauf verwiesen, dass die Aktivitäten in der Natur abnehmend seien und – was in mehreren Untersuchungen belegt ist und wenig überrascht – mit zunehmendem Alter sinken: Abenteuer in der Natur 75 % in der 6. Klasse, 56 % in der 9. Klasse, Radeln von 58 % auf 46 % etc.⁶²¹ Tiere beobachten in der 6. Klasse noch 60 % gerne, in der 9. nur mehr 30 % - das Interesse der Jugendlichen liegt in diesem Alter offensichtlich bei anderen Themen. Auch dass die Begeisterung für Naturlehrpfade nachlässt (von 45 % auf 20%), liegt auf der Hand. Wer als Kind schon auf mehreren unterwegs war, braucht das als Jugendlicher nicht mehr so geballt. Und die Aufmachung richtet sich auch pädagogisch eher an Kinder. Offenkundig sagen die meisten der gestellten Fragen nicht viel über Naturbezug Jugendlicher aus, sondern eher über eine dem Alter entsprechende Entwicklung.

1107) Auch in einer anderen Studie – Umweltbewusstsein in Deutschland – wird deutlich, dass Jugendlichen Natur sehr wichtig ist, demnach sagen 90 %, ohne Natur nicht leben zu können.⁶²² Damit könne auch von einem hohen Umweltbe-

619 ebd., S. 140 f.

620 Dr. Rainer Brämer, Uni Marburg, zum Jugendreport „Natur obskur“ 2006

621 Jugendreport „Natur obskur“ 2006

622 Kuckartz, Umweltstudie 2006, Umweltbewusstsein in Deutschland

wusstsein als Wert gesprochen werden.⁶²³ Interessant sind die Interpretationen der einzelnen Befragungen, die doch weit auseinander gehen: Was im einen Fall positiv als Umweltbewusstsein gewertet wird, kann in einem ähnlichen eher negativ als Defizit konstatiert werden.

1108) Was Umweltbewusstsein ausmacht, war Gegenstand ausführlicher Diskussionen und wird anhand von speziellen, exemplarischen Fragestellungen auch immer wieder erhoben. Das Ergebnis läuft darauf hinaus, dass in jungen Jahren ein idealisiertes, fast romantisches Naturverständnis die Grundlage bildet – für das eigene Erleben von Natur und natürlicher Umwelt, aber auch für erste Ansätze eines Bewusstseins, dass diese geschützt werden müsse. Das beginnt dann eben beim Thema Abfallvermeidung. „Die Natur soll immer sauber und aufgeräumt sein“ sagen 95 %, „das größte Vergehen gegen die Natur ist Abfall zu hinterlassen.“⁶²⁴

1109) Nun mag man darüber streiten, ob es nicht größere Gefährdungen gebe und ob in solchen Positionen schon das rechte Umweltbewusstsein ausgedrückt sei – man kann aber auch erfreut feststellen, dass nach diesen Zahlen und zumindest theoretisch eine Haltung verankert zu sein scheint, die Natur nicht nur als Fußballstreifer und Abfalleimer für die menschliche Konsumgesellschaft begreift. Darauf könnte sich, nicht zuletzt mit guter Umweltbildung und Vorbild der Erwachsenen, aufbauen lassen. Zu befürchten ist, dass es vor allem bei letzterem eher schlecht aussieht.

1110) Das gilt wohl nicht nur in Sachen Verhalten, sondern auch was das Wissen anbelangt. In der Regel werden nur Jugendliche befragt zu ihrem naturkundlichen Wissen, ob es bei Älteren tatsächlich besser aussieht, muss dahin gestellt bleiben. Aber nicht das Faktenwissen ist Voraussetzung für Umweltinteresse, sondern es kommt von alleine, wenn einmal Interesse für Natur und ökologische Zusammenhänge geweckt ist. Für dauerhaft ökologisch orientiertes Verhalten sind sicherlich mehrere Faktoren maßgebend, neben Einstellungen, Empathie und Wertebewusstsein auch ein zunehmendes Wissen um Fakten und Zusammenhänge sowie gewisse ökonomische Voraussetzungen.

1111) Insofern macht es auch wenig Sinn, die fehlende Kenntnis über den Nachhaltigkeitsbegriff zu bemängeln, wie es häufig zu lesen ist. Er ist in der allgemeinen Diskussion noch immer nicht angekommen und nach wie vor – jedenfalls in seiner fachlichen Bedeutung – auf engere Kreise Interessierter begrenzt. Für Jugendliche scheint er jedenfalls bislang weitgehend nicht zum Sprachgebrauch zu gehören. Die Themen der Weltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 sind für Jugendliche erst einmal: Geschichtsunterricht. Und Fragen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung sind von geringem Interesse, solange der Wald in scheinbar einigermaßen unversehrtem Zustand vorhanden ist.

1112) Jugendliche verbinden mit ihren Naturaufenthalten oder Waldbesuchen in erster Linie Erlebnis und Aktivitäten, sportliche Betätigung oder Freizeitspaß – 60 % feiern lt. Naturreport 2006 gerne in der freien Natur. Die Natur kann

eine bereichernde Kulisse bieten und eröffnet Möglichkeiten, die ein gepflasterter Platz nicht bietet – den eignen sich Jugendliche aber zu anderen Zwecken auch gerne an. Es gibt keine Ausschließlichkeiten, sondern es geht um Gelegenheiten. Man muss sie jeweils nur lassen. Dass das beschauliche Wandern erst in späteren Jahren ab der Lebensmitte interessant wird, ist ja nicht gerade eine neue Erkenntnis.

1113) Aus der exemplarischen Erfahrung der Jugendorganisation Bund Naturschutz wird festgestellt, dass „das Engagement junger Leute in den letzten 10 bis 20 Jahren rapide abgenommen hat. In den 80er Jahren hatten wir landauf, landab überall Jugendgruppen ... jetzt ... haben wir wesentlich weniger Jugendgruppen.“⁶²⁵ Für diese geringere Zahl an erreichten Jugendlichen gilt freilich nach wie vor, dass sie sich sowohl umweltpolitisch als auch naturschützerisch sehr engagiert verhalten und ihren eigenen Lebensstil an Zielen einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung auszurichten versuchen, sei es bei Ernährung, Kleidung oder Reisen.

1114) Ein nachlassendes Umweltbewusstsein hat auch eine europäische Untersuchung 2001 zum Umweltinteresse Jugendlicher konstatiert. In einem Fünfjahresvergleich im Auftrag von Eurocard / Mastercard mit der Universität Bonn stellte die Befragung fest, dass nicht mehr 36 %, sondern nur mehr 26 % der Befragten Umwelt als sehr wichtiges Thema einstufen.⁶²⁶

1115) In eine ähnliche Richtung ging zur gleichen Zeit eine Umfrage für die Deutsche Energieagentur. Nur 28 % der befragten 16- bis 21-Jährigen gaben an, schon etwas über Klimaschutz gelesen oder gesehen zu haben – in den höheren Jahrgängen waren es dagegen 70 %.⁶²⁷

1116) Es sieht aber eher so aus, als ob die junge Generation in der Betrachtung des Themas Umwelt ähnliche Entwicklungen mitmacht wie die älteren Generationen. So stellt das Umfrageinstitut Peinelt, ebenfalls Anfang des Jahrzehnts, in einer Untersuchung zum Thema „Umweltbildung und Agenda 21“ fest: „Umweltthemen wie Luftverschmutzung, Gewässerschutz, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, Energiesparmaßnahmen und Lärmbelästigung haben in den vergangenen Jahren in der bayerischen Bevölkerung an Bedeutung verloren.“⁶²⁸

1117) Auch die Lebensqualitätsanalyse des BAT-Freizeit-Forschungsinstituts bestätigte 2002 diesen Trend für die Gesamtbevölkerung. „Umweltfragen verlieren demnach stetig an Problemrelevanz: 1989 noch 65 % - 2000 nur noch 47 %. Die Studie sieht als Grund dafür die Zunahme wirtschaftlicher und sozialer Probleme. Der Stellenwert des Bereichs Natur ist im Zehnjahresvergleich deutlich geringer geworden. 1992 bis 2002 Rückgang um 7 Prozentpunkte.“⁶²⁹

625 ebd.

626 Deutscher Naturschutzring: EU-Rundschreiben, Umweltpolitik auf europäischer Ebene, Heft 11/12-2002

627 Neue Presse Coburg, 31.08.2002

628 Umfrageinstitut Peinelt, Vortrag Aumüller in der Akademie Laufen, Februar 2003

629 Mitteilung des Bayerische Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur BAT-Studie

623 Bericht Herr Orendt, 24. Sitzung, 24.05.2007

624 ebd.

1118) Das am besten auf Jugendliche zugeschnittene und damit aus Sicht von Jugendpolitik bedeutsamste Datenmaterial bieten sicherlich der DJI - Jugendsurvey und die Shell Jugendstudie. In der Shell Jugendstudie der beiden letzten Ausgaben, 2002 und 2006, findet man den Hinweis, dass das Thema Umweltverschmutzung auf hohem Niveau stagniert bei der Frage: „Was für Jugendliche ein großes Problem ist, was ihnen Angst macht“: nach schlechte Wirtschaftslage / steigende Armut, Arbeitsplatz verlieren / keinen Arbeitsplatz finden und Terroranschläge gibt es hier bei den 12- bis 25-Jährigen 62 % bzw. 61 % Nennungen. Bei weiblichen Jugendlichen liegt der Anteil (2006) mit 66 % gegenüber 55 % deutlich höher.⁶³⁰ Stabil geblieben ist auch (unter der Thematik Wertorientierungen) der Stellenwert von „Umweltbewusstsein“ als wichtig für die Lebensgestaltung mit jeweils 4,8 als Mittelwert aus einer Skala von 1 bis 7 – bei männlichen Jugendlichen geringfügig schwächer ausgeprägt als bei weiblichen (4,7 zu 4,9).⁶³¹

1119) „Seit 1988 gibt es Untersuchungen über das Umweltbewusstsein der in Deutschland lebenden Wohnbevölkerung. Im Jahresvergleich zeigt sich dabei eine klare Relevanzverschiebung. Immer seltener wird Umweltschutz als das wichtigste Problem genannt. In der Top Ten Liste der häufigsten Nennungen behält er aber einen vorderen Rangplatz. Die im Sommer 2004 publizierte Umweltbewusstseinstudie konstatiert, dass das Umweltbewusstsein bei den 18- bis 24-jährigen geringer ist als beim Rest der Bevölkerung. Dies ist noch kein dramatisches Ergebnis, aber ein Signal.“⁶³²

1120) Neuerdings gibt es, vor allem bei Untersuchungen über die Gesamtbevölkerung, wieder Anzeichen für eine Trendumkehr: „Umweltbewusstsein im Aufwind: Die Daten der Umweltstudie 2006 zeigen einen eindeutigen Aufwärtstrend des Umweltbewusstseins. 25 % der Deutschen zählen den Umweltschutz heute zu einem der wichtigsten Probleme in Deutschland. Damit steht der Umweltschutz erstmalig auf Platz 2 der wichtigsten Probleme.“⁶³³

1121) Die Daten über den Stellenwert der Themen Natur, Ökologie, Umweltschutz sind also nicht eindeutig, zeigen aber eher Tendenzen nach unten, möglicherweise mit Trendumkehr seit zwei bis drei Jahren. Auch die Interpretationen sind nicht eindeutig. Man sollte sich jedoch davor hüten, zu schnell das alte Lied von der desinteressierten Jugend anzustimmen. Wie alle Themen, welche die Öffentlichkeit beschäftigen, unterliegen auch diese „konjunkturellen Schwankungen“. Im Wortsinn wie im übertragenen. Bedeutende Ereignisse und die dazu gehörende Medienpräsenz können innerhalb kurzer Zeit Stimmungen beeinträchtigen; sind sie von längerer Dauer und greifen tiefer in das Leben und Be-

wusstsein der Menschen ein, schlagen sie sich entsprechend in Umfragen nieder. Zum Beispiel wachsende Sorgen um die eigene Zukunft in Zeiten einer schwachen wirtschaftlichen Konjunktur.

1122) Jedenfalls war es nicht nur die junge Generation, die noch vor 10 Jahren dem Thema weniger Bedeutung beigegeben hat, s. nachstehende Abbildung 35. „In den 90er Jahren gab es einen starken Rückgang bei der Prioritäteneinschätzung im Hinblick auf den politischen Stellenwert des Umweltschutzes, neuerdings kehrt sich der Trend wieder um, zumal die Umweltproblematik weiterhin einen Anlass für erhebliche Zukunftsängste bildet. So stimmen 58 % dem Statement zu, dass die Grenzen des Wachstums erreicht seien, und 62 % befürchten, dass wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so weitermachen wie bisher. Vor allem die Problemwahrnehmung des Klimawandels hat sich in den letzten Jahren verändert. Der Klimawandel ist weiter in das Bewusstsein der Menschen vorgedrungen und trägt dazu bei, dass Umweltschutz für die Menschen seit einigen Jahren wieder relevanter wird.“⁶³⁴

1123) Auf einen weiteren ähnlichen Sachverhalt weist das Umweltbundesamt in der aktuellen BMU/UBA-Repräsentativumfrage (keine jugendspezifische Auswertung) „Umweltbewusstsein in Deutschland 2006“ hin. Hier „zeigte sich, dass die Menschen in Deutschland wieder kritischer und auch skeptischer auf die Umwelt schauen. Das ist auf den ersten Blick überraschend, denn in den letzten anderthalb Jahrzehnten hat sich die Bewertung der Umweltqualität in Deutschland stetig verbessert. Der Anteil der Befragten, welche „recht gute“ oder sogar „sehr gute“ Umweltverhältnisse in den alten Bundesländern konstatierten, stieg zwischen 1992 und 1998 von rund 50 % auf 60 % und ging dann noch einmal stark in die Höhe bis über 80 % in den Jahren 2002 und 2004. Dagegen sind es im Jahre 2006 nur mehr 66 %, welche eine gute Umweltqualität für Deutschland insgesamt konstatieren.“ Auch wenn es dabei um die Einschätzung der globalen Umweltzustände geht – das Interesse an dem Thema steigt. „Die zunehmend kritische Sicht auf die bestehende Umweltqualität und deren weitere Entwicklung hat aber auch die Folge, dass der Umweltschutz im Vergleich mit anderen politischen Aufgaben wieder an Aufmerksamkeit gewinnt.“⁶³⁵

1124) Wie bedeutsam das Thema Umweltschutz als politisches Problem eingeschätzt wird, ist in Deutschland mittlerweile über viele Jahre untersucht. Es ist Schwankungen unterworfen, aber meistens taucht es auf den vorderen Plätzen auf – zuletzt eben wieder ansteigend.

630 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 171

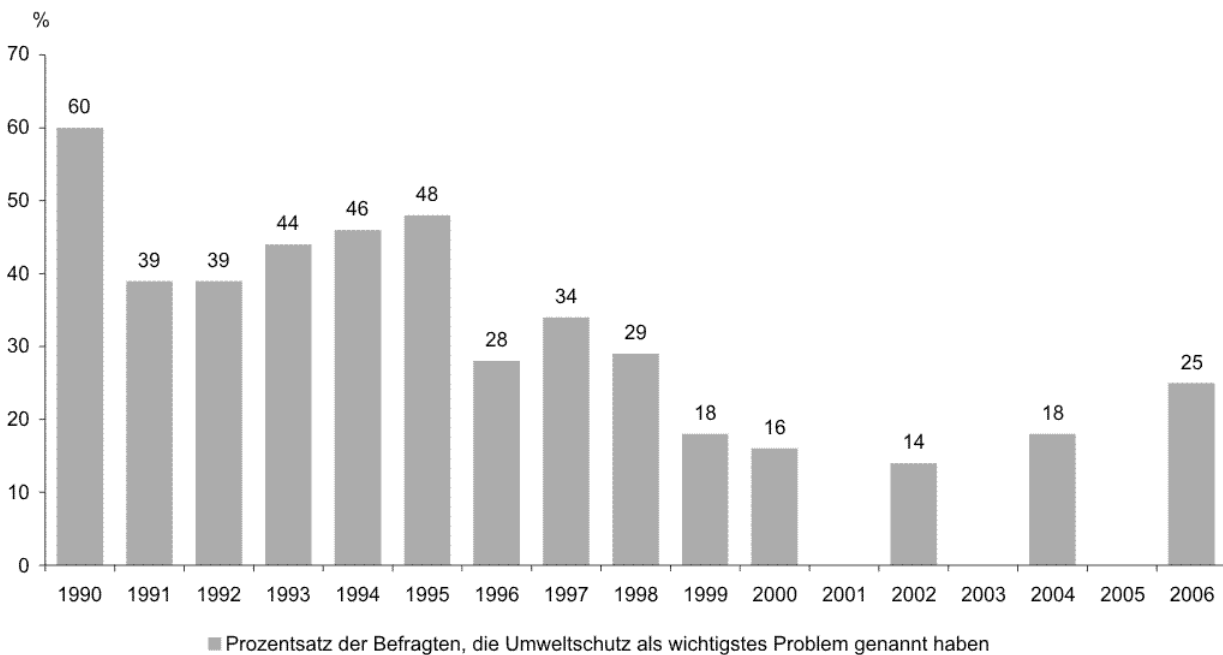
631 ebd., S. 177, 182

632 Ergebnisbericht einer Fachveranstaltung des ANU-Bundesverbandes (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung) am 28.10.2004 in Hamburg

633 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Umweltbewusstsein in Deutschland 2006, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.

634 ebd.

635 ebd.

Abbildung 35: Umweltschutz als eines der wichtigsten Probleme**Umweltschutz als eines der wichtigsten Probleme**

Quelle: 1988-1999 EMNID; 2000-2006 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Umweltbewusstsein in Deutschland 2006, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Umweltforschungsplan FKZ 205 17 102, Berlin, November 2006

3.13.3 Was sind sie bereit, zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen?

1125) Aufgrund des geringen Bekanntheitsgrades des Begriffs „nachhaltige Entwicklung“ unter Jugendlichen muss die Fragestellung hier so verstanden werden, dass es allgemein um die Bereitschaft junger Menschen geht, in den Bereichen Natur, Naturschutz, Ökologie und Umweltschutz ein Engagement einzubringen, sei es im privaten Bereich (pflegerischer und nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen, ökologisch verträgliches Verhalten etwa bei Mobilität etc.) oder in Form gesellschaftlichen oder politischen Engagements.

1126) Bekannt sind vor allem die Fragestellungen der Shell Jugendstudie, die immer wieder kehren und daher auch Entwicklungen erkennen lassen. Für den Zeitvergleich 2002 mit 2006 wird ein Rückgang festgestellt bei den Aktivitäten für den Umwelt- und Tierschutz von 8 % auf 7 % („oft“) bzw. 29 % auf 24 % („gelegentlich“). Das ergibt eine Steigerung von 62 % auf 69 % bei der Angabe „nie“. Entsprechend wird auch die Notwendigkeit, dass wir „als Gesellschaft besonders aktiv werden“ müssen, geringer eingeschätzt als noch vier Jahre vorher, Rückgang bei drei möglichen Nennungen für 9 Themen von 21 % auf 14 %.⁶³⁶

1127) In Zusammenhang mit der Befragung von Auszubildenden (s.o. Nr. 1104) wurde durch das DJI vertieft die Frage nach Zusammenhängen von Wissen, Einstellungen und Handeln behandelt und unter dem Stichwort „interaktionistisches

Modell“ ausgeführt.⁶³⁷ Demnach gibt es keine einfache monokausale Wirkungskette; vielmehr „sind Person und Umwelt, in den Prozessen von Wahrnehmung, Interpretation und Handeln interaktiv aufeinander bezogen; die Strukturen objektiver Situationen stehen in einem Austauschprozess mit bereits vorhandenen Persönlichkeitsstrukturen.“⁶³⁸

1128) Für den Zusammenhang von Bewusstsein und Handlungsbereitschaft wurde eine Typologie mit vier Mustern gebildet. Dabei bilden die „Konsistenten Aktiven“ diejenige Gruppe, in der zu einem hohen Wissen über Umweltfragen eine persönliche Umweltbetroffenheit und Bereitschaft zu Aktivitäten hinzukommt. Zu dieser Gruppe gehören in der Befragung der Auszubildenden 20 % der männlichen und knapp 40 % der weiblichen Befragten.

1129) Eigens und umfassend ausgeführt sind Ergebnisse zum Thema Mobilität; hier kommt es für alle Altersstufen zu einer praktischen ökologischen Weggabelung – vornehmlich ab dem 18. Lebensjahr, wenn alle Möglichkeiten der Fortbewegung offen stehen. Grundsätzlich und theoretisch ist ein Bewusstsein für die Zusammenhänge von Umweltproblemen und Mobilität bei einer großen Mehrheit vorhanden, s.o., Nr. 1104. Trotzdem hält das Auto den Spitzenplatz der Beliebtheit der Mittel zur Mobilität. Die Gründe sind ebenso eindeutig wie Generationen übergreifend: Unabhängigkeit und Bewegungsmöglichkeit, und die Bahn ist zu teuer und

⁶³⁶ 15. Shell Jugendstudie 2006, S. 123, 120;

⁶³⁷ Lappe Lothar u.a.: Das Umweltbewusstsein von Jugendlichen, DJI Verlag München 2000; S. 23 ff.

⁶³⁸ ebd., S. 173

man hat – wohl weil die Eltern dieselben Gründe hatten – mit ihr auch praktisch keine Erfahrung. Die Bahn spielt bei über 18-Jährigen nur in Ballungsgebieten auf dem Weg zur Arbeit eine bedeutende Rolle. *„Die Jugendlichen sind ganz überwiegend der Meinung, dass der erfolgreiche Weg zum Umweltschutz über technische Lösungen führt.“*⁶³⁹ Das entlastet nebenbei auch von eigenem Handeln.

1130) Durch alle Beschreibungen von junglichem Umweltverhalten zieht sich hindurch, dass als eigener Beitrag am stärksten gesehen wird, keinen Müll in die Landschaft zu werfen und zuhause den Müll zu trennen. In der Literatur wird dies oft geringschätzig abgetan als zu simpel, als rein ästhetisches Problem oder naiv und romantisierend und nicht wirklich nachhaltig. Man könnte aber stattdessen an solcher Bereitschaft ansetzen im Sinne von positiver Verstärkung. Verglichen mit dem Zustand vor 20 Jahren ist die Sensibilisierung weiter Teile der Bevölkerung für das Erfordernis der Rohstoffverwertung und des Recyclings eigentlich eine ökologische und tatsächlich nachhaltige Erfolgsgeschichte, die von der heute jungen Generation weitgehend als Selbstverständlichkeit akzeptiert ist.

1131) Die bereits zitierte Studie Umweltbewusstsein 2006 – die allerdings die Gesamtbevölkerung im Blick hat – stellt eine wieder stark steigende Bereitschaft zum Engagement fest: *„Das Interesse an einem ehrenamtlichen Engagement für den Umwelt- und Naturschutz hat stark zugenommen: 45 % können sich vorstellen, entsprechend aktiv zu werden (2004: 33 %) Nahezu alle Fragen zur Erfassung der allgemeinen Einstellungen zum Umweltschutz zeigen eine positive Antworttendenz als 2004. So sind jetzt 84% der Meinung, wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen und 63% glauben, dass wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so weitermachen wie bisher.“*⁶⁴⁰

1132) Auch der Kauf von Bio-Lebensmitteln ist ein Thema der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung – allerdings wohl eher noch kein Jugendthema. Es liegen auch keine Zahlen vor – außer wieder für die Gesamtbevölkerung. *„Der Kauf von Bio-Lebensmitteln liegt im Trend: 41 % geben an, dies immer oder häufig zu tun. Gegenüber 2004 ist dies eine Steigerung um 8 %. Auch der gezielte Kauf von Obst und Gemüse aus der Region hat zugenommen.“*⁶⁴¹

1133) Der in diesem Bericht vielfach zitierte Jugendsurvey des DJI enthält Fragestellungen, die auch an dieser Stelle relevant sind. Wie bereits in Kapitel 3.2 B dargestellt, ist vor allem bei den älteren und stärker bei weiblichen Jugendlichen ein gewisser Anstieg von prosozialen Werten / Verantwortungsbereitschaft in den letzten Jahren festzustellen. Verbunden mit Werten der Dimension Selbstentfaltung – kritisch sein, durchsetzungsfähig sein – ergibt das gute Voraussetzungen für Umweltengagement. Inwieweit dies tatsächlich in einer Verantwortung für Umwelt mündet, muss offen

bleiben, zumal insgesamt ein Rückgang von engagementbezogenen Werten festgestellt wird.⁶⁴²

1134) Festgehalten werden kann jedoch, dass nur gut die Hälfte der 12- bis 15-Jährigen nie in der Freizeit für Umwelt- und Tierschutz aktiv sind. Bei den 16- bis 29-Jährigen sind es knapp zwei Drittel. Das sind eigentlich sehr positive Zahlen, auch wenn sie anders herum dargestellt nicht berauschend sind: Bei „oft“ geben solche Aktivitäten die Jüngeren mit 11 %, die Älteren mit nur 6 % an, der Rest entfällt auf „gelegentlich“.⁶⁴³

1135) Umgekehrt kann über die Umweltprojekte der Jugendorganisationen sehr klar gesagt werden, womit die beteiligten Jugendlichen sich dabei beschäftigen – dafür aber gibt es kein eindeutiges statistisches Zahlenmaterial. Einerseits stagnieren die Mitgliederzahlen oder gehen sogar leicht zurück; andererseits kann etwa die Jugend des Deutschen Alpenvereins in Bayern seit Jahren darauf hinweisen, dass sie einen Mitgliederzuwachs zwischen 5 % und 10 % jährlich zu verzeichnen hat – wohl auch wegen ihrer erlebnis- und umweltpädagogischen Ausrichtung. Die umweltorientierten Maßnahmen voll zu bekommen, ist jedenfalls kein Problem, gerade auch die der „politischen Einmischung“, vgl. oben bei Bildung. Der konkrete Schritt von Bildung zu Politik wird vor allem dann gegangen, wenn es ein konkretes Thema ist. *„Klimawandel oder Globalisierung, das sind abstrakte, globale Probleme. Unsere Stimme wird da nicht gehört. Aber gegen die Südumgehung haben wir eine Chance.“*⁶⁴⁴

1136) Eine etwas andere Erklärung als viele andere für einen möglichen Rückgang des Umweltengagements bietet ebenfalls die JBN, die man als Praxisexperten sehen kann: *„Alle, wirklich alle reden heutzutage so schön vom Umweltschutz, sind dermaßen besorgt um das Klima und fordern derart radikale Maßnahmen, dass junge Menschen gar nicht mehr zwischen Greenpeace, Umweltminister, Wirtschafts-boss und Ökostation unterscheiden können. Das hat zur Folge, dass diejenigen Jugendlichen, die politisch eher desinteressiert sind und in ihrem Leben wenig durch direktes Naturerleben geprägt wurden, denken: „Um Umweltschutz kümmern sich unzählige Behörden, Organisationen und Politiker/innen. Das scheint in guten Händen. Warum sollte ich mich engagieren?““*⁶⁴⁵

1137) Im obigen Abschnitt „Umweltbildung“ wurde eine Reihe erfreulicher Entwicklungen bei der Beteiligung an Angeboten dargestellt. Auch dies ist ein Zeichen dafür, dass junge Leute bereit sind, sich mit ökologischen Fragestellungen auseinander zu setzen – auch wenn das für sich genommen noch kein tatsächlicher Beitrag zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung ist.

1138) Trotzdem: Aus Sicht der Akteure der Umweltbildung gelten Jugendliche inzwischen als eine schwer erreichbare Zielgruppe. Diese Alltagserfahrungen werden scheinbar

639 ebd.

640 Kuckartz, Umweltstudie 2006, Umweltbewusstsein in Deutschland

641 ebd.

642 Gille u.a., DJI, Jugendsurvey 3

643 ebd., S. 215 ff.

644 Isabella Miller in BJR-Jugendnachrichten, 3-2007, S. 16

645 Strohmenger / Orendt in BJR-Jugendnachrichten, 3-2007, S. 13

durch die aktuellen Untersuchungen gestützt, in denen ein rückläufiges Umweltbewusstsein konstatiert wird. Dabei zeigen die zum Teil gleichen Untersuchungen, dass Jugendliche keineswegs desinteressiert an gesellschaftlichen Prozessen sind. Es wird darauf verwiesen, dass die Rahmenbedingungen und Handlungslogiken ihres Aktivwerdens sich geändert haben. *„Sie unterwerfen sich heute nicht mehr ohne weiteres den Vorstellungen der etablierten Einrichtungen. Vielmehr bestimmen sie immer stärker Inhalte, Orte und Zeitdauer ihrer Aktivitäten selber.“*⁶⁴⁶ Und wenn dann die jugendlich selbst organisierten Aktionen nicht immer mit den Terminologien der Vereinten Nationen zusammen passen, dann ist vorerst weder die Jugend noch die Umwelt in verschärfter Gefahr.

München, den 17. Juli 2008

Josef Zellmeier

(Vorsitzender)

⁶⁴⁶ Ergebnisbericht einer Fachveranstaltung des ANU-Bundesverbandes am 28.10.2004 in Hamburg

4 Handlungsempfehlungen an die Politik

Jugendpolitische Empfehlungen

1139) In den letzten Jahren konzentrierten sich die öffentlichen und politischen Debatten auch in Bayern auf sinkende Geburtenzahlen, den vorhandenen und noch steigenden Bedarf bei der Tagesbetreuung von Kindern und den Wandel der Familie sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die politischen Prioritäten lagen dementsprechend in der frühen Kindheit und der Familie. Jugendliche fanden demgegenüber vor allem dann Aufmerksamkeit, wenn sie Probleme machten oder erhebliche Probleme hatten.

1140) Eine derartige Sichtweise wird nicht nur der Situation der Jugendlichen und der Vielfalt jugendlicher Lebensformen und Lebenswelten in Bayern nicht gerecht; es wäre zudem eine äußerst kurzsichtige Politik zu glauben, dass mit den Investitionen in der frühen Kindheit und durch die Unterstützung von Eltern mit kleinen Kindern sich alle in späteren Altersphasen ergebenden Herausforderungen gleichsam von selbst erledigen würden.

1141) Vor diesem Hintergrund war die Arbeit der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtages durch das Anliegen geprägt, Vorschläge für eine profilierte und zukunftsorientierte Jugendpolitik in Bayern zu formulieren, die sich auf die Altersgruppe der Jugendlichen konzentriert. Gerade in einer im raschen Wandel befindlichen Gesellschaft mit ihren zukünftigen Gestaltungspotenzialen, aber auch ihren Risiken für das Aufwachsen, muss Jugendpolitik, so die Überzeugung der Kommission, sich erkennbar positionieren und neue Antworten auf die veränderten Herausforderungen finden.

4.1 Aufwachsen im Wandel

1142) Das Aufwachsen von Jugendlichen in Bayern ist heute durch widersprüchliche Konstellationen, Entwicklungen und Erwartungen geprägt. Jugendliche verfügen über eine Vielzahl von Erfahrungs-, Kommunikations- und Gestaltungsspielräumen, die noch vor 20 Jahren kaum vorstellbar erschienen. Aber die durch wirtschaftliche, demografische, kulturelle und soziale Faktoren angetriebenen Prozesse der Beschleunigung des sozialen Wandels, der Individualisierung der Lebensführung und der Pluralisierung der Lebensformen haben auch die tradierten, für die bürgerliche Gesellschaft charakteristischen Lebensentwürfe, Wert- und Moralvorstellungen und Sinnentwürfe relativiert. Anstelle unstrittig gültiger Lebensentwürfe und eindeutiger normativer Vorgaben stehen Jugendliche heute vor einer großen und beständig wachsenden Vielfalt von scheinbar in gleicher Weise gültigen Lebensformen und Identitätsentwürfen für sich selbst wie auch für ihr späteres Erwachsenenleben. Zusammen mit den Erweiterungen der technischen und medialen Möglichkeiten ist so eine kaum mehr überschaubare Vielfalt an unterschiedlichen Pfaden durch die Jugendphase und an jugendlichen Lebensstilen entstanden. Die Vielfalt ist so groß, dass viele nur noch von Jugend im Plural, also von Jugenden, sprechen. Die Fülle an gleichzeitig im Umlauf befindlichen Etiketten, wie „Null-Bock-Generation“ „pragmatische Generation“, „Coolhunter“ „Cyberkids“, „Monstern“ oder den „Ideali-

sten“, „Materialisten“ „Machern“ und „Unauffälligen“ der Shell Jugendstudien, derer sich Politik und Öffentlichkeit häufig bedienen, belegen, wie schwierig es ist, zutreffend über Jugend heute zu sprechen, weil einfache Zuschreibungen nicht mehr passen.

1143) Diese Vielfalt jugendlicher Lebensformen stellt eine Herausforderung für jede Form von Jugendpolitik dar, weil sie mit jedem Vorhaben fast unvermeidlich Gefahr läuft, nur einen Ausschnitt von Jugend in den Blick zu nehmen und gleichzeitig alle anderen Jugendlichen auszublenden. Wer sich um eine bessere Integration von kleinen, sozial u.U. sehr auffälligen oder benachteiligten Gruppen von Jugendlichen bemüht, muss ggf. in Kauf nehmen, dass die unauffälligen, z. B. die in Verbänden engagierten Jugendlichen, darüber vergessen werden. Diese Problematik ist für Jugendpolitik auch deshalb eine Herausforderung, weil für die Jugendlichen die beschriebene Vielfalt der Lebensformen zwar prinzipiell Gestaltungsspielräume und Wahlmöglichkeiten eröffnet, der größte Teil dieser Optionen sich real aber nicht umsetzen lässt. Die Glaubwürdigkeit von Jugendpolitik wird sich deshalb in erster Linie daran bemessen, welche konkreten Chancen sich Jugendlichen bieten und wie sich die einzelne bzw. der einzelne Jugendliche dabei von der Politik vertreten sieht.

1144) Auch wenn die Wege in das Erwachsenenleben komplizierter und in ihrer Vielfalt ggf. verwirrend geworden sind, bestehen weiterhin sehr konkrete Erwartungen an Jugendliche. Insbesondere die öffentlichen Institutionen von der Kindertagesbetreuung über die Schulen bis zu den Hochschulen, die außerschulischen Angebote sowie die Berufsausbildung geben eine Lebenslauf- und Erwartungsstruktur vor: Jugendliche sollen schrittweise selbstständig werden und für ihr Handeln die Verantwortung übernehmen; sie sollen ein eigenes moralisches Bewusstsein und ein aufgeklärtes, reflektiertes Selbstverständnis als Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen Gemeinwesens und als Mitbewohner eines ökologisch bedrohten Planeten ausbilden; es wird erwartet, dass sie eine eigene Identität entwickeln und ausreichend Widerstandskraft gegen die Gefährdungen und Verführungen moderner Konsumwelten aufbringen; sie sollen dauerhaft lern- und leistungsbereit sein, gesundheitsbewusst, flexibel und zuverlässig; sie sollen einen bewussten Umgang mit ihrem eigenen Körper sowie einen partnerschaftlichen Umgang mit Sexualität erlernen, erfolgreich die Schule bestehen, eine qualifizierende und zukunftsfähige Ausbildung absolvieren und die Einmündung auf den ersten Arbeitsmarkt möglichst bruchlos bewältigen. Und wo dieser Korridor der impliziten Normalbiografie verlassen wird, stehen einerseits fördernde, helfende und stützende Angebote, Maßnahmen, z. B. in Form der Hilfen zur Erziehung, und Institutionen sowie andererseits kontrollierende und sanktionierende Maßnahmen und Institutionen – z. B. in Form der staatlichen Garantenpflicht, des Jugendschutzes, der Polizei und der Justiz – bereit.

1145) Moderne Jugendpolitik unterstützt Jugendliche bei der Bewältigung ihrer alterstypischen Anforderungen und berücksichtigt, dass sie sich noch in der Entwicklung befinden und sich durch Erziehung, Erfahrung und aktive Aneignung bilden, unterschiedliche Identitätsentwürfe erproben und ihre Möglichkeiten und Grenzen ausloten müssen.

Derartige Lern- und Bildungsprozesse benötigen entsprechende Gelegenheiten und Anlässe, persönliche Aufmerksamkeit, Zeit, ein gewisses Maß an sozialer Einbettung und Sicherheit sowie entsprechende Erprobungsräume und Beteiligungschancen. Diese Rahmenbedingungen allerdings sind nicht einfach gegeben, sondern müssen politisch gewollt und durchgesetzt werden. Es ist Aufgabe von Jugendpolitik, die dafür öffentlich notwendigen Möglichkeiten, Unterstützungs- und Förderungsformen bereitzustellen.

1146) Es ist abzusehen, dass dieser Bedarf an Gestaltungsspielräumen und Ressourcen für Jugendliche eher noch zunehmen wird. Unter den Bedingungen der europäischen und weltweiten Verflechtungen in vielen Politikbereichen, der Globalisierung der Wirtschaft und den sichtbar gewordenen Grenzen des bisherigen deutschen Wohlfahrtsmodells wachsen die Lern- und Leistungsanforderungen an alle Jugendlichen. Jugendliche müssen unbestritten heute mehr und anders lernen als noch ihre Altersgenossen vor 20 Jahren, um morgen erfolgreich bestehen zu können. Das Diffuswerden der vorgegebenen und bewährten Wege durch die Jugendphase und der Übergänge erfordert von jeder und jedem Einzelnen unvermeidlich Entscheidungen, wie sie sich ihr bzw. er sich sein aktuelles und zukünftiges Leben vorstellt und welche zumindest denkbaren Optionen nicht gewählt werden sollen. Zugleich bringen es Vielfalt und Zukunftsoffenheit mit sich, dass die mittel- und langfristigen Folgen der eigenen Entscheidungen für Jugendliche kaum mehr kalkulierbar sind. Viele Jugendliche ziehen daraus den naheliegenden Schluss, sich nur noch mit Vorbehalt auf Anforderungen einzulassen, denn es könnte sich herausstellen, dass es die falschen waren.

1147) Zugleich jedoch werden in letzter Zeit die Spielräume im Jugendalter enger. Während man in Bayern in den letzten 30 Jahren eine kontinuierliche Ausdehnung der Jugendphase durch die Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten beobachten konnte, mehren sich seit Kurzem die Hinweise, dass zumindest für einige Gruppen von Jugendlichen gegenläufige Entwicklungen im Gang sind (z. B. Verkürzung der Schul- und Studienzeiten). Zugleich folgt aus der Globalisierung der Wirtschaft und den ihr innewohnenden Steigerungs- und Beschleunigungsdynamiken, dass die Erwartungen an das Jugendalter steigen, die Zeiten für die Bewältigung der Aufgaben aber kürzer werden. Denn es muss in kürzerer Zeit von vielen Jugendlichen mehr gelernt und geklärt werden.

1148) Die meisten Jugendlichen allerdings bewältigen die an sie gestellten Anforderungen trotz der enger gewordenen Gestaltungsspielräume weitgehend erfolgreich und unauffällig. Sie sind leistungsbereit, agieren selbstverantwortlich und engagieren sich in vielfältiger Weise. Dies – angesichts der schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen – zu würdigen und zu unterstützen, ist Aufgabe von Jugendpolitik.

1149) Es gibt aber auch viele Jugendliche, denen die altersgemäße Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben durch fehlende Ressourcen erschwert wird. Wachsende soziale Ungleichheiten, kulturelle Differenzen und fehlende Förderung mit der Folge unzureichender Integration und Teilhabechancen führen in diesen Fällen dazu, dass ganze

Gruppen von Jugendlichen die für ihre Zukunft notwendigen Kompetenzen nicht erwerben können. Früh entstehen auf diese Weise verfestigte, in mehrfacher Hinsicht hoch belastete Risikogruppen.

4.2 Jugendpolitische Eckwerte

1150) Aufgabe bayerischer Jugendpolitik ist es, die Bedingungen des Aufwachsens von Jugendlichen so zu gestalten, dass ihnen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und selbstverantwortlichen Gestaltung des eigenen Lebens eröffnet werden. Dabei bewegt sich Jugendpolitik in einem Spannungsverhältnis zwischen den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen selbst, den absehbaren oder noch offenen zukünftigen gesellschaftlichen Anforderungen an Jugendliche bzw. an ihre spätere Rolle als Erwachsene sowie den aktuellen Chancen und Gefährdungen des Aufwachsens.

1151) Zukunftsorientierte Jugendpolitik muss die Vielfalt der jugendlichen Lebensformen im politischen und öffentlichen Raum sichtbar werden lassen und zur Sprache bringen, die Perspektive der Jugendlichen ernst und zu einem eigenen Ausgangspunkt nehmen. Beteiligung und die Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten sind dabei zentrale Voraussetzungen. Nur so wird es ihr möglich sein, im Horizont der gegebenen und absehbaren Bedingungen des Aufwachsens die Sichtweisen von Jugendlichen mit den Erwartungen der Erwachsenen aus- und abzugleichen. Jugendpolitische Aufgabe dabei ist, Jugendliche zu unterstützen, die an sie gestellten Anforderungen erfolgreich zu bewältigen. Deshalb ist Jugendpolitik zukunftsorientierte Beteiligungspolitik mit jungen Menschen.

1152) Eine solche Jugendpolitik dient dem Wohl aller in Bayern lebenden Jugendlichen. Sie betont den Subjektstatus von Kindern und Jugendlichen und die damit verbundenen Rechte. Zukunftsorientierte Jugendpolitik gewährt dementsprechend allen Jugendlichen Schutz, Fürsorge und Erziehung sowie die Ermöglichung von Bildung. Soziale Einbettung und Mitgestaltungsmöglichkeiten sind dafür wesentliche Voraussetzungen.

1153) Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei jene Jugendlichen, die der gezielten Unterstützung und Förderung bedürfen. Erziehung, Förderung und Ausbildung sind wichtige Beiträge zur gesellschaftlichen Integration. Chancengerechtigkeit auch für die Zukunft bedeutet, diesen Jugendlichen heute eine Chance auf zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.

1154) Allerdings ist Kinder- und Jugendpolitik allein nicht in der Lage, die für ein erfolgreiches Aufwachsen notwendigen Bedingungen zu schaffen. Sie ist dabei auf eine gleichsinnige Ausrichtung und Unterstützung der anderen Politikfelder angewiesen – allen voran der Arbeitsmarkt-, Familien-, Bildungs-, Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Stadt- und Regionalpolitik.

1155) In Bayern gibt es in den jeweiligen Ministerien hierzu eine ganze Reihe von Initiativen und Förderprogrammen, die allerdings in Zukunft noch besser aufeinander abgestimmt werden sollten.

4.3 Die Empfehlungen im Einzelnen

1156) Die in den folgenden Abschnitten formulierten jugendpolitischen Herausforderungen und Empfehlungen an die bayerische Landespolitik basieren auf den Analysen des vorangehenden Teils 3. Entsprechend der Gliederung des Enquete-Auftrages des Bayerischen Landtages werden im Folgenden – mit Ausnahme des Kapitels A – für jedes Kapitel die in der Enquete-Kommission erarbeiteten zentralen jugendpolitischen Leitlinien sowie die sich daraus ergebenden jugendpolitischen Empfehlungen formuliert. Dabei werden, soweit in der Sache notwendig, kurz auch jene Aspekte benannt, bei denen es aus der Sicht der Enquete-Kommission Klärungsbedarf gibt. Sie verweisen auf unzureichende Wissensbestände und zeigen sowohl politischen Entscheidungsbedarf als auch Forschungslücken auf.

4.3.1 Zu Kapitel B (Werte)

4.3.1.1 Leitlinien

1157) Die Vermittlung von und Auseinandersetzung mit Werten, die eine Gesellschaft tragen, ist eine für deren Zukunft entscheidende Aufgabe.

1158) Zugleich gilt, dass Wertorientierungen und Einstellungen Jugendlicher ein getreuliches Spiegelbild jener Welten und der Bedingungen sind, in denen und unter denen Jugendliche aufwachsen. Zwar spielen immer wieder und meist phasenweise alterstypische Einflüsse eine prägende Rolle, sei es z. B. in Form von Phasen sehr rigider Moralvorstellungen, szenetypischen Einflüssen (z. B. in Form von bestimmten Zugehörigkeiten und entsprechenden Orientierungen) oder in Form entwicklungsbedingter Ablösungs- und Abgrenzungstendenzen primär gegenüber den Eltern; aufs Ganze gesehen jedoch zeigt sich immer wieder, dass sich die Wertorientierungen und Einstellungen Jugendlicher mittelfristig denen der Erwachsenen annähern. Damit verweist die Frage nach den Wertorientierungen und Einstellungen Jugendlicher immer auch auf die Wertorientierungen und Einstellungen Erwachsener sowie auf die Alltagserfahrungen, die Jugendliche in dieser Gesellschaft machen. Glaubwürdigkeit, nicht nur von Politik, ist dabei ein wesentliches Kriterium.

1159) Die Frage nach den Wertorientierungen und Einstellungen ist immer auch Ausdruck der Sorge der Erwachsenen, wie es um die Integration der nachwachsenden Generation bestellt ist. Wertorientierungen und Einstellungen Jugendlicher werden gleichsam als Prüfindikatoren mehr oder weniger erfolgreich verlaufender Erziehung und Sozialisation angesehen. Dabei wird häufig übersehen, dass die Ausbildung eigener, stabiler Wertorientierungen und Einstellungen im Jugendalter in einer pluralistischen Gesellschaft mit ihren vielfältigen Möglichkeiten, das eigene Leben zu führen, mit besonderen Herausforderungen verbunden ist. Da gibt es auf der einen Seite die Erwartungen der Erwachsenen, dass Jugendliche möglichst schnell und verbindlich die für das Zusammenleben in einer demokratisch-liberalen, pluralen, westlich orientierten Gesellschaft zugrundeliegenden Werthaltungen übernehmen sollen. Andererseits erleben sie immer wieder, dass es im Labyrinth des Alltags fast jedes

Mal klärungsbedürftig ist, was damit jeweils konkret gemeint sein mag. In diesem Spannungsfeld müssen Jugendliche für sich einen Weg finden. Sie brauchen einerseits dazu Zeit und Räume, in krisenhaften Situationen auch Begleitung, um eigene Erfahrungen machen zu können, und andererseits Anerkennung und Wertschätzung sowie die Chance auf ernsthafte Beteiligung, weil sie nur so lernen können, sich in der keineswegs normativ eindeutigen Welt der Erwachsenen zurechtzufinden und eigene Entscheidungen verantwortungsvoll zu treffen.

1160) Angesichts eines zunehmenden Erwartungsdrucks gegenüber der nachwachsenden Generation tut Jugendpolitik vor diesem Hintergrund zunächst gut daran, sich die Bedingungen, unter denen Jugendliche heute Wertorientierungen und Einstellungen entwickeln müssen, zu vergegenwärtigen und gegenüber anderen Politikfeldern und der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Werte können nicht einfach vermittelt, sondern müssen für die eigene Existenz und die eigene Situation als sinnvoll erfahren werden. Deshalb gilt es all jene Erfahrungs- und Bildungsorte sowie Sozialisationsräume zu stärken, die dazu beitragen, dass Jugendliche die für diese Gesellschaft und ihre Zukunft zentralen Regeln und Normen alltagsnah erfahren, erproben und sich mit ihnen auseinandersetzen können. Diese werden in der Zukunft angesichts der ungebrochenen Dynamik des sozialen Wandels, der fortschreitenden Enttraditionalisierung des Alltages und der Relativierung unstrittig akzeptierter normativer Leitbilder und Identitätskonzepte in ihrer Bedeutung eher noch zunehmen.

1161) Zugleich müssen die Chancen für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe und Integration Jugendlicher verbessert werden. Nur für diejenigen Jugendlichen, die eine aus ihrer Sicht echte Chance haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, erscheinen die Werte dieser Gesellschaft auch überzeugend.

4.3.1.2 Empfehlungen

1162) Da es Konsens gibt, dass die Vermittlung von und Auseinandersetzung mit Werten, die eine Gesellschaft tragen, eine für deren Zukunft entscheidende Aufgabe ist, muss eine zentrale jugend- und gesellschaftspolitische Forderung sein, dass Politik die gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen zu stärken und zu stützen hat, die sich dieser Aufgabe annehmen. Wertorientierte Jugendarbeit, insbesondere Jugendverbandsarbeit stellt dafür eine tragende Säule dar. Sie ist auszubauen und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern.

1163) Allen Kindern und Jugendlichen soll Zugang zu einem regelmäßigen, in allen Jahrgangsstufen mit mindestens zwei Wochenstunden erteilten Religions- oder Ethikunterricht ermöglicht werden.⁶⁴⁷ Dieser Unterricht hat wie jeder andere auch in deutscher Sprache zu erfolgen, er muss im Einklang mit den Grundwerten der Verfassung des Freistaats Bayern und des Grundgesetzes stehen sowie wissenschaftlich

⁶⁴⁷ **Votum Grüne: Umformulierung:** Allen Kindern und Jugendlichen soll Zugang zu einem **in allen Jahrgangsstufen zur Wahl angebotenen** Religions- oder Ethikunterricht ermöglicht werden.

fundiert sein. In diesem Rahmen soll er aber inhaltlich von den dafür in Bayern zugelassenen Religionsgemeinschaften verantwortet werden.⁶⁴⁸

1164) Der in großen Teilen der jungen Generation vorherrschenden kritisch-negativen Einstellung gegenüber dem politischen Alltag in Deutschland und den in kleinen Teilen vorhandenen extremistischen oder rassistischen Positionen kann nur begegnet werden durch das Engagement aller demokratischen gesellschaftlichen Kräfte. Diese brauchen die entschiedene Unterstützung von Staat und Politik für ihre Bemühungen im Bereich der (politischen) Bildungsarbeit und für ihre Projekte gegen Extremismus und Rassismus. Auch die staatlichen Bildungsinstitutionen haben hier eine bedeutende Aufgabe.⁶⁴⁹

1165) Die Orientierung an Region und Beheimatung, die bei vielen jungen Menschen erkennbar ist, muss respektiert und durch regionalpolitische Planung und Entwicklung unterstützt werden, etwa in dem Sinne, dass sich für junge Menschen die Möglichkeiten verbessern, bleiben zu können.

1166) Das große Interesse junger Menschen an der bayerischen, fränkischen und schwäbischen Sprache, an regionalen Dialekten und Mundarten, soll durch entsprechende stärkere Förderung in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Medien, sprachwissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen unterstützt werden. Dem Dialekt als Sprache mit eigenen Regeln muss auch im Unterricht Raum gegeben werden. Die Dialekte in Bayern mit ihrem eigenen Wortschatz und grammatikalischen Eigenheiten drohen sonst in den nächsten Jahrzehnten auszusterben.

1167) Fragen der Bedeutung von Dialekt, Heimat und Volkskultur für junge Menschen, vor allem deren Zugang zu diesen Bereichen, bedürfen noch vertiefter Studien.

1168) In ländlichen Gebieten ist über Strukturmaßnahmen die Attraktivität des ländlichen Raums als Lebensort für junge Menschen zu erhalten und zu stärken.

1169) Im schulischen und verbandlichen Bereich wird ange-regt, Konzepte zu erarbeiten, mit denen die Laienkultur und die aktive Beteiligung am Kulturleben gestärkt werden.

1170) Die Zustimmung junger Menschen zur Europäischen Union hängt eng mit konkreten politischen Entscheidungen zusammen, mit dem unmittelbar erfahrbaren Gebrauchs-

⁶⁴⁸ **Votum SPD: Anfügung:** Die „wissenschaftliche Fundierung“ von Religionsunterricht erfolgt dadurch, dass an den Hochschulen in Bayern Lehrstühle für Theologie und Religionspädagogik eingerichtet sind und Religionslehrer/innen an Hochschulen ausgebildet werden. Dies ist eine bewährte Form und sollte daher auch im Hinblick auf islamischen Religionsunterricht nachdrücklich realisiert werden.

⁶⁴⁹ **Votum SPD: Anfügung:** Eine Verstärkung der „Bemühungen im Bereich der (politischen) Bildungsarbeit und für ihre Projekte gegen Extremismus und Rassismus“ soll durch ein neues Förderprogramm „Politische Bildung mit jungen Menschen“ (zusätzlich zum Programm Jugendbildungsmaßnahmen, s. Kap. Bildung, Votum zu Nr. 1197 und Empfehlungen) erreicht werden. Dieses soll ermöglichen, die Entwicklung jugendgemäßer Formen der politischen Bildung sowie die Auseinandersetzung junger Menschen mit politischen Themen noch stärker als bisher zu unterstützen.

nutzen und auf Dauer auch mit einem Mindestmaß politischer Mitwirkungsmöglichkeiten. Politik, die von jungen Menschen positiv bewertete Entwicklungen im europäischen Einigungsprozess zustande bringen will, muss auf diese Faktoren besonderes Gewicht legen. Um dies zu erreichen, sind verstärkte Bemühungen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene notwendig, um die zunehmende Relevanz des europäischen Integrationsprozesses für die Lebenslagen Jugendlicher zu vermitteln. Zugleich müssen die EU-Programme für die Kinder- und Jugendhilfe – an denen auch Träger in Bayern partizipieren – in ihrer Programmumsetzung vereinfacht und die Kofinanzierung erleichtert werden. Initiativen und Maßnahmen zu einer Stärkung der Mitbeteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher und der Strukturen der Jugendhilfe an europäischen Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene – wie z. B. der strukturierte Dialog – sind zu intensivieren.

1171) Die Lebensentwürfe junger Menschen gehen klar davon aus, dass eigene Kinder einen Platz in ihrem Leben haben sollen, dazu aber bestimmte Rahmenbedingungen erforderlich sind. Dazu gehören die Schaffung und der Ausbau einer Infrastruktur der Jugendhilfe, die junge Eltern in der Organisation des Familienlebens insgesamt unterstützt und die Vereinbarkeit mit beruflicher Tätigkeit ermöglicht, allen voran Angebote der Kindertagesbetreuung, der Eltern- und Familienbildung bzw. Ganztagsangebote an Schulen respektive Ganztagschulen, ebenso aber auch das Elterngeld und eine familienbewusste Wirtschaft sowie kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft.

1172) Familie zu gründen erfordert ein Mindestmaß an ökonomischer Sicherheit, finanzielle Spielräume und vor allem eine Verlässlichkeit des Arbeitsplatzes. Die zunehmenden Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen des Wirtschafts- und Arbeitslebens müssen besser in Einklang gebracht werden mit den Grundbedürfnissen von Menschen nach Familienleben, Geborgenheit und Gemeinschaft. Das Bedürfnis junger Menschen nach Stabilität ist auch ein Ausdruck davon, dass Wirtschaft und Gesellschaft so organisiert sein müssen, dass Mobilität und Flexibilität nicht absolute und unabdingbare Faktoren einer gelingenden beruflichen Integration sind.

1173) Die geringer werdende Anzahl von jungen Menschen und jungen Familien erfordert außerdem einen Ausbau der Strukturen, in denen für diese gesellschaftlichen Gruppen Beteiligung verstärkt werden kann, wenn es um die Verteilung der Ressourcen bei der Sicherung der notwendigen sozialen Infrastruktur oder um die Vertretung spezifischer Interessen einer kleiner werdenden Bevölkerungsgruppe geht.

4.3.2 Zu Kapitel C (Freizeit Engagement Beteiligung)

4.3.2.1 Leitlinien

1174) Die Bereitschaft Jugendlicher, sich für sich selbst und für andere zu engagieren, ist eine Ressource, mit der Politik und Gesellschaft rechnen können. Das Engagement bezieht sich dabei vorrangig auf Anliegen, Themen, Lebensbereiche aus dem Erfahrungs- und Interessenszusammenhang der Jugendlichen. Für Jugendliche greifen interessante Freizeit-

aktivitäten, Engagement und Partizipation ineinander. Sie unterscheiden nicht zwischen dem Motiv, etwas für sich oder für andere zu tun. Sie wissen aber, dass sie mit ihrem Engagement wichtige Kompetenzen erwerben. Diese wollen sie in anderen Feldern anerkannt und berücksichtigt wissen. In der Jugend aktiv sein, sich sozial und politisch engagieren ist häufig der Einstieg in ein Engagement im Erwachsenenalter, z. B. im kommunalpolitischen Bereich. Allerdings haben nicht alle Jugendlichen gleichermaßen Gelegenheit oder finden Zugang zum Engagement. Dieser wird stark beeinflusst durch den Bildungsstatus. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund bestehen nach wie vor zusätzliche Hürden. Junge Menschen sehen sich häufig dem Konflikt ausgesetzt, dass die Anforderungen im Beruf ein soziales oder politisches Ehrenamt kaum zulassen, obwohl die in diesem Feld erworbenen Kompetenzen als wertvoll und für den Arbeitgeber als gewinnbringend erachtet werden.

1175) Die Bereitschaft Jugendlicher, sich zu engagieren, ist aber nicht eine von sich aus sprudelnde Quelle, sondern muss durch förderliche Rahmenbedingungen anerkannt, gestärkt und weiterentwickelt werden.

1176) Eine Stärkung des Engagements junger Menschen kann erreicht werden, wenn die bereits Engagierten unterstützt und Hindernisse bei der Ausübung dieses Engagements abgebaut werden. Organisationen, Strukturen und Einrichtungen, wie sie insbesondere im Feld der Jugendarbeit bestehen, sind wesentliche Gelegenheits- und Unterstützungsstrukturen für jugendliches Engagement. Sie sind deshalb in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen, zu erhalten und zu fördern.

1177) Um insbesondere noch mehr Jugendliche zu motivieren, sich zu engagieren, müssen nach Eindruck der Enquete-Kommission auch in der Schule verstärkt Engagementserfahrungen ermöglicht werden, sowohl innerhalb der Schulstrukturen als auch in Kooperation mit freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe sowie regionalen Initiativen.

1178) Darüber hinaus bedarf es einer Verbreiterung der Beteiligungsmöglichkeiten im kommunalen Raum. Die Gemeinden sind aktiv zu unterstützen und anzuregen, Formen der altersgemäßen zielgruppenspezifischen Beteiligung von Jugendlichen bayernweit im kommunalen Raum weiterzuentwickeln, zu erproben, systematisch auszuwerten und verbindlich zu etablieren.

1179) Das Jugendamt in seiner Zweigliedrigkeit⁶⁵⁰ – auf kommunaler wie auf Landesebene – hat sich in seiner Organisationsform bewährt. Das Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze muss diesbezüglich in seiner jetzigen Form beibehalten werden. Insbesondere bieten die in ihm vorgesehenen Jugendhilfeausschüsse geeignete Partizipationsstrukturen, um aktuelle Problemlagen junger Menschen zu erörtern, hierzu fachpolitisch notwendige Schritte zu empfehlen bzw. Maßnahmen einzuleiten, entsprechende Förderungen zu beschließen und eine aktive Jugendhilfeplanung zu betreiben.

⁶⁵⁰ Verwaltung des Jugendamtes und Jugendhilfeausschuss bzw. Verwaltung des Landesjugendamtes und Landesjugendhilfeausschuss

4.3.2.2 Empfehlungen

1180) Jugendpolitik muss als zukunftsorientierte Beteiligungspolitik diejenigen jungen Menschen unterstützen, die bereits aktiv und engagiert sind und bestehende Hindernisse abbauen bzw. entsprechende Erleichterungen für sie schaffen. Denn die jungen Engagierten von heute sind die erwachsenen Engagierten von morgen.

1181) Deshalb sind die bestehenden und von Jugendlichen in breitem Umfang für ihre Freizeitaktivitäten genutzten Gruppen, Organisationen und Einrichtungen, wie sie im Wesentlichen im Feld der Jugendarbeit zu finden sind, kontinuierlich zu fördern und zu unterstützen.⁶⁵¹ Dabei muss es eine wichtige Aufgabe der öffentlich finanzierten Angebote sein, auch jenen Jugendlichen ein Angebot zu machen, die kommerzielle Angebote nicht nutzen können.

1182) Eine bedarfsgerechte staatliche Förderung ist erforderlich, um Räume und Einrichtungen für Jugendliche zu erhalten und auszubauen, um Maßnahmen der Mitarbeiterbildung durchführen zu können sowie Fachkräfte in der Jugendarbeit einzusetzen. Mit der Beschäftigung von Fachkräften und dem Betrieb von Geschäftsstellen sollen landesweit tätige Jugendverbände auf Dauer in die Lage versetzt werden, ihre konzeptionellen und jugendpolitischen Aufgaben wahrzunehmen. Wesentliche Aufgaben sind hierbei die Qualifizierung, Beratung und Unterstützung von Jugendleiterinnen und -leitern bzw. ehrenamtlichen Mandatsträgern auf allen Ebenen sowie deren Entlastung von Verwaltungsaufgaben.

1183) Im Bereich der Jugendspielplätze muss es jugendpolitisches Ziel sein, einerseits eine Rechtsgrundlage im Bereich des Immissionsschutzrechtes (z. B. in Form einer bayerischen Rechtsverordnung) zu schaffen, um den Bestand an Jugendspielplätzen zu sichern. Zum anderen muss eine Berücksichtigung von Jugendspieleinrichtungen bei Neuplanungen verbindlich vom Gesetzgeber vorgesehen werden.

1184) Als Anerkennung sollten engagierte junge Menschen finanziell entlastet werden. Für Studenten soll dies durch Vergünstigungen im Bereich der Studienbeiträge sowie der Bafög-Rückzahlungsregelungen umgesetzt werden. Steuerliche Entlastungen können durch spezifische Freibeträge bzw. Pauschbeträge erreicht werden. Im Bereich der beruflichen Bildung sind Verbesserungen beim „Meister-BAföG“ anzustreben.

1185) Die Ausübung des Engagements sollte so wenig wie möglich durch berufliche bzw. Ausbildungs- oder Studienbedingungen erschwert werden. Deshalb sollte ehrenamtliches Engagement als Begründung für die bevorzugte Berücksichtigung bei der Vergabe von wohnortnahen Studienplätzen

⁶⁵¹ **Votum** Grüne: **Umformulierung:** Deshalb sind die bestehenden und von Jugendlichen in breitem Umfang für ihre Freizeitaktivitäten genutzten Gruppen, Organisationen und Einrichtungen, wie sie im Wesentlichen im Feld der Jugendarbeit zu finden sind, **aber auch im Bereich des Vereins- und Freizeitsports**, kontinuierlich zu fördern und zu unterstützen. **Insbesondere der Sport bietet für viele Jugendliche einen Ort, der die soziale und kulturelle Herkunft in den Hintergrund drängt, die persönliche Entfaltung fördert, das Selbstwertgefühl steigert sowie das Miteinander und voneinander Lernen und auch die Mitgestaltung (z. B. Fanprojekte) unterstützt.**

bzw. Standorten bei Wehr-, Zivil- oder Ersatzdienst oder für einen wohnortnahen Einsatz von Bediensteten im Staatsdienst anerkannt werden.

1186) Unternehmen sind dazu aufgerufen, soziales und politisches Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuregen und zu fördern. Die Bereitschaft, die bestehenden Freistellungsmöglichkeiten vonseiten der Arbeitgeber – insbesondere auch der öffentlichen – tatsächlich zu gewährleisten, ist deutlich zu erhöhen.⁶⁵²

1187) Die Enquete-Kommission ist der Auffassung, dass das Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit zu aktualisieren und den neuen Erfordernissen zur Unterstützung von Engagement anzupassen ist, um die tatsächliche Inanspruchnahme ohne Anrechnung von Erholungsurlaub zu erleichtern. Dazu soll überprüft werden, inwieweit die Freistellungsgründe (bisher nur Leitung und Teilnahme bei Freizeit-, Bildungs- bzw. internationalen Maßnahmen) auf ehrenamtliche Tätigkeiten in Mitwirkungsorganen des jeweiligen Verbandes bzw. der jugendpolitischen Gremien erweitert und stundenweise (bisher nur tagesweise) Freistellungen durch Freistellungszeitkonten gewährt werden können.

1188) Im Hinblick auf die den Beschäftigten des Freistaats im Rahmen des Vollzugs des Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit gewährte Fortzahlung der Bezüge (aktuell bis zu 5 Tage) ist zu prüfen, ob der vorherige Rechtszustand wieder hergestellt werden kann (Fortzahlung der Bezüge für bis zu 10 Tage). Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Vorbildwirkung, die der Freistaat gegenüber anderen öffentlichen und privaten Arbeitgebern in dieser Angelegenheit einnehmen sollte.

1189) Unabhängig davon ist zu prüfen, ob und inwiefern zur Weiterentwicklung der Förderung ehrenamtlichen Engagements von jungen Menschen, aber nicht nur von diesen, eine umfassende landesgesetzliche Initiative notwendig ist, um einerseits vorhandene Instrumente (z. B. Freiwilligenagenturen und andere Initiativen, die bürgerschaftliches Engagement in allen Altersgruppen und Feldern unterstützen und verbreitern wollen) besser aufeinander abzustimmen und andererseits den sich wandelnden Rahmenbedingungen besser zu entsprechen.

652 Votum SPD: Anfügung: Ein großes Problem des Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit ist seit Jahrzehnten seine Umsetzung in den Betrieben. In vielen Fällen wird im Vorfeld schon potentiellen Antragstellern klar oder zumindest von ihnen befürchtet, dass ein Antrag auf Freistellung nicht erfolgreich sein würde oder persönliche Nachteile mit sich bringen könnte. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf, ein positiveres Klima für dieses Gesetz zu schaffen und die Verweigerungsgründe zu verschärfen, damit auch im Berufsleben stehende junge Menschen stärkere Unterstützung für ehrenamtliches Engagement finden.

Replik CSU: Die SPD-Fraktion begründet ihre Forderung mit einer sachlich nicht belegten pauschalen Verdächtigung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Dem kann sich die CSU-Fraktion nicht anschließen.

Duplik SPD:

Natürlich kann man diese Probleme schwer statistisch erheben. Bei den Jugendorganisationen gibt es aber seit langem vielfache und eindeutige Hinweise darauf; dies ist auch allgemein bekannt.

1190) Freiwilligenzentren/-agenturen haben sich bewährt als Informationsstellen für Interessierte. Insbesondere in Zusammenarbeit mit Stadt- und Kreisjugendringen können sie jugendnahe Partizipationserfahrungen vermitteln, vorhandene Strukturen der Jugendarbeit ergänzen und Jugendliche erreichen, die sich durch die Angebote der Jugendarbeit nicht einbinden lassen wollen. Die Zusammenarbeit insbesondere mit den Stadt- und Kreisjugendringen sollte entsprechend verstärkt werden.

1191) Über Schulen können Jugendliche erreicht werden, die von sich aus nicht den Weg finden, sich in Verbänden und Jugendringen zu engagieren, oder die sich nicht über Freiwilligenagenturen selbstständig um eine freiwillige Tätigkeit bemühen. Dem Erwerb von sozialen und personalen Kompetenzen muss gegenüber kognitiven Lernprozessen noch mehr Raum zugestanden werden. Der Öffnung von Schule und Unterricht für Kooperationen, die im Wesentlichen soziales Engagement und Partizipation zum Inhalt haben, kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Ausbau schulbezogener Jugendarbeit auf der Grundlage eines Landesförderprogramms.

1192) Die JugendleiterInnenCard (Juleica) hat sich bewährt, um Anerkennung gegenüber den mit Engagement erworbenen Kompetenzen auszudrücken. Nach wie vor auszubauen sind die Vergünstigungen, die JuLeica-Inhabern gewährt werden (z. B. Eintrittsgebühren in Einrichtungen des öffentlichen Lebens, Ermäßigungen im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel, Leihgebühren oder Kursgebühren der VHS). Diese Forderung richtet sich insbesondere an die staatlichen und kommunalen Einrichtungen, die hier beispielgebend sein müssen.

1193) Kompetenznachweise, Fort- und Weiterbildungszeugnisse Ehrenamtlicher sollten als Ausdruck fachlicher und/oder persönlichkeitsfördernder Bildung im Beruf anerkannt, nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit in einschlägigen Studien- und Ausbildungsgängen als Praktikum berücksichtigt werden. In der Jugendarbeit erworbene Kompetenzen – mindestens ausgewiesen durch die anerkannten Standards der Jugendleiterinnen- und -leiterausbildung, aber auch durch darüber hinausreichende Kompetenznachweise – sollten grundsätzlich Berücksichtigung finden in Bewerbungs- und Auswahlverfahren des öffentlichen Dienstes.

1194) Die Staatsregierung soll sich dafür einsetzen, dass die positiven Wirkungen (Persönlichkeitsentwicklung, Bildung, praktische längerfristige Arbeit, berufliche Orientierung), die im Rahmen der bisher gültigen Gesetze für das Freiwillige Soziale Jahr sowie das Freiwillige Ökologische Jahr nachweislich erzielt wurden, auch beim Vollzug des neuen Bundesgesetzes zur Förderung der Jugendfreiwilligendienste im Mittelpunkt des Interesses stehen. Eine Erhöhung der Platzzahlen darf nicht zu einem Qualitätsverlust dieses für junge Menschen wichtigen „Bildungs- und Orientierungsjahres“ führen. Der Freistaat sollte deshalb eine begleitende Beobachtung der Wirkungen und Auswirkungen des neuen Gesetzes auf Bundesebene anregen.

1195) Darüber hinaus ist die Enquete-Kommission der Ansicht, dass es Aufgabe der Landeszentrale für politische

Bildung ist, in Kooperation mit den Trägern außerschulischer Jugendbildung geeignete Materialien der politischen Bildung speziell für junge Menschen zu entwickeln. Dabei soll besonders darauf geachtet werden, dass die Materialien Jugendliche aller Bildungsabschlüsse ansprechen sowie ihren Mediengewohnheiten angemessene Kommunikations- und Präsentationsformen gewählt werden.

4.3.3 Zu Kapitel D (Schule und Bildung)

4.3.3.1 Leitlinien

1196) Für Vermittlung von Kompetenzen und Teilhabechancen kommt der schulischen Bildung eine sehr wichtige Funktion zu. Schule ist der zentrale Ort der gesellschaftlichen Chancenzuweisung und des Erwerbs aller für eine moderne, pluralistische und von kultureller Vielfalt geprägte Gesellschaft notwendigen Fähigkeiten.

1197) Doch Bildung ist nicht nur schulische Bildung. Die so genannten nonformalen und informellen Lernwelten gewinnen in den letzten Jahren erkennbar an Bedeutung.⁶⁵³

⁶⁵³ **Votum SPD: Anfügung: „Bildung ist nicht nur schulische Bildung“ – dieser Satz muss endlich erkennbar in der Kinder- und Jugendpolitik in Bayern umgesetzt werden. Kinder- und Jugendbildung im Rahmen der Jugendarbeit ist als eigenständiges Feld der Bildungsangebote für junge Menschen erheblich auszubauen. Es wird bislang stiefmütterlich behandelt und in seiner personellen und finanziellen Ausstattung seit Jahrzehnten vernachlässigt, bei Haushaltskürzungen des Freistaates – wie zuletzt nach den Landtagswahlen von 2003 – dient es sogar als finanzieller Steinbruch. Das Land Bayern muss endlich auch diesen Sektor der Bildungsangebote als seine Aufgabe akzeptieren, Bildung ist Ländersache. Kommunale Finanzierung kann nur eine Ergänzung für kleinere Angebote vor Ort darstellen.**

Replik Dr. Sauter: Außerschulische Jugendbildung als Teil der Jugendarbeit zählt zum Leistungskatalog der Kinder- und Jugendhilfe (§ 11 Abs. 3 SGB VIII). Auch in konzeptioneller Hinsicht ist außerschulische Jugendbildung als integrierte Aufgabe im Rahmen der Jugendarbeit ausgestaltet. Für die Gewährleistung dieser Aufgabe – und damit auch für deren Förderung – sind zunächst die Landkreise und kreisfreien Städte als die örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe jeweils für ihren Einzugsbereich zuständig (u.a. §§ 79, 85 Abs.1 SGB VIII). Die Verpflichtungen des Landes beziehen sich demgegenüber vorrangig auf überörtliche Maßnahmen und sind letztlich subsidiärer Natur (§ 82 SGB VIII).

Replik CSU: Der Satz „Bildung ist Ländersache“ bezieht sich ausschließlich auf das Verhältnis der Länder zum Bund, nicht jedoch auf Zuständigkeitsverteilungen innerhalb der Länder. Aufgrund eindeutiger Rechtslage ist die außerschulische Jugendbildung Teil des verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Die außerschulische Jugendbildung wird in der Jugendarbeit umgesetzt und – soweit es sich um überörtliche Maßnahmen handelt – staatlich gefördert (siehe dazu auch Replik Dr. Sauter).

Im Rahmen der Anstrengungen zur Erreichung eines Staatshaushalts ohne neue Kreditaufnahmen wurde die Jugendbildung in gleichem Maße wie andere Bereiche gekürzt. In finanziell besseren Zeiten ist eine Erhöhung der Haushaltsmittel anzustreben (Zur Bedeutung einer nachhaltigen Finanzpolitik für die Jugendpolitik vgl. die „Grundsätzliche Haltung der CSU-Fraktion zur Jugendpolitik“, Teil 2 des Berichts unter Abschnitt 2.1.3).

Duplik SPD:

Die gesetzlichen Grundlagen sind bekannt. Die Formulierung „verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltungsrechts“ unterstellt, hier wolle jemand den Kommunen etwas wegnehmen. Das Gegenteil ist der Fall, es geht um Unterstützung der Kommunen bei der Erfüllung einer der vielen Aufgaben aus dem Kinder- und Jugendhilfe-

1198) In den letzten Jahren wurden bemerkenswerte Anstrengungen unternommen, das⁶⁵⁴ System der öffentlichen Betreuung, Erziehung und Bildung in Deutschland für die Altersgruppe der 0- bis 10-Jährigen weiterzuentwickeln. Für das Jugendalter sind ähnlich starke Impulse bisher nur in Ansätzen zu erkennen. Dabei dürften einerseits die Vorstellung zeitlich befristeter Zeitfenster im Kindesalter, die man für Förderung und Lernen nutzen muss, wie auch andererseits die weit verbreitete Präventionslogik, derzufolge das, was man frühzeitig verhindert, später nicht mehr zum Problem wird, argumentativ Pate gestanden haben. Beide Perspektiven lenken die Aufmerksamkeit auf die Kindheit und laufen damit Gefahr, das Jugendalter nur noch als spätere Phase der in der Kindheit angelegten Möglichkeiten zu betrachten.

1199) Demgegenüber ist zu betonen, dass, wie oben bereits beschrieben, das Jugendalter in unserer Gesellschaft neben der Bewältigung der formalen Bildungslaufbahn und der Erarbeitung einer Berufsperspektive eine ganze Reihe eigenständiger Entwicklungs- und Lernaufgaben bereithält, auf die Erziehung und Bildung eine Antwort finden müssen. Bildung, schulische wie außerschulische, ist deshalb nicht nur im Kindes-, sondern auch im Jugendalter ein Schlüsselthema in einer sich wandelnden Wissensgesellschaft. Jugendpolitik hat dabei einen nicht immer ganz einfachen Balanceakt zu bewältigen. In ihrer vorrangigen Zuständigkeit für die familiären und außerschulischen Lernorte hat sie im Zusammenspiel mit der Familien- und Sozialpolitik die Aufgabe, mit jene Voraussetzungen zu schaffen, dass Jugendliche die Schule erfolgreich bewältigen. Zugleich ist sie zuständig für jene Jugendlichen, die Ausgleich und ein Gegengewicht zur Schule suchen, die den Anforderungen der Schule, aus welchen Gründen auch immer, nicht gewachsen sind und die die Schule als belastend und ausgrenzend erfahren. Gegenüber dem gesellschaftlich erzeugten Druck, immer schneller immer mehr Wissen zu erwerben, der sich im Jugendalter vorrangig in der Schule, später im Studium bzw. in der Ausbildung niederschlägt, hat Jugendpolitik, zum Teil gemeinsam mit der Schule, auf das Offenhalten von Räumen für selbstorganisierte Bildungs- und Lernprozesse einerseits und die Förderung derjenigen, die nicht mithalten können, andererseits zu sorgen.

1200) Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass Bildungsprozesse im Jugendalter nicht auf die marktförmig nutzbaren, beruflich hilfreichen Wissensbestände und Kompetenzen reduziert werden. Die notwendige Aufwertung und stärkere Berücksichtigung familiärer und außerschulischer Lernorte und Anlässe des so genannten informellen Lernens dürfen nicht in eine Instrumentalisierung dieser Lernformen und -orte für die berufliche Verwertung führen. Eine für dieses Spannungsverhältnis sensible Jugendpolitik weiß um den Stellenwert einer erfolgreichen Integration auf dem ersten Arbeits-

gesetz. Das Gesetz lässt bekanntlich Spielräume. Der SPD geht es darum, diese zu nutzen, um außerschulischer Jugendbildung endlich den ihr gebührenden Stellenwert zu geben.

Und: Auf „finanziell bessere Zeiten“ warten, ist ja genau das Problem. Ausgerechnet bei Bildung für unsere Jugend ist das eine völlig inakzeptable Haltung.

⁶⁵⁴ **Votum** Grüne: **Umformulierung:** In den letzten Jahren wurden bemerkenswerte Anstrengungen unternommen, ein System der öffentlichen Betreuung, Erziehung und Bildung in Deutschland für die Altersgruppe der 0- bis 10-Jährigen **aufzubauen**.

markt und ihre Voraussetzungen in zunehmend durchkapitalisierten und globalisierten Volkswirtschaften einerseits und die Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung im Jugendalter bzw. der Interessen und Anliegen von Jugendlichen in spätmodernen Gesellschaften andererseits.

4.3.3.2 Empfehlungen

1201) Die Enquete-Kommission verzichtet darauf, Empfehlungen zu schulpolitischen Fragestellungen abzugeben. Die Diskussionen zum Kapitel 3.4 D „Junge Menschen in Schule und Bildung“ haben gezeigt, dass hier die Positionen bereits in grundlegenden Fragen weit auseinander liegen. Damit beschränkt sich die Kommission auch im Sinne ihres Auftrags auf Themen mit unmittelbar jugendpolitischem Inhalt. So weit erforderlich tauchen Empfehlungen an der Schnittstelle von Kinder- und Jugendhilfe mit Schule in anderen Fachkapiteln auf.⁶⁵⁵

1202) Die Enquete-Kommission hält den Spielraum der Vorverlagerung einer durchschnittlichen Schulreife für ausgereizt. Bei der Ausgestaltung von Lernprogrammen im Rahmen der vorschulischen Bildung müssen weiterhin kleinkindgerechte, spielerische, spontane nicht-unterrichtliche Lernformen im Vordergrund stehen.

1203) Die Beteiligung an und die Trägerschaft von Projekten im Rahmen der offenen Ganztagsbetreuung sind Elemente der Kooperation von Jugendarbeit und Schule. Die Kooperationsformen der Jugendarbeit und die Kooperationsbeispiele gehen allerdings weit darüber hinaus. Dies ist in der Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit entsprechend zum Ausdruck gebracht. Für eine regelhafte und auf Dauer ausgerichtete Zusammenarbeit mit Schule ist eine ausreichende Finanzierung der Angebote der Träger der Jugendhilfe notwendig.

1204) Der regionale fachliche Austausch sowie die Qualifizierung der in den Projekten tätigen Fachkräfte hat sich als notwendig und hilfreich erwiesen, um die Aktivitäten der Einzelprojekte zu verstetigen und die örtliche Vernetzung zum Beispiel mit den Strukturen und Einrichtungen der Jugendarbeit voranzubringen. Die Angebote und Aktivitäten der Bezirksjugendringe für die im Regierungsbezirk tätigen Fachkräfte in der offenen Ganztagschule sollen im Zusammenwirken mit den zuständigen Koordinatorinnen und Koordinatoren bei den Bezirksregierungen fortgeführt werden. Hierzu ist eine Finanzierung aus Mitteln des Förderprogramms „Offene Ganztagschule“ vorzusehen.

655 Votum SPD: Anfügung: Die zentrale jugendpolitische Thematik schlechthin im Zusammenhang mit Bildung ist die außerschulische Jugendbildung. Sie findet in allen Bereichen der Jugendarbeit statt, non-formal wie informell. Für ein strukturiertes Angebot von Kinder- und Jugendbildung im Rahmen der Jugendarbeit ist neben den meist verbandlich oder von Bezirken getragenen Jugendbildungsstätten und den vom Land mitfinanzierten dortigen Fachkräften auch eine bedarfsgerechte Ausstattung mit pädagogischem Personal für alle Träger der Jugendbildung auf Landesebene erforderlich (zusätzlich zu der in Nr. 1182 genannten Personalstruktur). Außerdem muss der Fördertitel „Jugendbildungsmaßnahmen“ endlich bedarfsgerecht ausgestattet und mit zeitgemäßen Tagessätzen versehen werden, die dann auch ausbezahlt werden. Dazu muss dieser Haushaltstitel mindestens auf 2,8 Mio. € (Basis: verfügbare Mittel 2008) verdoppelt werden.

1205) Die regelmäßig stattfindenden Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte der offenen Ganztagschulen im Institut für Jugendarbeit sollen fortgeführt und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Hierfür ist eine Finanzierung sicherzustellen, die nicht ausschließlich auf Mittel des Kinder- und Jugendprogramms zurückgreift.

1206) Auch zukünftig werden die Angebote der Jugendverbandsarbeit genauso wie andere individuell gewählte und gestaltete Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung sein. Deshalb sind im Zuge des Ausbaus der offenen und gebundenen Ganztagschule sowohl die Kooperationsformen mit außerschulischen Bildungsträgern auszubauen als auch schulorganisatorische Maßnahmen zu treffen, die freie Zeit am Nachmittag für Schülerinnen und Schüler zum Ziel haben. Dazu gehört z. B. eine einheitliche Regelung eines schulfreien Nachmittags, damit Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schulen an Vereins- und Verbandsangeboten teilnehmen können. Ebenso sollten in Ganztagschulen keine Hausaufgaben mehr erteilt werden, die nicht während der Anwesenheit an der Schule erledigt werden können, damit die schulfreie Zeit als Freizeit genutzt werden kann. Außerdem sollten verstärkt schulische Räume – sofern möglich und bedarfsgerecht – Jugendorganisationen für ihre Verbandszwecke zur Verfügung gestellt werden.⁶⁵⁶

656 Votum SPD (zu Nrn. 1206 bis 1209): Die SPD würdigt ausdrücklich die Leistungen des Bayerischen Jugendrings bei Aufbau, Vernetzung und Qualifizierung der „Projekte im Rahmen der offenen Ganztagsbetreuung“ ebenso wie die Leistungen der darin engagierten Fachkräfte. Gleichwohl vertritt die SPD die Position, dass in Bayern die gebundene Ganztagschule in allen Hauptschulen und flächendeckend in allen Schularten eingeführt werden soll. Letztlich kann nur diese Schulform eine umfassende individuelle Unterstützung für Kinder und Jugendliche gewährleisten, wie sie gerade für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen unbedingt erforderlich ist, um ein höheres Maß an Chancengerechtigkeit zu erreichen. Im System der gebundenen Ganztagschule sollen jedoch die Jugendorganisationen – wie auch andere gesellschaftliche Gruppen und Fachkräfte verschiedener Professionen – eingebunden werden. Für diese speziellen Kooperationen von Jugendarbeit und Schule sind die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen gemeinsam zu klären. Die Finanzierung muss zusätzlich zum Jugendprogramm erfolgen.

Replik CSU: Die CSU-Fraktion lehnt die Position der SPD-Fraktion, wonach „in Bayern die gebundene Ganztagschule in allen Hauptschulen und flächendeckend in allen Schularten eingeführt werden soll“, ab.

Das Spektrum der Nachfrage nach Ganztagsschulangeboten reicht von einer hohen Nachfrage insbesondere in den Ballungsräumen bis zur völligen Ablehnung in ländlichen Regionen. Wir wollen die Eltern nicht durch eine Ganztagschulpflicht bevormunden. Stattdessen ist es unser Ziel, in allen Schularten schrittweise ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Ganztagsschulangebot zu schaffen. Wir setzen darauf, dass die Schulfamilie vor Ort mit der Schulleitung, der Gemeindeverwaltung und den Eltern selbst entscheidet, ob und – im Falle eines Bedarfs – welche Art des Ganztagsschulangebots am jeweiligen Standort eingerichtet werden soll. Dabei soll für alle Eltern die Wahlmöglichkeit, ein Ganztagsangebot in Anspruch zu nehmen oder nicht, erhalten bleiben. Die offene Ganztagschule und das damit zusammenhängende Engagement des Bayerischen Jugendrings ist für die CSU-Fraktion uneingeschränkt ein Erfolgsmodell.

Duplik SPD:

Der SPD geht es nicht um eine Bevormundung der Eltern. Die Wahlfreiheit der Eltern, für ihr Kind eine gebundene Ganztagschule zu wählen, ist aber nur dann sichergestellt, wenn es flächendeckend an allen Schularten ein Angebot dafür gibt.

1207) Der bereits beschlossene Ausbau von bis zu 500 Angeboten der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) in Bayern ist zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 abgeschlossen. Der Bedarf ist jedoch tatsächlich weit höher. Deshalb ist ein bedarfsgerechter flächendeckender Ausbau an den Hauptschulen, Förderschulen (mit Hauptschulstufe) und Berufsschulen notwendig. Die Ausweitung auf andere Schultypen ist sinnvoll. Auch ist eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen zu überprüfen, da der bisherige Festbetrag nicht ausreicht, um eine Fachkraft selbst nach den derzeit bestehenden schlechten Tarifverträgen zu bezahlen. Die inhaltlichen Ziele für sozial benachteiligte junge Menschen können nur erreicht werden, wenn auch die Fortbildungskonzeption konsequent umgesetzt und verstetigt wird.⁶⁵⁷

1208) Eine Verankerung der Inhalte für das anspruchsvolle Tätigkeitsgebiet der Jugendsozialarbeit an Schulen gibt es in befriedigender Ausgestaltung und Zuschnitt in den Ausbildungsgängen der Sozialen Arbeit nicht. Auch wird in der Ausbildung der Lehrkräfte der Zusammenarbeit mit der

⁶⁵⁷ **Votum SPD:** Jugendsozialarbeit an Schulen ist nach Auffassung der SPD an allen Hauptschulen und als reguläres Angebot an allen Schularten einzurichten. Jugendsozialarbeit an Schulen ist eine Aufgabe der Schule, und nach den bewährten Grundsätzen der Schulfinanzierung ist das pädagogische Personal vom Freistaat zu finanzieren. Jugendsozialarbeit an Schulen kann ihre beste Wirkung entfalten im Rahmen der gebundenen Ganztagschule. Hier kann Schule von Kindern und Jugendlichen auch als Lebensort erfahren werden. Verschiedene fachliche Kompetenzen – neben Sozialarbeiter/innen auch Schulpsychologen, Fachkräfte aus Kultur, Sport, Umwelt- und Medienpädagogik etc. – ergänzen die Arbeit der Lehrkräfte sinnvoll.

Replik Dr. Sauter: „Jugendsozialarbeit an Schulen“ ist gezielt als Leistung der Kinder- und Jugendhilfe ausgestaltet und dient dem Ausgleich sozialer Benachteiligungen und der Überwindung individueller Beeinträchtigungen (soziale Integration, § 13 SGB VIII). Nach dem Konzept aufsuchender und präventiver Sozialarbeit trägt sie das Leistungsangebot der Kinder- und Jugendhilfe in den Lebensraum Schule hinein (sog. Gehstruktur) und vermittelt bedarfsweise Hilfen zur Erziehung, insbesondere auch unter Einbeziehung familienorientierter Erziehungshilfen (§§ 27 ff. SGB VIII). Der eigenständige erzieherische Auftrag der Schule bleibt davon zunächst unberührt. Dass dieser Auftrag selbst der Weiterentwicklung bedarf, muss deswegen nicht in Abrede gestellt werden.

Replik CSU: Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist nach Ansicht der CSU-Fraktion schrittweise über die Haupt-, Förder- und Berufsschulen hinaus auch auf Grundschulen, Realschulen und Gymnasien – und damit alle Schularten – auszudehnen. Ziel kann aber nicht die Einführung an allen Schulen sein. Maßgeblich ist vielmehr insbesondere der tatsächliche Bedarf. Im Übrigen handelt es sich bei der Jugendsozialarbeit an Schulen nach geltendem Recht nicht um eine Aufgabe der Schule, sondern um ein Angebot der klassischen Jugendhilfe, für deren Umsetzung die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig sind. Es geht dabei um eine gezielte Einzelfallhilfe für Schülerinnen und Schüler mit schwierigen persönlichen oder familiären Rahmenbedingungen.

Duplik SPD:

„Wir sollten nicht länger darüber streiten, wer denn für Jugendsozialarbeit an Schulen zuständig ist, ob Staat oder Kommune. Das Problem ist zu schwerwiegend, als dass wir für Rängeleien um Organisation und Finanzierung noch länger Zeit hätten. Das Problem drängt, denn die Zahl der Fälle steigt.... Es hilft uns nicht weiter, wenn eine Stelle der anderen Aufgaben und Ausgaben zuschiebt. Bei der Jugendsozialarbeit macht eine pragmatische Lösung Sinn. Wir brauchen eine faire Teilung der Kosten zwischen Staat und Kommunen. Wenn jeder seine Hälfte an der Finanzierung der Personalkosten trägt oder eine Kostenpauschale übernimmt, lässt sich Jugendsozialarbeit dauerhaft an Schulen absichern und Schritt für Schritt bedarfsgerecht ausbauen.“

Die SPD-Fraktion könnte diese Position (Städtetagspräsident Schaidinger (CSU) im Informationsbrief Bayerischer Städtetag, Nr. 4 – 2008) des Bayerischen Städtetags um der Sache willen mittragen.

Jugendhilfe nicht in ausreichendem Maße Bedeutung beigegeben. Deshalb sollten bei der Neugestaltung bzw. Weiterentwicklung von Studiengängen diese Aspekte berücksichtigt werden.

1209) Jugendpolitik wie auch andere Politikfelder und die Gesellschaft insgesamt neigen gerne dazu, der Schule immer wieder neu auftauchende Aufgaben zuzuweisen. Schule soll neben den ihr ohnehin schon obliegenden Aufgaben beispielsweise verantwortlich sein für den Erwerb interkultureller und interreligiöser, sozialer, demokratisch-toleranter, medienkritischer und ökologischer Haltungen und Kompetenzen sowie geschlechtersensibler Einstellungen und Handlungsmuster. Im Rahmen politischer Bildung soll sie den Rechtsextremismus ebenso bekämpfen wie den Linksextremismus und gegen den Islamismus wappnen. Diese Liste ließe sich beliebig fortschreiben. Aus der Sicht der Enquete-Kommission führen diese Forderungen in der Summe zu einer Überforderung von Schule. Es bedarf einer Verständigung darüber, was Schule jeweils leisten kann und welche Bildungsinhalte im Zusammenspiel mit anderen Akteuren ermöglicht werden müssen.⁶⁵⁸

4.3.4 Zu Kapitel E (Ausbildung und Beruf)

4.3.4.1 Leitlinien

1210) Die Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt muss das oberste Ziel aller politischen Anstrengungen in Bezug auf die nachwachsenden Generationen sein. Der Jugendpolitik in ihren genuinen Zuständigkeiten kommt dabei die Aufgabe zu, die notwendigen Rahmenbedingungen für gelingende Förderung, Unterstützung und Begleitung von Jugendlichen zu schaffen. Als profilierte Querschnittspolitik ist es ihre Funktion im Zusammenspiel mit anderen Politikfeldern und in der Auseinandersetzung mit der Wirtschaft, die spezifischen Bedarfe und Anliegen von Jugendlichen zu vertreten und dafür zu sorgen, dass angemessene Antworten gefunden werden. Dabei ist es allem voran jugendpolitisch nicht hinnehmbar, dass junge Menschen in einer Größenordnung von bis zu 15 % der jeweiligen Altersgruppe bis 25 Jahre ohne Ausbildung bleiben.

1211) Auf der anderen Seite muss auch Jugendpolitik die tief greifenden strukturellen Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Diese sind insbesondere durch die Öffnung der Märkte, die fortschreitende Automatisierung vor allem der industriellen und gewerblichen Produktion und die Verlagerung der Wachstumskräfte in die Hochtechnologie gekennzeichnet. Diese Veränderungen wirken sich in nahezu allen Lebens-

⁶⁵⁸ **Votum SPD: Anfügung:** Eine „Verständigung darüber, was Schule jeweils leisten kann“, sollte in einer großen, offenen gesellschaftlichen Debatte stattfinden. Fragen nach der Schulform (längere gemeinsame Schulzeit, Regionalschule, gebundene Ganztagschule) dürfen dabei nicht tabuisiert werden, sind aber sicher nicht das einzige Thema.

Replik CSU: Mit seinem mehrgliedrigen, durchlässigen Schulsystem verfügt Bayern nach den PISA-Länderauswertungen über die besten Schulen in Deutschland, die auch international in der Spitzengruppe mithalten können. Auf dieser Grundlage wollen wir unsere erfolgreiche Bildungspolitik im Rahmen dieses Schulsystems fortentwickeln (dazu die Haltung der CSU-Fraktion zu bildungspolitischen Fragen in Teil 2 unter Abschnitt 2.1.4 des Berichts).

bereichen aus. So strukturieren z. B. die Anforderungen des Berufs den familiären Alltag ebenso wie das Beziehungsgeflecht innerhalb der Familie, und zwar um so mehr, als sich die prekäre Situation einzelner Familienmitglieder auf dem Arbeitsmarkt darstellt.

1212) Auch bei anhaltendem Wirtschaftswachstum und bei einem rechnerischen Überangebot an Ausbildungsplätzen wird es eine Gruppe junger Menschen geben, die ohne zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen nicht in der Lage sein wird, eine Berufsausbildung erfolgreich abzuschließen und im Erwerbsleben einen Existenz sichernden Arbeitsplatz zu finden. Diese Gruppe, an der auch in der weiteren Zukunft junge Menschen mit Migrationshintergrund einen überdurchschnittlich hohen Anteil haben werden, bedarf der besonderen jugendpolitischen Beachtung.

4.3.4.2 Empfehlungen

1213) Die Wahrung der beruflichen Zukunftschancen der jungen Generation erfordert erhebliche jugendpolitische Anstrengungen. Dabei stellen sich hinsichtlich der schulischen Vorbereitung auf die berufliche Ausbildung insbesondere folgende Aufgaben:

- Ungeachtet der späteren Berufswahl sollten alle jungen Menschen das ihnen jeweils höchst mögliche schulische Bildungsniveau anstreben. Um andererseits den „Lernort Schule“ insbesondere in den Grundschuljahren vom⁶⁵⁹ Existenzsicherungsdruck zu entlasten muss Lernen breit angelegt werden und Freude machen sowie die Durchlässigkeit zwischen den Schularten weitest möglich ausstattet werden.
- In den ersten neun Schuljahren muss sichergestellt werden, dass die basalen Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) zuverlässig von allen jungen Menschen erlernt werden.
- Unbeschadet der individuellen Begabung und der familiären bzw. sozialen Rahmenbedingungen müssen jedem Schulkind⁶⁶⁰ möglichst viele Erfolgserlebnisse eigener Leistung als Voraussetzung für Motivation und Zuversicht in die künftige selbstständige Lebensführung ermöglicht werden.

1214) Die berufliche Bildung muss insgesamt kontinuierlich auf ihre Zukunftsfestigkeit hin überprüft und weiterentwickelt werden.

659 Votum Grüne, SPD: **Umformulierung:** Um den Auslesedruck zu verringern und jedem Schulkind, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, eine Chance zu geben, brauchen wir eine längere gemeinsame Schulzeit.

Replik CSU: Die CSU-Fraktion lehnt die Einführung einer längeren gemeinsamen Schulzeit ab. Diese Haltung wird durch die neue ELEMENT-Studie von Prof. Dr. Dr. Rainer Lehmann und Jenny Lenkeit (Humboldt Universität zu Berlin) – vorgestellt in Zeit Online 17/2008 S. 67 – eindrucksvoll bestätigt. Zur weiteren Begründung wird auf die Haltung der CSU-Fraktion zu bildungspolitischen Fragen, dargestellt in Teil 2 unter Abschnitt 2.1.4 des Berichts, verwiesen.

660 Votum Grüne, SPD: **Umformulierung:** Unbeschadet der individuellen Begabung und der familiären bzw. sozialen Rahmenbedingungen muss jedem Schulkind die Chance eröffnet werden, seine Talente in der Schule so entfalten zu können, dass daraus Motivation zum Lernen als lebenslanger Prozess entsteht und dass eine selbstständige Lebensführung in der Zukunft ermöglicht wird.

- So richtig es einerseits ist, dass *eine Ausbildung* besser ist als *keine Ausbildung*, so notwendig ist es andererseits, das vorhandene Ausbildungsplatzangebot insbesondere im dualen System stärker auf ausbaufähige, zukunfts-trächtige Berufsfelder hin zu orientieren. Hierzu müssen sicherere Berufsfeldprognosen zur Steuerung des Ausbildungsplatzangebots entwickelt werden.⁶⁶¹
- In allen Ausbildungsrichtungen muss ein ausgewogenes Verhältnis von Grundwissen bzw. Basiskompetenzen und spezialisiertem Wissen vermittelt werden. Generell sollte in der Erstausbildung eher ein breites Grundwissen angelegt werden, das zu unterschiedlichen, auch wechselnden Spezialisierungen befähigt.
- In diesem Zusammenhang sind in den zurückliegenden Jahren erfolgte Aufgliederungen in einzelnen Berufsfeldern (zum Beispiel in den metallverarbeitenden Berufen)

661 Votum SPD: **Einfügung** als 2. Aufzählungspunkt: **Ca. 1/3 eines jeden Jahrgangs kommt nicht im dualen System unter. Die Verantwortung des Staates für die berufliche Bildung schließt ein, dass ein berufsschulisches Angebot (z.B. mit Berufsfachschulen) für diese jungen Menschen bedarfsgerecht vorgehalten wird, damit wirklich jeder junge Mensch eine Ausbildung machen und einen beruflich qualifizierenden Abschluss erreichen kann.**

Replik CSU: Aus Sicht der CSU-Fraktion beruht die Forderung der SPD-Fraktion auf einer unzutreffenden Annahme und ist inhaltlich überholt:

Die Lage am Ausbildungsstellenmarkt hat sich in den letzten beiden Jahren erheblich verbessert. 2008 zeichnet sich sogar ab, dass es in Bayern deutlich mehr offene Stellen als Bewerberinnen und Bewerber gibt.

Legt man die Daten desjenigen Teiles der Absolventinnen und Absolventen von allgemein bildenden Schulen zu Grunde, die sich für eine Berufsausbildung entscheiden, so ergab sich nur in dieser Gruppe – bezogen auf das gesamtwirtschaftlich noch relativ ungünstig verlaufende Jahr 2006 – folgende Verteilung:

- Duales System: 59,1 % (mit Abstand die höchste Quote in der Bundesrepublik; Bundesdurchschnitt: 43,5 %)
- Vollzeit schulische Berufsausbildung: 15,0 %
- Übergangssystem: 25,9 %, also ca. 1/4

Hinzu kommt, dass viele Schulabgänger ein Studium aufnehmen, eine weiterführende Schule besuchen, direkt in das Berufsleben einsteigen oder ein Auslandspraktikum absolvieren. Angesichts dieser Fakten ist die Behauptung der SPD, dass 1/3 eines Jahrgangs nicht im Dualen System unterkommt, als völlig falsch zurückzuweisen.

Allen Schulabgängern, die sich für eine Berufsausbildung entschieden haben, aber zunächst keinen Ausbildungsplatz finden konnten, wird schon seit langem eine Ausbildung in einem Übergangssystem ermöglicht. Das Angebot für „Jugendliche ohne Ausbildungsplatz“ (JoA) wird nochmals um ca. 150 % erhöht. Die positive Entwicklung des Ausbildungsstellenmarkts wird die Zahl der Jugendlichen im Übergangssystem im nächsten Ausbildungsjahr weiter verringern. Ein zusätzliches Angebot ist derzeit nicht erforderlich.

Duplik SPD:

Offensichtlich spekuliert die CSU mit optimistischen Zahlen für die Zukunft. Im Juni 2008 standen für 100 Ausbildungsplatzsuchende 91 Berufsbildungsstellen zur Verfügung, davon in Oberbayern 133 und in Oberfranken 61. Wenn die CSU also eine innerbayerische Völkerwanderung veranlassen will, anstatt eine Strukturpolitik zu betreiben, die unterschiedliche Entwicklungen ausgleicht, dann hat sie recht.

Das gemeinte Jahrgangsdrittel bezieht sich natürlich auf junge Menschen, die eine Berufsausbildung anstreben – die Zahlen der CSU bestätigen dies.

Von einer Ausweitung von JoA-Klassen ist nichts zu sehen. Von 2006/07 auf 2007/08 jedenfalls ist ein Rückgang festzustellen: BVJ 123 Jugendliche weniger, EQJ 51 Jugendliche weniger.

Viele Jugendliche verschwinden auch aus der Statistik, weil sie sich in Maßnahmen befinden, die nicht unbedingt zu einem Ausbildungsplatz führen.

auf ihre Zweckmäßigkeit einer zukunftsorientierten fachlichen Grundausbildung hin zu überprüfen.

- Insbesondere in den Dienstleistungsberufen mit einfacheren Tätigkeiten muss die Kluft zwischen den verständlichen Ansprüchen an eine Vollzeitberufstätigkeit einerseits und der realen Entlohnung andererseits verringert werden.
Es ist für junge Menschen keine akzeptable Lebensperspektive, aus einer vollen Erwerbstätigkeit heraus mit einem Einkommen an der Armutsgrenze zu landen.⁶⁶²
- Der Qualitätssicherung der beruflichen Ausbildung kommt eine immer größere Rolle auch für das berufliche Fortkommen Jugendlicher zu. Nicht alle ausbildenden Betriebe können jedoch den gesetzlichen Mindestanforderungen entsprechend nachkommen. Deshalb wird es notwendig sein, Unterstützungshilfen für ausbildende Betriebe zur Qualitätssicherung der Ausbildung zu konzipieren und anzubieten. Darüber hinaus empfiehlt die Enquete-Kommission den Berufsbildungsausschüssen der Kammern in Bayern, Qualitäts(sicherungs)ausschüsse einzurichten, um damit auch für ein Controlling für eine qualitativ gute Ausbildung im Sinne der Auszubildenden zu sorgen.
- Junge Menschen brauchen eine Perspektive mit einer betrieblichen Ausbildung. Deshalb muss auch in Zukunft darauf hingewirkt werden, dass die Ausbildungsleistung der bayerischen Wirtschaft dem Bedarf entspricht.
- Des Weiteren ist das Programm für zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze aus Überschussmitteln der Bundesagentur für Arbeit in Bayern auszuweiten. Bei benachteiligten Jugendlichen, vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund, sollte dies besonders in Kooperation mit bewährten Trägern der Jugendberufshilfe gestaltet werden. Damit können die Erfolgs- und Integrationsaussichten für diese Jugendlichen erhöht werden.
- Auch der Freistaat Bayern muss stärker seine Vorbildfunktion im Bereich der beruflichen Ausbildung wahrnehmen.

⁶⁶² **Votum SPD, Grüne: Anfügung: Auch ist dafür zu sorgen, dass eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben erfolgt. Eine Lösung sehen wir beispielsweise in einem Umlageverfahren innerhalb der zuständigen Kammern.**

Replik CSU: Die CSU-Fraktion lehnt die Einführung eines derartigen Umlageverfahrens zur Verteilung der Ausbildungskosten zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben ab: Ein derartiges Umlageverfahren würde insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen belasten und einen hohen bürokratischen Aufwand verursachen. Handlungsbedarf sieht die CSU-Fraktion insbesondere für schlecht qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber. Hierfür ist der auf Bundesebene eingeführte Ausbildungsbonus aus Sicht der CSU-Fraktion ein Erfolg versprechendes Instrument.

Duplik SPD:

Ein Umlageverfahren belastet nur die, die sich am Solidarsystem nicht beteiligen. Die vielen kleinen Unternehmen, die ihr Soll oder gar mehr erfüllen, sind im Gegenteil Nutznießer dieses Verfahrens.

Duplik Grüne:

Kleine und mittlere Unternehmen sind diejenigen in Bayern, die noch am ehesten ausbilden. Unter 10 MitarbeiterInnen sollen diese Unternehmen von einem Umlageverfahren ausgenommen werden.

1215) Die zwischen den einzelnen Regionen divergierenden strukturellen und demografischen Entwicklungen machen es erforderlich, die Entwicklung der Zukunftschancen junger Menschen nach Regionen differenziert zu betrachten und zu unterstützen. Insbesondere müssen in den diversen regional konzipierten Strukturförderprogrammen die Auswirkungen auf die junge Generation zielgruppenspezifisch dargestellt werden.

1216) Auch die notwendige Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze muss sich an dem regional ausgeprägten Bedarf und den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Die Bemühungen einzelner Kammern, durch Ausbildungsverbände die Ausbildungsmöglichkeiten kleiner, auch spezialisierter Betriebe zu verbessern, sollten nachhaltig fortgeführt werden.

1217) Die jungen Menschen müssen im Hinblick auf ihre berufliche Zukunft auch mit ihren unterschiedlichen Begabungen, Fähigkeiten, Interessen und Motivationen ernst genommen werden. Als Träger künftiger gesellschaftlicher Entwicklung sind sie Subjekte ihrer eigenen beruflichen Sozialisation, nicht nur Objekte wirtschaftlicher Gegebenheiten. Insbesondere ist es erforderlich, alle jungen Menschen frühzeitig, individuell und nachhaltig vor Ende der Schulzeit in Bezug auf ihre weitere Ausbildung und berufliche Integration qualifiziert zu beraten und zu begleiten.

1218) Angesichts der gestiegenen Anforderungen in der betrieblichen Ausbildung muss die Ausstattung der Berufsschulen mit Lehr- und Lernmaterialien so angepasst werden, dass eine Umsetzung der modernen Lehrpläne möglich ist; außerdem sind die Weiterbildungsmöglichkeiten der Lehrkräfte auszuweiten.

1219) Bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist die Zielgruppe des § 13 SGB VIII besonders in den Blick zu nehmen. Bei jungen Menschen, die aufgrund sozialer Benachteiligungen bzw. individueller Beeinträchtigungen einen erhöhten Förderbedarf haben, bedarf es selbst bei guter konjunktureller Lage passgenauer und individueller Angebote und gemeinsamer Anstrengungen aller Verantwortlichen vor Ort. Diese leistungsschwächeren jungen Menschen bedürfen gezielter Förderung und benötigen oftmals erst die Möglichkeit, Schlüsselqualifikationen und soziale Umgangsformen zu erlernen sowie schulische Rückstände aufzuholen, um überhaupt eine Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten zu können. Es müssen deshalb alle Anstrengungen unternommen werden, auch diese nachhaltig in den ersten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Insbesondere an der Schwelle zum Berufseinstieg kommt dabei das Angebot der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit zum Tragen.

1220) In Bayern besteht zur Förderung dieser Zielgruppe eine anerkannte Struktur (insb. Maßnahmen mit überwiegendem Praxisbezug in Jugendwerkstätten), mit Hilfe derer – gemessen an der schwierigen Zielgruppe – beachtliche Erfolgsquoten erzielt werden. Diese Maßnahmen erfordern eine gesicherte Gesamtfinanzierung. Kritisch gesehen werden in diesem Zusammenhang Tendenzen einer zunehmend restriktiven Auslegung von Instrumenten des SGB III und des SGB II bei der Rechtsanwendung. Hinzu kommen Mittelreduzie-

rungen sowie strengere Fördervorgaben der Europäischen Union für die ESF-Förderung, die es zu kompensieren gilt. Zu fordern ist deshalb, unter Bündelung aller Mittel und Möglichkeiten, insbesondere auch unter Einbeziehung der vorrangig zuständigen Agenturen für Arbeit bzw. Träger der Grundsicherung sowie der Träger der Jugendhilfe, die Gesamtfinanzierung entsprechender Maßnahmen zu sichern und damit die einzigartige Struktur zu erhalten und fortzuentwickeln. Einzubeziehen sind dabei auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds sowie Landesmittel des Freistaats Bayern.

1221) Für die Verbesserung der Leistungen junger Menschen an der Schnittstelle von SGB II, III und VIII wird deshalb Folgendes gefordert:

- Verlässliche Kooperationsformen vor Ort, insbesondere auch Einrichtung einer einheitlichen Zuständigkeit (evtl. auch auf dem Vereinbarungsweg) für Jugendliche und Heranwachsende entweder nach dem Modell der Fallmanager als Anlaufstelle für alle arbeitsweltbezogenen Problemlagen, in deren Zuständigkeit dann die Zuordnung bestimmter Leistungen auf die einzelnen Sozialgesetzbücher fällt.
- Zur Gesamtfinanzierung von passgenauen Angeboten der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit sind rechtskreisübergreifend alle vorhandenen Ressourcen zu bündeln. Dazu gehört insbesondere die Herstellung der Kompatibilität der Instrumente des SGB II, SGB III und SGB VIII sowie der ESF- und Landesmittelförderung. Verfahrensweisen sind zu optimieren, Übergänge zwischen den Zuständigkeitsbereichen zu harmonisieren sowie Instrumente vor Ort flexibel und zielgerichtet zu nutzen.
- Forderung an die Bundesregierung sowie die Bundesagentur für Arbeit, darauf zu achten, dass die in den Rechtsbereichen des SGB III und SGB II bestehenden Instrumente zur Förderung sozial benachteiligter und/oder individuell beeinträchtigter junger Menschen vor Ort intensiv und flexibel genutzt werden. Im Rahmen der geplanten Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Instrumentenreform) ist auf eine klare und spezifische gesetzliche Regelung, die eine flexible und passgenaue Förderung dieser Zielgruppe ermöglicht, zu achten.
- Sicherstellung einer einfacheren Handhabbarkeit im Bereich der ESF-Förderung.
- Erhöhung der ESF-Mittel zur Förderung von Projekten zur Unterstützung von besonders benachteiligten jungen Menschen in Bayern (möglichst noch für den Förderzeitraum 2007 – 2013).
- Harmonisierung der ESF-Fördervoraussetzungen mit der Landesmittelförderung und Vereinfachung der Förderverfahren.
- Ausbau der Landesmittelförderung Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit.
- Harmonisierung begleitender Leistungen (wie z. B. Tagespflege) zwischen den Sozialgesetzbüchern.

1222) Für eine kleine Gruppe sozial erheblich benachteiligter junger Menschen ist es erforderlich, neben den herkömm-

lichen Programmen der beruflichen Integration Formen der Beschäftigung und damit auch eines Mindestmaßes sozialer Integration zu entwickeln, die sich am Modell der Werkstätten für Menschen mit Behinderung (so genannte „Beschützende Werkstätten“) oder einer Art geschützter und öffentlich geförderter, hinsichtlich der Teilnahme aber verbindlichen, Zeitarbeitsorganisation orientieren. Damit kann zumindest dem fortschreitenden Verlust grundlegender Voraussetzungen der Arbeitsfähigkeit, aber auch sozialer Deprivation (seelische Krankheiten, Sucht, familiäre „Vererbung“ von Sozialhilfekarrieren) entgegen gewirkt werden.

1223) Für junge minderjährige Mütter sollten „Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder“ nach § 19 SGB VIII (so genannte Mutter-Kind-Einrichtungen) als selbstverständliches Regelangebot der Kinder- und Jugendhilfe vorgehalten werden.

1224) Als Alternative zur formalen schulischen Nachqualifikation (insbesondere zum Hauptschulabschluss) bietet sich an, derartige Bildungsangebote auch an den beruflichen Schulen im Sinne eines freiwilligen schulischen Angebots verbindlich einzurichten, etwa nach dem Modell des besonderen Förderunterrichts an den Grund- und Hauptschulen, in diesem Fall verbunden mit einem obligatorischen Einsatz der Jugendsozialarbeit an Berufsschulen.⁶⁶³

1225) Die Vorsorge für ein ausreichendes, den erreichten Lebensstandard sicherndes Einkommen im Rentenalter erfordert von der heutigen jungen Generation eine zusätzliche Anstrengung in Form des Aufbaus einer privaten, kapitalgestützten Rente neben der grundsichernden gesetzlichen Altersrente. Hierzu ist es erforderlich, auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung die zukünftigen Wirkungen des gesetzlichen Rentenversicherungssystems auf die tatsächliche individuelle Altersrente in Form von Modellrechnungen für die heutige junge Generation sichtbar zu machen. Auf dieser Grundlage müssen Berechnungsinstrumente entwickelt und bereitgestellt werden, die es dem jungen Menschen ermöglichen, den angemessenen Umfang zusätzlicher, privater Altersvorsorge abzuschätzen.⁶⁶⁴

663 **Votum SPD: Anfügung:** „Formale schulische Nachqualifikation“ findet vielfach auch in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit statt. Da diese aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung finanziert werden, damit aber Defizite der schulischen Bildungspolitik ausgeglichen werden müssen, handelt es sich hier um systemfremde Leistungen. Diese müssten im Grunde genommen vom Land als für Bildung zuständige Instanz übernommen werden (was sich auf etwa 5.000,00 € pro Teilnehmer/in belaufen würde).

664 **Votum SPD:** Eine bessere Kenntnis und Abschätzungsmöglichkeit der einmal zu erwartenden Rente hilft jungen Menschen nur sehr bedingt weiter. Ihr eigentliches Problem ist, dass viele, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen, mit Minilöhnen oder gar von Hartz IV leben, keine Möglichkeit haben, aus ihrem Einkommen noch „zusätzliche Anstrengungen in Form des Aufbaus einer privaten, kapitalgestützten Rente“ aufzubringen. Deshalb lehnen wir diese Formulierung ab, da in der Enquete keine hilfreichen Alternativen gefunden wurden.

Replik Dr. Sauter: Der Sachzusammenhang zwischen erzielbarem Erwerbseinkommen und der Möglichkeit privater Altersvorsorge wird in Teil 3 (Abschnitt 3.5.2.4) ausführlich dargestellt. Eine genauere Kenntnis der individuell erreichbaren Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt trotzdem wichtig; denn die rentenpolitische Diskussion wird meist nach dem Modell des sog. Eckrentners geführt (45 Jahre Beitragszeit aus durchgängigem Durchschnittseinkommen) und ist deshalb geeignet, die persönliche Risikoabschätzung der eigenen Altersvorsorge in die Irre zu führen.

4.3.5 Zu Kapitel F (Jugendinformation Kultur Medien)

4.3.5.1 Leitlinien

1226) Medien sind im Alltag von Kindern, Jugendlichen und Familien umfassend präsent. Sie bieten zunehmend mehr Begegnungs- und Nutzungsgelegenheiten und enthalten bei kompetentem Gebrauch vielfältige Potenziale, aber auch Risiken, die insbesondere für solche Kinder und Jugendliche bestehen, die in einem wenig fördernden und anregungsarmen sozialen Umfeld aufwachsen.

1227) Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, vor entsprechenden Gefährdungen geschützt zu werden, Erwachsene haben dieses Recht einzulösen.

1228) Kern des Jugend(medien)schutzgedankens und des gesetzlichen Jugendschutzauftrags ist, Erwachsene in ihrem jeweiligen Tätigkeits- und Verantwortungsbereich durch Reglementierungen und Verpflichtungen so zu binden, dass Kinder und Jugendliche keinen Bedingungen ausgesetzt werden, die für ihre körperliche, geistige und moralische Entwicklung schädlich sind.

1229) Jugendpolitische Aufgabe ist es, dieses Grundverständnis des Jugendschutzes insbesondere im Bereich des Jugendmedienschutzes gegenüber den Produzenten, Vertreibern und Verkäufern unzweifelhaft zu vertreten und durchzusetzen.

1230) Jugendpolitik muss sich deshalb für einen konsistenten und transparenten ordnungsrechtlichen Rahmen und einen effektiven Vollzug einsetzen, der sich an den technischen Entwicklungen hin zu einem konvergenten Medienensemble sowie der entsprechenden Medienpraxis der Kinder und Jugendlichen orientiert. Für einen effektiven Jugendmedienschutz ist eine Harmonisierung der unterschiedlich geregelten Zuständigkeiten nach Trägermedien, Übertragungswegen und Vertriebsformen erforderlich.

1231) Ordnungsrechtliche Maßnahmen allein können den Schutzauftrag nicht angemessen umsetzen. Schutz wird im Gegenteil zunehmend weniger gewährleistet werden, wird er nicht viel stärker als bisher durch Medienkompetenz bei Eltern, Kindern und Jugendlichen sowie Fachkräften in allen pädagogischen Handlungsfeldern begleitet und unterstützt.

1232) Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist ohne eine Stärkung der Elternkompetenz in diesem Feld nicht mehr vorstellbar. Das Medienverhalten der Eltern prägt entscheidend das Medienhandeln der Kinder.

1233) Jugendliche beschäftigen sich in ihrer Freizeit wesentlich mit Medien aller Art. Kompetenzfördernd ist, wenn der Wechsel von der passiven Konsumenten- zur aktiven Produzentenrolle angeregt und unterstützt wird. Jugendmedien- und Jugendkulturarbeit haben angesichts der Medienentwicklung zunehmend mehr Berührungspunkte und Überschneidungen.

1234) Die stetig wachsende Bedeutung von Medien im Alltag von Kindern und Jugendlichen erfordert auch eine Erweiterung und grundlegende Umorientierung schulischer Medienerziehung. Leseförderung steht nicht in Konkurrenz

zur Medienerziehung. Medienanalyse, Medienkritik und Medienkreativität können erfolgreich unter Einbeziehung und aktiver Nutzung der Medienvorlieben und der Bandbreite der im Alltag genutzten Medien von Kindern und Jugendlichen betrieben werden.

4.3.5.2 Empfehlungen

1235) Im Alltag von jungen Menschen spielen kulturelle Aktivitäten und Mediennutzung – was eng miteinander zu tun hat – eine herausragende Rolle. Bis heute aber ist das in der personellen und finanziellen Ausgestaltung der Strukturen der Jugendarbeit nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Enquete-Kommission sieht hier in den kommenden Jahren einen deutlichen konzeptionellen und finanziellen Nachholbedarf.

1236) Zur Unterstützung der Eltern in ihrer erzieherischen Kompetenz im Umgang mit Medien sind insbesondere solche Aktivitäts- und Maßnahmeformen erforderlich, die Eltern in ihrem familiären Umfeld erreichen, und deren Medien-nutzungsverhalten einbeziehen, ohne ihnen ein schlechtes Gewissen zu vermitteln. Eltern müssen gestärkt werden in der Kompetenz, geeignete Medien und Programme für ihre Kinder zu erkennen und ihrer Verantwortung für das Medienhandeln ihrer Kinder gerecht zu werden. Diesbezügliche Projekte sind auszubauen und entsprechend finanziell auszustatten.

1237) Die Förderung der Medienkompetenz von Eltern ist eine wichtige Aufgabe der Familienbildung und muss von den unterschiedlichen Trägern als Aufgabe angenommen und niedrigschwellig umgesetzt werden.

1238) Zur Verankerung und Weiterentwicklung der Jugendkultur- und Jugendmedienarbeit ist ein neues Landesförderprogramm aus zusätzlichen Mitteln des Jugendprogramms vorzusehen, das dazu beiträgt, die immer wieder auf vereinzelte Projektförderungen angewiesenen Initiativen von jungen Menschen zu verstetigen, eine Qualifizierung, Beratung und Vernetzung der Verantwortlichen und Multiplikatoren zu unterstützen sowie Auftritts- und Präsentationsgelegenheiten (Durchführung von Festivals, Wettbewerben, Ausstellungen u.ä.) durchzuführen. Dabei ist besonders auf die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements in diesen Feldern und den breiten Ausbau nicht-kommerzieller Möglichkeiten der kulturellen Betätigung und Mediennutzung zu achten.

1239) Das Engagement der Bezirke bei der Förderung der Jugendkulturarbeit und der Medienfachberatung ist ein wertvoller Beitrag für eine vielfältige und regional eingebundene Jugendkultur und hat zu einer landesweiten Struktur der Jugendkultur- und der Medienarbeit in der außerschulischen Jugendarbeit beigetragen. Mit diesem Ausbau und der Etablierung geht der Bedarf einer landesweiten Vernetzung und Qualifizierung einher, dem durch finanzielle Förderung auf Landesebene entsprochen werden sollte.

1240) Aus jugendpolitischer Perspektive hält die Enquete-Kommission für den Bereich Jugend und Medien Schwerpunktsetzungen für folgende Aufgaben für erforderlich: Erstens Förderung der Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen durch aktive Aneignung mit pädagogischer

Begleitung und Unterstützung, zweitens Qualifizierung der Eltern und der Fachkräfte in allen pädagogischen Handlungsfeldern sowie drittens Steigerung der Wirksamkeit des Jugendmedienschutzes.⁶⁶⁵ Zur Umsetzung empfiehlt die Enquete-Kommission folgende Maßnahmen:

1241) Aktive Medienarbeit braucht Präsentationsmöglichkeiten und Sendeplätze für ihre Produkte. Jugendpolitik muss sich für die Schaffung entsprechender Medienplattformen und Sendeplätze einsetzen. Medien sollen nicht nur über Jugend berichten, sondern Jugend selbst zu Wort kommen lassen. Zu unterstützen sind solche Maßnahmen der Anbieter, die Jugendlichen die Gelegenheit geben, unter den Realbedingungen von Produktion und Redaktion, ihre Beiträge zu senden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss dieser Aufgabe noch stärker als bisher nachkommen, dies gilt auch explizit für die Unterstützung der medienpädagogischen Angebote.

1242) Der rechtliche Rahmen, insbesondere im Bereich der Nutzungs-, Verwertungs- und Aufführungsrechte, muss so ausgestaltet werden, dass er der eigenen Qualität der Jugendkultur- und der Jugendmedienarbeit Rechnung trägt und Jugendliche davor bewahrt, unwissentlich Rechtsverstöße zu begehen.

1243) Fachkräfte in allen pädagogischen Einrichtungen, insbesondere aber auch in der Schule, sind zukünftig noch stärker gefordert, die Mediensozialisation der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen sensibel zu begleiten. Hierzu sind eine pädagogische Haltung und erzieherisches Handeln erforderlich, die Kritik gegenüber dem Medienkonsum der jungen Menschen und Unterstützung und Förderung ihrer positiven Nutzung in ein ausgewogenes Verhältnis bringen.

⁶⁶⁵ **Votum** Grüne: **Umformulierung:** Aus jugendpolitischer Perspektive hält die Enquete-Kommission für den Bereich Jugend und Medien Schwerpunktsetzungen für folgende Aufgaben für erforderlich: Erstens Förderung der Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen durch aktive Aneignung mit pädagogischer Begleitung und Unterstützung, **dazu zählt auch die Bereitstellung von Informatikunterricht und Computer-Arbeitsgruppen an Grund- und weiterführenden Schulen**, zweitens Qualifizierung der Eltern und der Fachkräfte in allen pädagogischen Handlungsfeldern sowie drittens Steigerung der Wirksamkeit des Jugendmedienschutzes.

Replik CSU: Im Rahmen der Medienbildung ist das Erlernen eines sinnvollen und kritischen Umgangs mit Informations- und Kommunikationstechnik in den Lehrplänen aller Schularten als fächerübergreifendes Bildungsziel verankert. An nahezu allen Schularten werden darüber hinaus auch eigenständige Fächer aus diesem Bereich angeboten. Entsprechend ist die Informatik sowie allgemein der Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnik mittlerweile fester Bestandteil des Unterrichts an den weiterführenden Schulen. Durchgängig wurde dieser Bereich erheblich ausgebaut. So ist beispielsweise die Informatik im Rahmen des Faches „Natur und Technik“ des achtjährigen Gymnasiums ebenso Pflichtfach wie das Fach Kommunikationstechnischer Bereich (KtB) an Hauptschulen. Darüber hinaus werden entsprechende Fächer auch im Wahlpflicht- oder Wahlunterricht der einzelnen Schularten angeboten. Am neuen G 8 wurde das Fach Informatik in der 9. und 10. Jahrgangsstufe neues Profulfach des Naturwissenschaftlich-technologischen Gymnasiums. Auch an reinen Grundschulen ist der Umgang mit Computern im Rahmen der Heranführung an die verschiedenen Medien in den Unterricht integriert. Hierbei wird insbesondere die Einrichtung von Computer-Arbeitsgemeinschaften vorangetrieben.

1244) Zur Unterstützung von Fachkräften der Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung und für Lehrkräfte zu einer zeitgemäßen Einbeziehung von Medien in die Bildungsarbeit ist auf längere Sicht erforderlich, den rechtlich einwandfreien Verleih von geeigneten qualitätsvollen Medien auch mit eigenen Mitteln sicher zu stellen. Dies ist erforderlich, solange die entsprechende technische Infrastruktur und die juristischen Voraussetzungen (Aufführrechte) für jederzeit verfügbaren Download bzw. für Mediastreaming noch nicht flächendeckend gegeben sind.

1245) In der Lehrerbildung wie in der Ausbildung der Fachkräfte der sozialen Arbeit muss eine medienpädagogische Grundqualifikation als Teil des beruflichen Selbstverständnisses verankert werden. Hierzu sind eigene Lehrstühle für Medienpädagogik erforderlich.

1246) Erweiterungsqualifizierungen für bereits im Beruf stehende Lehrkräfte sind in breitem Umfang erforderlich.

1247) In der zweiten Phase der Lehrerausbildung sollte eine medienpädagogische Zusatzausbildung für alle Seminarlehrer dringend weiter verfolgt werden, um die Vermittlung medienpädagogischer Handlungskompetenz bei angehenden Lehrkräften zu verstärken.

1248) Das vorhandene Erweiterungsstudium Medienpädagogik für alle Lehrämter muss im Rahmen der neuen Lehrerbildung unbedingt erhalten und ausgebaut werden.

1249) Die Verfahren zur Kontrolle von Internet-Inhalten, insbesondere von problematischen, extremistischen, pornografischen und Gewalt verherrlichenden Internetseiten müssen deutlich gestrafft und vereinfacht werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Kommission für Jugendmedienschutz von den Landesmedienanstalten finanziell, technisch und personell besser ausgestattet und beauftragt wird, Verfahren zur Sicherstellung des Jugendschutzes im Internet und bei Fernsehangeboten im Auftrag der jeweils zuständigen Landesmedienanstalt eigenständig durchzuführen. Die bestehende Gliederung der KJM in eine Stabs- und eine Geschäftsstelle soll aufgegeben und in München zentriert werden. Die Verfahrenswege werden dadurch erheblich verkürzt, Entscheidungen beschleunigt und die Effektivität der Kontrollen gesteigert.

1250) Des Weiteren erscheint es sinnvoll, aufgrund der bewährten Struktur des Jugendschutzes im Bereich der Jugendhilfe die Obersten Jugendbehörden der Länder stärker in die Arbeit der KJM einzubeziehen.

1251) Daneben ist es notwendig, im Jugendmedienschutzstaatsvertrag hervorzuheben, dass zur Wahrnehmung regelhaft anfallender Prüfaufgaben ein Unterbau bei der Kommission Jugendmedienschutz verstärkt eingerichtet werden soll, der unterhalb der Schwelle der im Gesetz vorgesehenen Prüfausschüsse tätig wird. So entlastet könnten sich die Prüfausschüsse auf notwendige Grundsatzentscheidungen und Berufungen konzentrieren. Die Verfahren könnten so schneller und effektiver durchgeführt werden. Durch zeitnahe Sanktionsmöglichkeiten würde die Akzeptanz des Jugendschutzes steigen.

1252) Neben den Verbesserungen im kontrollierenden Bereich ist auch eine Stärkung von positiven Nutzungsansätzen und pädagogischen Angeboten notwendig. Eine Reihe von Institutionen haben auf die Gefährdung des Internets reagiert und bieten Eltern, aber auch Kindern und Jugendlichen pädagogische Angebote an, die vor den Gefahren des Internets warnen, aber auch die Stärken und Möglichkeiten des Netzes betonen. Dieser positive Ansatz muss weiter ausgebaut und vor allem neuen Herausforderungen (z. B. Handys) angepasst werden. Insbesondere ist es notwendig, bildungsferne Bevölkerungsgruppen mit niedrigschwelligen Angeboten zu erreichen. Dabei sind weitere Mittel des Landes zur Verfügung zu stellen.

1253) Es müssen weitere Anstrengungen insbesondere seitens der Produzenten von Betriebssystemen unternommen werden, um geeignete, effektive und vor allem leicht handhabbare kindersichere Grundkonfigurationen (z. B. Filtersoftware) zu entwickeln, die Kinder und Jugendliche vor problematischen Inhalten (z. B. des Internets) schützen können, ohne die Möglichkeiten und Chancen zu begrenzen.

1254) Angesichts der zunehmenden Mobilität sind vor allem bei Handys, deren Nutzung sich vollständig der elterlichen Kontrolle entzieht, Lösungen anzustreben, die über eine Filterung hinausgehen. Dazu gehört insbesondere eine von den Eltern bestimmbare Grundkonfiguration der Geräte, die dem Entwicklungsstand ihrer Kinder entspricht. So könnte z. B. durch eine Sperrungsmöglichkeit der Bluetooth-Funktion verhindert werden, dass Minderjährige problematische Inhalte sehr leicht untereinander austauschen können.

4.3.6 Zu Kapitel G (Gesundheit Jugendschutz)

4.3.6.1 Leitlinien

1255) Gesundheitsförderung im Jugendalter an der Schnittstelle zwischen Gesundheitssystem, Familie, Schule und Kinder- und Jugendhilfe ist ein jugendpolitisches Feld, das gerade erst beginnt, seine Konturen zu entwickeln. Gesundheits- sowie jugendschutzbezogene Präventionsansätze werden damit nicht überflüssig, sondern nur in einen weiteren Rahmen eingebettet.

1256) In der Kinder- und Jugendhilfe ist es deshalb wichtig, Konzepte der Gesundheitsförderung im eigenen Praxisfeld konzeptionell weiterzuentwickeln.

1257) Viele gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen sind Ausdruck alterstypischer Entwicklungskrisen von Jugendlichen. Deshalb ist Gesundheitsförderung nicht nur eine Aufgabe für die Kindertagesbetreuung, wie es der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan vorsieht, sondern für alle Instanzen, die mit Jugendlichen arbeiten. Dazu bedarf es entsprechender Qualifikationen z. B. ehrenamtlich Tätiger wie auch der Fachkräfte. Was notwendig erscheint, sind deshalb zielgruppenbezogene, d.h. geschlechts-, kultur-, altersspezifische Ansätze, die sich sowohl an die Jugendlichen selbst wenden, als auch ihre Lebenswelt mit in den Blick nehmen. Stärker als bisher sind dabei auch die Eltern und die Erwachsenen mit einzubeziehen. Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung im Kindes- und

Jugendalter müssen deshalb von Beginn an Elternarbeit mit einschließen, wie umgekehrt die Diskussion um die Stärkung elterlicher Erziehungskompetenzen stärker als bisher diese beiden Aspekte einbeziehen muss.

1258) Verbessert werden müssen die Kooperationen zwischen dem Gesundheitssystem und der Kinder- und Jugendhilfe. Dazu ist ein Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes notwendig. Einbezogen werden müssen aber auch Kinder- und Jugendärzte und die Kliniken. Schließlich muss Gesundheitsförderung ein Thema der Jugendhilfeplanung werden.

1259) Mehr Aufmerksamkeit muss auf die alltäglich vorhandenen Ressourcen und Potenziale für eine gesunde Lebensführung (z. B. der natürliche Bewegungsdrang von Kindern) der Kinder und Jugendlichen bzw. ihrer Familien gelenkt werden, damit diese auch politisch und praktisch unterstützt werden können.

1260) Gegenüber Bemühungen, die gesetzlichen Grundlagen des Jugend- und Gesundheitsschutzes zu verschärfen, verweist die Enquete-Kommission auf das bereits jetzt bestehende Kontrollproblem. Der ordnungsrechtliche Jugendschutz könnte schon heute effizienter sein, wenn für den Vollzug ausreichend Personal zur Verfügung stehen würde. Jugendschutzbestimmungen wie deren Verschärfungen definieren Grenzen dessen, was gesellschaftlich aktuell als akzeptabel gilt. Darin besteht einerseits eine nicht zu unterschätzende Funktion. Andererseits werden sie nur dann nachhaltig wirksam, wenn entsprechende Möglichkeiten für die Umsetzung zur Verfügung stehen. Ist dies nicht der Fall, läuft Politik bzw. Gesetzgebung Gefahr, sich mit nur symbolisch wirksamen Aktivitäten unglaubwürdig zu machen.

1261) In der öffentlichen und politischen Diskussion muss hinreichend klargestellt werden, dass sich die Jugendschutzbestimmungen wie generell der Jugendschutz nicht an die Jugendlichen, sondern an die verantwortlichen Erwachsenen richten. Die öffentliche Empörung bei Verstößen konzentriert sich allerdings meistens auf die Jugendlichen, z. B. Stichwort „Koma-Saufen“.

4.3.6.2 Empfehlungen

1262) Die Aus- und Fortbildung der Kinder- und Jugendärzte ist verstärkt auf die sensible Phase des Übergangs in das Erwachsenenalter auszurichten.

1263) Auch wenn die Daten bislang noch nicht als besorgniserregend bewertet werden müssen, werden Essstörungen nach Einschätzung vieler Expertinnen und Experten eine der zentralen Herausforderungen für das Gesundheitssystem sein. Viele Erkrankungen im Erwachsenenbereich sind bereits jetzt darauf zurückzuführen. Dieses Thema bedarf deshalb gerade im Kinder- und Jugendbereich größerer Aufmerksamkeit.

1264) Gesundheitsförderung und Prävention gegen Krankheiten sowie Jugendschutz im Kindes- und Jugendalter setzen zielgruppenbezogene, problemadäquate und abgestimmte Strategien voraus. Zwar gibt es eine große Zahl von Angeboten, wenige davon sind jedoch in ihrer Wirkung

überprüft und noch weniger zwischen den jeweils Zuständigen auf örtlicher und überörtlicher Ebene abgestimmt. Notwendig erscheinen

- eine Überwindung der sektoralen Sichtweisen auf Kinder und Jugendliche, z. B. durch die Etablierung des ICF Modells (Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit) als Grundlage und gemeinsame Sichtweise/Sprache;
- die Förderung von Interdisziplinarität in der Ausbildung von medizinischen und pädagogischen Berufsgruppen;
- die stärkere Einbeziehung der Familien und Eltern sowie die Stärkung der Erziehungskompetenz innerhalb der Familie von Anfang an bzw. der Aufbau und Ausbau pädagogischer Angebote außerhalb der Familie;
- die Förderung der frühen Prävention (z. B. von Essstörungen und Verhaltensstörungen) in einem abgestimmten regionalen Netzwerk; gemeindenahе, niedrigschwellige Projekte, die langfristig angelegt in einem abgestimmten Konzept alle Akteure einschließen;
- der Aufbau von Jugendlichenprechstunden an Versorgungszentren oder speziellen Facharztverbänden in der Kinder- und Jugendmedizin.

1265) Die Unterstützung, Begleitung und Förderung von Kindern und Jugendlichen psychisch kranker Eltern muss größere Aufmerksamkeit erfahren. Allein die Zahlen belegen, dass an dieser Stelle, will man Kreisläufe verhindern, großer Bedarf besteht.

1266) Die bewährte Praxis der gemeinsamen Kontrolle zur Einhaltung des Jugendschutzes von Verwaltungsbehörden und Polizei bedarf einer angemessenen Personalausstattung.

1267) Die Regelungen des Jugendschutzgesetzes mit seinen vielen Ausnahmen in Bezug auf den Besuch von Gaststätten und Diskotheken sind in der Praxis schwer zu vollziehen und im Hinblick auf das Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche nicht mehr punktgenau. Zukünftig sollte bei den Aufenthaltsbestimmungen für Minderjährige entscheidend sein, ob alkoholische Getränke verabreicht werden, also eine konkrete Gefährdungsmöglichkeit besteht. Durch eine solche Regelung würden auch z. B. Vereins- und Scheunenfeste, Feuerwehrdiscos etc. eindeutig erfasst. Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, eine rechtliche Klarstellung im Jugendschutzänderungsgesetz einzubringen.

1268) Eine besondere Problematik stellen die so genannten „erziehungsbeauftragten Personen“ dar. Dabei handelt es sich um Ausbilder, Betreuer im Rahmen der Jugendhilfe (z. B. Jugendleiter, Heimbetreuer) oder um Personen, die aufgrund einer Vereinbarung mit den Personensorgeberechtigten Erziehungsaufgaben wahrnehmen. Diese letzte Variante, die für Kinder und Jugendliche gleichermaßen gilt, ist als generelle Ausnahme zu den Aufenthaltsbestimmungen in Gaststätten und bei öffentlichen Tanzveranstaltungen in der Praxis höchst problematisch, da die Begrifflichkeit im Gesetz bisher nur unzureichend definiert ist. Trotz einer Klarstellung im Rahmen von Vollzugshinweisen ist angesichts widersprüchlicher Gerichtsentscheidungen

dazu und der bestehenden Problematik im Vollzug zumindest eine Klarstellung bzw. Modifizierung der „Erziehungsbeauftragung“ (z. B. durch Altersgrenzen oder durch die ausdrückliche gesetzliche Benennung eines Autoritätsverhältnisses als Voraussetzung für die Erziehungsbeauftragung) durch das 2. Jugendschutzänderungsgesetz weiterhin unerlässlich.

1269) Im Rahmen der Novellierung des bayerischen Gaststättenrechts sollten die Alkoholprävention und der Jugendschutz im Hinblick auf die so genannten Stadtfeste bzw. Veranstaltungen, die von Vereinen oder sonstigen Gruppen durchgeführt werden, noch effektiver ausgestaltet werden.

1270) Die im bisherigen Gaststättenrecht bereits enthaltenen Ge- und Verbote im Hinblick auf den Alkoholausschank (z. B. Verbot des Ausschanks an erkennbar Betrunkene, Anbieten eines billigen alkoholfreien Getränks) sollen im neuen bayerischen Gaststättenrecht uneingeschränkt beibehalten werden. Zur Klarstellung und Erleichterung des Vollzugs wäre zudem ein ausdrückliches, bußgeldbewährtes Verbot von „Flatrate-Parties“ und ähnlichen „Billig-Alkohol-Veranstaltungen“ ebenso hilfreich.

1271) Nach dem Rundfunk-Staatsvertrag sind auch bei „Gewinnspielen“ „die Belange des Jugendschutzes“ zu beachten. Im Wege einer Satzung der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien soll klargestellt werden, dass eine Teilnahme Minderjähriger an diesen Spielen i.d.R. unzulässig oder nur unter strengen Auflagen möglich ist.

1272) Die statistischen Daten zur gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen zeigen die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, dass keine kontinuierlichen Längsschnittstudien durchgeführt werden. Darüber hinaus deuten Erfahrungen in der kinder- und jugendärztlichen Praxis darauf hin, dass die Diagnosen von schulrelevanten Störungen und begleitenden Verhaltensauffälligkeiten (z. B. Schulangst, Schulschwänzen) erkennbar zunehmen. Ähnliches gilt für den Bereich psychischer Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter. Für alle drei genannten Bereiche gibt es zu wenig valides statistisches Material, so dass es zukünftig einer Intensivierung der Forschung an dieser Stelle bedarf.

1273) Es ist zu überprüfen, inwieweit das Elternprivileg (14- und 15-Jährige dürfen in Anwesenheit eines Personenerberechtigten Alkohol kaufen und konsumieren) missbraucht wird und ob die Größenordnung eine Änderung oder die Abschaffung dieses Privilegs erfordert.

4.3.7 Zu Kapitel H (Gewalt und Extremismus)

4.3.7.1 Leitlinien

1274) Delinquenz, Gewalt und Extremismus im Jugendalter sind eine Herausforderung für Jugendpolitik und pädagogische Praxis, die aber auch in die Zuständigkeiten von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz und die jeweiligen Politikbereiche fallen. In Ergänzung zu den sicherheitspolitischen Perspektiven und Maßnahmen gilt es, den gesetzlich sowohl im Jugendgerichtsgesetz als auch im SGB VIII und in der

Praxis gut verankerten jugendpolitischen und erzieherischen Blick auf Delinquenz, Kriminalität, Gewalt und Extremismus jeglicher Art zu stärken, weiterzuentwickeln und entsprechende Strategien zu unterstützen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die öffentliche Diskussion um Jugendkriminalität und Jugendgewalt.

1275) Dazu gehört zunächst die Bereitschaft anzuerkennen, dass für viele Jugendliche heute Delinquenz, Gewalt und Fanatismus, Extremismus in vielen Varianten sowohl in medial vermittelter als auch in persönlich erfahrener bzw. berichteter Form einen wichtigen Aspekt ihres Alltags darstellt und dass für sie damit durchaus widersprüchliche Erfahrungen verbunden sind. Neben Schmerz, Leid, Erleiden von Unrecht und Verletzungen stehen die körperliche Bewährung, die Zugehörigkeit, Bewunderung und Anerkennung in der Gruppe und das alterstypische Ausloten der eigenen Grenzen. Dementsprechend kommt es darauf an, sowohl in der öffentlichen Thematisierung als auch in der politischen und pädagogischen Praxis dem problematischen und ggf. strafrechtlich relevanten Handeln der jungen Menschen angemessen zu begegnen. Angemessen bedeutet dabei unter Einbeziehung ihrer Potenziale die Berücksichtigung der von Jugendlichen in der jeweiligen Altersphase zu leistenden Entwicklungsaufgaben und die Unterstützung, selbst wirksame Vermeidungsstrategien zu entwickeln. Mit Jugendlichen zusammen sie selbst zu stärken und widerständig gegen die vielfältigen Gefährdungen zu machen, ist ein lohnendes jugendpolitisches Ziel. Zugleich stellen die Verhinderung von Delinquenz, Kriminalität, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sowie der Schutz davor wichtige und universell gültige Ziele im Zusammenleben von Menschen dar.

4.3.7.2 Empfehlungen

1276) In Bayern sind in den letzten Jahren gute Rahmenbedingungen für die Kriminalprävention geschaffen worden. Es gilt die entstandenen Strukturen abzusichern, zu verstetigen und fachlich weiterzuentwickeln. Dazu gehört einerseits, dass jenseits der bislang vorherrschenden Projektförmigkeit Kriminal- und Gewaltprävention als integraler Bestandteil der Organisationsentwicklung vor allem in der Schule und in den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe anerkannt und gefördert werden; dazu gehören andererseits aber auch die Förderung der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte und die Unterstützung der Netzwerke. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist schließlich die stärkere Einbindung der Eltern und die Beteiligung der Jugendlichen.⁶⁶⁶

⁶⁶⁶ **Votum** SPD (zu Nrn. 1276, 1285 und 1286): Die Feststellung zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Kriminalprävention ist in zweierlei Hinsicht zu ergänzen. Die Aussage bezieht sich im engeren Sinn auf Kriminalprävention. In einem weiten jugendpolitischen Verständnis von „Vorsorge“ müssen aber alle Felder in den Blick genommen werden, die in Nr. 1285 benannt sind. Hier entscheiden sich die Lebensläufe. Zum anderen: Die vorhandenen Strukturen sind eine gemeinsame Leistung des Landes und der Kommunen in Bayern. Und gleichzeitig muss festgestellt werden, dass für ein Programm, das im Vorfeld drohender Kriminalitätsbelastung wirken sollte, die Landesförderung mit der großen Kürzung des Kinder- und Jugendprogramms der Staatsregierung sogar eingestellt wurde, das „Aktionsprogramm zur präventiven Jugendarbeit“.

1277) Inhaltlich sind dabei aus der Sicht der Enquete-Kommission folgende Aspekte vorrangig zu beachten:

- *Erstens:* Es bedarf der stärkeren Berücksichtigung der Tatsache, dass Gewalt im Jugendalter vorrangig von jungen Männern ausgeübt und erfahren wird. Die Politik ist gefordert, Konzepte zur Begleitung riskanter männlicher Sozialisationsverläufe zu fördern und Ansätze zur jugendbezogenen Kriminalprävention zu forcieren.
- *Zweitens* bedarf es der stärkeren Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergründen bei der Weiterentwicklung kriminalpräventiver Strategien. Darüber hinaus braucht es starke Impulse zur zielgruppenbezogenen Weiterentwicklung der Angebote und Maßnahmen vor allem in Bezug auf diese Jugendlichen.
- *Drittens:* Obwohl bei der Polizei schon länger bekannt, haben Jugendpolitik und pädagogische Praxis bislang zu wenig Aufmerksamkeit den situativen Aspekten bei der Genese von Straftaten und dabei vor allem dem Alkohol als enthemmendem Faktor und der Gruppendynamik, gerade im Gewaltbereich, gewidmet. Zwar hat die Bayerische Polizei jüngst auf diesen Zusammenhang (auch vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion zum so genannten Koma-Saufen) hingewiesen und betont, dass übermäßiger Alkoholkonsum im Jugendalter nicht selten in delinquentes und gewalttätiges Handeln mündet. Aus Sicht der Enquete-Kommission sind aber dazu genauere Studien und noch größere Aufmerksamkeit in der Fachpraxis trotz erkennbarer erster begrüßenswerter Ansätze notwendig. Analoges gilt für den Aspekt der Gruppendelikte. Sicherheits-, sozial- und jugendpolitisches Ziel ist es zu verhindern, dass Verhältnisse entstehen, die sich gegenseitig bekämpfende und die Umwelt bedrohende Jugendbanden hervorbringen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre einerseits Initiierung entsprechender kriminologischer Untersuchungen und andererseits lagebezogen die stärkere Forcierung szenen- und milieubezogener Präventionskonzepte in der Kooperation zwischen allen Verantwortlichen.

1278) Die häufig an Einzelfällen aufgehängten öffentlichen Diskussionen und politischen Aktionen hinsichtlich der Ahndung von Straftaten Jugendlicher müssen aus der Sicht der Enquete-Kommission im Zusammenhang mit der Spruchpraxis der Jugendgerichte und deren Voraussetzungen gesehen werden. Entscheidungen von Jugendgerichten erscheinen auf der Grundlage der Berichterstattung der Medien mitunter als schwer nachvollziehbar (etwa vermeintliche Schieflagen zwischen der Ahndung unterschiedlicher Deliktbereiche – z. B. Schwarzfahren und Vergehen im Straßenverkehr gegenüber Gewaltdelikten). Festzustellen sind ferner große regionale Unterschiede in der Spruchpraxis, erkennbar bei der unterschiedlichen Anwendung des Jugendrechts bei Heranwachsenden.

1279) Vordringlich ist die konsequente Umsetzung vorhandener Gesetze und eine weitere Verbesserung der Ausstattung mit Personal in allen Bereichen der Justiz, der Polizei und der Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, um die

gesetzlichen Vorgaben noch besser umsetzen zu können. Weiterer neuer Gesetzesinitiativen bedarf es aus Sicht der Enquete-Kommission jedenfalls gegenwärtig nicht. Die Schaffung neuer Strukturen erscheint derzeit ebenfalls nicht notwendig.

1280) In einer vertieften Fachdiskussion müssen die längerfristigen Wirkungen der erzieherischen Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz einerseits und des Jugend- bzw. Erwachsenenstrafvollzugs andererseits abgewogen werden. Dabei kommt es in jedem Fall darauf an, die Rückkehr in eine straffreie und sozial-integrierte Lebensführung nicht nur eindeutig einzufordern, sondern sie dem jungen Menschen auch zu ermöglichen.

1281) Einen deutlich höheren Stellenwert in der Kinder- und Jugendhilfe und der Schule muss zukünftig der Opferchutz erhalten. Hier ist vor allem die Kinder- und Jugendhilfe gefordert, geeignete Ansätze zu entwickeln, die diese Jugendlichen auch in gruppenbezogenen Angeboten erreichen und unterstützen können.

1282) Es bedarf der bewussten Stärkung jener Gruppen und Szenen von Jugendlichen, die im öffentlichen Raum eine attraktive Alternative zu eher gewaltbereiten Szenen darstellen.

1283) Zur offensiven Auseinandersetzung mit Gewalt gehört auch die Auseinandersetzung mit den entsprechenden menschenverachtenden Inhalten und gewaltverherrlichenden Medienangeboten.

1284) Schließlich muss Kriminalitäts-, Gewalt- und Extremismusprävention in eine nachhaltig wirksame Sozial-, Bildungs-, Arbeitsmarkts-, Familien- und Jugendpolitik eingebettet sein, die Kindern und Jugendlichen reale Zukunftschancen zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet. Nur dann hat sie eine reelle Chance auf Erfolg.

1285) Es wird empfohlen, wieder ein Landesprogramm aufzulegen, das die Kommunen dabei unterstützt, im Bereich der gewaltpräventiven Offenen und Mobilen Jugendarbeit verstärkt tätig werden zu können.

1286) Dringend bedarf es eines Überblicks über die islamisch orientierten Schulungs- und Bildungsangebote. Dabei sollten auch die Medien, vor allem das Internet, berücksichtigt werden.

1287) Das breite Spektrum der in Bayern in den letzten Jahren entwickelten kriminalpräventiven Strukturen, Konzepte und Strategien darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur in Einzelfällen Programme im Hinblick auf ihre Zielerreichung evaluiert wurden. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Politik, nutzungsorientiert entsprechende Evaluationsstudien, vor allem in Form von längsschnittartig angelegten Nachfolge- (follow-up-) Untersuchungen zu beauftragen und einzufordern.

4.3.8 Zu Kapitel I und J (Geschlechterverhältnisse/ Rollenverständnis und Sexualität)⁶⁶⁷

4.3.8.1 Leitlinien

1288) Die Bedingungen des Aufwachsens von Jungen und Mädchen in dieser Gesellschaft sind unterschiedlich. Damit sind nach wie vor ungleiche Chancen für die beiden Geschlechter verbunden. Dies ist seit Langem bekannt, muss dennoch auch zukünftig Thema jugendpolitischer Debatten und Engagements bleiben.

1289) Die Ergebnisse der Enquete-Kommission bestätigen, dass die traditionelle Trennlinie Mädchen versus Jungen, wenn es um die Frage der Benachteiligung geht, sich als zu grobschlächtig erweist. Mindestens drei Faktoren müssen zusätzlich berücksichtigt werden: Bildungsstatus, Migrationshintergrund und soziale Lage. Jugendpolitisch von Bedeutung ist darüber hinaus, dass sich im biografischen Verlauf die Chancen umkehren können. So sind zwar die Mädchen in der Schule im Durchschnitt erfolgreicher; wenn es aber um die Platzierung auf dem Arbeitsmarkt geht, kippt dies in sein Gegenteil.

1290) Um den daraus resultierenden ungleichen geschlechtsbezogenen Chancen jugendpolitisch begegnen zu können, bedarf es einerseits zielgruppengenaue geschlechtsspezifischer Förderung von Mädchen wie Jungen, andererseits aber auch einer Gleichstellungspolitik, die Verfahren und institutionelle Rahmenbedingungen unter der Perspektive der Chancengerechtigkeit verändert.

1291) Sexualität und der Umgang mit ihr gehören im Zusammenspiel mit der Ausbildung der eigenen Geschlechterrolle zu den zentralen identitätsstiftenden Aspekten im Jugendalter. Insofern ist gelungene Sexualerziehung immer auch ein Beitrag zum Erwerb von Lebenskompetenzen im Sinne einer reflektierten und verantwortungsbewussten Geschlechtsidentität.

Sexualerziehung oder besser Sexualbildung ist dabei mehr als die Information über biologische Prozesse und die Aufklärung über Verhütung. Vor dem Hintergrund einer weitgehend sexualisierten Medienöffentlichkeit mutieren die Frage nach dem Verhältnis zum eigenen und zum anderen Geschlecht sowie die Art und Weise des Erlebens von Sexualität und Intimität zu einer ebenso privaten wie zugleich öffentlich vorgeformten Herausforderung.

4.3.8.2 Empfehlungen

1292) Das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen erfolgt heute unter Bedingungen fortschreitender Sexualisierung der Öffentlichkeit und der Instrumentalisierung von Sexualität für kommerzielle Zwecke. Die möglichen Auswirkungen auf die Entwicklung von Rollenbildern, sexuellen Identitäten und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern erfordern eine offensive kritische Auseinandersetzung

⁶⁶⁷ Aufgrund der engen thematischen Nähe hat sich die Enquete-Kommission entschlossen, die Leitlinien und Empfehlungen für die Fragenkomplexe I und J in einem Abschnitt zusammen zu fassen.

– schon um den Eindruck zu vermeiden, dass diese wie gleichsam unvermeidliche Naturereignisse sich ihren Weg bahnen.

1293) Pädagogisch bedeutet dies, dass die öffentliche Instrumentalisierung und Inszenierung von Sexualität und Körperlichkeit verstärkt Gegenstand der reflexiven Auseinandersetzung werden müsste.

1294) Die Konzepte und Materialien zur Sexualerziehung, einschließlich des Themas Verhütung, müssen stärker als bisher die unterschiedlichen Lebensformen und kulturellen Hintergründe berücksichtigen.

1295) Nach Eindruck der Enquete-Kommission bedarf es – trotz erkennbarer Bemühungen – an dieser Stelle auch einer Intensivierung der schulischen Bemühungen. Berücksichtigt werden muss, dass die Schule als öffentliche Einrichtung dabei schnell an ihre Grenzen stößt. Nichtsdestoweniger besteht nach wie vor an vielen Stellen, vor allem im Bereich Verhütung und Homosexualität, schlichter Informationsbedarf.

1296) Homosexualität wird nach wie vor tabuisiert und betroffene Jugendliche sind noch immer von Ausgrenzung und Gewalt bedroht. Nicht nur unmittelbar betroffenen Jugendlichen sind die Zugänge zu entsprechenden Unterstützungs- und Beratungsangeboten zu erleichtern. Darüber hinaus bedarf es offensiverer Bemühungen um eine Enttabuisierung von Homosexualität.

1297) Für die geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen und Mädchen ist es notwendig, das Geschlecht in Verbindung mit den jeweiligen Lebenslagen zu berücksichtigen. Dieser biografische und lebensweltorientierte Ansatz setzt jedoch voraus, dass genügend Wissen und Methodenkompetenz von Fachkräften vorhanden ist. Dabei hat die pädagogische Praxis auch gezeigt, dass die Arbeit mit Jungen und Mädchen nicht den defizitären Ansatz verfolgen darf; z. B. wird die Arbeit mit Jungen häufig auf eine Behebung von Lernbeeinträchtigungen und Auffälligkeiten reduziert.

1298) In der Ausbildung für die pädagogische Praxis sollen verstärkt Genderkompetenzen vermittelt werden, insbesondere das Wissen über die Zuschreibung sozialer Geschlechterrollen, über Genderpotenziale und genderspezifische Analysen und Controllingverfahren. Zur Genderkompetenz gehört ein Grundwissen über Strukturdaten, differenziert nach Geschlecht, Wissen im Umgang mit Menschen allgemein, männliches und weibliches Kommunikationsverhalten, Gruppenprozessen etc.

1299) Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe sowie Grundschule aufseiten der Fachkräfte noch immer weiblich dominiert sind. Für eine geschlechtsbezogene pädagogische Arbeit mit Jungen und Mädchen müssen die Fachmänner und -frauen zusammenarbeiten und, da es in absehbarer Zeit keine personellen Veränderungen geben wird, auch die weiblichen Fachkräfte für geschlechtsbezogene Arbeit mit Jungen sensibilisiert und qualifiziert werden.

1300) Die Ausführungen zu allen Fragestellungen haben gezeigt, dass Benachteiligungen für Mädchen und Frauen nach wie vor Teil der gesellschaftlichen Realität sind. Eine entsprechende geschlechtersensible Sichtweise in allen politischen Feldern und in der pädagogischen Praxis ist deshalb weiterhin unerlässlich. Zur Förderung von Mädchen hat sich in den letzten Jahren ein breites Praxisfeld entwickelt, das mit seinen Angeboten und Programmen thematisch auf diese Benachteiligungsstrukturen eingeht; dieses muss weiterentwickelt werden. Ein besonderer Bedarf besteht weiterhin im Hinblick auf Themen wie Berufsorientierung und Lebensplanung, Körpererfahrung und Gesundheit sowie Partizipation und Lebensplanung.

1301) Ein besonderer Stellenwert kommt dabei der Berufs- und Studienwahl zu, da dies die strukturelle Benachteiligung verfestigen kann. Aus diesem Grund ist es notwendig, gerade die geschlechtsstereotypische Berufswahl zu durchbrechen. Junge Frauen sind für neue zukunftsweisende Berufe in technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen zu sensibilisieren und zu interessieren. Daher sind Initiativen, Programme und Projekte, die auf eine frühe Veränderung und Erweiterung des Berufswahlspektrums setzen, besonders zu unterstützen und finanziell ausreichend zu fördern. Es sollen vermehrt Angebote gemacht werden, im Rahmen von Praktika die Berufsorientierung zu erweitern. Falls möglich sollten speziell weibliche Rollenvorbilder auf diese Berufe aufmerksam machen. Schule, Berufsberatung und auch Jugendarbeit müssen sich dieser wichtigen Entscheidungsaufgabe bewusst sein und diese Aspekte müssen wesentlich stärker ausgebaut werden. Hier sollten Beispiele guter Praxis erprobt und wissenschaftlich begleitet werden.

1302) Eine ganze Reihe von Studien hat deutlich gemacht, dass es notwendig ist, Jungen stärker als bisher in den Mittelpunkt der jugendpolitischen Aufmerksamkeit zu rücken. Dazu gehört vor allem, dass Jungen in einigen Bereichen, wie dieser Bericht wiederholt zeigt, deutlich höher mit Risikofaktoren (z. B. riskante Körperpraxen, Gesundheit, Delinquenz, Schulerfolg, berufliche Eingliederung, Mediennutzung) belastet sind.

1303) Nicht minder jugendpolitisch bedeutsam sind die nach wie vor im Raum stehenden traditionellen Männlichkeitsbilder. Für einen Teil der männlichen Jugendlichen sind sie mittlerweile nicht mehr attraktiv, ohne dass dafür glaubwürdige Alternativen zur Verfügung stehen würden. Für einen anderen Teil männlicher Jugendlicher werden diese gerade wieder attraktiv, weil sie sich in den Ritualen traditioneller Männlichkeit und Durchsetzungskraft einfache Antworten auf eine komplex gewordene Welt erhoffen. Hinzu kommt, dass nach wie vor für viele Jungen partnerschaftliche Lebensmodelle kein ernsthaftes Ideal darstellen. Hier bedarf es einerseits der Unterstützung fördernder Angebote im Bereich Jugendarbeit; andererseits müssen die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe stärker an den spezifischen Lebensbedingungen und Orientierungen ihrer männlichen Adressaten und ihrer jeweiligen kulturellen Hintergründe ansetzen.

1304) Gender Mainstreaming ist eine Aufgabe, die sich insbesondere an Führungskräfte und politische Entscheidungsträger richtet, die hierfür mit Genderkompetenzen

ausgestattet werden müssen. Zur Überprüfung der Umsetzung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes sowie entsprechender Vorgaben der Staatsregierung und des Landtags wird empfohlen, Instrumente der Erfolgskontrolle anzuwenden und weiterzuentwickeln.

4.3.9 Zu Kapitel K (Behinderung)

4.3.9.1 Leitlinien

1305) Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts hat es einen breiten Ausbau unterschiedlicher Formen der Unterstützung und Förderung junger Menschen mit Behinderung gegeben. Staatliches wie nicht-staatliches Engagement hat ein an vielen Stellen vorbildliches und hilfreiches Netz an Einrichtungen und begleitenden Unterstützungsmaßnahmen geschaffen. Paradoxerweise hat diese gute Versorgung dazu geführt, dass das Thema Behinderung von der jugendpolitischen Agenda, dem Alltag der Regelschulen und der pädagogischen Praxis der Kinder- und Jugendhilfe weitgehend verschwunden ist. Die betroffenen Jugendlichen erfahren so neue Formen der Isolierung. Diese verstärkte Unsichtbarkeit der behinderten jungen Menschen bewirkt auch ein Gefühl von Hilflosigkeit bei Nicht-Behinderten. Dies erschwert Integration und Beteiligung. Jugendpolitisch folgt daraus, dass behinderte junge Menschen als erstes als Jugendliche zu sehen sind, die Interesse an und Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben genauso wie ihre nicht behinderten Altersgenossen. Ihre Besonderheit, begründet durch die Diagnose einer Behinderung und die Erfahrung, in bestimmter Hinsicht zunächst eingeschränkt zu sein, ist demgegenüber als nachrangig anzusehen. Jugendpolitische Entscheidungen für diese Zielgruppe sind deshalb in erster Linie dem Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe verpflichtet.

4.3.9.2 Empfehlungen

1306) So muss gewährleistet sein, dass die Begleitung und Unterbringung von jungen Menschen mit Behinderungen in Spezialeinrichtungen zur individuellen Förderung gesichert ist, gleichzeitig muss die gesellschaftliche Inklusion der Betroffenen intensiver vorangetrieben werden. So sehr die spezielle Förderung im Einzelfall einerseits berechtigt sein kann, so wenig darf sie andererseits die gleichberechtigte Partizipation am gesellschaftlichen Leben verhindern.

1307) Mit der integrativen Förderung an Regelschulen kann dieser Problematik begegnet werden, genauso wie mit einer wohnortnahen Platzierung von Spezialeinrichtungen. Integration und Partizipation der betroffenen Kinder und Jugendlichen in ihrem familiären und jugendlichen Lebensumfeld können so unterstützt werden.

1308) Die in Folge des Bevölkerungsrückgangs bei jungen Menschen ggf. zu verzeichnende verringerte Auslastung von Einrichtungen darf das Prinzip der wohnortnahen Förderung nicht unterlaufen. Vielmehr sollte der Ausbau der integrativen Förderung weiter verfolgt werden.

1309) Diese kann aber nur gewährleistet werden, wenn für den Ausbau sowohl der „Mobilen Sonderpädagogischen

Dienste“ als auch der integrativen Förderung insgesamt zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen an Schulen seitens des Freistaates zur Verfügung gestellt werden.

1310) Speziell für Jugendliche mit Behinderung bleibt es wichtig, beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf und während der Ausbildung durch ausbildungsbegleitende Hilfen (SGB III) unterstützt zu werden.

1311) Die Schaffung von Ausbildungsplätzen für behinderte junge Menschen sowie eine bessere Integration von ihnen in die Berufswelt kann durch „Partnerschaften in der Wirtschaft“ unterstützt werden. Durch eine öffentliche Auszeichnung – vergleichbar der Auszeichnung „Partner der Jugendarbeit“, könnten Personen und Unternehmen belobigt werden, die sich, z. B. als Paten in einem Unternehmen, in besonderer Weise für die Integration von jungen Menschen mit Behinderungen im Berufsleben einsetzen.

1312) Zur besseren beruflichen Integration schwerbehinderter Jugendlicher sollte verstärkt von der Möglichkeit der Beauftragung der Integrationsfachdienste nach den §§109 ff SGB IX Gebrauch gemacht werden.

1313) Zur Verstärkung von erfolgreichen Unterstützungsmaßnahmen bei der beruflichen Integration behinderter junger Menschen – wie sie zurzeit modellhaft erprobt werden – sollten anteilig Mittel der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ist für eine nachhaltige Finanzierung die anteilige Finanzierung aus Haushaltsmitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus anzustreben.

1314) Im Rahmen der Bildungsberichterstattung des Landes sollte das Thema „Übergang von der Förderschule in den Beruf“ eigens Berücksichtigung finden; ggf. sind hierzu gesonderte Expertisen einzuholen bzw. ist auf die Ergebnisse entsprechender Modellprojekte zurückzugreifen.

1315) Zur Unterstützung gesellschaftlicher Teilhabe und Inklusion trägt nicht nur der schulische, sondern wesentlich auch der außerschulische Bildungsbereich bei. Zur Verbesserung und Verbreiterung der bestehenden Angebote in diesem Bereich ist es deshalb erforderlich, im Rahmen der Regelförderung Mittel vorzusehen, die den höheren Aufwand bei Angeboten für junge Menschen mit Behinderungen auffangen und die zusätzlichen Personalkosten (z. B. Assistenzen) decken.

1316) Außerdem sind zusätzliche Mittel zur Qualifizierung des Personals einzuplanen. Besonders die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen zusätzliche Ausbildungsbausteine, um den Bedürfnissen von Jugendlichen mit Behinderungen gerecht werden zu können.

1317) Bei der Aufstockung der Mittel ist deswegen auch der Notwendigkeit höherer Förderungssätze der Mitarbeiterbildungsmaßnahmen Rechnung zu tragen.

1318) Insgesamt gilt es, die integrativen Maßnahmen und Aktivitäten unterschiedlicher Bildungs- und Betreuungsgebiete (Beispiel: Freizeit- und Bildungsangebote von Behinderteneinrichtungen und Einrichtungen der Jugendarbeit) stärker miteinander zu verzahnen. Häufig erschweren allerdings bereits die unterschiedlichen Zeitstrukturen, z. B. in

Einrichtungen der Jugendarbeit und Schulen, eine Kooperation.

1319) Auf Landesebene wird deswegen der ‚Runde Tisch‘ „Zukunft der Behindertenhilfe“ unter der Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen aufgefordert, sich für eine bessere gesellschaftliche Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung einzusetzen.

4.3.10 Zu Kapitel L (Migration)

4.3.10.1 Leitlinien

1320) Die Lebenssituation junger Menschen mit Migrationshintergrund ist erheblich von den sozio-kulturellen Milieus ihrer Herkunftsfamilie geprägt, in der sie aufwachsen. Dies unterscheidet sie noch nicht von ihren deutschen Altersgenossen. Vielfach handelt es sich jedoch um Familien, die in religiöser, kultureller oder ökonomischer Hinsicht noch stark in den Traditionen ihrer oft archaisch-patriarchalisch geprägten Herkunftsländer leben. Aus dieser Situation heraus müssen sie sich in einer verfassungsstaatlich fundierten, wirtschaftsliberalen und säkularen Gesellschaft zurechtfinden. Dies stellt hohe Anforderungen, bei denen sie von ihren Familien oftmals keine ausreichende Unterstützung finden können.

1321) Wie ihre deutschen Altersgenossen wollen junge Menschen mit Migrationshintergrund die Schule mit Erfolg besuchen, einen Beruf erlernen, einen existenzsichernden Arbeitsplatz finden, eine Familie gründen, am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Sie wollen in dieser Gesellschaft ankommen. Sie erwarten zu Recht, dass sie in dieser Gesellschaft willkommen sind und beim Hineinwachsen in diese Gesellschaft die notwendige Unterstützung erfahren.

1322) Jugendpolitik für und mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund hat sich an diesen Grundsachverhalten zu orientieren. Dabei bedeutet das Ziel gesellschaftlicher Integration in diesem Kontext vorrangig den Ausgleich von nachteiligen Startchancen mit dem Ziel der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe. Integrationsanforderungen richten sich nicht einseitig an die Adresse der Migrantinnen und Migranten, sondern ebenso an die Aufnahmegesellschaft und die einheimische Bevölkerung.

1323) Jugendpolitisches Handeln muss sich deshalb daran orientieren, junge Menschen mit Migrationshintergrund als wichtige und notwendige Mitglieder dieser Gesellschaft anzusehen. Das muss durch entsprechende Aktivitäten auch als Botschaft bei den Migrantengruppen ankommen.

1324) Angesichts des demografischen Wandels stellt sich nicht die Frage, *ob* sich Politik und Gesellschaft mit Migration und Integration beschäftigen müssen; es geht lediglich darum, welche Antworten und Lösungen für das *Wie* die zutreffenden sind.

1325) Wie für andere Felder der Jugendpolitik kommt es auch in diesem Bereich vorrangig darauf an, die Sichtweisen der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern politisch wirksam zu vertreten. Dabei ist darauf zu achten, dass sich die Gruppe und die Situation der jungen Menschen

mit Migrationshintergrund mittlerweile mindestens ebenso heterogen erweisen, wie die der hier geborenen deutschen Kinder und Jugendlichen. Statt einfache, manchmal auch populäre Klischees über „die Ausländer“ zu befördern, kommt es darauf an, genauer hinzusehen.

1326) Dabei wäre es ein wichtiger Fortschritt, wenn Jugendpolitik und in ihrem Windschatten die anderen Politikfelder stärker als bisher die Ressourcen und Potenziale junger Menschen mit Migrationshintergrund und die damit verbundenen Vorzüge und Vorteile für die Mehrheitsgesellschaft in den Vordergrund rücken und zum Ausgangspunkt der politischen und öffentlichen Debatte machen würden.⁶⁶⁸

1327) Wie andere junge Menschen müssen auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund die alterstypischen Entwicklungsaufgaben in dieser Gesellschaft bewältigen. Viele tun dies unter den Bedingungen alltäglich erlebter Andersartigkeit und geprägt durch doppelte Identitäten. Die Bewältigung der Entwicklungsaufgaben erweist sich deshalb für diese Jugendlichen als schwieriger und aufwendiger. In vielen Fällen gelingt sie erfolgreich. Kommen allerdings gegenseitige Fremdheit und Hilflosigkeit im Umgang damit sowie wiederholt erfahrene Ausgrenzung hinzu, kann es schnell zu Krisen und Problemkarrieren kommen.

1328) Zentrale Entwicklungsaufgabe ist das Erlernen der deutschen Sprache als Grundvoraussetzung jedweder erfolgreichen Integrationsbemühung. Daneben bleibt die Herkunftssprache wichtiger Ankerpunkt zur Entwicklung einer eigenständigen kulturellen Identität in konkurrierenden Lebenswelten. Es ist Aufgabe von Jugendpolitik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der erforderliche längere Prozess der Integration, die Einübung in gegenseitiger Toleranz, der Erwerb interkulturellen und interreligiösen Wissens und die praktische Erfahrung im Umgang mit Fremdheit als wichtige Bildungsziele zur Geltung kommen – sowohl für die jungen Menschen selbst als auch für die Fachkräfte, die mit ihnen arbeiten.

1329) Einer der stabilsten Befunde in der Migrationsforschung ist das Phänomen, dass Migrantenerlern in der Regel hohe Bildungsaspirationen für ihre Kinder haben, die oft mit großen, zum Teil unrealistischen Erwartungen an die

⁶⁶⁸ **Votum** SPD: Zu den „Gewinnen“ einer Gesellschaft, in der Menschen mit Migrationshintergrund leben, gehört, dass diese Gesellschaft mehr Kompetenz mit interkulturellen Fragestellungen erwirbt, was in einer globalisierten Welt von Vorteil ist. Umso unverständlicher ist es aus Sicht der SPD, dass das Thema internationaler Jugend- und Schüleraustausch in Verbindung mit der interkulturellen Aufgabenstellung derzeit jugendpolitisch nicht offensiv vertreten wird. Die erheblichen Kürzungen im Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung (Bruttoansatz vor Sperrn 2003: 465.000 €, 2008: 325.000 €) belegen diesen Umstand auf der Zahlenseite.

Replik Dr. Sauter: Der „Internationale Jugend- und Schüleraustausch“ war der Enquete-Kommission weder mit dem Fragenkatalog des Landtags aufgegeben, noch wurde er in den Anhörungen der Repräsentanten aller relevanten Verbände und Institutionen oder in den auswertenden Diskussionen thematisiert. Die Bedeutung des „Internationalen Jugend- und Schüleraustauschs“ für die persönliche Weiterentwicklung der beteiligten jungen Menschen wie für die Verständigung zwischen den Völkern und Volksgruppen ist unstrittig und stellt einen Wert für sich dar. Im Hinblick auf die Herausforderungen einer nachhaltigen, praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche berührenden Integrationsaufgabe vermag er jedoch allenfalls eine punktuelle Wirkung zu entfalten.

Kinder gekoppelt sind, wobei häufig aus Mangel an eigenen Kompetenzen zugleich die schulische Unterstützung des Kindes gering ist. Bei ausbleibendem oder geringem Erfolg der Kinder führt dieses Auseinanderklaffen dann zu Enttäuschungen aufseiten der Eltern und psychischen Belastungen bei Kindern. Nicht selten sind diese hohen Erwartungen dem Umstand geschuldet, dass sozialer Aufstieg und anerkannte Berufe für viele Migranteneltern nur mit akademischen Berufen wie Arzt oder Anwalt verknüpft sind. Dieser Umstand muss bei der schulischen und beruflichen Beratung besonders berücksichtigt werden.⁶⁶⁹

1330) Nicht wenige Jugendliche mit Migrationshintergrund haben erhebliche Probleme, sich zurechtzufinden. Ihr Scheitern ist in den meisten Fällen auch Ausdruck nach wie vor bestehender Integrationshürden. Die Enquete-Kommission hat dies an verschiedenen Stellen in ihrem Bericht dokumentiert. Es wäre allerdings verkürzt, diese Probleme primär auf den Aspekt des Migrationshintergrundes zu beziehen. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission zeigen, dass der weit überwiegende Teil dieser Jugendlichen mit erheblichen Problemen vorrangig in wirtschaftlich und sozial schwierigen Verhältnissen ohne echte Zukunftschancen aufwächst und sich insofern kaum von deutschen Jugendlichen in ähnlichen Konstellationen unterscheidet. Fehlende Sprachkompetenzen, ambivalente und diffuse kulturelle Zugehörigkeiten und die Orientierung an mitunter rigiden und demokratiefernen Weltbildern verstärken diese Probleme.

4.3.10.2 Empfehlungen

1331) Für die Unterstützung der Eltern bei Erziehungs- und Bildungsaufgaben durch Frühe Förderung, Familienbildung und -beratung sind die entsprechenden Einrichtungen konsequent für Familien mit Migrationshintergrund zu öffnen. Neben konzeptionellen Weiterungen, strukturellen Änderungen – wie etwa verbindliche Vernetzung mit Migrantenorganisationen und interkulturellen Stadtteilprojekten – ist hierfür

⁶⁶⁹ **Votum SPD:** Dieser Absatz nimmt im Rahmen dieser Handlungsempfehlungen einen völlig unangemessenen Raum ein und lenkt von den eigentlichen Themen ab. Auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund gilt der Satz aus Nr. 1213 dieser Handlungsempfehlungen, „dass alle jungen Menschen das ihnen jeweils höchst mögliche schulische Bildungsniveau anstreben“ sollten. Und es gilt ebenso, dass der Staat alles dafür zu unternehmen hat, dass diese individuellen Möglichkeiten aufgedeckt und nach Kräften gefördert werden. Insofern sind nicht die Erwartungen das Problem, sondern die mangelnde individuelle Förderung. So lange es Eltern gibt, gleich welcher Nationalität, werden sie das Beste für ihre Kinder wünschen und hoffen. Und das ist erst einmal gut so.

Replik Dr. Sauter: Die Notwendigkeit einer intensiven schulischen Förderung ist unstrittig und wird ausführlich dargelegt. Dennoch bleibt richtig, dass unrealistische Erwartungen der Eltern an ihre Kinder hinsichtlich des schulischen Erfolgs zu erheblichen Leistungs- und Verhaltensstörungen führen können; dies gilt im Übrigen für alle Kinder und Jugendlichen. Junge Menschen müssen die Erfahrung machen (dürfen), dass sie auch dann von ihren Eltern und ihrer sozialen Umwelt geliebt und geliebt werden, wenn sie keine weiterführende Schule besuchen.

Replik CSU: Der Absatz geht am Ende der Leitlinien zu Kapitel 3.12 L auf Probleme eines Teils der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein. Auch wenn das Ziel der bestmöglichen Bildung unbestritten ist, müssen die bei Teilen des Elternhauses und der Jugendlichen selbst vorliegenden Integrationshemmnisse benannt werden, um entsprechende Lösungsansätze entwickeln zu können. Diese Passage nimmt deshalb aus Sicht der CSU-Fraktion keinen „völlig unangemessenen Raum“ ein, sondern beinhaltet eine notwendige und differenzierte Situationsdarstellung.

auch eine Reflexion der Haltung der Fachkräfte erforderlich. Zu überlegen ist, inwieweit Fördermittel an noch festzulegende sozialraumbezogene Zielquoten für Klientinnen und Klienten oder Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer mit Migrationshintergrund geknüpft werden können.

1332) Um Zugang zu Familien mit vor allem beidseitigem Migrationshintergrund zu gewinnen, bedarf es ausreichend qualifizierter muttersprachlicher Ansprechpartner in den Bildungsinstitutionen, die die Eltern unterstützen und die Kontakte zu den Lehrkräften fördern. Hier können auch ehrenamtliche Kräfte eingesetzt und Stadtteilprojekte vernetzt werden.

1333) Es ist zu prüfen, wie neben dem Vorrang der deutschen Sprache die Pflege der eigenen Muttersprache ermöglicht werden kann.⁶⁷⁰

1334) Jugendliche mit Migrationshintergrund sollten ermuntert und unterstützt werden, sich für die verschiedenen Ausbildungen und Berufsbereiche des Öffentlichen Dienstes zu interessieren.

1335) Durch gezielte Werbung und Förderung sollen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund für das Lehramtsstudium gewonnen werden, um dem bereits jetzt bestehenden und zukünftig noch steigenden Bedarf an Lehrkräften mit Migrationshintergrund besser entsprechen zu können.

1336) In der Schullaufbahn- und Berufsberatung sollen Migranteneltern in einer verständlichen Weise darin unterstützt werden, die Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des Schulsystems ebenso wie in den handwerklich-technischen Berufen kennenzulernen, aber auch realistische Vorstellungen über die belastende Wirkung zu hoher Erwartungen an den schulischen Erfolg ihrer Kinder zu gewinnen.

1337) Ein positives Schulklima entfaltet eine fördernde und schützende Wirkung. Dies gilt insbesondere dann, wenn eine gute Beziehung zur einzelnen Lehrkraft von den Schülern als wertschätzend und herausfordernd wahrgenommen werden kann. Ein Schulklima, das die kulturelle Vielfalt ihrer Schüler als Reichtum und nicht als Hemmnis betrachtet, kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dem Einzelnen das Gefühl von Wichtigkeit, Bedeutung und Anerkennung zu geben.

1338) Gezielt gefördert werden sollten solche Integrationsprojekte, in denen junge Menschen mit Migrationshintergrund erfolgreich als Ansprechpartner, Unterstützer und Vorbilder gerade auch im schulischen Bereich gewonnen werden.

1339) Als integrationsfördernd haben sich auch Projekte bewährt, bei denen Mütter und Kinder gemeinsam in Bildungsprozesse einbezogen sind. Diese zielen nicht nur auf eine Förderung der deutschen Sprache, sondern auch auf die Förderung der muttersprachlichen Kompetenz und

⁶⁷⁰ **Votum Grüne: Anfügung: Die Förderung der Sprachkompetenz und der Mehrsprachlichkeit – z. B. durch Muttersprachlichen Ergänzungunterricht – ist vor dem Hintergrund der Globalisierung, der grenzüberschreitenden Kommunikation und der flexiblen, mobilen, multikulturellen Arbeitswelt eine wichtige und drängende Aufgabe der Jugend- und Bildungspolitik.**

die Erziehungskompetenz der Eltern ab. Insbesondere die Integration der Mütter ist für die Frage der intergenerativen Weitergabe von Werten und Konfliktlösungsstrategien ein entscheidender Ansatz.

1340) Im Hinblick auf eine perspektivische Sozialraumplanung muss intensiver erforscht werden, wie dem Bedürfnis nach einer sozialräumlichen Nähe von Migrantengruppen speziell in städtischen Verdichtungsräumen Rechnung getragen werden kann, ohne dass hierbei gegenkulturelle Ghettos entstehen. Ähnliches gilt auch für die räumliche Konzentration von sozial benachteiligten deutschen Bevölkerungsgruppen.

1341) Es besteht ein erheblicher Informationsbedarf in Bezug auf die Lebenssituation, das Freizeitverhalten und die Orientierungsmuster der unterschiedlichen Gruppen junger Menschen mit Migrationshintergrund.

4.3.11 Zu Kapitel M (Ökologie)

4.3.11.1 Leitlinien

1342) Die Zukunft des Planeten Erde, der Wandel des globalen Klimas, Umweltverschmutzung, knapper werdende Energievorräte und Bodenschätze, sich abzeichnende Konflikte um Ressourcen wie sauberes Trinkwasser, kurz: Ökologie und alles, was damit zusammenhängt, sind in den letzten Jahren zu einem parteiübergreifenden und alle Generationen umfassenden Schlüsselthema der Politik und des öffentlichen Interesses geworden.

1343) Aus der Sicht der Jugendpolitik stellen ökologische Fragen dabei in dreifacher Weise eine Herausforderung dar. Erstens kann eine zukunftsorientierte Jugendpolitik nur dann überzeugen, wenn sie glaubhaft auch Antworten auf die ökologischen Herausforderungen findet. Eine Jugendpolitik, die dieses Thema, also die Frage nach den ökologischen Grundlagen für die nächsten Generationen, ausklammert, wird heute nur noch als zynisch wahrgenommen. Zweitens spielt die Frage der ökologischen Bedrohung im Alltagsbewusstsein vieler Jugendlicher eine zentrale Rolle. Jugendpolitik muss dies ernst nehmen und sich damit offensiv auseinandersetzen. Drittens schließlich bedarf es im Zusammenspiel mit den anderen verantwortlichen Ressorts und den verschiedenen Orten des Aufwachsens, vor allem Schule und Ausbildung, der aktiven Unterstützung der Umweltbildung und des ökologischen Engagements bei allen Jugendlichen.

4.3.11.2 Empfehlungen

1344) Um die Angebote der Umweltbildung bedarfsgerecht auszubauen, ist der erforderliche Bedarf an fachlich qualifiziertem Personal durch ausreichende Personalkostenzuschüsse an freie Träger zu decken. Die Ausstattung mit Umweltpädagoginnen und -pädagogen an Umweltbildungseinrichtungen, Jugendbildungsstätten sowie bei den Jugend- und Umweltschutzverbänden soll weiter verbessert werden.

1345) Die Rahmenbedingungen für eine Kooperation in der Umweltbildung zwischen außerschulischen Bildungsträgern und Schulen müssen geklärt und verbessert werden.

1346) Der Fördertitel „Jugendbildungsmaßnahmen“ im Jugendprogramm soll bedarfsgerecht ausgestattet werden, um den Jugendorganisationen bessere Möglichkeiten zu geben, Jugend-Umweltbildung anzubieten.

1347) Die Fördermittel für Umweltbildungsmaßnahmen und Umweltprojekte sollen kontinuierlich ausgebaut werden. Projektförderung kann keine kontinuierliche institutionelle Förderung ersetzen, kann aber ergänzend wichtige Beiträge leisten, damit junge Menschen zu sinnvollem Engagement für die natürliche Umwelt ermutigt und darin unterstützt werden.

1348) Um die Planungssicherheit zu verbessern, müssen mehrjährige Projektförderungen ermöglicht werden.

1349) Die Fördermittel und die Einsatzstellen für das Freiwillige Ökologische Jahr sollen kontinuierlich erhöht werden, um das System noch mehr jungen Menschen zugänglich zu machen.

1350) Umweltbildung in Bayern erreicht zahlenmäßig vor allem Kinder bis 12 Jahre. Wissenschaftliche Befunde zeigen, dass Naturerfahrungen bis zu diesem Alter für langfristiges, umweltgerechtes Verhalten notwendig, aber nicht ausreichend sind. Die Zielgruppe Jugendliche muss in weit stärkerem Ausmaß erreicht werden als bisher, da im Alter von 12 bis 18 Jahren durch Sozialisationsprozesse langfristige Einstellungen und Verhaltensweisen geprägt werden.

1351) Umweltbildung braucht neue Formen und Methoden, die nicht dazu führen, dass sie nur punktuell von Jugendlichen konsumiert wird, sondern Jugendlichen ein dauerhaftes Engagement für die Umwelt ermöglichen.

1352) Umweltbildung braucht zudem fachliche und konzeptionelle Weiterentwicklung und eine stärkere Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Praxis. Darüber hinaus sind empirische Studien unerlässlich.

1353) Umweltbewusstsein und ökologisches Engagement haben viel mit Lifestyle zu tun und dieser wiederum mit Medien. Wegen dieser Zusammenhänge sollen Jugendumweltmedien in Form von Zeitschrift und Homepage finanziell unterstützt werden.

1354) Der Grundstein für die Aufgeschlossenheit von Jugendlichen gegenüber den Themen Ökologie und Nachhaltigkeit muss bereits im Vorschulalter gelegt werden. Die Enquete-Kommission spricht sich dafür aus, dass im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan für den Elementarbereich entsprechend die Grundlagen dafür ermöglicht werden. Eine frühzeitige Wertevermittlung ist notwendige Voraussetzung für ökologisch orientiertes Verhalten von Jugendlichen. Projekte zur Werteverankerung bedürfen einer besonders hohen staatlichen Förderung.

1355) Es bedarf der Stärkung der Verantwortung von Schule für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung als pädagogisches und unterrichtliches Prinzip fächerübergreifend und im Schulalltag.

4.3.12 Kapitelübergreifende ergänzende fachliche Empfehlungen

1356) Seit der Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms der bayerischen Staatsregierung sind mittlerweile 10

Jahre ins Land gegangen. Die Enquete-Kommission regt vor diesem Hintergrund an, in der neuen Legislaturperiode die Ausarbeitung eines neuen Kinder- und Jugendprogramms vorrangig auf die Tagesordnung zu setzen.

1357) Die Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms soll auf den Ergebnissen der Enquete-Kommission aufbauen und die Empfehlungen aufgreifen sowie eine entsprechende bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung vorsehen. Die betroffenen Träger der Jugendhilfe werden bei der Erstellung des Jugendprogramms angemessen beteiligt, der Bayerische Jugendring insbesondere bei den die Jugendarbeit betreffenden Teilen.⁶⁷¹

1358) Die Leitlinien und Empfehlungen zur Jugendpolitik der Enquete-Kommission sollen in den aktuell laufenden Konsultationsprozess zur Weiterentwicklung einer europäischen Jugendpolitik eingebracht werden.

1359) Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Mitte der Legislaturperiode dem Landtag einen Bericht über die Umsetzung dieser Empfehlungen zu erstatten.

1360) Die Fraktionen des Bayerischen Landtags werden gebeten, jugendpolitische Themen mit dem Instrument der Interpellation zum Gegenstand der Landtagsarbeit zu machen.⁶⁷²

671 **Votum** Grüne: **Anfügung: Selbstverständlich werden Kinder und Jugendliche bei der Erstellung des Kinder- und Jugendprogramms analog der Bürgergutachten der Staatsregierung beteiligt.**

Replik Kobriger: Der BJR weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei der vorgeschlagenen Beteiligung junger Menschen an der Erstellung des Jugendprogramms die Kriterien einer erfolgreichen Jugendbeteiligung, wie sie die Enquete-Kommission selbst im deskriptiven Teil dieses Berichts (vgl. Nrn. 360 ff.) formuliert hat, unbedingt Beachtung finden müssen, soll eine solche Beteiligung junger Menschen diese tatsächlich ernst nehmen und nicht lediglich einen symbolischen Charakter haben und in erster Linie der Imagepflege der Politik dienen. Darüber hinaus stellt der BJR fest, dass durch die in den Empfehlungen vorgesehene Beteiligung des Bayerischen Jugendrings beim Teil Jugendarbeit des Jugendprogramms junge Menschen bereits jetzt repräsentativ über die demokratischen Strukturen des BJR an der Erstellung des Berichts beteiligt sein werden.

Votum CSU: **Anfügung: Auch Kinder und Jugendliche sind bei der Erstellung des Kinder- und Jugendprogramms angemessen zu beteiligen. Dies soll über die Strukturen des Bayerischen Jugendrings gewährleistet werden.**

Votum SPD: „Eine entsprechende bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung“ für ein neues Kinder- und Jugendprogramm setzt nach Auffassung der SPD voraus, dass das bisherige wieder auf einen angemessenen finanziellen Stand gebracht wird, d.h., dass die Brutto-Kürzung von rund 5 Mio. € aus dem Jahr 2004 wieder rückgängig gemacht wird.

672 **Votum** SPD: Diese Anregung hat die SPD-Fraktion seit jeher umgesetzt, in dieser Legislaturperiode z.B. mit einer Interpellation zu zukunftsfähiger Bildung und beruflicher Ausbildung sowie zwei sehr umfassenden Anfragen zum Internationalen Jugend- und Schüleraustausch und vielen kleinen Anfragen. Deshalb muss die Erfahrung daraus hier ebenfalls zur Kenntnis gebracht werden: Die Aufmerksamkeit für diese Arbeiten ist bescheiden, die Erfolge im Sinne politischer Veränderungen sind praktisch gleich Null. Deshalb plädiert die SPD-Fraktion für eine zukünftig neue Form, um Jugendpolitik die angemessene Aufmerksamkeit zu verleihen. Dieser Vorschlag wurde wiederholt in die Diskussionen der Enquete eingebracht, in der Schlussabstimmung jedoch endgültig abgelehnt.

In Anlehnung an den gesetzlich verankerten Jugendbericht der Bundesregierung (KJHG) sollte Bayern ebenfalls einmal pro Legislaturperiode

1361) Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung und Unterstützung von jungen Menschen ist eine politische Aufgabe aller Ebenen. Dafür gibt es gesetzliche und politische Grundsätze, welche Ebene für welche Aufgaben zuständig ist. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz weist wesentliche Aufgaben den kommunalen Ebenen zu. Eine erfolgreiche Jugendpolitik setzt in einem so gestalteten System aber voraus, dass die Kommunen tatsächlich finanziell in die Lage versetzt werden, die notwendigen Leistungen zu erbringen. Deshalb schlägt die Enquete-Kommission vor, dem Jugendhilfeaufwand bei der Bemessung des kommunalen Finanzausgleiches ein stärkeres Gewicht beizumessen.

1362) Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei einer Weiterentwicklung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze Ausführungsregelungen zu den im Bericht der Enquete-Kommission angesprochenen Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe aufzunehmen.

einen bayerischen Kinder- und Jugendbericht erstellen. Auch dieser sollte von einer unabhängigen Expertenkommission erarbeitet und dem Parlament zur Beratung vorgelegt werden. Bayern hat eine so starke kulturelle Eigenständigkeit, dass es lohnend und erforderlich wäre, für solche Berichte, die jeweils spezielle Themen behandeln könnten, eigene bayerische Daten zu erheben. Der Mangel an solchen bayerischen Daten war eines der Defizite in der Arbeit der Enquete. In der Jugendberichtskommission könnten die Experten in ihrer Fachlichkeit – von Politik und Ministerien unbeeinflusst – beraten und unabhängig den Bericht verfassen. Anschließend wäre es Aufgabe der Politik, die Ergebnisse zu bewerten und jugendpolitische Beschlüsse zu fassen, die von der Exekutive umzusetzen wären. Ein solches Vorgehen würde demnach auch die Trennung von Legislative und Exekutive befördern.

Replik CSU: Die CSU-Fraktion weist auf den erheblichen Verwaltungsaufwand hin, den ein weiterer Jugendbericht auf Landesebene verursachen würde. Die Erstellung würde Kapazitäten binden, die der künftigen Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe fehlen. Den in manchen Bereichen nicht von der Hand zu weisenden Mangel an Daten hat die Enquete-Kommission im Bericht deutlich benannt. Die CSU-Fraktion kann sich der Bewertung der SPD-Fraktion am Ende ihres Votums, ein Jugendbericht würde im Gegensatz zu einer Enquete-Kommission „die Trennung von Legislative und Exekutive“ befördern, nicht anschließen. Eine Enquete-Kommission wird wesentlich durch die Beteiligung Externer geprägt (vgl. § 31 Satz 1 der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags) und profitiert von dem durch die Experten eingebrachten Sachverstand.

Duplik SPD:

Die SPD ist der Auffassung, dass Jugendpolitik in Bayern dieses Expertenwissen unbedingt braucht, dass es aber am besten ist, wenn dieses zunächst ohne Vermischung mit politischen Positionen und ohne Einmischung durch Ministerien zusammengetragen wird.

5 Anhang

5.1 Abbildungen

5.1.1 Abbildungsverzeichnis

Seite

Abbildungen 1 und 2: Entwicklung der Bevölkerung Bayerns 1988 bis 2050 nach Altersgruppen und Varianten	33
Abbildung 3: Altersaufbau der Bevölkerung Bayerns 2005 und 2050 nach Geschlecht	34
Abbildung 4: Stadt Regensburg: Altersaufbau 2005 und 2025 nach Geschlecht	35
Abbildung 5: Landkreis Erding: Altersaufbau 2005 und 2025 nach Geschlecht	36
Abbildung 6: Einstellungen zur Religiosität bei Jugendlichen	43
Abbildung 7: Einstellungen zur Kirche bei Jugendlichen	44
Abbildung 8: Wertorientierungen – Wichtigkeit für die Lebensgestaltung	44
Abbildung 9: Wertorientierungen nach Geschlecht	45
Abbildung 10: Einstellungen zu den allgemeinen Konsequenzen des demografischen Wandels	46
Abbildung 11: Einstellungen zur Altersvorsorge und -sicherung	46
Abbildung 12: Zeitreihe: Politisches Interesse	47
Abbildung 13: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	47
Abbildung 14: Verbundenheit mit Wohnort, Region, Bayern, Deutschland und Europa	49
Abbildung 15: Aussagen zum Heimatgefühl	49
Abbildung 16: Verbundenheit der Bevölkerung mit	50
Abbildung 17: Häufigste Freizeitbeschäftigungen im Laufe einer Woche	56
Abbildung 18: Freiwilliges Engagement nach Tätigkeitsfeldern	58
Abbildung 19: Anteil der 12- bis 15-Jährigen, die Angebote von Jugendzentren und Jugendverbänden wahrgenommen haben (in %)	62
Abbildung 20: Erwartungstypen nach Alter	66
Abbildung 21: Sexuell übertragbare Krankheiten	127
Abbildung 22: TVBZ deutscher Kinder und Jugendlicher nach Ländern	136
Abbildung 23: Anteile der 14- bis 17-jährigen Jugendlichen an der Gewaltkriminalität nach Geschlecht	138
Abbildung 24: Nicht-deutsche Tatverdächtige nach Nationalität, Bevölkerungsanteil und den Altersgruppen Jugendliche und Heranwachsende für Bayern 2006	140
Abbildung 25: Jugendliche als Opfer nach Geschlecht	142
Abbildung 26: Gewaltkriminalität Täter – Opfer beim männlichen Jugendlichen	143
Abbildung 27: Heranwachsende und jugendliche verurteilte Straftäter	148
Abbildung 28: Personen der Sexualaufklärung	161
Abbildung 29: Aufklärung durch die Eltern selbst	161
Abbildung 30: Präferierte Medien	162
Abbildung 31: Noch keinerlei sexuelle Erfahrungen	163
Abbildung 32: Verhütungsverhalten beim ersten Mal	166
Abbildung 33: Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung	178
Abbildung 34: Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund	185
Abbildung 35: Umweltschutz als eines der wichtigsten Probleme	200

5.2 Tabellen

5.2.1 Anhang-Tabellen

5.2.1.1 Tabelle zu Kapitel 3.1 A:

Tabelle A 1: Familien/Paare nach Alter und Zahl der Kinder sowie Lebensform und Herkunft der Kinder, 2006

Bayern													Jahr 2006 (Durchschnitt)		
Seite: 1													Seite: 1		
FAMILIEN/PAARE															
FP 06 Familien nach Alter und Zahl der Kinder sowie Lebensform und Herkunft der Kinder															
1000															
Zahl der Kinder	Insgesamt	Ehepaare					Nichteheliche Lebensgemeinschaften			Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		zusammen	darunter mit Kindern nur eines Partners	zusammen	Alleinerziehende Väter	Alleinerziehende Mütter		
			mit Kindern nur des Mannes	mit Kindern nur der Frau	mit gemeinsamen Kindern		mit Kindern nur des Mannes	mit Kindern nur der Frau						mit gemeinsamen Kindern	
Insgesamt (ohne Altersbegrenzung)															
Insgesamt	1 954	1 482	/	14	1 464	86	/	31	49	/	/	386	54	332	
Mit 1 Kind	943	629	/	(10)	617	54	/	20	30	/	/	260	37	223	
Mit 2 Kindern	762	637	/	/	632	25	/	(9)	14	-	-	101	13	88	
Mit 3 Kindern	203	178	-	/	177	(5)	/	/	/	-	-	20	/	17	
Mit 4 Kindern	38	31	/	/	31	/	-	/	/	-	-	/	/	/	
Mit 5 und mehr Kindern	(8)	(7)	-	-	(7)	/	-	-	/	/	-	/	-	/	
Nachrichtlich:															
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	3 273	2 602	/	20	2 576	127	(6)	44	73	/	/	543	74	469	
unter 10 Jahren															
Insgesamt	815	649	/	/	646	53	/	(10)	42	/	/	112	(8)	104	
Mit 1 Kind unter 10 Jahren	506	377	/	/	374	40	/	(8)	30	/	/	88	(6)	82	
Mit 2 Kindern unter 10 Jahren	267	233	-	/	233	12	/	/	10	-	-	22	/	20	
Mit 3 und mehr Kindern unter 10 Jahren	42	38	-	/	38	/	-	/	/	/	-	/	/	/	
Mit 1 Kind	303	208	/	/	206	32	/	(6)	26	/	/	63	/	58	
Mit 2 Kindern	365	312	-	/	310	16	/	/	13	-	-	37	/	35	
Mit 3 und mehr Kindern	147	130	-	/	129	(5)	-	/	/	/	-	12	/	11	
Nachrichtlich:															
Kinder unter 10 Jahren	1 171	963	/	/	960	69	/	11	56	/	/	138	(9)	128	
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	1 513	1 255	/	(5)	1 250	80	/	15	63	/	/	176	13	164	
10 bis unter 15 Jahren															
Insgesamt	542	427	/	/	421	20	/	10	(8)	/	-	95	11	83	
Mit 1 Kind von 10 bis unter 15 Jahren	437	338	/	/	332	18	/	(9)	(8)	/	-	81	(9)	71	
Mit 2 Kindern von 10 bis unter 15 Jahren	99	84	/	/	83	/	/	/	/	-	-	12	/	11	
Mit 3 und mehr Kindern von 10 bis unter 15 Jahren	(6)	/	-	-	/	/	-	-	-	-	-	/	/	/	
Mit 1 Kind	119	72	/	/	70	(7)	/	/	/	-	-	39	(5)	34	
Mit 2 Kindern	277	227	/	/	224	(9)	/	(5)	/	-	-	40	/	36	
Mit 3 und mehr Kindern	146	127	/	/	127	/	/	/	/	/	-	15	/	13	
Nachrichtlich:															
Kinder von 10 bis unter 15 Jahren	653	520	/	/	514	23	/	12	(9)	/	-	110	13	97	
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	1 153	946	/	(8)	935	38	/	18	17	/	-	168	19	150	
unter 15 Jahren															
Insgesamt	1 157	906	/	(7)	898	67	/	18	46	/	/	184	17	167	
Mit 1 Kind unter 15 Jahren	613	437	/	(5)	430	46	/	13	31	/	/	130	13	117	
Mit 2 Kindern unter 15 Jahren	439	376	/	/	374	18	/	/	13	-	-	45	/	41	
Mit 3 und mehr Kindern unter 15 Jahren	106	93	-	/	93	/	-	/	/	/	-	(9)	/	(8)	
Mit 1 Kind	422	281	/	/	276	39	/	(10)	28	/	/	102	(10)	92	

Mit 2 Kindern	531	447	/	/	443	21	/	(7)	14	-	-	63	(6)	58
Mit 3 und mehr Kindern	204	179	/	/	178	(6)	/	/	/	/	-	18	/	17
Nachrichtlich:														
Kinder unter 15 Jahren	1 825	1 484	/	(8)	1 473	92	/	23	65	/	/	248	23	225
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	2 149	1 757	/	11	1 744	102	/	27	69	/	/	288	27	262
15 bis unter 18 Jahren														
Insgesamt	395	309	/	/	304	15	/	(9)	/	-	-	72	11	61
Mit 1 Kind von 15 bis unter 18 Jahren	357	277	/	/	272	13	/	(8)	/	-	-	67	10	56
Mit 2 Kindern von 15 bis unter 18 Jahren	38	32	/	/	31	/	-	/	/	-	-	(5)	/	/
Mit 3 und mehr Kindern von 15 bis unter 18 Jahren	/	/	-	-	/	-	-	-	-	-	-	/	-	/
Mit 1 Kind	95	60	/	/	58	(6)	/	/	/	-	-	28	/	23
Mit 2 Kindern	193	155	/	/	153	(5)	-	/	/	-	-	32	/	28
Mit 3 und mehr Kindern	107	93	/	/	92	/	/	/	/	-	-	11	/	(10)
Nachrichtlich:														
Kinder von 15 bis unter 18 Jahren	435	341	/	/	336	16	/	(9)	/	-	-	78	11	67
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	837	681	/	(6)	673	27	/	14	(8)	-	-	130	18	112
unter 18 Jahren														
Insgesamt	1 377	1 071	/	(9)	1 060	75	/	24	47	/	/	230	25	205
Mit 1 Kind unter 18 Jahren	678	477	/	(6)	469	49	/	16	31	/	/	152	19	133
Mit 2 Kindern unter 18 Jahren	544	460	/	/	456	21	/	(7)	13	-	-	63	(5)	58
Mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	154	134	/	/	134	(5)	-	/	/	/	-	15	/	13
Mit 1 Kind	517	341	/	(5)	334	46	/	14	29	/	/	130	15	116
Mit 2 Kindern	630	529	/	/	526	23	/	(8)	14	-	-	78	(8)	70
Mit 3 und mehr Kindern	229	201	/	/	200	(7)	/	/	/	/	-	21	/	19
Nachrichtlich:														
Kinder unter 18 Jahren	2 260	1 825	/	12	1 810	108	/	33	69	/	/	325	33	292
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	2 521	2 050	/	13	2 033	114	/	35	71	/	/	356	39	317
18 bis unter 27 Jahren														
Insgesamt	600	480	/	(6)	472	14	/	(8)	/	/	/	106	22	85
Mit 1 Kind von 18 bis unter 27 Jahren	457	357	/	(5)	350	11	/	(7)	/	/	/	88	17	71
Mit 2 Kindern von 18 bis unter 27 Jahren	127	109	-	/	108	/	/	/	/	-	-	15	/	11
Mit 3 und mehr Kindern von 18 bis unter 27 Jahren	16	14	-	/	14	/	-	/	/	-	-	/	/	/
Mit 1 Kind	257	189	/	/	184	(7)	/	/	/	/	/	61	13	48
Mit 2 Kindern	239	200	/	/	199	/	/	/	/	-	-	34	(7)	27
Mit 3 und mehr Kindern	104	90	/	/	90	/	/	/	/	-	-	11	/	(9)
Nachrichtlich:														
Kinder von 18 bis unter 27 Jahren	761	618	/	(6)	609	16	/	(10)	/	/	/	127	26	100
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	1 077	888	/	(8)	877	24	/	13	(7)	/	/	166	32	133
unter 27 Jahren														
Insgesamt	1 765	1 371	/	14	1 353	84	/	30	48	/	/	309	43	267
Mit 1 Kind unter 27 Jahren	804	555	/	(9)	543	53	/	19	30	/	/	196	28	167
Mit 2 Kindern unter 27 Jahren	722	607	/	/	602	24	/	(9)	14	-	-	91	11	79
Mit 3 und mehr Kindern unter 27 Jahren	239	209	/	/	208	(7)	/	/	/	/	-	23	/	20
Mit 1 Kind	774	530	/	(9)	518	52	/	19	30	/	/	191	28	163
Mit 2 Kindern	743	625	/	/	620	25	/	(9)	14	-	-	94	12	82
Mit 3 und mehr Kindern	247	216	/	/	215	(7)	/	/	/	/	-	24	/	21
Nachrichtlich:														
Kinder unter 27 Jahren	3 020	2 443	/	18	2 418	125	(6)	42	73	/	/	452	60	392
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	3 061	2 478	/	19	2 453	125	(6)	43	73	/	/	458	61	397
27 Jahre und älter														
Insgesamt	227	144	/	/	142	/	/	/	/	-	-	81	12	70
Mit 1 Kind von 27 Jahren und älter	204	129	/	/	128	/	/	/	/	-	-	73	(10)	63
Mit 2 und mehr Kindern von 27 Jahren und älter	24	15	-	-	15	/	-	/	-	-	-	(9)	/	(7)
Mit 1 Kind	169	99	/	/	98	/	/	/	/	-	-	69	(9)	59
Mit 2 und mehr Kindern	58	45	-	/	44	/	-	/	-	-	-	13	/	11
Nachrichtlich:														
Kinder von 27 Jahren und älter	252	159	/	/	158	/	/	/	/	-	-	91	14	77
Kinder (ohne Altersbegrenzung)	301	202	/	/	200	/	/	/	/	-	-	97	15	83
.....														
Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz													(Bayern)	

5.2.1.2 Tabellen zu Kapitel 3.4 D:

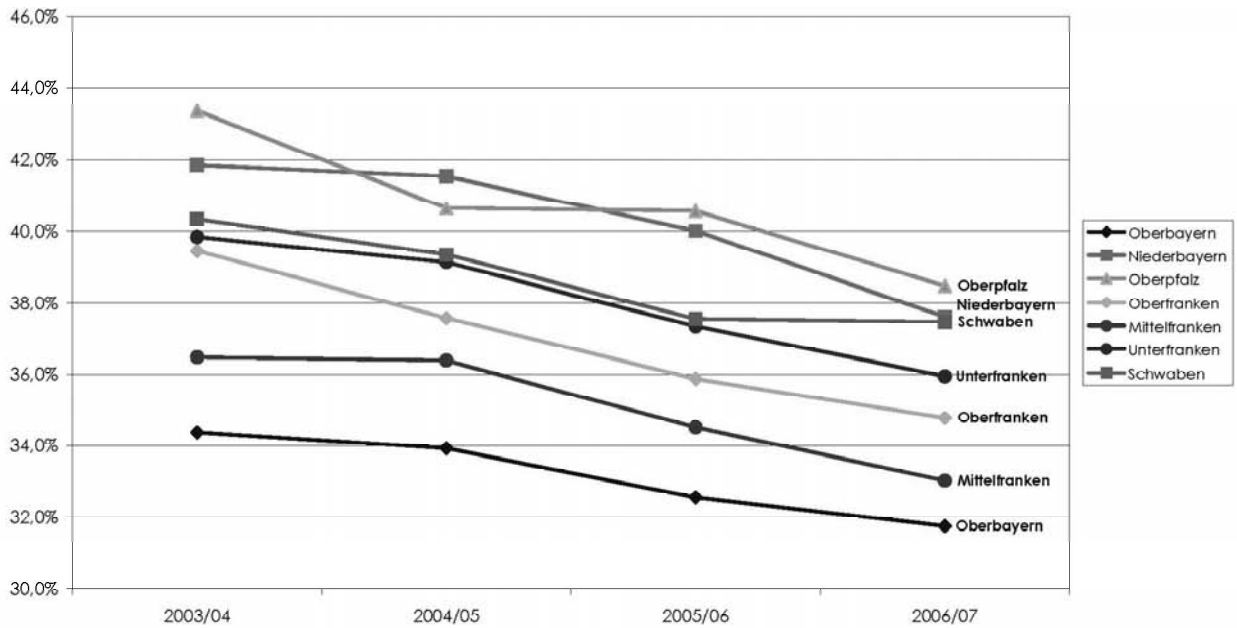
Tabelle D 1: Übersicht über die bayerischen Schulen im Schuljahr 2006/2007

Tab. C 1: Übersicht über die bayerischen Schulen im Schuljahr 2006/07

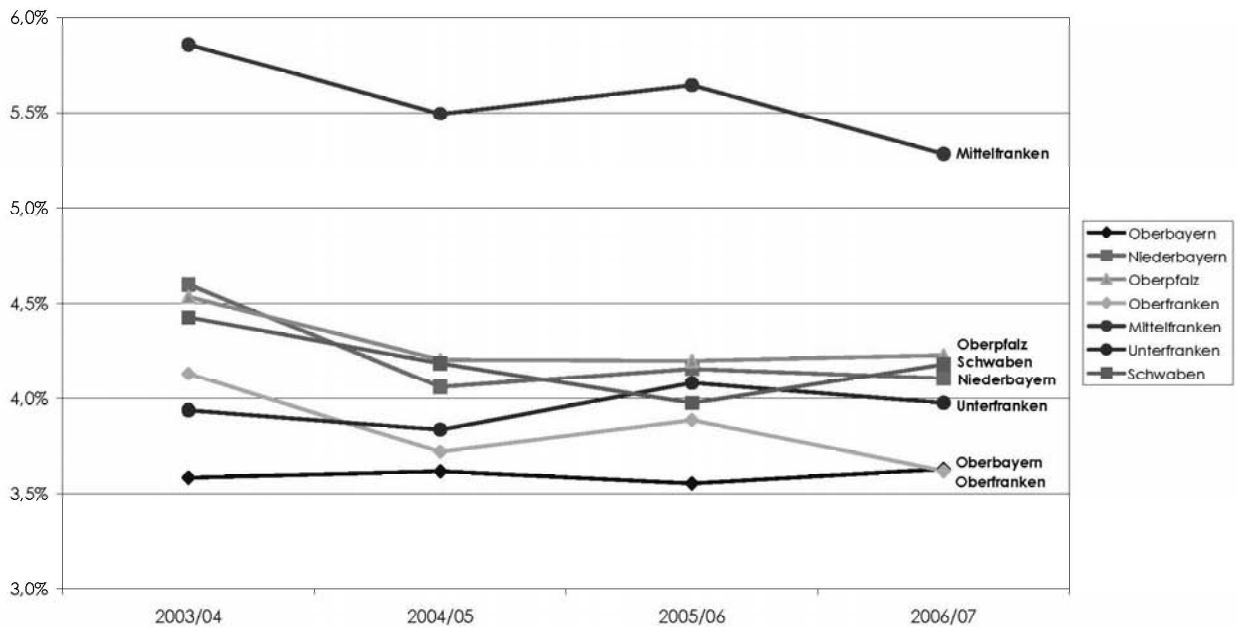
a) Grunddaten, aufgliedert nach Schulart und Schulträger

Schulart und Schulträger	Schulen	Schüler	Klassen	Lehrer ¹		Wöchentl. erteilte Unterrichtsstunden	Relationen		
				voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrer	insgesamt		Schüler je Klasse	Wöchentl. erteilte Unterrichtsstunden je Klasse	Schüler je Lehrer insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Volksschule zusammen	2 866	771 414	34 273	41 845 ³	44 701	1 106 705	22,5	32,3	17,3
davon staatlich	2 737	747 032	33 154	40 553	43 294	1 068 772	22,5	32,2	17,3
privat	129	24 382	1 119	1 292	1 407	37 933	21,8	33,9	17,3
Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung (einschließlich Schule für Kranke) zusammen	366	59 496	5 296	7 224 ^{3/4}	7 675 ⁵	177 738	11,2	33,6	7,8
davon staatlich	179	33 493	2 728	3 871	4 096	91 603	12,3	33,6	8,2
kommunal	3	520	56	74	81	1 879	9,3	33,6	6,4
privat	184	25 483	2 512	3 279	3 498	84 256	10,1	33,5	7,3
Selbstständige schulartunabhängige Orientierungsstufe (kommunal)	1	637	21	43	44	920	30,3	43,8	14,5
Integrierte Gesamtschule zusammen⁶	2	1 937	80	124	132	3 012	24,2	37,7	14,7 ⁷
davon staatlich	1	949	42	54	61	1 519	22,6	36,2	15,6
kommunal	1	988	38	70	71	1 493	26,0	39,3	13,9
Freie Waldorfschule (privat)	18	7 417	280	461	508	12 336	26,5	44,1	14,6
Realschule zusammen	349	230 518	8 014	11 413	12 263	282 983	28,8	35,3	18,8
davon staatlich	220	165 429	5 746	8 003	8 686	200 714	28,8	34,9	19,0
kommunal	37	20 382	711	1 190	1 234	26 998	28,7	38,0	16,5
privat	92	44 707	1 557	2 220	2 343	55 271	28,7	35,5	19,1
Realschule zur sonderpädagogischen Förderung zusammen	3	673	64	98	101	2 260	10,5	35,3	6,7
davon staatlich	–	–	–	–	–	–	–	–	–
privat	3	673	64	98	101	2 260	10,5	35,3	6,7
Wirtschaftsschule zusammen⁸	72	26 015	974	1 454	1 572	37 229	26,7	38,2	16,5
davon staatlich	23	9 019	331	489	539	12 878	27,2	38,9	16,7
kommunal	15	7 136	259	418	435	10 147	27,6	39,2	16,4
privat	34	9 860	384	547	598	14 204	25,7	37,0	16,5
Abendrealschule zusammen	4	391	19	17	21	387	20,6	20,4	18,6
davon kommunal	3	343	16	17	18	331	21,4	20,7	19,1
privat	1	48	3	–	3	56	16,0	18,7	16,0
Gymnasium zusammen	406	364 081	14 250 ⁹	21 965 ³	23 633	513 226	25,6	36,0	15,4
davon staatlich	308	299 974	11 600	17 625	19 102	415 888	25,9	35,9	15,7
kommunal	32	27 141	1 098	1 858	1 912	39 763	24,7	36,2	14,2
privat	66	36 966	1 552	2 482	2 619	57 575	23,8	37,1	14,1
Abendgymnasium zusammen	5	1 117	50 ⁹	26	51	1 064	22,3	21,3	21,9
davon kommunal	1	300	15	20	20	349	20,0	23,3	15,0
privat	4	817	35	6	31	715	23,3	20,4	26,4
Kolleg (Inst.z.Erlang.d.Hochschulreife) zus.	6	1 698	92 ⁹	134	141	2 765	18,5	30,1	12,0
davon staatlich	2	978	52	82	86	1 698	18,8	32,7	11,4
kommunal	2	593	27	44	46	854	22,0	31,6	12,9
privat	2	127	13	8	9	213	9,8	16,4	14,1
Allgemein bildende Schulen zusammen zuzügl. Wirtschaftsschulen und Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung	4 098	1 465 394	63 413	84 804	90 842	2 140 625			
davon staatlich	3 470	1 256 874	53 653	70 677	75 864	1 793 072			
kommunal	95	58 040	2 241	3 734	3 861	82 734			
privat	533	150 480	7 519	10 393	11 117	264 819			

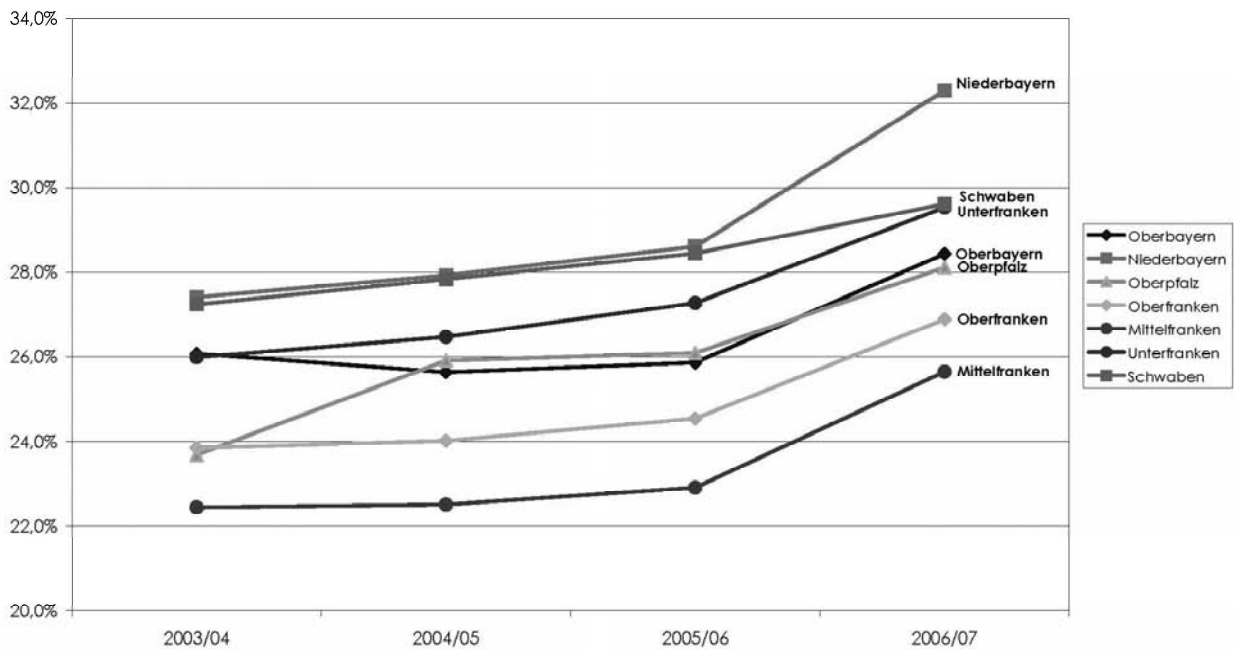
Anteil der Hauptschüler unter den Schülern in Jahrgangsstufe 8 nach Regierungsbezirken



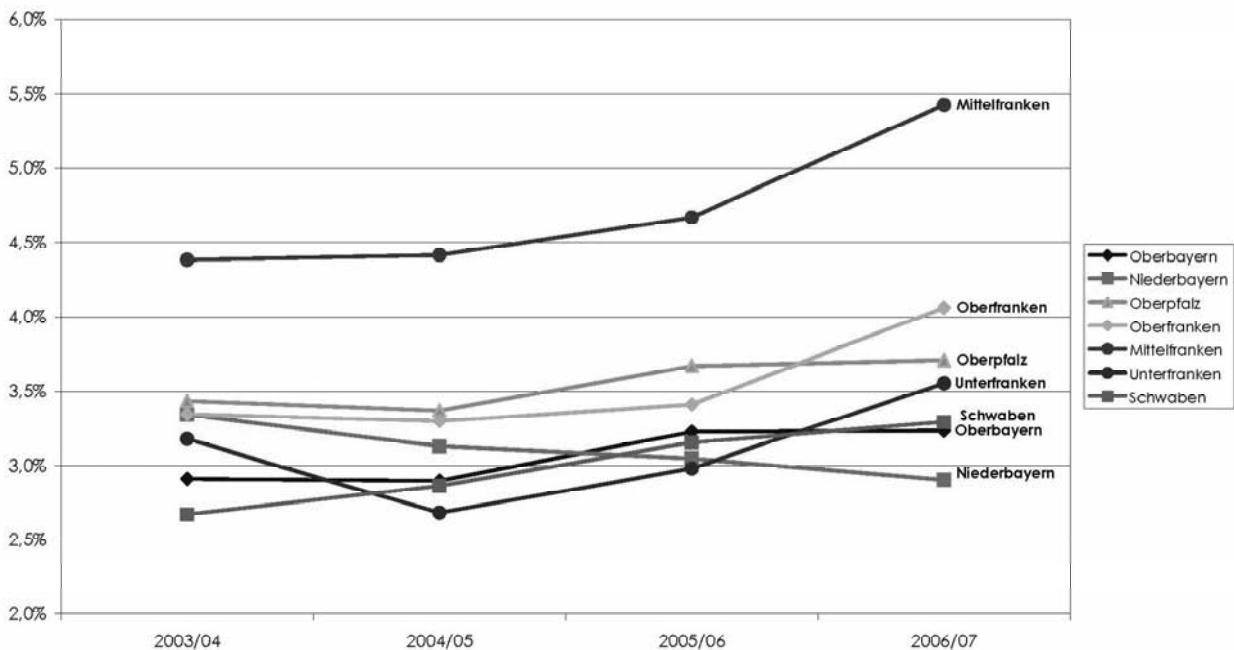
Anteil der Schüler an Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung unter den Schülern in Jahrgangsstufe 8 nach Regierungsbezirken



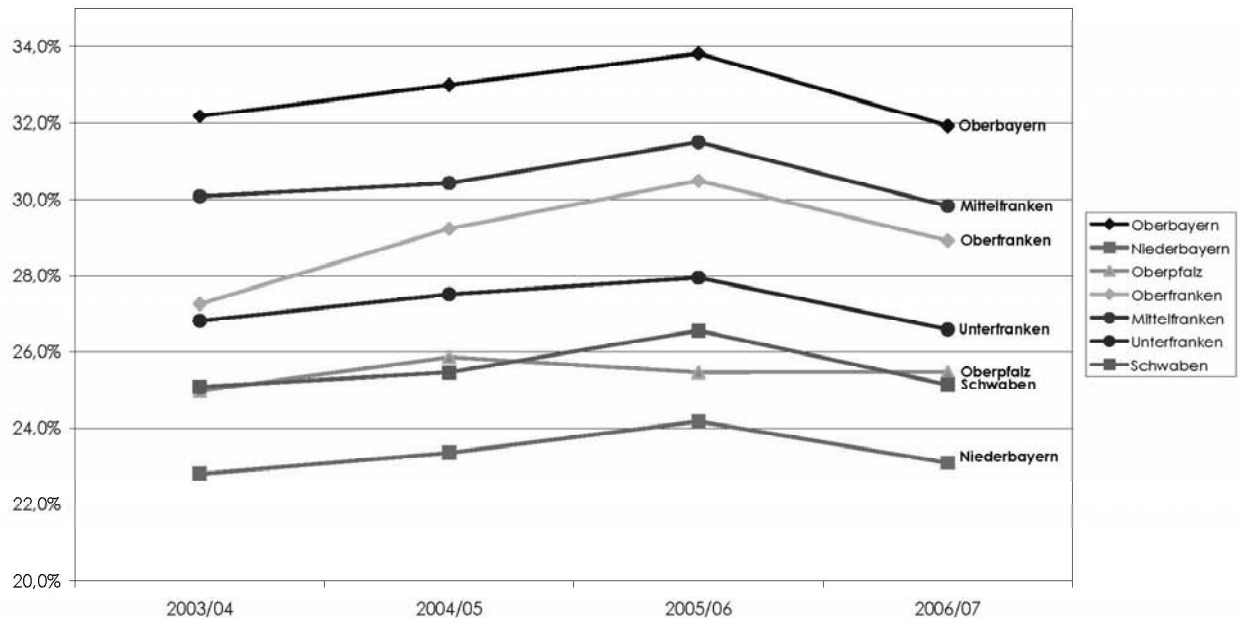
Anteil der Realschüler unter den Schülern in Jahrgangsstufe 8 nach Regierungsbezirken



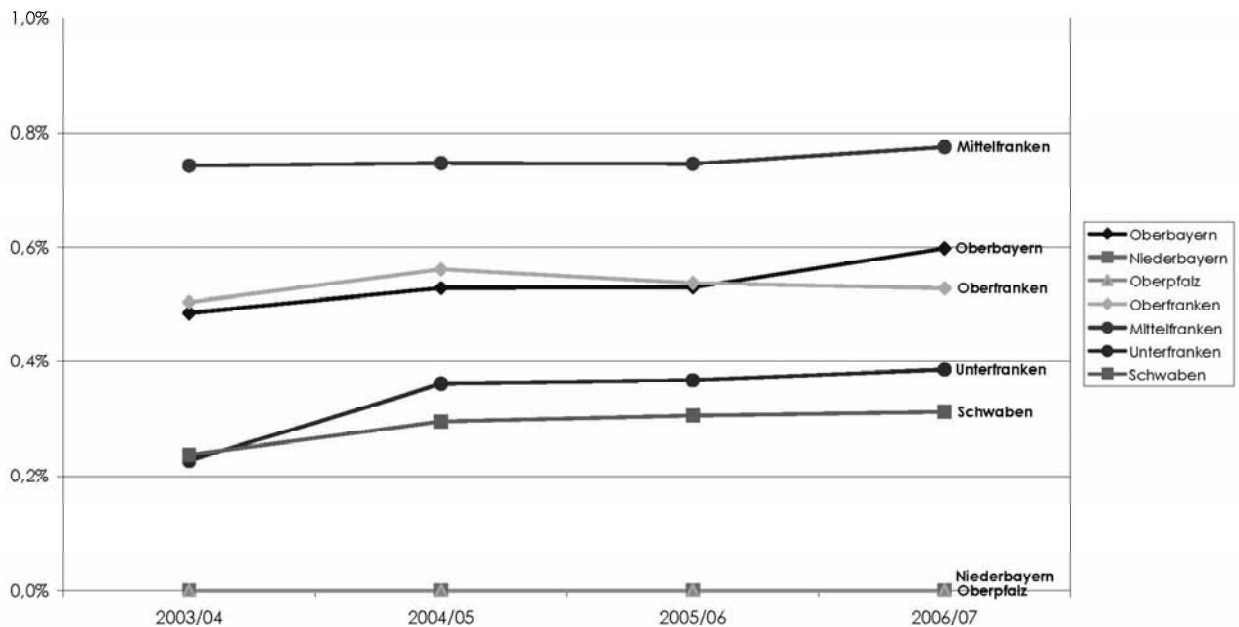
Anteil der Wirtschaftsschüler unter den Schülern in Jahrgangsstufe 8 nach Regierungsbezirken



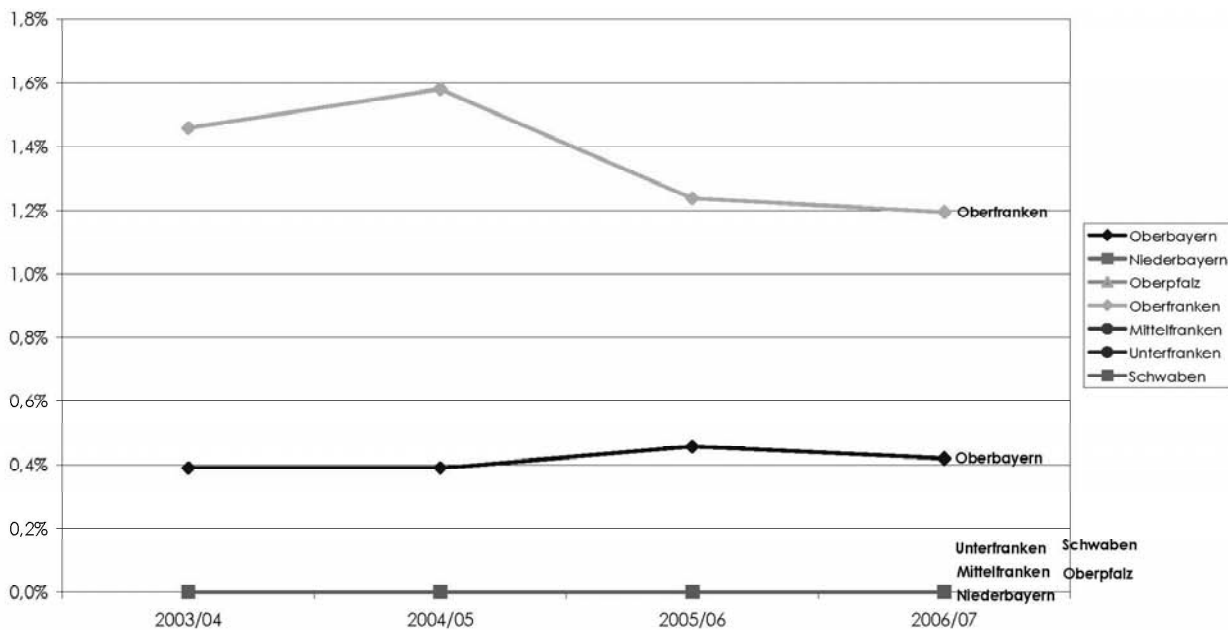
Anteil der Gymnasiasten unter den Schülern in Jahrgangsstufe 8 nach Regierungsbezirken



Anteil der Waldorfschüler unter den Schülern in Jahrgangsstufe 8 nach Regierungsbezirken



Anteil der Schüler an Schulen besonderer Art unter den Schülern in Jahrgangsstufe 8 nach Regierungsbezirken



Zuarbeit Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Tabelle D 3: Übertritte an Gymnasium, Realschule, Wirtschaftsschule, Übertrittsquoten

Tab. I 1: Übertritte an Gymnasium, Realschule, Wirtschaftsschule; Übertrittsquoten¹

Schuljahr	Übertritte aus der Grund- und Hauptschule in												
	Gymnasium ²			sechsstufige Realschule ³			vierstufige Realschule ³			Wirtschaftsschule ⁴			
	Übertritte aus		Übertrittsquote	Übertritte aus		Übertrittsquote	Übertritte aus		Übertrittsquote	Übertritte aus			Übertrittsquote
	Jgst. 4 am Ende d. vorigen Schuljahres	Jgst. 5 am Ende des Schuljahres		Jgst. 4 am Ende d. vorigen Schuljahres	Jgst. 5 am Ende des Schuljahres		Jgst. 6 am Ende d. vorigen Schuljahres	Jgst. 7 am Ende des Schuljahres		Jgst. 6 am Ende d. vorigen Schuljahres	Jgst. 7 am Ende des Schuljahres	Jgst. 8 am Ende des jeweils nächsten Schuljahres	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1956/57	•	•	rd. 14,0	•	•	•	•	•	rd. 15,0	•	•	•	•
1963/64	13 245	6 489	15,0	•	•	•	11 761	4 542	14,8	435	2 358	4 497	7,0
1964/65	14 797	7 447	16,9	•	•	•	14 196	5 443	17,9	535	2 384	4 384	7,1
1965/66	17 639	6 794	18,3	•	•	•	17 431	5 073	20,7	599	2 361	4 186	6,9
1970/71	30 136	8 192	23,4	203	99	0,2	27 769	6 998	29,1	1 511	2 838	1 044	4,5
1975/76	38 116	7 159	25,9	148	73	0,1	28 857	6 997	27,5	1 900	2 434	1 114	4,2
1980/81	37 545	5 268	29,8	184	45	0,2	31 957	6 316	32,2	2 509	2 255	651	4,5
1985/86	29 382	3 482	31,8	243	76	0,3	21 007	3 915	31,9	1 484	1 026	346	3,7
1986/87	30 116	3 728	33,1	266	66	0,3	20 502	4 051	33,4	1 530	1 052	367	4,0
1987/88	31 489	4 106	34,5	347	74	0,4	20 595	3 785	34,7	1 488	986	304	4,0
1988/89	31 638	4 020	34,9	306	59	0,4	20 235	4 162	35,5	1 474	1 033	344	4,2
1989/90	32 164	4 243	35,5	292	60	0,3	21 478	3 988	37,2	1 309	911	330	3,7
1990/91	34 980	4 750	36,6	306	72	0,3	21 142	4 218	37,2	1 420	997	307	4,0
1991/92	37 006	4 608	36,0	293	130	0,4	21 183	4 048	36,3	1 430	1 079	322	4,1
1992/93	37 419	4 479	35,3	644	94	0,6	22 262	4 131	36,2	1 587	1 042	323	4,1
1993/94	37 908	3 640	35,0	832	171	0,8	22 891	4 415	35,9	1 600	1 029	322	3,9
1994/95	37 207	3 311	34,4	1 084	311	1,2	23 353	3 944	35,0	1 682	1 030	349	3,9
1995/96	37 666	3 408	34,5	2 250	342	2,2	23 318	4 104	34,9	1 669	1 009	356	3,9
1996/97	38 467	3 567	34,7	2 694	607	2,7	22 657	4 157	34,5	1 603	1 072	313	3,8
1997/98	39 861	3 538	34,2	4 352	835	4,1	22 439	4 050	34,3	1 693	1 017	320	3,9
1998/99	42 209	3 489	34,8	4 938	1 730	5,1	21 699	3 748	33,0	1 686	1 031	383	4,0
1999/00	42 991	3 344	35,0	6 997	3 544	8,0	20 981	2 911	30,2	1 765	953	383	3,9
2000/01	43 236	2 793	34,4	13 756	4 789	13,8	18 530	2 418	26,4	1 788	1 020	365	4,0
2001/02	44 946	2 242	34,2	19 301	6 268	18,5	16 164	1 662	23,3	1 827	956	338	4,1
2002/03	44 939	1 882	34,6	23 387	6 975	22,5	11 505	1 147	17,8	1 888	888	307	4,3
2003/04	44 033	1 698	34,0	26 575	7 586	25,8	7 576	578	12,3	2 157	887	283	5,0
2004/05	45 460	1 816	36,5	26 943	7 747	26,8	3 083	–	5,2	2 416	996	269	6,3
2005/06	45 179	1 116	36,7	27 146	7 401	27,4	–	–	–	2 500	826	250 ⁵	6,8 ⁵

Aufgliederung der Übertrittsquoten nach Geschlecht (2005/06)

männlich	35,6	männlich	26,2	männlich	–	männlich	5,9 ⁵
weiblich	37,9	weiblich	28,6	weiblich	–	weiblich	8,0 ⁵

Vorausschätzung

2006/07	46 439	1 050 ⁵	37,8 ⁵	28 552	6 930 ⁵	28,3 ⁵	–	–	–	2 194	750 ⁵	230 ⁵	6,6 ⁵
---------	--------	--------------------	-------------------	--------	--------------------	-------------------	---	---	---	-------	------------------	------------------	------------------

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

¹ Was in dieser Tabelle unter "Übertrittsquote" zu verstehen ist und wie sie berechnet wird, sei am Beispiel der Übertrittsquote 1990/91 für das Gymnasium erläutert: Die Übertrittsquote 1990/91 gibt an, wie viel Prozent der Schüler, die im Schuljahr 1989/90 die Jahrgangsstufe 4 einer bayerischen Grundschule besuchten (108 680), in der Folgezeit in ein Gymnasium übertraten. Bei der Berechnung der Quote wird berücksichtigt, dass neben den 34 980 Schülern, die unmittelbar nach dem Besuch der Jahrgangsstufe 4 in ein Gymnasium überwechselten, ein nicht unerheblicher Teil (4 750 Schüler) zunächst die Jahrgangsstufe 5 der Hauptschule besuchte und erst am Ende des Schuljahres 1990/91 übertrat. Somit ergibt sich die Übertrittsquote von 36,6 % für 1990/91 durch folgende Rechnung: (34 980 + 4 750) : 108 680 * 100 %.

² Einschließlich Übertritte an Freie Waldorfschulen und Schulen besonderer Art (integrierte/teilintegrierte Gesamtschulen und schulartunabhängige Orientierungsstufe; vgl. Tabelle H 1) sowie an ausländische und internationale Schulen. Werden nur die Übertritte an Gymnasien berücksichtigt, so ergibt sich für 2005/06 eine Quote von 36,0 %.

³ Einschließlich Realschule zur sonderpädagogischen Förderung.

⁴ Nicht berücksichtigt sind Übertritte in besondere Klassen der Jahrgangsstufe 9 bzw. Übertritte in die 2-stufige Wirtschaftsschule. Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich für die Schuljahre 1963/64 bis 1965/66 auf Übertritte in die Berufsfachschule, 1970/71 in die Handels- und Wirtschaftsschule, ab 1975/76 in die 3- und 4-stufige Wirtschaftsschule.

⁵ Bei den Übertritten und den damit errechneten Übertrittsquoten handelt es sich um geschätzte oder vorläufige Zahlen. Sie werden in den Fortschreibungen berichtigt.

Tabelle D 4: Schüler an bayerischen Schulen im Schuljahr 2006/2007 nach Kreisen

Schüler an bayerischen Schulen im Schuljahr 2006/07 nach Kreisen

Kreis	Schüler insgesamt	Volkschule	VSE*	Ober- bzw. Mittelschule	Integriertes Gesamtschule	Vollzeitschule	Realschule	Ry-Mittelschule zur Berufsbildung	Wiederholungslehre	Abw.-relativschule	Gymnasium	Abw.-gymnasium	Gesamtschule	Erziehungsheim	Berufsschule	Berufsschule zur Berufsbildung	Berufsschule	BFS	FOS	BOS	Fachhochschule	Erh.-akademie
Bayern insgesamt	1.017.337	774.914	69.490	637	1.007	7.417	230.518	673	26.315	391	304.081	1.117	1.098	278.637	14.228	27.109	27.109	24.947	30.095	11.400	13.000	7.697
Franconien	609.211	240.562	17.355	637	988	3.171	72.267	673	26.315	312	129.977	300	345	87.874	14.990	14.990	14.990	6.968	11.080	3.744	4.441	3.058
Innere	177.668	52.673	6.824	637	368	1.032	14.480	591	2.841	132	36.879	300	296	5.630	17.455	17.455	17.455	2.991	4.552	1.637	1.850	1.497
Oberfranken	197.908	78.951	4.839	637	368	2.033	2.888	591	2.841	132	36.879	300	296	5.630	17.455	17.455	17.455	2.991	4.552	1.637	1.850	1.497
Mittelfranken	131.499	47.925	3.145	637	368	1.032	2.888	591	2.841	132	36.879	300	296	5.630	17.455	17.455	17.455	2.991	4.552	1.637	1.850	1.497
Niederfranken	131.499	47.925	3.145	637	368	1.032	2.888	591	2.841	132	36.879	300	296	5.630	17.455	17.455	17.455	2.991	4.552	1.637	1.850	1.497
Ober- u. Mittelfranken	18.620	9.499	425	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Eberhard-Ludwigs-Kreis	16.148	7.885	540	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Eichstätt	15.904	8.888	324	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Erding	19.305	11.956	477	637	368	3.173	3.173	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Fürth	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Hof	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Kronach	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Lichtenfeld	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076	2.076	117	100	167	39	44
Mittelschwarze-Wald-Kreis	11.389	6.089	239	637	368	2.441	2.441	637	176	46	4.198	46	46	1.498	2.076	2.076						

Schüler an bayerischen Schulen im Schuljahr 2006/07 nach Kreisen

Kreis	Schüler insgesamt	Vollschule	VSP	Orientierungsaussch.	Integrierte Gesamtschule	Wahorschule	Realschule	Realschule zur sonst. Förderschule	Wirtschaftsschule	Abend- nealschule	Gymnasium	Abend- gymnasium	Kolleg	Berufsschule	Berufsschule zur sonst. Förderschule	Berufsschule	BFE Gesamtschulen	TOB	BOS	Fachschule (berufliche Fachschule)	Erch.- abteilung
Regierungsbezirk Mittelfranken	263 265	101 570	90 400	-	-	1 904	27 740	-	4 771	148	53 230	471	231	41 063	2 864	4 467	4 315	4 241	1 302	2 321	1 014
Ansbach/Stadt	13 366	2 438	183	-	-	1 031	1 031	-	525	-	3 106	-	-	3 367	540	668	1 49	509	149	80	44
Erlangen	20 468	5 049	505	-	-	561	1 021	-	603	-	5 089	-	-	3 164	-	642	1 183	468	56	403	514
Fürth/Stadt	19 886	6 781	704	-	-	453	1 031	-	453	-	3 181	-	-	4 300	1 817	262	315	910	89	33	-
Regensburg	10 022	2 590	3 704	-	-	907	5 242	-	1 462	146	1 799	471	294	18 254	-	1 994	1 105	1 495	607	985	472
Schwabach	7 871	2 384	364	-	-	462	906	-	462	-	2 180	-	-	1 924	-	304	306	254	31	377	183
Straubing	26 272	12 850	1 157	-	-	253	4 421	-	253	-	4 137	-	-	1 898	-	205	55	-	-	86	105
Regierungsbezirk Oberfranken	17 271	8 310	600	-	-	-	1 748	-	-	-	4 746	-	-	1 415	-	205	55	-	-	86	105
Erlangen-Hochstadt	11 885	6 637	361	-	-	-	1 267	-	-	-	3 720	-	-	1 377	418	54	323	-	-	-	241
Fürth/Land	22 991	10 065	1 404	-	-	-	2 857	-	-	-	4 865	-	-	1 377	418	54	323	-	-	-	241
Nürnberger Lank - Lauf	15 360	8 037	595	-	-	366	2 082	-	366	-	3 053	-	-	1 377	418	54	323	-	-	-	241
Neustadt a.d. Aisch	10 255	5 126	445	-	-	436	1 674	-	436	-	2 138	-	-	1 377	418	54	323	-	-	-	241
Mittelschule Gassenhausen	14 807	6 529	445	-	-	-	1 674	-	449	-	2 138	-	-	1 377	418	54	323	-	-	-	241
Regierungsbezirk Unterfranken	205 865	81 079	7 348	-	-	724	27 262	-	2 760	63	36 591	167	368	26 113	1 710	3 759	2 877	3 022	1 106	1 116	708
Aachfenlung/Stadt	19 787	4 151	433	-	-	1 535	4 397	-	365	-	4 397	-	-	5 311	356	817	378	447	237	95	128
Schweinfurt/Stadt	18 783	3 333	623	-	-	1 807	3 885	-	904	-	4 759	-	366	4 347	478	670	219	718	226	89	115
Würzburg/Stadt	31 442	5 178	1 650	-	-	465	7 198	-	521	-	7 198	187	-	7 481	798	1 113	1 315	428	278	570	371
Regierungsbezirk Oberbayern	18 300	1 689	789	-	-	2 885	789	-	109	-	3 194	-	-	2 300	-	405	87	-	-	-	37
Aachfenlung/Land	14 444	1 574	644	-	-	1 807	4 397	-	109	-	4 397	-	-	2 300	-	405	87	-	-	-	37
Erlan-Stralberg	13 701	6 754	501	-	-	504	1 922	-	504	-	2 168	-	-	1 326	-	124	359	359	105	24	37
Harberg	12 986	6 060	506	-	-	259	2 291	-	337	-	2 168	-	-	1 123	-	277	127	-	-	56	44
Kitzingen	16 844	6 126	408	-	-	259	2 291	-	337	-	2 168	-	-	1 123	-	277	127	-	-	56	44
Milbertshausen	18 561	9 347	545	-	-	-	2 970	-	-	-	3 301	-	-	1 895	-	169	49	696	173	-	-
Münchberg	18 837	9 654	544	-	-	-	3 522	-	-	-	3 312	-	-	1 895	-	169	49	696	173	-	-
Münchberg	18 837	9 654	544	-	-	-	3 522	-	-	-	3 312	-	-	1 895	-	169	49	696	173	-	-
Schweinfurt/Land	13 963	6 337	339	-	-	1 042	3 512	-	-	-	3 512	-	-	2 368	-	200	232	72	20	43	-
Schweinfurt/Land	13 963	6 337	339	-	-	1 042	3 512	-	-	-	3 512	-	-	2 368	-	200	232	72	20	43	-
Regierungsbezirk Schwaben	282 635	120 663	9 391	-	-	792	37 568	-	3 763	63	48 697	-	612	41 060	2 724	3 290	3 398	5 020	1 726	1 726	917
Augsburg/Stadt	49 166	14 554	1 445	-	-	443	3 795	-	1 102	63	9 197	-	612	11 572	834	1 015	1 306	1 070	560	221	383
Kaufbeuren	16 300	2 589	448	-	-	1 716	1 716	-	181	63	2 060	-	-	2 159	-	263	197	570	228	69	188
Kempen	17 717	3 751	744	-	-	349	2 524	-	467	-	3 064	-	-	4 519	314	342	372	550	245	266	188
Memmingen	10 086	2 796	365	-	-	716	716	-	668	-	2 027	-	-	3 181	-	270	129	368	131	12	-
Aach-Friedberg	16 345	10 058	1 339	-	-	2 380	2 380	-	-	-	4 152	-	-	1 153	-	52	59	570	-	22	-
Altdorf	16 601	7 273	481	-	-	2 380	2 380	-	-	-	4 152	-	-	1 153	-	52	59	570	-	22	-
Dillingen a.d. Donau	21 986	8 591	920	-	-	3 412	3 412	-	-	-	3 089	-	-	3 365	-	207	174	-	-	40	78
Günzburg	23 026	10 882	699	-	-	3 086	3 086	-	40	-	4 138	-	-	2 307	713	244	319	250	52	271	109
Neu-Ulm	11 807	5 099	399	-	-	218	2 180	-	218	-	3 963	-	-	2 708	159	157	88	351	244	-	-
Lindau	16 966	9 615	436	-	-	2 955	2 955	-	-	-	2 376	-	-	1 800	-	86	60	351	-	-	56
Obtatto	16 966	9 615	436	-	-	2 955	2 955	-	-	-	2 376	-	-	1 800	-	86	60	351	-	-	56
Urschingen	21 213	10 070	627	-	-	3 000	3 000	-	300	-	3 106	-	-	2 543	-	104	41	-	-	-	72
Urschingen	21 213	10 070	627	-	-	3 000	3 000	-	300	-	3 106	-	-	2 543	-	104	41	-	-	-	72
Urschingen	21 213	10 070	627	-	-	3 000	3 000	-	300	-	3 106	-	-	2 543	-	104	41	-	-	-	72
Oberallgäu	18 886	10 698	627	-	-	1 775	1 775	-	168	-	2 113	-	-	2 173	-	117	133	322	26	20	103

5.2.1.3 Tabellen zu Kapitel 3.8 H:

Tabellen H 1 und H 2: Ermittelte Tatverdächtige und TVBZ

Ermittelte Tatverdächtige

Tatverdächtige	Jahr	Tatverdächtige insges.	Alter der Tatverdächtigen				
			Kinder <14 J	Jugendl. 14<18 J	Heranw. 18<21 J	Erwachsene 21<60 J über 60 J	
Rauschgiftkriminalität							
	2005	34 342	180	4 655	7 940	21 516	51
	2006	29 985	109	3 488	6 568	19 772	48
	<i>Veränderung zum Vorjahr</i>	- 12,7	- 39,4	- 25,1	- 17,3	- 8,1	- 5,9
Allgemeine Verstöße							
	2005	25 395	156	3 846	6 213	15 161	19
	2006	21 340	96	2 832	4 882	13 505	25
	<i>Veränderung zum Vorjahr</i>	- 16,0	- 38,5	- 26,4	- 21,4	- 10,9	(+ 31,6)
Handel und Schmuggel							
	2005	8 004	19	1 032	1 852	5 094	/
	2006	7 373	16	795	1 718	4 836	/
	<i>Veränderung zum Vorjahr</i>	- 7,9	(- 15,8)	- 23,0	- 7,2	- 5,1	(+ 14,3)
direkte Beschaffungskriminalität							
	2005	223	/	/	21	197	/
	2006	261	/	12	21	226	/
	<i>Veränderung zum Vorjahr</i>	+ 17,0	/	/	0	+ 14,7	/

Tatverdächtigen-
belastungszahl

Delikt	Tatverdächtige insges. ab 8 J	Alter der Tatverdächtigen				
		Kinder 8<14 J	Jugendl. 14<18 J	Heranw. 18<21 J	Erwachsene 21<60 J über 60 J	
Rauschgiftkriminalität	240	13	592	1 468	266	2
Allgemeine Verstöße	178	12	486	1 133	190	1
Handel u. Schmuggel	52	2	131	349	56	/
Direkte Beschaffungskriminalität	2	/	2	5	3	/

Die Tatverdächtigen insgesamt bei Rauschgiftkriminalität haben gegenüber dem Vorjahr um 12,7 % abgenommen. Davon hat der Anteil der tatverdächtigen Schüler und Studenten um 22,2 % abgenommen.

5.2.1.4 Tabellen zu Kapitel 3.12 L:

Tabelle L 1: Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung

Ausländische Bevölkerung in Bayern seit 1990 nach Geschlecht

Jahr	Ausländer insgesamt	männlich		weiblich		Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung
		Anzahl	%	Anzahl	%	
1990	842.580	486.171	57,7	356.409	42,3	7,4
1991	917.862	534.351	58,2	383.511	41,8	7,9
1992	991.859	579.542	58,4	412.317	41,6	8,4
1993	1.053.051	610.715	58	442.336	42	8,9
1994	1.071.250	614.470	57,4	456.780	42,6	9
1995	1.090.626	618.878	56,7	471.748	43,3	9,1
1996	1.108.880	623.278	56,2	485.602	43,8	9,2
1997	1.110.696	617.699	55,6	492.997	44,4	9,2
1998	1.094.000	605.457	55,3	488.543	44,7	9,1
1999	1.107.222	608.037	54,9	499.185	45,1	9,1
2000	1.117.412	610.593	54,6	506.819	45,4	9,1
2001	1.145.969	624.849	54,5	521.120	45,5	9,3
2002	1.160.682	626.542	54	534.140	46	9,4
2003	1.172.020	626.411	53,4	545.609	46,6	9,4
2004	1.060.232	552.397	52,1	507.835	47,9	8,5
2005	1.071.761	552.116	51,5	519.645	48,5	8,6
2006	1.082.175	556.394	51,9	525.781	48,1	8,7

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Ausländer in Bayern am 31.Dezember 2006;
Ergebnisse des Ausländerzentralregisters

Tabelle L 2: Gesamttabelle Ausländer in Bayern am 31.12.2006 nach Staatsangehörigkeit und regionaler Verteilung**Gesamttabelle Ausländer in Bayern am 31.12.2006 nach Staatsangehörigkeit und regionaler Verteilung**

Ausländer in Bayern am 31.12.2006	in %
Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung beträgt in Bayern	8,70
Maximum: Stadt München	23,50
Minimum: Weiden i.d. OPf	5,80
Maximum: Lkr. München	11,90
Minimum: Lkr. Freyung-Grafenau	1,40

Ausländer in Bayern nach Staatsangehörigkeit am 31.12.2006 in Prozent

Asien		10,20
Amerika		3,80
Afrika		2,40
	absolut	
EU-Staaten	390.385	36,10
Eh.Serbien-Montenegro	82.121	7,60
Kroatien	51.826	4,80
Bosnien-Herzegovina	34.780	3,20
Übriges Europa		10,20
Türkei	228.615	21,10

Von 1990 bis 2006 ist die Zahl der Ausländer in Bayern von 842.580 auf 1.082.175 gestiegen*.

* siehe Tabelle 2

		Bevölkerung	Ausländer	Ausländeranteil in %
Die meisten Ausländer leben im Regierungsbezirk 1)	Oberbayern	4.279.112	547.643	12,80
Es folgen	Mittelfranken	1.712.622	173.117	10,11
	Schwaben	1.786.764	147.175	8,24
	Unterfranken	1.337.876	73.524	5,50
	Niederbayern	1.193.820	52.894	4,43
	Oberfranken	1.094.525	44.891	4,10
Die wenigsten Ausländer leben in der 1) siehe Tabelle 4	Oberpfalz	1.087.939	42.931	3,95

Oberbayern gesamt

Aus EU Staaten		547.643	12,80
	davon	215.776	
	Österreich	56.359	
	Italien	38.564	
	Griechenland	30.444	
Türkei		86.757	
Serbien-Montenegro		47.309	
Kroatien		35.836	

Mittelfranken gesamt

Aus EU-Staaten		173.117	10,11
	davon	59.170	
	Griechenland	17.199	
	Italien	13.121	
	Polen	8.091	
Türkei		41.208	
Serbien-Montenegro		11.582	
Russische Föderation		5.552	

Schwaben gesamt		147.175	8,24
Aus EU-Staaten		44.747	
	davon		
	Italien	14.129	
	Österreich	8.293	
	Griechenland	5.102	
Türkei		49.339	
Serbien-Montenegro		10.551	
Kroatien		6.115	
Unterfranken gesamt		73.524	5,50
Aus EU-Staaten		22.487	
	davon		
	Italien	6.203	
	Polen	4.216	
	Griechenland	3.336	
Türkei		20.909	
Serbien-Montenegro		3.528	
Russische Föderation		2.992	
Niederbayern gesamt		52.894	4,43
Aus EU-Staaten		21.367	
	davon		
	Österreich	7.380	
	Polen	3.192	
	Italien	2.894	
Türkei		8.687	
Serbien-Montenegro		3.860	
Rumänien		1.908	
Oberfranken gesamt		44.891	4,10
EU-Staaten		12.769	
	davon		
	Italien	2.817	
	Polen	2.116	
	Griechenland	1.741	
Türkei		14.532	
Russische Föderation		1.793	
Serbien-Montenegro		1.633	
Oberpfalz gesamt		42.931	3,95
EU-Staaten		14.069	
	davon		
	Polen	2.745	
	Tschechien	2.105	
	Österreich	2.009	
Türkei		7.183	
Serbien-Montenegro		3.658	
Russische Föderation		1.858	

Die Türken bilden in allen Regierungsbezirken die stärkste Ausländergruppe außerhalb der EU gefolgt von den Staatsangehörigen der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ohne Slowenien.

Kreisfreie Städte in Oberbayern

	Bevölkerung	Ausländer	Ausländeranteil in %
<i>München</i>	1.294.608	303.606	23,45
EU-Staaten		110.072	
	davon		
	Griechenland	21.603	
	Österreich	20.910	
	Italien	20.279	
Türkei		42.788	
Serbien-Montenegro		25.233	
Kroatien		22.363	
<i>Ingolstadt</i>	122.167	16.095	13,17
EU-Staaten		4.103	
	davon		
	Italien	664	
	Österreich	601	
	Griechenland	506	
Türkei		5.219	
Serbien-Montenegro		1.867	
Kroatien		793	
<i>Rosenheim</i>	60.394	9.208	15,20
EU-Staaten		2.489	
	davon		
	Österreich	856	
	Italien	636	
	Polen	261	
Türkei		1.965	
Serbien-Montenegro		1.700	
Bosnien-Herzegovina		731	

Landkreise im Reg.Bez. Oberbayern mit dem Ausländeranteil in %:

München	311.493	37.119	11,92
Berchtesgadener Land	102.407	11.228	10,96
Freising	162.452	17.235	10,61
Dachau	134.965	14.283	10,58
Starnberg	128.789	12.400	9,63
Fürstenfeldbruck	200.362	18.180	9,07
Bad Tölz - Wolfratshausen	120.308	9.405	7,82
Ebersberg	125.052	9.455	7,56
Miesbach	95.045	6.902	7,26
Garmisch-Partenkirchen	86.923	6.277	7,22
Weilheim-Schongau	130.777	8.880	6,79
Erding	123.703	8.020	6,48
Rosenheim	246.828	15.460	6,26
Mühldorf a.Inn	110.623	6.653	6,01
Traunstein	170.440	9.606	5,64
Altötting	108.789	6.088	5,60
Pfaffenhofen a.d.Ilm	116.014	6.485	5,59
Neuburg-Schrobenhausen	90.945	4.790	5,27
Landsberg am Lech	112.283	5.226	4,65
Eichstätt	123.745	5.042	4,07

Kreisfreie Städte in Mittelfranken

<i>Nürnberg</i>	500.855	93.359	18,64
EU-Staaten		29.777	
	davon		
	Griechenland	9.826	
	Italien	6.720	
	Polen	4.411	

Türkei		21.539	
Serbien-Montenegro		6.751	
Russische Föderation		3.534	
<i>Fürth</i>	113.627	17.405	15,32
EU-Staaten		6.210	
	davon		
	Griechenland	2.540	
	Italien	1.376	
	Polen	728	
Türkei		5.568	
Serbien-Montenegro		1.003	
Kroatien		449	
<i>Erlangen</i>	103.753	13.791	13,29
EU-Staaten		4.778	
	davon		
	Italien	900	
	Österreich	877	
	Griechenland	700	
Türkei		1.984	
Serbien-Montenegro		1.054	
Russische Föderation		466	
<i>Schwabach</i>	38.862	3.368	8,67
EU-Staaten		1.396	
	davon		
	Griechenland	533	
	Italien	424	
	Österreich	120	
Türkei		708	
Serbien-Montenegro		230	
Rumänien		143	
<i>Ansbach</i>	40.412	3.095	7,66
EU-Staaten		846	
	davon		
	Italien	213	
	Griechenland	209	
	Polen	96	
Türkei		718	
Russische Föderation		189	
Serbien-Montenegro		136	
Landkreise im Reg.Bez. Mittelfranken mit dem Ausländeranteil in %:			
Erlangen-Höchstadt	130.788	7.358	5,63
Nürnberger Land	168.111	9.272	5,52
Weißenburg-Gunzenhausen	94.163	4.646	4,93
Fürth	114.203	5.522	4,84
Ansbach	183.052	7.250	3,96
Roth	125.306	4.823	3,85
Neustadt a.d.Aisch-Bad W.	99.490	3.228	3,24
Kreisfreie Städte in Schwaben			
<i>Augsburg</i>	262.512	44.213	16,84
EU-Staaten		10.742	
	davon		
	Italien	3.601	
	Griechenland	1.853	
	Polen	1.030	

Türkei		14.117	
Serbien-Montenegro		3.068	
Kroatien		2.229	
<i>Kempten</i>	61.480	7.348	11,95
EU-Staaten			
	davon		
	Italien	1.260	
	Österreich	330	
	Polen	210	
Türkei		2.630	
Serbien-Montenegro		373	
Russische Föderation		229	
<i>Memmingen</i>	41.111	5.034	12,24
EU-Staaten		1.081	
	davon		
	Italien	482	
	Österreich	149	
	Portugal	84	
Türkei		2.049	
Serbien-Montenegro		440	
Kroatien		263	
<i>Kaufbeuren</i>	41.945	3.900	9,30
EU-Staaten		1.360	
	davon		
	Italien	690	
	Griechenland	179	
	Österreich	148	
Türkei		1.363	
Serbien-Montenegro		328	
Russische Föderation		208	
Landkreise im Reg.Bez. Schwaben mit dem Ausländeranteil in %:			
Neu-Ulm	163.495	16.154	9,88
Lindau (Bodensee)	79.733	7.394	9,27
Günzburg	121.833	10.303	8,46
Augsburg	241.033	14.939	6,20
Dillingen a.d.Donau	95.124	5.039	5,30
Ostallgäu	134.551	7.039	5,23
Oberallgäu	150.396	7.854	5,22
Aichach-Friedberg	127.531	6.319	4,95
Unterallgäu	135.699	5.991	4,41
Donau-Ries	130.321	5.648	4,33
Kreisfreie Städte in Unterfranken			
<i>Würzburg</i>	134.913	12.064	8,94
EU-Staaten		2.813	
	davon		
	Italien	684	
	Polen	464	
	Griechenland	291	
Türkei		1.509	
Russische Föderation		919	
Rumänien		340	

<i>Aschaffenburg</i>	68.664	9.135	13,30
EU-Staaten		2.620	
	davon		
	Italien	815	
	Polen	559	
	Griechenland	480	
Türkei		2.939	
Serbien-Montenegro		414	
Russische Föderation		313	
<i>Schweinfurt</i>	53.970	6.823	12,64
EU-Staaten		1.572	
	davon		
	Griechenland	687	
	Italien	240	
	Polen	237	
Türkei		2.608	
Serbien-Montenegro		441	
Russische Föderation		354	

Landkreise im Reg.Bez. Unterfranken mit dem Ausländeranteil in %:

Aschaffenburg	174.543	11.288	6,47
Bad Kissingen	107.267	2.690	2,51
Rhön-Grabfeld	85.313	1.857	2,18
Haßberge	87.063	1.751	2,01
Kitzingen	89.378	3.534	3,95
Miltenberg	130.692	11.148	8,53
Main-Spessart	130.678	5.462	4,18
Schweinfurt	115.173	2.789	2,42
Würzburg	160.222	4.983	3,11

Kreisfreie Städte in Niederbayern

<i>Landshut</i>	61.923	6.506	10,51
EU-Staaten		1.889	
	davon		
	Italien	509	
	Polen	339	
	Österreich	322	
Türkei		1.319	
Serbien-Montenegro		677	
Kroatien		404	
<i>Passau</i>	50.644	4.636	9,15
EU-Staaten		2.233	
	davon		
	Österreich	1.052	
	Italien	200	
	Tschechien	189	
Rumänien		380	
Russische Föderation		196	
Kroatien		189	
<i>Straubing</i>	44.504	3.561	8,00
EU-Staaten		998	
	davon		
	Polen	242	
	Ungarn	144	
	Österreich	140	

Landkreise im Reg.Bez. Niederbayern mit dem Ausländeranteil in %:

Kelheim	112.927	6.745	5,97
Niederbayern	1.193.820	52.894	4,43
Rottal-Inn	118.944	5.218	4,39
Dingolfing-Landau	91.644	3.951	4,31
Deggendorf	117.517	4.789	4,08
Landshut	147.990	5.893	3,98
Passau	188.474	6.493	3,45
Regen	80.748	1.754	2,17
Straubing-Bogen	97.734	1.982	2,03
Freyung-Grafenau	80.771	1.366	1,69

Kreisfreie Städte in Oberfranken

<i>Bamberg</i>	69.574	5.989	8,61
EU-Staaten		1.625	
	davon		
	Italien	327	
	Polen	299	
	Griechenland	210	
Türkei		1.311	
Russische Föderation		303	
Rumänien		143	
<i>Bayreuth</i>	73.503	5.536	7,53
EU-Staaten		1.296	
	davon		
	Italien	338	
	Polen	247	
	Österreich	128	
Türkei		1.070	
Russische Föderation		429	
Serbien-Montenegro		276	
<i>Hof</i>	48.191	4.769	9,90
EU-Staaten		973	
	davon		
	Italien	209	
	Griechenland	204	
	Polen	180	
Türkei		2.157	
Russische Föderation		154	
Serbien-Montenegro		130	
<i>Coburg</i>	41.638	2.866	6,88
EU-Staaten		683	
	davon		
	Italien	187	
	Polen	123	
	Österreich	70	
Türkei		977	
Russische Föderation		117	
Serbien-Montenegro		102	

Landkreise im Reg.Bez. Oberfranken mit dem Ausländeranteil in %:

Wunsiedel i.Fichtelgebirge	80.505	3.927	4,88
Forchheim	113.397	4.744	4,18
Hof	104.613	3.569	3,41
Coburg	90.786	2.621	2,89
Lichtenfels	69.519	1.960	2,82

Kulmbach	76.641	1.901	2,48
Kronach	72.909	1.768	2,42
Bayreuth	108.256	2.287	2,11
Bamberg	144.993	2.954	2,04
Kreisfreie Städte in der Oberpfalz			
Regensburg	131.342	14.177	10,79
EU-Staaten		3.866	
	davon		
	Polen	649	
	Österreich	600	
	Italien	557	
Türkei		1.968	
Serbien-Montenegro		1.452	
Russische Föderation		519	
Amberg	44.394	2.494	5,62
EU-Staaten		681	
	davon		
	Polen	149	
	Italien	109	
	Tschechien	86	
Türkei		428	
Russische Föderation		231	
Serbien-Montenegro		133	
Weiden i.d.Opf	42.496	2.463	5,80
EU-Staaten		689	
	davon		
	Tschechien	159	
	Polen	116	
	Griechenland	111	
Türkei		496	
Russische Föderation		213	
Serbien-Montenegro		187	
Landkreise im Reg.Bez. Oberpfalz mit dem Ausländeranteil in %:			
Neumarkt i.d.OPf.	128.529	4.768	3,71
Regensburg	182.388	5.894	3,23
Amberg-Sulzbach	107.683	2.936	2,73
Neustadt a.d.Waldnaab	99.496	2.448	2,46
Schwandorf	144.411	3.435	2,38
Tirschenreuth	77.089	1.658	2,15
Cham	130.111	2.658	2,04

Tabelle L 3: Teilnehmer am fremdsprachlichen Unterricht in Bayern im Schuljahr 2006/2007

A. Allgemein bildende Schulen

Schulart	Fremd- sprache	Unterrichts- art ¹	Teilnehmer am fremdsprachlichen Unterricht/ Schülerzahl in der Jahrgangsstufe insgesamt													Summe		
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13			
Grundschule ²	Englisch	PF/ WPF	295	573	126 694	129 290												256 852
	Englisch	WF	181	308	-	-												489
	Französisch	PF/ WPF	27	38	34	55												154
	Französisch	WF	355	475	322	245												1 397
	Italienisch	PF/ WPF	-	-	-	-												-
	Italienisch	WF	6	43	20	11												80
	Spanisch	PF/ WPF	33	34	36	50												153
	Spanisch	WF	-	12	8	5												25
	Russisch	WF	-	5	14	11												-
	Türkisch	WF	12	6	8	6												32
	Sonstige	PF/WPF/WF	1 657	1 200	382	373												3 612
Schüler der Jahrgangsstufe insg.			124 192	125 792	127 039	129 699												506 722
Hauptschule	Englisch	PF/ WPF					50 033	44 782	45 906	49 104	57 957	12 977						260 759
	Englisch	WF					3	15	16	9	12	-						55
	Französisch	PF/ WPF					36	53	44	48	49	2						232
	Französisch	WF					27	21	26	39	29	7						149
	Italienisch	WF					1	1	3	-	1	9						15
	Spanisch	PF/ WPF					37	51	44	49	49	-						230
	Spanisch	WF					-	-	-	-	-	-						-
	Russisch	PF/ WPF					-	-	-	-	25	40						65
	Russisch	WF					9	7	4	4	3	4						31
	Türkisch	PF/ WPF					-	-	-	1	4	1						6
	Türkisch	WF					5	8	4	1	4	-						22
Sonstige	PF/ WPF/ WU					317	325	362	453	557	3						2 017	
Schüler der Jahrgangsstufe insg.							50 378	45 163	46 491	50 044	59 594	13 022						264 692
Volksschule zur sonderpäd. Förd. ³	Englisch	PF/ WPF	-	-	626	1 027	1 275	1 224	1 191	1 047	1 009	76						7 475
	Englisch	WF	9	6	-	-	-	6	4	13	25	-						63
Schüler der Jahrgangsstufe insg.			9 804	6 278	5 612	5 912	5 197	5 277	5 474	5 875	6 097	3 970						59 496
Realschule (ohne Real- schule zur sonderpäd. Förderung)	Englisch	PF					36 871	36 573	39 811	41 060	39 263	36 940						230 518
	Französisch	PF/ WPF					-	-	7 405	7 422	6 167	4 964						25 958
	Französisch	WF					65	434	328	341	284	137						1 589
	Italienisch	WF					63	147	160	220	239	93						922
	Russisch	WF					8	6	16	11	13	13						67
	Spanisch	WF					41	58	126	174	259	122						780
	Sonstige	WF					13	59	28	43	83	67						293
Schüler der Jahrgangsstufe insg.							36 871	36 573	39 811	41 060	39 263	36 940						230 518
Realschule zur sonderpäd. Förd.	Englisch	PF					94	91	98	124	139	123	4					673
	Französisch	PF/ WPF					1	2	7	5	5	15						35
Schüler der Jahrgangsstufe insg.							94	91	98	124	139	127						673
Wirtschafts- schule	Englisch	PF/ WPF							3 449	5 270	5 039	8 794	3 463					26 015
	Französisch	PF/ WPF							-	-	235	249	62					546
	Französisch	WF							8	38	103	102	16					267
	Spanisch	PF/ WPF							-	-	120	93	18					231
	Spanisch	WF							9	46	35	137	42					269
	Italienisch	PF/ WPF							-	-	95	58	-					153
	Italienisch	WF							10	16	21	19	-					66
Schüler der Jahrgangsstufe insg.									3 449	5 270	5 039	8 794	3 463					26 015
Gesamtschule, Orientierungs- stufe	Englisch	PF/ WPF					634	671	334	346	372	217						2 574
	Französisch	PF/ WPF					-	19	89	45	59	61						273
	Latein	PF/ WPF					-	30	17	19	13	26						105
Schüler der Jahrgangsstufe insg.							634	671	334	346	372	217						2 574
Freie Waldorf- schule	Englisch	PF/ WPF	619	581	609	651	644	635	623	625	592	556	453	451	378			7 417
	Französisch	PF/ WPF	556	534	534	608	605	589	584	557	512	473	379	333	246			6 510
	Latein	PF/ WPF	-	-	-	-	-	-	51	133	45	52	34	21	21			357
	Russisch	PF/ WPF	27	47	75	43	39	46	40	43	28	27	18	4	6			443
	Schüler der Jahrgangsstufe insg.			619	581	609	651	644	635	623	625	592	556	453	451	378		

¹ PF: Pflichtfach; WPF: Wahlpflichtfach; WF: Wahlfach.² Wahlfach Französisch im Rahmen des deutsch-französischen Erzieher- und Lehreraustausches;³ Wahlfach Französisch, Englisch oder Italienisch im Schulversuch "Fremdsprachen in der Grundschule".³ Daten für den fremdsprachlichen Unterricht an Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung stehen erst ab Schuljahr 2004/05 zur Verfügung.

Schulart	Fremd- sprache	Unterrichts- art ¹⁾	Teilnehmer am fremdsprachlichen Unterricht/ Schülerzahl in der Jahrgangsstufe insgesamt										Summe
			5	6	7	8	9	10	11	12	13	Vorkurse ²⁾	
Gymnasium	Englisch	PF/WPF (1.FS)	41 078	40 764	38 519	34 682	37 099	35 708	29 783	23 367	20 522	-	301 522
	Englisch	PF/WPF (2.FS)	-	6 670	6 232	6 009	5 633	5 360	5 140	3 416	3 005	144	41 609
	Englisch	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	-	-	-	33	16	24	-	73
		Summe ⁴⁾	41 078	47 434	44 751	40 691	42 732	41 068	34 956	26 799	23 551	144	343 204
Französisch	PF/WPF (1.FS)	315	338	396	387	367	363	262	127	104	-	2 659	
	PF/WPF (2.FS)	-	15 238	14 655	13 774	15 597	15 618	12 982	2 473	2 339	-	92 676	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	8 440	9 422	9 050	7 940	2 202	2 001	-	39 055	
	PF/WPF (4.FS)	-	-	-	-	-	1	4	4	14	-	23	
	WF	1	-	36	61	85	73	63	-	-	-	319	
	Summe ⁴⁾	316	15 576	15 087	22 662	25 471	25 105	21 251	4 806	4 458	-	134 732	
Latein	PF/WPF (1.FS)	6 603	6 332	5 834	5 618	5 265	4 980	4 015	1 431	1 422	144	41 644	
	PF/WPF (2.FS)	-	25 525	23 844	20 872	21 447	19 982	14 026	2 249	2 196	-	130 141	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	5	-	1	8	5	-	-	19	
	PF/WPF (4.FS)	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	2	
	WF	-	-	-	-	-	1	17	-	-	-	18	
	Summe ⁴⁾	6 603	31 857	29 678	26 495	26 712	24 964	18 066	3 686	3 619	144	171 824	
Griechisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	897	966	924	859	272	287	85	4 290	
	PF/WPF (4.FS)	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	
	WF	1	-	11	4	2	6	3	-	-	-	27	
	Summe ⁴⁾	-	-	11	901	969	930	862	272	289	85	4 320	
Russisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	1	2	-	3	6	5	8	-	25	
	PF/WPF (2.FS)	-	1	4	14	26	48	63	24	26	-	206	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	30	29	19	29	9	13	-	-	129	
	PF/WPF (4.FS)	-	-	-	-	-	-	-	3	1	-	4	
	WF	3	1	12	84	69	85	53	-	-	-	307	
	Summe ⁴⁾	3	2	17	130	124	155	151	41	48	-	671	
Italienisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	-	-	-	3	-	1	-	4	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	-	-	3	-	4	3	11	-	21	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	1 212	1 366	1 278	1 737	738	626	-	6 947	
	PF/WPF (4.FS)	-	-	-	-	-	-	583	491	461	-	1 535	
	WF	5	7	106	217	739	937	207	-	-	-	2 218	
	Summe ⁴⁾	5	7	106	1 429	2 098	2 215	2 534	1 232	1 099	-	10 725	
Spanisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	1	-	2	2	4	2	-	11	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	3	5	12	16	28	48	10	-	122	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	3 462	3 164	3 295	4 660	2 049	1 599	-	18 429	
	PF/WPF (4.FS)	-	-	-	-	-	1	1 009	970	749	-	2 729	
	WF	10	12	43	231	694	855	309	-	-	-	2 154	
	Summe ⁴⁾	10	12	46	3 699	3 870	4 169	6 208	3 071	2 360	-	23 445	
Portugiesisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	2	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	2	
Summe ⁴⁾	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	4	
Deutsch ³⁾	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	-	-	11	8	-	-	-	19	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	1	5	2	9	10	-	-	-	27	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1	
	Summe ⁴⁾	-	-	1	5	2	20	19	0	0	-	47	
Serbokroat.	PF/WPF (1.FS)	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	2	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	-	2	-	5	3	-	-	-	10	
Summe ⁴⁾	-	-	1	2	-	5	4	-	-	-	12		
Chinesisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	1	2	-	3	9	-	-	-	15	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	1	-	-	5	-	-	-	6	
	WF ⁵⁾	6	5	19	44	65	79	64	-	-	-	282	
	Summe ⁴⁾	6	5	20	47	65	82	79	-	-	-	304	
Japanisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	-	-	1	1	2	-	-	-	4	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	
	WF ⁵⁾	2	1	6	6	7	14	23	-	-	-	59	
Summe ⁴⁾	2	1	6	6	8	16	25	1	-	-	65		
Arabisch	WF ⁵⁾	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	2	
	WF ⁵⁾	-	-	1	-	-	-	6	-	-	-	7	
Summe ⁴⁾	1	-	1	-	1	10	16	-	-	-	28		
Polnisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	-	-	1	-	-	1	-	2	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	2	3	2	4	1	-	1	-	13	
	Summe ⁴⁾	-	-	2	3	2	5	1	-	1	-	13	
Ungarisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	-	1	-	2	-	-	-	3	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	-	1	-	2	2	-	-	-	5	
Summe ⁴⁾	-	-	-	1	1	2	4	-	-	-	8		
Türkisch	PF/WPF (1.FS)	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	1	-	2	1	-	-	-	-	4	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	
	PF/WPF (4.FS)	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	
	WF ⁵⁾	-	3	1	2	-	9	7	-	-	-	22	
Summe ⁴⁾	-	3	3	2	2	10	7	-	-	-	27		
Neugriechisch	PF/WPF (2.FS)	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1	
	WF ⁵⁾	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2	
Summe ⁴⁾	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1		
Fremdsprach. Konversation	WF ⁵⁾	112	115	192	197	498	608	783	-	-	-	2 505	
Sonstige	PF/WPF (1.FS)	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-	2	
	PF/WPF (2.FS)	-	-	5	2	4	9	2	-	-	-	22	
	PF/WPF (3.FS)	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	5	
	PF/WPF (4.FS)	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	6	
	WF	18	-	-	-	6	2	-	-	-	-	26	
Summe ⁴⁾	18	-	5	3	10	11	14	-	-	-	61		
Schüler der Jahrgangsstufe insg.			47 996	47 434	44 752	40 691	42 732	41 069	35 147	33 693	30 423	144	364 081

¹⁾ PF: Pflichtfach; WPF: Wahlpflichtfach; WF: Wahlfach.

²⁾ An Spätberuferschulen.

³⁾ Deutsch als Fremdspr. am Ungar. Gymn. sowie i. d. Modellklassen für ausl. Schüler.

⁴⁾ In den Jgst. 12 u. 13 einschl. Kurse im Ergänzungsprogramm der Kollegstufe.

⁵⁾ Ohne Kurse im Ergänzungsprogramm der Kollegstufe

(diese sind ggf. in der Summenzeile bei "Sonstige" mitgezählt).

Schulart	Fremd- sprache	Unterrichtsart ¹	Teilnehmer am fremd- sprachlichen Unterricht/ Schülerzahl insgesamt
Abendrealschule	Englisch	PF	391
	Schüler der Schulart insg.		391
Abendgymnasium ²	Englisch	PF/WPF	1 089
	Französisch	PF/WPF	644
	Latein	PF/WPF	215
	Spanisch	PF/WPF	1
	Schüler der Schulart insg.		1 117
Kolleg ²	Englisch	PF/WPF	1 476
	Französisch	PF/WPF	274
	Latein	PF/WPF	475
	Griechisch	PF/WPF	27
	Spanisch	PF/WPF	231
	Russisch	PF/WPF	21
	Schüler der Schulart insg.		1 698

¹ PF: Pflichtfach; WPF: Wahlpflichtfach; WF: Wahlfach; KON: Wahlfach Konversation

² PF/WPF einschließlich Kursphase der Kollegstufe

Schulart	Fremd- sprache	Teilnehmer am fremdsprachlichen Unterricht/ Schülerzahl in der Jahrgangsstufe insgesamt									Summe
		1 - 4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Europäische Schule München	Englisch	210	58	53	39	48	53	47	46	42	596
	Französisch	43	13	10	34	33	40	40	28	27	268
	Latein					74	20	23			117
	Italienisch				4	14	16	25	8	6	73
	Spanisch				22	20	28	35	21	17	143
	Deutsch	312	69	68	62	57	55	63	42	42	770
	Schüler der Jahrgangsstufe insg.		564	138	132	111	117	116	124	96	94
Private Lyzeen der Republik Griechenland	Englisch							64	64	46	174
	Altgriechisch							169	170	125	464
	Latein							109	74	183	
	Deutsch							206	195	158	559
Schüler der Jahrgangsstufe insg.								251	252	212	715
Private Französische Schule München ¹⁾	Englisch			77	72	59	58	53	53	47	419
	Französisch			77	72	59	58	53	53	47	419
	Latein				35	12	14	6	6	4	77
	Deutsch			18	17	20	21	16	21	15	128
	Italienisch										-
	Spanisch					43	42	37	34	23	179
Schüler der Jahrgangsstufe insg.				77	72	59	58	53	53	47	419
Munich International School ²⁾	Englisch							110	98	96	304
	Französisch							27	24	23	74
	Spanisch							43	23	16	82
	Japanisch							7	3	3	13
	Deutsch							67	53	64	184
	Sonstige								7	10	17
	Schüler der Jahrgangsstufe insg.								110	98	96
Bavarian International School ²⁾	Englisch							47	43	45	135
	Französisch							8	9	7	24
	Spanisch							23	3	2	28
	Deutsch							28	12	11	51
Schüler der Jahrgangsstufe insg.								47	43	45	135

¹⁾ Die Jahrgangsstufen 1 mit 5 sind als private Volksschulen genehmigt und bei Grund-/Hauptschulen enthalten.

²⁾ Die Jahrgangsstufen 1 mit 9 sind als private Volksschulen genehmigt und bei Grund-/Hauptschulen enthalten.

B. Berufliche Schulen

Schulart	Fremd- sprache	Unterrichtsart ¹	Teilnehmer am fremdsprachlichen Unterricht / Schülerzahl insg.			
Berufsschule	Englisch	PF/ WF	62 685			
	Französisch	WF	135			
	Tschechisch	WF	117			
	Italienisch	WF	-			
Schüler der Schulart insgesamt			278 637			
Berufsfachschule ²	Englisch	PF/ WPF ³	12 587	darunter: Berufsfachschule für Fremdsprachenberufe	Englisch	3 066
	Französisch	PF/ WPF ³	1 638		Französisch	1 042
	Italienisch	PF/ WPF ³	290		Italienisch	245
	Russisch	PF/ WPF ³	141		Russisch	134
	Spanisch	PF/ WPF ³	2 291		Spanisch	2 063
	Chinesisch	WF	9		Chinesisch	-
	sonstige	WF	-		sonstige	-
Schüler der Schulart insgesamt			27 199	Schüler der Schulart insg. 3 296		
Berufsfachschule des Gesundheitswesens	Englisch	PF/ WF ³	1 406			
	Französisch	PF/ WF ³	73			
Schüler der Schulart insgesamt			24 847			
Fachoberschule	Englisch	PF	33 695			
	Französisch	WPF	703			
	Italienisch	WPF	25			
	Spanisch	WPF	254			
	Latein	WPF	44			
Schüler der Schulart insgesamt			33 695			
Berufsoberschule ⁴	Englisch	PF	11 480			
	Französisch	WPF	1 824			
	Latein	WPF	579			
	Italienisch	WPF	75			
	Spanisch	WPF	431			
	Russisch	WPF	17			
Schüler der Schulart insgesamt			11 480			
Fachschule	Englisch	PF/ WF	4 043			
	Französisch	WF	257			
	Spanisch	WF	18			
	Russisch	WF	-			
	Italienisch	WF	25			
Schüler der Schulart insgesamt			13 070			
Fachakademie ⁵	Englisch	PF/ WPF ³	4 761	darunter: Fachakademie für Fremdsprachenberufe	Englisch	1 098
	Französisch	PF/ WPF ³	491		Französisch	447
	Italienisch	PF/ WPF ³	151		Italienisch	143
	Russisch	PF/ WPF ³	134		Russisch	131
	Spanisch	PF/ WPF ³	822		Spanisch	765
	Chinesisch	PF/ WPF ³	39		Chinesisch	39
	Latein	WF	2		Latein	-
Schüler der Schulart insgesamt			7 603	Schüler der Schulart insg. 1 520		

¹ PF: Pflichtfach; WPF: Wahlpflichtfach; WF: Wahlfach; KON: Wahlfach Konversation.² Ohne Wirtschaftsschule und ohne Berufsfachschule des Gesundheitswesens.³ Abhängig von der Fach- bzw. Ausbildungsrichtung.⁴ Ohne Schüler in Vorklassen (Schüler der Vorklassen nehmen alle am Englischunterricht teil).⁵ Ohne Berufspraktikanten.

5.2.2 Tabellenverzeichnis

	Seite
Tabelle 1: Zahl der Kinder (6 bis unter 13), Jugendlichen (13 bis unter 17) und jungen Erwachsenen (17 bis unter 28) nach deutsch/nicht-deutsch und Geschlecht am 31.12.2006 in Bayern	30
Tabelle 2: Gesamtbevölkerung, Bevölkerung bis unter 18 Jahre und Anteil der unter 18-Jährigen am 31.12.2006 auf Regionen bezogen	30
Tabelle 3: Gesamtbevölkerung, Bevölkerung bis unter 18 Jahre und Anteil der unter 18-Jährigen am 31.12.2006 bezogen auf ausgewählte Kreise	31
Tabelle 4: Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen an allen 6- bis unter 28-Jährigen nach Bundesland	31
Tabelle 5: Zuordnung der Bevölkerung nach Geburtsland und Staatsangehörigkeit	32
Tabelle 6: Ehepaar-Familien in Bayern nach Zahl der minderjährigen Kinder im Haushalt (1970 – 2004)	37
Tabelle 7: Familienhaushalte in Bayern nach der Zahl der minderjährigen Kinder (2005)	37
Tabelle 8: Privathaushalte in Bayern 2006 nach monatlichem Haushaltseinkommen sowie den Altersgruppen unter 25 und 25 bis 35 des Haupteinkommensbeziehers in Tausend – Ergebnisse des Mikrozensus	38
Tabelle 9: Haushaltseinkommen Privathaushalte 2006	39
Tabelle 10: Taschengeld im Monat	40
Tabelle 11: Geld sparen	40
Tabelle 12: Sparen im Monat	40
Tabelle 13: Schuldnerquoten nach Altersgruppen 2004 bis 2007	40
Tabelle 14: Aktivitäten nach Bereichen / Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (in %)	58
Tabelle 15: Verteilung der Mitgliedschaften	59
Tabelle 16: Anzahl der Zugehörigkeiten zu Vereinen und Jugendgruppen von SchülerInnen der 9. Klasse (n=29.815, gewichtet; in Prozent)	60
Tabelle 17: Anteil der 12- bis 15-Jährigen aktiven Migrantenjünglichen bzw. westdeutschen Jugendlichen (in %)	62
Tabelle 18: 16- bis 29-Jährige Mitglieder in einer Organisation, nach Schulabschluss und Migrationshintergrund (in %)	63
Tabelle 19: Zahl der Schüler an bayerischen Grundschulen	75
Tabelle 20: Kinder mit Migrationshintergrund an bayerischen Schulen	75
Tabelle 21: Offene Ganztagschulen Schuljahr 2007/2008	77
Tabelle 22: Gebundene Ganztagschulen Schuljahr 2007/2008	77
Tabelle 23: Abschlüsse an Schulen 2003 bis 2006	79

Tabelle 24:	Übertrittsquoten 2006/2007	81
Tabelle 25:	Studenten insgesamt und Studienanfänger	82
Tabelle 26:	Teilnehmer/innen an öffentlich geförderten Maßnahmen	87
Tabelle 27:	Zahl der öffentlich geförderten Maßnahmen	87
Tabelle 28:	Teilnehmer/innen Jugendbildungsmaßnahmen / Jugendhilfestatistik	87
Tabelle 29:	Teilnehmer/innen Jugendbildungsmaßnahmen aus Landesmitteln / BJR Maßnahmenstatistik	88
Tabelle 30:	Teilnehmer/innen Jugendbildungsmaßnahmen aus Landesmitteln in Prozent	88
Tabelle 31:	Teilnehmer/innen Mitarbeiterbildungsmaßnahmen in Prozent	88
Tabelle 32:	Teilnehmer/innen Mitarbeiterbildungsmaßnahmen aus Landesmitteln in Prozent	88
Tabelle 33:	Teilnehmer/innen Mitarbeiterbildungsmaßnahmen aus Landesmitteln in Prozent	88
Tabelle 34:	Personen, die Nachhilfeunterricht in Anspruch nehmen (in Prozent)	92
Tabelle 35:	Unterrichtsversäumnisse	94
Tabelle 36:	Jugendmedienschutz	113
Tabelle 37:	Psychische Störungen im Kindes- und Jugendalter, Krankenhausfälle 2004	124
Tabelle 38:	Symptome bei Stresssituationen	126
Tabelle 39:	Krankenhausfälle in Bayern	126
Tabelle 40:	Fahrverbote im Jahr 2006 nach Altersgruppen und Art der Entscheidung	129
Tabelle 41:	Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) Deutscher nach Altersgruppen in Bayern, ausgewählten Delikten 2001 und 2006	137
Tabelle 42:	Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) für deutsche Jugendliche Gewaltkriminalität in Bayern	137
Tabelle 43:	Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) Nicht-Deutscher nach Altersgruppen in Bayern, ausgewählten Delikten für die Jahre 2001 und 2006	139
Tabelle 44:	Die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe	153
Tabelle 45:	Studienfachwahl männlicher Studienanfänger	154
Tabelle 46:	Studienfachwahl weiblicher Studienanfänger	155
Tabelle 47:	Alter beim ersten Geschlechtsverkehr	164
Tabellen 48 und 49:	Schulen mit sonderpädagogischer Förderung (Stand: Oktober 2006)	173
Tabelle 50:	Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus und Geschlecht – Ergebnis des Mikrozensus 2005	175
Tabelle 51:	Eckdaten zur Bevölkerung nach Migrationsstatus und Altersgruppen in Bayern	176

Tabelle 52:	Ausländische Bevölkerung nach dem Ausländerzentralregister und ihr Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe der Gesamtbevölkerung	177
Tabelle 53:	Schüler in Bayern, Schuljahr 2006/2007	179
Tabelle 54:	Ausbildungsbeteiligungsquote deutscher und ausländischer Jugendlicher, 1995 und 2005 in Deutschland (gesamt) und Bayern	180
Tabelle 55:	Ausländische Auszubildende in Deutschland (westliches Bundesgebiet) und Bayern	180
Tabelle 56:	Ausländische Schüler an beruflichen Schulen und im Berufsvorbereitungsjahr in Bayern im Schuljahr 2005/2006	181
Tabelle 57:	Jugendliche ohne Ausbildungsplatz an den Berufsschulen im Schuljahr 2005/2006	181
Tabelle 58:	Kinder in Tageseinrichtungen und mit Migrationshintergrund in Bayern 2007.....	181
Tabelle 59:	Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung je 1000 (bezogen auf die 0- bis 21-Jährigen der entsprechenden Altersgruppen der teilnehmenden Jugendämter).....	182
Tabelle 60:	Bestand der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge von 16 bis unter 18 Jahren in Bayern zum Stichtag 31.12.2007	183

5.3 Abkürzungsverzeichnis

ABMI	Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Musikinitiativen e.V., Alteglofsheim
ADHS	Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätssyndrom
AFK	Aus- und Fortbildungskanäle
AGSG	Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze
ALG II	Arbeitslosengeld II
ÄndG	Änderungsgesetz
ANU	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung e.V., Hanau
ARGEn	Arbeitsgemeinschaften (als Träger der Grundsicherung)
azuro	Ausbildungszukunftsbüro in München
BAföG	Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz)
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
BAT	British American Tobacco (Germany) GmbH – Freizeit-Forschungsinstitut –, Hamburg
BayEUG	Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
BDKJ	Bund der Deutschen Katholischen Jugend
BezJR	Bezirksjugendring
BFG	Berufsfachschulen des Gesundheitswesens
BFS	Berufsfachschule
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
BJR	Bayerischer Jugendring, München
BJRK	Bayerisches Jugendrotkreuz, München
BLJA	Bayerisches Landesjugendamt, München
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn (bis 31.12.2007)
BLM	Bayerische Landeszentrale für neue Medien, München
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn
BOS	Berufsoberschule
BPjM	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, Bonn
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BS	Berufsschule
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln
CAP	Centrum für angewandte Politikforschung, München

DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
DJI	Deutsches Jugendinstitut e.V., München
djo	Deutsche Jugend in Europa
DPSG	Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg
Drs.	Drucksache
DT-Control	Freiwillige Selbstkontrolle im Pressevertrieb, München
EJSA Bayern	Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e.V., München
EQJ	Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher
ESF	Europäischer Sozialfonds
FAK	Fachakademie
FH	Fachhochschule
FÖJ	Freiwilliges Ökologisches Jahr
FOS	Fachoberschule
FS	Fachschule
FSJ	Freiwilliges Soziales Jahr
FSK	Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft GmbH, Wiesbaden
FSM	Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V., Berlin
G 8	achtjähriges Gymnasium
GdB	Grad der Behinderung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg
IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V., München
IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V., Kerpen
IHK	Industrie- und Handelskammer
ipos	Institut für praxisorientierte Sozialforschung, Mannheim
ISB	Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, München
JArbSchG	Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz)
JaS	Jugendsozialarbeit an Schulen
JBN	Jugendorganisation Bund Naturschutz
JDR	Junge Deutsche aus Russland
JFF	Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis – Jugend Film Fernsehen e.V., München
JGG	Jugendgerichtsgesetz
Jgst.	Jahrgangsstufe
JIM-Studie	Studienreihe Jugend, Information, (Multi-)Media, Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, Stuttgart
JMD	Jugendmigrationsdienst
JMSStV	Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag)
JoA	Projekt Jugend ohne Arbeit
JuFinale	Bayerisches Jugendfilmfestival
Juleica	Jugendleiter/in-Card
JuSchG	Jugendschutzgesetz
KFN	Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Hannover
KiTa	Kindertagesstätte
KJB	Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung
KjG	Katholische Junge Gemeinde
KJHG	Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz)
KJM	Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten, München/Erfurt
KJR	Kreisjugendring
Krfr. St	kreisfreie Stadt
LAG JSA Bayern	Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern, München
LEV	Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern e.V., München
LEV-RS	Landes-Eltern-Verband der Bayerischen Realschulen e.V., Kissing
LfStaD	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München
LGL	Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Erlangen
LKA	Landeskriminalamt
Lkr	Landkreis
LPO	Lehramtsprüfungsordnung
LSV	Landeschülerversammlung – Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e.V., München

LVkE	Landesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen in Bayern e.V., München
MFR	Mittelfranken
MIB	Medienpädagogisch-Informationstechnische Beratung
NDB	Niederbayern
OBB	Oberbayern
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
OFR	Oberfranken
OLG	Oberlandesgericht
OLJB	Oberste Landesjugendbehörde
OPF	Oberpfalz
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PISA	Programme for International Student Assessment
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PROPER	Programm Personenorientierte Ermittlungen und Recherchen
RPJ	Ring Politischer Jugend
SCHW	Schwaben
SGB	Sozialgesetzbuch
SJR	Stadtjugendring
SMV	Schülermitverantwortung
SOEP	Das Sozio-oekonomische Panel, Berlin
StGB	Strafgesetzbuch
STIKO	Ständige Impfkommision am Robert-Koch-Institut, Berlin
StMUGV	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
StVG	Straßenverkehrsgesetz
TVBZ	Tatverdächtigenbelastungszahl
UBA	Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau
UFR	Unterfranken
USK	Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (Freiwillige Selbstkontrolle Unterhaltungssoftware GmbH), Berlin
vhb	Virtuelle Hochschule Bayern
VHS	Volkshochschule
WG	Wohngemeinschaft
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization), Genf
WS	Wirtschaftsschule
ZBFS	Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayreuth